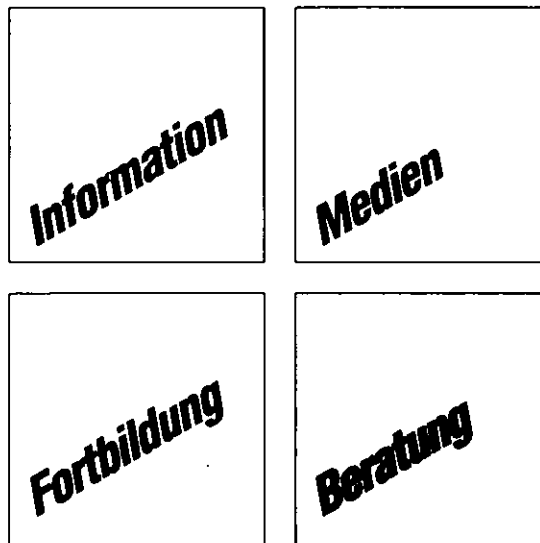


Gesundheits- wegweiser

**Kooperationspartner,
ihre Aufgaben
und Angebote**

040008



ARCHIVEXEMPLAR

Reg.-No. 40008
(4.8)

Impressum

Herausgegeben von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln, im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit.

Konzept: BZgA, Köln

Druck: Becher, Brühl

Erscheinungsdatum: März 1992

1.5.3.92

– gedruckt auf chlorfreiem Papier –

Nachdruck – auch auszugsweise – sowie fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung, Weitergabe mit Zusätzen, Aufdrucken und Aufklebern nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Gesundheits- wegweiser

**Kooperationspartner,
ihre Aufgaben
und Angebote**

Information

Medien

Fortbildung

Beratung



Vorwort

Der vorliegende „Gesundheitswegweiser“ wurde von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) entwickelt, um den Zugang zu solchen Stellen, die Unterstützung in der Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung anbieten, zu erleichtern. Der „Gesundheitswegweiser“ beschreibt ca. 200 Facheinrichtungen, die überregional tätig sind und stellt ihre Medien-, Fortbildungs- und Beratungsangebote dar.

Der „Gesundheitswegweiser“ ist ein *Nachsschlagewerk*, das sich auf zwei Arten nutzen läßt:

1. Zur Orientierung, welche Facheinrichtungen in einem bestimmten Themenbereich tätig sind:
 - Wo Fachinformationen, Konzepte, Medien erhältlich sind,
 - wo Fortbildung und Beratung, Referentendienste angeboten werden,
 - an wen bei Anfragen verwiesen werden kann.
2. Zur näheren Information über eine bestimmte Institution (vor Kooperationsgesprächen usw.).

Bei der Auswahl der Fachinstitutionen wurden 14 gesundheitsrelevante Themenbereiche besonders berücksichtigt (AIDS, Arbeit, Behinderte, Drogen/Sucht, Ernährung, Gesundheit des Kindes, Herz-Kreislauf-erkrankungen, Impfen, Krebs, Psychische Gesundheit, Rheuma, Umwelt, Wohnen, Zahngesundheit).

Der Text der Beschreibungen wurde von den Institutionen autorisiert.

Zielgruppen dieses „Gesundheitswegweisers“ sind

- in der Gesundheitserziehung/-förderung Tätige,
- darüber hinaus Lehrer, Dozenten (VHS etc.), Beratungsstellen, Initiativen, Selbsthilfegruppen, Gesundheitsberufe, Soziale Dienste, Gesundheitsredakteure von Zeitungen/Zeitschriften u. a.

1. Übersicht

Die Institutionsbeschreibungen wurden im Auftrag der BZgA erstellt:

Für den Themenbereich:

- Umwelt, Impfen, Zahngesundheit vom Wissenschaftlichen Institut der Ärzte Deutschlands (WIAD) e.V., Bonn
- Arbeit von Prof. Dr. Müller, Dr. Milles, Arbeitswissenschaftler, Bremen
- Psychische Gesundheit von Gerhard Lüdtke, Dipl.-Psychologe, Berlin
- Behinderte von Horst Bande, Sonderpädagoge, Berlin
- Krebs/Rheuma vom Tumorzentrum, Bonn
- Wohnen von der Studiengruppe für Sozialforschung, Marquartstein (Chiemsee)
- AIDS, Drogen/Sucht, Ernährung, Herz-Kreislauf-erkrankungen, Gesundheit des Kindes, Landes-einrichtungen für Gesundheitserziehung von Peter Sabo, Mainz.

Die beschriebenen Einrichtungen wurden aufgrund von in der BZgA und bei den Auftragnehmern vorliegenden Informationen sowie durch Hinweise von Experten und Fachinstitutionen ermittelt. Such-Kriterium hierbei waren Angebote im Medien- und Fortbildungsbereich. Die Auftragnehmer haben (fast alle) Institutionen besucht, dort Gespräche geführt, spezifische Beschreibungen erstellt und mit den jeweiligen Einrichtungen abgestimmt.

2. Entstehung des „Gesundheitswegweisers“

3. Wichtige Hinweise zur Nutzung des „Gesundheitswegweisers“

Die Beschreibungen spiegeln den Stand von Mitte 1990 bis Herbst 1991 wider.

Es ist vorgesehen, den „Gesundheitswegweiser“ im Abstand von ca. 3 Jahren zu aktualisieren.

Auf diese Weise können zumindest grundsätzliche Veränderungen erfaßt werden. Dies gilt jedoch nicht für aktuelle Medien- und Fortbildungsangebote, da diese einem schnellen Wandel unterliegen. Die Beschreibungen geben deshalb Hinweise, wie sich die Nutzer selber über das aktuelle Angebot auf dem laufenden halten können, z. B. durch Aufnahme in den Verteiler von Veröffentlichungsverzeichnissen und Fortbildungsprogrammen.

Dauer- und Standardangebote, die voraussichtlich über mehrere Jahre aktuell bleiben (z. B. periodisch erscheinende Medien, Standardfortbildungen), sind im „Gesundheitswegweiser“ dargestellt. Einzelmedien und -veranstaltungen werden dagegen nur beispielhaft zur Illustration des Gesamtangebotes aufgeführt.

Bei den Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalten und den Verbraucherzentralen, die auf Länderebene im wesentlichen gleiche Aufgaben wahrnehmen, wird eine Institution als Beispiel ausführlich beschrieben, die übrigen sind als Adressen (einschließlich der ostdeutschen Einrichtungen) aufgeführt.

4. Ergänzung des „Gesundheitswegweisers“

Der „Gesundheitswegweiser“ enthält als ausführliche Beschreibungen bislang nur westdeutsche Institutionen. Es ist vorgesehen, den „Gesundheitswegweiser“ um Institutionen aus Ostdeutschland zu ergänzen.

Außerdem können weitere westdeutsche Einrichtungen aufgenommen werden, seien es neugegründete oder solche, die bisher trotz sorgfältiger Recherche noch nicht erfaßt worden sind.

Einrichtungen, die an einer Aufnahme in den „Gesundheitswegweiser“ interessiert sind, beachten bitte die Hinweise auf der folgenden Seite

Aktualisierung und Aufnahme weiterer Institutionen

Die nächste Auflage des „Gesundheitswegweisers“ wird voraussichtlich im Herbst 1993 erscheinen. Redaktionsschluß ist der 15.1.1993.

1. Die Institutionen, die im „Gesundheitswegweiser“ dargestellt sind, werden gebeten, ihre Beschreibung durchzusehen und – wenn nötig – zu aktualisieren (bitte nicht vor Herbst 1992). Bitte dabei im Interesse der Einheitlichkeit der Beschreibungen keine Neufassung des Textes vornehmen, sondern nur die notwendigen Änderungen bzw. Ergänzungen einfügen (handschriftlich reicht aus).
2. Der „Gesundheitswegweiser“ soll ergänzt und erweitert werden, zum einen um Institutionen aus den neuen Bundesländern, zum anderen um neu gegründete und noch nicht erfaßte Institutionen aus den alten Bundesländern.

Es können Institutionen aufgenommen werden, die folgende Kriterien erfüllen:

- überregionale Tätigkeit bzw. Bedeutung (wichtiger Anbieter von Medien, Fortbildung, Beratung)
- nichtkommerzielle Angebote

Die Institutionen werden gebeten, entsprechende Beschreibungen zuzuschicken:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
– Lehrgangsreferat –
Ostmerheimer Straße 200
W-5000 Köln 91

Dabei ist es erforderlich, daß die folgenden Hinweise und Gliederungspunkte beachtet werden.

Wichtige Hinweise für die Erstellung der Institutionsbeschreibung:

Allgemein:

- Da der „Gesundheitswegweiser“ im Abstand von einigen Jahren erscheint, sollten die Beschreibungen keine Informationen enthalten, die erfahrungsgemäß schnell veralten (z. B. einzelne Medien).
- Beschreiben Sie bitte Ihre Institution nicht nur themenbezogen, sondern vollständig, und nennen Sie alle gesundheitsrelevanten Aufgaben und Angebote.
- Halten Sie Ihre Beschreibung möglichst knapp und übersichtlich.

Gliederung:

Die Beschreibung muß wie folgt gegliedert sein und die genannten Punkte enthalten:

A. Aufgaben und Ziele

- Entstehungszeitpunkt (evtl. Entstehungsgeschichte)
- Rechtsstatus
- Träger
- Mitglieder
- Organisationsstruktur
- Finanzierung
- Aufgaben und Ziele (einschl. Umsetzung) in allgemeiner Form, dabei Arbeitsfelder und Arbeitsschwerpunkte benennen.

B. Medienangebote

Hinweis:

Die Nutzer des „Gesundheitswegweisers“ sollen Kooperationspartner kennenlernen und in die Lage versetzt werden, sich selbständig über deren aktuelle Angebote auf dem laufenden zu halten bzw. gezielt nachzufragen.

- Veröffentlichungsverzeichnis
- Beschreibung des Medienangebotes in allgemeiner Form:
 - Medienarten (z. B. Broschüren, Berichtsbände über Tagungen und Untersuchungen, Filme, Ausstellungen) mit Nennung von
 - Zielen und
 - Zielgruppen.
- Keine Auflistung von Einzelmedien; diese können *nur beispielhaft* zu Illustrationen des Angebotes genannt werden.
- Periodika: Konzeptionsbeschreibung (Ziel, Zielgruppe, Inhalte allgemein).
- Bitte jeweils angeben, ob kostenpflichtig oder kostenlos.

C. Serviceleistungen

- Fortbildung (Fortbildungsprogramm erhältlich?)
- Beratung
- Referentendienst
- sonstige Angebote

D. Empfehlungen

- Allgemeine Empfehlung zur Institution
- Aufnahme in Verteiler bzw. Einzelanforderung von Übersichten zum aktuellen Angebot.

Wichtige Hinweise zur Nutzung des Übersichtsregisters:

1. Das Übersichtsregister hilft dem Nutzer, der Fachinstitutionen (mit Arbeitsschwerpunkt) in einem der *genannten* Themengebiete (z. B. AIDS) sucht (um wichtige Anbieter, zum Beispiel von Medien oder Fortbildung, zu erschließen).
Der Bereich „Rauchen/Förderung des Nichtrauchens“ ist dem Themengebiet „Drogen/Sucht“ zugeordnet.
Die Rubrik „themenübergreifend“ bedeutet, daß Gesundheitsfragen generell bearbeitet werden.
Es sollte beachtet werden, daß zwischen den Themen vielfältige Querverbindungen bestehen, die nicht alle angekreuzt sind:
Wer zum Beispiel Angebote zur AIDS-Aufklärung für Jugendliche sucht, sollte Institutionen in den Spalten „AIDS“ und „Gesundheit des Kindes/Jugendlicher“ berücksichtigen.
2. Das Übersichtsregister gibt *nicht* Auskunft über das *gesamte* Tätigkeitsspektrum einer Institution, da
 - nur die Hauptarbeitsfelder innerhalb der genannten Themengebiete angekreuzt sind,
 - eine Reihe von Einrichtungen weitere Themen bearbeitet, die wegen ihrer Vielfalt im Übersichtsregister nicht genannt werden können; hierüber gibt die Institutionsbeschreibung Auskunft.
3. Institutionen, die sich mit Gesundheitsfragen generell beschäftigen (zum Beispiel Krankenkassen, Landeszentralen für Gesundheitserziehung, Forschungseinrichtungen), sind prinzipiell Ansprechpartner für alle Themen im Bereich der Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung; es sollte beachtet werden, daß die im Übersichtsregister genannten Angebots-(Arbeits-)schwerpunkte wechseln können.

Institutionen	Seite	AIDS	Arbeit	Behinderte	Drogen/ Sucht
Ärztlicher Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit e. V.	29				X
AIDS-Zentrum des Bundesgesundheitsamtes	31	X			
Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf	33	X		X	
Aktion Psychisch Kranke e. V.	37				
Aktionsgemeinschaft Umwelt, Gesundheit, Ernährung e. V. – A.U.G.E. –	39				
Aktionskomitee Kind im Krankenhaus e. V. – AKIK –	43				
AOK-Bundesverband – AOK-BV	47		X	X	X
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. – AW –	49	X	X	X	X
Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e. V. – AgV –	55				
Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe – AGJ –	57		X		
Arbeitsgemeinschaft für Krebsbekämpfung der Träger der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung im Lande Nordrhein-Westfalen – ARGE –	61				
Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e. V. – AGW –	63				
Arbeitskammer des Saarlandes	67		X		
Arbeitskreis der Pankreatektomierten e. V. – Bauchspeicheldrüsenoperierte AdP –	71			X	
Arbeitskreis Neue Erziehung e. V. für Familie, Schule und Gesellschaft – ANE –	73				
Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten e. V. – AID –	75				
Berufsgenossenschaftlicher Arbeitsmedizinischer Dienst e. V.	79		X		
Berufsverband Deutscher Psychologen e. V. – BDP –	81		X		
Bildungswerk AIDS und Gesellschaft e. V.	85	X			
Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin – BIPS –	87		X		X
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. – BUND –	91				

<i>Ernährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/Jugendlicher</i>	<i>Herz-Kreislauf-erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn-gesundheit</i>	<i>themen-übergreifend</i>
X	X		X		X		X		X	X
					X					
X							X	X		
	X				X					
X	X	X		X	X	X	X		X	X
	X			X	X					X
X	X						X	X		X
	X				X					
				X						
							X	X		
							X			X
				X						
	X				X					
X							X			
					X					
X		X		X	X		X			X
							X			

Institutionen	Seite	AIDS	Arbeit	Behinderte	Drogen/ Sucht
Bundesanstalt für Arbeitsschutz	95		X		
Bundesarbeitsgemeinschaft Aktion Jugendschutz – BAJ –	99		X		X
Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde e. V. – BAG cbf –	103			X	
Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit	105		X		
Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation	107			X	
Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte e. V. (BAG Hilfe für Behinderte; BAGH)	109			X	
Bundesarbeitsgemeinschaft Katholischer Einrichtungen der Hilfe für psychisch kranke und psychisch behinderte Menschen –	115			X	
Bundesarbeitsgemeinschaft zur Förderung haltungs- und bewegungs- auffälliger Kinder und Jugendlicher e. V. – BAG –	119				
Bundesforschungsanstalt für Ernährung - BFE -	121				
Bundesgesundheitsamt – bga –	123	X			X
Bundesknappschaft	129			X	
Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e. V.	131				
Bundesverband der Betriebskrankenkassen	135		X	X	X
Bundesverband der Deutschen Zahnärzte e V – BDZ – und Kassenzahnärzt- liche Bundesvereinigung – KZBV – I Informationsstelle der Deutschen Zahn- ärzte Serviceabteilung – II Institut der Deutschen Zahnärzte – IDZ -	139				
Bundesverband der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher e. V. – BVEK –	141				X
Bundesverband der Innungskrankenkassen – IKK-Bundesverband –	143		X		X
Bundesverband der Kehlkopfloren e. V.	147			X	
Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen	149		X		
Bundesverband „Hilfe für das autistische Kind“ e. V. – Verein zur Förderung autistischer Menschen –	151			X	
Bundesverband Neue Erziehung e. V. – BNE –	153				
Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung e. V. – BfGE –	155	X	X	X	X

<i>Ernährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/Jugendlicher</i>	<i>Herz-Kreislauf-erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn-gesundheit</i>	<i>themen-übergreifend</i>
	X				X					X
	X									
					X					
	X									
X							X			
X	X	X	X				X			X
X			X							X
	X				X					
X		X		X	X	X			X	X
									X	
	X									
X	X	X		X			X		X	X
				X						
									X	X
					X					
	X				X					
X	X	X		X	X		X			X

Institutionen	Seite	AIDS	Arbeit	Behinderte	Drogen/ Sucht
Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte e. V.	157			X	
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung – BZgA –	161	X			X
Dachverband Psychosozialer Hilfsvereinigungen e. V. Bundesverband der Angehörigen psychisch Kranker e. V.	165				
Deutsche AIDS-Hilfe e. V. – D. A. H. –	169	X			
Deutsche AIDS-Stiftung „Positiv Leben“ – DAS –	173	X			
Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie e. V. – dapo –	175				
Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. DFG	177		X		
Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. – DGE –	179				
Deutsche Gesellschaft für Freizeit e. V. – DGF –	183				
Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie e. V. – DGKJ –	187				
Deutsche Gesellschaft für Prävention und Rehabilitation von Herz-Kreislauf- erkrankungen e. V. – DGPR –	189				
Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde e. V. – DGPN –	191				
Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie e. V.	193				
Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie e. V. DGSP –	195				
Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie e. V.	197			X	
Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie e. V. – DGVT –	199				
Deutsche Gesellschaft für Wohnungsmedizin e. V.	201				
Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren e. V. – DHS –	203				X
Deutsche Herzhilfe e. V. – DHH –	207				
Deutsche Herz-Kreislauf-Präventionsstudie – DHP –	209				
Deutsche Herzstiftung e. V.	213				

<i>Ernährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/Jugendlicher</i>	<i>Herz-Kreislauf-erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn-gesundheit</i>	<i>themen-übergreifend</i>
X	X	X		X						X
					X					
				X						
X							X			
X							X			
							X	X		X
	X				X					
		X								
					X					
					X					
					X					
X	X		X		X		X	X		X
					X					
							X	X		
		X								
		X								
		X								

Institutionen	Seite	AIDS	Arbeit	Behinderte	Drogen/ Sucht
Deutsche ILCO e. V.	217			X	
Deutsche Krebsgesellschaft e. V.	219				
Deutsche Krebshilfe e. V. – DKH –	223				
Deutsche Leukämieforschungshilfe Aktion für krebskranke Kinder e. V.	225				
Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft (Initiative gegen frühkindliche Deprivation) e. V.	227				
Deutsche Liga zur Bekämpfung des hohen Blutdruckes e. V. und Sektion Nationales Blutdruckprogramm NBP –	229				
Deutsche Rheumaliga Bundesverband e. V.	233				
Deutsche Umwelt-Aktion e. V.	235				
Deutsche Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter e. V.	237			X	
Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e. V. – DWVG –	241				
Deutscher Arbeitsring für Lärmbekämpfung e. V. – DAL –	245				
Deutscher Ausschuß für Jugendzahnpflege e. V. – DAJ - – Bundesarbeitsgemeinschaft Zahngesundheit –	247				
Deutscher Caritasverband e. V. – DCV –	249	X	X	X	X
Deutscher Hausfrauen-Bund e. V. – Berufsverband der Hausfrau - DHB –	253				
Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e. V. – DKSB –	257			X	
Deutscher Naturschutzring Bundesverband für Umweltschutz e.V. – DNR –	261				
Deutscher Sportbund e. V. – DSB –	263				
Deutscher Verband für Gesundheitssport und Sporttherapie e. V. – DVGS –	265			X	X
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge – DV –	269			X	X
Deutscher Verkehrssicherheitsrat e. V. – DVR –	273				X
Deutsches Grünes Kreuz	277				

<i>Ernährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/ Jugendlicher</i>	<i>Herz- Kreislauf- erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn- gesundheit</i>	<i>themen- übergreifend</i>
				X						
				X						
				X						
				X						
	X				X			X		
		X								
						X				
							X			
								X		
							X	X		
							X	X		
									X	
	X			X	X					X
X							X	X		X
	X				X		X	X		X
							X			
	X	X								X
		X			X	X				X
	X				X					X
	X									
X	X	X	X						X	X

Institutionen	Seite	AIDS	Arbeit	Behinderte	Drogen/ Sucht
Deutsches Institut für Bluthochdruckforschung e. V. – DIB –	279				
Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information – DIMDI –	281	X		X	X
Deutsches Institut für Urbanistik – Difu –	285				
Deutsches Jugendinstitut e. V. – DJI –	289		X	X	X
Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg – DKFZ –	293				
Deutsches Rotes Kreuz e V - DRK	295	X	X	X	X
Diakonisches Werk der Evangelischen Kirchen in Deutschland e V DW	299	X	X	X	X
Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen EAF	303				
Fachverband Drogen und Rauschmittel e V. – FDR –	305				X
Fortbildungsinstitut für die Pädagogische Praxis im Verein zur Förderung experimenteller Film-, Spiel- und Theaterarbeit, FST-Workshop für Kinder e.V – FIPP	307			X	
Frauenseלבsthilfe nach Krebs	309				
Gesamtverband der Wohnungswirtschaft e. V. – GdW	311				
Gesamtverband für Suchtkrankenhilfe im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e V. – GVS	315				X
Gesellschaft für Arbeitsschutz- und Humanisierungsforschung mbH	319		X		
Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung in der Medizin – GESOMED –	321	X	X		X
Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie e. V. – GwG –	323				
Gewerbeärztlicher Dienst beim Gewerbeaufsichtsamt, Institut für praktische Arbeitsmedizin, Freiburg	325		X		
Gewerbeärztlicher Dienst, Landesamt für Immissionsschutz, Hannover	327		X		
GSF – Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit	329				
Hamburgische Landesvereinigung für Gesundheitserziehung e V – HLG –	331				
Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V.	333		X		

<i>Ernährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/Jugendlicher</i>	<i>Herz-Kreislauf-erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn-gesundheit</i>	<i>themen-übergreifend</i>
		X								
X	X	X	X	X	X	X	X		X	X
							X	X		
	X				X					X
				X						
	X			X	X					X
	X			X	X					X
	X							X		
	X						X	X		
				X						
								X		
X		X		X	X		X	X		X
					X					
							X			
							X			
							X			
X	X									X

Institutionen	Seite	AIDS	Arbeit	Behinderte	Drogen/ Sucht
Hessische Akademie für Betriebs-, Arbeits- und Sozialmedizin e. V.	337		X		
Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung – HAGE –	339	X	X		X
Infratest – Gesundheitsforschung –	343				X
Institut für Arbeitsphysiologie an der Universität Dortmund	345		X		
Institut für Arbeits- und Sozialhygiene, Karlsruhe	347		X		
Institut für Arbeitswissenschaft Ruhr-Universität Bochum	349		X		
Institut für Baubiologie Rosenheim GmbH	351				
Institut für Dokumentation und Information, Sozialmedizin und öffentliches Gesundheitswesen – IDIS –	353	X	X	X	X
Institut für Gesundheits- und Sozialforschung GmbH – IGES –	355		X		
Institut für Krankenhausbau der Technischen Universität Berlin	357				
Institut für Kreislaufforschung und Sozialmedizin	361				
Institut für Prävention und Gesundheitsforschung GmbH – IPC –	363		X		X
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik – ISS –	365				
Institut für Sozialmedizin und Epidemiologie am Bundesgesundheitsamt	367		X		X
Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e. V. München – ISF –	369		X		
Institut für Therapieforchung – IFT –	371				X
Institut Wohnen und Umwelt GmbH – IWU –	375				
Katholische Sozialethische Arbeitsstelle e. V. – KSA – Abteilung Suchtgefahren	377				X
Kooperationsstelle DGB-Gewerkschaften/Hochschule Hamburg	381		X		
Krebsinformationsdienst am Deutschen Krebsforschungszentrum Tumorzentrum Heidelberg/Mannheim – KID –	385				
Kuratorium Deutsche Altershilfe Wilhelmine-Lübke-Stiftung e. V. – KDA –	387			X	

<i>Ernährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/Jugendlicher</i>	<i>Herz-Kreislauf-erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn-Besundheit</i>	<i>themen-übergreifend</i>
										X
X	X						X		X	X
	X	X		X						X
							X			
							X	X		
X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
										X
								X		
		X								
X		X								X
								X		X
X	X	X		X			X			X
X		X			X					X
							X	X		
	X									
				X						
								X		

Institutionen	Seite	AIDS	Arbeit	Behinderte	Drogen/ Sucht
Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung Baden-Württemberg e. V. · LAG –	391	X	X	(X)	X
Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Saarland e. V. – LAGS –	395		X		
Landesinstitut für Arbeitsmedizin (Landesgewerbearzt) Berlin	397		X		
Landesverein für Gesundheitspflege Niedersachsen e. V.	399	X			
Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e. V. Schleswig-Holstein	401	X			X
Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalten fals Beispiel: nachfolgende Institution)	403				
Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt - LUFA Speyer	405				
Landeszentrale für Gesundheitsbildung in Bayern e V - LZG –	407				X
Landeszentrale für Gesundheitserziehung in Rheinland-Pfalz e V – LZG –	409	X	X		X
Leukämie-Liga e. V	413				
Medizinisches Institut für Umwelthygiene an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	415				
Nationale AIDS-Stiftung	419	X			
Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfe- gruppen e V – NAKOS –	421				
Öko-Institut e. V. – Institut für angewandte Ökologie –	425				
Ordinariat für Arbeitsmedizin der Universität, Zentralinstitut für Arbeitsmedizin bei der Gesundheitsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg	427		X		
Pädagogische Aktion Spielkultur e. V · PA ··	429				
Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.	431	X	X	X	X
Paritätisches Bildungswerk – Bundesverband e. V	435			X	
Paul-Ehrlich-Institut – Bundesamt für Sera und Impfstoffe –	437				
Pro Familia e. V, Bundesverband	439	X			
Psychosoziale Nachsorgeeinrichtung und Fortbildungsseminar Heidelberg	443				

<i>Ernährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/Jugendlicher</i>	<i>Herz-Kreislauf-erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn-Besundheit</i>	<i>themen-übergreifend</i>
X	X	X		X	X		X	(X)		X
										X
	X						X		X	X
X	X	X		X			X			X
X							X			
X							X			
X	X	X		X		X	X			X
X	X	X	X	X			X			X
				X						
				X			X	X		
					X					
							X			
							X			
	X							X		
	X			X	X					X
	X									X
			X							
				X						

Institutionen	Seite	AIDS	Arbeit	Behinderte	Drogen/ Sucht
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg – Abteilung Klinische Sozialmedizin –	445		X		X
Selbsthilfegruppe Sklerodermie in Deutschland e. V.	447				
Sozialforschungsstelle Dortmund	449		X		
Staatlicher Gewerbearzt für den Aufsichtsbezirk Westfalen-Lippe in Bochum, Institut für Arbeitsmedizin	451		X		
Städtebauinstitut Nürnberg Forschungsgesellschaft mbH – SIN –	453				
Stiftung für das behinderte Kind Zur Förderung und Vorsorge und Früherkennung	455			X	
Stiftung Rehabilitation	457			X	
Stiftung Verbraucherinstitut	459				
Stiftung Warentest	461				
Studiengruppe für Sozialforschung e. V.	463			X	
Technischer Überwachungsverein Rheinland e. V. – Fachbereich Arbeitsmedizin –	465		X		
Tumorzentren	467				
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tumorzentren e. V. – ADT –	469				
Umweltbundesamt UBA –	471				
Universität Freiburg Abteilung Medizinische Soziologie AMS –	479		X		X
Verband alleinstehender Mütter und Väter Bundesverband e. V. – VAMV –	481				
Verband ambulanter Behandlungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige e. V. – VABS –	483				X
Verband der Angestelltenkrankenkassen e. V. – VdAK – AEV – Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e. V.	485		X	X	X
Verband evangelischer Einrichtungen für geistig und seelisch Behinderte e. V.	487			X	
Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe – VÖV –	491				
Die Verbraucherinitiative e. V.	493				

<i>Ermährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/Jugendlicher</i>	<i>Herz-Kreislauf-erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn-Besundheit</i>	<i>themen-übergreifend</i>
X		X				X				X
						X				
								X		
	X									
X	X						X	X		X
X	X						X	X		X
							X	X		X
							X			
				X						
				X						
							X	X		
	X	X								X
	X									
X	X	X	X	X	X	X			X	X
					X					
							X	X		
X	X						X	X		X

Institutionen	Seite	AIDS	Arbeit	Behinderte	Drogen/ Sucht
Verbraucherzentralen (als Beispiel: nachfolgende Institution)	495				
Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e. V.	497				
Verein für Zahnhygiene e. V.	501				
Verein zur Förderung von Arbeitsinitiativen und Firmenprojekten e. V. – FAF –	503		x		
Vereinigung Deutscher Gewässerschutz e. V. – VDG –	505				
Vorsorge-Initiative Aktion Sorgenkind	507			x	
Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaft, Universität Hannover	509		x		
Wissenschaftliches Institut der Ärzte Deutschlands e. V. – WIAD –	511	x			x
Wissenschaftliches Institut der Ortskrankenkassen - WIdO –	513		x		
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung – WZB –	515	x	x		
Zentralstelle für psychologische Information und Dokumentation, Universität Trier – ZPID –	517				
Zentralinstitut für Seelische Gesundheit – ZI –	519				
Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen	523		x		

<i>Ernährung</i>	<i>Gesundheit des Kindes/ Jugendlicher</i>	<i>Herz- Kreislauf- erkrankungen</i>	<i>Impfen</i>	<i>Krebs</i>	<i>Psychische Gesundheit</i>	<i>Rheuma</i>	<i>Umwelt</i>	<i>Wohnen</i>	<i>Zahn- Gesundheit</i>	<i>themen- übergreifend</i>
X	X						X	X		X
X	X						X	X		X
									X	
					X					
							X			
	X		X		X					
X		X		X		X				X
										X
X						X	X			X
					X					
					X					
										X

ÄRZTLICHER ARBEITSKREIS RAUCHEN UND GESUNDHEIT e. V.

Adresse Osterbergstraße 23
7107 Bad Wimpfen

Ansprechpartner Dr. med. B. Humburger

Telefon 0 70 63/66 77

Telefax 0 70 63/63 63

„Der Arbeitskreis betrachtet es als seine Hauptaufgabe, einen aktiven Beitrag zur Vorbeugung und Bekämpfung der Gesundheitsschäden durch das Rauchen zu leisten. Er ist eine Interessengemeinschaft, die in erster Linie Sprachrohr der an diesen Problemen interessierten Ärzte sein will. Gleichzeitig betrachtet er sich jedoch als eine Verbraucherschutzorganisation vor den gesundheitsschädlichen Einwirkungen des Tabakrauches. Dies gilt für Kinder und Jugendliche ebenso wie für entwöhnungswillige Raucher und Nichtraucher im Hinblick auf das Passivrauchen.

In diesem Rahmen nimmt er die Interessen der Verbraucher durch Aufklärung und Beratung wahr, erforderlichenfalls jedoch auch durch Führung von Prozessen. Darüber hinaus erstrebt er eine Koordinierung aller Bemühungen zur Bekämpfung der Gesundheitsschäden des Rauchens und ihrer Ursachen und eine Zusammenarbeit mit Institutionen ähnlicher Zielrichtung.“ (Aus § 2 der Satzung.)

Zu den Zielen des Arbeitskreises, der ein gemeinnütziger eingetragener Verein ist, gehören u. a.:

- Aufklärung und Überzeugung innerhalb der Ärzteschaft
- Aufklärungsarbeit innerhalb der Öffentlichkeit
- Beratung von Bundes- und Länderregierungen bei allen Maßnahmen, die das Rauchen betreffen
- Gewährung von Rechtsberatung und Rechtshilfe in allen mit dem Rauchen in Zusammenhang stehenden Fragen von allgemeiner Bedeutung

Dem Ärztlichen Arbeitskreis als Förderverein zugeordnet ist der „Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit e.V.“, in dem die nicht-ärztlichen Mitglieder zusammengeschlossen sind.

Die Finanzierung des Ärztlichen Arbeitskreises erfolgt durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Medien des Arbeitskreises dienen dem Zweck, Aufklärung und Präventionsarbeit in der Allgemeinbevölkerung zu leisten, Betroffenen bei der Raucherentwöhnung zu helfen und die Gründung von Gruppen aktiver Nichtraucher zu fördern.

Medienangebote

**ÄRZTLICHER
ARBEITSKREIS
RAUCHEN UND
GESUNDHEIT e.V.**

Medienangebote

Besonderer Wert wird auf die Darstellung der Zusammenhänge zwischen Rauchen und Krebserkrankungen (aber auch anderen Erkrankungen) gelegt.

Die Veröffentlichungen des Arbeitskreises wenden sich daher vorrangig an die Allgemeinbevölkerung sowie Gefährdete und Betroffene.

Der Arbeitskreis sammelt Publikationen zum Thema Rauchen und Gesundheit. Diese werden themenbezogen in Infomappen zusammengestellt und zum Selbstkostenpreis abgegeben. Themen sind z. B.:

„Passivrauchen“,
„Raucherentwöhnung“,
„Jugend und Rauchen“.

An Einzelmedien seien beispielhaft genannt:

Das Informations-Faltblatt „Tatsachen über das Rauchen“ ist kostenlos erhältlich.

Für Raucherinnen steht ein Sonderdruck über die wichtigsten Gesundheitsschäden des Rauchens am weiblichen Organismus zur Verfügung. Der Bezug ist kostenlos

Die Mitglieder des Arbeitskreises erhalten ohne Anforderung zweimal jährlich neue Veröffentlichungen von allgemeinem Interesse zum Thema Rauchen und Gesundheit.

Eine Tonbildschau über die Schädlichkeit des Rauchens wird an Interessenten aus dem schulischen und außerschulischen Bereich zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Eine Videokassette mit dem Film „Rauchen oder Nicht-rauchen“, der die Auswirkungen behandelt, kann käuflich erworben werden.

Für (die Weitergabe an) entwöhnungswillige Raucher hält der Arbeitskreis Unterlagen mit zahlreichen Tips zur Raucherentwöhnung bereit. Darin eingeschlossen ist eine Liste mit medikamentösen Präparaten zur Unterstützung der Raucherentwöhnung, die in der Reihenfolge ihrer Wirksamkeit aufgeführt sind. Diese Unterlagen sind gegen Übersendung eines frankierten Rückumschlages erhältlich.

**Service-
leistungen**

Auf Anfrage benennt (bzw. stellt) der Arbeitskreis Referenten zum Thema Rauchen und Gesundheit (kostenverursachend)

Der Arbeitskreis leistet auch Hilfestellung bei der Durchführung und Gestaltung von Ausstellungen und Gesundheitsveranstaltungen (kostenverursachend).

Nach vorheriger Terminvereinbarung können Interessenten die in der Geschäftsstelle vorhandene umfangreiche Literatur kostenlos einsehen. Eine Ausleihe erfolgt nicht.

Regionale Schwerpunktveranstaltungen zum Thema Rauchen und Gesundheit (Ausstellungen, Nicht-Raucher-Tage u.ä.) können außerdem in Zusammenarbeit mit den örtlichen Nichtraucher-Initiativen durchgeführt werden. Die Anschriften und zuständigen Ansprechpartner dieser Initiativen können über den Bundesverband der Nichtraucher-Initiativen erfragt werden:

Bundesverband der
Nichtraucher-Initiativen
Carl-von-Linde-Straße 11
8044 Unterschleißheim
Tel.: 0 89/3 17 12 12

Empfehlungen

Der Ärztliche Arbeitskreis verfügt über ein breites Medien- und Serviceangebot zur Auseinandersetzung mit dem Rauchen

Institutionen und Vereinigungen, die besonderes Interesse an der Problematik Rauchen und Gesundheit haben, können korporatives Mitglied des Arbeitskreises werden und so stets über das Angebot informiert sein. Ausgehend von einem jährlichen Mindest-Mitgliedsbeitrag von 20 DM können korporative Mitglieder die Höhe ihres Mitgliedsbeitrages selbst bestimmen.

Zu erwähnen sind die Infomappen, die Tips zur Raucherentwöhnung und die Unterstützung bei Veranstaltungen durch Benennung von Referenten und Beteiligung der Nichtraucher-Initiativen.

AIDS-ZENTRUM DES BUNDESGESUNDHEITS- AMTES

Adresse	Reichpietschufer 74 1000 Berlin 30
Ansprechpartner	Prof. Dr. M. Koch (Institutsleiter) Prof. Dr. Dr. E. Haeberle (Leiter Fachgebiet Information und Dokumentation)
Telefon	0 30/25 00 94-0
Telefax	0 30/25 00 94 66

Am 1. 1. 1988 wurde das AIDS-Zentrum als selbständige Einheit am Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin errichtet. Das AIDS-Zentrum, das dem Präsidenten des BGA direkt unterstellt ist, soll Erkenntnisse und Erfahrungen über HIV und die von ihm bedingten Erkrankungen zusammentragen und auswerten. Durch eigene Forschungsarbeit soll dieses gezielt ergänzt werden.

In sechs Fachgebieten werden die Aufgaben des AIDS-Zentrum verfolgt. Es sind dies:

- Epidemiologie der HIV-Infektion und von AIDS
- Virologie und Molekularvirologie von HIV
- Klinische Forschung
- Psychosoziale Forschung
- Forschungsförderung
- Dokumentation und Information

Im Fachgebiet Epidemiologie werden das AIDS-Fallregister und das HIV-Infektionsregister geführt und die HIV-/AIDS-Statistik für die Bundesrepublik Deutschland erstellt. Außerdem werden Vorhaben zu Prävalenzstudien und Studien zur Ausbreitung von HIV betreut und begutachtet.

Das Fachgebiet Virologie und Molekularvirologie hat als wesentliche Aufgabe, etablierte und neue diagnostische Verfahren zum Nachweis der HIV-Infektion zu bewerten. Neben weiteren Aufgaben bewertet dieses Fachgebiet außerdem molekularvirologische Erkenntnisse für die Pathogenese, Therapie und Prophylaxe der HIV-Infektion.

Im Fachgebiet Klinische Forschung sollen klinische Studien zum Verlauf der HIV-Infektion koordiniert und bewertet werden. Dazu gehört die Betreuung der 1984 begonnenen AIDS-Kohortenstudie des BGA und der multizentrischen klinischen Verlaufsstudie des BMJFFG.

Zu den Aufgaben des Fachgebietes psychosoziale Forschung gehört es, Ergebnisse der nationalen und internationalen sozialwissenschaftlichen AIDS-Forschung auszuwerten. Diese Ergebnisse sollen auf die Planung von Prävention, Beratung und psychosozialer Betreuung angewendet werden und zur Feststellung von Forschungsdefiziten dienen. Daraus werden Forschungs-

Aufgaben und Ziele der Institution

**AIDS-ZENTRUM
DES
BUNDESGESUND-
HEITSAMTES**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

vorhaben angeregt, außerdem sollen nationale und internationale Forschungsinitiativen koordiniert werden. Weitere Aufgabenbereiche dieses Fachgebietes sind die Führung und Pflege eines Katasters der im deutschsprachigen Raum laufenden und abgeschlossenen Forschungsarbeiten und einer sozialwissenschaftlichen Literaturdatenbank.

Das Fachgebiet Forschungsförderung ist vom Bundesministerium für Forschung und Technologie mit der wissenschaftlichen Administration und Koordination des Förderungsschwerpunktes AIDS im Rahmen des Regierungsprogramms „Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit“ beauftragt. Dazu gehören die Entwicklung von Konzepten der Forschungsförderung, die wissenschaftliche Beurteilung von Förderungsanträgen mit Unterstützung eines unabhängigen Beraterkreises und die internationale Zusammenarbeit.

Das Fachgebiet Information und Dokumentation, das 1988 seine Arbeit aufnahm, hat zunächst zwei Schwer-

punkte: 1. Aufbau einer Dokumentation, in der die wichtigsten wissenschaftlichen Zeitschriften, Bücher und Aufklärungsmaterialien aus Europa und den USA sowie deutsche und amerikanische Presseerzeugnisse und „graue Literatur“ zum Thema AIDS gesammelt werden. Neben der Zusammenarbeit mit bestehenden Datenbanken werden Spezialdatenbanken in deutscher und englischer Sprache entwickelt, so z. B. „AIDS in Frage und Antwort“ (AIFA) und eine neue AIDS-Adressendatenbank. 2. Mitarbeit an Aufklärungsmaßnahmen, wobei das Fachgebiet direkt an der Konzeption, Planung und Ausführung von Aufklärungskampagnen und Fortbildungsprogrammen mitwirkt und Materialien des BMJFFG und der BZgA auf ihre wissenschaftlichen Aussagen hin überprüft.

Finanziert wird das AIDS-Zentrum mit rd. 30 Beschäftigten vom BMJFFG über das BGA und für Teilaufgaben vom BMFT.

Medienangebote

Das Medienangebot des AIDS-Zentrums ist, entsprechend dem Aufgabenspektrum, sehr begrenzt. Es besteht aus zwei Zeitschriften und einer Broschürenreihe:

- „AIDS-Nachrichten aus Forschung und Wissenschaft“ ist eine unregelmäßig erscheinende Zeitschrift im Auftrage des BMFT und des BMJFFG mit Fachbeiträgen über HIV-Infektion und AIDS-Erkrankung, Kurznachrichten sowie Veranstaltungshinweisen (kostenlos).
- „project news“ ist eine unregelmäßig erscheinende Zeitschrift zur AIDS-Forschungsförderung des BMFT mit Forschungsausschreibungen und -informationen sowie Veranstaltungsberichten (kostenlos für Arbeitsgruppen, die im Rahmen des AIDS-Förderungsprogramms des BMFT tätig sind, und für klini-

sche Zentren mit einer größeren Zahl von AIDS-Patienten)

Die Broschürenreihe „AZ-Hefte“ erscheint in unregelmäßiger Folge und informiert über Einzelaspekte der Arbeit des AIDS-Zentrums

Beispielhaft seien folgende AZ-Hefte genannt:

- 2/1990 AIDS und die Sozialwissenschaften. Eine Projektdatenbank deutschsprachiger Forscher/innen
- 4/1991 AIDS/HIV 1990. Bericht zur epidemiologischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland am 31. 12. 1990
- 5/1991 HIV/AIDS Informations- und Dokumentationsstellen im deutschsprachigen Raum (kostenlos)

**Service-
leistungen**

Die Serviceleistungen des AIDS-Zentrums sind nicht direkt auf Leistungen für die Öffentlichkeit ausgerichtet, sondern sollen der Arbeit der Ministerien und der BZgA dienen und die interministerielle Zusammenarbeit fördern.

In begrenztem Umfang werden Anfragen aus der Fachöffentlichkeit zur AIDS-Epidemiologie und zur Epidemiologie von AIDS und zur fachwissenschaftlichen Dokumentation beantwortet, wobei auf die Serviceleistungen von DIMDI hinzuweisen ist.

Empfehlungen

Denen, die fachlich mit der HIV- und AIDS-Problematik zu tun haben, ist die Aufnahme in die Versanddatei für die AIDS-Nachrichten zu empfehlen.

AKADEMIE FÜR ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN IN DÜSSELDORF

Adresse Auf'm Hennekamp 70
4000 Düsseldorf 1

Ansprechpartner Herr Hoeven
(Verwaltungsleiter)

Telefon 02 11/31 09 60

Die Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf ist eine gemeinsame Einrichtung von sieben Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland.

Sie wurde 1971 durch einen Staatsvertrag zwischen den Bundesländern Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Hauptaufgabe der Akademie ist die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Berufen des öffentlichen Gesundheitswesens sowie die angewandte Forschung auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens.

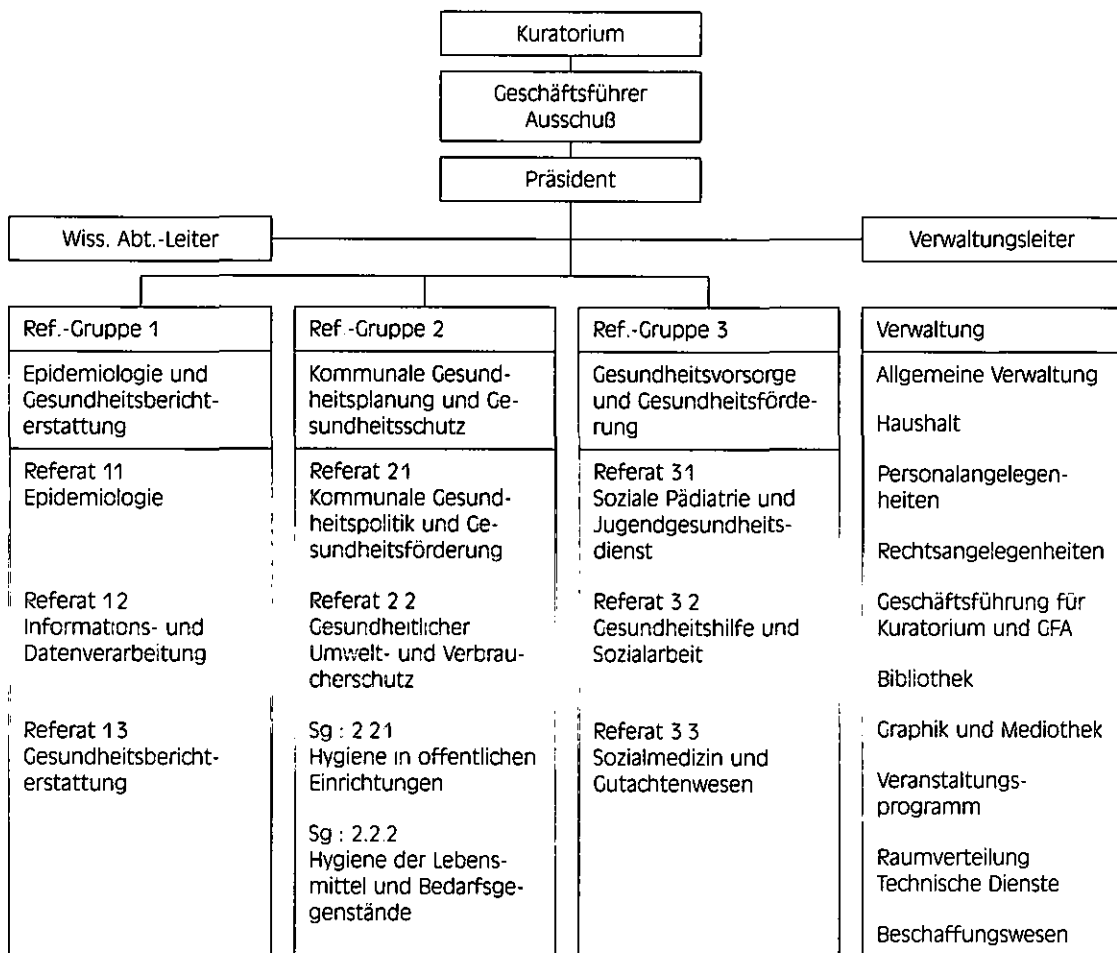
Weiterhin organisiert die Akademie Arbeitstagungen mit Experten, pflegt die Zusammenarbeit mit nationalen Fachinstitutionen; sie ist Collaborating Centre der WHO.

Wie nachstehendes Organigramm zeigt, gliedert sich die Akademie in drei Referatsgruppen und die Verwaltung. Finanziert wird die Akademie von den Trägerländern und vom Bund.

Aufgaben und Ziele der Institution

AKADEMIE FÜR ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN IN DÜSSELDORF

Aufgaben und Ziele der Institution



Medienangebote

Alle von der Akademie veröffentlichten Medien und Materialien sind für das Fachpersonal des ÖGD bestimmt.

- Entsprechend der Hauptaufgabe der Akademie werden Unterrichtsmaterialien zur Durchführung der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Berufen im ÖGD erstellt.
- In der „Schriftenreihe“ der Akademie werden Amtsarzt-Arbeiten, Forschungsberichte, umfangreichere Fachbeiträge, Festschriften, Kongreßberichte und Vorträge von Fortbildungsveranstaltungen der Akademie veröffentlicht

- Mit Hilfe des vierteljährlichen Informationsblatts „Blickpunkt Gesundheitsamt“ informiert die Akademie über Entwicklungen und Aktivitäten im ÖGD. Die Akademie betrachtet sich als einen Kristallisationspunkt von Aus- und Fortbildungsaktivitäten im Öffentlichen Gesundheitsdienst. Das jeweilige „Jahresveranstaltungsprogramm“ der Akademie wird allen Gesundheitsämtern in den Trägerländern kostenlos zugesandt. In diesem Programm sind die Veranstaltungsangebote für das betreffende Jahr verzeichnet.

Serviceleistungen

- Aus-, Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen

Ein Schwerpunkt des Aus-, Fort- und Weiterbildungsprogramms der Akademie ist der sechsmonatige Amtsarzt-Lehrgang. Jährlich finden ein bis zwei Lehrgänge mit jeweils etwa 30 Teilnehmern statt. Der Lehrgang ist Teil der Weiterbildung zum Arzt für Öffentliches Gesundheitswesen. Die Absolvierung des Lehrgangs ist außerdem Voraussetzung für die Zulassung zur staatsärztlichen Prüfung, die in der Bundesrepublik jeder Amtsarzt, das heißt der Leiter oder stellvertretende Leiter des Gesundheitsamtes eines Kreises oder einer kreisfreien Stadt, abgelegt haben muß.

Die Akademie führt weiterhin im Rahmen der Ausbildung von Gesundheitsaufsehern, Lebensmittelkontrolleuren und Sozialmedizinischen Assistentinnen verschiedene mehrmonatige theoretische Lehrgänge in jedem Jahr durch.

Für die genannten Berufe sowie für Zahnärzte, Apotheker, Gesundheitsingenieure und Sozialarbeiter im Öffentlichen Gesundheitswesen bietet die Akademie außerdem jährlich etwa 50 Fortbildungsveranstaltungen an, die in Düsseldorf und den Trägerländern stattfinden.

Die Teilnahme an den Veranstaltungen der Akademie ist für Angehörige des Öffentlichen Gesundheitsdienstes aus den Trägerländern der Akademie – Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein – und für Angehörige des Bundes kostenlos.

Von Teilnehmern, die nicht dem Öffentlichen Gesundheitsdienst der Trägerländer angehören, sind Teilnahmeentgelte zu entrichten.

Einzelprogramme werden in der Regel zwei Monate vor Beginn der jeweiligen Veranstaltungen an die Ge-

sundheitsämter herausgegeben und weiteren Interessenten auf Anforderung übersandt.

- Die Akademie initiiert und unterstützt die Organisation und Durchführung von Fachtagungen, Ausstellungen und internationalen Kongressen.
- Den ehemaligen Teilnehmern von Aus-, Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen stehen in der Nachbereitungs- und Umsetzungsphase vor Ort die Fachreferenten der Akademie als „Berater“ zur Bewältigung von Praxisproblemen zur Verfügung (tel. oder schriftliche Kontakte).

Ansprechpartner für die genannten Serviceleistungen sind die jeweils zuständigen Fachreferenten der im Organigramm verzeichneten Referate.

**AKADEMIE
FÜR
ÖFFENTLICHES
GESUNDHEITS-
WESEN
IN DÜSSELDORF**

**Service-
leistungen**

Auf die Bedeutung der Leistungen der Akademie für das Öffentliche Gesundheitswesen der beteiligten Länder verweist deren Konstituierung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und die Ernennung zum „Collaborating Centre“ durch die WHO.

Zu empfehlende Medien und Serviceleistungen:

Periodika

- das jeweilige „Jahresveranstaltungsprogramm“ (einmal jährlich, kostenlos)
- das Informationsblatt „Blickpunkt Gesundheitsamt“ (viermal jährlich, für Einrichtungen des Öffentlichen Gesundheitswesens der Trägerländer kostenlos, für sonstige Interessenten gegen eine Bezugsgebühr)
- die „Schriftenreihe“ (kontinuierlich, kostenpflichtig)

Aus-, Fort- und Weiterbildung

Gemäß den im jeweiligen Jahresveranstaltungsprogramm ausgewiesenen Veranstaltungen und entsprechend dem aktuellen Bedarf der Gesundheitsämter.

Empfehlungen

AKTION PSYCHISCH KRANKE e.V.



Adresse Graurheindorfer Straße 15
5300 Bonn 1

Ansprechpartner Frau Przytulla

Telefon 02 28/63 15 45

Die „Aktion Psychisch Kranke“ wurde 1971 als gemeinnütziger Verein gegründet. Die Aktion finanziert sich ausschließlich aus Mitteln des Bundesministeriums für Gesundheit.

Die Aktion fühlt sich verantwortlich für die Reformvorhaben, die in den 70er Jahren entwickelt und zum Teil in die Wege geleitet worden sind. Anstoß zu einer grundlegenden Reform der psychiatrischen Versorgung zu geben, war das Ziel, mit dem die Aktion gegründet wurde.

Im Rahmen dieser Bestrebungen wirkten die Gründungsmitglieder der Aktion Anfang der 70er Jahre mit auf die Einsetzung der Kommission zur Erstellung der Psychiatrie-Enquete hin; die Geschäftsstelle der Aktion übernahm die Geschäftsführung für diese Sachverständigen-Kommission bis zur Fertigstellung der Enquete.

Entsprechend der Zielsetzung, Fachwissen über Probleme der psychiatrischen Versorgung zur Verbesserung der Lage psychisch Kranker in den Bereich politischer Entscheidungen hereinzutragen, besteht die Mitgliedschaft der Aktion Psychisch Kranke vornehmlich aus psychiatrischen Fachleuten und Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung.

Die Aktion tritt ein für die Verwirklichung einer gemeindenahen Psychiatrie, die den Kranken nach Möglichkeit im vertrauten, sozialen Gefüge seiner Gemeinde beläßt und nicht in abgelegenen psychiatrischen Krankenhäusern von allen normalen Bezügen isoliert. Zu diesem Zweck sollen Dienste in für den Kranken und seine Angehörigen erreichbarer Nähe geschaffen werden, die die Aufgaben von

- Vorsorge und Vorbeugung (Prävention)
- Beratung und sozialer Hilfe
- Erkennen und Behandeln (Diagnostik und Therapie)
- Betreuung und Pflege
- Sozialer Wiedereingliederung

zu erfüllen haben.

Aufgaben und Ziele der Institution

**AKTION
PSYCHISCH
KRANKE e.V.**

Seit 1986 hat die „Aktion Psychisch Kranke“ als Beauftragte der Bundesregierung die Geschäftsführung der Experten-Kommission zur Erstellung eines Empfehlungsbandes zur Versorgung psychisch Kranker und Behinderter, der im November 1988 dem Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit überreicht wurde. Hierbei geht es um die Auswertung des „Modellprogramms Psychiatrie“, das als eine Konse-

quenz aus der Psychiatrie-Enquete 1980-85 durchgeführt wurde, sowie um die Frage einer Fortschreibung von Projekten dieses Modellprogramms.

Die Aktion befaßt sich mit Fragen der Struktur der psychiatrischen Versorgung und nicht mit Problemen der Behandlung oder mit verschiedenen Therapieformen.

Medienangebote

Die Publikationen der Aktion dienen zum einen in Form von Tagungsberichten der Information von Fachleuten und Verantwortlichen über Probleme der Struktur der psychiatrischen Versorgung, zum anderen in Form von Broschüren der Aufklärung der Öffentlichkeit über psychische Erkrankungen und die Notwendigkeit ihrer Behandlung. Alle Publikationen werden kostenlos abgegeben. Zu den Publikationen ist ein Verzeichnis kostenlos erhältlich.

Über die Fachtagungen zu Problemen der Versorgung psychisch Kranker erscheinen jeweils Tagungsberichte,

die für ein Publikum von Fachleuten gedacht sind. Themen sind z. B.: Komplementäre Dienste – Krisenintervention – Psychiatrie in der Gemeinde – Die Tagesklinik.

Als Beispiel einer Broschüre zur Information der Öffentlichkeit soll hier das Heft „Gestörte Einheit – Informationen über seelische Störungen“, das sehr eingängig über psychische Erkrankungen informiert, Erwähnung finden, zu dem ein gleichnamiges Plakat existiert.

Über die Publikationen informiert ein Verteiler.

Serviceleistungen

Die Aktion, in der viele Wissenschaftler aus dem Bereich der Psychiatrie vertreten sind, ist in der Lage, Referenten und Referentinnen zu nahezu allen Problemen der psychiatrischen Versorgung und ihrer Organisation zu vermitteln. Für diejenigen, die eine Veranstaltung über den Aufbau einer gemeindenahen, psychiatrischen Versorgung durchführen wollen, könnte ohne größere Probleme ein Fachmann gefun-

den werden. Die Frage des Honorars müßte mit dem Betreffenden selbst geklärt werden.

Ein- bis zweimal im Jahr werden Fachtagungen zu Problemen der Versorgung psychisch Kranker durchgeführt. Die Teilnahme an diesen Tagungen ist kostenlos.

Empfehlungen

Wegen Aufnahme in den Verteiler sollte bei der Aktion Psychisch Kranke e. V. angefragt werden (alle Gesundheitsämter sind bereits im Verteiler enthalten).

Sehr interessant für diejenigen, die den Aufbau einer gemeindenahen, psychiatrischen Versorgung in ihrem Bereich planen, sind die Möglichkeiten der Aktion, kompetente Fachreferenten vor Ort zu vermitteln, die mit den Problemen und der Struktur einer gemeindenahen Psychiatrie vertraut sind.

In Abständen werden durch die Aktion Informationstagungen für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen psychia-

trischer Einrichtungen, politischer Entscheidungsträger bei Bund, Länder und Gemeinden durchgeführt (Teilnahme kostenlos).

Als exemplarisch für eine gelungene, aufklärende Broschüre über seelische Störungen kann das Heft „Gestörte Einheit“ empfohlen werden.

Die Tagungsberichte der Aktion sind als Information über Probleme der gemeindenahen, psychiatrischen Versorgung für Fachleute wichtig.

AKTIONSGEMEINSCHAFT UMWELT, GESUNDHEIT, ERNÄHRUNG e. V.

– A.U.G.E. –

Adresse Christian-Förster-Straße 19
2000 Hamburg 20

Ansprechpartner Herr H.-Jürgen Pick (Geschäftsführer)

Telefon 0 40/4 91 40 09

Die Aktionsgemeinschaft Umwelt, Gesundheit, Ernährung e.V. (A.U.G.E.) ist eine unabhängige und überparteiliche Verbraucherorganisation. Sie unterrichtet und berät private Haushalte über Möglichkeiten des Umweltschutzes im Alltag. Die Projekte, Konzepte und Programme des Verbandes sind in besonderem Maße auf eine unmittelbare Umsetzbarkeit im Haushalt ausgerichtet. Sie sind für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen besonders geeignet, wenn gezeigt werden soll, daß eine Verringerung der Umweltbelastungen durch die Haushalte für jeden einzelnen Haushalt möglich ist und auch zu einer Verringerung der Gesundheitsbelastungen der Haushalte beiträgt.

**Für den
eiligen Leser**

Die Aktionsgemeinschaft Umwelt, Gesundheit, Ernährung e.V. (A.U.G.E.) besteht seit 1985 als unabhängige, überparteiliche Verbraucherorganisation mit Sitz in Hamburg. Sie wird durch Spenden, Mitgliedsbeiträge und Beratungsentgelte finanziert. Die Aktionsgemeinschaft Umwelt, Gesundheit, Ernährung ist gemeinnützig.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Aufgabe der Gemeinschaft besteht vor allem in der Durchführung von Umweltschutzprojekten im Bereich der privaten und der öffentlichen Haushalte.

Die Gründung der Aktionsgemeinschaft Umwelt, Gesundheit, Ernährung geht auf das 1983 gestartete Modellprojekt „Umweltberatung im Haushalt“ zurück. Dieses Projekt wurde mit Privathilfe und Unterstützung des Bundes für Umwelt und Naturschutz e.V. durchgeführt. Es wollte mit einer gezielten Umweltberatung der Privathaushalte durch Biologen, Chemiker und Ernährungswissenschaftler eine Verbesserung der Umweltsituation erreichen.

Die Aufgabe dieser Umweltberatung besteht darin, die privaten Haushalte über Möglichkeiten des Umweltschutzes im Alltag und die dadurch erzielbaren Einsparungen im Haushalt aufzuklären und die Haushalte bei ihren Umweltbemühungen anzuleiten. Gemeinsam mit den im Haushalt lebenden Personen soll der Umweltberater praktisch durchführbare Maßnahmen erarbeiten und durch Hinweise, z. B. auf Sammelstellen für Sondermüll, Anregungen zur Verwendung von umweltverträglichen Reinigungsmitteln und zur getrennten Sammlung von Müll, Aufklärungsarbeit über aktiven Umweltschutz leisten.

- A.U.G.E. -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Auf Grund dieser Initiative wurden zuerst in der Stadt Berlin und in der Folgezeit auch in anderen Kreisen, Städten und Gemeinden sowie bei Verbraucherzentralen und den Landesverbänden des Bundes für Umwelt und Naturschutz e.V. Umweltberater eingestellt bzw. vorgesehen. Gegenwärtig arbeiten etwa 70 Umweltberater in 50 Kreisen, Städten und Gemeinden.

Im August 1986 erhielt die A.U.G.E. von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften den Auftrag, ihr Modellprojekt auf weitere europäische Staaten auszuweiten. Umweltberater arbeiten in England, Frankreich und Spanien. Auch in anderen europäischen Staaten wurde durch die Initiative der A.U.G.E. das Berufsbild des Umweltberaters eingeführt.

Das Projekt „Umweltberatung für den Haushalt“ wird wissenschaftlich begleitet. Durch entsprechende Untersuchungen sollen in erster Linie die ökologischen und ökonomischen Auswirkungen, die sich beim Einsatz von Umweltberatern in den Städten und Gemeinden ergeben, ermittelt werden.

Neben der Umweltberatung für Haushalte führt die Initiative auch ein Vorhaben zur Energie- und Wassereinsparung durch.

Ausschließlich auf Hamburg bezogen ist das seit 1987 in Zusammenarbeit mit den Hamburger Wasserwerken GmbH durchgeführte Projekt „Hamburger Wassersparprogramm – die Wassermeile“.

Bei diesem Vorhaben, das unter der Schirmherrschaft des Hamburger Umweltsenators durchgeführt wird, sollen die Verbraucher zur Einsparung von mehreren Millionen Kubikmeter Trinkwasser jährlich angeregt werden.

Seit 1988 führt der Verband in einer bundesweiten Aktion das „Energie- und Wasserprogramm“ durch. Mit diesem Vorhaben sollen die privaten Haushalte dazu angeregt werden, die bestehenden Möglichkeiten der Energie- und Wassereinsparung besser zu nutzen.

Seit August 1988 berät die Vereinigung den „Otto Versand“ bei der Entwicklung eines verstärkten Angebotes umweltfreundlicher Produkte.

Hierbei sollen besonders umweltverträgliche Produkte aus dem gesamten Angebotssortiment ermittelt und für den Verbraucher als solche erkennbar gemacht werden.

Damit sollen auch die Zulieferer und Hersteller motiviert werden, verstärkt umweltfreundliche Produkte beizustellen.

In Form eines Preisausschreibens führte die Aktionsgemeinschaft im Jahre 1989 außerdem ihr Programm „Der umweltfreundliche Haushalt“ durch. Mit dieser Aktion sollte ein aktives Handeln der Haushalte für einen vorbeugenden Umweltschutz gefördert werden.

Der Verein betreibt außerdem den „A.U.G.E.-Kinder-Umwelt-Club“, durch den frühzeitig ein praktisch orientiertes, umweltbewußtes Verhalten der Kinder geübt und gefördert werden soll.

Zuletzt veranstaltet die Aktionsgemeinschaft „A.U.G.E.“ Gesprächskreise mit Experten aus den Bereichen Forschung, Wissenschaft, Industrie sowie Verbraucher- und Umweltorganisationen.

Diese Gesprächskreise sollen dazu beitragen, auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse praktische Hilfestellungen zu entwickeln, die den Bürger in die Lage versetzen, durch sein Alltagshandeln zur Verbesserung der Umweltlage beizutragen.

Medienangebote

Die Aktionsgemeinschaft Umwelt, Gesundheit, Ernährung e.V. (A.U.G.E.) gibt einen alle zwei Monate erscheinenden „Info-Ratgeber“ heraus, in dem Umwelt- und Gesundheitsthemen behandelt werden.

In gesonderten Broschüren werden die von der Vereinigung durchgeführten Projekte dargestellt.

In einzelnen Buchveröffentlichungen wie etwa „Das Ökosparbuch“ werden die Erfahrungen der Umweltberater der Gemeinschaft zusammengefaßt und publiziert.

Die Publikationen der Aktionsgemeinschaft können von Interessierten gegen Kostenerstattung bei der Geschäftsstelle in Hamburg bezogen werden.

Derzeit baut die A.U.G.E. ein Umweltarchiv auf, mit dessen Hilfe wichtige Umweltinformationen verfügbar gemacht werden sollen.

Für Interessenten an der Tätigkeit und an den Veröffentlichungen der Aktionsgemeinschaft ist die Aufnahme in einen Verteiler möglich.

Die Aktionsgemeinschaft Umwelt, Gesundheit, Ernährung e.V. (A.U.G.E.) bietet über ihre Umweltberater Informationsleistungen zu folgenden Themenbereichen an:

- Gesunde Ernährung, z. B. Vollwertkost und biologischer Anbau
- Wassereinsparung
- Chemieverringerung im Haushalt, z. B. Wasch- und Reinigungsmittel
- Chemieverringerung im Kinderzimmer
- Gesundes Wohnen, z. B. Farben, Holzschutzmittel, Lacke, Teppichböden, Möbel und Dämmstoffe
- Müll und Sondermüll, z. B. Verpackung, Plastik und Batterien.

Darüber hinaus werden durch den Umweltberater der A.U.G.E. Formaldehydmessungen in Wohnräumen durchgeführt. Anerkannte Prüfinstitute werden eingeschaltet, wenn es um die Messung weiterer Schadstoffe wie z. B. Asbest, Lindan oder PCB geht. Für diese Leistungen werden Gebühren erhoben.

Ebenso bietet die Vereinigung eine Beratung der privaten Haushalte bei der Energie- und Wassereinsparung an. Mit Hilfe eines EDV-Programms werden die jeweiligen Möglichkeiten zur Verringerung des Energie- und Wasserverbrauchs ermittelt und Vorschläge zur Erreichung dieser Einsparungen gemacht

In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt Hamburg hat die Aktionsgemeinschaft Weiter- und Fortbildungsseminare veranstaltet, bei denen sich naturwissenschaftlich ausgebildete Hochschulabsolventen zum Umweltberater spezialisieren konnten. Zusammen mit dem Institut für Baubiologie in Rosenheim konzipiert die Aktionsgemeinschaft derzeit einen Lehrgang, bei dem in einem etwa einhalbjährigen Selbststudiengang ein Diplom als Wohn- und Umweltberater erworben werden kann.

Zuletzt führt die A.U.G.E. auf Anfrage auch Literaturrecherchen zu umweltrelevanten Themen und Problemen durch. Auch für diese Leistung werden Gebühren erhoben.

- A.U.G.E. -

Serviceleistungen

Die Aktionsgemeinschaft Umwelt, Gesundheit, Ernährung e.V. (A.U.G.E.) berührt mit ihrer Arbeit zahlreiche Schnittstellen von Wohnen und Gesundheit.

Der Lebensbereich Wohnen und die Wohnungen sind zu einem entscheidenden Absatzmarkt und Einsatzbereich für kurz-, mittel- und langlebige Verbrauchsgüter geworden.

Damit sind die Wohnungen durch die Art und Weise der Auswahl und Verwendung von Infrastrukturleistungen wie Energie und Wasser sowie von Gebrauchsgütern aller Art zu entscheidenden Einflußgrößen für eine weitere Steigerung oder für eine Absenkung der Umwelt- und damit Gesundheitsbelastungen geworden.

Umgekehrt sind die Wohnungen aber auch durch die Auswahl und den Einsatz der dort kombinierten und konsumierten Güter zu Umwelten für die Privathaushalte geworden, von denen in hohem Maße Gesundheitsbelastungen für die Bewohner ausgehen können, die aber ebenso zu einer verstärkten Gesundheitssicherung der Bewohner beitragen können.

Die von der Arbeitsgemeinschaft für Umwelt, Gesundheit, Ernährung e.V. (A.U.G.E.) entwickelten Konzepte und Programme zur Verringerung der Umweltbelastungen durch die Haushalte und zur Verringerung der Gesundheitsbelastungen in den Haushalten machen die Aktionsgemeinschaft zu einem kompetenten Partner der Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen.

Die dezidierte Ausrichtung der Konzepte und Programme der A.U.G.E. an einer Realisierbarkeit im Rahmen der Alltagsvorgänge in den Privathaushalten macht diese Konzepte und Programme für die Zwecke einer haushaltsbezogenen Gesundheitserziehung besonders geeignet.

Empfehlungen

AKTIONSKOMITEE KIND IM KRANKENHAUS e.V.

– AKIK –

Adresse	Kirchstraße 34 6370 Oberursel/Ts. 4
Ansprechpartner	Frau Marion Lettmann (Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle)
Telefon	0 61 72/30 36 00

Das „Aktionskomitee Kind im Krankenhaus“ (AKIK) wurde 1968 gegründet, um zu erreichen, daß Kinder, die zur Behandlung im Krankenhaus bleiben müssen, nicht – wie damals noch allgemein üblich – bis auf wenige Besuchstermine völlig getrennt von ihren Eltern diese Situation bewältigen müssen. Es ging darum, möglichst unbegrenzte Besuchszeiten für Eltern zu erlangen und darüber hinaus die Möglichkeit für die Eltern, mit ihrem Kind zusammen aufgenommen zu werden.

Das Aktionskomitee ist als Initiative betroffener Eltern entstanden, die mit den psychischen Veränderungen ihrer Kinder nach einem Krankenhausaufenthalt in weitgehender Trennung von ihnen als Eltern konfrontiert waren.

Es finanziert sich als gemeinnütziger Verein durch Mitgliedsbeiträge und Spenden sowie zu einem geringeren Anteil aus zugewiesenen Bußgeldern. Eine projektbezogene Förderung des Aktionskomitees findet durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sowie durch einzelne Länderministerien statt.

Im Aktionskomitee sind ca. 1100 Mitglieder in etwa 60 Ortsgruppen organisiert, die sich z. T. selber als Vereine konstituiert haben.

Das AKIK fühlt sich dafür verantwortlich, seelischen Schaden von Kindern abzuwenden, die sich einer Krankenhausbehandlung unterziehen müssen. Daher bemüht man sich um eine Verbesserung der Situation von Kindern im Krankenhaus. In diesem Rahmen wird der Aufrechterhaltung des Eltern-Kind-Kontaktes auch unter den Bedingungen eines Krankenhausaufenthaltes besonderer Wert beigemessen.

Aus seinen Erfahrungen heraus, wie Kinder Krankenhausaufenthalte und die Krankheit selbst erleben und verarbeiten, tritt das AKIK für die folgenden Punkte ein:

- unbegrenzte Besuchszeiten der Eltern
- Möglichkeit zur kostenlosen Mitaufnahme eines Elternteiles für alle Kinder
- Rooming In bei Neugeborenen
- Anwesenheit der Eltern bei Untersuchungen, kleineren Eingriffen, der Einleitung der Narkose und in der Aufwachphase
- geeignete Räumlichkeiten für Elternmitaufnahme und Rooming In

Aufgaben und Ziele der Institution

- AKIK -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- ein Abrechnungssystem, das den heutigen Stand des Wissens um kindgemäße Behandlung und Betreuung widerspiegelt und das u. a. ambulante Operationen angemessen honoriert
- Behandlung aller Kinder in Kinderkliniken oder auf Kinderstationen und nicht auf den Fachstationen für Erwachsene (wie derzeit in 60 % der Fälle)
- kindermedizinisches, kinderpflegerisches, -psychologisches und pädagogisches Fachpersonal im Krankenhaus.

Das AKIK berät und betreut Eltern bei einem Krankenhausaufenthalt ihres Kindes. Bei diesen Beratungen geht es vor allem um die sorgfältige und ehrliche Vorbereitung des Kindes sowie die Unterstützung von Eltern in ihrer Forderung nach der Aufrechterhaltung des Kontaktes zu ihrem Kind gegenüber der Klinik.

Neben der Information möglichst vieler Eltern ist die Öffentlichkeitsarbeit des Aktionskomitees darauf abgestellt, verantwortliche Stellen und Personen (z. B. Verwaltungsleiter in Krankenhäusern) über die Proble-

matik von Kindern in der Klinik zu informieren und auf Änderungen hinzuwirken. Das AKIK bemüht sich dabei aktiv um Gespräche mit Entscheidungsträgern.

Da vielerorts mittlerweile die Eltern ausreichende Zugangsmöglichkeiten zu ihrem behandelten Kind haben, befaßt sich das Aktionskomitee mit der Gestaltung dieses Miteinanders, das an Eltern und klinisches Fachpersonal neue und ungewohnte Anforderungen stellt und ist bemüht, dabei die drei Partner Eltern, Schwestern und Ärzte einzubeziehen.

Das AKIK beschäftigt sich weiterhin mit Fragen einer gesetzlichen Regelung des freien Zugangs der Eltern zu ihrem erkrankten Kind, die eine Angelegenheit der Länder ist, und mit Problemen des Abrechnungssystems der Leistungen im Krankenhaus, das seiner Meinung nach Kinderkliniken benachteiligt und dazu führt, daß diese derzeit häufig wegen mangelnder Rentabilität, die aufgrund des Abrechnungssystems häufig nur auf dem Papier besteht, geschlossen werden müssen

Medienangebote

Die Medienangebote des AKIK zielen in erster Linie auf Eltern und z. T. auch auf ihre Kinder. Einige Medienangebote sind auch für das klinische Fachpersonal geeignet, das das Aktionskomitee zunehmend in seine Arbeit einbeziehen will.

Inhaltlich geht es einmal darum, von der kinderpsychologischen Seite her das Erleben des Kindes besser zu verstehen, zum anderen geht es um rein praktische Informationen im Zusammenhang mit Krankenhausaufenthalt. Das Angebot reicht von Printmedien (u. a. Plakate) bis zu audiovisuellen Medien.

Die z. T. kostenlosen Faltposter und Broschüren des AKIK sollen Eltern dazu anleiten, einen Krankenhausaufenthalt möglichst optimal zu gestalten und sie dazu befähigen, ihre Kinder auf das Krankenhaus vorzubereiten. Sie sind z. T. zugleich geeignet, für die Kinder als Anschauungsmaterial zu dienen. Dabei wird großer Wert auf leichte Verständlichkeit und Eingängigkeit gelegt.

Beispielhaft können hier die Broschüren „Wenn Ihr Kind ins Krankenhaus kommt“ und „Katrin kommt ins Krankenhaus“ genannt werden. Es sind Faltposter mit Fachaufsätzen zur kinderpsychologischen Seite des Krankenhausaufenthaltes gegen geringe Kostenbeteiligung zu beziehen

Das AKIK gibt Literaturlisten über Themen im Bereich Kind, Krankheit und Krankenhausaufenthalt für Erwach-

sene und für Kinder heraus. Ferner ist beabsichtigt, eine überarbeitete, bundesweite Krankenhausliste zu erstellen, die über Kliniken mit ganztägigen Besuchszeiten, Mitaufnahme und ambulanten Operationen informiert. Diese Liste ist nach Fertigstellung gegen geringe Gebühren erhältlich

Regelmäßig wird eine aktuelle, kostenlose Liste der Ortsgruppen des Aktionskomitees erstellt.

Das Plakatangebot spricht Eltern und Kinder an und ist kostenlos. Beispielhaft können hier die Titel „Laßt mich bitte nicht allein“ oder „Eltern sind die beste Medizin“ erwähnt werden.

Aus dem audiovisuellen Angebot seien beispielhaft zwei Fachfilme für Erwachsene erwähnt. Der erste 45-minütige Film zeigt den Krankenhausaufenthalt eines Mädchens, das an einem Auge operiert wird (Titel: „Es wird schon alles gutgehen“), der gegen Versandkostenübernahme entliehen werden kann und auch als Videokassette zur Verfügung steht. Zum Film gehört ein kostenlos erhältliches Arbeits- und Begleitheft und ist ein Projekt der BZgA, Köln. Der andere Film „Ganz nah bei Dir“ zeigt in zwei Fällen die Mitaufnahme einer Mutter bei einem Klinikaufenthalt eines Kindes.

Das AKIK verfügt über einen nach speziellen Interessen der Empfänger spezifizierten Verteiler, in den Interessierte unter Angabe ihrer Anliegen aufgenommen werden können

Serviceleistungen

Das Aktionskomitee bietet über seine Ortsgruppen umfassende Beratung für Eltern (zum Teil über Informationsveranstaltungen) zu allen Problemen im Zusammenhang von Krankheit und Krankenhausaufenthalt ihrer Kinder

Bei diesen Beratungen geht es vor allem um die Vorbereitung des Kindes, die Unterstützung von Eltern in ihrer Forderung nach der Aufrechterhaltung des Kontaktes zu ihrem Kind gegenüber der Klinik und die geschickte Gestaltung der Besuche des Kindes durch die Eltern im Krankenhaus. Auch bei technischen Frage-

stellungen, wie z. B. eine geeignete Klinik zu finden, werden Eltern unterstützt.

Bei Interesse an einem Informationsabend zu solchen oder ähnlichen Themen wird das AKIK bemüht sein, über seine Ortsgruppen einen fachkundigen Referenten vor Ort zur Verfügung zu stellen. Neben eventuell anfallenden Reisekosten wird nur ein geringes Honorar zu erstatten sein.

Das Aktionskomitee führt Veranstaltungen im Fortbildungsbereich durch für Ärzte, Kinderkrankenschwe-

stern und im Rahmen einer möglichst breitgestreuten Vorbereitung aller Kinder auf einen eventuellen Krankenhausaufenthalt auch für Erzieherinnen. Bei diesen Angeboten sind die anfallenden Auslagen zu vergüten.

Weiterhin können auf Anfrage vom AKIK auch Aufsätze für ein breites Publikum zu Themen, die das kranke Kind und seinen Klinikaufenthalt betreffen, verfaßt werden.

Im Rahmen seiner Bemühungen um ein kindgerechtes Krankenhaus spricht das AKIK auch Verantwortliche und Entscheidungsträger an (z. B. Verwaltungsleiter von Krankenhäusern) und ist bereit, hier Informations-Angebote zu machen.

- AKIK -

**Service-
leistungen**

Interessierte sollten sich in den Verteiler des AKIK aufnehmen lassen.

Publikationen

Über das AKIK können Broschüren für Eltern zum Krankenhausaufenthalt ihres Kindes bezogen werden.

Es besteht ein Angebot an Plakaten zum Themenkreis Kind und Krankenhaus.

Besonders hingewiesen sei hier auf die geplante bundesweite Krankenhausliste der Kliniken mit unbegrenzter Besuchszeit, Mitaufnahmemöglichkeit für Eltern und ambulantem Operieren.

Empfehlung verdient das Angebot an audiovisuellen Medien, 2 Filme über Krankenhausaufenthalte von Kindern.

Serviceleistungen

Vor allem sollte das Beratungsangebot für betroffene Eltern zu allen Fragen des Krankenhausaufenthaltes ihrer Kinder berücksichtigt werden.

Das AKIK ist auch bereit, Verantwortliche über die Probleme von Kindern im Krankenhaus zu informieren und über geeignete Maßnahmen zu beraten.

Mit dem AKIK können Fortbildungsveranstaltungen für Ärzte und Kinderkrankenschwestern vereinbart werden.

Empfehlungen

AOK-BUNDESVERBAND

(AOK-BV)

Adresse	Kortrijker Str. 1 Postfach 20 03 44 5300 Bonn 2
Ansprechpartner	Frau Klein Frau Brückel Herr Huer
Telefon	02 28/84 33 52 02 28/84 33 51 02 28/84 34 03

1 Allgemeine Aufgaben und Ziele

Der AOK-Bundesverband ist eine sich selbst verwal-
tende Körperschaft des öffentlichen Rechts. Dieser
Dachverband – in dem AOK-Landesverbände mit
autonom handelnden AOKs zusammengeschlossen
sind – verfolgt folgende Ziele:

- Sicherung eines umfassenden Krankenversiche-
rungsschutzes mit hochwertigen Leistungen zu an-
gemessenen Preisen durch eine verantwortungsbe-
wußte Vertragspolitik mit den Partnern des Gesund-
heitswesens,
- erfolgreiche Interessenvertretung für die AOK-Ge-
meinschaft durch sozial- und gesundheitspolitische
Einflußnahme in Parlament und Regierung,
- marktgerechte und zielgruppenspezifische Bera-
tung, Koordination und Service für die AOKs und de-
ren Landesverbände zur Optimierung des
Leistungsangebotes, betriebswirtschaftlicher Ab-
läufe, des Marketings und der Öffentlichkeitsarbeit,
- Ausbau der Führungsrolle der AOK-Gemeinschaft
unter den Krankenversicherern in der Bundes-
republik Deutschland,
- Stärkung des Gesundheitsbewußtseins der Mitglieder
durch praxisnahe Gesundheitsangebote, die bereits
mit der Gesundheitserziehung im Kindesalter begin-
nen.

2 Gesundheitsförderung – ein zentrales Thema der „AOK – Die Gesundheitskasse“

Dem letztgenannten Ziel entsprechend, konzentriert
sich das Engagement der AOKs in Sachen Prävention
z.Z. auf „die Verhaltensprävention durch Beeinflussung
des persönlichen Lebensstils“.

Neben „Maßnahmen gegen Bewegungsmangel“, ver-
haltenstherapeutisch ausgerichteten „Kursprogrammen
gegen verhaltensbedingte Gesundheitsgefahren“ (wie:
Rauchen, Übergewicht, Bewegungsmangel und Streß),
„Ernährungsberatung“, „Alkohol- und Drogenpräven-
tion“ ist auch die Motivation zur Inanspruchnahme von
„Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen“ ein
weiterer Schwerpunkt der AOK-Gesundheitsangebote.

Aufgaben und Ziele der Institution

- AOK-BV -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Gesundheit nicht über moralische Appelle, sondern über sinnliches Gesundheitserlebnis erfahrbar zu machen, ist Kernstück der Philosophie: „AOK – Die Gesundheitskasse“. AOK-Prävention umfaßt dabei nicht nur Hilfen für Gesunde, sondern auch eine adäquate Hilfestellung bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Die neuen Regelungen der Gesundheitsreform geben nun der AOK die Möglichkeit, ihre Spielräume zur Gesundheitsförderung weiter auszuschöpfen und über die individualbezogene Hilfe hinaus Möglichkeiten einer gesundheitsadäquaten Gestaltung der ökologischen und sozialen Umwelt mit in die Maßnahmen einzubeziehen.

Mit umfassender Gesundheitsförderung sollten gleichermaßen die Bedeutung des Individualverhaltens wie der Lebensverhältnisse für die Gesundheit und ihre Wechselwirkungen sichtbar gemacht und beeinflusst werden. Dies bedeutet für die AOK, daß sie bewährte Angebote ausbauen, aber auch neue Gesundheitsthemen aufgreifen und umsetzen muß.

„AOK-Gesundheitsförderung“ heißt also nicht nur, Krankheiten zuvorzukommen, sondern dort, wo Gesundheit direkt oder indirekt in Frage steht, Einfluß zu nehmen oder Anstöße zu geben, um der Gesundheit zu der ihr angemessenen Beachtung zu verhelfen. Perspektiven der AOK-Gesundheitsförderung liegen demnach in den Bereichen „Betriebliche Gesundheitsförderung“, „Umwelt und Gesundheit“ und Anregung von Gesundheitsinitiativen der Bürger.

Eine besondere Form der Information gesundheitsinteressierter Bürger wird in sog. „Gesundheitszentren“ betrieben. Als Beispiel ist hier das Modell der AOK Mettmann „Aktion Gesundheit“ zu nennen. In Koordination, Kooperation und Abstimmung mit anderen Anbietern ist ein breites Angebot an Präventionsmaßnahmen eingerichtet worden. Es reicht von Kursprogrammen gegen Risikofaktoren über psychologische Beratung bis hin zu Eltern-Kind-Programmen mit Spiel- und Bewegungsanregungen. Auch andere AOKs haben bereits Gesundheitszentren eingerichtet

Medienangebote

Die generelle Maxime der Medienentwicklung des AOK-BV ist die Vermittlung positiver Gesundheitsinformation. Allgemeinverständliche, zielgruppenspezifische Informationen sollen Gesundheit erhalten und Krankheit verhüten helfen.

Die zentrale Quelle zur Information über die vom AOK-BV und den örtlichen AOKs beziehbaren Medien ist das Medienhandbuch des AOK-BV, das bei jeder AOK eingesehen werden kann. Über die dort verzeichneten Materialien hinaus haben verschiedene AOKs eigene Medien dezentral entwickelt.

Alle Materialien sollten über die örtlichen AOKs nachgefragt werden, so daß automatisch auch die regional er-

stellten Medien dem Interessierten zugänglich werden

Die vom AOK-BV entwickelten Medien sind im allgemeinen breitenorientiert und für einen massenmedialen Einsatz konzipiert. Die Eignung für bestimmte Verwendungszusammenhänge wird aus dem Medienhandbuch bzw. dem Einzelmateriale ersichtlich. Im Einzelfall kann jede örtliche AOK über die Eignung von Materialien und damit in der präventiven Praxis gemachten Erfahrungen Auskunft geben.

Die Medien sind über die örtlichen AOK-Geschäftsstellen beziehbar. Bei besonders teuren Einzelmedien können Kostenbeteiligungen in Frage kommen.

Serviceleistungen

- Der AOK-BV und die einzelnen AOKs stellen Referenzen zum gesamten Aufgabenspektrum der Krankenversicherungen zur Verfügung.
- Eine weitere Serviceleistung ist die Informationsbereitstellung zu allen Sachfragen der Gesundheitsversicherung und Prävention im Rahmen des Aufgabenbereichs der Krankenversicherungen
- Von den AOK-Landesverbänden erstellte Ausstellungen können ausgeliehen werden.

- Es besteht ein bundesweites BTX-Angebot für Verbraucher. Über BTX kann auch eine Auswahl von Informationsmaterialien bestellt werden.

Ansprechpartner für die genannten Serviceleistungen sind generell die örtlichen AOK-Geschäftsstellen. Anfragen nehmen jedoch auch der AOK-Bundesverband und die AOK-Landesverbände entgegen

Empfehlungen

- Das umfassende präventive Medienkonzept des AOK-BV („Medienhandbuch“) sollte den mit Gesundheitserziehung betrauten Mitarbeitern bekannt sein. Einsichtnahme bei den einzelnen AOKs.
- Insbesondere das zielgruppenorientierte, mit einheitlichem Layout entwickelte und kostenfrei beziehbare Material zur Zahngesundheitserziehung soll hier beispielhaft genannt werden.

- Der direkte Kontakt zur örtlichen AOK-Geschäftsstelle ist – vor allem vor dem Hintergrund der Etablierung und Pflege regionaler Arbeitskreise und -gemeinschaften – unerlässlich.
- Über diese regionalen Kontakte sind sowohl Referenten als auch Ausstellungen erschließbar.

ARBEITERWOHLFAHRT BUNDESVERBAND e.V.

– AW –

Adresse	Marie-Juchacz-Haus Oppelner Straße 130 5300 Bonn 1
Ansprechpartner	Frau Ilsa Diller-Murschall (Sachgebiete Familienpolitik, Kinderpolitik) Frau Hedi Boss (Sachgebiet Suchtkrankenhilfe) Herr Ulrich Wittenius (Gesundheits-Referent)
Telefon	02 28/66 85-0 (Zentrale)
Telefax	02 28/6 68 52 09
Telex	8 869 654

1. Allgemeines

Die „Arbeiterwohlfahrt – Verband für soziale Arbeit“ (AW) ist historisch als Teil der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung entstanden, deren Zielvorstellungen sie sich auch heute noch verbunden fühlt. Sie wurde am 13. Dezember 1919 durch Marie Juchacz gegründet. Die Arbeiterwohlfahrt sieht es als eines ihrer wichtigsten Ziele an, an der Ausgestaltung des sozialen Rechtsstaates mitzuwirken. Sie sieht sich dabei als kritischer Mahner, Impulsgeber und Anreger zur Weiterentwicklung sozialer Arbeit.

Aus den Grundsätzen der Richtlinien des Verbandes:

„Die Arbeiterwohlfahrt

- hält eine freiheitlich-demokratische Grundordnung für die unverzichtbare Voraussetzung ihrer sozialen Arbeit;
- will dazu beitragen, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der sich jeder Mensch in Verantwortung für sich und für das Gemeinwesen frei entfalten kann;
- tritt ein für mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität;
- will dem Entstehen sozialen Unrechts entgegenwirken und sich aktiv an der Lösung sozialer Probleme beteiligen;
- achtet das religiöse Bekenntnis des einzelnen; ihre Arbeit wird getragen vom Gedanken der Toleranz und dient den Rat- und Hilfesuchenden aller Bevölkerungsschichten ohne Rücksicht auf deren politische, rassische, nationale und konfessionelle Zugehörigkeit;
- vertritt den Vorrang der kommunalen und staatlichen Verantwortung für die Erfüllung des Anspruchs auf soziale Hilfen, Erziehung und Bildung sowie für die Planung und Entwicklung eines zeitgerechten Systems sozialer Leistungen und Einrichtungen;

Aufgaben und Ziele der Institution

– AW –

Aufgaben und Ziele der Institution

- strebt eine partnerschaftliche und planvolle Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Staat und freien Vereinigungen der sozialen Arbeit an. Dabei muß die Unabhängigkeit dieser Vereinigungen gewahrt bleiben;
- wirkt an der Gesetzgebung mit. Zur Durchsetzung von Forderungen in den parlamentarischen Gremien der Gemeinden, Länder und des Bundes wendet sie sich an die Abgeordneten der demokratischen Parteien *

Als eine ihrer vornehmlichen Aufgaben sieht es die Arbeiterwohlfahrt an, denjenigen zu helfen, die gesellschaftlich benachteiligt sind und der Hilfe bedürfen. Dabei orientiert sich die Arbeiterwohlfahrt an den Bedürfnissen der Betroffenen, mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe.

Der Verband ist in allen Bereichen sozialer Arbeit tätig
Hauptaufgaben der Arbeiterwohlfahrt sind:

- „Vorbeugende, helfende und heilende Tätigkeit auf allen Gebieten der sozialen Arbeit,
- Entwicklung und Erprobung neuer Formen und Methoden der sozialen Arbeit,
- Angebot und Unterhaltung von sozialen Einrichtungen und Diensten,
- Aufbau und Förderung von Kinder- und Jugendgruppen als Jugendwerke der Arbeiterwohlfahrt,
- Ausbildung für soziale Berufe,
- Information und Aufklärung über Fragen der sozialen Arbeit,
- Fortbildung von Mitarbeitern in der sozialen Arbeit,
- Mitwirkung an der Durchführung von Aufgaben der öffentlichen Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe; Mitarbeit in entsprechenden Ausschüssen,
- Stellungnahmen zu Fragen der öffentlichen und freien sozialen Arbeit,
- Mitwirkung bei der Planung sozialer Leistungen und Einrichtungen, Förderung praxisnaher Forschung,
- Internationale Hilfe, insbesondere im Rahmen des Internationalen Arbeiterhilfswerkes und in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Partnern* (aus den Richtlinien der Arbeiterwohlfahrt)

Die Arbeiterwohlfahrt ist einer der sechs Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und arbeitet im Rahmen ihrer Aufgaben mit anderen freien Vereinigungen, Fachverbänden und Selbsthilfeorganisationen zusammen

Die folgenden Zahlenangaben beziehen sich auf die alten Bundesländer:

Die Arbeiterwohlfahrt gliedert sich in 25 Landes- und Bezirksverbände, 365 Kreisverbände und 3 805 Ortsvereine. Der Bundesverband mit Sitz in Bonn ist die Zusammenfassung aller Landesgliederungen und der Bezirksverbände der Arbeiterwohlfahrt. Er repräsentiert den Gesamtverband, vertritt die Arbeiterwohlfahrt auf Bundesebene und international

Getragen wird die Arbeiterwohlfahrt von 591.000 Mitgliedern, wobei jeder, der die Arbeit der Arbeiterwohlfahrt unterstützen und fördern will und sich zu den in den Richtlinien niedergelegten Grundsätzen bekennt, Mitglied werden kann.

Die Arbeiterwohlfahrt unterhält über 4 500 Einrichtungen und Dienste mit 115 000 Betten bzw. Plätzen. In diesen Einrichtungen sind 40 000 hauptberufliche und 80.000 ehrenamtliche Mitarbeiter bzw. Helfer tätig. Außerdem sind im Rahmen der Arbeiterwohlfahrt 3.000 Selbsthilfe-, Helfer- und andere Gruppen tätig. Über 300 selbständige Einrichtungen, Initiativen und Organisationen sind der Arbeiterwohlfahrt auf allen Ebenen als korporative Mitglieder angeschlossen.

Die Organe der Arbeiterwohlfahrt sind die Bundeskonferenz, der Bundesvorstand und der Bundesausschuß. Die Bundeskonferenz besteht aus den Mitgliedern des Bundesvorstandes, den Vertretern der Bezirks- und Landesverbände im Bundesausschuß, den auf den Bezirkskonferenzen gewählten Delegierten und den beratenden Beauftragten der korporativen Mitglieder. Die Bundeskonferenz beschließt u. a. Richtlinien und Grundsätze der Arbeit der Arbeiterwohlfahrt, Satzungsänderungen und wählt die 15 Mitglieder des Bundesvorstandes. Dieser trägt die Verantwortung für die Wahrnehmung der Aufgaben des Bundesverbandes, bestellt zur Führung der laufenden Geschäfte einen Geschäftsführer und kann zu seiner Beratung Fachausschüsse bilden. Der Bundesausschuß, dem neben dem Vorstand je ein Vertreter der Bezirks- und Landesverbände angehören, unterstützt u. a. die Arbeit des Bundesvorstandes und berät ihn bei Stellungnahmen zur Bundesgesetzgebung und vor Übernahme neuer Aufgaben.

Die Mittel für die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt werden erbracht durch den Erlös aus dem Verkauf von Beitragsmarken, Sammlungen, Lotterien und Veranstaltungen, aus Zuwendungen von Personen und Körperschaften sowie durch öffentliche Mittel

Die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte der Arbeiterwohlfahrt stellen sich dar durch die sachliche Gliederung der Geschäftsstelle des Bundesverbandes. Neben den gruppenübergreifenden Diensten, Wirtschaft und Finanzen sowie Organisation (u. a. Katastrophenhilfe, Entwicklungshilfe, Zivildienst) sind es folgende Gruppen mit ausgewählten Referaten:

- Jugend und Familie
 - Kinderhilfe/-politik (Bundesjugendplan, pädagogische und therapeutische Erziehungshilfen, Jugendschutz)
 - Familien- und Kinderpolitik (Kinderhilfe, frühkindliche Erziehung, Erziehung im Elementarbereich, sozialpädagogische Arbeit mit Schulkindern, Spielpädagogik)
 - pädagogische und therapeutische Erziehungshilfen
 - Eltern- und Familienbildung
 - Internationale Zusammenarbeit
 - Jugendsozialarbeit (Jugendliche Umsiedler, Jugendberufshilfen, freiwillige soziale Dienste, Schulsozialarbeit)
 - behinderte Kinder
- Sozialpolitik
 - Sozialpolitik (Sozialhilfe, Sozialplanung, Gesellschaftliche Rehabilitation)
 - Gefährdetenhilfe (Straffälligenhilfe, Randgruppen)
 - Frauen, Soziales und Gesundheit
 - Altenhilfe (Heimgesetz, Förderung Altenhilfe)
 - Kuren, Erholung (Familienerholung, Müttergenesung)
 - Ambulante Dienste (Familienpflege, Altenpflege, Sozialstationen, mobile soz. Hilfsdienste)
 - Gesundheitswesen (Krankenversicherung, Krankenhauswesen, Psychiatrie, pflegerische Berufe)
 - Behindertenhilfe (Behindertenrecht, Rehabilitation)
 - Hilfen für Umsiedler und Flüchtlinge
- Integrationsfragen
 - Ausländerpolitik
 - Sozialdienste
 - Ausländische Mädchen, Frauen sowie Gesundheit
 - Sprach- und Berufs-Förderung
 - Fortbildung der Sozialberater, Migrantenfamilien
 - Zentrales Fortbildungswerk

2. Beschreibung nach ausgewählten Bereichen der Arbeiterwohlfahrt

Elementarerziehung

In dem Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt „Humanitäres Handeln aus politischer Verantwortung“ wird zur Förderung der Kinder ausgesagt:

„Von Anfang an ist das Kleinkind offen auch für soziale Kontakte über den Bezugskreis seiner Familie hinaus. Die Jugendhilfe trägt im Rahmen ihres Erziehungsauftrages zur Förderung der eigenständigen Entwicklung von Kindern durch die Bereitstellung familienergänzender Einrichtungen bei.

Die Pädagogik in Tageseinrichtungen für Kinder ist unter kinderpsychologischen und erziehungswissenschaftlichen Gesichtspunkten zu überprüfen und weiterzuentwickeln; dies beinhaltet auch das Aufgreifen aktueller Fragen und Probleme dieser Zeit.“

„Im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit der Tageseinrichtungen muß die Persönlichkeit des Kindes stehen, vor allem seine Freude am Spiel und am zweckfreien Tun sowie sein Bedürfnis nach Liebe, persönlicher Zuwendung und Geborgenheit. Besonders wichtig bei der Vermittlung sozialer Lernziele ist eine partnerschaftliche und angstfreie Atmosphäre. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen sich bei ihrer pädagogischen Arbeit ihrer Verantwortung für die Ablösung der traditionellen Rollenverteilung bewußt sein.

Die bestmögliche altersgemäße pädagogische Förderung des Kindes ist die gemeinsame Aufgabe der Familien und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Tageseinrichtungen. Die Förderung von Ausländerkindern und die Integration behinderter Kinder bleiben weiterhin dringliche Aufgaben. Eine intensive Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule soll den Übergang des Kindes in die Schule erleichtern.“

Ca. 30.000 Kinder besuchen die Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt, das sind über 180 Kindertagesstätten, über 260 Kindergärten und über 90 Kinderkrippen, -krabbelstuben und Horte. Für die ca. 3.400 Mitarbeiter dieser Einrichtungen bemüht sich die Arbeiterwohlfahrt, „die Fachlichkeit der Mitarbeiter in den Kindertagesstätten u. a. durch Fortbildungsangebote und durch den Einsatz von Fachberatern zentral und auf regionaler Ebene zu unterstützen“.

Die Aufgaben für die Erziehung im Elementarbereich im Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt bestehen in

- der Planung und Durchführung der zentralen Fortbildung,

Das Medienangebot der Arbeiterwohlfahrt richtet sich an die Mitarbeiter/innen des Verbandes, um sie über die Arbeit auf dem laufenden zu halten und die fachliche Kompetenz zu stärken, sowie an die interessierte Fachöffentlichkeit.

Dazu gehört vor allem die Broschüre

- „Humanitäres Handeln aus politischer Verantwortung – Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt“, beschlossen auf der Bundeskonferenz in Kassel 1987 (gegen Selbstkostenpreis erhältlich).

- der Koordination der Arbeit der Fachberater und deren Fortbildung, der Information der Mitarbeiter über die Entwicklungen im Elementarbereich und
- der Mitwirkung bei der Klärung von Grundsatzfragen bzw. der Erarbeitung von Positionen.

Suchtkrankenhilfe

Der Bereich Suchtkrankenhilfe hat in den letzten Jahren parallel zur Entwicklung der Suchtproblematik in der Gesellschaft an Bedeutung gewonnen.

Die Suchtkrankenhilfe der Arbeiterwohlfahrt basiert dabei auf einer ganzheitlichen Sichtweise. Das bedeutet, bei der individuellen Beratungs-, Betreuungs- und Therapiearbeit mit den Betroffenen auch die jeweiligen gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhänge mit einzubeziehen. Die notwendigen Weiterentwicklungen des Versorgungssystems der Suchtkrankenhilfe sollen darauf abzielen, durch veränderte Zugangsvoraussetzungen wie aufsuchende und nachgehende Hilfen, Ausbau der ambulanten und teilstationären Einrichtungen bisher vernachlässigte Personengruppen zu erreichen.

Die Arbeiterwohlfahrt unterhält im Suchtbereich (alte Bundesländer):

- 37 ambulante Beratungsstellen
- 23 stationäre Einrichtungen, davon:

2 Fachkliniken für Alkohol- und Medikamentenabhängige, 5 Drogen-Rehabilitations-Einrichtungen, 16 Übergangseinrichtungen bzw. Wohnheime

- ca. 40 Selbsthilfegruppen für Suchtkranke.

Träger dieser Einrichtungen ist nicht der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, sondern die Kreis- oder Bezirksverbände.

Dem Sachgebiet Suchtkrankenhilfe des Bundesverbandes kommen dabei folgende Aufgaben zu:

- Koordinierung der Arbeit des Verbandes im Suchtbereich
- Erarbeitung von fachpolitischen Stellungnahmen
- Entwicklung von bedürfnisorientierten Fortbildungsangeboten
- Vertretung der Arbeiterwohlfahrt nach außen
- Verbesserung und Intensivierung bestimmter Schwerpunktbereiche der Suchtkrankenhilfe, vor allem in der Nachsorge und in der Betreuung deprivierter Alkoholiker.

Als Periodika erscheinen bei der Arbeiterwohlfahrt die

- Mitgliederzeitschrift „sozialprisma“, die monatlich herauskommt und zu einem geringen Abonnementspreis bezogen werden kann. Sie enthält Informationen über die Verbandsarbeit, bringt aktuelle Meldungen aus dem Sozialbereich und befaßt sich mit gesellschaftlichen Situationen wie „Kinder der Krise sind die Kinder von Arbeitslosen“ oder „individuelle Schwerstbehindertenbetreuung“.



- AW -

Aufgaben und Ziele der Institution

Medienangebote

– AW –

Medienangebote

- die monatliche Fachzeitschrift „Theorie und Praxis der sozialen Arbeit“, die ebenfalls kostenpflichtig ist. In einzelnen Heften finden sich Beiträge zu den Arbeitsbereichen der Arbeiterwohlfahrt, so auch zur Elementarerziehung und aus dem Suchtbereich.

Weitere Publikationen informieren über die Positionen und die Arbeit der Arbeiterwohlfahrt, so z. B.

- die Broschüre „Der Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt – Geschichte, Gegenwart, Perspektiven“, in der die politische, konzeptionelle und organisatorische Entwicklung des Kindergartenwesens der Arbeiterwohlfahrt dargestellt wird,
- die Berichte über die Tagungen der Arbeiterwohlfahrt wie die Bundeskonferenzen, die Sozialpädagogen/-arbeitertagungen und die Arbeiterwohlfahrt-Fachtagungen (kostenpflichtig),
- die Praxis Hefte und Schriften mit Themen wie z. B. „Probleme und Chancen des Mediums Fernsehen für die kindliche Entwicklung“, „Zusammenarbeit zwischen Familie, Kindergarten und Grundschule“, „Krebskrank, und dann ...“, „Älter werden in Deutschland“, die Arbeitshilfen wie z. B. „Individuelle Betreuung von Schwerstbehinderten“, „Das Selbstkostendeckungsprinzip“ oder „Ambulante ärztliche therapeutische Behandlung alter Menschen“ und Handbücher der Arbeiterwohlfahrt (kostenpflichtig),
- das halbjährliche Fortbildungsprogramm „Zentrale Fortbildung“.

Die einzelnen Sachgebiete geben auch Info-Dienste heraus, so „Kinder–Kindheit–Kindergarten“ und den Info-Dienst Suchtfragen, wo Schwerpunktthemen behandelt werden und ein Informationsaustausch stattfindet.

Die Info-Dienste wenden sich zwar primär an die eigenen Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt, können jedoch auch von anderen Fachinstitutionen oder -personen kostenlos von den Sachgebieten angefordert werden.

Die Ergebnisse der Fachtagungen des Verbandes, so z. B. zu suchtspezifischen Fragen (vgl. hierzu unter Serviceleistungen) werden als Dokumentation veröffentlicht. Der Bezug ist kostenpflichtig.

Zum Selbstkostenpreis erhältlich ist beispielsweise eine Veröffentlichung zur Frage Arbeiterbewegung und Suchtkrankenhilfe.

Zuständig für alle Anforderungen und weitere Informationen über die Veröffentlichungen der Arbeiterwohlfahrt ist die zentrale Versandstelle des Bundesverbandes. Dort ist auch eine kostenlose Veröffentlichungsliste des Verbandes (mit Preisangaben) erhältlich und Anschriftenlisten der Arbeiterwohlfahrt-Einrichtungen.

Lediglich die Info-Dienste und gezielte Einzelveröffentlichungen sind bei den entsprechenden Sachgebieten zu erhalten.

Das Sozialpädagogische Institut der Arbeiterwohlfahrt, Berlin, führt Forschungsprojekte u. a. auch zu Fragen aus dem Suchtbereich durch (z. B.: „Drogen und AIDS“). Die entsprechenden Veröffentlichungen (kostenpflichtig) sind direkt beim SPI erhältlich:

Sozialpädagogisches Institut (SPI)
Berlin
Hallesches Ufer 32–38
1000 Berlin 61
Tel.: 0 30/2 59 22 66

Serviceleistungen

Die Serviceleistungen der Arbeiterwohlfahrt enthalten mehrere Schwerpunkte. So veranstaltet die Arbeiterwohlfahrt Fachtagungen zu Schwerpunktthemen aus verschiedenen Bereichen, so auch Elementarerziehung und Sucht. Eine Teilnahme an diesen Tagungen ist allen Interessierten möglich.

Die Fortbildungsangebote der Arbeiterwohlfahrt wenden sich an:

1. ehrenamtliche Mitarbeiter (z. B. Vertreter von Selbsthilfegruppen) und beinhalten Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches, Wissensvermittlung, Selbsterfahrung und Supervision. Eine Teilnahme steht auch Interessierten außerhalb der Arbeiterwohlfahrt offen (kostenverursachend);
2. hauptamtliche Mitarbeiter und finden in Form von Seminaren, Lehrgängen, Kursen und Arbeitstagungen statt. Auch gibt es Schwerpunktveranstaltungen zu speziellen Themen wie z. B. „HIV/AIDS und Drogenarbeit“ oder „Alkohol am Arbeitsplatz“. Teilnehmer sollten einen direkten Arbeitsbezug zu den jeweiligen Schwerpunkten haben, müssen jedoch nicht der Arbeiterwohlfahrt angehören (kostenverursachend).

Die jeweiligen Termine und sonstigen Daten der o. a. Veranstaltungen sind aus dem Fortbildungsprogramm „Zentrale Fortbildung“ der Gruppe „Zentrales Fortbildungswerk“ ersichtlich oder unmittelbar bei der Arbeiterwohlfahrt zu erfragen.

Die Arbeiterwohlfahrt stellt bzw. benennt auf Anfrage Referenten, so auch zu Fragen der Suchtproblematik und der Elementarerziehung.

Das Sachgebiet Suchtkrankenhilfe ist in Einzelfällen in der Lage, im Rahmen von Projekten (beispielsweise von Schulklassen o. ä.) Besuche in bzw. Kooperationsveranstaltungen mit ambulanten, teil- oder vollstationären Suchthilfe-Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt zu vermitteln.

Die jährlich etwa 600 Fortbildungsveranstaltungen an den verschiedenen Fortbildungsstätten der Arbeiterwohlfahrt orientieren sich an den Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt mit folgenden Schwerpunkten:

- Methoden der sozialen Arbeit (z. B. Psychodrama und Beratung; Umgang mit sozial unsicheren Kindern; Leitung und Beratung in Gruppen)
- Organisation/Management/Verwaltung (Rhetorik – Formen des Gesprächs; Management in Sozialorganisationen; Streß und Arbeitsverhalten)
- Jugendhilfe mit
Frühkindliche Erziehung und Erziehung im Elementarbereich (z. B. Sprachentwicklung, Sprachstörungen und Möglichkeiten der Einflußnahme; Was tun Kinder am Nachmittag?),
Außerschulische Jugendbildung (z. B. Mädchenarbeit und Jungenarbeit)
- Aktuelle Probleme der Jugendhilfe (z. B. Sexualpädagogik in Kinder- und Jugendheimen; Wertewandel und Beschäftigungsprojekte für benachteiligte Jugendliche)

- Familienbildung/-pädagogik (z. B. Einführung in die Familientherapie; Spielen und Lernen in Eltern-Kind-Gruppen)
- Behindertenhilfe (z. B. Rhythmik, ein pädagogisches Arbeitsprinzip)
- Altenarbeit/Altenhilfe (z. B. Erzählte Lebensgeschichte; Musik – Spiel – Bewegung)
- Gesundheit (z. B. Müttergenesung und Gesundheitsreform; Selbsthilfegruppen in der Suchtarbeit; AIDS in der sozialpädagogischen Arbeit)
- Sozialarbeit für Ausländer (z. B. Beratungskonzepte in der Flüchtlingsarbeit; Sozialberatung für Tunesier und Marokkaner).

- AW -

Serviceleistungen

Das umfassende Medienangebot des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt (AW) mit Informationen und fachlichen Inhalten ist wichtig für soziale Arbeit, daher sollte von der Zentralen Versandstelle des Bundesverbandes die Veröffentlichungsliste angefordert werden.

Empfehlungen

Das umfangreiche Fortbildungsangebot der Arbeiterwohlfahrt bietet den in der Gesundheitserziehung/-förderung Tätigen gute Möglichkeiten zur Fortbildung. Daher wird empfohlen, das Programm „Zentrale Fortbildung“ bei dem Zentralen Fortbildungswerk der Arbeiterwohlfahrt anzufordern.

Für den Bereich Elementarerziehung ist der Kontakt zu den Fachberatern zu empfehlen, die Adressen sind über den Bundesverband bzw. die Bezirks- und Landesverbände erhältlich.

Basierend auf dem Selbstverständnis der Arbeiterwohlfahrt, Verbesserungen in der sozialen Arbeit insgesamt zu erreichen, wird der primärpräventive Aspekt gefördert, besonders in der Elementarerziehung und auch im Suchtbereich. Die Arbeiterwohlfahrt kann daher über die angeführten Publikationen hinaus insbesondere Medien anbieten, die zwar krankheits- bzw. suchtspezifisch sind, jedoch primärpräventiv bedeutsam und geeignet.

Ein kostenloses Verzeichnis der primärpräventiven Medien sowie weitere Informationen hierzu sind bei den Sachgebieten Elementarerziehung und Suchtkrankenhilfe erhältlich

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER VERBRAUCHER- VERBÄNDE e.V. – AgV –

ARBEITSGEMEINSCHAFT HAUSWIRTSCHAFT e.V. – AgH –

ARBEITSGEMEINSCHAFT WOHNBERATUNG e.V. – AGW –

Hinweise:

Zur „Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung“ gibt es noch eine gesonderte Beschreibung. Die Adressen der Verbraucherzentralen der Bundesländer und eine exemplarische Beschreibung der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg finden Sie unter „Verbraucherzentralen“ im Wegweiser.

Adresse	AgV und AGW: Hellsbachstr. 20 5300 Bonn 1 AgH: Poppelsdorfer Allee 15 5300 Bonn 1
Ansprechpartner	Frau Haarhoff (Referat Gesundheit) (AgV) Herr Brockhoff (Ref. Koordination) (AgV) Frau Michel-Drees (AgH) Frau Dr. Artt (AGW)
Telefon	02 28/64 89-0 (AgV und AGW) 02 28/22 40 63 (AgH)

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AgV) e.V. ist der Dachverband von 38 verbraucher- und sozialpolitisch orientierten Mitgliedsverbänden – dazu gehören auch die 16 Verbraucherzentralen der Bundesländer. In ihrem Auftrag setzt sich die AgV als Dachverband für die Interessen der Verbraucher ein und unterstützt die Tätigkeit der verbraucherberatenden Mitgliedsorganisationen. Die AgV versteht sich als Interessenvertreter, Ratgeber und Anwalt des Verbrauchers.

Die vorrangige Aufgabe der AgV ist die Stärkung der Konsumenten gegenüber den Anbietern.

Unter der Rubrik „Verbraucherpolitik und Information“ nennt der Jahresbericht 1990 u. a. folgende Stichworte und darunter subsumierte Probleme:

Handel:

- Dienstleistungsabend

Gesundheit:

- Bestrahlung von Lebensmitteln
- Bio-Kennzeichnung
- Süßstoffe
- Nitrat
- Nährwertkennzeichnung
- Arzneimittelrecht

Aufgaben und Ziele der Institution

- AgV -
- AgH -
- AGW -

- Umwelt:
- Umweltschutz und -beratung
 - Abgasentgiftung
 - Wasch- und Reinigungsmittel
 - Müll
 - Verpackungsverordnung
 - Boden
 - „Qualitativer Konsum“
 - Umweltzeichen

- Normung:
- Lärmmessung

Zu dieser Auswahl von Themen und Problembereichen beziehen die AgV und ihre Mitgliedsorganisationen Stellung. Interessierte können, wenn sie sich mit diesen Themen befassen wollen, mit Unterstützung der AgV rechnen.

Medienangebote

- Die AgV verfügt über eine Schriftenliste, die alle AgV-Publikationen, einschließlich der gemeinsam mit einzelnen Verbraucherzentralen herausgegebenen Materialien enthält. Diese Schriftenliste kann bei obiger Adresse angefordert werden.
- Die AgV wendet sich mit zwei Periodika regelmäßig an die Öffentlichkeit:
 - 1 Die wöchentlich erscheinende „Verbraucherpolitische Korrespondenz“ (VPK) ist das Hauptinstrument der AgV. Es wendet sich an Multiplikatoren des Fernsehens, des Hörfunks, der Tagespresse, der Magazine und Zeitschriften, der politischen Parteien, der Wirtschaftsverbände, der Behörden, Schulen und Beratungseinrichtungen. Die „VPK“ bietet u. a. aktuelle Informationen zu gesundheits- und umweltrelevanten Fragestellungen, die es dem in der Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung Tätigen erleichtern, seinen diversen Beratungsfunktionen nachzukommen.
 - 2 Die monatlich erscheinende „Verbraucher Rundschau“ richtet sich an interessierte Verbraucher, Multiplikatoren in Schulen und Beratungsinstitutionen. Die „Verbraucher Rundschau“ bietet Hintergrundinformationen für Beratungsaufgaben, kann aber auch themenspezifisch zur Direktinformation des ratsuchenden Bürgers eingesetzt werden.
- In themenspezifischen Broschüren und Merkblättern greift die AgV alle Fragen auf, die die Verbraucher interessieren:
 - z. B. richtige und gesunde Ernährung, Probleme von Rückständen in der Nahrung, Umweltschutz und umweltgerechtes Verhalten, Energiesparen.

- Die AgV arbeitet eng mit der Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung (AGW) e.V. und der Arbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft (AgH) e.V. zusammen. Die AGW kann als kompetenter Ansprechpartner in Sachen verbrauchergerechten, „gesunden“ Wohnens angesehen werden. Sie vertreibt eine Reihe einschlägiger Informationsmaterialien zu Fragestellungen der Wohnökologie (z. B.: „Wohnen mit Kindern“ und „Älter werden unabhängig bleiben“, aber auch „Fenster“, „Fußböden“ und „Holzschutz, Anleitungen und Hinweise für Heimwerker“ oder „Wohnraum gut genutzt“, „Wohngrundrisse und ihre Mängel“). Während „Stadtökologie“ die Außenbeziehungen der menschlichen Lebenswelt mitgestalten wird, bemüht sich die „Wohnökologie“ um die Innenbeziehungen – den Binnenraum – der menschlichen Lebenswelt.

Die AgH ist in erster Linie mit dem Problemfeld „privater Haushalt“ befaßt. Ihre Aufgabe ist die Erarbeitung und Vermittlung von Informationen und Konzeptionen für diejenigen, die in und für diesen Bereich tätig sind. Sie bietet auch einen methodisch durchgearbeiteten und erfolgreich erprobten Kurs zur Veränderung des Ernährungsverhaltens an. Der Kurs „Ernährungstraining für übergewichtige Kinder“ ist eine Arbeitshilfe für KursleiterInnen (ca. 200 Seiten methodische Anleitung zur Vorbereitung und Durchführung von Kursen für 8- bis 12jährige Kinder und deren Eltern). Das Kursmaterial ist zu beziehen beim AgH (kostenpflichtig).

Die Lieferbedingungen und Kosten der AgV- und AGW-Materialien sind den Publikationen zu entnehmen. Für größere Mengen erfolgt eine Staffelung der Stückpreise

Serviceleistungen

Die AgV als Dachverband kann über ihre Publikationen hinaus keine weiteren Serviceleistungen zur Verfügung stellen. Für eine engere Kooperation stehen die Verbraucherzentralen in den einzelnen Bundesländern zur Verfügung. Beispielsweise verfügen die Verbraucherzentralen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Hessen über Referentendienste. Die Mitgliedsverbände der AgV, insbeson-

dere die Verbraucherzentralen, betreiben eine direkte Beratung und Information der Verbraucher über ein Netz von inzwischen 220 Beratungsstellen.

Über diese dezentrale Organisation können Serviceleistungen regional angefragt werden

Empfehlungen

- Im einzelnen sind zu empfehlen:
- die „Verbraucherpolitische Korrespondenz“ (VPK) (kostenpflichtig),
 - die „Verbraucher Rundschau“ (kostenpflichtig),
 - die jeweilig aktuelle Publikationsliste der AgV und der AGW,

- Kontakte zur örtlichen Verbraucherberatung (zur Versorgung mit einschlägigen Medien und im Hinblick auf Serviceleistungen sowie dauerhaften Kooperationen im Bereich der Aufklärungsarbeit).

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR JUGENDHILFE

– AGJ –

Adresse	z.Z. Am Neutor 2 5300 Bonn 1
Ansprechpartner	Herr P. Marquard (Geschäftsführer) Herr D. Röttgers (Referat Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon	z.Z. 02 28/69 73 00 (Zentrale)
Telefax	z.Z. 02 28/69 73 89

Die Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe (AGJ) wurde im Mai 1949 gegründet; zunächst unter dem Namen Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge (AGJJ), wurde sie im Rahmen einer Satzungs- und Organisationsänderung in die jetzige Arbeitsgemeinschaft umgewandelt.

Die AGJ versteht sich als Lobby gegenüber der Legislative und der Exekutive für den Bereich der Jugendhilfe. Neben Elternhaus, Schule und betrieblicher Berufsbildung stellt dieser einen eigenständigen und sehr vielfältigen Erziehungs- und Bildungsbereich für junge Menschen dar. Dazu gehören z. B. die frühkindliche Erziehung in Krippen, Kindergärten und Kindertagesstätten, die Jugendverbandsarbeit, der Jugendschutz, die Adoptions- und Pflegekindvermittlung, die Jugendgerichtshilfe usw.; freie und öffentliche Träger sind darin tätig.

Die Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe ist ein Zusammenschluß der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, von bundeszentralen Jugendverbänden, der Landesjugendringe und Fachorganisationen der Jugendhilfe, der obersten Jugendbehörden der Länder sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter, insgesamt über 70 Mitglieder.

Die AGJ ist keine Dachorganisation für ihre Mitglieder, sondern stellt eine Plattform dar für die Vertretung gemeinsamer Interessen in der Jugendhilfe, für das Fachgespräch und die Kooperation der Mitglieder. Laut Satzung hat die AGJ folgende Aufgaben:

- Darstellung der Meinungen der Mitglieder durch Dokumentation, Erarbeitung und Abgabe von Empfehlungen und Gutachten,
- Förderung fachlicher Information, Diskussion und Zusammenarbeit unter den Mitgliedern,
- Veranstaltung des Deutschen Jugendhilfetages,
- Mitwirkung bei Fragen der Bildungsplanung,
- Förderung der fachlichen Bildung der Mitarbeiter in der Jugendhilfe,
- Zusammenarbeit mit entsprechenden in- und ausländischen sowie mit internationalen Fachorganisationen,
- Anregungen für die Jugendforschung,
- Vergabe des Deutschen Jugendhilfepreises Hermine-Albers-Preis zur Förderung der Jugendhilfe.

Aufgaben und Ziele der Institution

- AGJ -

Aufgaben und Ziele der Institution

Diese Aufgaben erfüllt die AGJ auf verschiedenen Ebenen. Gegenüber dem Gesetzgeber bezieht die AGJ Position durch Stellungnahmen, Gutachten und Denkschriften, die unter den Mitgliedern abgestimmt und fachlich qualifiziert sind. Damit hat die AGJ auf die Gesetzgebung innerhalb des Jugend- und Familienrechts maßgeblich Einfluß nehmen können.

Mit Empfehlungen und Vorschlägen zur Arbeit in der Jugendhilfe und mit Veranstaltungen unterschiedlicher Art (s. Serviceleistungen) bemüht sich die AGJ ständig um die Verbesserung der Praxisbedingungen.

Zu ausgewählten Aufgabenfeldern der Jugendhilfe richtet die AGJ Fachausschüsse ein, die nach den Vor-

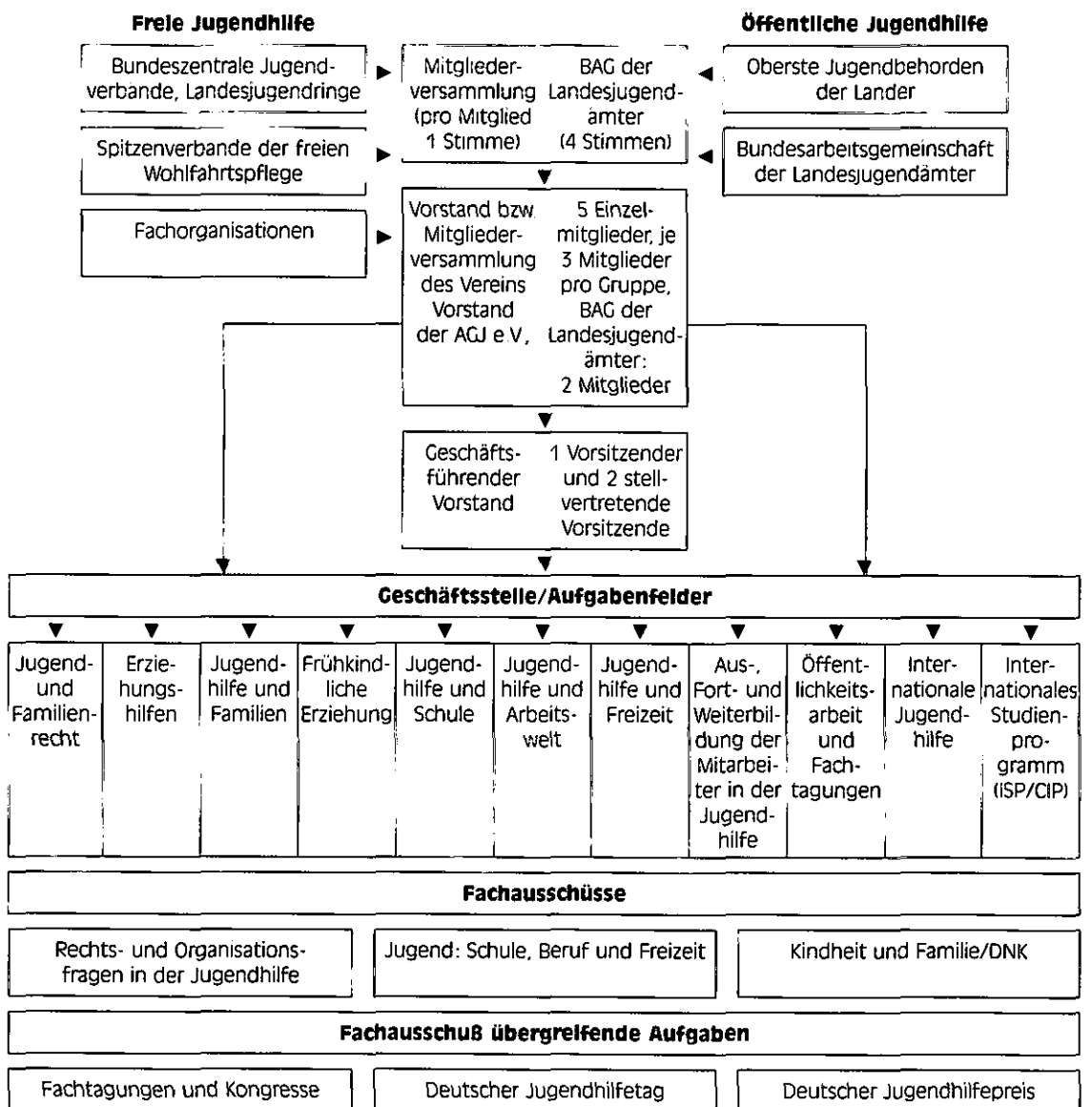
schlägen der Mitglieder besetzt werden und im Auftrag des Vorstandes arbeiten. Solche Ausschüsse bestehen z. B. zu:

- Rechts- und Organisationsfragen der Jugendhilfe,
- Kindheit und Familie,
- Jugend: Schule, Beruf, Freizeit.

Weiterhin unterstützen Kommissionen und Ad-hoc-Ausschüsse die Arbeit der AGJ.

Die AGJ wird aus dem Bundesjugendplan finanziert und hat in ihrer Geschäftsstelle 12 hauptamtliche Mitarbeiter.

Organisationsschema der AGJ



Mit ihren Publikationen will die AGJ ihre Position bekanntmachen und über ihre Aktivitäten informieren. Adressaten sind dabei die Politiker und Vertreter der staatlichen und freien Träger der Jugendhilfe, Mitarbeiter in der Jugendhilfe, Betroffene und die Öffentlichkeit mit den sie informierenden Massenmedien

- Als Periodikum erscheint das „Forum Jugendhilfe – AGJ-Mitteilungen“ 4mal jährlich und ist im Abonnement bei geringer Abonnementgebühr zu beziehen. Das Forum Jugendhilfe enthält Informationen über die Arbeit der AGJ, Beiträge und Berichte zu verschiedenen Themen der Jugendhilfe und über Veranstaltungen sowie Stellungnahmen zu aktuellen Fragen und Vorhaben wie Gesetzesreformen.
- Mit den Tagungsdokumentationen „AGJ-Gespräche“ dokumentiert die AGJ die Referate und Diskussionen der von ihr veranstalteten Gesprächsreihe „AGJ-GE-SPRÄCH“ zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen und Problemen, wie z. B. „Jugend und NEUE MEDIEN

- „Hilfe vor dem Bildschirm?“ und „Zukunft der Arbeit – Zukunft der Jugend“. Diese Dokumentationen werden zum Selbstkostenpreis abgegeben.
- In weiteren Publikationen dokumentiert die AGJ den Jugendhilfetag und andere Fachtagungen sowie einige Arbeiten, die mit dem Hermine-Albers-Preis ausgezeichnet wurden. Diese Veröffentlichungen werden ebenfalls zum Selbstkostenpreis abgegeben.
- Mehrere Positionspapiere, Stellungnahmen und Empfehlungen der AGJ sind als Broschüren erschienen, so z. B. „Zur Situation gegenwärtiger Kindergartenerziehung“, „Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf Familien unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Kinder“ und „AIDS als Problem in der Jugendhilfe“. Diese Publikationen werden kostenlos abgegeben.
- Über die Publikationen der AGJ informiert ein Verzeichnis mit Preis- und Lieferangaben, es kann bei der AGJ angefordert werden.

- AGJ -

Medienangebote

Für die Mitarbeiter der Institutionen und Verbände in der Jugendhilfe stellt die AGJ Informationsmaterial und Literaturhinweise zur Verfügung, bietet Fortbildung an und bietet mit dem alle vier Jahre stattfindenden „Jugendhilfetag“ ein Forum, bei dem sich in der Jugendhilfe engagierte Verbände und ihre Mitarbeiter darstellen und austauschen können. Daneben veranstaltet die AGJ Fachtagungen und Kongresse sowohl für kleinere Expertenkreise als auch für die Fachöffentlichkeit. Dazu wird jeweils z. T. über den Verteiler eingeladen. Alle zwei Jahre schreibt die AGJ den Deutschen Jugendhilfepreis (Hermine-Albers-Preis) zu einer bestimmten Thematik aus, wodurch neue Praxisansätze gefördert und Praxiserfahrung vermittelt werden sollen.

Weiterhin führt die AGJ das Internationale Studienprogramm (ISP) durch, wo Fachkräfte der Jugend- und Sozialarbeit aus dem Ausland für drei Monate die Praxis der bundesdeutschen Jugend- und Sozialarbeit kennenlernen können, und sie organisiert für deutsche Fachkräfte einen mehrmonatigen Aufenthalt in den USA im Rahmen der Council of International Programs for Youth Leaders and Social Workers (CIP).

Serviceleistungen

Für andere an der Jugendhilfe Interessierte stellt die AGJ ihre Fachkompetenz zu Fragen und Problemen der Jugendhilfe über ihre Publikationen bzw. direkt zur Verfügung und vermittelt gelegentlich Referenten.

Für die außerschulische Jugendarbeit ist es wichtig, über die Situation und Entwicklungen im Bereich der Jugendhilfe informiert zu sein

Es empfiehlt sich daher,

- das Publikationsverzeichnis der AGJ anzufordern,
- das Periodikum „FORUM Jugendhilfe“ zu abonnieren,
- und für daran Interessierte sich in den Verteiler für die Veranstaltungen der AGJ aufnehmen zu lassen.

Empfehlungen

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR KREBS- BEKÄMPFUNG DER TRÄGER DER GESETZLICHEN KRANKEN- UND RENTENVERSICHERUNG IM LANDE NORDRHEIN- WESTFALEN

– ARGE –

Adresse	Königsallee 175 Postfach 10 01 04 4630 Bochum 1
Ansprechpartner	Herr Verwaltungsdirektor H.-J. Schnipper (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Krebsbekämpfung NW) Herr Prof. O. Fishedick (Ärztlicher Berater der ARGE) Herr Verwaltungsamtsrat U. Högbebe (Leiter der Leistungsabteilung) Frau Dipl.-Sozialarbeiterin E. Kämper Frau Dipl.-Sozialarbeiterin B. Wanjek (Sozialdienst der ARGE) Frau B. Wigge (Ernährungsberaterin der ARGE)
Telefon	Dienststelle: 02 34/3 04-89 08 Geschäftsführer: 02 34/3 04-89 00 Ärztl. Berater: 02 34/3 04-89 02 Leistungsabtl.: 02 34/3 04-89 13 Sozialdienst: 02 34/3 04-89 25 Ernährungsberaterin: 02 34/3 04-89 26
Telefax	02 34/3 04-45 30

Die ARGE wurde 1956 auf Anregung der damaligen Landesregierung gegründet. Sie ist ein Instrumentarium zur Koordination der notwendigen Aufgaben, um Krebskranken eine optimale Nachsorge zu gewährleisten.

Die Nachsorge bei Krebs im Sinne einer umfassenden Rehabilitation erfordert ein komplexes Zusammenspiel von Krankenhausarzt, niedergelassenem Arzt, Kostenträgern (Krankenkassen und Rentenversicherungsträger) sowie Einrichtungen der Rehabilitation. Die ARGE übernimmt als „Auftragsgeschäft“, diese Kooperation zu organisieren, insbesondere für die Krankenkassen und Rentenversicherungsträger. Mitglieder der ARGE sind deshalb:

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- ARGE -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- Träger der Krankenversicherung
- Träger der Rentenversicherung
(Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz und Westfalen, die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, die Bundesknappschaft, die landwirtschaftlichen Krankenkassen und die Landesverbände der Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen sowie die Ersatzkassen)

Im Mittelpunkt der Aufgaben und Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft steht die Gewährung stationärer Nachbehandlungsmaßnahmen (Kuren) aufgrund der sozialversicherungsrechtlichen Ansprüche der krebskranken Versicherten und ihrer Angehörigen. Ziel der Kurmaßnahmen ist es, im Rahmen der Krebsnachsorge, also nach Abschluß der Akutbehandlung, einen best-

möglichen Beitrag zur medizinischen, psychischen und sozialen Rehabilitation des Patienten zu leisten. Dabei wird die Wiedereingliederung des Kranken in Familie, Beruf und Gesellschaft angestrebt. Der Patient wird gestärkt und angeleitet, in ein normales Alltagsleben zurückzufinden und dieses auch mit der Krankheit zu bewältigen.

Für die Erreichung dieser Zielsetzung stehen der Arbeitsgemeinschaft in der gesamten Bundesrepublik 25 spezialisierte Nachsorgekliniken zur Verfügung.

Darüber hinaus steht die ARGE für Information und Beratung über Fragen in Zusammenhang mit der Krebserkrankung zur Verfügung.

Medienangebote

Kostenlos zu beziehende Publikationen der Arbeitsgemeinschaft sind z B :

- Schriftenreihe „Kampf dem Krebs“
- Plakat „Kampf dem Krebs und nun zur Nachkur“
- Zum Aushang am „Schwarzen Brett“ in Praxen, Kliniken und Gesundheitsämtern.

- Info-Broschüre über Leistungsmöglichkeiten, Antragsverfahren, Anschlußheilbehandlung (AHB) und Nachsorgekliniken
- Leistungsbilanz/Geschäftsbericht zu dem jeweiligen Geschäftsjahr
- Berichte über Fachtagungen: z B über „Schwestern und Pfleger in der Onkologie“

Serviceleistungen

Für Referate über das Leistungsspektrum und zu Fragen aus den Bereichen Sozialarbeit und Ernährung stehen Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft für Krebsbekämpfung NW zur Verfügung.

Die Arbeitsgemeinschaft führt u. a Fortbildungsveranstaltungen zu folgenden Schwerpunkten durch:

- Fortbildungsveranstaltung für Schwestern und Pfleger in der Onkologie;

- Arbeitstagungen für Ärzte, Eigner und Verwaltungsleiter der Vertrags-Kurkliniken der Arbeitsgemeinschaft;
- Tagung für Psychologen in den Vertrags-Kurkliniken der Arbeitsgemeinschaft;
- Seminare über die Krebsnachsorge im Bereich der Sozialarbeit;
- Fortbildungsseminare für Diätassistenten der Vertrags-Kurkliniken der ARGE

Programme zu den Fortbildungen sind kostenlos zu erhalten.

Empfehlungen

- Für alle in der Krebsnachsorge Tätigen ist der Informations- und Beratungsdienst interessant
- Wichtig ist auch das Verzeichnis über Nachsorgekliniken, das kostenlos zugeschickt wird
- Über die Fortbildungsveranstaltungen werden Tagungsberichte erstellt, die Interessierte kostenlos bei der Arbeitsgemeinschaft anfordern können.

ARBEITSGEMEINSCHAFT WOHNBERATUNG e. V.

– AGW –

Adresse Heilsbachstraße 20
5300 Bonn 10

Ansprechpartner Frau Dr. Monika Artl
Referentin

Telefon 02 28/64 89-153/154

Die Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e. V. (AGW) ist ein Zusammenschluß aller Träger von Wohnberatung. Die Broschüren der Arbeitsgemeinschaft sind geeignete Hilfsmittel für die Gesundheitserziehung, wenn es um die Verdeutlichung von organisatorischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen im Wohnbereich und die damit zusammenhängenden möglichen Gesundheitsbelastungen geht.

*Für den
eiligen Leser*

Die Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e. V. (AGW) wurde 1973 als Zusammenschluß aller Träger von Wohnberatung gegründet. Seit 1982 ist die Arbeitsgemeinschaft als eigenständige Organisationseinheit in die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände integriert. Die Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung ist gemeinnützig.

*Aufgaben
und Ziele
der Institution*

Die Hauptaufgabe der Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e. V. besteht darin, die Arbeit der Wohnberatungsstellen durch zentrale Maßnahmen zu unterstützen und, soweit dies zweckmäßig ist, diese zu koordinieren. Die AGW gibt eine Vielzahl von laienverständlich geschriebenen Broschüren heraus, die die Beratungstätigkeit unterstützen; sie ist Sammel-, Verteiler- und Koordinationsstelle und sie vertritt die Interessen der Wohnberatung in der Öffentlichkeit.

Die Finanzierung der Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e. V. erfolgt im Rahmen der Finanzierung der Verbraucherverbände aus Mitteln des Bundes.

Die erste Wohnberatung in Deutschland wurde 1950 beim Werkbund Mannheim eingerichtet. In Nordrhein-Westfalen wurde die Wohnberatung durch den Verband „Frau und Kultur“ getragen. Das traditionelle Selbstverständnis der Wohnberatung war Aufklärung, Kenntnisvermittlung und Bewußtseinsbildung bezüglich Wohnungswahl, Einrichtungswahl, Umgang mit der Wohnung, Produktverarbeitung, Kaufberatung und Reklamationsberatung.

Zu Beginn der Wohnberatung standen ästhetische und qualitative Aspekte bei der Ausstattung der Wohnung im Vordergrund. Demgegenüber verfolgt die Wohnberatung heute vorrangig das Ziel, den Gebrauchswert der Wohnungen und auch die Wohnbedingungen insgesamt zu verbessern.

- AGW -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Beratung beschränkt sich nicht allein auf Einzelprobleme des Wohnens und der Wohnung, sondern sie bezieht sich vermehrt auf Wechselwirkungen der Einzelbereiche im Gesamtzusammenhang des Wohnens. Leitbild ist dabei ein möglichst ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohnnutzung, Energieeinsparung und Haustechnik, Möglichkeiten des Selbermachens sowie Schadstofffreiheit und Wohngesundheit.

Medienangebote

Die Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e.V. gibt Broschüren zu vielen Themen des Wohnens heraus und veröffentlicht Stellungnahmen zu Fragen des Wohnens in der „Verbraucherpolitischen Korrespondenz“, dem Presseorgan der Verbraucherzentralen sowie im „Info-Dienst“, dem internen Nachrichtendienst der Verbraucherzentralen.

Die AGW-Broschüren behandeln u. a. folgende Problemkreise:

- Vor- und Nachteile bestimmter Grundrisse
- Möglichkeiten grundrißspezifischer Möblierung
- Selbstbau von Möbeln und Selbstdurchführung von Reparaturen
- Information über technische Bauteile wie Dächer, Fassaden, Fenster, Türen

- Anstrichmittel
- Einrichtungs-, Wohn- und Lebensgestaltungsfragen junger Haushalte
- Wohnen mit Kindern
- Wohnen im Alter
- Wohnen zur Miete und Wohnungsmarkt

Jährlich legt die Arbeitsgemeinschaft ein bis zwei neue Broschüren zu aktuellen Fragestellungen sowie Aktualisierungen vorhandener Broschüren vor. Ein aktuelles Schriftenverzeichnis kann bei der Arbeitsgemeinschaft selbst oder bei den Verbraucherzentralen bezogen werden. Die Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft können ebenfalls bei dieser selbst oder bei den Verbraucherzentralen gegen Kostenerstattung erworben werden.

Serviceleistungen

Die Wohnberatungen sind in die Verbraucherberatungen der Verbraucherzentralen integriert. Lediglich der Werkbund Bayern verfügt noch über eine unabhängige Wohnberatung.

In der Regel erfolgt die Beratung unentgeltlich. Sie bietet dem Ratsuchenden Entscheidungshilfen an, die auf seine besondere Lage ausgerichtet sind. Zugleich will die Beratung den Beratenen über den jeweiligen Sachverhalt hinaus befähigen, sich später ohne Beratung zweckgerecht verhalten zu können.

Das Angebot der Wohnberatungsstellen umfaßt u. a. folgende Bereiche:

- Einrichtung der Wohnung
- Wohnungsnutzung (z. B. Wohnen mit Kindern, Wohnen im Alter)

- Haustechnik (z. B. Fenster, Fußböden, Schall- und Wärmedämmung)
- Einrichtungsgegenstände, Stoffe und Materialien (z. B. Möbel, Farben, Lacke, Textilien)

Die Wohn- und Energieberatung der Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen bietet seit 1989 eine Beratung in Fragen der Bauökologie an, bei der allerdings eine Kostenerstattung obligatorisch ist. Das Beratungsverfahren selbst streut regional. Ein Teil der Wohnberatungsstellen berät durch Telefonauskünfte und schriftliche Auskünfte und Hinweise. Einige Wohnberatungsstellen bieten eine gezielte Einzelberatung an.

Empfehlungen

Die Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e.V. (AGW) berührt mit ihrer Tätigkeit auch solche Bereiche, in denen Zusammenhänge zwischen Wohnen und Gesundheit zwar sehr wohl bestehen, jedoch nicht auf den ersten Blick erkennbar sind.

So kann die Grundrißorganisation sehr wohl Einfluß auf das Erziehungsverhalten der Eltern und damit auf eine gesunde Entwicklung der Kinder nehmen.

So kann auch eine unzureichende soziale Regulierung und Subventionierung im Wirtschaftsbereich Wohnungsbau zu finanzieller und emotionaler Überforderung von wirtschaftlich und gesellschaftlich schwächeren Einzelpersonen oder Personengruppen führen. Eine andere mögliche Auswirkung unzureichender

sozialer Regulierung und Subventionierung im Wirtschaftsbereich Wohnungsbau sind Desinvestitionen in die Errichtung oder den Erhalt von Wohnungsbauten mit der möglichen Folge gesellschaftlicher und auch gesundheitlicher Vernachlässigung bzw. Beeinträchtigung der Bewohner solcher Bereiche oder Gebäude. Hinweise und Ratschläge für das Verhalten auf dem Wohnungsmarkt, für die Selbstanfertigung von Möbeln und die Selbstdurchführung von Hausreparaturen stellen Hilfen zumindest für eine Milderung solcher Folgen dar.

Für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen können die Broschüren der Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e.V. zu Themen wie Wohnen mit Kindern, Wohnen zur Miete und Wohnungsmarkt, Selbst-

anfertigung von Möbeln und Selbstdurchführung von Reparaturen im Rahmen solcher Programme und Maßnahmen genutzt werden, die sich mit den Gesundheitsgesichtspunkten des Wirtschaftsbereiches Wohnungsbau befassen.

Die Gesundheitsfolgen mangelhafter Erhaltungs- und Verbesserungsinvestitionen im Wohnungsbau einerseits und die Gesundheitsfolgen von Selbstüberforderung bei der Eigendurchführung von Wiederherstellungs-, Erneuerungs- und Verschönerungsarbeiten andererseits sind Themen, für die eine ganze Reihe von Broschüren der AGW als Material genutzt werden kann.

Auch andere Bereiche, in denen die bestehenden Zusammenhänge von Wohnen und Gesundheit erst bei genauerer Betrachtung erkennbar sind, werden durch die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e.V. erfaßt.

So kann die zunehmende Differenzierung der generationspezifischen und die zunehmende Individualisierung der lebenslagespezifischen Wohnbedürfnisse, wenn sie durch den Wohnungsbau, das Wohnungsangebot und den Wohnungsmarkt nicht entsprechend mitvollzogen werden, auch zu einem gesundheitlichen Problem werden. Dies leuchtet ein, wenn man die besonderen Ansprüche an die Wohnung bedenkt, die sich bei Pflegebedürftigkeit von Angehörigen oder aus der Bildschirmheimarbeit ergeben.

Die Broschüren der AGW, die sich mit den altersspezifischen Wohnungsbedürfnissen befassen, stellen demnach Hilfsmittel für solche Programme und Maßnahmen der Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen dar, die sich mit den gesundheitlichen Anforderungen an das Wohnen infolge des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels befassen. Neben dem Problem der Pflegebedürftigkeit ergeben sich auch aus der Langzeitarbeitslosigkeit, aus der Nur-Hausfrauentätigkeit, aus der Arbeitszeitflexibilisierung und aus der Obdachlosigkeit neue gesundheitliche Anforderungen an die Wohnungsversorgung.

Insgesamt kann demnach ein Teil der Materialien der Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung e.V. (AGW) als gut geeignetes Hilfsmittel für eine erweiterte Darstellung und Behandlung der Zusammenhänge von Wohnen und Gesundheit empfohlen werden.

– AGW –

Empfehlungen

ARBEITSKAMMER DES SAARLANDES

– KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS –

Adresse	Fritz-Dobisch-Str. 6-8 6600 Saarbrücken
Ansprechpartner	Jürgen Nitschki (Referent für Arbeitsschutz, betriebliches Gesundheitswesen und Umweltschutz)
Telefon	06 81/4 00 50

Die Arbeitskammer ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts; sie ist entstanden nach dem 1. Weltkrieg, eine zweite Gründung erfolgte 1951

Ihre Aufgabe ist nach dem Kammergesetz die Wahrnehmung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer. Dabei zielt sie auf menschengerechte Arbeits- und gesunde Lebensbedingungen. Die Arbeitsbereiche erstrecken sich daher von Problemen der Arbeitswelt über Umweltschutz- bis hin zu Steuer- oder Mietrechtsfragen.

Mitglied ist jeder Arbeiter und Angestellte des Saarlandes; die Finanzierung erfolgt über Pflichtbeiträge der Mitglieder, daher besitzt jeder Arbeitnehmer Anspruch auf die Leistungen der Arbeitskammer. Die Vertreterversammlung wählt das zweiköpfige Präsidium, das die Arbeitskammer vertritt, wie auch den Vorstand der Vertreterversammlung, der das Präsidium kontrolliert.

Die Kammer besitzt acht Ausschüsse:

die Ausschüsse für Wirtschaft, Finanzen und Steuern; für Sozialpolitik und Arbeitsrecht; für Kulturpolitik, Schulung und Bildung; für Arbeiterfragen; für Angestelltenfragen; für Frauenfragen; für Jugendfragen; für Erholung und Freizeit.

Die Tätigkeit der AK umfaßt u. a. folgende Bereiche:

1. Beratung und gutachterliche Tätigkeit bei einem entsprechenden Problem von Arbeitern, Angestellten, Betriebsräten u.ä.;
2. Information durch Broschüren und Zeitschriften;
3. Seminartätigkeit im Bildungszentrum der Arbeitskammer mit der „Werkstatt für humane Arbeitsgestaltung“ in Kirkel;
4. Lobbyistentätigkeit bei Landtagsanhörungen; Ausschußtätigkeit in Gremien des Landes, beispielsweise in den Beiräten Naturschutz, Müllbeseitigung, Gefahrstoffe. Tätigkeit als Vertreter des DGB auf Bundesebene.
5. Bericht an die Landesregierung, der jährlich zum Ende des 1. Halbjahres erfolgt, die Sachlage gutachterlich behandelt und Vorschläge zur Lösung der Probleme enthält.

Diese Leistungen stellt die AK Arbeitern und Angestellten, Betriebs- und Personalräten, Arbeitsmedizinern und Sicherheitsfachkräften zur Verfügung.

Aufgaben und Ziele der Institution

ARBEITSKAMMER DES SAARLANDES

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Arbeitskammer kooperiert mit allen Einrichtungen, von denen sie erwartet, daß sie der AK helfen, Arbeitnehmerinteressen durchzusetzen

Die Arbeitskammer ist im sozialen Netz im Bereich des Saarlandes stark eingebunden. Hier kooperiert sie mit den Durchgangärzten, den gesetzlichen Unfallversicherungen, diversen Sicherheitsorganisationen u. a. Eine enge Zusammenarbeit besteht mit dem Gewerbeaufsichtsamt des Saarlandes, dem staatlichen Gewerbearzt, dem Institut für Arbeitsmedizin der Universität des Saarlandes (Professor Dr. med. A. Buchter, Am Forum 6, 6650 Homburg, Tel. 06841/68200-68201), der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und dem Umweltbundesamt.

Mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst besteht ein Austausch über Fachfragen; eine gemeinsame Mitgliedschaft besteht seit 1987 in der „Arbeitsgemein-

schaft zur Intensivierung der Gesundheitserziehung“ und in der Beteiligung an der „Aids-Konferenz“. Darüber hinaus bestehen gute Kontakte und Zusammenarbeit zu Einrichtungen der Gesundheitspflege und zum Gesundheitsministerium.

Eine weitere Zusammenarbeit mit dem ÖGD könnte die Arbeitskammer sich vorstellen im Bereich Umwelt, wobei die Umwelt auch den Bereich Arbeitswelt umfassen sollte. Hier sollte die Kontrolle verstärkt mit den Gesundheitsaufsehern durchgeführt werden. Die Kammer schlägt vor, die Gesundheitsaufseher in den Umweltalarmplan der Länder mit aufzunehmen, da dies das schnellere Auffinden der Verursacher ermöglicht.

Des weiteren böte sich eine bessere Aufklärung über berufsbedingte Erkrankungen im ÖGD an. Vorzuschlagen wäre eine Untersuchung auf Krankenschein von Arbeitnehmern durch die ÖGD als neutralen Gutachter.

Medienangebote

Die Arbeitskammer des Saarlandes veröffentlicht Informationen für Arbeitnehmer, Betriebs- und Personalräte zur betrieblichen Gesundheitssicherung, zum Arbeitsschutz, zur Humanisierung der Arbeit in einem breiten thematischen Zuschnitt

Die Publikationen sind sowohl für Endverbraucher als auch für Schlüsselpersonen in der Praxis gedacht

Zur Verfügung stehen folgende gedruckte Periodika:

- die Zeitschrift „Arbeitnehmer“; erscheint monatlich mit 32-76 Druckseiten
- die Fachzeitschrift „AK-Beiträge“, die viermal im Jahr erscheint
- die Betriebs- und Personalrätebriefe
- den Kirkeler Bildungskurier (Übersicht über Lehrgänge der Arbeitskammer)

Zu speziellen Themen werden über 20 Broschüren gedruckt, die ständig aktualisiert werden. Für den Bereich Arbeitsschutz, Prävention seien beispielhaft hier aufgeführt:

- „Arbeitsschutzvorschriften, Unfallverhütungsvorschriften, Vorsorgeuntersuchungen“
- „Schwerbehinderte und ihr Recht“
- „Jugendarbeitsschutzgesetz“
- „Mensch und Arbeitsplatz“ (Arbeitsstättenverordnung)
- „Arbeits-sicherheitsgesetz“
- „Betriebliche Personalpolitik im Umgang mit gesundheitlich Beeinträchtigten“
- „Arbeitsbedingte Erkrankungen und Berufskrankheiten“

Für den Bereich Wirtschaft/Soziales seien beispielhaft erwähnt:

- Wohngeld
- Mietrecht
- Lohnsteuer
- Arbeitslosengeld/-hilfe
- Sozialhilfe

Weiter veröffentlicht die Kammer jährlich

- „Daten zur Lage der Arbeitnehmer im Saarland“
- „Bericht an die Regierung des Saarlandes zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lage der Arbeitnehmer“
- sowie ein „Adreßbuch und Telefonverzeichnis zur Arbeitssicherheit“

Die Periodika und Broschüren besitzen alle eine ISBN-Nummer und werden in Auflagen von 10.000 bis 100.000 Stück gedruckt. Sie sind für Saarländer kostenlos, für Abnehmer aus anderen Bundesländern kosten sie zwischen drei und sieben DM (bei Mengenabnahme sind Rabatte möglich).

Schriftenverzeichnisse und Veröffentlichungslisten sind bei der Arbeitskammer kostenlos erhältlich

In Zusammenarbeit mit der „Arbeitsgemeinschaft zur Intensivierung der Gesundheitserziehung“ sind kurze Rundfunkspots zum Thema Arbeitsschutz erstellt worden

Serviceleistungen

Die Serviceleistungen besitzen für die Arbeitskammer einen hohen Stellenwert. Sie stellt als Dienstleistungen für Arbeitnehmer im Saarland und bundesweit zur Verfügung:

- Gutachten (zu Schadstoffen am Arbeitsplatz usw.)
- Seminare zu Ergonomie und Arbeitsschutz in der „Werkstatt für humane Arbeitsgestaltung“ im Bildungszentrum in Kirkel; Adresse: Am Tannenwald 1, 6654 Kirkel, Tel. 06849/8011; auch Seminare für fremde Träger (im „Baustein-System“)

- Referenten
- Beratungen
- Betriebsbegehungen
- Arbeitswissenschaftliche Stellungnahmen

Lehrgangsprogramm, Lehrgangsmaterialien und Referentenlisten sind über die Arbeitskammer kostenlos erhältlich.

Die AK verfügt über eigene Datenbanken auf der Grundlage der Daten der Statistischen Ämter und der

Bundesanstalt für Arbeit, die jährlich im „Bericht an die Regierung des Saarlandes“ als Anlage zum Jahresbericht „Daten zur Lage der Arbeitnehmer im Saarland“ veröffentlicht werden. Sie hat Anschluß an das System „JURIS“; ein Anschluß an Stoffdatenbanken über gefährliche Arbeitsstoffe ist eingerichtet

Die Arbeitskammer ist erreichbar über
Postfach 668
Telefon 0681/40050
Telefax 0681/4005-401
Telex 4421325

**ARBEITSKAMMER
DES
SAARLANDES**

*Service-
leistungen*

Empfehlenswert sind u. a. die Publikationen der Arbeitskammer und darunter wiederum die Broschüren, die in prägnanter Form und kompetenter Zuspitzung aktuelle Probleme aufbereiten, sowie die Zeitschrift „Arbeitnehmer“.

Damit zusammen hängt auch eine vorzügliche Bildungsarbeit, v. a. Seminare zu Ergonomie und Arbeitsschutz in der „Werkstatt für humane Arbeitsgestaltung“ im Bildungszentrum in Kirkel.

Empfehlungen

ARBEITSKREIS DER PANKREA- TEKTOMIERTEN e.V. – BAUCHSPEICHEL- DRÜSENOPERIERTE – – AdP –

Adresse Zentrale Beratungsstelle
Krefelder Straße 52
4047 Dormagen 1

Ansprechpartner Wolfgang Heyden
(Vorsitzender)

Telefon Zentrale Beratungsstelle
0 21 06/4 23 29

Der Arbeitskreis der Pankreatektomierten e.V. ist eine Vereinigung von Betroffenen, denen die Bauchspeicheldrüse ganz oder teilweise entfernt wurde. Durch diese Operation haben sie erhebliche gesundheitliche Probleme.

Der Arbeitskreis der Pankreatektomierten e.V. (AdP) wurde 1976 in Heidelberg unter dem Motto „Hilfe durch Selbsthilfe“ von Patienten und Ärzten gegründet. Er finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse und Spenden. Zweck des AdP ist die Förderung der Gesundheit und Rehabilitation von Patienten nach Operation an der Bauchspeicheldrüse, bei der gewöhnlich $\frac{2}{3}$ des Magens, der Zwölffingerdarm, die Gallenblase und die Milz mitentfernt werden. Zu den Operationsursachen gehören: Entzündungen, Zysten, gut- oder bösartige Tumoren u. a.

Durch den großen chirurgischen Eingriff haben die Betroffenen vielfältige postoperative Probleme zu bewältigen, insbesondere Diabetes mellitus, Ernährungs- und Verdauungsstörungen, Nachfolgeerkrankungen und psychosoziale Probleme.

Programm des Arbeitskreises:

Informationstreffen

Auf regelmäßigen bundesweiten Informationstreffen haben Betroffene und Angehörige Gelegenheit, sich über alle Fragen der Pankreatektomie einschließlich der Lebensbewältigung zu informieren. Geboten werden Referate, Diskussionen, Gruppengespräche, Einzelberatungen. Hier finden sich Gleichbetroffene auch zum Erfahrungsaustausch zusammen.

Handbuch für Pankreatektomierte

Diese Loseblattsammlung gibt die mehr als vierzehnjährige Erfahrung des AdP im medizinischen, diätetischen und psychosozialen Bereich wieder.

Kontaktstellen

Kontaktstellen werden in allen Bundesländern für die Betreuung der Mitglieder vor Ort und als regionale AdP-Ansprechstellen eingerichtet.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

<p align="center">- AdP -</p> <p>Aufgaben und Ziele der Institution</p>	<p>Beratung im Sozialrecht (SchwbG, RVO)</p> <p>Über die zentrale Beratungsstelle können entsprechende Experten angesprochen werden.</p> <p>Information bei Krebserkrankung</p> <p>Für Betroffene mit Krebserkrankung der Bauchspeicheldrüse gibt der AdP Informationsmaterial heraus, unter anderem Hinweise auf ärztliche Nachbehandlungsmöglichkeiten.</p> <p>Er ist bemüht, Betroffenen durch menschliche Zuwendung zu helfen.</p> <p>Wissenschaftlicher Beirat</p> <p>Neben der internen und wissenschaftlichen Unterstützung stehen alle Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats für die Mitglieder des Arbeitskreises zu Auskünften bereit.</p>	<p>Zentrale Beratungsstelle</p> <p>Die zentrale Beratungsstelle führt alle planungstechnischen Aufgaben und Verwaltungsarbeiten aus. Sie ist Ansprechpartner für alle Betroffenen. Wenn es erforderlich ist, werden die Fragen an die entsprechenden Gremien weitergeleitet.</p> <p>Zusammenarbeit mit anderen Organisationen</p> <p>Der AdP ist Mitglied im „Deutschen Diabetiker-Bund e.V.“ und im „Paritätischen Wohlfahrtsverband-Gesamtverband e.V.“. Er wird durch die „Deutsche Krebshilfe e.V.“ unterstützt.</p> <p>Die Bauchspeicheldrüsenoperierten verdanken einerseits dem medizinisch-technischen Fortschritt ihre Genesung, andererseits empfinden sie den Wunsch nach Anteilnahme, nach Mitgefühl und Verstehen, besonders nach der Operation oder bei Rückschlägen im Gesundheitszustand. Gespräche mit Gleichbetroffenen sind hierbei ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Bewältigung der Krankheit</p>
<p>Medienangebote</p>	<p>Beispielhaft seien genannt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 Faltblatt „Sind Sie an der Bauchspeicheldrüse operiert?“ <ul style="list-style-type: none"> - welche Probleme entstehen nach der Operation? 2 Faltblätter als Reihe „ohne Bauchspeicheldrüse leben“ <ul style="list-style-type: none"> - Ratschläge für Pankreatektomierte - Leben mit Krebs - Leben nach der Bauchspeicheldrüsenoperation <p>Diese Faltblätter sind Kurzinformationen für Betroffene, deren Angehörige und andere interessierte Laien.</p> <p>Sie sind gut geeignet zur Auslage, z. B. in Krankenhäusern, Gesundheitsämtern und Arztpraxen.</p> <p>Sie sind kostenlos bei der zentralen Beratungsstelle erhältlich</p>	<p>3. Handbuch für Pankreatektomierte (Loseblattsammlung)</p> <p>Dies ist ein ausführlicher Ratgeber für die vielfältigen Alltagsprobleme von Pankreatektomierten. Darüber hinaus enthält es auch Fachinformationen zu Diät, Physiologie der Erkrankung sowie Verhaltensanweisungen für die Bewältigung der Folgen der Erkrankung.</p> <p>Es ist bei der zentralen Beratungsstelle anzufordern.</p> <p>4. Diätbroschüre „Ernährungsmedizin und Diätetik für Pankreasoperierte“</p> <p>Dies ist eine Broschüre, die alle wichtigen Informationen über ernährungsmedizinische Fragen für Bauchspeicheldrüsenoperierte enthält.</p>
<p>Serviceleistungen</p>	<p>Die Kontaktstellen in allen Bundesländern sind Ansprechpartner vor Ort für Betroffene. Die Leiter dieser Kontaktstellen werden von der zentralen Beratungsstelle in Seminaren geschult.</p> <p>In regelmäßigen bundesweiten Informationstreffen finden Informationsvermittlung und Austausch unter Betroffenen statt.</p>	<p>Der Zeitpunkt des Informationstreffens kann in der zentralen Beratungsstelle erfragt werden</p> <p>Außerdem können über die zentrale Beratungsstelle Referenten vermittelt werden. Diese gehören dem Vorstand an oder dem Wissenschaftlichen Beirat, der aus Ärzten, Diätassistentinnen und Psychotherapeuten besteht.</p>
<p>Empfehlungen</p>	<p>Der Arbeitskreis der Pankreatektomierten ist eine Selbsthilfeorganisation, in der Betroffene gegenseitig Unterstützung und Informationen finden können.</p> <p>Die zentrale Beratungsstelle informiert auf Anfrage über sozialrechtliche Fragen. Besonders zu empfehlen ist für Betroffene das Handbuch für Pankreatektomierte, in dem medizinische, diätetische und psychosoziale Informationen gesammelt sind.</p>	

**ARBEITSKREIS NEUE
ERZIEHUNG e.V.
– für Familie, Schule
und Gesellschaft –
– ANE –**

Adresse Markgrafenstraße 11
1000 Berlin 61

Ansprechpartner Geschäftsleitung

Telefon 0 30/25 90 06-0

Telefax 0 30/25 90 06-50

Der Arbeitskreis Neue Erziehung e.V (ANE) entstand 1946 in Berlin. Aus der produktiven Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur und dem darin verankerten autoritären Herrschaftssystem entwickelten die Gründer/Innen das Konzept einer neuen, auf Toleranz, gesellschaftlichem Engagement und Eigenverantwortung beruhenden Erziehung, mit dem sie einen Beitrag zum Aufbau und zur Stabilisierung demokratischer Verhältnisse in Deutschland leisten wollten.

Die damit verbundenen Ziele und Aufgaben beschreibt die Vereinssatzung wie folgt:

„Ziel des Arbeitskreises ist es, für die Weiterentwicklung der Erziehung in der Familie, in der Schule, im Beruf und in der Gesellschaft Interesse und Verständnis zu wecken und zu fördern.

Der Arbeitskreis sieht es als seine besondere Aufgabe an, alle für Erziehung und Bildung Verantwortlichen hierfür zu gewinnen und die Öffentlichkeit in seinem Sinne zu unterrichten.

Im Dienste dieser Aufgabe stehen Zusammenkünfte, Seminare, Lehrgänge, Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Einrichtungen, die durch Vermittlung von Kenntnissen, Erkenntnissen und Ergebnissen zu veränderten Erziehungshaltungen führen sollen.“ (§ 2 der Satzung)

Heute ist der ANE ein gemeinnütziger Verein mit mehr als 300 Mitgliedern, die – für die Dauer von 2 Jahren – den Vorstand wählen. Der Vorstand ist verantwortlich für die laufenden Geschäfte, die vorrangig von der Geschäftsstelle mit ca. 50 hauptamtlichen sowie ehrenamtlichen Mitarbeitern/innen ausgehen. Die Finanzierung der Arbeit setzt sich aus der Förderung des Bundesministeriums für Familie und der Berliner Senatsverwaltung für Jugend und Familie, aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Einnahmen aus dem Medienvertrieb zusammen.

Die Umsetzung der Vereinsziele erfolgt schwerpunktmäßig durch Angebote im Bereich der Elternbildung und -beratung, u. a. durch schriftliche Medien bzw. Tonkassetten als unterstützende Erziehungshilfen für deutsche und türkische Eltern, durch die Initiierung und Betreuung von Elterngruppen als Orte der Diskussion und des Erfahrungsaustausches sowie durch fachkompetente Hilfestellung in den Beratungsstellen des ANE.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- ANE -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Mit Beratungsangeboten in Fortbildungen und öffentlichen Veranstaltungen fördert der Arbeitskreis – häufig auch in Kooperation mit anderen Trägern – das Engagement von Eltern und Erzieher/innen in Kindertageseinrichtungen und informiert über Möglichkeiten der Mitsprache bei der Gestaltung einer demokratischen Schule. Darüber hinaus werden Seminare zu spezifischen Themenbereichen angeboten, die aktuelle und in die Zukunft gerichtete Fragen der politischen Kultur in der Bundesrepublik betreffen (z. B. von Asyl bis Zerstörung der Natur).

Medienangebote

Die Standardmedien des ANE sind als Instrumente der Elternbildung zu verstehen. Sie wurden auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse entwickelt und werden ständig aktualisiert. Ihre Erscheinungsform – als Briefe oder Tonkassetten – entspricht der pädagogischen Konzeption, Eltern unmittelbar anzusprechen und auch die Eltern zu erreichen, die aus unterschiedlichen Gründen keine Erziehungsliteratur kaufen oder Veranstaltungen besuchen können.

Durch die argumentative Entwicklung ihrer Hilfestellungen (keine Rezepte!) leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Unterstützung der Erziehungsfähigkeit und -verantwortung der Eltern: Sie regen zum Nachdenken und zur Diskussion mit anderen Eltern an. Als Medium, das in pädagogischer Folge – entsprechend dem Alter des Kindes – auf Situationen und Probleme eingeht, die seinem jeweiligen Entwicklungsstand entsprechen, haben sie eine präventive Funktion: sie sind mit Rat und Anregungen immer dann „zur Stelle“, wenn sie gebraucht werden.

Bundesweite Verbreitung finden die

- Elternbriefe Die insgesamt 46 Briefe begleiten die Eltern nach der Geburt ihres ersten Kindes bis zu dessen 8. Lebensjahr. Die Elternbriefe werden in vielen Städten und Gemeinden – in einigen Bundesländern flächendeckend – einzeln, in regelmäßiger

**Service-
leistungen**

Die Serviceleistungen des ANE werden vorrangig in Berlin angeboten. Zu ihnen zählen:

- Elterngruppen Elterngruppen gibt es in allen Berliner Bezirken. Sie sind als „soziale Treffpunkte“ organisiert und sind fachkundig von uns betreut, sowohl für Eltern mit kleinen Kindern als auch für Eltern mit Schulkindern aus einem Wohnbezirk offen.
- Familienberatung In unseren zwei Familienberatungsstellen bieten wir Familien bei Konflikten und Problemen zwischen den Partnern oder mit dem Kind fachkompetente Hilfe an (auch Rechtsberatung).

Empfehlungen

Alle an den Angeboten oder an der Mitgliedschaft des ANE Interessierten können sich an die Geschäftsstelle wenden.

Sie erhalten dann kostenlos:

- Informationsmaterial, Satzung und Jahresbericht
- unseren Veranstaltungskalender (mit allen Gruppenangeboten)

Folge kostenlos versandt (bei direktem Bezug von ANE kostenpflichtig);

- Orientierungshilfen für türkische Eltern. Statt der schriftlichen Briefform bestehen die Orientierungshilfen aus 5 Kassetten und dazugehörigen Begleitbroschüren in türkischer Sprache. Über die Erziehungshilfen, bezogen auf das 1. bis 12. Lebensjahr, hinaus erhalten sie wichtige soziale und rechtliche Informationen für Immigranten/innen (bei direktem Bezug von ANE kostenpflichtig)

Wegen der Landeshoheit in Bildungsangelegenheiten auf Berlin begrenzt sind

- die Schulbriefe. Mit 20 Briefen, die in den Vorschulgruppen der Kindertageseinrichtungen, in Vorklassen und Schulen verteilt werden, werden Kinder und Eltern durch die gesamte Grundschulzeit begleitet (bei direktem Bezug von ANE kostenpflichtig);
- der Leitfaden für Elternvertreter/innen. Sie liefern Informationen für die Wahrnehmung des Mitspracherechts von Eltern in der Schule und dienen als Arbeitshilfe für Elternabende.

Ein Verzeichnis der lieferbaren Publikationen – auch Broschüren und Tagungsberichte – mit Bezugs- und Preisangaben ist in der Geschäftsstelle des Arbeitskreises erhältlich.

Schülerberatung. In unserer Schülerberatung informieren wir junge Menschen einzeln oder in Gruppen (auch Schulklassen) über Schullaufbahn, Ausbildung, Freizeitangebote und Beruf und beraten sie in bezug auf persönliche Probleme.
EKT-Beratung. Wir beraten Eltern hinsichtlich aller Fragen, die die Versorgung und Förderung ihrer Kinder in öffentlichen oder selbst organisierten Kindertageseinrichtungen betreffen. Darüber hinaus bieten wir Fortbildung für Erzieher/innen an.

Eine Übersicht über alle Angebote und Veranstaltungen des Arbeitskreises kann in der Geschäftsstelle monatlich angefordert werden.

Besonders empfehlenswert für Eltern, Kinderärzte/innen, Kindertageseinrichtungen und alle Einrichtungen und Institutionen, die sich mit der Erziehung von Kindern befassen, sind die

Elternbriefe (Bezugsbedingungen und -kosten für einzelne Personen (auch juristische), aber auch für an der Verteilung interessierte Jugendämter oder andere Einrichtungen können in der Geschäftsstelle erfragt werden)

AUSWERTUNGS- UND INFORMATIONSDIENST FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN e.V.

– AID –

Adresse	Konstantinstr. 124 Postfach 20 0153 5300 Bonn 2
Ansprechpartner	Herr Urbach (Verwaltungsleiter) Telefon: 02 28/84 99-107
Telefon	02 28/84 99-0

Der AID erfüllt seine Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Fachministerien der Bundesländer sowie der Agrar- und Ernährungswissenschaft.

Präsident des Vereins ist satzungsgemäß der fachlich zuständige Abteilungsleiter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

In der Mitgliederversammlung sind unter anderem die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher und der Zentralausschuß der Deutschen Landwirtschaft vertreten, ferner der Deutsche Gewerkschaftsbund, Ernährungshandel und -gewerbe, die Stiftung Warentest, die Stiftung Verbraucherinstitut sowie der Deutsche Naturschutzring.

Lt. § 2 der Satzung ist es der Zweck des AID, „im Rahmen der Bundeszuständigkeit auf den Gebieten der Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Erkenntnisse der Natur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie der Praxis zu sammeln, auszuwerten und den betroffenen Bevölkerungs-, Fach- und Wirtschaftskreisen zugänglich zu machen, um

- die land- und forstwirtschaftliche Erzeugung sowie die Fischwirtschaft zu fördern, hierbei die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum zu verbessern und das Funktionieren der Agrarmärkte zu unterstützen,
- die Kenntnisse der Verbraucher im Ernährungsbereich und als Marktpartner zu verbessern,
- das Wissen über Umweltschutz, Naturschutz und Landschaftspflege im Agrarbereich sowie über Küstenschutz und Tierschutz zu vertiefen“

Um die genannten Zwecke zu erfüllen, erarbeitet der AID, in Zusammenarbeit mit externen Experten und Autoren, Informationsmaterial, gibt dieses heraus und führt zentrale Informationsveranstaltungen durch.

Der AID wird zwar durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BMU) im Wege einer institutionellen Förderung finanziell unterstützt, erfüllt aber, allgemein anerkannt, seine Informationspflicht politisch neutral und ausgerichtet an den Erkenntnissen der Wissenschaft.

Aufgaben und Ziele der Institution

- AID -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Tätigkeiten des AID orientieren sich an folgenden Aufgabenstellungen:

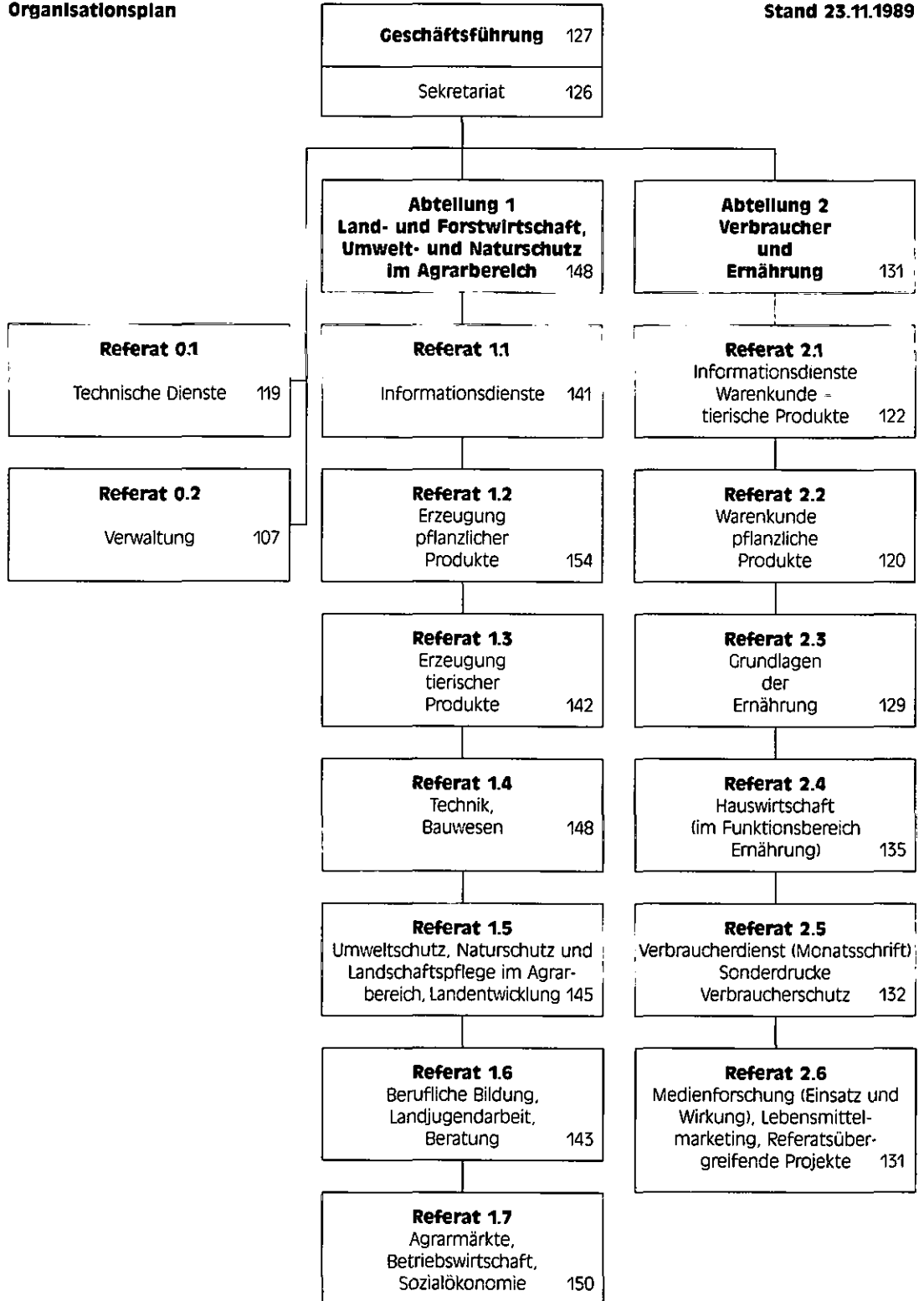
- Aufklärung im Erzeugerbereich
- Aufklärung über Rechtsvorschriften und Verwaltungsmaßnahmen
- Unterrichtung über Ergebnisse aus Forschung und Modellvorhaben

- Auswertung von Informationsmaterial aus dem Ausland
- Unterstützung der gesamtstaatlichen Repräsentanz im Verhältnis zum Ausland.

Der nachstehende Organisationsplan gibt in Umrissen Auskunft über die Aufgabenverteilung.

Organisationsplan

Stand 23.11.1989



Hinweis:

Die Zahlen rechts unten in den Kästchen sind die Durchwahltelefonnummern.

Die Informationsarbeit des AID stützt sich in erster Linie auf Printmedien. Hefte, Flug- und Faltblätter dienen der Breitenarbeit in Beratungseinrichtungen, Fachschulen sowie Fachdienststellen und wenden sich an Hausfrauen, Landwirte und sonstige interessierte Bürger. Foliensätze, Diaserien, Medienpakete und sonstige Materialien wenden sich an Fachkräfte und Multiplikatoren.

Das Medienkonzept des AID folgt generell dem Prinzip, bestimmte Adressatengruppen gezielt über Multiplikatoren wie Journalisten, Lehrkräfte, Berater und Funktionäre zu informieren.

Im Medienverbund stehen, neben dem gedruckten Wort und kombiniert mit diesem, optische und audiovisuelle Medien für die Informationsarbeit zur Verfügung.

Der AID gibt Veröffentlichungslisten heraus, die sämtliche beziehbare Medien enthalten. Es sind dies die

- Schriftenliste „Verbraucher und Ernährung“
- Schriftenliste „Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz im Agrarbereich“.

Einen besonderen Hinweis verdienen die dort aufgeführten – didaktisch hochwertig gestalteten – Foliensätze (siehe Empfehlungen).

Die nachfolgend aufgeführten Serviceleistungen sind als Kooperationsangebote zu verstehen, die einer fallweisen Klärung und Absprache bedürfen. Sofern es die personellen und finanziellen Ressourcen des AID erlauben, können folgende Kooperationsleistungen vereinbart werden:

- * Referententätigkeit in begrenztem Rahmen zu speziellen Themenbereichen,
- * Ausstellungen und Aktionen, soweit eine adäquate Publikumsresonanz absehbar ist (z. B. „Lebensmittelkennzeichnung“, „Vollwertkost“ (in Vorbereitung)).

Interessierte sollten sich in den Verteiler des AID aufnehmen lassen. Auf diesem Wege erhalten sie

- die Schriftenliste „Verbraucher und Ernährung“
- die Schriftenliste „Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz im Agrarbereich“ (beide Schriftenlisten werden in unterschiedlichen Zeitabständen aktualisiert)
- den „AID-Verbraucherdienst“ (erscheint monatlich, Bezug kostenfrei)*
- den Film- und Diakatalog* (wird in unterschiedlichen Zeitabständen aktualisiert, Verleih der Filme und Diareihen kostenfrei)

Exemplarisch zu empfehlende Einzelmedien:

- Foliensatz (6008) „Schadstoffe in der Nahrung“/1983, (Kosten: aktueller Veröffentlichungsliste entnehmen)

Über die in den Schriftenlisten vorhandenen Hinweise auf audiovisuelle Medien hinausgehend, veröffentlicht der AID einen Film- und Diakatalog, der weit über 400 kostenlos entlehbare Titel enthält.

Neben den Materialien und Medien, wie sie in Schriftenlisten und Katalog dokumentiert sind, gibt der AID den „AID-Verbraucherdienst“ heraus. Dieses Periodikum richtet sich an Fach-, Lehr- und Beratungskräfte im Bereich Ernährung.

Der Pressedienst „AID-Verbraucheraufklärung“ informiert in erster Linie Redaktionen von Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen über aktuelle verbraucherorientierte Themen.

Grundsätzlich sind alle Medien und Materialien – soweit sie nicht mit einer Schutzgebühr belegt sind – für nicht kommerziell tätige Institutionen bis zu einer Stückzahl von 500 kostenfrei beziehbar. Es gelten ansonsten die auf den Schriftenlisten und im Film- und Diakatalog ausgedruckten Liefer- und Verleihbedingungen, wonach der Besteller bzw. Entleiher die Versandkosten trägt.

Der AID verfügt über einen Verteiler, in den alle Interessierten aufgenommen werden können, so daß eine regelmäßige Versorgung mit den o.a. Informationsquellen und Materialien* ermöglicht ist.

Diesbezügliche Anfragen sollten an den Leiter der Abteilung 2, Herrn Ulrich Flohr, gerichtet werden.

- Der AID verfügt über einen Verleihdienst, bei dem alle im Film- und Diakatalog verzeichneten Medien kostenfrei entliehen werden können. Die Versandkosten müssen vom Entleiher getragen werden.
- Der AID ist an das BTX-System angeschlossen. Über BTX können Materialbestellungen aufgegeben bzw. kurze Vorabinformationen über Publikationen des AID abgerufen werden.

- Foliensatz (6014) „Umweltschutz in der Küche“/1985, (Kosten: aktueller Veröffentlichungsliste entnehmen)
- Heft (1021) „Tollwut – Gefahr für Mensch und Tier“/1986, kostenlos*, Versandkosten je nach Stückzahl

Zu empfehlende Serviceleistungen:

- Referententätigkeit
- Ausstellungen und Aktionen

Diese Serviceleistungen bedürfen einer fallweisen Klärung und Absprache. Anfragen sind an den Leiter der Abt. 2, Herrn Ulrich Flohr, zu richten.

* für kommerziell tätige Institutionen gegen Schutzgebühr

- AID -

Medienangebote

Serviceleistungen

Empfehlungen

BERUFGENOSSEN- SCHAFTLICHER ARBEITSMEDIZINISCHER DIENST e.V.

Adresse	Oberer Lindweg 2-4 5300 Bonn 1
Ansprechpartner	Ursula Grünes (Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon	02 28/54 00 80
Telefax	02 28/5 40 08 15

Der Berufsgenossenschaftliche Arbeitsmedizinische Dienst wurde 1975 gegründet und bietet den Arbeitgebern eine wirtschaftlich sinnvolle Lösung für die Erfüllung der betriebsärztlichen Aufgaben, wie sie im Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) vorgesehen sind. Über 1,4 Millionen Beschäftigte in gewerblicher Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung werden seitdem vom BAD betreut.

Der BAD wird von 22 gewerblichen Berufsgenossenschaften getragen. Alle Organe sind paritätisch mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besetzt.

Der BAD nimmt alle betriebsärztlichen Aufgaben nach dem ASiG wahr:

- Beratung bei der Planung, Ausführung und Unterhaltung von Betriebsanlagen, von sozialen wie sanitären Anlagen;
- Beratung bei der Beschaffung von technischen Arbeitsmitteln und der Einführung von Arbeitsverfahren und Arbeitsstoffen;
- Beratung bei der Auswahl und Erprobung von persönlichen Schutzausrüstungen;
- Beratung bei arbeitsphysiologischen, arbeitspsychologischen und sonstigen ergonomischen und arbeitshygienischen Fragen;
- Beratung bei der Organisation der Ersten Hilfe im Betrieb;
- Beratung bei Fragen des Arbeitsplatzwechsels sowie der Eingliederung und Wiedereingliederung Behinderter in den Arbeitsprozeß;
- Hilfe bei der Durchführung von Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsmaßnahmen;
- Hilfe bei der Beseitigung von gesundheitsgefährdenden Mängeln am Arbeitsplatz;
- Hilfe bei der Aufklärung der Arbeitnehmer über Gesundheitsgefahren und deren Abwendung;
- Prüfung, ob gesundheitsgefährdende Arbeitsumwelteinflüsse vorliegen;
- Prüfung, ob Arbeitsplätze ergonomisch angepaßt sind;
- Prüfung der Ursachen für arbeitsbedingte Erkrankungen und Unfälle;
- Untersuchung der Arbeitnehmer und Beurteilung ihrer gesundheitlichen Eignung für konkrete Arbeitsplätze.

Aufgaben und Ziele der Institution

**BERUFS-
GENOSSEN-
SCHAFTLICHER
ARBEITS-
MEDIZINISCHER
DIENST e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Der BAD ist neutral und arbeitet mit Arbeitgebern, Betriebsräten, Fachkräften für Arbeitssicherheit, Sicherheitsbeauftragten u. a. Verantwortlichen zusammen.

Die Aufgaben werden nach Möglichkeit ‚vor Ort‘ in den Betrieben selbst erfüllt. Die betreuten Betriebe werden regelmäßig aufgesucht.

Die Ärzte des BAD sind hauptberuflich tätig. Sie werden regelmäßig fortgebildet und verfügen über vielfältige Kenntnisse und Erfahrungen. Viele der beschäftigten Ärzte sind zur Weiterbildung ermächtigt.

Der BAD verfügt über alle arbeitsmedizinisch erforderlichen Geräte zur individuellen (Sehtests, Hörtests, Lungenfunktionsprüfung, Herz-Kreislauf-Untersuchungen,

Laboruntersuchungen, Röntgenuntersuchungen) oder arbeitsplatzbezogenen Analyse (Schallpegel, Gaskonzentration, Staubkonzentration, Beleuchtungsstärke).

Die betriebsärztliche Praxis folgt den Gesetzen, Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften und individuellen Anforderungen in den Betrieben.

Der BAD arbeitet flächendeckend mit zur Zeit 116 stationären Einrichtungen, 5 Untersuchungsfahrzeugen und 2 Röntgenwagen. Leitstellen befinden sich in Mannheim, Böblingen, Würzburg, Berlin, Hamburg, Wiesbaden, Hannover, Dortmund, Mainz, Saarbrücken.

Medienangebote

Der BAD gibt periodisch die ‚BAD-inform - Beruf und Gesundheit‘ vierteljährlich (für Kunden kostenlos, ansonsten kostenpflichtig) sowie die ‚BAD Praxis - Aktuelles aus der Arbeitsmedizin‘, eine zweimal jährlich erscheinende Fachzeitschrift, heraus

An Broschüren und Faltblättern können beispielhaft genannt werden:

- Der BAD Ihr Partner für Gesundheit am Arbeitsplatz
- Warum sind 10 Jahre Erfahrung in der Arbeitsmedizin für Sie so wichtig?
 - Informationen und Hilfen für Arbeitnehmer an Bildschirmarbeitsplätzen
 - Informationen „Gefahrstoffverordnung“
 - Informationen „Lärmschutz“.

Der BAD bietet für bestimmte Problembereiche gezielte Sonderdrucke an, z. B.:

- Nr 1 Herz-Kreislauf Risiken im Arbeitsleben
- Nr 2 Arbeitsmedizin - eine lohnende Sache
- Nr 3 Nutzen der betriebsärztlichen Betreuung - aus der Sicht des BAD
- Nr 4 Das ärztliche Berufsgeheimnis unter Berücksichtigung von Aufgaben und Stellung des Betriebsarztes

Weitere Sonderdrucke liegen vor, etwa zu

- Die arbeitsmedizinische Betreuung von Klein- und Mittelbetrieben
- Arbeitsbedingte Belastung und Beanspruchung.

Der Bezug der Broschüren und Informationsblätter ist generell kostenlos. Bei Bestellungen mit größerem Bedarf werden Broschüren anteilig in Rechnung gestellt.

Von allgemeinerem Nutzen sind die verwendeten und erhältlichen Checklisten und Merkblätter

Folgende Checklisten liegen vor:

- Erste Hilfe
- Bildschirmarbeitsplätze
- Arbeitsmedizinische Besichtigung.

Die Merkblätter sind mit ‚Ihr Betriebsarzt informiert‘ betitelt:

- Der Wundstarrkrampf
- Informationszentren für Vergiftungsfälle
- Notfälle, die einen Notarzteinsatz erforderlich machen
- Die Rettungskette
- Gymnastische Übungen
- Der Lungenfunktionstest

**Service-
leistungen**

Besondere Serviceleistungen über die betriebsärztlichen Aufgaben hinaus bietet der BAD nicht an.

Empfehlungen

Der Berufsgenossenschaftliche Arbeitsmedizinische Dienst, getragen durch die gewerblichen Berufsgenossenschaften, ist der bedeutendste Ansprechpartner für Fragen betriebsärztlicher Aufgaben nach dem Arbeitssicherheitsgesetz.

Zu empfehlen sind die Broschüren und Informationen des BAD für unmittelbar betriebsärztliche Zusammenhänge.

BERUFSVERBAND DEUTSCHER PSYCHOLOGEN e.V.

– BDP –

Adresse	Bundesgeschäftsstelle Heilsbachstraße 22 5300 Bonn 1
Ansprechpartner	Herr Hans-Werner Drewe (Sachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon	02 28/64 10 54/55/56

Der Berufsverband Deutscher Psychologen e.V. (BDP) wurde 1946 gegründet. Er vertritt den Berufsstand der Psychologen. Im BDP sind mit ca. 16.000 Diplom-Psychologen (Stand 1991) etwa zwei Drittel der berufstätigen Diplom-Psychologen in der Bundesrepublik organisiert. Etwa 60 % der Mitglieder sind als klinische Psychologen – also im Bereich des Gesundheitswesens – tätig.

Mitglied des BDP kann jeder werden, der Psychologie im Hauptfach studiert hat, als außerordentliches Mitglied kann aufgenommen werden, wer die Vordiplom-Prüfung für Psychologen bestanden hat.

Der BDP sieht seine Aufgaben unter anderem in der

- Öffentlichkeitsarbeit über Psychologie als Wissenschaft und Beruf
- Förderung der Anwendung psychologischen Wissens im Alltagsleben, in Fragen der Gesundheitsversorgung und der Gestaltung des Arbeitslebens
- Veranstaltung von Fachkongressen, Betreuung von Fachliteratur sowie Sichtung von Testmaterialien
- Teilnahme an der Entwicklung von rechtlichen Regelungen für die Ausübung psychologischer Heilkunde
- Klärung von Problemen psychologischer Aus- und Weiterbildung und des psychologischen Unterrichts
- Regelung der beruflichen Tätigkeit von Psychologen durch entsprechende Berufsnormen

Der BDP weist eine fachliche und eine regionale Gliederung auf, d. h. er unterteilt sich in 11 Landesgruppen und 11 (Fach-)Sektionen. Die Landesgruppen sind in einzelnen Fällen bis auf Kreisebene hinab organisiert.

Die Sektionen umfassen die folgenden Fachgebiete:

- Arbeits-, Betriebs- und Organisationspsychologie
- Ausbildung in Psychologie
- Forensische und Kriminalpsychologie
- Klinische Psychologie
- Markt- und Kommunikationspsychologie
- Politische Psychologie
- Schriftpsychologie
- Schulpsychologie
- Verkehrspsychologie
- Angestellte und beamtete Psychologen
- Freiberufliche Psychologen

Aufgaben und Ziele der Institution

- BDP -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Delegierten der Landesgruppen und Sektionen wählen das Präsidium des BDP. Diesem ist die Bundesgeschäftsstelle zugeordnet sowie eine Reihe mit Sonderaufgaben betrauter Bundesausschüsse und Bundesarbeitskreise. Unter der gleichen Adresse wie die Bundesgeschäftsstelle sind die Deutsche Psychologen Akademie, die für Fortbildungsmaßnahmen zuständig ist, sowie der „Deutsche Psychologen Verlag“ (DPV), der u. a. die Verbandszeitschrift „Report Psychologie“ herausgibt, zu erreichen.

Der BDP ist mit der „Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGfPs)“ in der „Föderation Deutscher Psychologenvereinigungen“ zusammengeschlossen. Die DGfPs nimmt in Arbeitsteilung mit dem BDP, der sich vor allem für die berufspraktische Seite der Psychologie zuständig fühlt, den theoretisch-wissenschaftlichen Aspekt des Faches wahr.

Medienangebote

Die Publikationen des BDP wenden sich in erster Linie an berufstätige Psychologen und orientieren über Angewandte Psychologie, psychologische Berufskunde und berufspolitische Probleme. Es gibt mehrere kostenlose Verzeichnisse über verschiedene Gruppen von Printmedien, die im folgenden jeweils im Zusammenhang erwähnt werden.

eines Jahres erhältlich. Behandelt werden Themen aus dem ganzen Gebiet der Psychologie und der psychologischen Berufstätigkeit, die für die Öffentlichkeit interessant sind.

Der Deutsche Psychologen Verlag (DPV) gibt das Periodikum des BDP „Report Psychologie“ zehnmal jährlich heraus. Die Zeitschrift kann auch von Nicht-Mitgliedern sowohl in Einzelexemplaren als auch im Abonnement bezogen werden (kostenpflichtig). Sie bietet u. a. Artikel zu Entwicklungen und aktuellen Themen im Bereich der Angewandten Psychologie, wobei Fragestellungen aus der Klinischen Psychologie und dem Gesundheitswesen entsprechend der Mitgliederstruktur deutlichen Vorrang genießen, daneben wird auch auf spezielle Aktivitäten der Landesgruppen und Sektionen sowie auf Tagungen und Kongresse hingewiesen.

Die „Schriftenreihe“ des DPV befaßt sich vor allem mit gesundheits- und berufspolitischen Fragestellungen und rechtlichen Problemen psychologischer Berufstätigkeit (Verzeichnis kostenlos). Titel dieser Reihe sind zum Beispiel: „Gesetz über den Beruf des Klinischen Psychologen/Psychotherapeuten (Entwurf)“ und „Grundlagen der heilkundlichen Tätigkeit von Psychologen“.

Für ein breiteres Publikum sind die Artikel des Presseudienstes gedacht, die als „Informationen Deutscher Psychologen“ (kostenlos) bezogen werden können. Zu diesen sind kostenlose Verzeichnisse über die Artikel

Die sonstigen Buchveröffentlichungen des Verlages geben in der Regel Einblick in bestimmte Berufsfelder von Psychologen oder erörtern bestimmte inhaltliche Fragestellungen für Fachleute (kostenloses Verzeichnis).

Die 11 Fachsektionen verfügen z. T. über eigene (kostenpflichtige) Publikationen. Bei Interesse an einem dort vertretenen Fachgebiet ist eine Nachfrage bei der betreffenden Sektion sinnvoll (Adressen unter „Empfehlungen“).

Serviceleistungen

Der BDP ist aufgrund seines Charakters als Organisation psychologischer Fachleute in der Lage, Referenten zu allen Fragestellungen aus dem Bereich der Angewandten Psychologie, insbesondere auch der Klinischen Psychologie zu vermitteln. Dies gilt auch für Supervisionsaufgaben. In der Regel sollte es möglich sein, einen Fachmann in örtlicher Nähe zu finden. Die Kostenfrage ist jeweils mit dem Betreffenden selber zu klären.

Es sollte beachtet werden, daß ein nicht geringer Teil fachlicher Aktivitäten im Rahmen des BDP auf der Ebene der Landesgruppen und Sektionen stattfindet. Es ist daher sinnvoll, zur jeweiligen Landesgruppe Kontakt aufzunehmen (Adressen siehe „Empfehlungen“).

Im BDP sind ca. 1000 regionale Fachteams organisiert, die der Supervision psychotherapeutischer Arbeit dienen und deren Kontaktadressen über die Deutsche Psychologen Akademie im BDP bezogen werden können.

Im Rahmen der Sektion „Klinische Psychologie“ besteht eine ganze Reihe von Arbeitskreisen zur psychologischen Tätigkeit in verschiedenen Gesundheitsbereichen (z. B. in Gesundheitsämtern, Beratungsstellen, Reha-Kliniken, Krankenhäusern, Prävention, Sucht, Früherkennung, Behinderung).

Die Deutsche Psychologen Akademie im BDP bietet vor allem Kurse zu den verschiedensten Therapieverfahren an Orten überall in der Bundesrepublik an (kostenloser Fort- und Weiterbildungskalender für die Angebote eines Jahres). Die Teilnahmemöglichkeit ist allerdings auf Psychologen beschränkt.

Die Sektion Arbeits-, Betriebs- und Organisationspsychologie verfügt u. a. über Arbeitskreise mit den folgenden Aufgabenstellungen:

Alle zwei Jahre (jede ungerade Jahreszahl) veranstaltet der BDP einen Kongreß für Angewandte Psychologie zu Schwerpunktthemen wie z. B. psychologischer Diagnostik.

- Psychologie im Arbeitsschutz (psychologische Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit, Sicherheitserziehung)
- Klinische Betriebspsychologie (integrierte Beratungsansätze, psychologische Interventionen und Präventionsmaßnahmen zur Förderung der psychischen und physischen Gesundheit am Arbeitsplatz)
- Arbeits- und Betriebspsychologie in der beruflichen Rehabilitation (psychologische Tätigkeit in Berufsförderungswerken, Berufsbildungswerken, Werkstätten für Behinderte und bei Rehabilitationsträgern)

Auch durch die Fachsektionen werden Kongresse veranstaltet. Die Landesgruppen führen unabhängig voneinander in Abständen „Psychologentage“ durch zu Themen wie z. B. „Prävention“ (NRW 1986) oder „Verhalten und Gesundheit“ (Baden-Württemberg 1988).

Die Arbeitskreise können bei Informationsbedarf über die genannten Sektionen angesprochen werden. Mög-

lichkeiten einer Zusammenarbeit müssen mit den einzelnen Arbeitskreisen geklärt werden.

Der BDP, der in seinem „Gesundheitspolitischen Programm“ eine enge Zusammenarbeit von Psychologen und medizinischem Gesundheitswesen vertritt, wird auf Anliegen, die seitens entsprechender Institutionen an ihn herangetragen werden, sehr aufgeschlossen reagieren.

– BDP –

Serviceleistungen

Publikationen

Zur Information über alle laufenden Aktivitäten und die neuen Publikationen des BDP kann die Zeitschrift Report Psychologie über den Deutschen Psychologen Verlag (Heilsbachstr. 22, 5300 Bonn 1) bezogen werden.

Über kostenpflichtige Bücher und Broschüren des BDP vor allem zu Problemen der Angewandten Psychologie und der psychologischen Berufskunde können kostenlose Verzeichnisse angefordert werden

Die allgemeinverständlichen, kurzen Artikel des Pressedienstes „Informationen Deutscher Psychologen“ können zu speziellen Themen kostenlos bezogen werden (Jahresverzeichnisse erhältlich).

Serviceleistungen

Beachtung verdient das große Potential des BDP an Fachreferenten für alle Fragestellungen aus dem Bereich der Psychohygiene.

Zu den Fort- und Weiterbildungsangeboten (u. a. zu einem breiten Spektrum an Therapieverfahren) der Deutschen Psychologen Akademie im BDP (Heilsbachstr. 22, 5300 Bonn 1) kann ein Jahreskalender bezogen werden.

Bei speziellen fachlichen Problemen sollte die entsprechende Fachsektion angesprochen werden (Kontaktadressen siehe unten).

Empfehlenswert ist die Kontaktaufnahme mit der jeweiligen Landesgruppe des BDP im eigenen Bundesland, da viele Projekte (z. B. Beratung bei AIDS) auf Landesebene stattfinden (Adressen im Anschluß).

Kontaktadressen der Landesgruppen:

Baden-Württemberg:
Dipl.-Psych. Werner Kraft
Frisonstraße 4, 7140 Ludwigsburg
Tel.: (0 71 41) 92 55 66 (möglichst Montag bis Freitag in der Zeit von 8.30 bis 12.30 Uhr)

Bayern:
PD Dr. Siegfried Höfling
Universität München
Institut für Klinische Psychologie
Leopoldstraße 13, 8000 München 40
Tel.: (0 89) 21 80 51 96

Landesgeschäftsstelle
Schützenstraße 14, 8047 Karlsfeld
Tel.: (0 81 31) 9 69 80

Berlin:
Vorsitzender:
Dipl.-Psych. Hans Otremba
Helmholtzstraße 15, 1000 Berlin 10

Landesgeschäftsstelle:
c/o Dipl.-Psych. Klaus G. Sturhahn
Drakestraße 48a, 1000 Berlin 45
Tel.: (0 30) 8 33 10 53

Brandenburg:
Dipl.-Psych. Ulrike Kaschel
Mixdorfer Straße 7
O-1200 Frankfurt (Oder)
Tel.: (d.) 3 77 31 04 oder 3 77 33 26

Landesgeschäftsstelle:
c/o Abtlg. für Psychologie
Hegelallee 6-10
O-1562 Potsdam
Tel.: (00 37-33) 30-34 66 (Di von 7.00-12.00 Uhr)
Telefax: (00 37-33) 7 75 15

Bremen:
Dr. Hans Nadolny
Bismarckstraße 62, 2800 Bremen 1
Tel.: (04 21) 70 31 56

Hamburg:
Dr. Peter Riedel
Isestraße 25, 2000 Hamburg 13
Geschäftsstelle: Tel.: (0 40) 4 20 18 14

Hessen:
Dipl.-Psych. Peter Fiesel
Wormser Straße 6, 6000 Frankfurt 70
Tel.: (0 69) 63 22 21

Landesgeschäftsstelle:
Niersteiner Straße 20, 6000 Frankfurt 70
Tel.: (0 69) 6 31 40 63 (10.00-13.00 Uhr)
(Anrufbeantworter)

Mecklenburg/Vorpommern:
Dr. Helmut Herzer
Chausseestraße 14
O-2201 Heiligeisthof

Landesgeschäftsstelle:
Ravensteinstraße 23, Postfach 33/10
O-2120 Ueckermünde
Tel.: Ueckermünde 5 91

Niedersachsen:
Dr. Stefan Jacobs
Institut für Psychologie, Klinische Psychologie
Universität Göttingen
Goslerstraße 14, 3400 Göttingen
Tel.: dienstl. (05 51) 39 35 82
Telefax: (05 51) 39 35 44

Landesgeschäftsstelle:
Wilhelm-Weber-Straße 22, 3400 Göttingen
Tel.: (05 51) 4 49 23 (Anrufbeantworter)
Telefax: (05 51) 4 53 09

Empfehlungen

- BDP -

Empfehlungen

Nordrhein-Westfalen:
Dr. Hermann-J. Berk
Volksgartenstraße 14, 5000 Köln 1
Tel.: (02 21) 31 45 40

Landesgeschäftsstelle:
Dipl.-Psych. Anita Pützkuhl-Schöberlein
Schwanenmarkt 11, 4000 Düsseldorf 1
Tel.: (02 11) 13 37 67

Rheinland-Pfalz:
Dipl.-Psych. Gisela Rohrer
Göttelmannstraße 42b, 6500 Mainz 1
Tel.: (0 61 31) 8 23 50 (vorm.)
Telefax: (0 61 31) 83 51 56

Saarland:
Dipl.-Psych. Volker Büch
Rotenbühlerweg 41, 6600 Saarbrücken
Tel.: (06 81) 30 98-3 40

Landesgeschäftsstelle:
Viktoria-Luisen-Straße 9, 6630 Saarlouis
Tel.: (0 68 31) 4 36 66
(Praxis Antes, Anrufbeantworter)

Sachsen:
Dipl.-Psych. Franco Gläsner
Reinickstraße 3
0-8019 Dresden
Tel.: 4 58 36 96 (d)
4 58 27 97

Sachsen-Anhalt:
Dr. Waltraud Groschek
Harnackstraße 2
0-3010 Magdeburg

Schleswig-Holstein:
Dipl.-Psych. Reinald Ueker-Loh
Kaiserstraße 26, 2370 Rendsburg
Tel.: dienstl. (0 43 31) 2 60 50

Thüringen:
Dipl.-Psych. Hellmut Faulwasser
Otto-Nuschke-Straße 46
0-5084 Erfurt
Tel.: (00 31 61) 2 48 58

Kontaktadressen der Sektionen:

Arbeits-, Betriebs-
und Organisationspsychologie:
Dr. Ulrich Winterfeld
Hauzenbergerstraße 30, 8000 München 21
Tel.: (0 89) 55 14 01 22 (d)

Geschäftsstelle:
Camphausenallee 4, 5300 Bonn 2
Tel.: (02 28) 35 19 23
(montags/freitags 9.00-11.00 Uhr,
mittwochs 16.30-18.30 Uhr)

Ausbildung in Psychologie:
Dr. Hermann Zayer
Deutsches Institut für Internationale
Pädagogische Forschung
Schloßstraße 29, 6000 Frankfurt 90
Tel.: (0 69) 77 02 45

Geschäftsstelle:
Theodor-Heuss-Allee 10, 5500 Trier
Tel.: (06 51) 14 77 20
Telefax: (06 51) 147 72 20

Forensische und Kriminalpsychologie:
Prof. Dr. Irmgard Rode
Mommensenstraße 75, 5000 Köln 41
Tel.: (02 21) 43 67 71

Klinische Psychologie:
Dipl.-Psych. Volker Schmid
Zehnmorgenstraße 5, 6000 Frankfurt 50
Tel.: (0 69) 53 43 44, Telefax: (0 69) 52 25 13

Geschäftsstelle:
Bahnhofstraße 2c, 6500 Mainz 1
Tel.: (0 61 31) 23 30 02, Telefax: (0 61 31) 23 60 66
(dienstags und donnerstags 10.00-16.00 Uhr)

Kommission Klinischer Psychologe BDP
Bahnhofstraße 2c, 6500 Mainz 1
Tel.: (0 61 31) 23 16 66
(dienstags und donnerstags 10.00-16.00 Uhr)

Markt- und Kommunikationspsychologie:
Prof. Dr. Henning Haase
Hedwig-Dransfeld-Straße 16
6000 Frankfurt 90
Tel.: (0 69) 77 66 05, Telefax: (0 69) 77 69 73

Politische Psychologie:
Dr. Helmut Moser, Psychologisches Institut I
Von-Melle-Park 6, 2000 Hamburg 13
Tel.: (0 40) 41 23 47 32

Schriftpsychologie:
Dr. Maria Paul-Mengelberg
Kaiserbergstraße 6, 5460 Linz
Tel.: (0 26 44) 26 21

Schulpsychologie:
Dipl.-Psych. Helmut Heyse
Albert-Schweitzer-Straße 7, 5503 Konz
Tel.: privat (0 65 01) 151 54
dienstl. (06 51) 71 08-3 47

Verkehrspsychologie:
Prof. Dr. Günter Kroj
c/o Bundesanstalt für Straßenwesen
Brüderstraße 53, 5060 Bergisch Gladbach 1
Tel.: (0 22 04) 4 34 56

Freiberufliche Psychologen:
Dipl.-Psych. Attila Szabó
Postfach 20 34 64, 2000 Hamburg 20
Tel.: (0 40) 49 27 19

Angestellte und beamtete Psychologen:
c/o Bundesgeschäftsstelle des BDP
Heilsbachstraße 22, 5300 Bonn 1
Tel.: (02 28) 64 10 54-55
Telefax: (02 28) 64 31 18

BILDUNGSWERK AIDS UND GESELLSCHAFT e. V.

Adresse Freies Tagungshaus Waldschlößchen
3407 Gleichen-Reinhausen

Ansprechpartner Herr Wolfgang Vornhagen
Frau Ina Langanke

Telefon 0 55 92/17 38

Ende 1986 wurde das Bildungswerk AIDS und Gesellschaft e.V. mit Unterstützung der niedersächsischen AIDS-Hilfen von Mitarbeitern des Vereins für soziale und pädagogische Arbeit e.V. gegründet, der Träger des Freien Tagungshauses Waldschlößchen in Reinhausen bei Göttingen ist.

Hervorgegangen ist das Bildungswerk aus dem Engagement von Mitgliedern des Trägervereins, die sich 1985 an der Gründung der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. beteiligten und schon 1984/85 Informations- und Gesprächsabende zum Thema AIDS und später bundesweite Seminare und Fortbildungen veranstalteten.

Die Ziele des Bildungswerkes AIDS und Gesellschaft e.V. sind lt. Satzung die Förderung von öffentlichem Gesundheitswesen, Volks- und Berufsbildung zur AIDS-Thematik. Damit sind alle die gemeint, die sich mit gesundheitlichen, sozialen, psychologischen, gesundheitspolitischen und rechtlichen Aspekten der Krankheit AIDS befassen.

Die Arbeit des Bildungswerkes stützt sich auf die Erkenntnisse und Erfahrungen, daß AIDS-Prävention Lebensbereiche berührt, die tabuisiert sind und bei der notwendigen zielgruppenspezifischen Ausrichtung nicht von den traditionellen Instanzen allein wirksam geleistet werden kann. Die Kompetenz der Mitarbeiter/innen und Referenten/innen des Bildungswerks finden die Akzeptanz durch ihre Nähe oder Zugehörigkeit zu den Betroffenenengruppen.

Die Schwerpunkte zur Umsetzung der Vereinsziele sind dabei

- die Fortbildung von Mitarbeiter/innen der AIDS-Hilfen des Landes Niedersachsen,
- bundesweite Fortbildungsangebote für die Berufsgruppen in den Einrichtungen des Gesundheitswesens und sozialer Dienste,
- bundesweite psychosoziale Angebote für HIV-positive, an AIDS erkrankte und ihnen nahestehenden Menschen.

Die Vereinsorgane des Bildungswerkes sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Mitgliederversammlung wählt u. a. den Vorstand, legt die Richtlinien für die Arbeit des Vorstandes fest und genehmigt den Haushaltsplan.

Aufgaben und Ziele der Institution

	<p>Der Vorstand besteht aus drei Mitgliedern, vertritt den Verein und ist für seine Angelegenheiten zuständig. Die Tätigkeit des Bildungswerkes und die beiden hauptamtlichen Mitarbeiter werden finanziert durch institutionelle und Projektförderung des Landes Niedersachsen</p>	<p>sen, über die Deutsche AIDS-Hilfe durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, durch das Bundesgesundheitsministerium sowie durch Teilnehmergebühren und Mitgliedsbeiträge.</p>
<p>Bildungswerk AIDS und Gesellschaft e. V.</p> <p>Medienangebote</p>	<p>Dem Arbeitsschwerpunkt entsprechend hat das Bildungswerk kein Medienangebot. Es gibt lediglich halbjährlich das Veranstaltungsprogramm heraus, das Interessierten auf Wunsch regelmäßig zugesandt wird, für Betroffene auch in anonym Form.</p>	
<p>Serviceleistungen</p>	<p>Im Mittelpunkt der Serviceleistungen steht das umfangreiche Bildungsangebot des Bildungswerkes</p> <p>Die Ausbildung und Weiterbildung zu AIDS richtet sich einmal bundesweit an die Mitarbeiter/innen der AIDS-Hilfen, worin u a Gesprächsführung, Bearbeitung eigener Beratungsprobleme, Auseinandersetzung mit Krankheit, Sterben und Tod sowie Öffentlichkeitsarbeit enthalten sind. Weitere Teilnehmerkreise sind die Mitarbeiter/innen von Beratungsstellen im ÖGD, von Drogenberatungsstellen und aus der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit. Es sind dies dreitägige Betreuer-, Berater- und Pflegeschulungen, die im Freien Tagungshaus Waldschlößchen und an anderen Orten in Niedersachsen durchgeführt werden.</p> <p>Weiterhin gibt es Fortbildungsangebote für den gleichen Teilnehmerkreis (z. T. gegen Teilnehmergebühren); Themen sind u a</p> <ul style="list-style-type: none"> - AIDS, Drogen und Strafvollzug: dreitägiges Seminar zu Angeboten in der Betreuung, Beratung und Hilfe sowie zur Arbeit in den Strafvollzugsanstalten; - AIDS und Kinder: dreitägige Fortbildung über sozial- und gesundheitspolitische sowie juristische Aspekte, über die Arbeit mit HIV-infizierten bzw. an AIDS erkrankten Kindern und deren psychosoziale Situation; - Jugend und AIDS: dreitägiger sexualpädagogischer Workshop zur Reflexion über die eigene Sexualität und zur Auseinandersetzung über den gesellschaftlichen und persönlichen Umgang mit der Angst vor AIDS. <p>Die Seminare des Bildungswerkes (z. T. kostenfrei) richten sich u a. an Schwule, Bisexuelle und Menschen, die mit ihnen bzw. mit HIV-infizierten/an AIDS erkrankten Menschen zu tun haben; z. B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schwules Coming Out und AIDS: dreitägiges Wochenendseminar für Schwule im Coming Out und solche, die in Gruppen, AIDS-Hilfen usw. mit jungen Schwulen arbeiten; 	<p>Bisexualität und AIDS: dreitägiger Workshop für bisexuelle Frauen und Männer, um deren Interessen zu hinterfragen, zu diskutieren und zu entwickeln, Frauen und AIDS: dreitägiges Seminar zur weiblichen Sexualität und AIDS, zur Situation HIV-positiver Frauen und zur Rolle der Frau in der AIDS-Prävention für Frauen, die in der AIDS-Sozialarbeit und Öffentlichkeitsarbeit in AIDS-Hilfen, Gesundheitsämtern u a tätig sind</p> <p>Mit psychosozialen Angeboten (kostenfrei) wendet sich das Bildungswerk an Menschen mit HIV und AIDS und ihre Partner/innen bzw. ihnen Nahestehende. Dazu gehören u. a</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bundesweite Positive-Treffen: Seit 1986 finden mehrmals im Jahr diese dreitägigen Treffen für HIV-Positive und ihre Freundinnen und Freunde statt, um Schwerpunktthemen zu bearbeiten (medizinische, rechtliche Aspekte, Auseinandersetzung mit Sterben und Tod) und einander zu begegnen; Sterbeworkshop für Menschen mit HIV und AIDS: dreitägiger Workshop nur für Menschen mit HIV und AIDS mit der Möglichkeit, Wege zur Bewältigung eigener Todesängste und -befürchtungen zu finden; - Workshop für Menschen mit AIDS: dreitägige Veranstaltung mit offenen Angeboten wie Gesprächskreisen, Spaziergängen, Schwimmen, Sauna, Massagen und medizinischer Betreuung für Betroffene und ihre Betreuer; Treffen für Partner/innen und Angehörige von Menschen mit HIV und AIDS: dreitägiger Workshop mit dem Ziel, die spezifische Problematik, die im Zusammenhang durch die Infektion bzw. Erkrankung entsteht, zu thematisieren. <p>Weitere Serviceleistungen des Bildungswerkes bestehen in der Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Referenten für die AIDS-Problematik, in der Beratung für die Fortbildung und in der Durchführung von Veranstaltungen für Dritte. Im regionalen Raum führt das Bildungswerk außerdem Veranstaltungen zu gesundheitspolitischen, ethischen, juristischen und sozialwissenschaftlichen Aspekten der Krankheit AIDS durch</p>
<p>Empfehlungen</p>	<p>Für alle, die sich im Rahmen ihrer hauptberuflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit mit der Problematik AIDS befassen, und für Betroffene mit ihren Angehörigen bietet das Bildungswerk AIDS und Gesellschaft e.V. wichtige problemnahe Veranstaltungen an.</p>	<p>Daher ist es notwendig, sich in den Verteiler für das Veranstaltungsprogramm aufnehmen zu lassen.</p> <p>Für die Planung und Durchführung eigener Veranstaltungen sollte die fachliche Kompetenz des Bildungswerkes genutzt werden</p>

BREMER INSTITUT FÜR PRÄVENTIONS- FORSCHUNG UND SOZIALMEDIZIN

– BIPS –

Adresse Grünenstraße 120
 2800 Bremen 1

Ansprechpartner Prof. Dr. med. E. Greiser

Telefon 04 21/59 59 60

Das BIPS besteht seit dem 11.1981 als rechtlich unselbstständiges Forschungsinstitut des Vereins zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in der Freien Hansestadt Bremen e.V.

Es wurde durch einen Beschluß des Senats der Freien Hansestadt Bremen gegründet, um eine im norddeutschen Raum bestehende Lücke institutionell verankerter Gesundheitsforschung zu schließen. Dabei sollte durch die Ansiedlung von Forschungskapazität in Bremen die Möglichkeit eröffnet werden, in Kooperation mit bereits bestehenden Forschungseinrichtungen, Forschungsprojekte aus den Bereichen der primären Prävention chronischer Krankheiten und der Sozialmedizin durchzuführen.

Das Institut finanziert sich durch Etatmittel des Landes Bremen und durch Forschungsprojekte bzw. die Übernahme von Forschungsaufträgen.

Das Institut verfügt über vier Fachabteilungen und eine eigene, dem Institutsleiter zugeordnete Verwaltung.

1. Abteilung Epidemiologie
2. Abteilung Sozialmedizin
3. Abteilung Biometrie und EDV
4. Abteilung Arzneimittel-Epidemiologie

Dem Institut sind zwei Aufsichtsgremien zugeordnet

Das Kuratorium hat die Aufsichtsfunktion für administrative Angelegenheiten und Grundsatzfragen. Es beschließt den von der Institutsleitung vorgelegten Wirtschaftsplan sowie – nach dem Votum des Forschungsbeirates – den Forschungsplan und den Forschungsbericht.

Von den Forschungsprojekten seien beispielhaft aufgeführt:

Bewertete Arzneimittel
Zeitraum: 1981- 1983
Bewertung der relevanten, auf dem bundesdeutschen Pharmamarkt befindlichen Arzneimittel unter Berücksichtigung der therapeutischen Wirksamkeit in den vom Hersteller in Anspruch genommenen Anwendungsgebieten, der unerwünschten Wirkungen und sonstiger Eigenschaften der Arzneimittel.

Publikationen:

1981 Arzneimittel-Index Band 1:
Arzneimittel bei Herzinsuffizienz, Koronarinsuffizienz
und Herzrhythmusstörungen

1983 Arzneimittel-Index Band 1:
Arzneimittel bei Herzinsuffizienz, Koronarinsuffizienz
und Herzrhythmusstörungen
2. Auflage

1983 Bewertender Arzneimittel-Index Band 2:
Hypnotika, Sedativa und Psychopharmaka

1984 Bewertender Arzneimittel-Index Band 3:
Antihypertensiva und Diuretika

Auftraggeber:
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Deutsche Herz-Kreislauf-Präventionsstudie Meß-
methoden-orientierte Pilotstudie
Zeitraum: 1980-1981
Reliabilitätsstudie, in der medizinische Untersuchungs-
methoden und Fragebögen für den Einsatz in der
Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie an 750 Be-
schäftigten eines Hafenumschlagbetriebs auf ihre
Zuverlässigkeit untersucht wurden.
Zuwendung durch den Bremischen Senator für
Gesundheit und Umweltschutz

Deutsche Herz-Kreislauf-Präventionsstudie - Betriebs-
vorstudie Bremen
Zeitraum: 1982-1984
Erprobung von Untersuchungsmethoden und Präven-
tionsmethoden in einem Bremer Versorgungsunter-
nehmen Untersuchung der Möglichkeit, über Betriebe
Prävention in die Bevölkerung hineinzutragen. Detail-
lierte Strukturanalyse der Bremer Stadtgebiete und
Auswahl der Interventions-Regionen Bremen-West und
Bremen-Nord
Zuwendung durch den Bundesminister für Forschung
und Technologie.

Deutsche Herz-Kreislauf-Präventionsstudie - Gemein-
destudie Bremen
Zeitraum: 1984-1991
Durchführung einer gemeinde-orientierten Präven-
tionsstudie in den Stadtgebieten Bremen-Nord und
Bremen-West (Bevölkerung ca. 200 000) mit dem Ziel
einer Senkung der kardiovaskulären Mortalität (Herz-
infarkt, Schlaganfall) um 10% gegenüber der Bundes-
bevölkerung
Methoden der Prävention: Gesundheitserziehung, Ein-
satz von Massenmedien, Modifikation von strukturellen
Bedingungen, die die Entwicklung von kardiovaskulären
Risikofaktoren bedingen oder begünstigen

Bewertung des Präventionserfolges durch Prozeß-
evaluation, Messung von Verhaltensparametern und
Risikofaktoren an einer Zufallsstichprobe der Bevöl-
kerung (Gesundheitssurvey), Erfassung der kardio-
vaskulären Mortalität und Morbidität (MONICA) und der
Gesamtmortalität.
Zuwendung durch den Bundesminister für Forschung
und Technologie

Validierung und Reliabilität von Mortalitätsdaten
Zeitraum: 1985-1987
Im Rahmen des Forschungsverbundes der DHP Durch-
führung einer Pilotstudie zur Validierung und Reliabi-
lität der ursachenspezifischen Mortalitätsstatistik, ins-
besondere für kardiovaskuläre Todesursachen.
Finanzierung durch Eigenmittel.

Auffälligkeitskriterien für die kassenärztliche Versor-
gung
Zeitraum: 1981
Erarbeitung eines Satzes von Kriterien, an denen eine
Auffälligkeit in der Medikation im ambulanten Bereich
der medizinischen Versorgung feststellbar ist. Diese Kri-
terien sollten sowohl der Qualitätskontrolle wie der
Qualitätssicherung kassenärztlicher Leistungen dienen.
Auftrag durch die Gesellschaft für Strahlen- und
Umweltforschung mbH, Bereich Projektträgerschaften.

Innovation auf dem Arzneimittelmarkt
Zeitraum: 1980-1981
Analyse der zwischen 1971 und 1979 in der Bundes-
republik neu auf den Markt gebrachten Arzneimittel
auf ihren innovatorischen Charakter anhand objektiver
Kriterien. Auftrag durch den Bundesminister für Arbeit
und Sozialordnung

Vinylchlorid-Mortalitätsstudie II
Zeitraum: 1981
Fortsetzung einer 1981 publizierten Mortalitätsstudie
an Arbeitnehmern aus der chemischen Industrie, die
am Arbeitsplatz gegenüber Vinylchlorid in der Herstel-
lung bzw. Weiterverarbeitung exponiert waren. Nach-
dem sich im ersten Teil der Studie eine erhöhte Morta-
lität an Lebertumoren und Leukämie für exponierte
Arbeitnehmer herausgestellt hatte, verweigerten die
beteiligten Firmen der chemischen Industrie nach
anfänglicher Bereitschaft zur Kooperation ihre weitere
Mitarbeit, so daß die Studie abgebrochen werden
mußte
Zuwendung durch den Minister für Arbeit, Gesundheit
und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

Duogynon und Mißbildungen
Zeitraum: 1980-1982
Auswertung von 300 Erhebungsbögen, auf denen
Eltern fehlgebildeter Kinder, durch die Arbeitsgemein-
schaft der Verbraucherverbände angeregt, Schwanger-
schaftsverlauf und Fehlbildungen dokumentiert
hatten
Auftrag durch das Institut für Arzneimittel des Bundes-
gesundheitsamtes

Hauterkrankungen und Arbeitsstoffe in der metall-
verarbeitenden Industrie
Zeitraum: 1983-1985
Querschnittsstudie in zwei Betrieben der metall-
verarbeitenden Industrie, in der ein möglicher Zusam-
menhang zwischen Arbeitsstoffen, der Verwendung
von Hautschutzmitteln und der Häufigkeit von Haut-
erkrankungen untersucht werden sollte
Design, Datenerfassung und Auswertung durch das
BIPS, Durchführung in Kooperation mit dem betriebs-
ärztlichen Dienst der Firma Ehrenreich, Düsseldorf.
Auftrag durch A. Ehrenreich GmbH & Co. KG

Adipositas-Mortalitätsstudie II
Zeitraum: 1983-1988
Analyse des Sterblichkeitsrisikos von 5412 übergewich-
tigen Patienten, die seit 1960 in der Übergewichtigen-
Ambulanz der II. Medizinischen Klinik E der Universität
Düsseldorf behandelt wurden.
Gemeinschaftsprojekt mit Prof. Dr. Berger und PD
Dr. Jörgens, II. Medizinische Klinik E der Universität
Düsseldorf.
Mischfinanzierung aus Eigenmitteln und Beiträgen von
Prof. Dr. Berger, Düsseldorf.

Basisdokumentation für die Lungenfachklinik Holdheim
Zeitraum: 1983-1985
Entwicklung eines Systems zur Basisdokumentation
stationär behandelter Patienten einer Lungenfachklinik.
Mischfinanzierung aus Eigenmitteln und Beiträgen von
Prof. Dr. Hartmann, Bremen.

Bewertende Arzneimittelklassifikation II
Zeitraum: 1984–1987

Fortführung des Projektes Bewertung der Arzneimittelklassifikation für die Indikationsgebiete

- Antibiotika
- Analgetika und Antirheumatika
- Durchblutungsfördernde Mittel

Auftrag der Bundesländer Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bremen.

Schmerzmittelmißbrauch und terminale Niereninsuffizienz

Zeitraum: 1983–1987

Retrospektive Fall-Kontroll-Studie zur Abschätzung des Risikos einer Nierenschädigung mit der Folge langjähriger Dialyse bzw. Nierentransplantation durch langjährigen Schmerzmittelmißbrauch.

Gemeinschaftsprojekt mit Prof. Dr. Molzahn und Dr. Pommer, Abteilung Nephrologie des Humboldt-Krankenhauses, Berlin, und Prof. Dr. Jesdinsky, Institut für medizinische Statistik und Biomathematik der Universität Düsseldorf.

Finanzierung durch Eigenmittel/Mittel des Bundesgesundheitsamtes.

Bronchial-Carcinom und Luftverschmutzung – Pilotstudie

Zeitraum: 1984–1987

Pilotstudie für eine retrospektive Fall-Kontroll-Studie zur Ermittlung der gemeinsamen Einflüsse von Luftverschmutzung, Carcinogenen am Arbeitsplatz und Rauchen auf das Bronchial-Carcinom-Risiko (Hauptstudienumfang: ca. 4000 Patienten mit Bronchial-Carcinom und ca. 8000 Kontroll-Patienten).

Gemeinschaftsprojekt mit dem Medizinischen Institut für Umwelthygiene an der Universität Düsseldorf (PD Dr. Wichmann) sowie mit der Einheit Statistik der Universität Bremen (Prof. Dr. Timm).

Förderung durch das Umweltbundesamt.

Integration und Regulierung des Arzneimittelmarktes innerhalb der EG

Zeitraum: 1986–1987

Untersuchung der Regulierung des Arzneimittelmarktes und der Implementation der Regulierungsbedingungen in verschiedenen EG-Staaten.

Gemeinschaftsprojekt mit dem Zentrum für Europäische Rechtspolitik an der Universität Bremen

Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

Der Vertrauensärztliche Dienst als Datenquelle für die epidemiologische Forschung

Pilotstudie zur Untersuchung der Möglichkeiten zur Erfassung arbeitsbedingter Erkrankungen mit Hilfe von Daten der VÄD.

Zeitraum: 1985–1987

Gemeinschaftsprojekt mit Prof. Dr. Gine Elsner, Universität Bremen.

Finanzierung durch die Gesellschaft für Arbeitsschutz- und Humanisierungsforschung, Dortmund/Eigenmittel.

Exposition gegenüber Passivrauchen und Cotininspiegel im Urin bei Nichtrauchern

Zeitraum: 1985–1987

Kostenerstattung der IARC, Lyon/Eigenmittel und Mittel des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

Dioxin und angeborene Fehlbildungen – Aufbau einer Datenbasis zur Schätzung regionaler Fehlbildungs-Inzidenzen in Hamburg.

Zeitraum: 1984–1988

Erster Teil einer Studie zur Aufklärung des Verdachtes, eine Dioxin-Exposition der Hamburger Bevölkerung könnte in einzelnen Hamburger Stadtteilen zur Erhöhung der Mißbildungshäufigkeit geführt haben.

Aufbau einer Datenbasis aus verschiedenen Datenquellen mit dem Ziel der Schätzung regionaler Fehlbildungs-Inzidenzen nach personenbezogenem Linkage für einzelne Fälle.

Auftrag des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg.

Erfassung von Pseudo-Krupp-Fällen im Stadtgebiet von Bremen

Zeitraum: 1984–1985

In Kooperation mit dem Berufsverband der Kinderärzte in Bremen und dem Hauptgesundheitsamt. Erfassung sämtlicher Fälle von Pseudo-Krupp-Erkrankungen für das vierte Quartal 1984 mit dem Ziel einer regionalisierten Inzidenz-Schätzung.

Finanzierung aus Eigenmitteln.

Kontrollierte Therapiestudie Craniopharyngeome – Design-Entwicklung

Zeitraum: 1985–1986

Gemeinschaftsprojekt mit der HNO-Klinik der Georg-August-Universität Göttingen und der HNO-Klinik des Zentralkrankenhauses St. Jürgen-Straße, Bremen (Prof. Dr. Chilla)

Hypothese: Die kryochirurgische Behandlung plus Bestrahlung ist einer Bestrahlungstherapie allein hinsichtlich Überlebensrate und Rezidivrate überlegen.

Humanisierung des Arbeitslebens

Zeitraum: 1987–1990

Mit Hilfe einer epidemiologischen Fall-Kontroll-Studie wurden Zusammenhänge zwischen beruflichen Bedingungen und dem Erkrankungsrisiko am Bronchial-Karzinom untersucht werden. Dabei handelte es sich um eine hypothesengenerierende Studie in dem Sinne, daß die sich aus dem Forschungsvorhaben ergebenden Befunde aus wissenschaftlicher Sicht zunächst nur Verdachtsmomente liefern, die gegebenenfalls in weiteren Studien erhärtet werden mußten. Primäres Anliegen des Forschungsvorhabens ist eine am Arbeitsprozeß orientierte, in Präventionsstrategien umsetzbare Identifikation von Risikogruppen. Aus der Beschreibung der Arbeitsprozesse, der Berufs- oder Branchenzugehörigkeit bzw. dem Umgang mit spezifischen Stoffen sollten mögliche Risiken aufgezeigt werden, die dann in einem zweiten Schritt hinsichtlich ihrer stofflichen Komponenten exakter beschrieben wurden.

Finanzierung aus Mitteln des Programms „Humanisierung des Arbeitslebens“, BMFT.

Pilotstudie zu Arbeitsplatzrisiken und Kehlkopfkrebs

Zeitraum: 1987–1989

Gemeinschaftsprojekt im Rahmen einer Dissertationsbetreuung mit Frau Prof. Dr. Gine Elsner, Universität Bremen.

Untersuchung zu Noxen am Arbeitsplatz unter Berücksichtigung etablierter Risikofaktoren.

Finanzierung: Eigenmittel

Herzinfarktregister Bremen im Rahmen des WHO-Projektes MONICA

(Monitoring of Trends and Determinants of Cardiovascular Diseases)

Zeitraum: 1986–1995

Erfassung sämtlicher Fälle von Myokardinfarkt, die stationär behandelt werden bzw. versterben für Einwohner der Stadt Bremen. Durchführung von repräsentativen Stichprobenuntersuchungen auf kardiovaskuläre Risikofaktoren in den Regionen der Stadt Bremen, die nicht durch den Gesundheitssurvey der DHP abgedeckt sind.

Finanzierung: ABM-Mittel und Eigenmittel

– BIPS –

Kooperationspartner des BIPS

a) Kooperationspartner in der Bundesrepublik Deutschland

- Wissenschaftliches Institut der Ärzte Deutschlands, Bonn
- Institut für Sozialmedizin und Epidemiologie des Bundesgesundheitsamtes, Berlin
- Abteilung Epidemiologie des Deutschen Institutes zur Bekämpfung des Hohen Blutdrucks, Heidelberg
- Abteilung für Klinische Sozialmedizin der Universität Heidelberg
- Abteilung für Medizinsoziologie der Universität Freiburg/Brsg.
- Infratest-Gesundheitsforschung mbH, München
- Klinisches Institut für Physiologie und Sportmedizin, Prien
- Wissenschaftliches Institut der Ortskrankenkassen, Bonn
- Institut für Toxikologie der Universität, Kiel
- Abteilung Nephrologie des Klinikums Steglitz der Freien Universität, Berlin
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln
- Fortbildungsinstitut für Ernährungsberatung und Diätetik der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, Düsseldorf
- Medizinisches Institut für Umwelthygiene, Düsseldorf
- Gesellschaft für Systemforschung und Dienstleistungen im Gesundheitswesen mbH, Berlin
- Lungenfachklinik Holdheim, Bremen
- Hauptgesundheitsamt, Bremen
- Wissenschaftliche Einheit Statistik der Universität Bremen
- Zentrum für Europäische Rechtspolitik an der Universität, Bremen
- Innere Klinik des Klinikums St.-Jürgen-Straße, Bremen
- Innere Klinik des Klinikums Links der Weser, Bremen
- Lungenabteilung und I. Med. Abteilung des AK Hamburg
- Medizinische Klinik des Oststadt-Krankenhauses, Hannover
- Institut und Poliklinik für Arbeits- und Sozialmedizin der Universität Gießen

- Fachbereich Statistik der Universität Dortmund
- Deutsches Krebsforschungszentrum, Heidelberg
- HNO-Klinik des Zentralkrankenhauses St.-Jürgen-Straße, Bremen
- II. Med. Klinik E der Universität Düsseldorf
- MONICA-Projekt, Augsburg
- AOK-Mettmann, Velbert
- Referat für Epidemiologie beim Hessischen Sozialministerium, Wiesbaden
- Fachbereich Mathematik der Universität Trier

b) Internationale Kooperationspartner

- WHO - Cardiovascular Diseases Unit (im Rahmen des Projektes MONICA), Genf
- WHO Drug Utilization Research Group (Mitgliedschaft von Prof. Dr. Greiser und Dr. Glaeske)
- National Center for Health Statistics, Hyattsville, Maryland, USA (Dr. Feinleib, Dr. Madans)
- National Heart Lung and Blood Institute, Bethesda, Maryland, USA (Dr. G. Payne, Dr. R. Hegyeli, Dr. F. Roccella, Dr. Furberg)
- Pawtucket Heart Health Program, Pawtucket, Rhode Island, USA (Prof. Carleton, Dr. Lasater, Dr. A. L. Assaf)
- Stanford Heart Disease Prevention Program, Stanford, California, USA (Prof. Farquhar, Prof. Maccoby)
- Minnesota Heart Health Program, Minneapolis, Minnesota, USA (Prof. Blackburn)
- Institut für Präventiv- und Sozialmedizin der Universität Lausanne, Schweiz (Prof. Gutzwiller)
- International Agency for Research on Cancer, WHO, Lyon
- Division of Epidemiology & Biostatistics
- The Boston Collaborative Drug, Surveillance Program (Prof. Dr. Hershel Jick)
- Depts. of Pharmacology and Clinical Pharmacology, University of Groningen (Dr. F. M. Haaijer)
- National Cancer Institute, Bethesda, USA (Dr. van Nevel, Office of Cancer Communications)
- School of Public Health, Department of Epidemiology, University of North Carolina, Chapel Hill, USA (Dr. H. A. Tyroler)
- National Laboratory, Los Alamos, USA (Dr. M. Johnson)

Hinweis:

Das BIPS gibt eine Reihe von Medien für Multiplikatoren und Endadressaten heraus (Schwerpunkt: Prävention von Herz-Kreislaufkrankungen; meist kostenpflichtig), die beachtet werden sollten

BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND e.V.

– BUND –

Adresse Im Rheingarten 7
Postfach 30 02 20
5300 Bonn 3

Ansprechpartner Frau Hennig

Telefon 02 28/40 09 70

Telefax 02 28/4 00 97 40

Der „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)“ wurde 1975 als bundesweite Organisation von einigen bereits bestehenden Landesverbänden gegründet.

Heute ist er flächendeckend mit 16 Landesverbänden in allen Bundesländern vertreten. Die Landesverbände wiederum sind in Kreisgruppen gegliedert; in vielen Kreisgruppen bestehen auch Ortsgruppen.

Seit 1979 ist der BUND (wie auch die meisten seiner Landesverbände) staatlich anerkannte Naturschutzorganisation nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz. Das heißt, daß er bei der Vorbereitung aller umweltrelevanten politischen Entscheidungen, Planungen (auch bei kommunalpolitischen Entscheidungen und Planungen wie z. B. bei Straßenplanungen), Verordnungen und Gesetze angehört wird.

Der Bundesverband hat zwar Richtlinien-Kompetenzen, die Landesverbände sind jedoch autonom handlungsfähig und können jeweils eigene Arbeitsschwerpunkte setzen. Deshalb sind auch die Adressen der Landesverbände aufgeführt. Dies und die historisch-organisch gewachsene Struktur der Institution ist auch der Grund für die zahlreichen Arbeitskreise, die sich bundesweit konstituiert haben. Unter den 19 Arbeitskreisen zu verschiedenen Themenbereichen sollen 3 aufgrund ihrer für Gesundheitsämter interessanten Arbeit besonders Erwähnung finden:

- der Arbeitskreis „Umwelterziehung und Medien“, Sprecher: Erhard Schulz, Dunantstraße 16b, 7800 Freiburg, Tel. 0761/885950. Dieser Arbeitskreis befaßt sich u. a. mit Fragen der sachgerechten Darstellung von Umweltproblemen und der erzieherischen Wirksamkeit von Umweltmedien,
- der Arbeitskreis „Gesundheit“, Sprecherin: Annegret Willig, Germanenstraße 26, 5650 Solingen, Tel. 0212/57293. Dieser Arbeitskreis befaßt sich insbesondere mit Fragen gesunder Ernährung im Spektrum der Umweltproblematik,
- der Arbeitskreis „Umweltchemikalien/Toxikologie“, Sprecher: Dr. Henning Friege, Rosellener Weg 2, 4000 Düsseldorf 11, Tel. 0211/591802. Dieser Arbeitskreis befaßt sich mit der Bedrohung der Gesundheit des Menschen durch chemische Einflüsse.

Aufgaben und Ziele der Institution

- BUND -

Aufgaben und Ziele der Institution

Der BUND versteht sich ausdrücklich als „Lobby der Natur“. Schwerpunkte der Tätigkeit des Bundesvorstands sind die Öffentlichkeitsarbeit und die Lobbyarbeit in Bonn.

Die Öffentlichkeitsarbeit zielt vor allem auf die Aufklärung der Bevölkerung über Umweltprobleme im weitesten Sinne. Sie bedient sich vielfältiger Formen wie z. B. Pressemitteilungen, Pressekonferenzen, Veröffentlichungen von Broschüren und Büchern, Abhaltung von Seminaren und anderen Veranstaltungen etc.

Auf Bundes- und Länderebene kooperiert der BUND mit verschiedenen staatlichen Institutionen, so z. B. mit dem Umweltbundesamt, Berlin, oder dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten, Baden-Württemberg. Regionale Kooperationen mit Volkshochschulen und Bildungswerken, aber auch Kontakte zu übernationalen Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft runden die Vielfalt der umwelt-schutzbezogenen Aktivitäten des BUND ab.

Medienangebote

Die vom BUND beziehbaren Publikationen sind im Katalog „Bücher zum Natur- und Umweltschutz“ verzeichnet.

Die der Medienarbeit des BUND zugrundeliegende Konzeption kann wie folgt erläutert werden:

PERIODIKA für Laien und Multiplikatoren

Zeitschrift „Natur und Umwelt“ Die regionalen Ausgaben dieser Mitgliederzeitschrift können auch von Nicht-Mitgliedern gegen Bezugsgebühr beim jeweiligen Landesverband abonniert werden

Globus Begleitmappen zur Fernsehserie der ARD (kostenpflichtig). Zur Zeit versucht der BUND in Kooperation mit dem Adolf-Grimme-Institut Video-Materialien für nichtkommerzielle Zwecke aus der Globusserie herauszulösen, um diese über die Kreisbildstellen anbieten zu können

Lehrer Service, Zeitschrift für Umwelterziehung und Biologie (kostenpflichtig).

Diese Zeitschrift richtet sich gegen „ökologischen Analphabetismus“, sie will Informationen, Anregungen, Hilfen, Ideen und Impulse für einen flexiblen Einsatz im Unterricht über die engen Grenzen eines Fachs hinaus – geben.

- BUND-Informationen (zu über 40 Themen) (Publikationen des BUND zu wichtigen Problemen des Naturschutzes, zu beziehen beim BUND Baden-Württemberg; kostenpflichtig)

- BUND-Fakten (Grundaussagen zu aktuellen Themen, kostenpflichtig)
BUND-Positionen (umfangreiche Grundsatzaussagen, kostenpflichtig)
BUND-Kampagnen (bestehend aus Buch, Broschüren und Info-Blättern zu besonderen Themen, z. B. „Rettet die Frösche“, „Urlaub und Freizeit mit der Natur“)

INFO-BLÄTTER

Diese Info-Blätter sind kostenlos gegen Rückporto beziehbar (bei höheren Stückzahlen gegen Erstattung des Selbstkostenpreises) Informationen über neue Blätter und deren Themen sind der Mitgliederzeitschrift „Natur und Umwelt“ zu entnehmen.

BUCHPUBLIKATIONEN

Diese erfolgen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Verlagen. Der BUND vertreibt darüber hinaus auch Publikationen und Materialien anderer Umweltorganisationen

INFORMATIONSDIENST Chemie und Umwelt

Dieser in Kooperation mit anderen Umweltorganisationen herausgegebene Informationsdienst hat wissenschaftlichen Anspruch und wendet sich an Fachleute (Bezug: Informationsdienst Chemie und Umwelt IICU), Hindenburgstr 20, 7800 Freiburg, Tel 0761/406867; kostenpflichtig).

Serviceleistungen

Der BUND veranstaltet Fortbildungsveranstaltungen für kommunale Umweltberater und verschiedene andere Zielgruppen

Es ist lt. Aussage des Sprechers des Arbeitskreises „Umwelterziehung und Medien“ möglich, Seminare mit speziellem Zuschnitt auf die Zielgruppe anzubieten.

- Referentendienst für Vortragsveranstaltungen auf Kreisebene

Für diesen Referentendienst entstehen Kosten in Höhe der VHS-Vergütungs- und Spesensätze.

Beide Kooperationsformen, Fortbildungs- und Vortragsveranstaltungen, bedürfen der Absprache zur Klärung von Art, Ziel und Umfang der Leistung

So sollen die Fortbildungsveranstaltungen für Umweltberater in absehbarer Zeit im Rahmen des Programms der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg Berücksichtigung finden

In Baden-Württemberg werden auch die vom BUND vermittelten Referenten in Anspruch genommen

Empfehlungen

Die Materialien und Aktivitäten des BUND repräsentieren einen wesentlichen Teil des Spektrums der Meinungen im kontrovers diskutierten Problembereich Umwelt- und Naturschutz.

Für Interessierte bieten sie in erster Linie die Möglichkeiten zur Information über Sachverhalte, die in der Öffentlichkeit unterschiedlich und kontrovers betrachtet werden

Um die Basis für möglichst kenntnisreiche Stellungnahmen z. B. in Beratungssituationen zu schaffen, sollten bekannt sein:

- der Katalog „Bücher zum Natur- und Umweltschutz“ und das Info-Blatt „Unterrichtshilfen für Lehrer“ (Bezug: kostenlos auf Anfrage),
- die Zeitschrift „Natur und Umwelt“ (Bezug: kann bei jedem Landesverband des BUND gegen Bezugsgebühr abonniert werden),
- der Lehrer Service, Zeitschrift für Umwelterziehung und Ökologie (Bezug: kann bei jedem Landesverband des BUND oder bei der Verlagsgesellschaft B.U.N.D. GmbH, Erbprinzenstr. 18, 7800 Freiburg, direkt gegen Bezugsgebühr bestellt werden),
- der Referentendienst des BUND vermittelt auf Anfrage beim jeweiligen Landesverband fachlich hochqualifizierte Referenten (in der Regel entstehen dabei Kosten in Höhe der VHS-Vergütungs- und Spensätze).

Landesgeschäftsstellen/Landesgeschäftsführer
Stand: 12. Juni 1991

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Baden-Württemberg e.V.
Dunantstraße 16 b, 7800 Freiburg
GF: Erhard Schulz
Telefon 07 61/88 59 50

Bund Naturschutz in Bayern e.V.
Kirchenstraße 88/IV, 8000 München 80
GF: Helmut Steininger
Telefon 0 89/4 59 91 80

Bund Naturschutz in Bayern e.V.
Geschäftsstelle Nordbayern
Bauernfeindstraße 23, 8500 Nürnberg 50
Beauftragter: Dr. Hubert Weiger
Telefon 09 11/86 80 11

Bund Naturschutz in Bayern e.V.
Geschäftsstelle Südbayern
Schönfeldstraße 8, 8000 München 22
Beauftragter: Dieter Popp
Telefon 0 89/28 86 54-56

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Berlin e.V.
Crellestraße 35, 1000 Berlin 62
GF: Annette Bantzer
Telefon 0 30/7 82 50 15

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Brandenburg e.V.
Dr.-Otto-Nuschke-Str. 34
1200 Frankfurt/Oder
GF: Frank Bier
Telefon 0037/30/2 24 46

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Bremen e.V.
Am Dobben 44, 2800 Bremen 1
GF: Joachim Seitz

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Hamburg e.V.
Lange Reihe 29, 2000 Hamburg 1
GF: Wolfgang Neugrewe
Telefon 0 40 /24 44 11

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Hessen e.V.
David-Stempel-Straße 1, 6000 Frankfurt 70
GF: Michael Rothkegel
Telefon 0 69/61 44 44

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Haus des Kulturbundes, Zimmer 303,
Mecklenburgstraße 2, 2751 Schwerin
GF: Angela Matzejat
Telefon 00 37/84/86 48 81

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstraße 3 a, 3000 Hannover 1
GF: Carl-Wilhelm Bodenstern-Dresler
Telefon 05 11/66 30 95

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Graf-Adolf-Straße 7-9, 4030 Ratingen 1
GF: Paul Ahrens
Telefon 0 2102/2 20 81

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
Friedrich-Ebert-Straße 3, 6522 Osthofen
GF: Heide Zimmer
Telefon 0 62 42/46 46

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Saarland e.V.
Beethovenstraße 28, 6600 Saarbrücken 3
GF: Ute Drieseberg
Telefon 06 81/3 39 57

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Sachsen e.V.
Umweltzentrum Chemnitz
Henriettenstraße 5, 9006 Chemnitz
GF: Ulrich Kröβin
Telefon 00 37/71/3 14 77

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Sachsen-Anhalt
Steubenallee 2, 3010 Magdeburg
GF: Ingrun Lippold
Telefon 00 37/91/3 11 95

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Lerchenstraße 22, 2300 Kiel
GF: Hans-Jörg Lüth
Telefon 04 31/67 30 31

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Thüringen
Wartburgallee 16, 5900 Eisenach
GF: Claudia Müller
Telefon 00 37/6 23/38 53

Naturschutzzentrum Radolfzell-Möggingen
Mühlbachstraße 2, 7760 Radolfzell 16
Geschäftsstellenleiter: Wolfgang Friedrich
Telefon 0 77 32/105 22

Umweltzentrum Stuttgart (GLOBUS)
Rotebühlstraße 86/1, 7000 Stuttgart 1
Geschäftsstellenleiter: Thomas Hirschler
Telefon 07 11/61 97 00

BUND-Büro Berlin
Crellestraße 35, 1000 Berlin 62
Stefan Bundscherer, Nicola Liebert
Telefon 0 30/7 82 50 17

- BUND -

Empfehlungen

BUNDESANSTALT FÜR ARBEITSSCHUTZ

Adresse	Vogelpothsweg 50-52 4600 Dortmund
Ansprechpartner	Frau Dr. Kisau (Direktorin)
Telefon	02 31/17 63-1
Telex	82 21 53

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz mit Sitz in Dortmund ist mit Errichtungserlaß vom 15. 9. 1983 eine nichtrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie untersteht unmittelbar dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Aufgaben der Bundesanstalt sind:

1.
Die Bundesanstalt unterstützt den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Bereich des Arbeitsschutzes. Dabei arbeitet sie auch zusammen
 - mit den für den Arbeitsschutz zuständigen Landesbehörden und den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung sowie
 - mit allen Institutionen und Personen, die mit Aufgaben der Arbeitssicherheit, des Gesundheitsschutzes und der menschengerechten Gestaltung der Arbeitsbedingungen befaßt sind (insbesondere Betrieben mit ihren betrieblichen Führungskräften, Betriebsräten, Sicherheitsfachkräften und Betriebsärzten; Gewerkschaften; Unternehmens- und Industrieverbänden; technisch-wissenschaftlichen Vereinigungen).
2.
Die Bundesanstalt beobachtet und analysiert die Arbeitssicherheit, die Gesundheitssituation und die Arbeitsbedingungen in Betrieben und Verwaltungen.
3.
Die Bundesanstalt entwickelt Problemlösungen unter Anwendung sicherheitstechnischer, arbeitsmedizinischer, ergonomischer und sonstiger arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse; hierzu forscht sie im notwendigen Umfang selbst oder vergibt Forschungsaufträge an Dritte.
4.
Die Bundesanstalt fördert die Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse und Lösungsvorschläge in der Praxis durch:
 - Veröffentlichung von Informationsmaterialien und Berichten
 - Mitarbeit bei der Regelsetzung
 - Entwicklung von Aus- und Fortbildungsmaterialien sowie modellhafte Durchführung von Aus- und Fortbildungsveranstaltungen

Aufgaben und Ziele der Institution

BUNDESANSTALT FÜR ARBEITSSCHUTZ

- modellhafte Beratung
- Ausstellungen
- Fachveranstaltungen.

5.
Die Bundesanstalt ist Anmeldestelle nach dem Chemikaliengesetz (Verordnung zur Bestimmung der Anmeldestelle nach dem Chemikaliengesetz vom 2. Dezember 1981, BGBl. I S. 1238).

Medienangebote

Die Bundesanstalt geht bei ihrer Informationsvermittlung von folgenden Grundsätzen aus:

- Beschränkung auf Schwerpunktthemen
- Bündelung von Maßnahmen
- Abstimmung mit gleichgerichteten Maßnahmen anderer Institutionen.

Da die Informationen an sehr unterschiedlich vorgebildete und interessierte Personengruppen vermittelt werden, sind Aussageinhalte und Gestaltung dem Verständnisgrad bzw. dem Informationsbedarf der jeweils angesprochenen Zielgruppe angepaßt

Gegenstand der Informationsvermittlung sind nicht nur die Ergebnisse der Tätigkeit der Bundesanstalt, sondern auch Arbeitsergebnisse und Erfahrungen anderer Institutionen und Personen auf dem Sektor der Arbeitssicherheit bzw. des betrieblichen Gesundheitsschutzes.

Die Bundesanstalt will zum einen durch die Vermittlung neuer Ergebnisse die Verantwortlichen befähigen und veranlassen, in den Betrieben sicherheits- und gesundheitsgerechte Arbeitsbedingungen zu schaffen; zum anderen will sie die Beschäftigten zur Einhaltung von Sicherheitsvorschriften anhalten und zu gesundheitsförderlichem Verhalten befähigen.

Außer der Vermittlung ihres in der praktischen Arbeit gesammelten und vorgehaltenen Wissens ist es eine vorrangige Aufgabe der Bundesanstalt, Forschungsergebnisse für die Anwendung in der betrieblichen Praxis nutzbar zu machen. Die Bundesanstalt wendet sich dabei an unterschiedliche Adressaten und paßt diesen verschiedenen Zielgruppen die Maßnahmen der Informationsvermittlung an

Die breite Öffentlichkeit wird über Fernsehen, Hörfunk und Tagespresse bei konkreten Themen informiert.

Als spezielle Zielgruppen werden insbesondere betreut:

Betriebs- und Personalräte, Vertrauensmänner der Schwerbehinderten, Sicherheitsbeauftragte, Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Betriebsärzte, betriebliches Führungspersonal, betriebliches Fachpersonal, Konstrukteure, Anlagenplaner, Einkäufer, Mitarbeiter der staatlichen Gewerbeaufsicht, der Berufsgenossenschaften, Angehörige von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Fachverbände, Lehr- und Ausbildungskräfte.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz hat ebenfalls die Absicht, über Institutionen wie z. B. Gesundheitsämter, andere Zielgruppen anzusprechen.

Regelmäßig erscheinende Informationen:

- „Amtliche Mitteilungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz“

(Auflage ca. 90 000 Exemplare)

6.
Die Bundesanstalt ist deutsches Zentrum der Internationalen Dokumentationszentrale für Arbeitsschutz (CIS) beim Internationalen Arbeitsamt in Genf.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz hat ein hohes Interesse an Kooperation mit einschlägigen Institutionen, Fachverbänden sowie auch einer allgemeinen Öffentlichkeit.

Die amtlichen Mitteilungen werden im Einzelversand und als Beilage in folgenden Zeitschriften vertrieben: „Bundesarbeitsblatt“, „Sicherheitsingenieur“, „Sicher ist sicher“, „Zentralblatt für Arbeitsmedizin“, „Arbeitsschutz, Prophylaxe und Ergonomie“, „Ergomed“, „Humane Produktion – humane Arbeitsplätze“, „Arbeitsmedizin, Sozialmedizin, Präventivmedizin“, „Sicherheitsbeauftragte“, „Technische Überwachung“

„Informationsdienst“

Dieser Informationsdienst wird für den Dienstgebrauch der Gewerbeaufsicht publiziert.

- „Mitteilungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz“ (Doppelseite)

Diese Information wird in jedem Heft der Zeitschrift „Sicher ist sicher“ veröffentlicht.

- „Ergonomie beispielhaft praktiziert“ (eine Seite)

Diese Seite ist Teil der Zeitschrift „Sicherheitsingenieur“.

- „Aus der Forschung für die Praxis“ (Doppelseite)

Diese Doppelseite erscheint einmal im Vierteljahr in der Zeitschrift „Sicherheitsingenieur“.

Die genannten regelmäßig erscheinenden Print-Medien können derzeit kostenlos von der Bundesanstalt bezogen werden.

Unregelmäßig erscheinende Informationen:

„Schriftenreihe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz“ gegliedert in: Forschungsberichte/Sonderschriften/Forschungsanwendung/Gefährliche Arbeitsstoffe/Regelwerke/Tagungsberichte

Diese Publikationen werden über den Buchhandel bzw. über den Wirtschaftsverlag, Postfach 10 11 10, 2850 Bremerhaven, vertrieben

„Schriftenreihe Arbeitsschutz in der beruflichen Ausbildung“

In dieser Informationsreihe wendet sich eine Publikation zum Thema „Gefahren erkennen – sicher arbeiten“ an alle Ausbildungsberufe. In ihr werden Angaben über Lehrbücher, Fragebögen und Begleithefte für Lehrer und Ausbilder zur Verfügung gestellt. Daneben gibt es Informationsbroschüren für spezielle Unfall- und Gesundheitsgefahren, in denen jeweils Verbesserungsvorschläge für die berufliche Ausbildung zu finden sind; so für: Betriebsschlosser/in, Elektroanlagen-Installateur/in, Elektroinstallateur/in, Hauswirtschafter/in, Bekleidungsindustrie, Tischler/in, Modelltischler/in, Holzmechaniker/in.

Andere Broschüren, in denen kurz und leicht verständlich einzelne Themen aufbereitet sind, können bezogen werden z. B. zu Gefahrstoffen, Schutz vor Laserstrahlen, Einzelarbeitsplätze, Gabelstapler, Behindertenarbeitsplätze.

Diese Broschüren werden auch in größerer Stückzahl derzeit kostenlos zur Verfügung gestellt

- „Arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse – Forschungsergebnisse für die Praxis“.
- In dieser Reihe sind für die Betriebspraxis Ergebnisse der Forschungen zur Humanisierung des Arbeitslebens aufbereitet und kurzgefaßt dargestellt worden. Sie liegen z. B. für folgende Themen vor: Lärminderung, Bildschirmarbeitsplätze, innerbetrieblicher Verkehr.

Die Bundesanstalt führt Pressekonferenzen durch und organisiert entsprechende Interviews, die für den Themenbereich von Interessierten zur Verbreitung und Verdeutlichung genutzt werden können.

Die Bundesanstalt gibt für die freie Auswertung durch Redaktionen von Presse, Rundfunk und Fernsehen einen „Pressedienst“ heraus.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz unterhält eine

- öffentliche Fachbibliothek über Arbeitswissenschaft, Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin
- Literaturdatenbank
- Forschungsprojektdatenbank
- (Sie leistet Zuarbeit für eine Datenbank über sicherheitstechnische Normen und Regeln des DIN).

In Abständen von zwei bis vier Monaten wird die in der Literaturdatenbank Arbeitsschutz (LITDOK) neugespeicherte Literatur (nahezu ausschließlich Periodika) mit bibliographischen Angaben und Kurzreferaten zu ausgewählten Themen zusammengestellt und als Profildienst an Abonnenten verschickt.

Der „Profildienst“ enthält eine Zusammenstellung von schriftlichen Kurzbeschreibungen verschiedener Fachartikel, z. B. zu den Themen Sicherheitstechnik, neue Technologien, Lärm/Schwingungen, Instandhaltung, ergonomische Gestaltung und zehn weiteren Themen.

Zur Aktualisierung der Literaturdatenbank Arbeitsschutz (LITDOK) werden laufend vorrangig deutschsprachige Zeitschriften ausgewertet.

Eine Online-Nutzung der vollständigen LITDOK ist über den Rechner des „Fachinformationszentrums Technik“/Frankfurt am Main durch jeden Interessenten für DATEX-P-fähige Datensichtgeräte möglich.

Die Bundesanstalt beantwortet außerdem Einzel-Anfragen zu spezifischer Literatur.

Jede nachgewiesene Publikation ist in der Bibliothek der Bundesanstalt vorhanden. Forschungs- und Tagungsberichte werden in der Regel für vier Wochen ausgeliehen. Zeitschriften, Aufsätze können im Rahmen der urheberrechtlichen Bestimmungen als Papierkopien bestellt werden, aus Personal- und Kostengründen sind je Besteller nur maximal zehn Aufsatzkopien monatlich möglich.

Die Bundesanstalt ist deutsches Zentrum des Internationalen Dokumentationszentrums für Arbeitsschutz (CIS) der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Genf. Die CIS-Literaturdokumentation kann daher auch über die Bundesanstalt zu Literatursuchen benutzt werden; die Originalliteratur ist auf Mikrofiches vorhanden.

- „Statistische Mitteilungen“

Die „Statistischen Mitteilungen“ informieren z. B. über: Epidemiologische Ansätze im Arbeitsschutz – Krankenkassendaten, Rentendaten, betriebsärztliche Studien.

Diese Informationen können ebenfalls kostenlos bezogen werden

Die Bundesanstalt stellt kostenlos eine Übersicht der lieferbaren Schriften mit kurzer Inhaltsangabe zur Verfügung.

Telefon: 02 31/176 33 41 (Anfragen)
17 63 31 (Ausleihe)
176 33 05 (Literaturzusammenstellungen)

Telex: 822153

Telefax: 02 31/176 34 54

Öffnungszeiten der Bibliothek: Montag bis Donnerstag von 8.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 14.00 Uhr

Die Literaturdienste sind vorerst kostenlos.

Modellhafte Veranstaltungen

Die Bundesanstalt führt modellhafte Veranstaltungen durch:

- ★ Lehrgänge für Fachkräfte für Arbeitssicherheit
- ★ Fortbildungsseminare für bestimmte Zielgruppen (z.B. Fachkräfte für Arbeitssicherheit, betriebliche Führungskräfte, Betriebsräte, Konstrukteure)

zu Themen wie u.a.

- Rechtsfragen des Arbeitsschutzes
- Arbeitsschutz beim Einsatz von Industrierobotern
- Arbeitsschutz beim innerbetrieblichen Transport und Verkehr
- Systematische Einzelunfalluntersuchung
- Betriebliche Unfallstatistik

★ Seminare zur Anwendung und Umsetzung von Ergebnissen der Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens, zum Teil in Zusammenarbeit mit einem Partner vor Ort

- „Kooperationsseminar“, wie bisher z.B. zu den Themen
- Gestaltung von Arbeitsplätzen für Behinderte,
- Menschengerechte Arbeitsgestaltung in Schreibbüros

* Zum Teil zur Erprobung von Seminarunterlagen in „Pilotseminaren“ wie z. B. sicher rangieren, Lärminderung an Getränkeabfüllanlagen, oder zur Weiterentwicklung von Seminarinhalten in „Erprobungsseminaren“ wie z. B. chemische Belastung am Arbeitsplatz, Lärminderung.

Für Lehrgänge und Seminare werden Gebühren erhoben.

Die Bundesanstalt schickt gern auf Anfrage das Jahresprogramm über Lehrgänge und Seminare.

Die Bundesanstalt steht für modellhafte Beratungen von Betrieben und Institutionen zur Anwendung von Forschungsergebnissen in der Praxis zur Verfügung.

Das Verfahren sieht folgendermaßen aus: Ein Betrieb bittet die Bundesanstalt um Unterstützung bei der Lösung eines definierten Arbeitsschutzproblems. Einem solchen Wunsch kann die Bundesanstalt nachkommen, sofern hierzu bereits Forschungserkenntnisse vorliegen und die angestrebte Problemlösung modellhaft auch

**BUNDESANSTALT
FÜR
ARBEITSSCHUTZ**

Medienangebote

**Service-
leistungen**

**BUNDESANSTALT
FÜR
ARBEITSSCHUTZ**

**Service-
leistungen**

für andere Betriebe ist sowie das Beratungsergebnis veröffentlicht werden kann. Die Bundesanstalt leistet diese Unterstützung durch eigene Mitarbeiter oder beauftragt externe Fachleute.

Die Bundesanstalt beteiligt sich zu einem gewissen Prozentsatz an der finanziellen Förderung der modellhaften Beratung durch externe Experten. Die sich aus solchen Beratungen ergebenden betrieblichen Maßnahmen wie z. B. Investitionen sind allein Sache des Unternehmens.

Deutsche Arbeitsschutzausstellung

In der Deutschen Arbeitsschutzausstellung sollen Probleme des Arbeitsschutzes in ihrer Entwicklung und heutigen Bedeutung anschaulich gemacht werden. Es sollen Möglichkeiten der Lösung konkreter Probleme demonstriert werden. Die Deutsche Arbeitsschutzausstellung soll ein bildungsaktiver Lernort sein und durch moderne didaktische Mittel ein Fach- und Laienpublikum ansprechen. Die technischen, organisatorischen und verhaltensbezogenen Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit am Arbeitsplatz stehen im Vordergrund. Gesundheitsgefahren und Schutzmaßnahmen werden beispielhaft an Arbeitsplätzen aus unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern dargestellt. So wird ein Bogen geschlagen von der geschichtlichen Entwicklung des Arbeitsschutzes über die Umsetzung neuester Forschungserkenntnisse bis zur Einbeziehung zukunftsorientierter neuer Techniken

Bereits in der Planungsphase wurden einzelne Ausstellungsteile fertiggestellt und in der früheren Zeche Germania in Dortmund-Marten gezeigt (so zu Labor- und Bildschirmarbeitsplätzen, zur Entwicklung „Vom Stehpult zum Computer“, zum lärmarmen Konstruieren oder zu Beispielen betrieblicher Sicherheitsarbeit). Auf diese Teile können auch Institutionen der Gesundheits-erziehung und der Gesundheitsförderung bei entsprechenden Aktivitäten zurückgreifen

Zur Verfügung stehen auch Informationsstände auf Aufstellungen, die in Verbindung mit Fachtagungen und Kongressen sowie auf der Hannover-Messe durchgeführt werden. Sie dienen der Darstellung einzelner Arbeitsschutzprobleme. In Kombination mit solchen Kongressen werden Instrumente wie z. B. Ausstellungen und Broschüren zum Einsatz gebracht.

Die hierfür entwickelten Instrumente, insbesondere Faltdisplays, werden von der Bundesanstalt vorerst kostenlos (Kosten für Versicherung fallen jedoch an) verliehen. Als Themen stehen zur Zeit z. B. zur Verfügung:

- Vom Stehpult zum Computer
- Lärm am Arbeitsplatz
- Gefahrstoffe am Arbeitsplatz
- Nacht- und Schichtarbeit

Die Bundesanstalt führt eigene Veranstaltungen durch:

Informationsveranstaltungen zu jeweils einem Themenkomplex für die Fachöffentlichkeit Fachkonferenzen zu speziellen Themen für eine begrenzte Fachöffentlichkeit, wie z. B. „Diskothekenlärm“, für Betreiber von Diskotheken, Hersteller von akustischen Anlagen und Aufsichtsbeamte, „Allergien am Arbeitsplatz“ für Arbeitsmediziner, Betriebsärzte, Chemiker und Toxikologen für eine bestimmte Zielgruppe, z. B. Erfahrungsaustausch mit der Gewerbeaufsicht

Die Bundesanstalt beteiligt sich durch Mitarbeiter auch an Veranstaltungen anderer Institutionen. Sie vermittelt unter anderem hierfür auch geeignete Referenten

Die Bundesanstalt verleiht Dia-Serien, Videos, Tonbildschauen und Tonfilme zu verschiedenen Themen des Arbeitsschutzes. Eine besondere Übersicht kann angefordert werden. Der Verleih erfolgt derzeit noch kostenlos.

Empfehlungen

Für alle Fragen des produktionsbezogenen Gesundheitsschutzes ist die Bundesanstalt für Arbeitsschutz erster Ansprechpartner, der über regelmäßig publizierte Informationen, eine Literaturdatenbank, eine gut ausgestattete Bibliothek und vielfältige Anschauungsmaterialien verfügt

Besonders hervorzuheben sind die Literaturdatenbank Arbeitsschutz (mit Online-Nutzung über Datex-P), die Deutsche Arbeitsschutzausstellung und die Schriftenreihen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz. Auch die Bereitstellung und Vermittlung von Experten für Informationen oder Veranstaltungen bietet die Bundesanstalt für Arbeitsschutz ebenso an wie Dias, Videos oder Filme zum Thema Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit.

BUNDESARBEITS- GEMEINSCHAFT AKTION JUGENDSCHUTZ

– BAJ –

Adresse	Emmeranstraße 32 6500 Mainz
Ansprechpartner	Dr. Detlef Baum (Geschäftsführer)
Telefon	0 61 31/22 33 60
Telefax	0 61 31/23 68 49

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Aktion Jugendschutz (BAJ) ist ein Zusammenschluß von über 80 Organisationen, die auf Bundesebene tätig sind (Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege), der Landesarbeitsgemeinschaften/Landesarbeitsstellen der Aktion Jugendschutz und von Einzelpersonen, die eine Mitarbeit im Jugendschutz für notwendig und verpflichtend anerkennen. Die BAJ wurde 1951 gegründet, um sich überparteilich und überkonfessionell für die Rechte der Jugendlichen einzusetzen und ihre Interessen in der Öffentlichkeit zu vertreten, die Aufgaben des erzieherischen und gesetzlichen Jugendschutzes zu fördern sowie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsverbänden zu unterstützen.

Aufgaben und Ziele der Institution

Diese Zielsetzung soll erreicht werden:

- durch Fachgespräche, die Kooperation der Mitglieder und die Vertretung gemeinsamer Interessen des Jugendschutzes in der Öffentlichkeit und bei den gesetzgebenden Körperschaften,
- durch ständige enge Zusammenarbeit mit den Landesarbeitsgemeinschaften und Landesarbeitsstellen Aktion Jugendschutz,
- durch Veranstaltung von Fachtagungen, Lehrgängen und Modellseminaren,
- durch Erarbeiten von Stellungnahmen und Gutachten, Herausgabe von Schriften und Merkblättern,
- durch Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Pressekonferenzen, Pressemitteilungen, Zusammenarbeit mit Rundfunk und Fernsehen sowie weiteren Medien).

Die Schwerpunkte der Arbeit liegen z.Z. in folgenden Bereichen:

- Mitarbeit bei der Reform der Jugendschutzgesetze im Rahmen von Anhörungsverfahren, Expertengesprächen und Stellungnahmen. (Bereits im Jahr der Gründung der BAJ trat auch das Gesetz zum Schutze der Jugend in Kraft. Es war eine der ersten zentralen Aufgaben der BAJ, den in diesem Gesetz verankerten Erziehungsgedanken als „sozialpädagogische Selbstkontrolle der Gesellschaft“ für eine breite Öffentlichkeit verständlich zu machen.)
- Auf Fachtagungen, bei Expertengesprächen und in Seminaren diskutiert die BAJ sowohl grundsätzliche konzeptionelle Aspekte der Jugendschutzarbeit als auch Einzelprobleme und aktuelle Gefährdungen.

- BAJ -

Aufgaben und Ziele der Institution

- Im Rahmen der Weiterbildung werden Tagungen durchgeführt, in denen Lehrer, Eltern, Erzieher und Vertreter der Jugendhilfe zusammenkommen und ihre gemeinsamen Probleme diskutieren.
- Medienerziehung: In besonderem Maße fördert die BAJ die Medienkunde und Medienpädagogik und versucht, den Jugendschutz in Film, Presse, Fernsehen und Werbung der veränderten gesellschaftlichen Situation anzupassen.
- Suchtprobleme: Von Anfang an hat die BAJ versucht, die Rauschmittelsucht Jugendlicher als gesellschaftliches Problem bewußtzumachen und über die Gefahren des Drogenmißbrauchs und seiner psychosozialen Ursachen und Folgen systematisch zu diskutieren.

Außerdem werden in Seminaren und Fachtagungen Probleme der Jugendkriminalität, allgemeine Probleme des Generationenkonflikts, Aspekte der Wertorientierung und der Wertkrise im Jugendalter, Probleme der Religiosität Jugendlicher und Probleme der Sexualerziehung in Schule und Elternhaus behandelt

Der BAJ geht es dabei nicht nur darum, daß jugendgefährdende Tatbestände mit gesetzlichen Maßnahmen

angegangen werden, sondern daß diese auch mit sozialwissenschaftlichen und psychologischen Fragen und Begründungen problematisiert und in den verschiedenen sozialpädagogischen Handlungsfeldern präventiv umgesetzt werden. Jugendschutz wird besonders dort als wichtig angesehen, wo Gefährdungen durch gesellschaftliche Prozesse erzeugt werden, die der Jugendliche nicht zu beeinflussen vermag, deren Betroffener er aber sein kann (z. B. Jugendarbeitslosigkeit, Schul- und Ausbildungsprobleme).

Die BAJ hat einen Vorstand aus 13 Mitgliedern, deren Zusammensetzung in der Satzung festgelegt ist. Dieser Vorstand bildet den eingetragenen Verein „Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Aktion Jugendschutz e.V.“ mit Sitz in Mainz; er ist Rechts- und Vermögens-träger der BAJ und wird institutionell gefördert vom Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Der Vorstand unterhält zur Erfüllung der Aufgaben der BAJ eine Geschäftsstelle mit hauptamtlichen Mitarbeitern in Mainz. Dem geschäftsführenden Vorstand gehören der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden an

Medienangebote

Die Publikationen der BAJ sollen über Fragen des gesetzlichen und erzieherischen Jugendschutzes aufklären und auf Probleme, Initiativen und Aktivitäten im Bereich des Jugendschutzes aufmerksam machen. Sie richten sich sowohl an die Fachleute der Jugendarbeit in den Planungs-, Entscheidungs- und Durchführungsebenen als auch an die breite Öffentlichkeit.

- Als Periodikum erscheint vierteljährlich die Zeitschrift „Kind Jugend Gesellschaft“, die mit grundsätzlichen und aktuellen Beiträgen Schwerpunktthemen behandelt, so z. B. neue Technologien und Medien, Prävention und kommunaler Jugendschutz, Gesundheitserziehung. Die Zeitschrift kann im Abonnement bezogen werden, Einzel Exemplare werden kostenlos abgegeben.

Weitere Publikationen sind z. B.:

- ein mehrsprachiges Faltblatt (Spanisch, Türkisch, Englisch, Italienisch) zum gesetzlichen Jugendschutz, das ausländische Mitbürger über die deutschen Regelungen zum Jugendschutz informieren soll eine kleine Broschüre „Jugendschutz – die Bundesarbeitsgemeinschaft Aktion Jugendschutz stellt sich vor“ zur Selbstdarstellung der BAJ und ihrer Arbeit,
- Broschüren zu aktuellen Themen, wie „Schluß – Selbstmord“ und „Aussteigen – wohin“,
- der jährliche Jahresbericht mit grundsätzlichen Aussagen zur Situation des Jugendschutzes, Berichten

über Fachtagungen und dem Überblick über die Tätigkeit der BAJ,

- Pressemitteilungen zu verschiedenen Problemen des Jugendschutzes und zu Veranstaltungen der BAJ.

Einzel Exemplare können kostenlos angefordert werden, Mehr Exemplare gegen Kostenbeteiligung.

Neben den Publikationen der BAJ bringen die einzelnen Landesarbeitsgemeinschaften/Landesarbeitsstellen Aktion Jugendschutz Fachzeitschriften, Infodienste und Broschüren heraus. Bei einzelnen Landesarbeitsstellen haben sich in ihrer Arbeit und damit auch bei den Publikationen Themenschwerpunkte entwickelt. So widmen sich:

- die Landesarbeitsstelle Aktion Jugendschutz Bayern e.V.: dem Jugendarbeitsschutz und der Gesundheit am Arbeitsplatz bei Jugendlichen;
- Baden-Württemberg: der Medien- und Sexualpädagogik;
- Schleswig-Holstein: Drogen und verschiedenen Suchtgefahren;
- Nordrhein-Westfalen: dem gesetzlichen Jugendschutz, Medienschutz;
- Landesstelle Niedersachsen: Mädchenproblemen, Frauenarbeit und Suchtprävention;
- Kath. Landesarbeitsstelle Aktion Jugendschutz Rheinland-Pfalz: Jugendreligionen, Drogenprävention.

Serviceleistungen

Mit verschiedenen Aktivitäten und Serviceleistungen will die BAJ ihre Ziele vorstellen und den Gedanken des gesetzlichen und erzieherischen Jugendschutzes einer breiten Fachöffentlichkeit näherbringen. Gleichzeitig sollen Eltern und in der Erziehung Verantwortliche mit dem Gedanken eines gesetzlichen Jugendschutzes vertraut gemacht werden.

Zu den Aktivitäten und Serviceleistungen gehören:

- Fachtagungen für Verantwortliche im Jugendschutz
- Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer, Leiter von Jugendverbänden und Eltern
- Gemeinsame Fachtagung mit Jugendschutzfachkräften aus Österreich (alle 2 Jahre)

- Expertengespräche mit Wissenschaftlern aus verschiedenen Fachdisziplinen zu aktuellen Themen des Jugendschutzes
- Fachtagung der BAJ z B zu konzeptionellen und praktischen Fragen eines präventiven Jugendschutzes
- Beantwortung von Anfragen zu Themen des Jugendschutzes mit Materialversand

- Mitarbeit an Fachveranstaltungen durch fachliche Beratung und Referentenvermittlung/-gestellung.

Anfragen zu den Aktivitäten und Serviceleistungen können telefonisch oder schriftlich an die Bundesarbeitsgemeinschaft Aktion Jugendschutz gerichtet werden. Über den Verteiler der BAJ wird über die Veranstaltungen informiert.

- BAJ -

Serviceleistungen

Innerhalb der Gesundheitsförderung spielen Fragen und Aufgaben des Jugendschutzes eine besondere Rolle. Daher ist zu empfehlen:

- die Beratung in Fragen des präventiven Jugendschutzes in Anspruch zu nehmen,
- die Aufnahme in den Verteiler für die Veranstaltungen der BAJ und der Pressemitteilungen zu beantragen,
- bei der Planung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen mit Themen des Jugendschutzes die Möglichkeiten der BAJ (Themenauswahl, Referenten) zu nutzen,
- Kontakt mit den regionalen Arbeitsstellen aufzunehmen und mit ihnen zu kooperieren:

Landesarbeitsstelle Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg

Staffenbergstraße 44
7000 Stuttgart 1
Tel.: 07 11/24 15 91/2

Landesarbeitsstelle Aktion Jugendschutz Bayern e.V.

Fasaneriestraße 17
8000 München 90
Tel.: 0 89/1 29 90 52/3

Landesarbeitsstelle Aktion Jugendschutz Hamburg e.V.

Margaretenstraße 41
2000 Hamburg 6
Tel.: 0 40/43 73 73

Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen

Leisewitzstraße 26
3000 Hannover 1
Tel.: 05 11/85 87 88

Landesarbeitsstelle Aktion Jugendschutz Nordrhein-Westfalen e.V.

Hohenzollernring 85-87
5000 Köln 1
Tel.: 02 21/51 10 75

Landesarbeitsstelle Aktion Jugendschutz Schleswig-Holstein

Prinz-Heinrich-Straße 1
2300 Kiel 1
Tel.: 04 31/33 60 86

Ev. Arbeitskreis für Jugendschutz Nordrhein-Westfalen

Friesenring 34
4400 Münster
Tel.: 02 51/27 02 90

Ev. Arbeitskreis für Jugendschutz Schleswig-Holstein

Kanalufer 48
2370 Rendsburg
Tel.: 0 43 31/59 30

Kath. Landesarbeitsgemeinschaft Jugendschutz NW

Salzstraße 8
4400 Münster
Tel.: 02 51/5 40 27

Kath. Landesarbeitsgemeinschaft Aktion Jugendschutz Rheinland-Pfalz

Klosterstraße 9 a
6780 Pirmasens
Tel.: 0 63 31/7 00 18

Empfehlungen

BUNDESARBEITS- GEMEINSCHAFT DER CLUBS BEHINDERTER UND IHRER FREUNDE e.V.

– BAG cbf –

Adresse Eupener Str. 5
6500 Mainz 1

Telefon 0 61 31/22 55 14 und 22 57 78

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde e.V. (BAG cbf) ist ein Zusammenschluß von etwa 60 Selbsthilfegruppen und wurde 1971 gegründet. Sie ist ein eingetragener und gemeinnütziger Verein, dem rd. 100 Mitgliedervereine, kooperierende Gruppen und Einzelmitglieder angehören, in denen behinderte und nichtbehinderte Menschen zusammenarbeiten

In ihren regionalen Clubs, Interessengemeinschaften, in den Landesarbeitsgemeinschaften und in der Bundesarbeitsgemeinschaft engagieren sie sich für die uneingeschränkte Teilhabe behinderter Bürger an allen Lebensbereichen.

Diese Zielsetzung soll u. a. erreicht werden:

- durch die Beratung von bestehenden und entstehenden Gruppen zu inhaltlichen, finanziellen und organisatorischen Problemen sowie die Beratung von Einzelpersonen in allen behindertenspezifischen Fragen,
- durch Mitarbeit in allen wichtigen Gremien der Rehabilitation für eine permanente Verbesserung der Lebenssituation behinderter Mitbürger,
- durch detaillierte Vorschläge zur Entwicklung behindertengerechter Eisenbahnwagen,
- durch Vorschläge für behindertengerechte Personenwagen,
- durch die Reiseauskunft für behinderte Reisewillige, durch Anregungen für die Ausgestaltung von Wohnwagen und Wohnmobilen auf der Grundlage der Bedürfnisse schwerstbehinderter Reisewilliger,
- durch Verbesserung der ungenügenden Situation im öffentlichen Personennahverkehr,
- durch Anregungen zur Verbesserung der Wohnbedingungen für behinderte und nichtbehinderte Menschen,
- durch Anregungen zur Verbesserung für die Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden, Schulen, Hochschulen, Kulturanbietern, Arztpraxen etc. unter der Berücksichtigung der Bedürfnisse Behinderter.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- BAG cbf -

Aufgaben und Ziele der Institution

Zur Finanzierung ihrer Arbeit ist die BAG cbf auf Mitgliedsbeiträge der einzelnen Ortsverbände, Spenden und Zuwendungen des Bundesministeriums für Gesundheit angewiesen

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Bemühen, sowohl architektonische Barrieren im Wohnbereich als auch gesellschaftliche Barrieren abzubauen. Beispielhaft sei hierfür die Wohnanlage im Langenmarckweg in Bergisch Gladbach erwähnt.

Das Projekt gilt z. Zt. als einmalig und wegweisend in der Bundesrepublik. Die Wohnanlage, in der das gemeinsame Wohnen von behinderten und nichtbehinderten Menschen verschiedenen Alters in unterschiedlichen Wohngrößen verwirklicht wurde, wurde von der Europäischen Gemeinschaft (im Rahmen des Helios-Programms) besonders ausgezeichnet.

Medienangebote

Das Medienangebot der Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde e.V. richtet sich an Betroffene und Angehörige behinderter Menschen sowie an alle Interessierten aus dem privaten und öffentlichen Bereich, um zu informieren und Bewußtseinsprozesse in Gang zu setzen

Die in der Regel kostenlosen Faltblätter und Broschüren sollen darüber informieren, wie die Lebensqualität behinderter Menschen verbessert und ihr Handlungsspielraum vergrößert werden kann

Um diese Ziele zu erreichen, steht eine Reihe von Informationsmaterialien zur Verfügung. Beispielhaft seien aufgeführt:

- Kritisch, konstruktiv, kreativ ... die BAG cbf
- Beispiele aus unserer Arbeit
- Humaner Planen und Bauen für alle
- Papier ist geduldig, wir sind es nicht!
- Im Tourismus behindert? Kurz-Info für alle aufgeschlossenen Anbieter
- Urlaubs-Dialyse

- Reiseführer für Behinderte aus verschiedenen Ländern
 - Stadtführer für Behinderte (Adressensammlung)
 - Parameter für Neu- und Umbau von Hochschulanlagen unter der Berücksichtigung der Bedürfnisse Behinderter
- u.v.a.m.

Ein Rundbriefdienst der BAG cbf informiert über die Themen der Fortbildungsarbeit im In- und Ausland, über aktuelle Neuentwicklungen technischer Hilfsmittel, Veranstaltungen anderer Träger, Fachmessen, hilfreiche Literatur etc

Außerdem hat die BAG cbf eine Wanderausstellung entwickelt. Sie besteht aus mehreren Stellwänden und kann z. B. auf Ausstellungen, Messen, in Schulen, in öffentlichen Gebäuden usw. eingesetzt werden. Sie soll vor allem nichtbehinderte Bürger ansprechen und auf die Belange von Behinderten hinweisen. Die BAG cbf stellt dieses Medium kostenlos zur Verfügung. Auf diesen Stellwänden ist in lockerer Comicform dargestellt, wie Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen durchaus ihr Leben meistern können.

Serviceleistungen

Mit ihren Tagungen will die BAG cbf die Öffentlichkeit und spezielle Zielgruppen auf die Probleme behinderter Menschen aufmerksam machen. Beispielhaft seien hierfür erwähnt:

ECHE HILFE ODER NOTBEHELFE?
Die Praxis ambulanter Hilfen

In diesem Seminar ging man der Frage nach, ob sich der gesetzlich festgelegte Vorrang ambulanter Hilfen gegenüber stationären auswirkt. Angesprochen waren behinderte Bürger, Helfer und Hilfsorganisationen

JOURNALISTEN-TREFF IM CBF
Behinderte Menschen: unbekanntes Wesen?

Hier handelte es sich um ein Orientierungsseminar für Junioren unter den Journalisten, für angehende wie junge Berichterstatter und Meinungsbildner.

- TOURISMUS-TREFF IM CBF
Behinderte Menschen für Urlaub ohne Behinderungen

Orientierungsseminar für Junioren unter den Touristikern, angehende und junge Mitarbeiter aus Reisebüros, Hotels und Gaststätten, von Veranstaltern und Verbänden

Seit 1971 führte die BAG cbf jährlich ca. 10-15 integrative Fortbildungsveranstaltungen im In- und Ausland durch. Auf nationalen Tagungen und Seminaren sowie auf internationalen Begegnungen arbeiteten behinderte und nichtbehinderte Mitglieder, Laien und Experten gleichberechtigt nebeneinander. Alle Veranstaltungen griffen aktuelle Probleme behinderter Menschen auf.

Da sich die Themen jährlich ändern, ist es notwendig, die Ankündigungen der Veranstaltungen aus dem Rundbriefdienst zu beachten

Anfragen zu den Angeboten können telefonisch oder schriftlich an die BAG cbf gerichtet werden.

Empfehlungen

Die Interessierten sollten sich in den Postverteiler der Bundesarbeitsgemeinschaft aufnehmen lassen.

Über diesen Verteiler erhalten sie u. a. die Faltblätter und Broschüren der BAG cbf

Empfehlung verdient auch das sonstige Medienangebot und insbesondere die Wanderausstellung „Behinderte Menschen in unserer Gesellschaft“.

Vor allem sollte der Rundbriefdienst der BAG cbf beachtet werden, um über aktuelle Entwicklungen informiert zu sein. Außerdem ist hier das Fortbildungsangebot enthalten

Die BAG cbf ist natürlich auch bereit, Gruppen und Einzelpersonen in einer Vielzahl von spezifischen Fragen, die Probleme und Lösungsmöglichkeiten in der Lebensbewältigung behinderter Menschen betreffen, zu beraten

BUNDESARBEITS- GEMEINSCHAFT FÜR ARBEITSSICHERHEIT

Adresse Kreuzstraße 45
4000 Düsseldorf 1

Ansprechpartner Helmut Schüsseler
(Geschäftsführer)

Telefon 02 11/32 90 77

Die 1961 gegründete BASI stellt einen freiwilligen Zusammenschluß der in der Bundesrepublik auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes (einschließlich Arbeitsmedizin) tätigen Organisationen, Verbände und Behörden dar. Mitglieder sind Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Träger der gesetzlichen Unfallversicherung (Berufsgenossenschaften), staatliche Arbeitsschutzbehörden (Bundesarbeitsministerium, Arbeitsministerien der Länder) sowie alle wichtigen Fachverbände des Arbeitsschutzes.

Die Arbeit der BASI zielt darauf, den Stand der Arbeitssicherheit zu verbessern. In einer sachlichen Information und öffentlichen Diskussion soll insbesondere

- die Zusammenarbeit der Mitglieder unterstützt,
- das öffentliche Interesse für die Arbeitssicherheit gefördert,
- Unfallverhütungsmaßnahmen für Neulinge im Betrieb angeregt,
- Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit auf dem Arbeitsweg intensiviert,
- regionale Arbeitsschutz-Gemeinschaftsgremien gefördert,
- Sicherheitserziehung im Kindesalter garantiert,
- die Einbeziehung der Arbeitssicherheit in Lehre und Forschung gefördert,
- Unfallverhütungsmaßnahmen in Schule, Heim und Freizeit durchgeführt,
- Erfahrungsaustausch gefördert, z. B. durch die regelmäßige Veranstaltung des Deutschen Kongresses für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin,

werden. Die BASI sieht ihre Aufgabe hierbei wesentlich in der Vermittlung und Bereitstellung von Informationen und Materialien.

Die finanziellen Mittel für Einrichtung und Unterhaltung der BASI werden im wesentlichen von den Spitzenverbänden der gesetzlichen Unfallversicherungsträger (Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften) aufgebracht.

Die BASI ist organisiert in der Mitgliederversammlung und dem zehnköpfigen Vorstand, dem Vertreter der Sozialpartner, Fachverbände und staatlicher Stellen angehören. Zur Unterstützung des Vorstandes sind Arbeitsgruppen gebildet worden zur

Aufgaben und Ziele der Institution

**BUNDESARBEITS-
GEMEINSCHAFT
FÜR
ARBEITS-
SICHERHEIT**

- betrieblichen Sicherheitsorganisation,
- Sicherheit des Arbeitsweges,
- Arbeitsmedizin,
- Sicherheit in Schule und häuslichem Bereich,
- A+A-Kongreßausschuß,
- Treffpunkt Sicherheit.

Die praxisbezogene Förderung von Arbeitsschutzaufgaben geschieht hauptsächlich durch die Veranstaltung

des alle zwei Jahre in Düsseldorf stattfindenden Deutschen Kongresses für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin mit internationaler Fachmesse.

Die BASI verbindet in ihrer Organisation wichtige Einrichtungen im Bereich „Arbeit“; sie ist also eine Einrichtung, die in der eigenen Organisationsstruktur jene Kooperation vorsieht, die im gesamten Bereich anzustreben ist. Kooperation ist eigentlicher Zweck der BASI

Medienangebote

Die BASI informiert zum einen Entscheidungsträger und Akteure über den neuesten Stand der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes, zum anderen stellt sie massenwirksame Materialien zur Verfügung.

Zielgruppe der BASI sind in erster Linie die Mitglieder, darüber hinaus die Sicherheitsbeauftragten, Betriebsräte usw., mit denen die betriebliche Praxis erreicht werden kann. Angesprochen werden aber auch Lehrer und a Vermittler einer Sicherheitserziehung

Die Themen der Materialien und Publikationen erstrecken sich auf die klassischen Bereiche des Arbeitsschutzes und der Arbeitsmedizin, aber auch auf Drogenprobleme (vor allem Alkohol), Autoverkehr (Wegunfälle), Erste Hilfe, Familie.

Die BASI konzentriert ihre Tätigkeit auf Print-Medien. Sie setzt diese gerne projektartig, d. h. im Rahmen eines gezielten und gut vorbereiteten Vorhabens, ein

In der Fachzeitschrift „sicher ist sicher“ steht monatlich eine Seite für „BASI-Nachrichten“ zur Verfügung. Weiter vermittelt die BASI Beiträge des A+A-Kongresses an Fachzeitschriften und publiziert eigene Beiträge.

Die BASI gibt unregelmäßig, ca. zweimal jährlich, eine „Presse-Information“ (kostenfrei) heraus, in der die Informationsmaterialien sowie Verlagsobjekte aufgelistet

werden. Die Materialien werden in begrenzter Stückzahl kostenfrei (bei Übernahme der Portogebühren) abgegeben

Materialien und Publikationen werden auch in Fachzeitschriften und Zeitungen angekündigt. Eine wichtige Verbreitung erfolgt durch Einzelgewerkschaften und Berufsgenossenschaften, die entsprechende Broschüren etc. mit entsprechenden Vermerken („überreicht durch ...“), z. T. in großer Stückzahl übernehmen

Von den zahlreichen Materialien sei exemplarisch dargestellt:

Der Kalender zur Sicherheitserziehung, der vor allem für den Schulbereich konzipiert und von vielen Lehrern benutzt wird, ist ein erfolgreiches Beispiel für die Sicherheitserziehung. Der Kalender, der neben den anschaulichen Bildern auf der Rückseite reproduzierbare Unterrichtsvorlagen enthält, ist in einer Auflage von 60 000 Exemplaren in Schwerpunktkaktionen zusammen mit den gesetzlichen Trägern der Unfallversicherung in Schulen verteilt worden.

Solche Aktionen setzen im Schulbereich an, weil gestärkt durch Erfahrungen in skandinavischen Ländern – die Erziehung für Arbeitssicherheit und Gesundheitsförderung möglichst früh ansetzen soll

**Service-
leistungen**

Eigentliche Serviceleistungen bietet die BASI nicht an, dafür reicht die finanzielle und personelle Ausstattung nicht aus. Eine wichtige Leistung erbringt sie in der Vermittlung der Informationen, vor allem auch über Landesgrenzen hinweg. Es findet keine direkte Beratung statt, vielmehr werden im Einzelfall Fachleute und Institutionen angegeben, wenn der Verweis auf vorhandene Literatur (etwa die Forschungsberichte der Bundesanstalt für Arbeitsschutz, Dortmund) nicht ausreicht.

Die BASI bemüht sich, Vorlagen für betriebliche Aktivitäten (Betriebszeitungen, Kampagnen) und auch zur Förderung der Sicherheit auf dem Arbeitsweg herzustellen

Anforderungen und Ansprechpartner liegen zumeist im Bereich der Mitglieder.

Empfehlungen

Zu empfehlen sind neben der Fachzeitschrift „sicher ist sicher“ die vielen Materialien zur Sicherheitserziehung, insbesondere der Kalender zur Sicherheitserziehung. Bei Aktivitäten im Bereich Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz ist eine Kontaktaufnahme mit der BASI wegen der Vermittlung von Materialien und den Hinweisen auf Kompetenzen zu empfehlen.

BUNDESARBEITS- GEMEINSCHAFT FÜR REHABILITATION

Adresse Walter-Kolb-Straße 9-11
6000 Frankfurt am Main 1

Ansprechpartner Herr Herbert/Herr Kirsten

Telefon 0 69/60 50 18-0

Telefax 0 69/60 50 18-29

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation ist ein freiwilliger Zusammenschluß der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung, Kriegsopferfürsorge und Sozialhilfe, der Bundesanstalt für Arbeit, der Bundesländer, der Spitzenverbände der Sozialpartner sowie der Kassenärztlichen Bundesvereinigung auf dem Gebiet der Rehabilitation. Sie wurde 1969 auf Initiative der Sozialpartner gegründet. Ihr Sitz ist Frankfurt am Main.

Die BAR ist zum einen als Ebene des Erfahrungsaustausches der Träger der Rehabilitation anzusehen. Zum anderen dient sie der Kooperation zwischen Rehabilitationsträgern, Fachverbänden der freien Wohlfahrtspflege und Organisationen der Behinderten.

Der ständige Kontakt mit den gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik und insbesondere dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, dem Bundesministerium für Gesundheit, dem Bundesministerium für Forschung und Technologie mit dem Ziel, die Rehabilitation weiter zu verbessern, ist für die BAR ein wichtiges Anliegen.

Die BAR hat die Aufgabe, die Rehabilitationsmaßnahmen entsprechend den Beschlüssen ihrer Organe zu koordinieren und zu fördern. Sie wirkt hierbei insbesondere darauf hin, daß die Maßnahmen der Rehabilitationsträger nach gleichen Grundsätzen zum Wohle der Behinderten durchgeführt werden und die Rehabilitanden über die Möglichkeiten der Rehabilitation sachgemäß unterrichtet werden. Ferner hat die BAR ihre Mitglieder in allen Fragen der Rehabilitation zu beraten sowie den Abschluß von Verwaltungsvereinbarungen, -absprachen oder -richtlinien anzuregen, zu fördern oder zu empfehlen, damit die Maßnahmen der Rehabilitationsträger rechtzeitig eingeleitet und nahtlos durchgeführt werden. Bei der Errichtung und beim Ausbau von Rehabilitationseinrichtungen wirkt sie beratend mit. Sie hat außerdem dazu beizutragen, daß die Beratungsfachkräfte der Rehabilitationsträger bei der Betreuung Behinderter zusammenarbeiten und – um dies besonders zu fördern – auf eine trägerübergreifende Fortbildung hinzuwirken. Schließlich sollen Interesse und Verständnis für die Probleme der Behinderten und die Rehabilitation in der Öffentlichkeit durch sie gefördert werden.

Aufgaben und Ziele der Institution

Medienangebote

Die Veröffentlichungen der BAR sollen über die gesetzlichen Möglichkeiten im Zusammenhang mit Rehabilitation aufklären und behinderten Menschen helfen, ihre Rechte wahrzunehmen. Sie spricht mit ihren Medien Mitarbeiter von Rehabilitationsträgern, Ärzte, Behinderte und deren Angehörige an. Die Medien sind in der Regel kostenlos erhältlich, müssen jedoch bei größerer Stückzahl zum Selbstkostenpreis abgegeben werden.

Beispielhaft seien folgende Medien dargestellt:

Die BAR gibt den „Wegweiser zur Eingliederung von Behinderten in Arbeit, Beruf und Gesellschaft“ heraus. In dem „Wegweiser“ werden die wesentlichen gesetzlichen Grundlagen, die Wege, Leistungen und Gesamtvereinbarungen zur Rehabilitation übersichtlich dargestellt. Er enthält ein umfangreiches Adreßverzeichnis sowie ein „Kleines Lexikon zur Rehabilitation“. Der Wegweiser dient als Orientierung für Behinderte und Angehörige sowie für die Fachkräfte der Sozialversicherungsträger.

Des weiteren wurden auf der Ebene der BAR Gesamtvereinbarungen erarbeitet. Ziel dieser Gesamtvereinbarungen ist es, die medizinische, schulische, berufliche und soziale Rehabilitation zu koordinieren und zu verbessern.

Die Gesamtvereinbarungen wurden für folgende Bereiche abgeschlossen:

- die Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit bei ambulanter beruflicher Rehabilitation Behindertensport
- Auskunft und Beratung nach dem Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation
- die Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Durchführung der Maßnahmen zur medizinischen beruflichen Rehabilitation
- Über den Gesamtplan die Gewährleistung vorläufiger Leistungen

Sie wurden als gesonderte Broschüren oder auch im „Wegweiser Eingliederung von Behinderten in Arbeit, Beruf und Gesellschaft“ veröffentlicht.

Besonders für Ärzte ist das Buch *Die Rehabilitation Behinderter - Wegweiser für Ärzte* - gedacht

Beschrieben werden, welche medizinischen, beruflichen und sozialen Rehabilitationsmaßnahmen bei welchen Indikationen in Frage kommen

Daneben enthält das Buch grundsätzliche Aussagen über Rehabilitation, gibt einen Überblick über Leistungen, Rehabilitationsträger und entsprechende Einrichtungen.

Geschäftsberichte

Jahresrückblick über die Arbeit der BAR
Der Geschäftsbericht erscheint jährlich.

Arbeitshilfen

Es werden kontinuierlich Arbeitshilfen erstellt, in denen alle Rehabilitationsmaßnahmen bei einer bestimmten Krankheit/Behinderung dargestellt werden. Sie sind in einen medizinischen, sozialen und beruflichen Teil untergliedert.

Beispielhaft seien genannt:

- Arbeitshilfen für die Rehabilitation schädel-hirnverletzter Kinder und Jugendlicher
- Arbeitshilfen für die Rehabilitation Koronarkranker
- Arbeitshilfen für die Rehabilitation von an Asthma Bronchiale erkrankten Kindern und Jugendlichen
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation von Schlaganfallpatienten
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation von Rheumakranken
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation bei älteren Menschen
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation Krebskranker (erscheint 2/91)

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation hat ausgehend von den Empfehlungen der nationalen Kommission für das Internationale Jahr der Behinderten 1983 im Sommer 1982 eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit der schrittweisen Entwicklung behindertengerechter öffentlicher Verkehrssysteme befaßt.

Forschungsvorhaben

Der Zusammenstellung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Rehabilitation der Jahre 1987-1989 liegt der Gedanke zugrunde, mit dieser Spezialdokumentation den Überblick zu erleichtern, was auf diesem Gebiet an Forschungsaktivitäten vorliegt.

Filmverzeichnis

Das Filmverzeichnis enthält Filme zum Gesamtthema Prävention, Rehabilitation und Integration. Es soll den Überblick über die auf diesem Gebiet verfügbaren Filme erleichtern.

**Service-
leistungen**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation steht im Einzelfall für fachliche Fragen gern zur Verfügung.

Die Mitarbeiter der BAR sind gern bereit, als Referenten bundesweit aufzutreten. Anfragen zu einer Referententätigkeit sollten an die BAR gerichtet werden.

Empfehlungen

Bei den umfangreichen Veröffentlichungen sind besonders empfehlenswert:

- Wegweiser zur Eingliederung von Behinderten in Arbeit, Beruf und Gesellschaft
- Wegweiser für Ärzte

- Filmverzeichnis
- Forschungsverzeichnis
- Arbeitshilfen

Beachtet werden sollte ferner das Referentenangebot der BAR.

BUNDESARBEITS- GEMEINSCHAFT HILFE FÜR BEHINDERTE e.V. (BAG HILFE FÜR BEHINDERTE; BAGH)

Adresse Kirchefeldstr. 149
4000 Düsseldorf 1

Vorsitzender Dr. Diether Bischoff

Geschäftsführer Christoph Nachtigäller

Referat Presse/Öffentlichkeitsarbeit
Leonie v. Manteuffel
Ursula Möller

Telefon 02 11/3 10 06 -0

Telefax 02 11/3 10 06 48

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte ist die Dachorganisation von 53 Behinderten-Selbsthilfeverbänden und 10 Landesarbeitsgemeinschaften Hilfe für Behinderte.

Ihre Anfänge reichen zurück ins Jahr 1965, als eine Arbeitsgemeinschaft „Das behinderte Kind“ gegründet wurde mit dem Ziel, durch gemeinsame Aktivitäten den Bedürfnissen und Rechten der Kinder und ihrer Angehörigen stärkere Geltung zu verschaffen. Die Arbeitsgemeinschaft war offen für andere Behinderten-Selbsthilfeverbände, und so schlossen sich weitere Vereinigungen an. 1967 beschlossen die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft „Das behinderte Kind“, dieser die Rechtsform eines eingetragenen Vereins zu geben mit der Bezeichnung „Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte e.V.“.

Sehr bald erwachsen der BAGH vielfältige weiterreichende Aufgaben, weshalb 1968 eine Geschäftsstelle in Düsseldorf eingerichtet wurde.

Die BAGH vertritt heute über ihre Mitgliedsorganisationen rund 500.000 körperlich, geistig, psychisch, sinnes- und stoffwechselbehinderte Menschen, die auf örtlicher Ebene in Selbsthilfegruppen und Vereinen arbeiten.

Sie finanziert sich überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Bußgeldern sowie aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Frauen und Gesundheit. Ihre Aktivitäten reichen von der individuellen Beratung Betroffener bis hin zur sozialpolitischen Interessenvertretung in Politik und Verwaltung.

Die BAGH ist auf Bundesebene in allen Spitzengremien vertreten, die die Rehabilitation und gesellschaftliche Eingliederung Behinderter und chronisch Kranker fördern sollen. Sie berät als Sachverständige u. a. die Entscheidungsgremien der zuständigen Bundesministerien, der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation und der Bundesanstalt für Arbeit.

Alle Aktivitäten der BAGH haben das Ziel, behinderten Menschen ein gleichberechtigtes Leben in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Insbesondere setzt sich die BAGH für folgende Aufgaben und Ziele ein:

Aufgaben und Ziele der Institution

**BUNDESARBEITS-
GEMEINSCHAFT
HILFE FÜR
BEHINDERTE e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- Solidarität:
Eine humane Gesellschaft braucht das gegenseitige Verständnis und Eintreten nichtbehinderter und behinderter Menschen füreinander.
- Selbsthilfe:
Nur aus der eigenen Betroffenheit heraus lassen sich bestimmte Hilfen auch anderen vermitteln. Betroffene unterstützen sich gegenseitig und engagieren sich für gemeinsame Anliegen. Staat und Gesellschaft müssen die notwendigen Bedingungen schaffen und absichern, unter denen diese Selbsthilfe geleistet werden kann.
- Integration:
In allen Lebensbereichen sind gezielte Anstrengungen und persönliche Hilfen notwendig, um die Chancen für ein gleichberechtigtes Leben zu eröffnen.
Soziale Hilfe:
Die sozialen Leistungen müssen bürgernah gestaltet werden. Umfassende Information und Beratung über Art und Träger der Leistung sowie ortsnahe Angebote sind dazu notwendig.
Mitwirkung:
Zur Durchsetzung und Sicherung der berechtigten Interessen behinderter Menschen ist ihre Mitwirkung in Entscheidungsprozessen erforderlich. Dies gilt für die Bereiche Schule und Beruf und für Einrichtungen der Rehabilitation ebenso wie für die Planung und Gestaltung der Umwelt, der sozialen Sicherung usw.

Ihren Zielen entsprechend konzentrieren sich die Aktivitäten der BAGH auf folgende Bereiche:

- Sozialpolitik:
Die BAGH erarbeitet Stellungnahmen zu aktuellen sozialpolitischen Problemen behinderter Menschen. Wichtige Themen waren in den letzten Jahren: Die „Gesundheitsreform“, das Betreuungsgesetz, Maßnahmen zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit Behindertener sowie – seit 1990 – die Ausgestaltung der Sozialunion im vereinigten Deutschland.

Medienangebote

Das umfangreiche Publikationsprogramm der BAGH umfaßt mehr als 60 Informationsschriften. Ständen am Anfang Themen der medizinischen Rehabilitation im Vordergrund, so gilt die Aufmerksamkeit heute gleichermaßen sozial- und gesundheitspolitischen Gesichtspunkten.

Anhand eines Literaturdienstes können die Schriften teilweise kostenlos, überwiegend zu Stückpreisen zwischen DM 2,20 und DM 4,00 (reduzierte Staffelpreise auf Anfrage) bei der BAGH-Geschäftsstelle in Düsseldorf angefordert werden.

Periodisch erscheinende Medien:

„Selbsthilfe“ (kostenpflichtig)
Diese Zeitschrift der BAGH berichtet über aktuelle Entwicklungen in der Rehabilitation und Sozialpolitik sowie über Tagungen, Messen und Fortbildungsveranstaltungen. Ein ausführlicher Rechtsteil erläutert bedeutsame Gesetzesänderungen und einschlägige Gerichtsurteile.

In Sonderheften werden darüber hinaus wichtige Themen der Behindertenarbeit mit fundierter Hintergrundinformation behandelt (z. B. „Technische Hilfen“, „Medizinische Versorgung“ u. a.)

„Jahresspiegel“ (kostenlos)

Der jährlich erscheinende umfassende Bericht beschreibt anschaulich die Arbeit der BAGH, der Landesarbeitsgemeinschaften und aller Bundesverbände im jeweils vorausgegangenen Kalenderjahr

- Rehabilitation:
Die BAGH unterstützt ihre Mitgliedsverbände fachlich bei der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für die praktische Behindertenarbeit. Sie veranstaltet Arbeitstagungen und Seminare zu aktuellen Fragen der Rehabilitation.
- Beratung:
Die BAGH bietet Betroffenen in Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedsverbänden Beratung in rechtlichen und sozialen Fragen an.
- Öffentlichkeitsarbeit:
Die BAGH informiert über wichtige Vorgänge in den Bereichen Recht, Rehabilitation, Gesundheits-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik durch ihr vielfältiges Informationsmaterial, durch Beteiligung an Fachmessen und Ausstellungen sowie durch ihre Pressearbeit.

**Landesarbeitsgemeinschaften
Hilfe für Behinderte**

Die BAG Hilfe für Behinderte fördert Zusammenschlüsse auf Landesebene, die sich in den einzelnen Bundesländern für die Interessen behinderter Menschen in der Gesellschaft einsetzen

Sie vertreten die Belange der Behinderten gegenüber dem Gesetzgeber sowie Behörden und Landesinstitutionen, beteiligen sich an Projekten vor Ort (z. B. am Aufbau von Hilfsmittel-Beratungszentren) und fördern Initiativen zur Verbesserung der Lebenssituation, z. B. der Mobilität oder der beruflichen Integration Behindertener.

Sie beraten und informieren ihre Mitglieder in organisatorischen, rechtlichen, medizinischen und sozialen Fragen, organisieren den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedsverbänden und arbeiten mit Organisationen ähnlicher Zielsetzung zusammen. Den jeweiligen rechtlichen und politischen Gegebenheiten entsprechend setzen die Landesarbeitsgemeinschaften unterschiedliche Schwerpunkte.

„Reha-Helfer“

Dieses alle zwei Jahre aktualisierte Verzeichnis enthält auf über 500 Seiten die Kontaktadressen der bundesdeutschen Selbsthilfegruppen chronisch kranker und behinderter Menschen sowie ihrer Regional- und Bundesverbände. Mitherausgeber sind der Bundesverband der Betriebskrankenkassen und der Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands (NAV). Bestellung beim Verlag für moderne Kommunikation H.-Peter Meyer, Essen.

Nicht periodisch erscheinende Medien:
Schriftenreihe „Kommunikation zwischen Partnern“

Diese Schriftenreihe wird in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) von der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte erstellt.

In 44 Heften werden Informationen über einzelne Behinderungsarten unter medizinischen, pädagogischen, beruflichen und sozialen Aspekten der Rehabilitation vermittelt.

In verständlicher Sprache geschrieben, wenden sich die Broschüren an behinderte Menschen und ihre Angehörigen, an Mitarbeiter in Selbsthilfegruppen und Behindertenverbänden sowie an alle interessierten Bürger. Für Fachkräfte in der Rehabilitation können sie eine wertvolle Hilfe zur Beratung Betroffener sein.

Die Reihe „Kommunikation zwischen Partnern“ umfaßt bisher folgende Themen (Stand September 1990): Asthmatiker und Allergiker, Aphasie, Blinde – Sehbehinderte – Taubblinde, Chronisch Hautkranke, Chronisches Nierenversagen, Diabetiker, Epilepsie, Frühkindliche Psychosen, Frühkindlicher Autismus, Galaktosämie, Geistig Behinderte, Gesichtsversehrte Menschen, Gliedmaßenfehlbildungen und Gliedmaßenverlust, Gehörlose – Schwerhörige – Sprechbehinderte, Hämophilie, Ileostomie – Colostomie – Urostomie, Kehlkopflose, Kleinwuchs, Legasthenie und Dyskalkulie, Lernbehinderte, Mehrfachbehinderte Kinder, Mucoviscidose, Multiple Sklerose, Muskelkrankheiten, Neurosen, Osteogenesis imperfecta (Glasknochenerkrankung), Querschnittsgelähmte, Phenylketonurie, Poliogeschädigte, Periodische Depressionen, Periodische Manien, Psychisch beeinträchtigte Kinder und Jugendliche, Psychische Gefährdung in Lebenskrisen, Psychische Krankheiten im Alter, Psychosomatische Krankheiten, Rheumakranke, Schizophrenie, Skoliose, Spina bifida – Hydrocephalus, Stottern, Verhaltensauffällige, Zerebrale Bewegungsstörungen. Übergreifende Aspekte enthält der Band „Wissenschaftliche Aspekte der Behindertenarbeit“.

Neben der Herausgabe von Informationsmaterial (siehe „Medienangebote“) nimmt die Beratung einen großen Bereich der Serviceleistungen ein: Die BAGH bietet Betroffenen in Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedsverbänden kostenlos Beratung in rechtlichen und sozialen Fragen an.

Darüber hinaus verbessert sie die praktische Behindertenarbeit vor Ort, indem sie Schulungen von Betroffene-

Zu empfehlen ist der Bezug

- der Zeitschrift „Selbsthilfe“. Sie erscheint jährlich mit sechs Heften, inklusive Sonderheften, z. B. „Technische Hilfen“, „Medizinische Versorgung“.
 - des „Jahresspiegels“, der auf Anforderung kostenlos zugesandt wird;
- sowie die Beachtung des sonstigen Medienangebotes, z. B.
- Schriftenreihe „Kommunikation zwischen Partnern“, Reihe „Reha-Forum“, Ratgeber Recht, „Reha-Helfer“.

An weiteren Schriftenreihen und Einzelpublikationen der BAGH seien beispielhaft genannt:

- „*Perspektiven einer Neuorientierung im Gesundheitswesen*“ aus der Reihe „*Reha-Forum*“.
- „*Die Rechte der Behinderten und ihrer Angehörigen*“, ein Ratgeber zum Behindertenrecht
- Reihe „*Empfehlungen und Grundsatzaussagen der BAGH*“, z. B. „Anforderungen und Empfehlungen zur behindertengerechten Gestaltung und Unterhaltung von Straßen, Wegen, Plätzen und öffentlichen Verkehrssystemen“.
- *Ratgeber für ausländische Eltern* behinderter Kinder in den Sprachen Griechisch, Italienisch, Jugoslawisch, Portugiesisch, Spanisch, Türkisch

BAGH-Ausstellung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte verfügt über eine *Wanderausstellung*, mit der sie sich in öffentlichen Gebäuden, Schulen, Sparkassen u. a. an die breite Öffentlichkeit wendet.

**BUNDEARBEITSGEMEINSCHAFT
HILFE FÜR
BEHINDERTE e.V.**

Medienangebote

Serviceleistungen

nen, von haupt- und ehrenamtlichen Beratern der Selbsthilfegruppen und -verbände konzipiert, organisiert und durchführt.

Über die Schulungen und Seminare der BAGH informiert der jährlich erscheinende Veranstaltungskalender, in dem auch die Kosten der Seminare angegeben sind. Auf Anfrage hilft die BAGH mit der Vermittlung von Referenten für Fachvorträge und Seminare.

Empfehlungen

Zur Information über das vollständige Publikationsprogramm kostenlosen „Literatur-Dienst“ bei der Geschäftsstelle in Düsseldorf anfordern.

Beachtet werden sollten auch die Beratung für Behinderte, die Referentenvermittlung für Vorträge und Seminare sowie die Wanderausstellung.

Anschriften der BAGH Mitgliedsorganisationen:

Bundesverbände

Allergiker- und Asthmatikerbund e.V.
Hindenburgstr. 110, 4050 Mönchengladbach 1
Tel.: 0 21 61/18 30 24

**Arbeitsgemeinschaft Allerglekrankes Kind -
Hilfen für Kinder mit Asthma, Ekzem
oder Heuschnupfen e.V.**
Hauptstr. 29 II, 6348 Herborn
Tel.: 0 27 72/4 12 37

**Arbeitsgemeinschaft spina bifida
und Hydrocephalus e.V.**
Feldstr. 31, 5750 Menden
Tel.: 0 23 73/6 75 76

Arbeitskreis Kunstfehler in der Geburtshilfe
Rosenthal 23-25, 4600 Dortmund 1
Tel.: 02 31/52 58 72

Arbeitskreis überaktives Kind
Anke Clark
Postfach, 2359 Kisdorf
Tel.: 0 41 93/9 36 95

**Bundesvereinigung für anthroposophische
Heilpädagogik und Sozialtherapie e.V.**
Schloßstr. 9, 6363 Echzell 2
Tel.: 0 60 35/8 11 90

Bundesverband Congerangeschädigter e.V.
Hilfswerk vorgeburtlich Geschädigter
Paffrather Str. 132-134, 5000 Köln 80
Tel.: 02 21/6 80 34 79

**Bundesverband der Angehörigen psychisch
Kranker e.V. (BAPK e.V.)**
Thomas-Mann-Str. 49 a, 5300 Bonn 1
Tel.: 02 28/63 36 46

Bundesverband der Kehlkopflosen e.V.
Obererle 65, 4650 Gelsenkirchen
Tel.: 02 09/59 22 82

**Bundesverband für die Rehabilitation
der Aphasiker e.V.**
Georgstr. 9, 5047 Wesseling
Tel.: 0 22 36/4 66 98

**Bundesverband für spastisch Gelähmte
und andere Körperbehinderte e.V.**
Brehmstr. 57, 4000 Düsseldorf 1
Tel.: 02 11/62 66 51

Bundesverband Hilfe für das autistische Kind
Vereinigung zur Förderung autistischer Menschen e.V.
Bebelallee 141, 2000 Hamburg 60
Tel.: 0 40/5 11 56 04

Bundesverband Legasthenie e.V.
Gneisenastr. 2, 3000 Hannover 1
Tel.: 05 11/85 34 65

**Bundesverband
Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.**
7109 Krautheim/Jagst
Tel.: 0 62 94/6 80

Bundesverband Skoliose Selbsthilfe e.V.
Düstergasse 9a, 5630 Remscheid
Tel.: 0 21 91/6 33 93

**Bundesvereinigung Lebenshilfe
für geistig Behinderte e.V.**
Raiffeisenstr. 18, Postfach 80, 3550 Marburg 7
Tel.: 0 64 21/4 00 10

Bundesvereinigung Stotterer Selbsthilfe e.V.
Kasparstr. 4, 5000 Köln 1
Tel.: 02 21/73 07 31

Bund zur Förderung Sehbehinderter e.V.
Ulrich Ziegler
Baumschulweg 5, 5330 Königswinter 21

**Bundesverband Psychosozialer
Hilfsvereinigungen e.V.**
Thomas-Mann-Str. 49a, 5300 Bonn
Tel.: 02 28/63 26 46

Deutsche Epilepsievereinigung e.V.
Renate Windisch
Mittelstr. 10, 8501 Schwanstetten
Tel.: 0 91 70/18 90

**Deutsche Gesellschaft Bekämpfung
der Muskelkrankheiten e.V.**
Hohenzollerernstr. 11, 7800 Freiburg
Tel.: 07 61/27 79 32 und 27 80 24

**Deutsche Gesellschaft
zur Bekämpfung der Mukoviszidose e.V.**
Konrad-Adenauer-Allee 11, 5300 Bonn 1
Tel.: 02 28/22 15 35/36

**Deutsche Gesellschaft zur Förderung
der Gehörlosen und Schwerhörigen e.V.**
Rothschildallee 16a, 6000 Frankfurt 60
Tel.: 0 69/45 92 37

**Deutsche Hämophiliegesellschaft
zur Bekämpfung von Blutungskrankheiten e.V.**
Halenseering 3, 2000 Hamburg 73
Tel.: 0 40/6 72 29 70

**Deutsche Heredo Ataxie Gesellschaft -
Bundesverband e.V.**
Möhringer Landstr. 103, 7000 Stuttgart

Deutsche Huntington-Hilfe e.V.,
Postfach 28 12 51, 4100 Duisburg 28
Tel.: 02 03/78 87 77

**Deutsche Ileostomie-Colostomie-Urostomie-
Vereinigung e.V.**
Kepserstr. 50, 8050 Freising
Tel.: 0 81 61/8 49 11, 8 49 09 (vormittags)

**Deutsche Interessengemeinschaft für Kinder
mit Phenylketonurie (PKU) und verwandten
angeborenen Stoffwechselstörungen e.V.**
Reinhard Rohr
Herzblattweg 3, 1000 Berlin 47
Tel.: 0 30/6 64 31 37

**Deutsche Leukämie Forschungshilfe
Aktion für krebskranke Kinder e.V.**
Joachimstr. 20, 5300 Bonn
Tel.: 02 28/22 18 83

**Deutsche Morbus Crohn/Colitis ulcerosa
Vereinigung**
Bundesverband für entzündliche Erkrankungen
des Verdauungstraktes (OCCV)
Schwabstr. 68, 7400 Tübingen
Tel.: 0 70 71/2 13 51

Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft e.V.

Rosental 5/IV, II Aufgang, 8000 München 2
Tel.: 0 89/2 60 80 58

Deutsche Narkolepsie Gesellschaft

Ernst Friedrich Dreuhaus
Klauberg 1, 5650 Solingen 1
Tel.: 02 12/162 48

Deutsche Parkinson Vereinigung – Bundesverband e.V.

Kurt-Huber-Str. 3, 4040 Neuss
Tel.: 0 21 01/47 04 41

Deutsche Retinitis Pigmentosa Vereinigung e.V.

Ernst-Ludwig-Ring 44, 6350 Bad Nauheim

Deutsche Rheuma-Liga e.V.

Rheinallee 69, 5300 Bonn 2
Tel.: 02 28/35 54 25

Deutsche Tinnitus-Liga e.V. (DTL)

Erbschloerstr. 22, 5600 Wuppertal 21
Tel.: 02 02/46 45 84

Deutsche Vereinigung**Morbus Bechterew e. V., (DVMB)**

– *Geschäftsstelle* – Metzgergasse 16, 8720 Schweinfurt
Tel.: 0 97 21/2 20 33

Deutsche Zöliakie-Gesellschaft e. V.

Filderhauptstr. 61, 7000 Stuttgart 70
Tel.: 07 11/45 45 14

Deutscher Blindenverband e.V.

Bismarckallee 30, 5300 Bonn 2
Tel.: 02 28/35 30 19

Deutscher Diabetiker-Bund e.V.

P. A. Zentrum für jugendliche Diabetiker
Danziger Weg 1, 5880 Lutenscheid
Tel.: 0 23 51/8 50 53

Deutscher Neurodermitiker Bund

Mozartstr. 11, 2000 Hamburg 76
Tel.: 0 40/2 20 57 57

Deutscher Psoriasisbund e.V.

Oberaltenallee 20 A, 2000 Hamburg 76
Tel.: 0 40/2 27 09 85/86

Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e.V. (DVBS)

Frauenbergstr. 8, 3550 Marburg
Tel.: 0 64 21/48 14 50

Elterngruppe kleinwüchsiger Kinder e.V.

Informations- und Beratungsstelle
Hardenbergstr. 56, 2800 Bremen
Tel.: 04 21/55 62 00

Frauenselbsthilfe nach Krebs – Bundesverband e.V.

B 6, 10/11, 6800 Mannheim 1
Tel.: 06 21/2 44 34

Freundeskreis Camphill e.V.

Gutergotzer Str. 85, 1000 Berlin 37
Tel.: 0 30/8 01 20 69

Gesellschaft für Osteogenesis Imperfecta Betroffene e.V.

Johanna Maskos
Wangerooger Str. 3, 2870 Delmenhorst

Gesellschaft zur Förderung**behinderter türkischer Kinder e.V.**

Vahrenwalder Str 194, 3000 Hannover 1
Tel.: 05 11/7 98 40 43

Interessenverband der Dialysepatienten und Nierentransplantierten Deutschlands e.V.

Weberstr. 2, 6500 Mainz
Tel.: 0 61 31/8 51 52

Lernen Fördern – Bundesverband zur Förderung Lernbehinderter e.V.

Rolandstr 61, 5000 Köln 1
Tel.: 02 21/37 48 28

Selbsthilfegruppe Sklerodermie in Deutschland e.V.

c/o Hildegard Budde
Ringstr.12, 6360 Friedberg/H. 5
Tel.: 0 60 31/24 80

Schutzverband für Impfgeschädigte

Postfach 1160, 5912 Hilchenbach
Tel.: 02 71/5 50 19 (RA Meinhardt)

Vereinigung kleinwüchsiger Menschen e.V.

– Bundesverband –
Otto Engel, Berodtskamp 4, 2055 Dassendorf

Landesarbeitsgemeinschaften

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte

Baden-Württemberg

Amt. Vors.: Erika Bammesberger
Birkenwaldstr. 42 B, 7000 Stuttgart 1
Tel.: 07 11/2 57 23 88
Fax: 07 11/2 57 23 55

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte in **Bayern** e.V.

Vors.: Studiendirektor M. H. Maurer
Rathausgasse 7, 8000 München 60
Tel.: 0 89/83 30 39

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte **Berlin** e.V.

Vors.: Klaus Fischbach
Schortemer Allee 40, 1000 Berlin 33
Tel.: 0 30/3 92 54 05

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte **Bremen** e.V.

Vors.: Gerhard Iglhaut
Walter Heerstr. 55, 2800 Bremen
Tel.: 04 21/38 30 66

Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft für Behinderte e.V.

Vors.: Uwe Schiemann
Südring 36, 2000 Hamburg 60
Tel.: 0 40/2 70 79 00

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte **Hessen** e.V.

Vors.: Dr. C. Brenken
Gutenbergstr. 35, 3550 Marburg
Tel.: 0 64 21/22 20 36

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte **Niedersachsen**

Vors.: Heinz Schröder
Engelbosteler Damm 72, 3000 Hannover 1
Tel.: 05 11/70 34 38

**BUNDEARBEITSGEMEINSCHAFT
HILFE FÜR
BEHINDERTE e.V.**

**BUNDESARBEITS-
GEMEINSCHAFT
HILFE FÜR
BEHINDERTE e.V.**

Landesarbeitsgemeinschaft **NRW**
Hilfe für Behinderte e.V.
Vors.: Dr. D. Bischoff
Breelertstiege 56, 4400 Münster
Tel.: 02 51/4 34 00 oder 4 34 09

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte
Rheinland-Pfalz
Vors.: Prof. Dr. Hermann-Josef Wilbert
Klarastr. 29, 6500 Mainz
Tel.: 0 61 31/23 44 02

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte
Saarland e.V.
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Elke Lang
Unten am Steinwald 15, 6680 Neunkirchen
Tel.: 0 68 21/2 15 23

Landesarbeitskreis **Schleswig-Holstein**
Geschäftsstelle: Rainer Dillenberg
Feldstr. 123, 2300 Kiel 1
Tel.: 04 31/80 29 05

**BUNDESARBEITS-
GEMEINSCHAFT
KATHOLISCHER
EINRICHTUNGEN
DER HILFE FÜR
PSYCHISCH KRANKE
UND
PSYCHISCH BEHINDERTE
MENSCHEN**

**– Arbeitsgemeinschaft
im Deutschen Caritas-
verband –**

Adresse	Karlstraße 40 Postfach 420 7800 Freiburg i.Br.
Ansprechpartner	Herr Linnenschmidt (Referent)
Telefon	07 61/20 03 19
Telex	772 417
Telefax	07 61/20 05 72

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholischer Einrichtungen der Hilfe für psychisch kranke und behinderte Menschen (BAGKEP) entstand 1978 als Arbeitsgemeinschaft im Deutschen Caritasverband. Aufgaben im Rahmen der Versorgung psychisch Kranker waren vom Caritasverband vorher in Zuordnung zum Bereich der Krankenhilfe wahrgenommen worden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft wurde eingerichtet, um der Zunahme ambulanter und komplementärer Einrichtungen in der Psychiatrie Rechnung zu tragen.

Die BAGKEP ist in der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes angesiedelt und dem Bereich „Rehabilitation“ zugeordnet, dessen Leiter auch der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft ist.

Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft sind die (ca. 150) Träger von katholischen Einrichtungen für psychisch Kranke (insgesamt etwa 350). Es handelt sich dabei um Fachkrankenhäuser für Psychiatrie, Heime, Übergangseinrichtungen, Behindertenwerkstätten, Tageskliniken, Beratungsstellen (u. a. Sozialpsychiatrische Dienste) und Selbsthilfegruppen.

Die Arbeitsgemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und den Grundsätzen katholischen Glaubens Hilfe für psychisch Kranke zu unterstützen und an der Weiterentwicklung solcher Hilfen mitzuarbeiten.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT KATHOLISCHER EINRICHTUNGEN DER HILFE FÜR PSYCHISCH KRANKE UND PSYCHISCH BEHINDERTE MENSCHEN

Sie ist im Rahmen der folgenden Aufgaben tätig:

- Beratung und Unterstützung ihrer Mitglieder sowie Fortbildung für deren Mitglieder
- Weiterentwicklung der gemeindenahen und außerstationären Versorgung im psychiatrischen Bereich
- Ermöglichung von Erfahrungsaustausch, regelmäßiger Information und regionaler Zusammenarbeit
- Mithilfe bei der Planung psychiatrischer Angebote
- Öffentlichkeitsarbeit zur gesellschaftlichen und innerkirchlichen Integration dieses Bereiches
- Vertretung der Mitgliederinteressen auf Bundesebene

Besondere Schwerpunkte sind hierbei in der Beratung der Einrichtungen und der Fortbildung von Mitarbeitern zu sehen.

Im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft ist eine Reihe von Arbeitsgruppen tätig, die dem Vorstand zugeordnet sind. Die Arbeitsgruppen sind tätig in den Bereichen:

- Wohnen
- Berufliche Rehabilitation von psychisch Kranken
- Sozialpsychiatrische Dienste und Angehörigenarbeit
- Fachkrankenhäuser
- Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Dokumentation der Tätigkeit der Sozialpsychiatrischen Dienste im Rahmen des Caritasverbandes

Der Deutsche Caritasverband ist in Diözesen organisiert. In den Diözesancaritasverbänden bestehen entweder direkt Referate für Psychiatrie oder dieser Bereich wird vom Referat für Behindertenhilfe mitbetreut.

Medienangebote

Die durchweg kostenpflichtigen Medien der Bundesarbeitsgemeinschaft haben als Zielgruppe zum einen die Mitarbeiter der in der BAG organisierten Institutionen, denen Fachinformationen zur Verfügung gestellt werden sollen, zum anderen Träger, die sich in der Arbeit mit psychisch Kranken engagiert haben oder für solche Vorhaben in Frage kommen. Schließlich werden noch Materialien erarbeitet, die von kirchlichen Institutionen der allgemeinen Öffentlichkeit zur Aufklärung über den Bereich psychischer Probleme zur Verfügung gestellt werden.

Ein Verzeichnis von Printmedien des Deutschen Caritasverbandes im Bereich der Behindertenhilfe, das auch die obengenannten Publikationen und ihre Preise umfaßt, kann über die Bundesarbeitsgemeinschaft (kostenlos) bezogen werden.

Als Periodikum werden die als Mitgliederrundbrief konzipierten „Informationen/Impulse zur sozialpsychiatrischen Arbeit“ dreimal pro Jahr in unregelmäßigen Abständen herausgegeben. Sie bieten alle relevanten Informationen aus der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft, sozialpolitische Entwicklungen sowie Aktivitäten des Ca-

ritasverbandes im Bereich psychisch Kranke. Die Zeitschrift wird gegen einen Kostenbeitrag auch Nichtmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Wichtige Fachtagungen werden in der Reihe „ISPA-Dokumentation“ veröffentlicht (kostenpflichtig).

Konzeptionelle Vorstellungen zur psychiatrischen Versorgung, wie sie die Bundesarbeitsgemeinschaft für Träger und Einrichtungen erarbeitet hat, können der Broschüre „Unser Standpunkt Nr.17 – Hilfe für psychisch kranke und psychisch behinderte Menschen“ (z.Z. vergriffen, Neuauflage in Vorbereitung) entnommen werden, die hier exemplarisch erwähnt sei.

Als Beispiel eines Mediums für ein Laienpublikum kann der Leporello (Faltblatt) „Psychisch kranke Menschen“ angesprochen werden, zu dem auch ein Plakat mit gleichem Inhalt existiert.

Die Arbeitsgemeinschaft gibt ein Verzeichnis der Adressen aller in ihrem Rahmen organisierten psychiatrischen Einrichtungen heraus (kostenpflichtig).

Serviceleistungen

Für Beratungen und Informationsveranstaltungen können über die Geschäftsstelle in der Regel Referenten vor Ort gefunden werden. Insbesondere sind solche Angebote für Fragestellungen bezüglich ambulanter und komplementärer Einrichtungen möglich. Das Honorar muß im Einzelfall vereinbart werden.

Als Fortbildungsveranstaltungen bietet die Bundesarbeitsgemeinschaft Kurse zu Arbeitstagungen an, die der Zeitschrift zu entnehmen sind. Im zweijährigen Rhythmus veranstaltet die BAG eine Fachwoche zur gemeindenahen Psychiatrie.

Die Fortbildungsakademie des Deutschen Caritasverbandes führt eine Langzeitfortbildung über 2 Jahre im Umfang von fünf Wochenblöcken durch („Mitarbeit von Sozialarbeitern in der Hilfe für psychisch Kranke“).

Das Programm kann bei der Akademie angefordert werden. Adresse siehe „Empfehlungen“. Alle Fortbildungsveranstaltungen sind kostenpflichtig.

Über die Fortbildungsangebote auf Landesebene erstellt die Bundesarbeitsgemeinschaft jährlich eine Übersicht, die jeweils Mitte Januar erscheint (kostenlos).

Ebenfalls erscheint eine Übersicht über Tagungen und Veranstaltungen auf Bundesebene.

Die Arbeitsgemeinschaft verfügt über eine Wanderausstellung, die inhaltlich dem unter „Medienangebote“ genannten Leporello entspricht (8 DIN-A4-Flächen auf Stellwänden). Die Ausstellung wird kostenlos zur Verfügung gestellt; ein Bezieher müßte lediglich die Transportkosten tragen.

Bei Interesse an einer laufenden Information über die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft sollte die Zeitschrift „Informationen/Impulse zur sozialpsychiatrischen Arbeit“ gegen einen Kostenbeitrag abonniert werden

Referenten (gegen Honorar) für Fragen ambulanter und komplementärer Einrichtungen können über die Bundesarbeitsgemeinschaft gefunden werden.

Printmedien für Träger psychiatrischer Einrichtungen oder die Einrichtungen selbst sowie Medien zur Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Psychiatrie können von der BAG gegen Kosten bezogen werden.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft stellt eine Wanderausstellung über psychisch Kranke gegen Übernahme der Transportkosten zur Verfügung.

Für Beratungsstellen im psychiatrischen Bereich ist das Verzeichnis der Adressen der in der BAG organisierten katholischen Einrichtungen von Interesse (kostenpflichtig).

Fortbildungsangebote bestehen seitens der Bundesarbeitsgemeinschaft (Kurse, Fachtagungen) und von seiten der Fortbildungsakademie des DCV, Postfach 420, 7800 Freiburg, Tel.: 07 61/20 05 38.

**BUNDEARBEITSGEMEINSCHAFT
KATHOLISCHER
EINRICHTUNGEN
DER HILFE FÜR
PSYCHISCH
KRANKE UND
PSYCHISCH
BEHINDERTE
MENSCHEN**

Empfehlungen

BUNDESARBEITS- GEMEINSCHAFT ZUR FÖRDERUNG HALTUNGS- UND BEWEGUNGS- AUFFÄLLIGER KINDER UND JUGENDLICHER e.V.

– BAG –

Adresse Fischtorplatz 17
6500 Mainz

Ansprechpartner Frau Schulz (Geschäftsführerin)

Telefon 0 61 31/22 74 40

Die Bundesarbeitsgemeinschaft zur Förderung Hal-
tungs- und Bewegungsauffälliger Kinder und Jugendli-
cher e.V. (BAG) wurde 1961 als „Arbeitsgemeinschaft der
Sonderturnlehrer im Lande Nordrhein-Westfalen“ ge-
gründet und schon kurze Zeit später in „Arbeitsge-
meinschaft zur Förderung gesundheitsgefährdeter,
haltungs- und leistungsschwacher Kinder und Jugendli-
cher – freie Vereinigung von Ärzten, Lehrern, Eltern
und Organisationen“ umbenannt.

Das von vornherein auf bundesweite Wirkung ausge-
richtete Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist es, Maßnah-
men einzuleiten und durchzuführen, um Haltungs-
schwächen und psychomotorische Defizite bei Kindern
und Jugendlichen zu erkennen und diesen entgegen-
zuwirken

Die satzungsgemäßen Aufgaben sehen vor:

- Ganzheitliche Förderung der Persönlichkeit durch
Bewegung, Spiel und Sport; diese sollen im Sinne
der Prävention und Kompensation nach medizini-
schen und sportpädagogischen Erkenntnissen die
motorischen, emotionalen, kognitiven und sozialen
Dimensionen durch Bewegungsangebote erfassen,
- Erstellen von Ausbildungskonzeptionen und Richtli-
nien für Fördermaßnahmen sowie die Bereitstellung
von Lehrkräften und Lehrmaterial für die Aus- und
Fortbildung,
- Mitarbeit bei der Ausarbeitung und Einführung einer
gezielten Bewegungsförderung in Organisationen
mit gleicher Zielstellung,
- Beratung von Behörden, Institutionen, Verbänden
und Unternehmen,
- Öffentlichkeit von ihrem Wirken zu unterrichten und
für aktive Mitarbeit sowie Mithilfe zu werben.

Der BAG gehören als Mitglieder an die Landesarbeitsge-
meinschaften in Bayern, Rheinland-Pfalz und im Saar-
land, die AOK für den Kreis Mettmann, der Berufsver-
band der Fachärzte für Orthopädie, die Bundesvereini-
gung für Gesundheitserziehung e.V und der Deutsche
Turnerbund. Nach einer kürzlich erfolgten Satzungsän-
derung werden auch Einzelmitglieder aufgenommen,
sofern sie nicht in einem Bundesland leben, in dem
eine aktive Landesarbeitsgemeinschaft besteht

Aufgaben und Ziele der Institution

- BAG -

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Organe der BAG sind die Mitgliederversammlung, das Präsidium mit dem Präsidenten, Vizepräsidenten und dem Schatzmeister als geschäftsführendes Gremium und bis zu vier Beisitzern.

Zur Erfüllung der Aufgaben unterhält die BAG mit mehreren hauptamtlichen Mitarbeitern eine Geschäftsstelle und ein Lehrteam, die vor allem auf drei Ebenen tätig sind:

- Information der Öffentlichkeit und Eltern, Erzieher/innen und Lehrer/innen über das Problem der Haltungs- und Bewegungsauffälligkeiten,
- Aus- und Fortbildung von Erzieher/innen, Übungsleiter/innen und Lehrer/innen,
- Erstellung von Handreichungen für den Sportunterricht und die Bewegungserziehung.

Den Schwerpunkt bildet dabei die bundesweite Lehrgangstätigkeit. In Zusammenarbeit mit Lehrerfortbildungsinstituten, Trägern von Tageseinrichtungen für Kinder und den Landessportbünden werden Lehrkräfte, Erzieher/innen und Übungsleiter/innen in mehrteiligen Lehrgängen mit Abschlußprüfungen ausgebildet und mit weiteren Lehrgangsangeboten fortgebildet. Dazu stellt die BAG ihr Lehrteam.

Besondere Projekte sollen die wissenschaftlichen Erkenntnisse und praktische Durchführung weiterentwickeln, so z. B. ein Projekt mit der Deutschen Turnerjugend „Turnen, Spiel und Sport mit Kindern im Turnverein zur Förderung ihrer Gesundheit“

Die Arbeit der BAG wird finanziert durch Eigeneinnahmen, Beiträge, Spenden und Projektförderung durch das BMFJ.

Medienangebote

Das Medienangebot der BAG ist auf die vorgenannten drei Tätigkeitsebenen ausgerichtet. Beispielhaft seien an Einzelmedien genannt:

- als Periodikum die Vierteljahreszeitschrift „Haltung und Bewegung“ (Abonnement) mit zwei Themenheften und zwei freien Ausgaben jährlich (kostenverursachend),
- das Faltblatt „Bewegungsmangel – ein Gesundheitsrisiko für Ihr Kind!“ soll Eltern über das Problem informieren (kostenlos bei Übernahme des Portos),
- 30minütiger Videofilm „Sportförderunterricht – ein Angebot für bewegungsauffällige Kinder“ für Eltern und Lehrer/innen (kostenverursachend),
- das Lehr- und Arbeitsbuch „Sportförderunterricht“ als Aus- und Fortbildungsunterlage (kostenverursachend),

Informationsblätter (6tlg.) zu den einzelnen Lehrbereichen der Haltungs- und Bewegungsschwächen (kostenverursachend) für Interessierte und Multiplikatoren,
eine Videoreihe „Sportförderunterricht“ mit 10 ausgewählten Themen für alle Lehrbereiche und verschiedene Altersstufen à 25 Minuten Dauer für Multiplikatoren (kostenverursachend),
Handreichung für den Sportförderunterricht „Aus der Praxis für die Praxis“ mit ausgewählten Spiel- und Übungsanregungen (kostenverursachend).

Über das Medienangebot liegt eine Übersicht bei der BAG vor und kann dort angefordert werden.

Serviceleistungen

Die Lehrgangstätigkeit stellt den Hauptanteil der Serviceleistungen dar. Ca. 70 Lehrgänge führt die BAG jährlich mit Unterstützung des BMFJ durch:

In Zusammenarbeit mit Jugend- und Gesundheitsämtern, Trägern und Ausbildungsstätten der Elementarerziehung bildet das Lehrteam der BAG Erzieher/innen in einem einwöchigen Einführungs- und einem einwöchigen Aufbaulehrgang in der Haltungs- und Bewegungserziehung aus.
In Zusammenarbeit mit den Lehrerfortbildungsinstituten werden durch das Lehrteam der BAG in Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz in dreiwöchigen Lehrgängen Lehrkräfte ausgebildet und erhalten nach bestandener Prüfung die Lehrbefähigung für den Sportförderunterricht (SFU) oder das Schulsonderturnen (SST).

In Zusammenarbeit mit den Landessportbünden werden durch das Lehrteam der BAG nach den Richtlinien der Übungsleiterausbildung Mitglieder von Turn- und Sportvereinen zu „Übungsleiter Sonderturnen im Verein“ ausgebildet

Die Lehrgangstermine werden im Periodikum „Haltung und Bewegung“ veröffentlicht und sind bei der BAG zu erfragen.

Mit dem Medienangebot steht die BAG für Informationen zu dem Problembereich zur Verfügung, und auch mit ihren Mitarbeiter/innen und Präsidiumsmitgliedern, ebenso zur Zusammenarbeit bei Maßnahmen.

Empfehlungen

Bei Planung und Durchführung von Aktivitäten für die Bewegungsförderung von Kindern und Jugendlichen sollte mit der BAG Kontakt aufgenommen werden, um

die Sachkenntnis, das Angebot an Fachleuten und die Medien der BAG zu nutzen.

BUNDESFORSCHUNGS- ANSTALT FÜR ERNÄHRUNG

– BFE –

Adresse Engesserstr. 20
7500 Karlsruhe 1

Ansprechpartner (Informationszentrum)

Telefon 07 21/6 0114/5/6

Die Bundesforschungsanstalt für Ernährung (BFE) ist eine nichtselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts im nachgeordneten Bereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML).

Die Arbeiten der Bundesforschungsanstalt haben das Ziel, einerseits Entscheidungshilfen für Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich der Ernährungs- und Verbraucherpolitik zu liefern, andererseits den wissenschaftlichen Fortschritt im Interesse des Gemeinwohls zu fördern.

Die Anstalt betreibt Forschung auf dem Gebiet der Ernährungs-, Lebensmittel- und Haushaltswissenschaften sowie auf verwandten Fachgebieten. Folgende Schwerpunkte werden gegenwärtig bearbeitet:

- Lagerung, Transport, Verarbeitung sowie Zubereitung und Qualität von Lebensmitteln,
- Düngung und Qualität von Lebensmitteln,
- sensorische, ernährungsphysiologische, toxikologische und ökonomische Bewertung von Lebensmitteln,
- Charakterisierung von Lebensmitteln durch objektive Methoden,
- wichtige Inhaltsstoffe von Lebensmitteln (z. B. Spurenelemente, Mineralstoffe),
- Fremdstoffe und Radionukleide in Lebensmitteln,
- Entwicklung von Untersuchungsmethoden für die Ernährungsforschung,
- hygienische Verbesserung der Lebensmittel,
- Bewertung der für die Gemeinschaftsverpflegung bedeutsamen Verpflegungssysteme,
- Ernährungsbedürfnisse und Ernährungsverhalten der Bevölkerung,
- Qualität und Kosten der Ernährung,
- Aufklärung der Verbraucher über gesunde Ernährung,
- Dokumentation und Information auf dem Gebiet der Ernährungs- und Haushaltswissenschaft.

Aufgaben und Ziele der Institution

- BFE -

Medienangebote

Das nachstehende Informationsangebot kann von wissenschaftlich Interessierten auf Anfrage in Anspruch genommen werden.

Jahresberichte der BFE

Die Jahresberichte enthalten in allgemeinverständlicher Darstellung eine Übersicht über die Forschungsergebnisse des betreffenden Jahres. Sie sind Teil des Jahresberichtes „Forschung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“. Der Gesamtbericht ist erhältlich bei:

Landwirtschaftsverlag, 4400 Münster-Hiltrup.
Der Teilbericht der BFE ist in beschränktem Umfang kostenfrei erhältlich.

- **Wissenschaftliche Originalarbeiten der BFE**
Die Forschungsergebnisse der BFE werden in allgemein zugänglichen wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht. Sonderdrucke der Veröffentlichungen und Publikationsverzeichnisse werden kostenfrei abgegeben.

Berichte der BFE

Die Berichte der BFE erscheinen in unregelmäßiger Folge und stellen in sich abgeschlossene Forschungsergebnisse mit teilweise umfangreichem Datenmaterial dar. Die Berichte können in beschränktem Umfang kostenfrei von wissenschaftlichen Institutionen bezogen werden. Das Gesamtverzeichnis der BFE-Berichte ist kostenfrei erhältlich.

Sonstige Veröffentlichungen der BFE

In Fachzeitschriften erscheinen zusammenfassende Veröffentlichungen zu Teilgebieten der Ernährungs- und Lebensmittelwissenschaft. Sonderdrucke und Publikationslisten sind kostenfrei erhältlich.

- **Bibliographie Haushalt und Verbrauch**
Die Bibliographie zu Haushalt und Verbrauch wird vom Institut für Ernährungsökonomie und -soziologie der BFE jährlich herausgegeben. Die Bibliographie ist kostenpflichtig.
- **Bibliographie zur Bestrahlung von Lebensmitteln**
Die Bibliographie zur Bestrahlung von Lebensmitteln erscheint seit 1955 in unregelmäßigen Abständen und enthält weltweit erschienene Literatur zum Thema. Der Bezug ist kostenfrei.
- **Dokumentation der Ernährungswissenschaft**
Die Dokumentation der Ernährungswissenschaft

stellt in sich abgeschlossene Literaturübersichten über Spezialgebiete der Ernährungswissenschaft dar. Sie enthält teilweise Zusammenfassungen, die einen Einblick in den gegenwärtigen Stand des Fachwissens auf dem betreffenden Gebiet gewähren. Die Dokumentation ist kostenfrei.

- Mitteilungen über Ernährungsfragen

Die Mitteilungen über Ernährungsfragen bieten allgemeinverständliche Übersichten zu aktuellen Fragen der Ernährung. Sie sind kostenfrei erhältlich.

Beispiele für von Mitarbeitern der BFE bearbeitete und veröffentlichte Themen:

- **Blei- und Cadmium-Gehalte von Lebensmitteln.** In: Zeitschrift für Lebensmittel-Untersuchung und -Forschung, J.F. Bergmann-Verlag, 1976
- **Schwermetallgehalte in der Nahrung – Werden die Grenzwerte der duldbaren Belastung überschritten?** In: Landwirtschaftliche Forschung, Zeitschrift des Verbandes Deutscher Landwirtschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsanstalten, Sonderheft 39. Dietary intake of cadmium: a re-evaluation. In: Trace elements in medicine, Vol. 2, No. 4, 1985 (pp. 167-174)
- **Risikofaktoren der Ernährung.** In: Arbeitsmedizin, Sozialmedizin, Präventivmedizin, Sonderheft 6 (1986)
- **Bestimmung der Bioverfügbarkeit von Cadmium in Pilzen durch Fütterungsversuche mit Ratten; Relevanz für den Menschen.** In: Zeitschrift für Ernährungswissenschaft, 23: 126-135 (1984)
- **Prüfung von Lebensmitteln und Lebensmittelinhaltsstoffen auf mutagene Wirkung im Kurzzeit-Test** In: Ernährungs-Umschau 29 (1982), Heft 2
- **Aufnahme von 3,4-Benzopyren durch Nahrungspflanzen aus künstlich angereicherten Substraten.** In: Z. Pflanzenernähr. Bodenkd. 1976, Heft 6: 685-695
- **Drei Monate nach dem Reaktor-Unfall in Tschernobyl.** Arbeitskreis Ernährung und Kommunikation, Bingen
- **Sulfit in Lebensmitteln – ein Gesundheitsrisiko?** In: Zeitschrift für Ernährungswissenschaft 25: 146-164 (1986)

Sonderdrucke dieser Auswahl können in Einzelfällen kostenlos bei der BFE angefordert werden.

Serviceleistungen

- **Anfragen**
Die BFE beantwortet kostenfrei spezielle Anfragen, die das Ernährungswissen betreffen. Der medizinische Bereich ist hiervon jedoch ausgenommen.
Elektronische Fachinformation
Das Informationszentrum der BFE ist Teil des Fachin-

formationssystems Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Auf Anfrage werden in den einschlägigen Datenbasen maschinelle Literaturrecherchen auf dem Gebiet der Ernährungs- und Lebensmittelwissenschaft mit Ausnahme des medizinischen Bereichs durchgeführt. Die Recherchen sind kostenpflichtig.

Empfehlungen

Für den mit Ernährungsfragen (Umweltrisiken im Ernährungsbereich) Befassten ist es u. U. von Interesse, wissenschaftlich fundierte Aussagen aus erster Hand bzw. einschlägige Hintergrundinformationen zu erhalten.

Im erstgenannten Fall kann er speziell Anfragen an die BFE richten, die dann kostenfrei bearbeitet werden.

Im Fall des Bedürfnisses nach wissenschaftlichen Hintergrundinformationen sind die o. a. Publikationslisten und Bibliographien sowie eine Nutzung der elektronischen Fachinformation eventuell geeignete Mittel der Wahl.

BUNDES- GESUNDHEITSAMT

– bga –

Hinweis: Das AIDS-Zentrum des bga ist in einer eigenen Beschreibung berücksichtigt.

Adresse Thielallee 88-92
Postfach 33 00 13
1000 Berlin 33

Telefon 0 30/83 08-0

Fernschreiber 184 016

Telefax 0 30/83 08 27 41

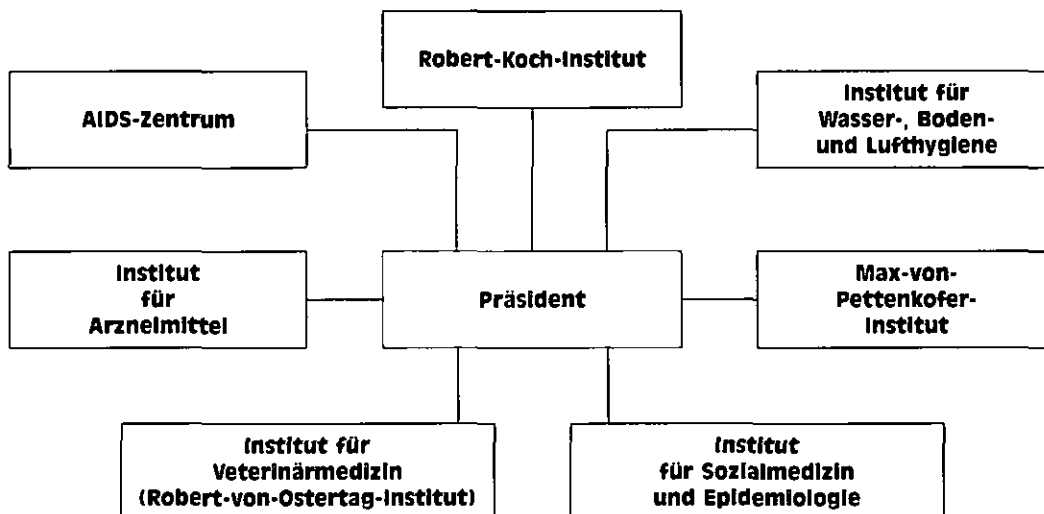
Das Bundesgesundheitsamt (bga) in Berlin* ist eine selbständige Bundesbehörde mit etwa 3000 Mitarbeitern, darunter etwa 800 Wissenschaftler, im Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit. Das Amt, das seine Traditionen auf das Kaiserliche Gesundheitsamt zurückführt, ist die zentrale Forschungseinrichtung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege und hat den Auftrag, Risiken für die Gesundheit von Mensch und Tier früh zu erkennen, nach Möglichkeiten zu suchen, diese zu bewerten, zu begrenzen und im Rahmen seiner gesetzlichen Kompetenzen Gesundheits- und Umweltrisiken einzudämmen.

Das Amt ist – wie nachstehende Organisationsübersicht zeigt – in sechs wissenschaftliche Institute und eine Zentralabteilung gegliedert.

Das Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des bga ist direkt dem Präsidenten unterstellt.

Aufgaben und Ziele der Institution

Das Bundesgesundheitsamt



* Die Darstellung der Aufgaben und Ziele des bga orientiert sich am „Tätigkeitsbericht des Bundesgesundheitsamtes“.

- bga -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Arbeiten des bga und seiner Institute orientieren sich an den Zielen:

1. Verbesserung des Schutzes der Gesundheit des Verbrauchers,
2. Verminderung von Umweltrisiken und
3. Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten.

Diese Zielsetzungen wurden wiederum in folgende generelle Aufgabenstellungen übersetzt, die vom bga auf der Basis gesetzlicher Grundlagen gelöst werden sollen:

- * Forschung auf den Gebieten der Arzneimittelsicherheit, des gesundheitlichen Verbraucherschutzes, der Umwelthygiene sowie der Prävention und Intervention im human- und veterinärmedizinischen Bereich.
- * Erledigung von Aufgaben der Exekutive auf den Gebieten des Arzneimittel- und Betäubungsmittelrechts, des Seuchenrechts, des Pflanzenschutzrechts, des Chemikalienrechts und des Gentechnikgesetzes
- * Wissenschaftliche Beratung der Bundesregierung, anderer staatlicher Entscheidungsträger, der EG und anderer internationaler Gremien

Neben der wissenschaftlichen Beratung der politischen Entscheidungsinstanzen auf Bundes- und Länderebene - das bga berät die Regierungen des Bundes und der Länder, insbesondere die Gesundheits- und Umweltministerien hat das Amt im Bereich der Wissenschaftsadministration verschiedene wichtige Exekutivaufgaben übernommen, z. B. die Zulassungsentscheidungen für Arzneimittel oder die Mitwirkung bei Entscheidungen über die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln.

BUNDESGESUNDHEITSAMT
Besucheranschrift:
Thielallee 88-92
1000 Berlin 33
Telefon: 0 30/83 08-0

Im folgenden werden die Arbeitsschwerpunkte der sechs Institute des bga kurz zusammengefaßt. Eine genaue Organisationsgliederung und eine ausführliche Beschreibung der Arbeitsschwerpunkte der einzelnen Institute sind dem jährlich erscheinenden Tätigkeitsbericht des bga zu entnehmen

ROBERT-KOCH-INSTITUT
Besucheranschrift:
Nordufer 20
1000 Berlin 65
Telefon: 0 30/45 03-1

Das Robert-Koch-Institut ist in die Abteilungen Virologie (Abt. I), Mikrobiologie (Abt. II), Immunologie (Abt. III), Biochemie (Abt. IV), Cytologie (Abt. V) und Biologische Sicherheit (Abt. VI) gegliedert und betreibt Forschung und Beratung auf den Gebieten der Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten. Forschungsergebnisse und fachliche Kompetenz der Mitarbeiter des Instituts fließen u. a. ein in Gesetzesvorhaben, Richtlinien, Verordnungen und Merkblätter für Ärzte oder andere im Infektionsbereich tätige Personengruppen.

INSTITUT FÜR WASSER-, BODEN-
UND LUFTHYGIENE
Besucheranschrift:
Corrensplatz 1
1000 Berlin 33
Telefon: 0 30/83 08-0

Das Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene ist in die Abteilungen Spezielle Umwelthygiene, Humanökologie und Gesundheitstechnik (Abt. I), Trink- und Betriebswasserhygiene (Abt. II), Abwasser- und Umwelthygiene beim Gewässerschutz (Abt. III), Lufthygiene (Abt. IV) und Bodengygiene, Hygiene der Wassergewinnung (Abt. V) gegliedert. Aufgabe des Instituts ist es, Mensch, Tier und Pflanze in der modernen Industriegesellschaft vor der Verschlechterung der Lebensbedingungen durch Verunreinigungen von Wasser, Boden und Luft zu schützen. Besondere Bedeutung kommt dabei dem gesundheitlichen Umweltschutz zu. Darüber führt das WaBoLu regelmäßig im November Fortbildungsveranstaltungen (für Wasserfachleute) durch

MAX-VON-PETTENKOFER-INSTITUT
Besucheranschrift:
Thielallee 88-92
1000 Berlin 33
Telefon: 0 30/83 08-0

Das Max-von-Pettenkofer-Institut ist in die Abteilungen Pflanzenbehandlungs-, Schädlingsbekämpfungs- und Holzschutzmittel (Abt. I), Toxikologie (Abt. II), Chemie der Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände (Abt. III), Toxikologie der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände (Abt. IV), Chemikalienbewertung (Abt. V) und Ernährungsmedizin (Abt. VI) gegliedert. Das Institut widmet seine Arbeit der Verbesserung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes im Bereich von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, Pflanzenbehandlungsmitteln und Chemikalien sowie der Dokumentation und Information zum Vergiftungsgeschehen. Dem Institut angegliedert ist die Zentrale Erfassungs- und Bewertungsstelle für Umweltchemikalien (ZEBS)

INSTITUT FÜR SOZIALMEDIZIN
UND EPIDEMIOLOGIE
Besucheranschrift:
General-Pape-Str 62-66
1000 Berlin 42
Telefon: 0 30/7 80 07-0

Das Institut für Sozialmedizin und Epidemiologie ist untergliedert in die Abt. I Gesundheitswesen und Statistik und die Abt. II Epidemiologie von Gesundheitsrisiken sowie die Fachgebietsgruppe Lebensmittel- und Arzneimittelbestrahlung, Alternativerfahren. Zu den Aufgaben des Instituts gehören die fortlaufende Beobachtung und Bewertung der Trends für wichtige Todesursachen und Krankheitsgruppen wie Herz- und Kreislaufkrankungen, Krankheiten der Atemwege und der Verdauungsorgane, Mütter- und Säuglingssterblichkeit, Infektionskrankheiten, Unfälle. In den epidemiologischen Untersuchungen geht es um die Entstehungsbedingungen und Ursachen der Krankheiten, um Beschwerden und Gesundheitsrisiken sowie um Möglichkeiten zu ihrer Eindämmung oder Verhütung, d. h. um Gesundheitsvorsorge.

INSTITUT FÜR VETERINÄRMEDIZIN
(Robert-von-Ostertag-Institut)
Besucheranschrift:
Diedersdorferweg 1
1000 Berlin 48
Telefon: 0 30/7 20 92-0

Das Institut für Veterinärmedizin ist in die Abteilungen Lebensmittelhygiene, Zoonosen- und Tierseuchenforschung und Arzneimittel, Tierernährung und Rückstandsforschung gegliedert. Die Arbeit des Instituts ist befaßt mit der Hygiene der Lebensmittel tierischer Herkunft, der Erforschung und Bekämpfung von Krankheiten, die vom Tier auf den Menschen übertragen werden können, und mit dem Nachweis und der Beurteilung von Rückständen in tierischen Lebensmitteln.

Das bga publiziert bis auf wenige Informationsschriften für interessierte Bürger vornehmlich Informationsmaterialien für Wissenschaftler und fachspezifisch vorgebildete „Schlüsselpersonen“.

Diese Publikationen werden im regelmäßig aktualisierten bga-Schriftenverzeichnis - unter Angabe der exakten Bezugsquellen - ausgewiesen. Das bga-Schriftenverzeichnis wird auf Anfrage zur Verfügung gestellt. Über den gleichen Verteiler erfolgt die Zustellung der Pressemitteilungen des bga (bga Pressedienst) und des jährlichen Tätigkeitsberichts.

Aus der oben dargestellten knappen Übersicht der Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte des bga und seiner Institute ergibt sich folgende Konzeption der Veröffentlichungspraxis:

1. Wissenschaftliche Beiträge und Forschungsergebnisse werden von Mitarbeitern des bga in nationalen und internationalen „Fachzeitschriften“ veröffentlicht. Ein Verzeichnis dieser Veröffentlichungen ist im jährlichen „Tätigkeitsbericht“ des bga enthalten.

INSTITUT FÜR ARZNEIMITTEL
Besucheranschrift:
Seestraße 10
1000 Berlin 65
Telefon: 0 30/45 02-0

Das Institut für Arzneimittel ist in die Abteilungen Arzneimittelzulassungen, Pharmazeutische Chemie, Biologie und Technologie, Arzneimitteltoxikologie, Experimentelle und Klinische Pharmakologie, Arzneimittelverkehr und Betäubungsmittelverkehr (Bundesopiumstelle), Aufbereitung und Nachzulassung. Das Institut ist befaßt mit der Zulassung und Registrierung von Arzneimitteln, der Sammlung und Auswertung von Meldungen über unerwünschte Arzneimittelwirkungen, mit Arzneimittel-Sicherheitsmaßnahmen sowie mit der Überwachung des legalen Verkehrs mit Betäubungsmitteln.

BUNDESGESUNDHEITSAMT
Pressestelle
Postfach
1000 Berlin 33
Telefon: 0 30/83 08 27 75

Die Pressestelle des bga hat u. a. die Aufgabe, die an Fachleute gerichteten, wissenschaftlich erarbeiteten Informationen für die Presse in eine allgemeinverständliche Form umzusetzen, so daß eine schnelle Übermittlung spezieller fachlicher Sachverhalte möglich wird.

Abgesehen von den üblichen Aufgaben einer Pressestelle, übt die Pressestelle des Bundesgesundheitsamtes hier eine koordinierende und beratende Tätigkeit nach beiden Seiten aus: Gegenüber dem bga-Wissenschaftler werden, wenn nötig, die Informationsbedürfnisse des Journalisten mit ergänzenden Erläuterungen versehen, da er diese häufig nicht in dem Maße kennt, wie es für ein fruchtbares Gespräch erforderlich ist. Gegenüber dem Journalisten werden die wissenschaftlichen Fakten in ihrer öffentlichen Bedeutung, wenn nötig, ergänzend erläutert.

2. Wichtige Arbeitsergebnisse des Bundesgesundheitsamtes werden in verschiedenen „Schriftenreihen“ („bga-Schriften“, „Berichte aus dem bga mit seinen Instituten“, „Hefte aus den Instituten des bga“) publiziert.

3. Das vom bga monatlich herausgegebene „Bundesgesundheitsblatt“ berichtet über aktuelle wissenschaftliche Entwicklungen auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes sowie der Umwelthygiene. Es kann beim Carl Heymanns Verlag, Luxemburger Str. 449, 5000 Köln 41, bezogen werden.

4. Das bga gibt im Rahmen seiner wissenschaftlichen Arbeit gesundheitliche „Ratschläge und Empfehlungen“ für Fachkreise, die helfen sollen, den Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse in Sachen Gesundheitsschutz sachgerecht in die Praxis umzusetzen. In der Regel werden diese Ratschläge und Empfehlungen im Bundesgesundheitsblatt publiziert (vgl. Schriftenverzeichnis), z. T. aber auch in dickbändigen Lose-Blatt-Sammlungen herausgegeben.

- bga -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Medienangebote

- bga -

Medienangebote

Beispiele dieser Art der Information:

- Merkblatt für Ärzte mit speziellen fachlichen Informationen zum Thema „AIDS“.
- „Die Richtlinie für die Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankenhausinfektionen“. Diese Lose-Blatt-Sammlung soll den in Krankenhäusern Tätigen, aber auch Gesundheitsämtern und Überwachungsbehörden angeben, welche Anforderungen zum Schutz von Patienten und Personal an die Krankenhaushygiene gestellt werden. Bezugsquelle: Gustav Fischer Verlag, Stuttgart.
- Die „Amtliche Sammlung von Untersuchungsverfahren nach § 35 LMBC“ beschreibt Verfahren zur Probenahme und Untersuchung von Lebensmitteln, Tabakerzeugnissen, kosmetischer Mittel und Bedarfsgegenständen. Diese Verfahren sind eine wichtige Arbeitsgrundlage für die mit Überwachungsfunktionen

nen betrauten Landesbehörden. Bezugsquelle: Beuth Verlag, Berlin

5. Das bga gibt aktuelle Warnungen vor Gesundheitsrisiken in Form von Pressemitteilungen („bga-Pressedienst“) heraus, die gleichzeitig an medizinische Fachjournalisten, Agenturen und Journalisten versandt werden. Solche Risiken betreffen häufig Arzneimittel, aber auch Mittel des täglichen Gebrauchs.
6. Die Informationsaufgabe des bga in Form von Fortbildung von Fachkreisen wird weiter unten („Serviceleistungen“) beschrieben.

Über den geschilderten Rahmen der Veröffentlichungspraxis hinaus werden Arbeiten des Instituts für Wasser-, Boden- und Lufthygiene des bga in der Schriftenreihe des „Vereins für Wasser-, Boden- und Lufthygiene e.V.“ publiziert

Serviceleistungen

Folgende Serviceleistungen können generell jedoch mit unterschiedlichen Vorbehalten in Anspruch genommen werden:

1. Fortbildungsveranstaltungen
2. Wissenschaftliche Referenten
3. Kooperation bei Untersuchungen
4. Ad-hoc-Beratung bei Einzelanfragen

ad 1 Fortbildungsveranstaltungen

Das Bundesgesundheitsamt, in besonderem Maße das Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene, betreibt Fortbildung. Das Institut organisiert regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen, die in Form von Fachgesprächen im kleinen Kreis mit Vorträgen und Labordemonstrationen durchgeführt werden. Diese Tagungen werden in speziellen Prospekten angekündigt und sind in der Regel mit Kosten verbunden

Im übrigen finden regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen der Institute des bga u. a. in Zusammenarbeit mit der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen, dem Kongreß für ärztliche Fortbildung sowie anderen wissenschaftlichen Einrichtungen zu verschiedenen Themenbereichen statt

Ankündigungen für diese Veranstaltungen erfolgen auf dem Dienstweg bzw. im Bundesgesundheitsblatt

ad 2. Wissenschaftliche Referenten

Die Inanspruchnahme wissenschaftlicher Referenten muß sich aufgrund knapper personeller Ressourcen auf Ausnahmefälle beschränken. Es ist jedoch prinzipiell möglich, bei zentralen Veranstaltungen und aktuellen Problemstellungen wissenschaftliche Referenten anzufragen. Solche Anfragen sollten an den Präsidenten

des bga gerichtet werden und möglichst konkret den gewünschten Themenkreis benennen

ad 3 Kooperation bei Untersuchungen

Kooperation mit einzelnen Instituten des bga ist prinzipiell in markanten Problemlagen und Einzelfällen möglich. In speziellen Fällen können Untersuchungen vor Ort gemeinsam durchgeführt werden, wenn z. B. damit ein noch nicht konkretisierter Forschungsbedarf verbunden ist (wie z. B. bei der Frage nach neurotoxischen Wirkungen von Blei in niedrigem Konzentrationsbereich bei Kindern). Generell sind solche Kooperationen dann aussichtsreich, wenn die angefragten Arbeitsthemen in das aktuelle Forschungsprogramm der einzelnen Abteilungen der Institute hineinpassen und wenn Reisekosten übernommen werden können.

Andere Kooperationsformen wären beispielsweise die Prüfung und Bewertung der Meßdaten schadstoffbelasteter Lebensmittel im Hause des bga bzw. die Einzeluntersuchung zur Klärung von Hepatitis B in einem speziellen Fall. Auch bei diesen Kooperationsanfragen sollte der Weg über den Präsidenten führen bzw. der behördliche Dienstweg beschritten werden

ad 4 Ad-hoc-Beratung bei Einzelanfragen

Es entspricht den Gepflogenheiten des Hauses, in aktuellen Fällen und Notlagen informelle, zumeist telefonische Anfragen - soweit dies möglich ist - zu bearbeiten. Dieser „informelle Beratungsdienst“ des bga ist selbstverständlich auf Einzelfälle beschränkt und kann die offiziellen dienstlichen Anfragen, die z. B. von Gesundheitsämtern über die zuständigen obersten Landesbehörden an den Präsidenten des Bundesgesundheitsamtes zu richten sind, nicht ersetzen.

Empfehlungen

Es sollten bekannt bzw. verfügbar sein:

PERIODIKA

- das „bga-Schriftenverzeichnis“ (wird regelmäßig aktualisiert, Bezug kostenlos über bga-Verteiler)
- der „bga-Tätigkeitsbericht“ (erscheint jährlich, Bezug kostenlos über bga-Verteiler)

- der „bga-Pressedienst“ (erscheint regelmäßig nach Bedarfslage, Bezug kostenlos über bga-Verteiler)
- das „Bundesgesundheitsblatt“ (erscheint monatlich, Bezug für Gesundheitsämter zu einem Sonderpreis beim Carl Heymanns Verlag, Köln)
- das „Verzeichnis der Veröffentlichungen“ des Instituts für Wasser-, Boden- und Lufthygiene (darin enthalten ist das Verzeichnis der Schriftenreihe des Vereins für Wasser-, Boden- und Luft-

hygiene e V., erscheint jährlich, Bezug kostenlos auf Anfrage beim Institut)

EINZELMEDIEN (exemplarisch)

- Arzneimittel und Arzneimittelsicherheit (1992, kostenlos)
- *Vom Umgang mit Formaldehyd* (1985, kostenlos)
- Wer informiert über Gesundheits- und Umweltschutz? (1991, kostenlos)

FORTBILDUNG

- die Fortbildungstagungen des Instituts für Wasser-, Boden- und Lufthygiene (diese Veranstaltungen werden jährlich vorausgeplant; Ankündigungen erfolgen in speziellen Prospekten; die Fortbildungstagungen sind kostenpflichtig)
- die Fortbildungsveranstaltungen anderer Institute des bga werden auf dem Dienstweg bzw. im Bundesgesundheitsblatt angekündigt

- bga -

Empfehlungen

BUNDESKNAPPSCHAFT

– Körperschaft des öffentlichen Rechts –

Adresse	Königsallee 175 4630 Bochum 1
Ansprechpartner	Dezernat: Krankenversicherung – Grundsatz – Dezernent: Herr E. Koch
Telefon	02 34/3 04-1100
Telefax	02 34/3 04-1132

Die Bundesknappschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts; sie ist Träger der Knappschaftsversicherung, d. h. sie umfaßt sowohl die knappschaftliche Krankenversicherung als auch die knappschaftliche Rentenversicherung.

Die Bundesknappschaft ist ein Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen. Sie nimmt die Aufgaben eines Bundes- und Landesverbandes und auf örtlicher Ebene die Aufgaben einer Krankenkasse wahr. Selbstverwaltungsorgane der Bundesknappschaft sind die Vertreterversammlung und der Vorstand, die disparitätisch besetzt sind. Die laufenden Verwaltungsgeschäfte der Bundesknappschaft werden von der Hauptverwaltung in Bochum und sieben nachgeordneten Verwaltungsstellen durchgeführt. Zur Zeit betreut die Bundesknappschaft im alten Bundesgebiet 213.866 Aktive, 686.155 Rentner und 23.824 freiwillig Versicherte. Hinzu kommen ca. 211.600 Aktive sowie die gleiche Anzahl an Rentnern im neuen Bundesgebiet.

Die knappschaftliche Krankenversicherung hat die Aufgabe, die Gesundheit der Versicherten zu erhalten, wiederherzustellen oder ihren Gesundheitszustand zu bessern. Hierfür stellt sie auch ihre eigenen Einrichtungen zur Verfügung (Krankenhäuser).

Im Interesse der gesundheitlichen Belange ihrer Versicherten arbeitet die knappschaftliche Krankenversicherung mit der knappschaftlichen Rentenversicherung im Rahmen des Verbundsystems sowie mit allen berufsständischen Organisationen und Einrichtungen des Bergbaus, insbesondere der Bergbau-Berufsgenossenschaft, und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens eng zusammen.

Zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit wurden Richtlinien verabschiedet, die die Eigenverantwortung der Versicherten für ihre Gesundheit unterstützen sollen.

Ziel ist es,

- durch Stärkung des Bewußtseins für Gesundheitsgefährdungen Versicherte zu gesundheitserhaltenden und -fördernden Maßnahmen zu veranlassen und sie
- durch finanzielle Anreize zur Inanspruchnahme von entsprechenden Kursen zu motivieren

Aufgaben und Ziele der Institution

BUNDES- KNAPPSCHAFT	<p>Die Umsetzung dieses Ziels erfolgt durch regelmäßige Aufklärung, Information und Beratung (in Zeitschriften, Broschüren, in den Beratungsstellen der Bundesknappschaft) auf örtlicher Ebene. Damit erhält die Öffentlichkeitsarbeit eine zentrale Bedeutung</p>	
Aufgaben und Ziele der Institution	<p>Weiterhin arbeitet die Bundesknappschaft auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge in verschiedenen Arbeitskreisen mit bzw. ist dort vertreten, so z. B.</p> <ul style="list-style-type: none"> - in der Arbeitsgemeinschaft „Gesundheitsförderung“ Nordrhein-Westfalen und des Saarlandes - im Arbeitskreis „Zahngesundheit“ Westfalen-Lippe - im Deutschen Ausschuß für Jugendzahnpflege (DAJ). 	
Medienangebote	<p>Zielgruppe der Medienangebote ist zunächst die Versicherungsgemeinschaft, die über Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge und -förderung informiert werden soll. Eine weitere Gruppe bilden die Knappschaftsältesten, die eine Verbindung zwischen der Bundesknappschaft und den Versicherten herstellen. Eine ihrer Aufgaben ist es, Versicherte zu beraten und zu betreuen.</p> <p>Das Medienangebot der Bundesknappschaft richtet sich natürlich auch an die Beschäftigten in der Hauptverwaltung, den Verwaltungs- sowie den örtlichen Geschäftsstellen.</p> <p>Als Periodika erscheinen</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Kompaß, Zeitschrift für Sozialversicherung im Bergbau, mit Beiträgen aus der bergbaulichen Unfallversicherung sowie leistungs-, versicherungs- und beitragsrechtlichen Themen aus der knappschaftlichen Krankenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung, Mitteilungen über Gesetze, Regelungen und Richtlinien, mit Berichten und Informationen über Kongresse, nationale und internationale Veranstaltungen sowie amtlichen Bekanntmachungen (Abonnement -- kostenpflichtig) - die Mitgliederzeitschrift „tag“, die vierteljährlich erscheint, über aktuelle Themen aus allen Bereichen der knappschaftlichen Versicherung unterrichtet, 	<p>über gesetzliche Änderungen informiert und gesundheitliche Aufklärung betreibt (kostenlos)</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Knappschaftliche Presseschau, die eine Zusammenstellung aller auf örtlicher Ebene erscheinenden Artikel bietet (kostenlos) - das Informationshandbuch für Knappschaftsälteste mit den wichtigsten Erläuterungen zu den versicherungs-, beitrags- und leistungsrechtlichen Vorschriften des Gesundheitsreformgesetzes (GRG) und anderen Vorschriften einschließlich der Satzung der Bundesknappschaft (kostenlos) - Broschüren und Merkblätter für die Versicherten und ihre Angehörigen, u. a. sind erschienen: <ul style="list-style-type: none"> - Broschüre „Im Dienste Ihrer Gesundheit: Der Sozialmedizinische Dienst der Bundesknappschaft“ - Broschüre „Bundesknappschaft, das soziale Verbundsystem“ - Broschüre „Ihre Krankenversicherung“ für das alte und das neue Bundesgebiet - Broschüre „Früherkennung hilft heilen – Vorsorgeuntersuchungen für Ihr Kind“ - Faltblatt „Der TÜV für Ihre Gesundheit“. Eine Information über die Gesundheitsuntersuchung zur Früherkennung von „Volkskrankheiten“ <p>Alle Broschüren und Merkblätter erhalten Sie kostenlos über das Referat „Öffentlichkeitsarbeit“ oder bei örtlichen Geschäftsstellen der Bundesknappschaft.</p>
Service- leistungen	<p>Die Serviceleistungen der Bundesknappschaft stehen mit den von ihr gesetzten Aufgabenschwerpunkten zur Gesundheitsvorsorge in engem Zusammenhang:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Übernahme von Kosten für Kurse zur Förderung der Gesundheit und zur Gesunderhaltung - Aufklärung, Information und Beratung der Versicherten zu sämtlichen Themen der Krankenversicherung durch Informationsveranstaltungen, die das 	<p>Referat „Öffentlichkeitsarbeit“ der Bundesknappschaft veranstaltet</p> <ul style="list-style-type: none"> - Info-Stand auf den IGBE-Kongressen für Mitglieder der IGBE - Fortbildungsveranstaltungen für Knappschaftsälteste und Mitarbeiter, die über Tendenzen und Entwicklungen im Gesundheitswesen durch Mitarbeiter des Grundsatzdezernats Krankenversicherung bei der Bundesknappschaft unterrichtet werden.
Empfehlungen	<p>Auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge arbeitet die Bundesknappschaft als Spitzenverband mit den anderen Bundesverbänden eng zusammen. Sie ist aber auch in verschiedenen Arbeitskreisen/-gemeinschaften auf Landesebene vertreten. Die Bundesknappschaft setzt bei der Gesundheitsvorsorge einen Schwerpunkt in die Aufklärung ihrer Versicherten. Jedes Mitglied erhält die Zeitschrift „tag“ kostenlos zugesandt. Interessierte können sich in den Postverteiler aufnehmen lassen. Sie erhalten dann ebenfalls kostenlos die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift zugesandt.</p>	<p>Empfehlenswert sind darüber hinaus folgende Medienangebote:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Zeitschrift Kompaß, die monatlich erscheint (Abonnement – kostenpflichtig) und einen umfassenden Einblick in die bergbauliche Versicherung bietet sowie über Aktuelles berichtet, und - die Info-Broschüren, die kostenlos in den Geschäftsstellen der Bundesknappschaft abgegeben werden.

BUNDESKONFERENZ FÜR ERZIEHUNGS- BERATUNG e.V.

Gesellschaft für Beratung und Therapie von Kindern, Jugendlichen und Eltern

Adresse Amalienstraße 6
8510 Fürth/Bay.

Ansprechpartner Herr Menne (Geschäftsführer)

Telefon 09 11/77 89 11/12

Die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (BKfE) wurde 1962 als gemeinnütziger Verein gegründet.

Fachkräfte der ca. 800 Erziehungsberatungsstellen in der Bundesrepublik sind auf freiwilliger Basis in Landesarbeitsgemeinschaften für Erziehungsberatung in den jeweiligen Bundesländern organisiert. Diese Landesarbeitsgemeinschaften sind wiederum in der Bundeskonferenz zusammengeschlossen.

Die BKfE finanziert sich aus Beiträgen, die die Landesarbeitsgemeinschaften im Verhältnis zur Zahl ihrer Mitglieder abführen, aus Kursgebühren und aus Mitteln, die die Bundeskonferenz als anerkannte Fachorganisation der Jugendhilfe vom Bundesministerium für Frauen und Jugend im Rahmen einer institutionellen Förderung erhält.

Die Zielgruppe der BKfE sind in erster Linie die Mitarbeiter der Erziehungsberatungsstellen, aber auch Träger von Beratungsstellen, Behörden, Verbände und der Gesetzgeber soweit es Gesetzesvorhaben betrifft, die Kinder und Jugendliche angehen.

Als Fachverband für die Angelegenheiten der Erziehungs- und Familienberatung bevorzugt die Bundeskonferenz weder ein einzelnes methodisches Vorgehen noch eine bestimmte Berufsgruppe, sondern tritt für eine multidisziplinäre Arbeit im Team der Erziehungsberatungsstelle ein. Dementsprechend sind die vier Hauptfachrichtungen (Ärzte, Psychologen, Kinder- und Jugendlichentherapeuten und Sozialarbeiter/Sozialpädagogen) im Vorstand der BKfE ständig repräsentiert.

Die Bundeskonferenz bemüht sich in ihren Tätigkeiten um die Voraussetzungen der Arbeit von Erziehungsberatungsstellen und ihre inhaltliche Ausgestaltung, um die Förderung von Prävention, Diagnostik, Beratung und Therapie von Kindern und Jugendlichen, die Weiterbildung der Fachmitarbeiter sowie die Wahrung der Rechte der Klienten von Beratungsstellen (z. B. Datenschutz).

Aufgaben und Ziele der Institution

**BUNDES-
KONFERENZ FÜR
ERZIEHUNGS-
BERATUNG e.V.**

In diesem Rahmen ist die BKfE tätig auf folgenden Gebieten:

- Vermittlung von Erfahrungsaustausch der Mitarbeiter von Beratungsstellen sowie neuer Erkenntnisse für die Beratungsarbeit
- Statistische Erhebung zur Arbeit von Beratungsstellen
- Veranstaltung von Fort- und Weiterbildungsangeboten und Fachtagungen

- Aufklärung der Öffentlichkeit über Erziehungsberatung und über seelische Gefährdungen von Kindern und Jugendlichen
- Stellungnahmen z. B. bei Gesetzesvorhaben und anderen öffentlichen Angelegenheiten, die die Erziehungsberatung sowie die seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen betreffen.

Medienangebote

Die Medien der BKfE zielen in erster Linie auf die Fachmitarbeiter der Erziehungsberatungsstellen, in zweiter Linie sollen Träger von Beratungsstellen und Behörden angesprochen werden und schließlich die allgemeine Öffentlichkeit.

Die Zeitschrift der BKfE „Informationen für Erziehungsberatungsstellen“ erscheint 3mal im Jahr; sie wird den Erziehungsberatungsstellen und den Mitgliedern der Landesarbeitsgemeinschaften zur Verfügung gestellt (Einzelabonnement ist möglich). Die externe Zeitschrift „Praxis der Kinderpsychologie und -psychiatrie“ hat eine regelmäßige Rubrik „Mitteilungen der BKfE“.

Über die Printmedien der Bundeskonferenz ist eine laufend aktualisierte Veröffentlichungsliste kostenlos zu beziehen. Die Printmedien sind, soweit es sich nicht um Buchveröffentlichungen bei Verlagen handelt, in der Regel kostenlos. Allenfalls bei größeren Stückzahlen kann eine Gebühr erhoben werden.

Die BKfE gibt eine große Anzahl von (zum Teil mehrseitigen) Merkblättern und Broschüren heraus:

- Informationen über die Bundeskonferenz und ihre Arbeit (Satzung, Selbstdarstellung etc.)
- Unter den Rubriken „Basistexte“ und „Hinweise der Bundeskonferenz“ werden Informationen über technische, verwaltungsmäßige und rechtliche Probleme von Erziehungsberatungsstellen für die dort Arbeitenden zusammengefaßt.
- Die „Stellungnahmen der Bundeskonferenz“ richten sich mehr an den Gesetzgeber, Behörden und die allgemeine Öffentlichkeit und beziehen sich in der Regel auf in der Diskussion befindliche Fragestellungen,

die für die Erziehungsberatung und das Wohl von Kindern und Jugendlichen von Belang sind.

- Regelmäßig werden die Ergebnisse der Erhebungen der BKfE als „Ausgewählte Ergebnisse von Erziehungs- und Familienberatungsstellen“ veröffentlicht.

Die in der obengenannten Liste ebenfalls verzeichneten Buchveröffentlichungen bei Verlagen befassen sich in der Regel mit inhaltlichen Fragestellungen, die für die beratende und therapeutische Arbeit bei kindlichen Entwicklungsproblemen wichtig sind. Exemplarisch für die Buchveröffentlichungen seien hier die Bücher „Gewalt und Erziehung“ und „Familie in der Krise – Sozialer Wandel, Familien- und Erziehungsberatung“, „Erziehungs- und Familienberatung. Untersuchungen zu Entwicklung, Inanspruchnahme und Perspektiven“ erwähnt.

Die BKfE verfügt über Plakate zur Information der Öffentlichkeit über die Aufgaben der Bundeskonferenz und über die Arbeitsweise der Erziehungsberatungsstellen. Die Plakate werden kostenlos ausgeliehen.

In regelmäßigen Abständen gibt die Bundeskonferenz Informationsbroschüren (kostenlos) mit den Ergebnissen ihrer Erhebungen zu Anzahl, Verteilung und personeller Ausstattung von Erziehungsberatungsstellen sowie zu deren Inanspruchnahme durch Klienten heraus („Ausgewählte Auszahlungsergebnisse von Erziehungs- und Familienberatungsstellen in der BRD und Berlin-West“ und „Inanspruchnahme von Erziehungsberatungsstellen ...“).

Eine kostenlose Aufnahme in den Verteiler der BKfE ist möglich.

**Service-
leistungen**

Im Rahmen der „Zentralen Weiterbildung“ veranstaltet die Bundeskonferenz eine Vielzahl von Kursen (in der Regel als Blockseminare) zur fachlichen Arbeit an Erziehungsberatungsstellen. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Weiterbildung in methodischen Ansätzen zur Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. Die Kurse stehen, soweit Plätze nicht von Mitarbeitern von Erziehungsberatungsstellen beansprucht werden, auch anderen Interessenten offen. Sie finden überall in der Bundesrepublik statt.

Über das jährliche Kursangebot ist ein kostenloses Programm erhältlich, weitergehende Fragen können an den Leiter der Zentralen Weiterbildung in der Gesellschaft der BKfE gerichtet werden.

Die ca. 60 Leiter der Weiterbildungsseminare können über die Bundeskonferenz für Referentendienste zu Fragen im Zusammenhang mit Erziehungsberatung und psychohygienischen Problemen von Kindern und

Jugendlichen angesprochen werden. Über die Referententätigkeit und das Honorar muß mit den Betreffenden selbst verhandelt werden.

Die Bundeskonferenz verfügt über eine kleine Ausstellung (8 Plakate 83 x 120 cm auf Karton), die über den Ausbau der Erziehungsberatung zu verschiedenen Zeitpunkten, die Unterschiede der Versorgung in den Bundesländern und die Ausstattung mit Mitarbeitern informiert. Die Ausstellung wird kostenlos ausgeliehen (evtl. Transportkosten).

Einmal jährlich führt die BKfE eine Fachtagung zu Fragen der Erziehungsberatung durch, die auch Nicht-Mitgliedern offensteht (Teilnahmegebühr).

Die Bundeskonferenz führt regelmäßige statistische Erhebungen zu Ausstattung und Beanspruchung der Erziehungsberatung in der Bundesrepublik durch (siehe „Medienangebote“).

Interessierte sollten in jedem Fall das kostenlose, ausführliche Veröffentlichungsverzeichnis anfordern.

Es empfiehlt sich die kostenlose Aufnahme in den Verteiler der BKfE.

Das umfangliche Weiterbildungsprogramm der „Zentralen Weiterbildung“ der BKfE sollte angefordert werden.

Die BKfE verleiht kostenlos eine Ausstellung von 8 Plakaten (83 x 120 cm) auf Karton über den Ausbau von Erziehungsberatung.

Über die BKfE kann eine größere Anzahl von Referenten mit Lehrerfahrung angesprochen werden.

Die jährliche Fachtagung der BKfE steht auch Nicht-Mitgliedern offen.

**BUNDES-
KONFERENZ FÜR
ERZIEHUNGS-
BERATUNG e.V.**

Empfehlungen

BUNDESVERBAND DER BETRIEBSKRANKEN- KASSEN

– Körperschaft des öffentlichen Rechts –

Adresse	Kronprinzenstraße 6 4300 Essen
Ansprechpartner	Referat Gesundheit (Referatsleiter: Herr W. Kammerer)
Telefon	02 01/1 79-01
Telefax	02 01/1 79-10 00

Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts; seine Mitglieder sind dreizehn Landesverbände (Hamburg/Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz/Saarland bilden jeweils einen Landesverband) der Betriebskrankenkassen sowie die Betriebskrankenkasse des Bundesverkehrsministeriums, die Bundesbahn-Betriebskrankenkasse, die Reichsbahn-Betriebskrankenkasse und die Bundespost-Betriebskrankenkasse.

Den Landesverbänden der Betriebskrankenkassen gehören die ca. 740 Betriebskrankenkassen mit über 8 Millionen Versicherten (1991) an. Die Betriebskrankenkassen verstehen sich „als ein eigenständiges Instrument der betrieblichen Sozialpolitik und als zusätzliches Feld partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern“. Schon sehr früh bestanden als Vorläufer der Betriebskrankenkassen Ende des letzten Jahrhunderts betriebsbezogene Krankenversicherungseinrichtungen im Bergbau, gewerbliche Hilfskassen und sogenannte Fabrikkrankenkassen.

Der Bundesverband, der 1952 gebildet wurde, hat als Hauptaufgabe die Unterstützung und Förderung seiner Mitglieder. Ein Arbeitsschwerpunkt sind z. B. die Abschlüsse der Bundesmantelverträge mit den Bundesorganisationen der Ärzte und Zahnärzte.

Weitere Arbeitsschwerpunkte sind:

- Beratung und Unterrichtung der Mitglieder z. B. in Fragen des Versicherungs- und Leistungsrechts, zu der Weiterentwicklung im Zusammenhang mit dem GRG und zu speziellen Fachthemen wie z. B. „Betriebliche Suchtkrankenhilfe“ und „Betriebliche Gesundheitsförderung“.
- Entwicklung und Umsetzung BKK-spezifischer EDV-Lösungen.
- Forschung, mit Forschungsvorhaben wie z. B. „Qualitätssicherung in der zahnmedizinischen Versorgung“ oder „Krankenkassen- und Betriebsmedizin“,
- Berufliche Bildung, wo neben der Ausbildung des Nachwuchses und Umschulung von Angestellten aus anderen Berufen in der Bundesschule zahlreiche Weiter- und Fortbildungslehrgänge durchgeführt werden.

Aufgaben und Ziele der Institution

BUNDES- VERBAND DER BETRIEBS- KRANKEN- KASSEN

Aufgaben und Ziele der Institution

- Erstellung und Auswertung von Statistiken, so z. B. über Krankheitsarten, Arbeitsunfähigkeit, Krankenhausaufenthalten und Betriebsunfällen der Mitglieder unter verschiedenen Aspekten,
- Öffentlichkeitsarbeit und
- Mitwirkung in den entsprechenden nationalen und internationalen Gremien und Vereinigungen.

In allen Arbeitsschwerpunkten wird traditionsgemäß der Gesundheitsförderung, Prävention und Prophylaxe große Bedeutung beigemessen.

Wie bei den einzelnen Betriebskrankenkassen und den Landesverbänden sind auch beim Bundesverband die Selbstverwaltungsorgane eine Vertreterversammlung und der Vorstand. Die Vertreterversammlung und der Vorstand sind paritätisch besetzt mit gewählten Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber. Die Aufgaben der Vertreterversammlung sind: Beschlußfassung über die Satzung, Abnahme der Jahresrechnung und Aufstellung des Haushaltsplanes sowie die Wahl des Vorstandes. Der Vorstand führt die Kassengeschäfte und schlägt der Vertreterversammlung den Haupt-

amtlichen Geschäftsführer und seinen Stellvertreter zur Wahl vor.

Daneben gibt es auch beratende Fachgremien mit besonderen Aufgaben wie z. B. einen Arbeitskreis „Prävention und Rehabilitation“ (bestehend aus BKK-Vertretern und Arbeitsmedizinern).

Mit der Umsetzung der Aufgaben des Bundesverbandes sind über 300 Mitarbeiter befaßt, die in folgenden Bereichen tätig sind:

- innere Verwaltung
- EDV
- Vertragswesen
- Beitragswesen
- Leistungen
- Gesundheitsförderung
- Rehabilitation
- Bundesschule

Die Finanzierung erfolgt über eine spezielle Umlage bei den Mitgliedern

Medienangebote

Das Medienangebot des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen richtet sich einmal an die Mitarbeiter der Krankenkassen und der Betriebe mit Informationen über Versicherungsrecht und -verwaltung sowie über Fragen von Prävention, Therapie und Rehabilitation, und zum anderen an die Mitglieder und ihre Angehörigen vor allem mit Informationen und Anregungen zum Erhalt ihrer Gesundheit. Als Periodika erscheinen:

- die Verbandszeitschrift „Die Betriebskrankenkasse“ mit versicherungsrechtlichen und -wirtschaftlichen Artikeln sowie Themen aus dem Gesundheitswesen, dann Mitteilungen über Gesetze, Regelungen und Richtlinien, Berichten aus dem Bereich der Betriebskrankenkassen und Stellenanzeigen (Abonnement – kostenverursachend),
- in zweimonatigem Abstand „BKK-Service“ als Fachpublikation für die Praxis der Personalsachbearbeitung (Abonnement – kostenverursachend),
- einmal pro Quartal das Mitarbeiter-Magazin der BKK „Miteinander“,
- zweimal jährlich „News“ zur Gesundheitsförderung im Betrieb, herausgegeben vom Europäischen Informationszentrum „Gesundheitsförderung im Betrieb“ beim Bundesverband, Referat Gesundheit,
- in unregelmäßiger Folge mehrmals jährlich „Kennzeichen BKK“; diese Veröffentlichung bezieht pointiert BKK-Position in aktuellen sozialpolitischen Angelegenheiten,
- das Magazin der BKK „Gesundheit“, das zweimonatlich erscheint und der Information sowie gesundheitlichen Aufklärung der Versicherten der BKK dient und Mitteilungen einzelner Landesverbände bzw. Betriebskrankenkassen enthält (Abonnement – kostenverursachend)

Weitere Medien für die Arbeit der Betriebskrankenkassen sind z. B.:

- „Krankheitsarten- und Arbeitsunfallstatistik“ mit Daten nach Landesverbänden und Wirtschaftsbereichen ausgewertet (kostenverursachend),
- „Handbuch zur Gesundheitsförderung“ mit Informationen und Hinweisen zur betrieblichen Gesundheitsförderung durch Beschreibung von Krankheiten, Risikofaktoren und riskanten Verhaltensweisen sowie Vorschlägen für Maßnahmen zur Sicherung und Erhaltung der Gesundheit (kostenverursachend),
- „Reha-Arbeitshilfe“ als Sammel- und Nachschlagewerk für die Reha-Praxis in der Sozialversicherung (kostenverursachend),
- „Reha-Helfer“ als Leitfaden für die Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen mit Beschreibung und Adressen von Selbsthilfegruppen (kostenverursachend),
- Berichtsbande zu Tagungen und Kongressen der Betriebskrankenkassen,
- aktuelle Sonderdrucke wie z. B. die „Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen Betriebskrankenkassen und Betriebsärzten“.

Für die Versicherten und ihre Angehörigen gibt es zahlreiche Broschüren und Falblätter mit Ratschlägen zur Erhaltung der Gesundheit oder zum Umgang mit Krankheit wie z. B.:

- „Alkohol und Betrieb“ mit Informationen und Anregungen zur Suchtproblematik in Betrieben und dem Umgang damit,
- „Zilli Zunder und ihre Zahnzwerge“ für 4- bis 8jährige zum Thema Zahngesundheit,
- „Frisch und munter statt fix und fertig“ mit Tips für eine gesunde Arbeitszeit,
- „Das Beste gegen Frust ist Unternehmungslust“ mit Tips für eine aktive Freizeit,
- „Mehr Frei-Zeit in der Freizeit“ mit Tips für Entspannung und Erholung,
- „Halt' Leib und Seele zusammen!“ mit Tips für richtige und gesunde Ernährung.

Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen dient mit seinen Serviceleistungen, die weitgehend den Aufgabenschwerpunkten entsprechen, vor allem seinen Mitgliedern. Diese Serviceleistungen beziehen sich einmal auf die originären Aufgaben einer Krankenkasse, ihre Versicherten vor den finanziellen Folgen zu schützen, die durch die Behandlung und Versorgung einer Erkrankung oder eines Unfalls entstehen. Zum anderen beziehen sie sich aber auch auf Maßnahmen, die der Vorbeugung von Krankheit und Unfällen und auf Förderung der Gesundheit abzielen, wobei für die Betriebskrankenkassen infolge ihrer Betriebsnähe eine besondere Situation besteht.

Zu diesen Serviceleistungen gehören z. B.:

- die Durchführung von Modellvorhaben mit wissenschaftlicher Begleitung wie zur „Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen“ oder „Betriebskrankenkassen und Betriebsmedizindaten – Verwertungsmöglichkeiten für die betriebliche Gesundheitsvorsorge“. Die Ergebnisse und Erfahrungen werden für die einzelnen Kassen nutzbar gemacht und münden u. a. in Angeboten für Gruppenkurse zur Herz-Kreislauf-Prävention oder Maßnahmen zur Suchtproblematik,
- die Erarbeitung und Bereitstellung des „Handbuch zur Gesundheitsförderung“ für die betriebliche Gesundheitsförderung,

- die Sammlung, Bewertung und Bereitstellung von Informationen sowie die Herausgabe eigener Informationen durch das Europäische Informationszentrum „Gesundheitsförderung im Betrieb“, das von dem Bundesverband und dem WHO-Regionalbüro für Europa errichtet wurde, und dem Austausch praxisnaher Informationen, Erfahrungen, Konzepte und Modelle der betrieblichen Gesundheitsförderung dienen

Zu beiden Ausrichtungen der Serviceleistungen gehören die Angebote der BKK-Bundesschule in Rotenburg/Fulda. Diese enthalten z. B. ein- bzw. halbwöchige Weiterbildungsseminare für Geschäftsführer, Sachbearbeiter und Organmitglieder oder Spezialseminare z. B. zu „Gesunde Ernährung und Betriebsverpflegung“, „Bewegung am Arbeitsplatz“ oder „Betriebliche Suchtkrankenhilfe“.

Weitere Serviceleistungen des Bundesverbandes für seine Mitglieder, aber auch für die interessierte Öffentlichkeit sind Veranstaltungen wie „Betriebskrankenkassen-Tage“, Kongresse wie z. B. zum Thema „Gesundheit für Alle – Gesundheitsförderung durch Betriebskrankenkassen“ und sogenannte „Kooperationspartner-Workshops“ (Informationen über den Bundesverband).

BUNDES- VERBAND DER BETRIEBS- KRANKEN- KASSEN

Service- leistungen

Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen ist mit seinen Leistungen vor allem auf die Arbeit seiner Mitglieder ausgerichtet.

Von der Kooperation auf Bundesebene abgesehen, ist für die in der Gesundheitsförderung Tätigen vor allem für die betriebliche Gesundheitsförderung die Zusammenarbeit mit den Betriebskrankenkassen vor Ort zu empfehlen. Hier können auch die praktizierten Strategien und Modelle zur Gesundheitsförderung sowie das Angebot an gesundheitsfördernden Kursen und Medien kennengelernt werden.

Empfehlungen

BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN ZAHNÄRZTE e.V.

– BDZ –

**und KASSEN-
ZAHNÄRZTLICHE
BUNDESVEREINIGUNG**

– KZBV –

**I Informationsstelle
der Deutschen
Zahnärzte
– Serviceabteilung –**

**II Institut der
Deutschen Zahnärzte
– IDZ –**

Adresse	Universitätsstraße 71-73 5000 Köln 41
Ansprechpartner	I Informationsstelle der Deutschen Zahnärzte – Serviceabteilung – Frau Rösner (02 21/40 01-286) II Institut der Deutschen Zahnärzte (IDZ) Zentralsekretariat des IDZ Frau Fink (02 21/40 01-183)
Telefon	02 21/4 00 10
Telefax	02 21/40 66 55
Telex	8 883 237 kzbv d

I Die Serviceabteilung der Informationsstelle des BDZ/
KZBV bearbeitet folgende Aufgabenstellungen:

- Dokumentation von zahngesundheitlichen Aufklärungs-materialien von unterschiedlichen Anbietern,
- Verteilung der von BDZ/KZBV herausgegebenen Aufklärungsschriften,
- Verwaltung eines Dokumentationsarchivs mit ca. 150 Stichworten (Auswertung zahnärztlicher Fachzeitschriften),
- Organisation und Verwaltung eines Verleihdienstes.

II Laut der im Januar 1987 in Kraft getretenen Satzung erfüllt das Institut der Deutschen Zahnärzte (IDZ) „die Aufgabe, für die Berufspolitik der deutschen Zahnärzte praxisrelevante Forschung, Entwicklung und Beratung im Rahmen der Aufgabenbereiche von BDZ und KZBV zu betreiben“

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- BDZ -
- KZBV -
- IDZ -

Aufgaben und Ziele der Institution

Konkrete Arbeitsschwerpunkte sind u. a.:

- die Konzipierung und Durchführung von Studien im Bereich Oral-Epidemiologie,
- die Durchführung von Image-Studien zum Zahnarztberuf,
- die Durchführung internationaler Systemvergleiche,
- die Entwicklung von Prognosekonzepten (Szenarien),
- die Durchführung von Einstellungsuntersuchungen bei der Bevölkerung,
- die Durchführung arbeitswissenschaftlich-ergonomischer und arbeitssoziologischer Untersuchungen zur zahnärztlichen Berufsausübung,
- die Durchführung von Nutzen-Kosten-Analysen im Bereich der zahnärztlichen Versorgung,

- die Entwicklung gesundheits- und sozialpolitischer Versorgungskonzepte zur zahn- und kassenärztlichen Versorgung,
- die Initiierung von Forschungsvorhaben zu sozialmedizinischen und präventivmedizinischen Problemstellungen in der Zahnmedizin,
- die Entwicklung und Durchführung dental-psychologischer Projekte zu Fragen der Zahnarztangst, Inanspruchnahmeförderung zahnärztlicher Dienste und Krankheitsverarbeitung oraler Erkrankungen,
- die Durchführung von Analysen und Projektionen zur Inanspruchnahme des zahnärztlichen Versorgungssystems,
- die Veranstaltung von Symposien und Konferenzen.

Medienangebote

I Die Serviceabteilung der Informationsstelle des BDZ/KZBV gibt folgende Publikationsverzeichnisse heraus:

- Übersicht über gebißgesundheitliches Informationsmaterial
Diese Übersicht enthält Materialien verschiedener Anbieter, gibt die Bezugsquellen an und nennt ggf. die Preise. Das dort aufgeführte Material ist vom „Arbeitskreis Zahnmedizinische Information“ geprüft und als verwendbar anerkannt.
- Übersicht über das Dia-Archiv von BDZ und KZBV
Die in dieser Übersicht verzeichneten Dia-Reihen werden kostenlos verliehen (maximal 2 Monate). Auf Wunsch werden zu speziellen Vortragsthemen Dia-Reihen aus Einzeldias zusammengestellt. Die Dia-Reihe „Zahnpatrouille im Einsatz“ eignet sich für eine Verwendung im Kindergarten bzw. in der 1. und 2. Grundschulklasse. Die drei Säulen der Kariesentstehung (Nahrung, Bakterien, Zeit) sind klar erkennbar und die Verhütung der Karies durch geeignete Auswahl der Nahrung, richtige Zahnpflege sowie den halbjährlichen Besuch beim Zahnarzt sind ebenso klar dargestellt. Ein Begleitheft für den Erzieher/Lehrer ist beigelegt.
- Übersicht über den Filmbestand von BDZ und KZBV
Die in dieser Übersicht enthaltenen Filme werden ebenfalls kostenlos verliehen, sind aber z. T. schon relativ alt. Der Videofilm „Nicki und sein dickster Freund“ ist gut geeignet, um mit Schülern anschließend eine Diskussion über ihre Ängste beim Zahnarzt zu führen.
- Die in der „Übersicht über gebißgesundheitliches Informationsmaterial“ aufgeführten, kostenlos bis zu 30 Exemplaren, beziehbaren Printmedien sind gut einsetzbar, sowohl zur Ausgabe an spezielle Multiplikatoren, z. B. Lehrer und Erzieher, als auch in der Lehrer- und Erzieherfortbildung.

Für die Aufklärungsarbeit von Jugendzahnärzten in sog. sozialen Problemgebieten mit hohem Ausländeranteil verdienen die in verschiedenen Sprachen gedruckten Merkblätter „Gesunde Zähne hat uns die Natur gegeben“ besondere Erwähnung.

Die einfach gestalteten Merkblätter des BDZ/KZBV sind wegen ihrer knappen, sachlich richtigen Darstellung

durchaus geeignet – im Anschluß an eine persönliche Ansprache –, als Gedächtnisstütze mit nach Hause genommen zu werden.

An dieser Stelle soll auch das vom BDZ/KZBV herausgegebene Periodikum „Zahnärztliche Mitteilungen“ (ZM) erwähnt werden. Diese Zeitschrift wird kostenlos allen Zahnärzten zugesandt.

II Es besteht die Möglichkeit, in den Verteiler des IDZ aufgenommen zu werden. Auf diesem Wege wird der Interessent mit den unregelmäßig erscheinenden IDZ-Mitteilungen und Kurzberichten zu aktuellen Forschungsprojekten versorgt. Der Bezug des IDZ-Informationssdienstes ist kostenfrei.

Unter Umständen können auch einzelne Exemplare der in den Publikationsreihen des IDZ herausgegebenen und vom Deutschen Ärzte-Verlag, Köln, vertriebenen Schriften beim IDZ kostenlos angefordert werden.

Die Serviceabteilung der Informationsstelle des BDZ/KZBV unterhält einen Verleihservice. Neben dem Verleih der in o. a. Übersichten aufgeführten Filme und Dia-Serien besteht die Möglichkeit, die z. T. teuren, in der „Übersicht über gebißgesundheitliches Informationsmaterial“ beschriebenen Demonstrationsmaterialien (Gebiß-, Zahn- und Kiefermodelle etc.) kostenlos zu entleihen. (Darunter sind z. B. auch Gebißmodelle mit kieferorthopädischen Fehlbildungen.)

Ebenfalls entleihbar sind Ausstellungsmaterialien und Demonstrationstafeln.

Genaue Auskünfte über Art und Umfang dieser Materialien sowie über die bereits erwähnte Möglichkeit der themenspezifischen Zusammenstellung von Dia-Serien sind bei Frau Kossack zu erfragen.

Anfragen zu Stichworten des Dokumentations-Archivs werden beantwortet, Zeitschriftenartikel werden ggf. kopiert und zugesandt. (Ein Stichwortverzeichnis kann angefordert werden.)

Empfehlungen

- I Die Informationsstelle der Deutschen Zahnärzte – Serviceabteilung – empfiehlt im einzelnen:
 - die „Übersicht über gebißgesundheitliches Informationsmaterial“
 - die „Übersicht über das Dia-Archiv von BDZ/KZBV“
 - die kostenlosen Printmedien des BDZ/KZBV

- den kostenlosen Verleihservice teurer Modelle und Anschauungsmaterialien.

II Im einzelnen ist zu empfehlen:

- die Aufnahme in den Verteiler des IDZ.

BUNDESVERBAND DER ELTERNKREISE DROGENGEFÄHRDETER UND DROGENABHÄNGIGER JUGENDLICHER e.V.

– BVEK –

Adresse	Westring 2 Postfach 13 69 4700 Hamm 1
Ansprechpartner	Frau Arenz-Greiving Frau Mischke
Telefon	0 23 81/90 15-0

Der BVEK ist ein bundesweiter Zusammenschluß von Elternkreisen drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher. Schirmherrin des BVEK ist Frau Marianne von Weizsäcker.

Mitglieder können alle Elternkreise oder Landesverbände der Elternkreise werden, wenn sie die gleichen Ziele verfolgen, die in der Satzung des BVEK festgelegt sind:

„Zweck des Vereins ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Jugendhilfe in Elternkreisen. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:

- Förderung der Selbsthilfe von Eltern sowie Angehörigen und Partnern suchgefährdeter und suchtkranker Menschen in Elternkreisen,
- Förderung und Unterstützung zur Gründung neuer oder bereits bestehender Elternkreise,
- Öffentlichkeitsarbeit und Information der Mitglie-der-einrichtungen,
- Zusammenarbeit mit allen einschlägigen Institutionen und Verbänden.

Der Verein versteht seine Arbeit überparteilich und überkonfessionell. Er gehört keinem Wohlfahrtsverband an.“ (Aus § 2 der Satzung.)

Dem BVEK gehören (Stand: Ende 1990) 150 Elternkreise an. In den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Niedersachsen existieren Landesverbände der Elternkreise, die ebenfalls Mitglieder des Bundesverbandes sind.

Die einzelnen Elternkreise sind unabhängig, was die Form und Konzeption der jeweiligen Aktivitäten angeht. Gemeinsam sind ihnen die persönliche Betroffenheit und die Zielsetzung sowie das Selbsthilfe-Prinzip als Grundlage und Maßstab: „Anderen zu helfen ist gut; sie zu lehren, sich selbst zu helfen ist besser.“ (Aus: Vorwort der Broschüre „Sind Eltern machtlos?“ des BVEK)

Aufgaben und Ziele der Institution

- BVEK -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Der Bundesverband hat seine Geschäftsstelle seit dem 1. 1. 1988 in den Räumen der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren. Seine Aufgaben liegen in den Bereichen Organisation, Koordination und der Zurverfügung-Stellung von Arbeitshilfen. Die Mittel dafür werden über Spenden und Projektzuwendungen des BMC aufgebracht.

Die Aufgabenschwerpunkte des BVEK sind im einzelnen:

- fachliche, organisatorische und persönliche Hilfestellung bei der Neugründung von Elternkreisen,
- finanzielle Unterstützung von Elternkreisen, beispielsweise für die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort,
- Versendung von Informationen über Tagungen und Seminare sowie über die Arbeit in den Elternkreisen,
- Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der Suchthilfe.

Medienangebote

Sämtliche Publikationen des BVEK wenden sich primär an die in den Elternkreisen tätigen bzw an betroffene Eltern oder Angehörige Drogengefährdeter oder Drogenabhängiger.

2mal jährlich erscheinen die EK-Informationen. In diesem „Mitteilungsblatt für die Arbeit in Elternkreisen“ sind Informationen zu bzw Berichte über bestimmte Schwerpunktthemen enthalten sowie persönliche Berichte betroffener Eltern und Hinweise auf Veranstaltungen, Seminare u.ä. Der Bezug ist für Elternkreise kostenlos. An Interessenten außerhalb der Elternkreise werden die EK-Informationen auf Anforderung zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Im Jahresbericht des BVEK werden die Dokumentationen von Aktivitäten einzelner Elternkreise unkommentiert zusammengefaßt. Dieser Bericht ist zu den gleichen Bedingungen erhältlich wie die EK-Informationen.

Beim BVEK erhältlich sind die Einzelveröffentlichungen, von denen folgende beispielhaft genannt seien:

- die Broschüre „Sind Eltern machtlos? – Gibt es Schutz vor Verführung und Abhängigkeit?“, in der das Konsum- und Problembewältigungsverhalten von Eltern kritisch hinterfragt wird;
- die Broschüre „Drogenprobleme in der Familie? – Selbsthilfe durch Elternkreise“, in der zu bestimmten Stichworten fragenden und betroffenen Eltern Informationen und Anregungen gegeben werden;
- das Faltblatt „Was Eltern über Drogen wissen sollten!“, mit kurzen Informationen zu Fragen in Zusammenhang mit dem Drogenkonsum von Kindern und Jugendlichen

Ansichtsexemplare dieser Publikationen sind auf Anforderung kostenlos erhältlich

Darüber hinaus sind auf Anfrage weitere Einzelpublikationen (u. a. zur Haschisch-Problematik) erhältlich, die von Elternkreis-Angehörigen erarbeitet wurden bzw. sich mit der Thematik von Elternkreisen befassen.

Serviceleistungen

Kostenlos erhältlich ist ein Adressverzeichnis der Elternkreise.

Der BVEK stellt auf Wunsch auch direkte Kontakte zu bestehenden Elternkreisen bzw den jeweiligen Ansprechpartnern her und benennt (nach Rücksprache mit dem regionalen Elternkreis) Referenten zu entsprechenden Themenbereichen

Die Tagungen, Seminare und sonstigen Veranstaltungen, die der BVEK gemeinsam mit Elternkreisen, Landesverbänden der Elternkreise oder anderen Organisationen durchführt, sind in der Regel nur für die Mitglieder der Elternkreise der Drogenhilfe offen. Über die konkreten Zugangsbedingungen informiert der BVEK auf Anfrage.

Empfehlungen

In den Institutionen und Vereinigungen, die sich im Rahmen der Gesundheitsförderung mit der Suchtproblematik befassen, sollte das Adressverzeichnis der Elternkreise vorhanden sein, um betroffene Angehörige an die regionalen Elternkreise verweisen zu können.

Außerdem sollte an diesen Personenkreis auch die Information über das vorhandene Medienangebot wie z. B. die Broschüren „Sind Eltern machtlos?“ und „Drogenprobleme in der Familie?“ sowie das Faltblatt „Was Eltern über Drogen wissen sollten“ weitergegeben werden.

BUNDESVERBAND DER INNUNGSKRANKEN- KASSEN

– IKK-BUNDESVERBAND –

**(Körperschaft
des öffentlichen Rechts)**

Adresse	Kölner Straße 1–5 5060 Bergisch Gladbach 1
Ansprechpartner	Frau Henle Abteilung I – Versicherungsrecht
Telefon	0 22 04/44-0
Telefax	0 22 04/44-185

Der IKK-Bundesverband ist die Spitzenorganisation der Handwerklichen Krankenversicherung. Er betreut zur Zeit 12 Landesverbände, die gleichzeitig die Mitglieder des Bundesverbandes darstellen.

Diesen 12 Landesverbänden – zwei weitere Landesverbände befinden sich in den fünf neuen Bundesländern im Aufbau – gehören 173 Innungskrankenkassen mit derzeit rd. 3,3 Mio. Versicherten an. Der IKK-Bundesverband wird über eine von seinen Mitgliedsverbänden aufzubringende Umlage finanziert.

Die Wurzeln der heutigen Innungskrankenkassen lassen sich nachweisbar bis auf das Jahr 1355 zurückverfolgen. Bereits im 15. Jahrhundert bestanden aus der Solidarität und Fürsorgepflicht im Handwerk die ersten von den Zünften organisierten Selbsthilfeeinrichtungen, woraus sich später die ersten Kranken- und Sterbekassen der Handwerkszünfte entwickelten. Im Jahre 1883 wurde die soziale Krankenversicherung eingeführt. Dies war zugleich die Geburtsstunde der heutigen IKK.

Der IKK-Bundesverband wurde 1954 mit Einführung des Verbänderechts in der gesetzlichen Krankenversicherung als Nachfolgeorganisation der Bundesarbeitsgemeinschaft der Innungskrankenkassen-Verbände gegründet. Er ist eine Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts, deren Organe – der Vorstand und die Vertreterversammlung – sich paritätisch aus Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber zusammensetzen.

Neben der Erfüllung der gesetzlich zugewiesenen Aufgaben liegt ein Aufgabenschwerpunkt des IKK-Bundesverbandes in der Unterstützung seiner Mitglieder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und der Wahrnehmung ihrer Interessen.

Der IKK-Bundesverband entwickelt konzeptionell richtungsweisende Projekte in der Gesundheitsförderung für das gesamte IKK-System, führt diese entsprechend durch und wertet sie aus. Darüber hinaus kann er für seine Mitglieder Grundsatzentscheidungen zur Regelung der Gesundheitsvorsorge treffen und so die durch den Gesetzgeber auf die Verbände übertragenen Kompetenzen in der Gesundheitsförderung wahrnehmen und koordinieren.

Aufgaben und Ziele der Institution

**BUNDES-
VERBAND
DER INNUNGS-
KRANKENKASSEN**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Gesundheitsförderung – seit dem 1. Januar 1989 Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung – war seit jeher, ebenso wie Prävention und Prophylaxe, zentraler Bestandteil des IKK-Leistungsangebotes

Schon früh hat sich die IKK-Strategie der Gesundheitsförderung angenommen und sie zu einem bedeutenden Eckpfeiler der IKK-Politik gemacht. Diese Zielsetzung wurde im IKK-Leitbild bereits 1986 manifestiert.

Als Orientierungshilfe für den Auf- und Ausbau der Präventionsangebote der Innungskrankenkassen hat der IKK-Bundesverband Grundsätze der Handwerklichen Krankenversicherung zur Gesundheitserhaltung und zur Gesundheitsförderung für das gesamte IKK-System

aufgestellt und beschlossen. Dabei orientiert sich das Verständnis des IKK-Bundesverbandes von Gesundheitsförderung an dem von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in der Ottawa-Charta 1986 definierten Begriff der Gesundheitsförderung.

Die Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben des IKK-Bundesverbandes erfolgt in folgenden Bereichen:

- Versicherungswesen (Leistungs- und Beitragswesen)
- Vertragswesen
- Information und Bildung
- Innere Verwaltung
- EDV

Medienangebote

Die vom IKK-Bundesverband herausgegebenen Medien dienen in erster Linie der gesundheitlichen Aufklärung ihrer Versicherten. Mit fundierter Information und Beratung werden sie zu einer gesundheitsbewußten Lebensweise motiviert; umfassende Möglichkeiten zur Gesundheitsvorsorge werden aufgezeigt.

Darüber hinaus hält der IKK-Bundesverband verschiedene Broschüren über die Innungskrankenkasse, als Handwerkliche Krankenkasse, ihre Organisationsstruktur, Ziele, Aufgaben und Leistungen vor.

Folgende Periodika werden vom IKK-Bundesverband herausgegeben:

- Monatlich die Verbandszeitschrift „Die Krankenversicherung“, die sich mit aktuellen Fragen, Problemen und Entwicklungen in der Sozialversicherung, insbesondere der Gesetzlichen Krankenversicherung, befaßt. Zudem wird über IKK-interne Themen informiert (Abonnement – kostenverursachend).
- Vierteljährlich erscheint die Zeitschrift „Zeit für dich“, das Gesundheitsmagazin der IKK für ihre Versicherten. Sie enthält u. a. Informationen zur gesundheitlichen Aufklärung, zur Gesundheitserziehung und zum Umweltschutz (Abonnement – kostenverursachend).
- Vierteljährlich erscheint die Informationsschrift „Sozialrecht im Betrieb“ für Arbeitgeber, Lohnbuchhalter, Betriebsräte, Steuerberater, Handwerksorganisationen, Sozialpartner, Selbstverwalter und Mitarbeiter. Sie enthält u. a. Informationen zu den Themen Leistungsrecht, Versicherungsrecht, Arbeitsrecht, Beitragsrecht, Steuerrecht und Rechtsprechung (Abonnement – kostenverursachend).

Der IKK-Bundesverband gibt für seine Versicherten Broschüren zur Gesundheitsvorsorge z. B. zu folgenden Themen heraus:

Broschüren zum Thema Krebs (Früherkennung):

- „Rotes Licht dem schwarzen Hautkrebs“, eine Information über den schwarzen Krebs der Haut (malignes Melanom) mit einer Anleitung zur Selbstbeobachtung der Haut.
- „Mann paßt selbst auf“, eine Informationsschrift zur Früherkennung des Hodenkrebses.
- „Ein Thema, das Frauen interessiert“, eine Informationsschrift über den Brustkrebs mit einer bebilderten Anleitung zur Selbstuntersuchung.

- „Darmkrebs spürt man nicht“, eine Informationsschrift zur Früherkennung von Darmkrebs.

Printmedien zum Thema Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie Risikofaktoren:

- „Hoher Blutdruck und seine Gefahren“, ein praktischer Ratgeber über die Zusammenhänge der Entstehung von hohem Blutdruck mit Hinweisen zur Verminderung der Gesundheitsrisiken
- „Sie tun es – Gesundheitsvorsorge“, Faltblatt und Posterserie. Eine leicht verständliche Information für IKK-Versicherte zu den Themen Gesundheits-Check-up und Krebsfrüherkennung.
- „Sport treiben – gesund bleiben“, eine Informationsschrift zum Thema Sport und Gesundheit mit einer Anleitung, sich sportlich zu betätigen
- „Jede Zigarette zeigt Wirkung“, mit Informationen über das Rauchen mit Tips zum „Abgewöhnen“
- „Alkohol zeigt Wirkung“, zum Zusammenhang von Alkohol und Gesundheit sowie mit Tips zum Umgang mit Alkohol.

Broschüren zum Thema „Gesunde Ernährung“:

- „Wissen Sie, was Sie essen?“, eine umfassende Informationsschrift zum Thema „Gesunde Ernährung“ mit Hinweisen zur Qualität von Lebensmitteln und Tips zum Einkaufen
- „Gesund genießen“, eine Serie von zwölf handwerkspezifischen Ernährungsbroschüren. Neben allgemeinen Hinweisen enthalten sie Rezeptvorschläge für eine gesunde Pausenverpflegung unter Berücksichtigung der spezifischen Arbeitssituation im jeweiligen Handwerkszweig.

Printmedien zum Thema „Kinder“:

- „IKK-Kinder-Gesundheits-Lexikon“, eine Informationsschrift über alle Fragen, die die Gesundheit von Kindern betreffen.
- „Tips und Informationen zur Kindervorsorge“, eine Information über die neun Kinderfrüherkennungsuntersuchungen.
- „Tips und Informationen zur Mutterschaftsvorsorge“, eine Information über die Vorsorgeuntersuchungen während der Schwangerschaft.

Materialien zum Thema „Kariesprophylaxe“:

Broschüren und gegenständliche Informationsmaterialien zum Thema „Kariesprophylaxe“ bei Kindern.

Die Serviceleistungen des IKK-Bundesverbandes sowie der Innungskrankenkassen sind an den Bedürfnissen ihrer Versicherten und Arbeitgeber orientiert. Es wird großer Wert gelegt auf die zielgruppenspezifische Ausgestaltung der Angebote. Zu diesen zählen u. a.:

- eine handwerksspezifische Ernährungsberatung,
- IKK-Betriebsservice,
- Arbeitshilfen für betriebliche Informationsveranstaltungen,
- Unterrichtskonzept Meisterschüler,
- Modellprojekte zur Bestandssicherung und Mitgliederwerbung,
- Entwicklung eines standardisierten Messewesens einschließlich Aufbau eines themenspezifischen Pools mit Datenverarbeitung und Printmedien zu den Themen: Ernährung, Bluthochdruck, Rauchen, Bewegung, Cholesterin und Herz-Kreislauf-Erkrankungen; weitere Themen sind in Vorbereitung.

- Modellprojekte zur gesundheitlichen Vorsorge und Krankheitsfrüherkennung,
- Mitarbeiterschulungen zu verschiedenen Gesundheitsthemen und Entwicklung von Umsetzungshilfen,
- Modellprojekt zum Thema „IKK und Umweltschutz“

Aus dem Selbstverständnis der Innungskrankenkasse als Krankenkasse für das Handwerk entwickelt der IKK-Bundesverband handwerksspezifische Gesundheitsförderungsangebote, die sich aus ganzheitlicher Sicht sowohl am Verhalten des einzelnen als auch an den Lebens-, Arbeits- und Umweltverhältnissen orientieren. Die Planungen hierfür hat der IKK-Bundesverband bereits begonnen, so daß in Zukunft mit einer Reihe von neuen Aktivitäten auf dem Gebiet der handwerksbezogenen Gesundheitsförderung zu rechnen ist. Erste Ansätze können der beim IKK-Bundesverband erschienenen Broschüre „Gesundheitsförderung“ entnommen werden.

BUNDES- VERBAND DER INNUNGS- KRANKENKASSEN

Service- leistungen

Der IKK-Bundesverband ist im Rahmen seiner Kompetenzen zuständig für die konzeptionelle Entwicklung und Umsetzung von richtungsweisenden Projekten in der Gesundheitsförderung für das IKK-System

Die Durchführung und Umsetzung der Gesundheitsförderung an der Basis wird von den Innungskrankenkassen vor Ort sichergestellt. Dort finden Interessierte kompetente Ansprechpartner und erhalten einen Überblick über die gesundheitsfördernden Aktivitäten und Medien der Innungskrankenkassen.

Empfehlungen

BUNDESVERBAND DER KEHLKOPFLOSEN e.V.

Adresse Obererle 65
4650 Gelsenkirchen

Ansprechpartner A. Mehring
(1. Vorsitzender)

Telefon 02 09/59 22 82
(Montag bis Freitag 9.00–13.00 Uhr)

Im Bundesverband der Kehlkopfloren e.V. sind die örtlichen Selbsthilfegruppen über die verschiedenen Landesverbände zusammengeschlossen.

Aufgaben und Ziele der Institution

Er versteht sich als Interessenvertretung der Kehlkopfoperierten gegenüber Regierung, Institutionen und der Öffentlichkeit. Der Bundesverband organisiert die Bundestagungen und gibt ein Mitteilungsblatt heraus. Der Bundesverband kann (nach der Satzung unabhängig davon, ob jemand Mitglied ist oder nicht) die Betreuung des an Kehlkopfkrebs erkrankten Menschen übernehmen

Zur Zeit sind etwa 14 000 bis 15 000 Kehlkopfloren in der Bundesrepublik im Betreuungsbereich des Vereins. Dazu werden aufgrund des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten weitere 5000 an Kehlkopfkrebs erkrankte Menschen kommen. Im Gebiet der Bundesrepublik existieren bisher 52 selbständige Vereine, die wiederum an jeder HNO-Klinik, in der Kehlkopfkrebs behandelt wird, eine Krankenhausbetreuungsgruppe unterhalten.

Die Gruppen bemühen sich, auf Bitten der Ärzte bzw. Stationschwestern den an Kehlkopfkrebs erkrankten Menschen vor der Operation aufzusuchen und mit ihm über die Folgen zu reden.

Nach der Operation helfen die Betreuer bei Antragstellung bei Sozial-, Versorgungs- und Arbeitsämtern sowie bei der evtl. Rentenantragstellung.

Wer Mitglied werden möchte, zahlt einen Jahresbeitrag von 36,- DM. In der Regel werden monatlich ein- oder zweimal in den einzelnen Orten Zusammenkünfte durchgeführt, an denen Mitglieder sowie Nicht-Mitglieder teilnehmen können.

Es wird versucht, die Betroffenen ständig mit den sozialpolitischen Entwicklungen auf dem laufenden zu halten, und bei evtl. Schwierigkeiten wird auch Klage bei den zuständigen Gerichten erhoben.

**BUNDESVER-
BAND DER
KEHLKOPFLOSEN
e.V.**

Medienangebote

Das Mitteilungsblatt des Bundesverbandes der Kehlkopflösen e.V. „Sprachrohr“ erscheint mehrmals jährlich und kann über die Geschäftsstelle angefordert werden.

Ihm sind die Adressen der jeweiligen Landesverbände, Bezirks- und Ortsvereine zu entnehmen.

**Service-
leistungen**

Referenten für den Fachbereich der Kehlkopflösen können vom Verband gestellt werden.

Empfehlungen

Der Bundesverband der Kehlkopflösen e.V ist ein kompetenter Ansprechpartner für alle Fragen, die in Zusammenhang mit der Erkrankung stehen. Er kann gezielt Hilfestellung geben bei Anträgen an Sozial-, Versorgungs- und Arbeitsämtern sowie bei Rentenantragstellung.

BUNDESVERBAND DER LANDWIRT- SCHAFTLICHEN KRANKENKASSEN

– Körperschaft des öffentlichen Rechts –

Adresse	Weißensteinstraße 72 3500 Kassel
Ansprechpartner	Referat: Versicherungsrecht (Sachgebiet: Prävention und Rehabilitation; Herr Helfenritter)
Telefon	05 61/9 35 90
Telefax	05 61/30 81-3 49

Der Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Seine Mitglieder sind 20 landwirtschaftliche Krankenkassen, die sich auf das ganze Bundesgebiet verteilen. Derzeit sind ca. 717.000 Personen als Mitglieder bei den landwirtschaftlichen Krankenkassen versichert, insbesondere selbständige Landwirte, ihre mitarbeitenden Familienangehörigen sowie Altenteiler (Bezieher von Renten und Geldleistungen aus der Altershilfe für Landwirte). Als besondere Leistung wird den Landwirten bei Ausfall ihrer Arbeitskraft Betriebs- oder Haushaltshilfe zur Verfügung gestellt. Dadurch wird auch im Krankheitsfall die Weiterführung des landwirtschaftlichen Betriebes gewährleistet und damit ein Einkommensausfall vermieden.

Die Lücke im System der sozialen Sicherheit in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung wurde erst 1972 durch das Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte geschlossen. Von diesem Zeitpunkt an bildet die Krankenversicherung der Landwirte die dritte Säule in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung. Davor gab es lediglich eine soziale Absicherung für den Bereich der Unfallversicherung und der Altersversorgung. Durch diese gesetzliche Regelung gehören seit dem 1.10.1972 erstmals auch landwirtschaftliche Unternehmer der Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung an. Gleichzeitig wurden die landwirtschaftlichen Krankenkassen aufgerufen, sich mit krankenversicherungsrelevanten Problemen im agrarsozialen Bereich intensiv zu beschäftigen.

Die Besonderheit im System der sozialen Sicherheit ist, daß die landwirtschaftlichen Krankenkassen, die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und die landwirtschaftlichen Alterskassen in einer Verwaltungsgemeinschaft geführt werden. Die drei Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung garantieren dadurch ein rationelles Verwaltungsverfahren. Sie stellen im Rahmen des gegliederten Systems der deutschen Sozialversicherung zugleich das nahtlose Ineinandergreifen der Leistungen aller drei Zweige der landwirtschaftlichen Sozialversicherung sicher und gewährleisten die ortsnahe Betreuung der Versicherten durch gemeinsame Verwaltungsstellen.

Aufgaben und Ziele der Institution

**BUNDES-
VERBAND DER
LANDWIRT-
SCHAFTLICHEN
KRANKEN-
KASSEN**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte wurde der Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen gegründet. Eine der wesentlichen Aufgaben des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Krankenkassen ist es, die Mitgliedskassen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und bei der Wahrnehmung ihrer Interessen zu unterstützen. Spezielle Schwerpunkte der Verbandsarbeit sind:

- die Beratung und Unterrichtung der Mitgliedskassen in den Bereichen des Versicherungs-, Leistungs- und Vertragsrechts, speziell auch die im Zusammenhang mit dem Gesundheitsreformgesetz erforderlichen Umsetzungsarbeiten,
- Abschluß von Verträgen für die Mitgliedskassen, insbesondere mit anderen Trägern der Sozialversicherung,
- Rechtsberatung in verfahrensrechtlichen Angelegenheiten und Vertretung der Mitgliedskassen vor dem Bundessozialgericht,
- Aufstellung und Auswertung von Statistiken wie z. B. über Krankheitsarten oder Einnahmen und Ausgaben, gegliedert nach Versichertengruppen,

- Förderung der beruflichen Bildung durch das Verwaltungsseminar, wo schwerpunktmäßig die Aus- und Fortbildung im Bereich der landwirtschaftlichen Sozialversicherung durchgeführt wird,
- Lösung von EDV-Problemen und Aufbau eines gemeinsamen Informationssystems (IS-LSV),
- Öffentlichkeitsarbeit und
- Mitarbeit in verschiedenen nationalen und internationalen Vereinigungen und Ausschüssen.

Einer besonderen Bedeutung wird insgesamt der Gesundheitsförderung, Prävention und Prophylaxe bei der Verbandsarbeit zugemessen.

Die Selbstverwaltungsorgane des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Krankenkassen sind die Vertreterversammlung und der Vorstand. Die Finanzierung des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Krankenkassen wird durch eine Umlage von seinen Mitgliedern sichergestellt.

Medienangebote

Der Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen richtet sein Medienangebot zum einen an die Mitarbeiter der landwirtschaftlichen Krankenkassen, aber auch an die Versicherten in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung. In speziellen Artikeln werden die Mitglieder und ihre Familienangehörigen auch über Fragen der Krankheitsverhütung oder Rehabilitation informiert. Als Periodika erscheinen:

- die Fachzeitschrift „Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft“ (SdL) mit Artikeln über versicherungs-

rechtliche und wirtschaftliche Probleme der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (Abonnement ist kostenverursachend),
- das Mitteilungsblatt „Sicher leben“ mit Beiträgen aus dem Bereich der agrarsozialen Sicherung.

Des Weiteren werden zu unterschiedlichen Themen Informationsblätter herausgegeben wie z. B. „Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft auf einen Blick“ oder „Leistungen bei Schwerpflegebedürftigkeit“

**Service-
leistungen**

Die Serviceleistungen des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Krankenkassen beziehen sich hauptsächlich auf die Zusammenarbeit mit den Mitgliedskassen. Turnusmäßig werden mindestens zwei mehrtägige Fachbesprechungen je Jahr durchgeführt. Hier werden aktuelle Fragen der Verwaltungspraxis zwischen dem Bundesverband und den Mitgliedskassen erörtert, einschließlich Fragen der Gesundheitsförderung. Zu den weiteren Serviceleistungen zählen u. a. auch Informationsveranstaltungen für die Organmitglieder der Selbstverwaltung in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung.

Empfehlungen

Die Zielrichtung der Leistungen des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Krankenkassen ist auf die Arbeit seiner Mitgliedskassen ausgerichtet. Speziell für die in der Gesundheitsförderung Tätigen ist eine Zusammenarbeit mit der jeweilig örtlich zuständigen, landwirtschaftlichen Krankenkasse zu empfehlen.

BUNDESVERBAND „HILFE FÜR DAS AUTISTISCHE KIND“ e.V. Verein zur Förderung autistischer Menschen

Adresse	Bebelallee 141 2000 Hamburg 60
Ansprechpartner	Frau Blohm (Vorsitzende) Frau Pohl
Telefon	0 40/5 11 56 04

Der Bundesverband „Hilfe für das autistische Kind“ wurde 1970 als gemeinnütziger Verein gegründet. Er entstand aufgrund der Initiative betroffener Eltern als Elternselbsthilfverband. Für die Berücksichtigung der speziellen Probleme autistischer Kinder (d. h. Kinder mit „autistischem Syndrom“ bzw. „frühkindlichem Autismus“), die sich deutlich von denen geistig Behinderter unterscheiden, hatte sich eine eigene Interessenvertretung als dringend notwendig erwiesen, u. a. um für die Schaffung entsprechender pädagogischer und therapeutischer Einrichtungen zu sorgen.

Die laufenden Tätigkeiten des Bundesverbandes finanzieren sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Projekte wurden zum Teil durch das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert sowie durch Zuschüsse aus der „Aktion Sorgenkind“ und der „Glücksspirale“.

Im Bundesverband sind 27 Regionalverbände organisiert, die ambulante Therapie-Einrichtungen für autistische Kinder und Jugendliche sowie zum Teil auch Heime für autistische Jugendliche und Erwachsene betreiben. Mitglieder des Bundesverbandes können sowohl „juristische Personen“ (z. B. Einrichtungen) als auch Einzelpersonen werden. Darüber hinaus führt die Mitgliedschaft in einem der Regionalverbände zur mittelbaren Mitgliedschaft im Bundesverband.

Die Arbeit des Verbandes wird zum größten Teil ehrenamtlich von betroffenen Eltern geleistet. Unterstützt wird der Verband durch einen wissenschaftlichen Beirat, in dem die Fachgebiete Psychologie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Kinderneurologie, Pädagogik und Recht vertreten sind.

Die Ziele und Tätigkeiten des Verbandes betreffen:

- Förderung aller Hilfsangebote für autistische Menschen
- Öffentlichkeitsarbeit zur Verbreitung von Informationen über die Probleme autistischer Menschen
- Erstberatung von Eltern autistischer Kinder vor allem über regionale Hilfsangebote
- Förderung und Unterstützung von Zusammenschlüssen von Eltern und Freunden autistischer Kinder in Regionalverbänden
- Koordination der Arbeit der Regionalverbände
- Internationale Zusammenarbeit mit Elternverbänden anderer Länder

Aufgaben und Ziele der Institution

**BUNDESVERBAND
„HILFE FÜR DAS
AUTISTISCHE
KIND“ e.V.**

- Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen und Fachtagungen
- Beratung von Fachleuten
- Herausgabe von Fachbüchern und Broschüren zum Problem Autismus
- Verringerung der Dunkelziffer autistischer Kinder in der Bundesrepublik

Die Elternarbeit wird zum überwiegenden Teil von den Regionalverbänden getragen, auf deren Initiative auch die derzeit 20 Therapieinstitute für die ambulante

Arbeit mit Kindern, 4 Wohnheime für Jugendliche und Erwachsene sowie eine Reihe von Kindergarten-, Vorschul- und Hortgruppen und Sonderklassen für autistische Kinder tätig sind.

Der Bundesverband ist der Bundesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ sowie dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband angeschlossen. Auf Internationaler Ebene ist der Verband Mitglied in der International Association Autism-Europe (IAAE), an deren Gründung er beteiligt war.

Medienangebote

Die Printmedien des Bundesverbandes sind zum einen für Eltern, zum anderen für Fachleute (Psychologen, Ärzte, Pädagogen) gedacht. Über die vom Verband herausgegebenen Fachbücher und Kongreßberichte sowie über noch erhältliche Exemplare der Zeitschrift „Autismus“ kann eine Bestellliste kostenlos bezogen werden

Die Zeitschrift „Autismus“ erscheint zweimal jährlich und ist sowohl in Einzelheften als auch im Abonnement beim Bundesverband zu beziehen. Sie ist sowohl für Eltern als auch für Fachleute gedacht.

Informationsblätter mit ersten Informationen über Autismus und einer Darstellung der Aufgaben des Bundesverbandes für Eltern sind kostenlos zu beziehen (z. B. „Autismus“)

Die in der Regel recht ausführlichen Broschüren dienen teils einer Information und Aufklärung von Eltern zur praktischen Bewältigung des Problems, teils sind sie für Fachleute gedacht, denen diagnostische Kriterien zur Erkennung des Autismus sowie Informationen zur

Betreuung von autistischen Kindern an die Hand gegeben werden. Die Broschüren sind kostenlos erhältlich. Beispielhaft sei hier „Unser Kind ist autistisch“ – Ein Elternbrief des Bundesverbandes „Hilfe für das autistische Kind“ erwähnt.

Im kostenpflichtigen Fachbuchangebot des Verbandes finden sich Werke zur Pädagogik und schulischen Förderung des autistischen Kindes, Berichte über Fachkongresse (sowohl bundesweite als auch europäische) sowie Bibliographien zur deutsch- und englischsprachigen Literatur zum frühkindlichen Autismus.

Über den Bundesverband können zwei Videofilme und ein 16-mm-Film bezogen werden. Einer der Videofilme zur Frühförderung autistischer Kinder, der als Information für Kinderärzte konzipiert wurde, ist zusammen mit einem Informationsbegleitheft zu erwerben. Kostenlos entliehen werden können die Videoaufzeichnung der Fernsehsendung einer Gesprächsrunde zum Thema Autismus sowie der 16-mm-Film mit dem Thema „Angst vor Menschen“.

Serviceleistungen

Der Bundesverband ist imstande, überall im Bundesgebiet Referenten zu Problemen des Autismus zu benennen. Das Honorar muß jeweils vereinbart werden, in Einzelfällen kann auch eine ehrenamtliche Tätigkeit in Frage kommen.

Sowohl der Bundesverband als auch die Regionalverbände bieten in Abständen teilweise kostenlos Fortbildung für Fachleute (Psychologen, Ärzte, Heilpädagogen, Lehrer) an. Ferner werden vom Verband etwa alle drei Jahre bundesweite Fachtagungen durchgeführt (kostenpflichtig). Für die Eltern autistischer Kinder werden ebenfalls in Abständen Tagungen veranstaltet, die zum Teil kostenlos sind. Der Verband ist

ebenfalls an den europäischen Kongressen der International Association Autism-Europe beteiligt

Auskünfte über Einrichtungen für autistische Kinder und Jugendliche (z. B. Therapieinstitute u. Beratungsstellen) können über den Verband eingeholt werden.

Eltern, die eine erste Beratung über Hilfsmöglichkeiten für ihr Kind benötigen, können sich kostenlos vom Verband beraten lassen

Längerfristige Elternberatung, Elterngesprächskreise, therapeutische Arbeit mit autistischen Kindern sind Angebote der Regionalverbände, zu denen über den Bundesverband Kontakt aufgenommen werden kann.

Empfehlungen

Bei Interesse an vom Verband herausgegebener Fachliteratur zum Themenkreis des frühkindlichen Autismus sollte der Bestellbogen mit Verzeichnis kostenlos bezogen werden.

Zu beachten ist das Filmangebot des Verbandes.

Die Beratungsangebote des Bundes- und der Regionalverbände für Eltern und Fachleute sollten bei Bedarf genutzt werden.

Der Verband gibt Auskünfte über geeignete Einrichtungen für autistische Kinder.

Interessierte Fachleute sollten sich über die aktuellen Fortbildungsangebote informieren.

Zu empfehlen ist der Bezug der Zeitschrift „Autismus“ zur Information über die laufenden Aktivitäten des Verbandes.

BUNDESVERBAND NEUE ERZIEHUNG e.V.

– BNE –

Adresse Oppelner Straße 130
5300 Bonn 1

Ansprechpartner Herr W. Brühan
(Geschäftsführer)

Telefon 02 28/6 68 51 12

Der Bundesverband Neue Erziehung e.V. (BNE) ist ein Zusammenschluß von

- bundeszentralen Verbänden (wie Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V., Gesellschaft für Progressive Pädagogik e.V., Bundesvorstand Die Falken),
- Landesverbänden (wie Arbeitskreise Neue Erziehung e.V. Berlin und Niedersachsen, Progressive Eltern- und Erzieherverband Nordrhein-Westfalen e.V.),
- Gruppen (wie Schuleltern, Eltern-Kind-Initiativen),
- Einzelpersonen (aus Wissenschaft, Politik und Praxis der Jugend- und Familienarbeit).

Der BNE besteht seit 1973, wird vom BMJFFG institutionell gefördert und ist in der Elternarbeit, Familienbildung und Familienpolitik tätig, um

- die Erziehungsfunktion der Familie zu stärken,
- Sozialisierungsangebote im außerfamiliären Bereich zu schaffen,
- an familienpolitischer Reformgesetzgebung (u. a. Stärkung der Rechtsstellung des Kindes) mitzuwirken.

Dazu fördert der BNE „die kritische Auseinandersetzung mit bestehenden Erziehungsformen in der Gesellschaft, z. B. in Familie, Kindertagesstätte, Schule, Jugendarbeit und Beruf“ und stellt „die Kommunikation und Kooperation zwischen seinen Mitgliedern her und betreibt ihren Erfahrungs- und Programmaustausch“ (aus § 2 der Satzung).

Zur Umsetzung dieser Ziele unterstützt der Bundesverband Neue Erziehung Elterninitiativen, veranstaltet Tagungen, entwickelt Materialien und vermittelt Informationen an Einzelpersonen, Gruppen und die breite Öffentlichkeit.

Beispielsweise führte der BNE zur Förderung von Elterninitiativen das mehrjährige Projekt „Eltern helfen Eltern“ (1980-1984) im Rahmen der Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung „Familie – jeder für jeden“ durch. Mit der Förderung von Elternselbsthilfegruppen durch Beratung, Arbeitsmaterialien und den Aufbau eines bundesweiten Kontaktstellennetzes wurde ein Beitrag geleistet, um die institutionalisierte Fremdhilfe zu ergänzen sowie Fremd- und Selbsthilfe einander näher zu bringen.

Aufgaben und Ziele der Institution

- BNE -

Aus dem Projekt „Eltern helfen Eltern“ entstand das Projekt „Elternselbsthilfe auf dem Land“, das der BNE zusammen mit dem Institut Frau und Gesellschaft (1985-1987) durchführte. In Spielkreisen, Mutter-Kind-Gruppen, Miniclubs usw. finden Mütter Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch über Kleinkindererziehung und zur Entlastung im Erziehungsalltag. Die Gruppen arbeiten z.T. selbständig; teilweise arbeiten partnerschaftlich orientierte Gruppenpädagogen mit.

Auf diesen beiden Projekten aufbauend folgt seit Anfang 1989 als weiteres Projekt „Entwicklung einer Informations-, Beratungs- und Service-Zentrale“, das vom BMJFFG gefördert wird. Diese Zentrale soll in der Selbsthilfe engagierten Eltern, Elterngruppen und in der Elternselbsthilfe tätige Institutionen und Vereinigungen unterstützen.

Medienangebote

Mit seinem Medienangebot will der BNE über die Ergebnisse seiner Projektarbeit informieren, den Kontakt zwischen den Elterngruppen verbessern und die Erziehungs- und Partnerschaftsfähigkeit von Eltern fördern.

Im einzelnen liegen dazu vor bzw. erscheinen als Periodikum:

Info-Dienst für Elterngruppen, 2- bis 3mal jährlich, in dem Elterngruppen von ihrer Arbeit berichten, andere Initiativen vorgestellt und einige wichtige Informationen über Literatur usw. gegeben werden (kostenlos an Interessierte)

Beispielhaft für die Einzelmedien seien genannt:

Eltern helfen Eltern, der Bericht zum gleichnamigen Projekt (kostenlos).
Eltern helfen Eltern, eine Arbeitsmappe mit Informationen, Beispielen und Tips für Selbsthilfegruppen

(kostenlos über die BZgA, Postfach 91 01 52, 5000 Köln 91),

- Materialien zu den Themen

„Familie und Umwelt“, bestehend aus vier Heften zu den Unterthemen: Familie und Ernährung, Gesunde Ernährung, Familie und Wohnen, Familie und Haushalt. Diese Materialien vermitteln Sachkenntnisse zum behandelten Thema, werfen kritische Fragen auf, weisen auf alternative Lösungen hin und regen zu einem bewußten Umgang mit der Umwelt an

„Familie und Partnerschaft“, bestehend aus einem Begleitheft und vier Themenheften zu Glück, Pack schlägt - Pack verträgt sich, Sicherheit und Verantwortung. Diese Materialien sind geeignet zum Einsatz in der Familien-/Elternarbeit durch Mediatoren und für die Selbstbeschäftigung von Eltern mit diesen Themen (Abgabe zum Selbstkostenpreis)

Serviceleistungen

Eine Adressensammlung des BNE enthält die Anschriften von über 5000 Elterngruppen. Das Kontaktstellennetz, das aus den beiden Projekten „Eltern helfen Eltern“ und „Elternselbsthilfe auf dem Lande“ entstanden ist, besteht aus Kontaktstellen in den Bundesländern und Stadtstaaten Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und der Region Franken. Diese Kontaktstellen dienen als regionale Anlaufstellen für Eltern und Elterngruppen sowie Institutionen und Vereinigungen, die in der Selbsthilfe aktiv sind. Die Kontaktstellen und Elterngruppen haben sich zu einer Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V. (Elsässer Str. 13, 8000 München 80) zusammengeschlossen.

Für die Elternselbsthilfegruppen veranstaltet der BNE zweimal jährlich Arbeitstagungen und für die Kontaktstellen eine Informationstagung. Außerdem werden Fortbildungstagungen für Multiplikatoren im Bereich

der Elternarbeit und Familienbildung durchgeführt (Die Tagungen und Seminare befaßten sich z.B. mit den Themen „Spielpädagogische Elemente in der Familienbildung“, „Kindgerechte Schule“, „Neue Informations- und Kommunikationstechnologien“) Modellseminare, bei denen Fachleute und betroffene Eltern zusammenkommen, dienen der Erstellung von Arbeitsmaterialien zu besonderen Themen (wie z.B. zu den Unterthemen der Materialien zum Thema „Familie und Umwelt“), die in der Familienbildung eingesetzt werden und interessierte Familien informieren sollen.

Neben den Tagungen und Seminaren bietet der BNE einen Informationsservice zu aktuellen Fragen (schriftlich oder telefonisch) im Bereich der Erziehung und Partnerschaft an. Dies geschieht z.B. auch durch Weitervermittlung an andere Stellen in der Einzelfallhilfe.

In Erziehungs- und familienpolitischen Fragen stellt der BNE ebenfalls seine Fachkompetenz zur Verfügung

Empfehlungen

Für alle, die in der Familien- und Elternarbeit tätig sind bzw. sich dafür interessieren, bietet der Bundesverband mehrere Medien bzw. Serviceleistungen

- So ist es z.B. wichtig, den Kontakt zu den regionalen Elterngruppen herzustellen, und zwar über die regionalen Kontaktstellen. Die Adressen sollten beim Bundesverband Neue Erziehung e.V. angefordert werden

- Die Arbeitsmaterialien sollten vorhanden sein, sie enthalten sowohl für die Elternarbeit als auch für die allgemeine gesundheitsfördernde Arbeit wichtige Hinweise und gute Anregungen.
- Der Info-Dienst für Elterngruppen ist zu empfehlen, um einen Einblick in die Arbeit von Elterngruppen zu erhalten.
Dazu sollte die Aufnahme in den Verteiler erbeten werden

BUNDESVEREINIGUNG FÜR GESUNDHEITS- ERZIEHUNG e.V.

– BfGE –

Adresse Viktoriastraße 28
5300 Bonn 2

Ansprechpartner Herr Neuhaus (Geschäftsführer)

Telefon 02 28/36 15 48

Die Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung e V wurde 1954 als nichtstaatliche, überparteiliche und interkonfessionelle Vereinigung gegründet. Sie versteht sich als Spitzenorganisation der freien Initiative im Bundesgebiet und sieht ihre Ziele darin, „insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Einzelpersonen, privaten Organisationen des In- und Auslandes zu pflegen und zu fördern und ihre Tätigkeit mit den behördlichen Institutionen zu koordinieren“

Mit diesem satzungsgemäßen Auftrag stellt sich die BfGE folgende Aufgaben:

- Förderung des Austausches von Erfahrungen der Mitglieder und anderer in der Gesundheitserziehung tätiger Organisationen und Personen sowie Erarbeitung von Vorschlägen für die praktische Gesundheitserziehung,
- Unterrichtung der Mitglieder und Öffentlichkeit über die Arbeit der Bundesvereinigung sowie Beratung der Mitglieder und anderer interessierter Stellen und Personen bei gesundheitserzieherischen Vorhaben,
- Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Organisationen gleicher Zielsetzung im Ausland,
- Mitgliedschaft in der Internationalen Union für Gesundheitserziehung (IGUE),
- Durchführung des Weltgesundheitstages in der Bundesrepublik,
- Verleihung der Hildegard-von-Bingen-Medaille für Verdienste um die Gesundheitserziehung

Die BfGE hat über 280 Mitglieder, darunter über 160 Organisationen wie Bundes-, Landes- und kommunale Spitzenorganisationen, Ärzte-, Zahnärzte- und Apothekerverbände, Verbände verschiedener Berufe wie Pädagogen, Psychologen, Sozialpädagogen und der aus dem Gesundheitswesen, Krankenkassen, Versicherungsträger, Berufsgenossenschaften, Eltern-, Familien- und Jugendorganisationen sowie Fachverbände

Die Organe der BfGE sind die Mitgliederversammlung, der aus zehn Personen bestehende Vorstand, der ebenso wie die zehn Vertreter des Beirats von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Zu dem Beirat gehören außerdem die Vertreter der Landesvereinigungen für Gesundheitserziehung. Eine Geschäftsstelle mit z Z 8 Planstellen steht der BfGE zur Erfüllung der Aufgaben zur Verfügung.

Aus den Aufgaben ergeben sich für die BfGE drei Tätigkeitsfelder: Information von Schlüsselpersonen, Zusammenarbeit mit und von Institutionen, Verbänden und Vereinigungen sowie die Erarbeitung von Grundsätzen für die Gesundheitserziehung/-förderung.

Aufgaben und Ziele der Institution

- BfGE -

Aufgaben und Ziele der Institution

Der Information dienen z. B. Veranstaltungen, die von der BfGE, oft in Zusammenarbeit mit anderen, durchgeführt und mit Berichtsbänden dokumentiert werden.

Für die Erarbeitung von Grundsätzen und Grundlagen hat die BfGE Ausschüsse eingerichtet, die als längerfristig arbeitende oder als Ad-hoc-Ausschüsse ausgewählte Aufgaben haben. So gibt es z. B. die Fachausschüsse

- „Apotheker und Gesundheitserziehung“
- „Film und Video“
- „Gesundheitserziehung in der Schule“

- „Grundlagenarbeit“ (z. B. im Bereich Umwelt und Gesundheit)
- „Betriebliche Gesundheitsförderung“.

Außerdem hat die BfGE ein Fort- und Weiterbildungsprogramm für Gesundheitsförderung eingerichtet.

Die BfGE erhält die finanziellen Mittel für ihre Arbeit aus den Mitgliedsbeiträgen und Spenden sowie den institutionellen Zuwendungen des Bundesministeriums für Gesundheit und Projektmittel über die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Medienangebote

Das Medienangebot der BfGE konzentriert sich auf die Herausgabe von Druckschriften, die vor allem Schlüsselpersonen und Partner informieren sollen.

Jährlich erscheint das Buch zum Weltgesundheitstag, das in umfassender Weise das jeweilige Motto des Weltgesundheitstages behandelt (kostenpflichtig), so z. B.

- „Lebe gesünder - es lohnt sich“ (1986)
- „Impfen nutzt - Impfen schützt“ (1987)
- „Gesundheit für alle - alles für die Gesundheit“ (1988)
- „Gesundheit im Gespräch“ (1989)
- „Umwelt und Gesundheit“ (1990)

Tagungsberichte geben die Referate und Arbeitsergebnisse von Fachtagungen und Symposien der BfGE wieder und dokumentieren Verlauf und Ergebnisse von Kooperationsgesprächen, wie z. B.:

- Gemeindeförderung (Fachtagung 1986)
- Frau und Gesundheitserziehung (Fachtagung 1987)
- Umwelt und Gesundheitserziehung (Fachtagung 1988)
- Suchtprävention und Gesundheitsförderung (Kooperationsgespräch 1989) (kostenpflichtig)

In der Reihe „Forum Gesundheitsförderung“ veröffentlicht die BfGE Stellungnahmen, Empfehlungen und Handreichungen (kostenpflichtig), die von Fachausschüssen erarbeitet werden, so z. B.

- Gesundheitsförderung durch Umweltschutz
- „Praxisnahe Evaluation“
- Empfehlungen zur Gesundheitsförderung im Betrieb

In loser Folge erscheint seit 1961 eine Filmkartei, in der audiovisuelle Medien zur Gesundheitsförderung durch den Filmausschuß der BfGE erfaßt, beschrieben und bewertet werden (kostenverursachend)

In jährlich vier Ausgaben werden in dem Literaturnachweis zur Gesundheitserziehung nach Fachgebieten geordnete Angaben gemacht über erschienene Fachartikel, Zeitschriften und Bücher (kostenverursachend).

Mehrmals jährlich erscheint der Gesundheitsinformationsdienst (GID), der Informationen über Aktivitäten der BfGE und ihrer Mitglieder enthält und Kurzmitteilungen zu aktuellen Themen der Gesundheitsförderung (kostenverursachend).

Für Presse, Rundfunk und Fernsehen bringt die BfGE mehrmals jährlich den Gesundheitspressedienst (GDP) heraus, durch den die Massenmedien auf aktuelle Themen und Vorhaben aufmerksam gemacht werden und fachliche Informationen erhalten sollen (kostenfrei).

In einer weiteren Publikation „Gesundheit für alle - alles für die Gesundheit“ wurden fast 100 Mitgliedsorganisationen und -vereinigungen der BfGE dargestellt (kostenverursachend).

Über die Publikationen der BfGE gibt es ein Verzeichnis mit Preisangaben.

Serviceleistungen

Die Serviceleistungen der BfGE sind ebenfalls auf die drei Tätigkeitsfelder Information - Zusammenarbeit - Grundlagenarbeit ausgerichtet

Durch einen gut ausgebauten Literaturdienst erhalten Interessenten zu gewünschten Themen eine Zusammenstellung der vorhandenen Literatur (Fachartikel, Bücher).

Mit ihren Fachtagungen und Kooperationsgesprächen, die auch nach den Wünschen von Mitgliedern eingerichtet werden, leistet die BfGE einen weiteren Beitrag zur Information und Zusammenarbeit. Ein anderer Schwerpunkt bei den Serviceleistungen ist die Beratungstätigkeit der BfGE, die durch eingerichtete Ausschüsse oder durch Mitarbeiter der BfGE vorgenommen wird. Dazu gehören auch Fortbildungsangebote, vor allem zu dem Thema AIDS. Zu diesen Veranstaltungen wird gezielt eingeladen, bzw. ein jährlich erstelltes Fort- und Weiterbildungsprogramm informiert darüber.

Empfehlungen

Die BfGE bietet durch ihre Veröffentlichungen viele Informationen, so daß für den Überblick das Verzeichnis der Publikationen angefordert werden sollte

Für den Einsatz von audiovisuellen Medien in der Bildungsarbeit ist der Bezug der Filmkartei zu empfehlen und zur Vorbereitung von Maßnahmen die Nutzung des Literaturdienstes. Zur allgemeinen Information ist der Bezug des „Gesundheitsinformationsdienstes (GID)“ und des „Literaturnachweises zur Gesundheitserziehung“ anzuraten

Interessenten an Fort- und Weiterbildung in der Gesundheitsförderung sollten das entsprechende Programm der BfGE anfordern.

Bei speziellen Fragestellungen empfiehlt es sich, bei der BfGE Auskunft einzuholen, ob durch die Ausschüsse dazu Grundlagen und Positionen erarbeitet wurden.

Außerdem empfiehlt sich die Aufnahme in den Verteiler für die Veranstaltungen der BfGE

BUNDESVEREINIGUNG LEBENSILFHE FÜR GEISTIG BEHINDERTE e.V.

Adresse	Raiffeisenstr. 18 3550 Marburg 7
Ansprechpartner	Dr. Theo Frühauf Dr. Therese Neuer-Miebach
Telefon	0 64 21/4 00 10
Telefax	0 64 21/40 01 - 67

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V. ist ein Zusammenschluß für geistig behinderte Menschen, ihre Eltern und Freunde sowie Fachleute. Sie ist ein gemeinnütziger Verein und wurde 1958 in Marburg von Eltern und Fachleuten gegründet und besteht heute aus:

- ca. 400 örtlichen Vereinen (Orts- und Kreisvereinigungen)
- 11 Landesverbänden
- der Bundesvereinigung Lebenshilfe in Marburg.

Die Finanzierung besteht aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und zu einem geringen Anteil aus Zuwendungen des Bundesministeriums für Gesundheit. Insgesamt sind etwa 100.000 Mitglieder in der Lebenshilfe organisiert.

Ziel der Bundesvereinigung Lebenshilfe ist es, geistig behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ein Leben zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Deshalb ist es wichtig, diese Menschen zu fördern, um ihnen bei der Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu helfen, und ihre Eingliederung in die Gesellschaft zu bewirken.

Man kann davon ausgehen, daß von 1000 Kindern etwa 6 bis 8 geistig behindert sind. Nach jetzigen Erkenntnissen kommt auf ca. 130 Neugeborene ein geistig behindertes Kind. Es dürften derzeit 350.000 geistig behinderte Menschen in der Bundesrepublik leben.

Übergeordnetes Ziel der Lebenshilfe ist es, für die geistig behinderten Menschen und ihre Familien verbesserte Lebensbedingungen zu schaffen und auf die Integration dieser Bevölkerungsgruppe in der Gesellschaft hinzuwirken. Dies bedingt folgende Betätigungsfelder:

- Die Bundesvereinigung unterhält eigene Einrichtungen, in denen sie Vorsorgeuntersuchungen, Diagnostik, Behandlungen und Betreuung durchführt (Frühförderung).
- Sie berät in allen Fragen zum Thema geistiger Behinderung.
- Sie unterhält eigene Kindergärten bzw. schulvorbereitende Einrichtungen sowie Schulen und Werkstätten für geistig behinderte Menschen.
- Sie unterhält eigene Wohnplätze und ist bei der Planung von behindertengerechten Wohnungen behilflich.
- Sie vermittelt Freizeit- und Erholungsangebote z. T. in eigenen, z. T. in Einrichtungen anderer Träger.

Aufgaben und Ziele der Institution

-- Sie berät Familien mit geistig behinderten Angehörigen, um die entsprechenden Rehabilitationsmaßnahmen von der frühen Kindheit bis zur Altersversorgung einleiten zu können

Zur Durchführung und Vermittlung der beschriebenen Aufgaben in der Öffentlichkeit unterhält die Bundesvereinigung in Marburg eine hauptamtlich geführte Geschäftsstelle, die sich aus kleinsten Anfängen heraus entsprechend dem Anwachsen der Organisation zur heutigen Bundeszentrale mit 80 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entwickelt hat. Die Vorstände der Orts- und Kreisvereinigungen leisten ihre Arbeit ehrenamtlich.

Medienangebote

Um das oberste Ziel der Lebenshilfe – Eingliederung geistig behinderter Menschen in unsere Gesellschaft – verwirklichen zu können, ist das Medienkonzept der Bundesvereinigung Lebenshilfe auf die Angehörigen geistig behinderter Menschen, insbesondere ihre Eltern, sowie auf das betreuende Fachpersonal abgestimmt.

Von der Bundesvereinigung Lebenshilfe werden folgende Periodika herausgegeben:

Lebenshilfe-Zeitung (LHZ)

Sie erscheint seit Januar 1980 sechsmal jährlich mit einer Auflage von über 100 000. In erster Linie als Mitgliederzeitung konzipiert, versteht sich die LHZ als Forum für alle, die sich mit den Problemen geistig behinderter Menschen befassen. Vor allem wendet sie sich an Eltern und Angehörige geistig behinderter Menschen, und dient als Forum für alle in der Lebenshilfe zusammengeschlossenen Gruppierungen (Eltern, Fachleute, Förderer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen usw.)

Die LHZ informiert über soziale und wirtschaftliche Probleme Behinderter (z. B. Entlohnung in Werkstätten), enthält Tagungsberichte sowie Erfahrungsberichte örtlicher Vereine und gibt Hinweise, wo Behinderte Urlaub machen, Sport treiben und ihre Freizeit verbringen können etc. (kostenpflichtig, für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten). Jeder zweiten Nr. der LHZ liegt seit drei Jahren das Lebenshilfe-Magazin bei, eine Zeitschrift, die sich direkt an Jugendliche und Erwachsene mit geistiger Behinderung richtet: Erfahrungs- und Erlebnisberichte aus den verschiedenen Lebensfeldern sowie Tips und Informationen bilden die Hauptinhalte

Geistige Behinderung

Diese Fachzeitschrift widmet sich Themen aus Theorie und Praxis der Arbeit mit geistig behinderten Menschen. Sie enthält – jeweils mit einem thematischen Schwerpunkt – Beiträge namhafter Autoren aus allen relevanten Disziplinen (u. a. Pädagogik, Psychologie, Medizin, Recht, Sozialpolitik) und wendet sich vorwiegend an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen für geistig behinderte Menschen, Studierende und Lehrende sowie an Fachleute und interessierte Eltern. Sie erscheint viermal jährlich in einer Auflage von 11.000 Exemplaren (kostenpflichtig)

Als nicht periodisch erscheinende Medien gibt die Bundesvereinigung Handbücher, Schriftenreihen und monographische Info-Broschüren heraus. Beispielhaft seien hierfür aufgeführt:

– Große Schriftenreihe

In ihr erscheinen die Ergebnisse von Fachtagungen, Workshops sowie Monographien. Themen sind z. B.:
Humanes Wohnen,
Altwerden von Menschen mit geistiger Behinderung,
Vormundschaft und Betreuung,

Die Hauptgeschäftsstelle, die Bundeszentrale, ist verantwortlich für die Entwicklung neuer Konzeptionen und Programme im Bereich geistige Behinderung. Dies geschieht innerhalb des Verbandes, in der sozialpolitischen und in der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu politischen und fachlichen Initiativen in der Gesetzgebung.

Die örtlichen Vereine unterhalten 60 % der Werkstätten für Behinderte in der Bundesrepublik und bieten ca. 10.000 Wohnplätze für Behinderte an. Die Landesverbände sind die Vermittlungsinstanz zwischen örtlichen Vereinen und der Bundeszentrale.

Schwangerschaftsverhütung (kostenpflichtig)

– Kleine Schriftenreihe

In dieser auch kostenpflichtigen Schriftenreihe im handlichen Taschenbuchformat sind z. B. erschienen:
„Ergebnisse des Treffens der Lebenshilfe-Werkstätten in Köln“.

„Ergebnisse des Treffens der Lebenshilfe-Schulen in Würzburg“

„Aufgaben von Ärzten und Beratern in Familien mit geistig behinderten Kindern“

„Geschwister geistig Behinderter“.

Ergänzbare Handbücher

Loseblattausgaben informieren (mit Ergänzungslieferungen) über aktuelle Empfehlungen und Materialien aus den jeweiligen Arbeitsbereichen. Beispielhaft seien genannt:

– Werkstatt-Handbuch

– Handbuch Wohnstätten

– Handbuch des Pädagogischen Ausschusses

– Handbuch Freizeit

– Elternratgeber

– Rechtsdienst der Lebenshilfe

Eine Bibliographie zu Fragen geistiger Behinderung, nach Themenschwerpunkten gegliedert, wird laufend aktualisiert und neu aufgelegt.

Das Verlagsprogramm gibt einen vollständigen Überblick über die Broschüren, Prospekte und Kleindrucksachen der Bundesvereinigung Lebenshilfe und ist kostenlos erhältlich.

Filmdienst

Mit dem Filmdienst gibt die Bundesvereinigung Lebenshilfe eine Übersicht über die ihr bekannten Filme zur Thematik geistig behinderter Menschen. Ein Verzeichnis gibt einen Überblick über die zur Verfügung stehenden Titel.

Jeder der aufgeführten Filme wird hinsichtlich

seines Inhaltes,

– der technischen Daten

– sowie der Bezugsquellen kurz charakterisiert.

Einige Filme können gegen eine Verleihgebühr bei der Bundeszentrale der Lebenshilfe ausgeliehen werden, für andere werden Bezugsadressen genannt.

Dienste

– Fachdienst

– Rechtsdienst

– Verbandsdienst

– Pressedienst

– Parlamentarierdienst

sind unregelmäßig erscheinende aktuelle Mitteilungsblätter.

Für jeden der Dienste hat die Bundeszentrale einen Verteiler. Der Bezug ist kostenlos.

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe bietet seit 1970 Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an Zielgruppen sind das betreuende Fachpersonal im Behindertenbereich sowie Eltern geistig behinderter Menschen, interessierte Laien und Menschen mit geistiger Behinderung selbst.

Verstärkt konnten in den letzten Jahren Eltern und Angehörige geistig behinderter Menschen als Teilnehmer gewonnen und berücksichtigt werden. Ziel ist es, den Eltern Chancen einzuräumen, ihre Kompetenz zu erweitern und ihnen die Möglichkeit zu geben, Antworten auf ihre Fragen zu bekommen.

Seit 1984 bietet die Bundesvereinigung auch Seminare für geistig behinderte Erwachsene an. Sie sollen durch die Teilnahme an Bildungsmaßnahmen mehr Selbstvertrauen und Selbständigkeit erhalten.

Die im folgenden aufgeführten Themen der Fortbildungsmaßnahmen können als Auswahl nur beispielhaft sein. Ratsam ist es, sich das jährlich erscheinende Fortbildungsverzeichnis zu beschaffen, in dem die Ausschreibungen und Kosten der Veranstaltungen aufgeführt sind.

Mehrwöchige berufsbegleitende Fortbildungslehrgänge

Ziel dieser mehrwöchigen kostenpflichtigen Fortbildungslehrgänge (6 bis 8 Wochen Dauer) ist es, bestimmte Zielgruppen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Einrichtungen für Behinderte weiterzuqualifizieren.

- Sonderpädagogische Zusatzqualifikation für Leiter und Leiterinnen und Abteilungsleiter/innen von Werkstätten für Behinderte (WfB).
- Berufsbegleitender Fortbildungslehrgang für leitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Wohnstätten für Behinderte.
- Berufsbegleitender Fortbildungslehrgang für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Frühförderungsstelle.

Einwöchige Maßnahmen und Kurzlehrgänge (von 2-3 Tagen)

In den einwöchigen Maßnahmen und Kurzlehrgängen sollen Einführungen bzw. Vertiefungen zu bestimmten Themen vermittelt werden. Themen u. a.:

- Bewegung und Musik als Erziehungshilfe für das geistig behinderte Kind
- Psychomotorische Übungsbehandlung bei geistig behinderten Kindern und Jugendlichen

Interessierte sollten sich in den Verteiler der Bundesvereinigung für das Verlagsprogramm aufnehmen lassen.

Über diesen Verteiler erhalten sie Informationen über Neuerscheinungen (kostenlos).

Zu empfehlen ist der Bezug der Zeitschriften und der „Dienste“:

- Lebenshilfezeitung (LHZ) (kostenpflichtig) (6x jährlich)
- Geistige Behinderung (kostenpflichtig) (4x jährlich)

Rechtsfragen bei der Hilfe für geistig behinderte Menschen

- Technik der Gesprächsführung
- Sexualität und Partnerschaft
- Integration in Kindergarten und Schule
- Familienentlastende Dienste

Zielgruppe ist u. a. das betreuende Fachpersonal. Diese Veranstaltungen sind kostenpflichtig.

Marburger Gesprächstage

Die Marburger Gesprächstage dienen der Diskussion aktueller Themen, der Information innerhalb der Lebenshilfe und dem Erfahrungsaustausch. Themen sind u. a.:

- Die Förderung geistig Schwerstbehinderter im Rahmen der WfB (Werkstatt für Behinderte)
- Pädagogische Inhalte des Kindergartens
- Führungsfragen in der örtlichen Vereinigung
- Elternbeiräte in der WfB

Treffen von Vertreterinnen und Vertretern der Lebenshilfe-Einrichtungen

Ziel dieser Treffen ist, neben dem Informations- und Erfahrungsaustausch, Anregungen der Praxis für die Grundsatzarbeit zu gewinnen sowie aktuelle Fragen und Probleme zu besprechen. Themen, die u. a. bei diesen Treffen diskutiert werden:

- Grundlagen und Prinzipien humanen Wohnens geistig behinderter Menschen in einer Wohnstätte für Behinderte
- Die Stellung der Eltern im System der Frühförderung
- Die Bedeutung der Arbeit im Leben geistig behinderter Menschen
- Arbeitsfeld und Berufsbild der Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter und des begleitenden sozialen Dienstes in der WfB

Außerdem verfügt die Bundesvereinigung Lebenshilfe über eine umfangreiche Fachbibliothek. In dieser Fachbibliothek findet man 5.000 Bücher zur geistigen Behinderung, ca. 100 deutschsprachige und 25 ausländische Zeitschriften. Außerdem sind Examens- und Diplomarbeiten über das Thema vorhanden. In dieser Fachbibliothek kann Literatur zum Themenkomplex geistige Behinderung eingesehen werden. Auswärtige Benutzer können die gewünschte Literatur auch schriftlich bei der Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig behinderte Menschen ausleihen.

Beachtung sollte noch die Referententätigkeit der Bundesvereinigung Lebenshilfe finden. Die Fachgebietsleiterinnen und -leiter können als Referenten für übergreifende konzeptionelle Themen über die Bundeszentrale angefragt werden.

- v.a. Fachdienst, Rechtsdienst und Pressedienst

Weiterhin sollten der Filmdienst und die Ausleihmöglichkeiten der Fachbibliothek (Fernleihe) beachtet werden.

Um über die Fortbildungsmaßnahmen der Lebenshilfe informiert zu sein ist es ratsam, sich in den Verteiler für das jährlich erscheinende Fortbildungsverzeichnis aufnehmen zu lassen (kostenlos).

**BUNDES-
VEREINIGUNG
LEBENSILFHE
FÜR GEISTIG
BEHINDERTE
e.V.**

**Service-
leistungen**

Empfehlungen

BUNDESZENTRALE FÜR GESUNDHEITLICHE AUFKLÄRUNG

– BZgA –

Adresse	Ostmerheimer Straße 200 5000 Köln 91
Ansprechpartner	Über die Zentrale
Telefon	02 21/89 92-0
Telefax	02 21/8 99 23 00

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in Köln besteht seit 1967 und ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit. Ihr Auftrag ist, durch Aufklärung die Gesundheit der Menschen zu erhalten und zu fördern. Die Arbeit der BZgA wird aus dem Bundeshaushalt finanziert.

Leitlinie der BZgA ist es, dem Bürger zu helfen, Verantwortung für seine eigene Gesundheit zu übernehmen (Hilfe zur Selbsthilfe). Hierzu gehören:

- Information über gesundheitsgefährdende und -förderliche Faktoren
- Offenlegung von Ursachen und Motiven für gesundheitsriskantes Verhalten
- konkrete Hilfen zum Abbau gesundheitsriskanten Verhaltens.
Neben diesen primärpräventiven Aufgabenstellungen werden auch
- Hilfen zur Krankheitsbewältigung gegeben.

Bei ihrer Arbeit wendet sich die BZgA vor allem an die Familie, an Heranwachsende und an Menschen mit besonderen gesundheitlichen Belastungen und Beeinträchtigungen.

Vermittlungsstrategien der BZgA sind massenmediale und personalkommunikative (Gespräche/Veranstaltungen) Maßnahmen.

Da die BZgA als zentrale Einrichtung auf Bundesebene nur begrenzt eigene personalkommunikative Maßnahmen durchführen kann, arbeitet sie eng mit Multiplikatoren in verschiedenen Bereichen zusammen, die sie mit Medien, Fortbildung und Beratung unterstützt.

Wichtige Kooperationspartner sind für die BZgA die Bundesländer, Ärzte und Gesundheitsämter, Fachverbände und Selbsthilfeorganisationen, Krankenkassen und viele andere Institutionen des In- und Auslandes, die in der Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung tätig sind. Diese Zusammenarbeit dient gleichzeitig der ständigen Weiterentwicklung von Maßnahmen der BZgA.

Aufgaben und Ziele der Institution

- BZgA -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die BZgA setzt entsprechend neuen Entwicklungen und Anforderungen besondere Arbeitsschwerpunkte und bearbeitet gleichzeitig eine Reihe von Standardthemen. Zu den ständigen Themen der BZgA gehören:

- Suchtprävention
- Gesundheit des Kindes (Schwangerschaft, gesunde Entwicklung des Kindes, Früherkennung von Gesundheitsstörungen, Erziehungsfragen)
- Familienplanung und Sexualpädagogik
- Prävention bei epidemiologisch bedeutenden Zivilisationskrankheiten, insbesondere Herz-Kreislauf-erkrankungen und Krebs
- Verhütung ernährungsbedingter Erkrankungen, Ernährungsaufklärung und ernährungsbezogener Verbraucherschutz
- Schulische Gesundheitserziehung

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte der BZgA sind:

- die Aufklärung über AIDS
- die Suchtprävention im Rahmen des nationalen Rauschgiftbekämpfungsplanes

Hier werden zur Zeit neben massenmedialen auch personalkommunikative Maßnahmen durchgeführt: „Gesprächsinitiative AIDS“ (örtliche Aufklärungswochen und bundesweite Telefonberatung), Erlebnisfestivals im Rahmen der Kampagne zur Förderung des Nichtrauchens.

- die Unterstützung der Gesundheitserziehung/förderung in den neuen Bundesländern

Zur Organisation:

Die BZgA besteht aus 3 Fachabteilungen und einer Verwaltungsabteilung.

Die Fachabteilungen untergliedern sich jeweils in mehrere Fachreferate, wobei es Fachreferate mit themenbezogenen (s. oben), medienbezogenen (audiovisuelle Medien, Ausstellungen/Werkstatt) und mit Querschnittsfunktionen (Aufgabenplanung, Zusammenarbeit mit Ländern und Verbänden, Auslandsbeziehungen, Fort- und Weiterbildung, wissenschaftliche Untersuchungen/ Erfolgskontrolle) gibt.

Medienangebote

Die BZgA hat ein sehr umfangreiches Medienangebot, das ständig aktualisiert und erweitert wird und deshalb hier nur generell beschrieben werden kann (Informationsmöglichkeiten über das aktuelle Medienangebot siehe unter „Empfehlungen“).

Die Medien der BZgA werden fast ausschließlich kostenlos abgegeben (auf Ausnahmen wird im folgenden besonders hingewiesen)

Medien für Endadressaten:

Hier liegt der Schwerpunkt des Medienangebotes der BZgA

Die BZgA bietet zu den oben genannten Themenbereichen eine breite Palette von Medien aller Art an

Hauptträger der massenmedialen Kommunikationsarbeit der BZgA sind Broschüren und Faltblätter in großer Auflage sowie TV-Spots und Anzeigen.

Die massenmedialen Angebote erfüllen dabei in erster Linie Informationszwecke und unterstützen Multiplikatoren vor Ort bei ihren Maßnahmen, insbesondere bei Gesprächen und Veranstaltungen, besonders in Verbindung mit anderen Medien wie Ausstellungen, Spiele, Begleitmaterialien (Medienpakete)

Die BZgA bietet eine Vielzahl von Printmedien, meist in Broschürenform an, die in der Regel über Multiplikatoren an die Zielgruppen weitergegeben werden (und als Grundlage z. B. von Beratungsgesprächen dienen). Es werden auch Plakatserien und Aufkleber zur Vorbereitung und Ergänzung von Aktionen angeboten.

Die BZgA hat eine Vielzahl von Filmen zu einer breiten Palette gesundheitserzieherischer/-förderlicher Themen entwickelt. Diese Filme (häufig auch als Video erhältlich) können kostenlos bei Landesbildstellen, Landesfilmdiensten, den professionellen Medienzentralen

und dem Deutschen Filmzentrum ausgeliehen werden. Zu jedem Film ist eine ausführliche Beschreibung erhältlich

Die BZgA bietet ausleihbare größere und kleinere Ausstellungen zu einzelnen Themen der Gesundheitserziehung an

Anfragen bitte an das Ausstellungsreferat der BZgA

Medien für Multiplikatoren:

- Der „Info-Dienst“ erscheint 4x im Jahr und dient dem Erfahrungs- und Informationsaustausch von in der Gesundheitsförderung Tätigen. Er enthält Mitteilungen, Veranstaltungshinweise und Kurzbeschreibungen von Materialien aus dem Leserkreis, die angefordert werden können. Bestellungen bitte an das Lehrgangreferat der BZgA
- Berichte über abgeschlossene Studien und Untersuchungen, die als Grundlagenwissen für die Planung gesundheitsförderlicher Maßnahmen wichtig sind
- Anfragen zu Studien und Untersuchungen, die in der Regel ausgeliehen werden, bitte an Ref. 2-25
- Materialien, die Hintergrundinformationen, Strategien, Konzepte und Methoden in der Gesundheitsförderung enthalten (sowohl themenbezogen wie themenübergreifend)
- Orientierungshilfen, um sich im Institutionen- und Angebotsbereich zurechtzufinden (z. B. „Gesundheitswegweiser“ zu überregional tätigen Einrichtungen (Schutzgebühr), Drogenberatungsstellen, Fort- und Weiterbildungsangebote in der Gesundheitserziehung)
- Unterrichtsmaterialien, die Sachinformationen und Unterrichtsvorschläge einschl. Medien für Lehrer/innen und Schüler/innen der unterschiedlichen Schulstufen enthalten (pro Schule wird ein Exemplar jeweils kostenlos abgegeben, ansonsten kostenpflichtig).

- Die BZgA hat Kursprogramme entwickelt, die von Einrichtungen der Erwachsenenbildung, von Krankenkassen und von anderen Stellen durchgeführt werden:

- 1 Eine Chance für Raucher – Nichtrauchen in 10 Wochen
- 2 Abnehmen – Aber mit Vernunft
- 3 Trainingsprogramm für Familien mit übergewichtigen Kindern im Alter von 5-9 Jahren (ab Anfang/Mitte 1992)
- 4 Gruppentrainingsprogramm: „Gelassen und sicher im Streß“
- 5 in der Entwicklung: Kursprogramm Gesundheitsförderung für Multiplikatoren auf Gemeinde- und Kreisebene.

Zu diesen Kursprogrammen werden Kursleiterschulungen (bei Nr. 4 nur für Psychologen) angeboten (zum Teil kostenpflichtig).

Nähere Auskünfte sind

- für 1. beim Suchtreferat
- für 2 + 3 beim Ernährungsreferat
- für 4. beim Referat chron. Krankheiten
- für 5. beim Lehrgangsreferat

erhältlich

- Der internationale Fortbildungslehrgang zur Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung (Gesamtdauer 7 Wochen) richtet sich an Schlüsselpersonen (mit guten Deutschkenntnissen) der Planungs- und Entscheidungsebene im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen der europäischen Länder (sehr beschränkte Teilnehmerzahl). Auskünfte sind beim Lehrgangsreferat der BZgA erhältlich.

-BZgA -

Serviceleistungen

Gesundheitserzieherisch Tätigen wird empfohlen, sich über die aktuellen Angebote der BZgA auf dem laufenden zu halten, indem sie

- die monatlich aktualisierte Bestellliste lieferbarer Printmedien (da hier nur ein Teil der Medien für Multiplikatoren aufgeführt werden kann, zusätzlich)
- den „Info-Dienst“ kostenlos (jeweils neue BZgA-Angebote mit Kurzbeschreibung) anfordern.

Neben diesen laufend aktualisierten Informationsmedien gibt es spezielle Verzeichnisse, die in größeren Abständen erscheinen, dafür aber ausführlichere Informationen bieten (Zusammenstellung aller Medien zu einem Arbeits-/Themenbereich mit Kurzbeschreibung) und bei Bedarf bestellt werden sollten:

Spezielle Medien-Gesamtübersichten zur

- AIDS-Aufklärung
- Suchtprävention
- Ernährung
- Schriftenreihe „Gesundheit und Schule“
- Filmliste (inkl. Kurzbeschreibung der Filme)
- Verzeichnis der abgeschlossenen Studien und Untersuchungen.

Außerdem sollten die Angebote im Ausstellungs-, Fortbildungs- und sonstigen Veranstaltungsbereich beachtet werden (Informationen über die aktuellen Angebote im „Info-Dienst“). Die Mitarbeiter der BZgA sind gerne bereit, hierüber nähere Auskünfte zu geben.

Empfehlungen

DACHVERBAND PSYCHOSOZIALER HILFS- VEREINIGUNGEN e.V.

BUNDESVERBAND DER ANGEHÖRIGEN PSYCHISCH KRANKER e.V.

Adresse	Thomas-Mann-Straße 49a 5300 Bonn 1
Ansprechpartner	Frau Titze (Geschäftsführerin Dachverb.)
Telefon	02 28/63 26 46

Der Dachverband Psychosozialer Hilfsvereinigungen wurde 1976 als gemeinnütziger Verein gegründet. Er ist ein Zusammenschluß von psychiatrischen Hilfsvereinen sowie von Initiativen, Gruppen und Arbeitsgemeinschaften von Bürgern, Laienhelfern, Fachleuten und Betroffenen zum Zweck der gegenseitigen Förderung und Hilfestellung, des Informationsaustausches (z. B. durch Tagungen) und der bundesweiten Repräsentation dieses Bereiches ehrenamtlicher, psychiatrischer Arbeit.

Derzeit sind im Dachverband etwa 180 Vereinigungen organisiert, die insgesamt 17.000 Personen umfassen. Einzelne Personen können nicht Mitglieder werden.

Die im Dachverband organisierten Vereinigungen sind auf folgenden Gebieten tätig:

- Hilfe für seelisch Kranke in der Gemeinde durch Initiativen engagierter Mitbürger, durch die Clubs, Treffpunkte und Freizeitangebote für Betroffene entstanden sind und die auch sonstige Hilfestellungen geben.
- Laienhilfe für Langzeitkranke durch Besuchsdienste und Beistand nach Entlassungen.
- Trägerschaft für Wohn-, Beschäftigungs- und Beratungsangebote für psychisch Kranke.

Der Dachverband selbst tritt ein für:

- die Beteiligung der Bürger an der Planung, Entwicklung und Verwirklichung psychiatrischer Angebote,
- eine gemeindenahe, psychiatrische Versorgung, die psychisch Kranke nicht in abgelegenen Kliniken isoliert, sondern schrittweise in ein normales, soziales Umfeld integriert,
- die rechtliche Gleichstellung seelisch Erkrankter und körperlich Behinderter.

Aufgaben und Ziele der Institution

**DACHVERBAND
PSYCHOSOZIALER
HILFSVEREIN-
IGUNGEN e.V.**

**BUNDES-
VERBAND DER
ANGEHÖRIGEN
PSYCHISCH
KRANKER e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Tätigkeiten des Verbandes in diesem Rahmen umfassen:

- Information, Beratung und Fortbildung für Laienheifer und Initiativen
- Anregung von Vereinsgründungen
- Information und Beratung von (ehemaligen) Psychiatrie-Erfahrenen
- Unterstützung von Selbsthilfeinitiativen auf örtlicher und Landesebene sowie bei der Gründung eines eigenständigen Verbandes Psychiatrie-Erfahrener
- Koordination und Unterstützung von Initiativen
- Einflußnahme auf die einschlägige Gesetzgebung

Der Verband finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Einzelne Projekte werden durch das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit oder durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gefördert.

Der Bundesverband der Angehörigen psychisch Kranker wurde 1985 ebenfalls als gemeinnütziger Verein gegründet. Er soll zum Zusammenschluß der Familien mit psychisch kranken Angehörigen führen, zwecks gegenseitiger Unterstützung und gemeinsamer Interessenvertretung, was die eigene Lage und die der kranken

Familienmitglieder angeht. Im Bundesverband sind derzeit rund 350 lokale Selbsthilfegruppen betroffener Familien organisiert.

Der Bundesverband verfolgt als Ziele:

- Stärkung der Selbsthilfe der Angehörigen
- Zusammenschluß der Angehörigen in lokalen Selbsthilfegruppen
- Abbau der Diskriminierung psychisch Kranker sowie rechtliche Gleichstellung mit anderen Kranken
- Integration psychisch Kranker und Unterstützung der betroffenen Familien durch Ausbau der gemeinde-nahen Psychiatrie

Der Angehörigenverband ist aus dem Dachverband der Hilfsvereinigungen hervorgegangen. Die beiden Verbände haben eine gemeinsame Geschäftsstelle, führen gemeinsame Tagungen durch und arbeiten in vielen Bereichen eng zusammen. Die im folgenden geschilderten Angebote im Bereich der Medien und der Serviceleistungen stammen in der Regel vom Dachverband Psychosozialer Hilfsvereinigungen oder sind in jedem Falle über die gleichen Ansprechpartner zu erfragen.

Medienangebote

Der Dachverband und der Bundesverband der Angehörigen geben gemeinsam als Periodikum die „Psychosoziale Umschau“ heraus, die viermal im Jahr erscheint und auch von Nicht-Mitgliedern abonniert werden kann (derzeit für 29 DM pro Jahr). Das Abonnement der Zeitschrift wird vom Dachverband anstelle eines Verteilers angeboten. Hier sind Informationen über die aktuellen Aktivitäten der beiden Verbände sowie über die regionale Tätigkeit der Hilfsvereine zu finden. Weiterhin wird allgemein über die Entwicklung der psychiatrischen Versorgung und über sozialpolitische und rechtliche Fragen, die für psychisch Kranke relevant sind, berichtet.

Die Medienangebote des Dachverbandes dienen einerseits der Aufklärung der Öffentlichkeit, um zur Bürgerhilfe anzuregen, zum anderen geht es um die Information und Schulung von Laien Helfern, und drittens werden Materialien erstellt, die sich eingehender mit speziellen Problemen der psychiatrischen Versorgung befassen, wie es z. B. für Trägervereine notwendig ist. Themen in dieser Gruppe wären beispielsweise der Aufbau von Laienhilfe, die Struktur von zu schaffenden Hilfsvereinen zur Betreuung von Langzeitkranken, betreutes Wohnen als Alternative zur Klinik etc.

Die Medien sind zum Teil kostenlos, zum Teil gegen eine Gebühr erhältlich. Eine Medienliste samt Kostangaben ist den Ausgaben der „Psychosozialen Umschau“ jeweils beigelegt.

Unter den für ein weiteres Publikum bestimmten Medien seien hier die Faltblätter „Bürger als Partner seelisch Kranker“ und „Rat und Hilfe für Angehörige“ beispielhaft erwähnt. Eingehendere Informationen für Interessierte und Betroffene bieten Broschüren wie z. B. „Partner sein“, DV-Leitfaden zur Laienhilfe und „Familien helfen sich selber“, DV-Leitfaden zur Angehörigenarbeit.

Der Dachverband verfügt über eine Plakatserie von 10 Plakaten (Format 42 x 60 cm) mit Titeln wie, „Ich weiß keinen Ausweg mehr“, „Ich möchte für andere Menschen da sein“, „Das Alleinsein macht mich krank“. Die Plakate sind mit kurzen Erläuterungstexten versehen und werben um Bürgerhilfe für psychisch Kranke. Sie sind kostenlos erhältlich.

Der Dachverband ist in der Lage, eine Reihe von Videofilmen zur Verfügung zu stellen, die zum Teil Laienhilfe zeigen, über Probleme und Nöte der Angehörigen informieren, zum Teil Aufzeichnungen von Fernsehsendungen sind, die sich mit Mängeln der psychiatrischen Versorgung auseinandersetzen.

Der Dachverband gibt einen regelmäßig aktualisierten „Wegweiser zu hilfreichen Adressen“ heraus, der bundesweit Kontaktadressen für Nachsorge und Laienhilfe, für Angehörigengruppen, für Wohngemeinschaften und für Übergangseinrichtungen auflistet.

**Service-
leistungen**

Der Dachverband berät und unterstützt alle, die Vereine für ehrenamtliche Hilfe für psychisch Kranke initiieren bzw weiterentwickeln wollen. Er ist in der Lage, Auskunft über örtlich bereits vorhandene Initiativen zu geben und gegebenenfalls Kooperationsmöglichkeiten zu vermitteln. Das gleiche gilt im Bereich der Angehörigeninitiativen für den Bundesverband der Angehörigen.

Der DV ist bereit, gegen Erstattung der Reisekosten für die seinen Aufgabenbereich direkt betreffenden Themen Referenten zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus können Fachleute für nahezu alle Fragestellungen der außerklinischen Psychiatrie benannt und bei Bedarf vermittelt werden.

Die beiden Verbände veranstalten mehrere regelmäßige Tagungen, die auch für Außenstehende zugänglich sind. Dabei handelt es sich um das Angehörigen-treffen, Tagungen zur Entwicklung der Laienhilfe sowie um Tagungen zu inhaltlichen Fragen der Hilfsvereine. Zweck dieser Tagungen ist es auch, den Dialog mit den professionell im Bereich der Psychiatrie Tätigen zu fördern.

Im Fortbildungsbereich werden zweitägige gebührenpflichtige Klausuren zur Entwicklung von Selbsthilfe von Angehörigen psychisch Kranker veranstaltet. Ähnliche Angebote soll es demnächst auch für den Aufbau von Laienhilfe geben.

Über das geschilderte hauseigene Medienangebot hinaus ist der DV aufgrund seines guten Überblicks bereit, auch Empfehlungen für externe Medienmaterialien zu geben, insbesondere solche, die die Lösung praktischer Probleme psychisch Kranker außerhalb der Klinik betreffen, was Tagesstrukturierung, Arbeitsmöglichkeiten, Wohnen und Freizeitgestaltung angeht.

**DACHVERBAND
PSYCHOSOZIALER
HILFSVEREIN-
NIGUNGEN e.V.**

**BUNDES-
VERBAND DER
ANGEHÖRIGEN
PSYCHISCH
KRANKER e.V.**

*Service-
leistungen*

Medienangebote

Interessant für alle, die ein Laienpublikum ansprechen wollen, ist das kostenlose Plakatangebot des Dachverbandes zur Bürgerhilfe in der Psychiatrie sowie das Angebot an Videofilmen.

Zur Basisinformation von Laienhelfern kann exemplarisch die Broschüre „Partner sein“ empfohlen werden.

Als beispielhaft für eine aufklärende Information für Angehörige psychisch Kranker kann weiterhin die Broschüre „Familien helfen sich selbst“ angesprochen werden.

Serviceleistungen

Bei einer geplanten Initiierung von Hilfsvereinen sollte auf alle Fälle die Unterstützung des Dachverbandes in Anspruch genommen werden.

Für in der Psychiatrie Tätige, die ihre Arbeit mit Hilfsvereinen, Bürger- und Selbsthilfe vernetzen wollen, sind die Tagungen der beiden Verbände wichtig, u. a. die diesem Dialog dienen.

Empfehlungen

DEUTSCHE AIDS-HILFE e.V.

– D.A.H. –

Adresse	Nestorstraße 8-9 1000 Berlin 31
Ansprechpartner	über die Zentrale
Telefon	0 30/89 69 06-0
Telefax	0 30/89 69 06 42

Die Deutsche AIDS-Hilfe e.V. (D.A.H.) wurde formal im September 1983 in Berlin gegründet und ist seit Dezember 1985 satzungsgemäß der Bundesverband der regionalen AIDS-Hilfe-Organisationen.

Laut Satzung fördert der Verein „die öffentliche Gesundheitspflege, indem er selbst Aufklärung, Beratung und Forschung über das Syndrom der Erworbenen Immunschwäche (Acquired Immuno Deficiency Syndrome – AIDS) betreibt oder andere Personen oder Institutionen oder staatliche Stellen durch Beratung, Mitarbeit oder Zuwendungen bei ihrer auf den gleichen Zweck gerichteten Tätigkeit unterstützt oder Personen, die nach dem jeweiligen Stand der Forschung zumindest im Verdacht stehen, an AIDS erkrankt zu sein, bei der Bewältigung der hieraus resultierenden Probleme notfalls auch materiell unterstützt. Er wirkt auf eine vorurteilslose Darstellung der Problematik in der Öffentlichkeit und auf eine Verbesserung der Lage der Betroffenen und ihrer Akzeptanz durch die Gesellschaft hin.

Die Umsetzung der Vereinsaufgaben durch die Bundesgeschäftsstelle der D.A.H. erfolgt durch

- Planung und Durchführung von bundesweiten Aufklärungskampagnen, um zielgruppenspezifisch auf Verhaltensmöglichkeiten hinzuweisen, die die Infektionsgefahr verringern;
- Förderung und Entwicklung präventiv wirksamer Infrastrukturen für Menschen aus den Hauptbetroffenengruppen zur Umsetzung des Handlungskonzeptes von Safer Sex und Safer Use und zur Absicherung der gesundheitlich-sozialen Versorgung;
- Entwicklung, Herstellung und Verteilung zielgruppenspezifischer Informationsmaterialien;
- Aus- und Weiterbildung für ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter/innen der regionalen AIDS-Hilfen zur Intensivierung und Qualifizierung der Beratungs- und Betreuungsarbeit;
- gezielte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zum Abbau unbegründeter Ängste in der Bevölkerung und zur Förderung eines vorurteilsfreien Umgangs mit den Menschen aus den Hauptbetroffenengruppen;
- Arbeit als Verbandsorgan und Sprachrohr der örtlichen AIDS-Hilfen, um finanzielle Unterstützung sowie politische und fachliche Hilfe durch Institutionen zu erwirken;
- politische Interessenvertretung auf Bundesebene;
- Auf- und Ausbau von Kontakten zu internationalen Gesundheitsorganisationen, zu Verbänden, For-

Aufgaben und Ziele der Institution

schungseinrichtungen und medizinischen Fachleuten im In- und Ausland.

- Auf- und Ausbau von Selbsthilfestrukturen im Bereich der Hauptbetroffengruppen

Die D.A.H. hat 123 ordentliche Mitglieder (1991), es sind regionale AIDS-Hilfen, z.T. in Landesverbänden organisiert, und etwa 400 Organisationen und Einzelpersonen als fördernde Mitglieder. Die Vereinsorgane sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und der Beirat. Die Mitgliederversammlung wählt u. a. den Vorstand oder beruft ihn ab und entlastet ihn, genehmigt den Haushaltsplan und beschließt Satzungsänderungen. Der Vorstand besteht aus mindestens drei, höchstens sieben Personen, die nicht zum Verein in einem Anstellungsverhältnis stehen; er wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden.

- D.A.H. -

Aufgaben und Ziele der Institution

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig (sofern die Satzung es nicht anders festlegt) und kann zur Führung der Geschäfte bis zu vier Geschäftsführer/Innen bestellen. Der Beirat besteht aus mindestens 11 Regionalvertretern und dem Vorstand. Er ist zuständig u. a. für die Vergabe von Forschungsaufträgen, Erstellung von Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins und von Arbeitsprogrammen. Die Bundesgeschäftsstelle hat 34,5 Planstellen (1991) mit über 40 Mitarbeiter/Innen, wobei nach Möglichkeit HIV-positive Menschen beschäftigt werden

Die Arbeit der D.A.H. wird aus privaten Mitteln wie Spenden und Mitgliedsbeiträgen sowie aus Bundesmitteln über die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung finanziert

Medienangebote

Mit ihrem Medienangebot wendet sich die D.A.H. in erster Linie an besonders betroffene Menschen wie homosexuelle Männer, IV Drogengebraucher/Innen, Prostituierte, Stricher und in Haft Befindliche, aber auch an Schlüsselpersonen wie Lehrer/Innen, Erzieher/Innen und Mitarbeiter/Innen im Gesundheitswesen und schließlich an die allgemeine Öffentlichkeit und natürlich auch an die Mitglieder.

Für Mitglieder der D.A.H. (kostenlos) und Interessierte (Abonnement) erscheint als Periodikum zweimonatlich die Zeitschrift „Deutsche AIDS-Hilfe Aktuell“. Neben einem Schwerpunktthema wie z. B. „Neue Vielfalt – AIDS-Hilfen in der DDR“ enthält die Zeitschrift u. a. aktuelle Berichte zur Vereinsarbeit sowie zu nationalen und internationalen Ereignissen im Zusammenhang mit HIV und AIDS, Beiträge zur Arbeit und Situation der regionalen AIDS-Hilfen und über Veranstaltungen sowie Berichte von Betroffenen

Die Reihe „AIDS-FORUM D.A.H.“ erscheint viermal jährlich und soll „die wissenschaftlich-praktischen Erfahrungen und Standpunkte, die in der AIDS-Hilfebewegung vorhanden sind, themenspezifisch bündeln sowie fachliche Kontroversen und Kritik aufgreifen, um die Selbstverständnis-Diskussionen zu vertiefen und um einen institutionsübergreifenden Diskurs zu ermöglichen“. Es wurden u. a. folgende Themen behandelt: „Die Zugänglichkeit zu sterilem Spritzbesteck – Modelle der HIV-Prävention bei IV Drogengebrauch im internationalen Vergleich“, „AIDS und Schwule – Individuelle Strategien und kollektive Bewältigung“, ein Bericht über eine Befragung; „Mann-männliche Liebe in den Zeiten von AIDS – Eine Untersuchung zum Sexualverhalten norwegischer homosexueller Männer“; „Therapie, Forschung, Prophylaxe – Medizinische Aspekte bei HIV-Infektion und AIDS“ Außerdem erschienen in dieser Reihe Sonderbände wie z. B. „Positiv in den Herbst – Keine Rechenschaft für Leidenschaft“, ein Bericht über die 1. Bundesweite Positivenversammlung im Sept. 1990, und „Montreal – Wien – New York“, Berichte zu internationalen AIDS-Kongressen 1989

Die Faltblatt-Serie „AIDS-INFO“ (kostenlos) wendet sich mit Themen wie „Heutiger Wissensstand“, „Vorbeugen – Safer-Sex“ oder „Fragen zum Test“ an die

allgemeine Öffentlichkeit und mit Übersetzungen in elf Sprachen an ausländische Mitbürger/Innen; dann an Prostituierte mit „AIDS-INFO für Frauen, die anschaffen gehen“ und „Mann schafft an“, an Menschen in Haft mit „AIDS-INFO für Frauen in Haft“, „Grenzpunkte“ und „Positiv, was nun? Ein Ratgeber für Menschen mit HIV/AIDS in Haft“; an Drogengebraucher mit „AIDS-INFO für Fixer“ und „JES INFO Leben mit Drogen“

Weitere Medien, die sich an bestimmte Zielgruppen wenden, seien beispielhaft aufgeführt:

- Für Homosexuelle die Foto- und Grafikplakatserie „Hot Rubber“; Plakate, Aufkleber, Postkarten, Faltblätter, Comics, Bieruntersetzer und Buttons zu „Safer Sex“ (kostenlos)
- für Menschen mit HIV und AIDS: Videos über die Situation von HIV-positiven und AIDS-kranken Menschen wie „Coming Out“, „Im Grunde sind wir Kämpfer“, „Noch lebe ich ja“ (zu entleihen über die Filmdienste und Bildstellen)
- für Mitgliedsorganisationen: Schulungsvideos „Aspekte der Betreuung“ mit didaktischem Leitfa-den; Video für Eltern und Geschwister von Menschen mit HIV/AIDS „Das schafft man nicht alleine“ mit Textheft; „Schlimm genug HIV-Positive und die anderen“; „Wir müssen jetzt damit leben“, Aspekte der ambulanten und stationären Versorgung im Rahmen der AIDS-Hilfe-Arbeit (mit Mitglieder kostenlos)
- für Lehrer/Innen und Erzieher/Innen. Unterrichtsmaterialien „AIDS. Medizinisch-biologische und gesellschaftliche Aspekte einer Krankheit“ (Belz Verlag, Bezug über den Buchhandel)
- für Mitarbeiter/Innen des Gesundheitswesens: die Loseblattsammlung „Therapien bei AIDS“ und das Video „Die Arbeit der Deutschen AIDS-Hilfe e.V.“ (kostenlos)
- für an der D.A.H. Interessierte: „Jahresberichte der D.A.H.“ (Einzelexemplare kostenlos)

Ein Verzeichnis und Bestellschein der von der D.A.H. herausgegebenen Medien können bei der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden.

Die vielseitigen Serviceleistungen der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. haben drei Schwerpunkte:

- Öffentlichkeitsarbeit zur AIDS-Problematik und Lobbyarbeit für Betroffene durch Stellungnahmen, Presseerklärungen und Herausgabe von Medien,
- Beratung von Mitgliedern in wissenschaftlichen, juristischen und psychosozialen Fragen,
- Veranstaltungen und Fortbildungsangebote für Betroffene und Mitarbeiter/innen von Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen

Beispielhaft seien hier aufgeführt:

- Veranstaltungen von und für Menschen mit HIV/AIDS: Diese gliedern sich in:

Bundesweite Positiventreffen im Waldschlößchen, Gleichen-Reinhausen bei Göttingen, wo etwa 50 Personen 6- bis 8mal im Jahr zusammenkommen können, um Freizeitangebote zu nutzen, an inhaltlichen Themen und der eigenen Situation zu arbeiten und Sachinformationen zu erhalten;

Gesundheitsfördernde Workshops, die in verschiedenen Regionen mehrmals im Jahr mit ca. 25 Teilnehmern stattfinden und die Ernährungs- und Genußverhalten, Sport und Fitneß, Entspannung und Streßreduktion zum Inhalt haben;

Angebote zur Erprobung von Techniken wie Autogenem Training, Atemtherapie, Bio-Feedback usw.;

Angehörigen-Workshops, die vom Bildungswerk AIDS und Gesellschaft durchgeführt werden (s. dort);

- Workshops für Schwule und Mitarbeiter/innen von AIDS-Hilfen sowie für Wirte von Schwulenknipen und Betreiber von Schwulensauen und Sex-Shops Themen sind z. B. „AIDS-Prävention in der Leder-szene“, „Aufsuchende AIDS-Beratung“;
- Fortbildungsangebote für den Bereich Drogen und Strafvollzug für ehrenamtliche und professionelle Mitarbeiter/innen der AIDS- und Drogenhilfen und Mitglieder von Selbsthilfegruppen. Themen sind z. B. „Wohnprojekte für AIDS-kranke Drogengebraucher“, „Kreative Methoden zur Anleitung von Drogenselbsthilfegruppen“, „Arbeitslosigkeit! Wohnungsnot! Wo ist Hilfe?“, „Wut und Trauer über Diskriminierung“, „Erfahrungsaustausch zwischen AIDS-Hilfen und Knastgruppen“.

Alle diese Angebote sind kostenfrei; zu jeder Veranstaltungsart gibt es Programme, die bei der D.A.H. angefordert werden können.

Anfragen zu Referenten bei geplanten Veranstaltungen sollten über die regionalen AIDS-Hilfen gehen.

**- D.A.H. -
Service-
leistungen**

Die Deutsche AIDS-Hilfe e.V. wendet sich mit ihrem umfangreichen Medien- und Serviceangebot vor allem an Betroffene und diejenigen, die mit ihnen zu tun haben, also die regionalen und örtlichen AIDS-Hilfen.

Doch auch für die gesundheitsfördernde Tätigkeit im Gesundheitswesen sowie in pädagogischen und psychosozialen Arbeitsfeldern ist die AIDS-Prävention und der Umgang mit den Problemen eine besondere Aufgabe.

Dafür ist es wichtig, die Arbeit und die Angebote der Deutschen AIDS-Hilfe zu kennen und Kontakt zu den regionalen AIDS-Hilfen zu haben

Es wird empfohlen,

- den Jahresbericht der D.A.H. anzufordern (kostenlos), in dem die Tätigkeitsfelder der D.A.H. beschrieben werden und die Medien der D.A.H. sowie die Anschriften der regionalen AIDS-Hilfen verzeichnet sind,
- bei weitergehendem Interesse bzw. Bedarf die Veranstaltungsprogramme anzufordern,
- die Schriftenreihe „AIDS-FORUM D A H.“ zu beziehen (kostenlos, Veröffentlichungsliste bei der D.A.H.).

Empfehlungen

DEUTSCHE AIDS-STIFTUNG „Positiv leben“

– DAS –

Adresse Pipinstraße 7
5000 Köln 1

Ansprechpartner Herr Dr. Ulrich Helde
(Öffentlichkeitsarbeit)
Frau Anja Trögner
(Einzelfallhilfe)

Telefon 02 21/24 35 35

Die DEUTSCHE AIDS-STIFTUNG „Positiv leben“ (DAS) entstand auf Grund einer Initiative des evangelischen Theologen und Psychotherapeuten Rainer Jarchow und seiner beruflichen und ehrenamtlichen Erfahrungen mit der AIDS-Problematik sowie der Möglichkeit, durch eine Erbschaft das Stiftungskapital von einer Million DM einzubringen. Am 22. 4. 1987 wurde die Stiftung mit dem Sitz in Köln durch den nordrhein-westfälischen Innenminister zugelassen und von der Landesregierung NRW wenig später durch Zustiftung von einer Million DM unterstützt.

Laut Satzung verfolgt die DEUTSCHE AIDS-STIFTUNG „Positiv leben“ das Ziel, zum besseren Verständnis der Immunschwäche AIDS und zu einem humanen Umgang mit den von ihr betroffenen und bedrohten Menschen beizutragen. Insbesondere geht es ihr darum, durch die Förderung von Aufgaben der Bildung und Erziehung, von Forschung und Kunst und die Förderung des öffentlichen Gesundheits- und Wohlfahrtswesens die Lebensbedingungen von HIV-test-positiven und AIDS-kranken Menschen nach den Grundwerten unserer Verfassung zu sichern und ihr Selbstvertrauen so zu stärken, daß sie ein selbstverantwortetes, sinnerfülltes und sozial akzeptiertes Leben führen können.

Mit der Möglichkeit, als unabhängige und nichtstaatliche Einrichtung schnell, unbürokratisch und auch unkonventionell auf dringende Probleme und Fragestellungen zu reagieren, setzt die DAS ihre Ziele in mehreren Schwerpunkten um:

- Mit der Einzelfallhilfe soll HIV-infizierten und AIDS-erkrankten Menschen materiell geholfen werden, wenn andere Möglichkeiten nicht gegeben sind. Im Hintergrund steht hier vor allem das Bemühen, Ausgrenzungen und Diskriminierung zu vermeiden, zu verringern oder erträglicher zu machen. Dazu gehört auch die Hilfe bei rechtlichen Auseinandersetzungen, da u. a. richterliche Entscheidungen dazu beitragen, wie die Gesellschaft mit der AIDS-Problematik umgeht.
- Die Projektförderung unterstützt Projekte, die sich zum einen mit der Prävention von AIDS und der Solidarität mit Betroffenen befassen und zum anderen den Betroffenen und ihren Angehörigen mit ihren psychischen und sozialen Problemen selbst dienen.
- Die Forschungsförderung soll die wissenschaftliche Diskussion und Arbeit in besonderen Bereichen der HIV-/AIDS-Forschung unterstützen.

Aufgaben und Ziele der Institution

- DAS -

Aufgaben und Ziele der Institution

- Ein jährlich verliehener Journalistenpreis zeichnet JournalistInnen aus, die mit ihren Beiträgen sachkundig über AIDS aufklären, Ängste abbauen helfen, für die Solidarität mit Betroffenen eintreten und deren soziale und psychische Situation deutlich machen.
- Im Bereich der Kunst werden größere und kleinere Ausstellungen gefördert, die sich des Themas AIDS annehmen.

Die Organe der Stiftung sind satzungsgemäß der Vorstand, das Kuratorium und das Präsidium. Der Vorstand besteht aus dem Stifter als Vorsitzenden, einem stellvertretenden Vorsitzenden und vier Persönlichkeiten, die vom Präsidium gewählt werden. Neben der rechtlichen Vertretung der Stiftung verwaltet der Vorstand das Stiftungsvermögen, wählt die Mitglieder des Kuratoriums, regelt die Geschäftsführung der Stiftung und beruft Gremien (wie z.B. die Jury für den Journalistenpreis) für die Arbeit der Stiftung.

Das Kuratorium berät den Vorstand und vertritt die Ziele der Stiftung in der Öffentlichkeit, seine Mitglieder werden vom Vorstand gewählt und sind Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens. Das Präsidium wird gebildet durch den Vor-

standsvorsitzenden, den Vorsitzenden des Kuratoriums und den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen; es wählt die wählbaren Mitglieder des Vorstandes.

Zur Führung der laufenden Geschäfte hat die Stiftung eine Geschäftsstelle eingerichtet mit mehreren hauptamtlichen Mitarbeitern. Die Entscheidungen in den verschiedenen Arbeitsschwerpunkten werden von dem Vorstand getroffen bzw. von Arbeitsausschüssen. So entscheidet z.B. ein Arbeitsausschuß in wöchentlichen Sitzungen alle zwei Wochen über die Anträge zur Einzelfallhilfe.

Andere Bemühungen der Stiftung sind der Spendenakquisition gewidmet, um weitere Mittel für die Aufgabenschwerpunkte zur Verfügung zu haben. Dazu wurde auch mit der Nationalen AIDS-Stiftung Anfang 1989 eine Arbeitsgemeinschaft deutscher AIDS-Stiftungen gebildet, um eine Gemeinsamkeit der Ziele deutlich zu machen und die Spendenbereitschaft auf einen Ansprechpartner zu konzentrieren, so auch mit gemeinsamen Aktionen, wie z.B. die Benefizveranstaltung der ART Frankfurt und der Auktion von Kunstwerken zugunsten der Arbeitsgemeinschaft.

Medienangebote

Mit ihrer besonderen Aufgabenstellung hat die DAS natürlich ein geringes Medienangebot. Dieses beschränkt sich auf die Herausgabe des Informationsperiodikums „POSITIV LEBEN“ INTERN, das unregelmäßig erscheint und über die Arbeit der DAS berichtet. Der Bezug, auch von Mehrexemplaren, ist kostenfrei.

Serviceleistungen

Im Mittelpunkt der Serviceleistungen der DAS steht die Einzelfallhilfe.

Diese wird HIV-AK-positiven und an AIDS erkrankten Menschen entweder auf eigenen Antrag oder den Antrag von lokalen Beratungsstellen unter bestimmten Voraussetzungen gewährt. Dazu gehört, daß keine Zahlungsverpflichtungen Dritter bestehen (Sozialämter, Krankenkassen usw.), daß die materielle Unterstützung Hilfe zur Selbsthilfe bietet und dem Betroffenen wirklich weiterhilft. Es handelt sich dabei in der Regel um eine einmalige bzw. zeitlich befristete Hilfe zu vielen, oft einfachen Dingen, die die soziale Situation der Betroffenen erleichtern. Dazu gehört die Erstattung einer Kautions bei Wohnungsmietung oder von Mietschulden; die Bezahlung von Telefonrechnungen, weil bei der drohenden Sperrung des Telefonanschlusses die Möglichkeiten wegfallen, kurzfristig Hilfe herbeizurufen oder Kontakt zu Verwandten und Freunden zu haben; die Bezahlung eines stabilisierenden Erholungsaufenthaltes oder von Fahrtkosten zu Verwandten und Freun-

den, Unterstützung zur Ausübung eines Hobbys und schließlich Hilfe bei rechtlichen Auseinandersetzungen. In den ersten drei Jahren ihres Bestehens hat die Stiftung in über 2.500 Fällen mit mehr als 1.400.000 DM helfen können.

Die weiteren Serviceleistungen der DAS sind die Projekt- und die Forschungsförderung, z.B.

- ein Rehabilitations- und Erholungsprogramm für an AIDS-erkrankten Menschen,
- Förderung eines Forschungsvorhabens zum Problem der Co-Faktoren bei AIDS,
- Durchführung eines Symposiums zur Fragestellung „Psychoimmunologie und HIV-Infektion“

Außerdem kann die Stiftung Hintergrundinformationen zur AIDS-Problematik und Hinweise zu Entscheidungen bei Rechtsauseinandersetzungen geben, vor allem, wenn es darum geht, das soziale Klima zugunsten Betroffener zu verändern.

Empfehlungen

Für diejenigen, die sich mit der Beratung und Hilfe von HIV-infizierten und an AIDS erkrankten Menschen und deren Ansprechpartnern befassen, ist es wichtig, Kontakt zur Deutschen AIDS-Stiftung „Positiv leben“ zu haben und über ihre Arbeit informiert zu sein. Dazu gehört auch die Aufnahme in den Verteiler für „POSITIV LEBEN — INTERN“.

Die Kooperation der regionalen Stellen untereinander und zusammen mit der DAS sind notwendig, um Betroffenen über die DAS zu helfen und die DAS in ihrer überregionalen Öffentlichkeitsarbeit um die AIDS-Problematik zu unterstützen.

Auch sollte überprüft werden, ob regionale Veranstaltungen für Spenden für die AIDS-Stiftungen genutzt werden könnten.

DEUTSCHE ARBEITS- GEMEINSCHAFT FÜR PSYCHOONKOLOGIE e.V.

– dapo –

Adresse	Geschäftsstelle: Abteilung für psychosoziale Rehabilitation der Fachklinik Hornheide Dorbaumstraße 300 4400 Münster-Handorf
Ansprechpartner	Dipl.-Psych., Dipl.-Theol. G. Strittmatter (1. Vorsitzender) Frau Uta Evers (Sekretärin) Dipl.-Soz. päd. Reinhard Mawick
Telefon	02 51/32 87-3 25

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie e. V. (dapo) ist eine 1983 gegründete bundesweite Vereinigung, in der sich alle Berufsgruppen zusammengeschlossen haben, die in der psychosozialen Beratung von Tumorkranken arbeiten, die psychotherapeutische Begleitung von Krebskranken durchführen oder in der psychoonkologischen Forschung tätig sind. Dies sind u. a. Psychologen, Ärzte, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Theologen, Krankenschwestern, Beschäftigungstherapeuten.

Entstanden ist die Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie e.V. aus dem Bedürfnis, den Austausch zwischen diesen Berufsgruppen zu intensivieren und damit auch die Erfahrungen, die in der psychosozialen Beratung von Krebspatienten inzwischen gesammelt sind, zu bündeln. Die psychosoziale Nachsorge hat sich in den letzten Jahren zu einem neuen Schwerpunkt bei der Begleitung von Krebspatienten entwickelt. Konzepte sind dafür entwickelt worden und Tätigkeitsfelder abgesteckt, die in der Öffentlichkeit vorgestellt und auch diskutiert werden müssen.

Die dapo hat sich zum Ziel gesetzt, durch den Austausch unter den in Forschung und Praxis arbeitenden Psychoonkologen den wissenschaftlichen Austausch anzuregen und zur Entwicklung geeigneter Beratungs- und Therapieangebote für Krebsbetroffene und ihre Angehörigen beizutragen. Gedacht wird hierbei an Kriseninterventionsangebote an den Punkten des Krankheitsverlaufes, an denen Patienten für psychosoziale Betreuung motivierbar sind oder die Unterstützung besonders dringend brauchen, und an eine umfassende Beratung, die präventive Maßnahmen, Aktivierung und positiveres Gesundheitsverhalten einschließt. Zur Diskussion stehen ebenfalls Psychotherapiemethoden, die nach Art der systemischen Familientherapie das stützende Umfeld der Erkrankten einbeziehen, körperorientierte Verfahren, die die verletzte Integrität des Körper- und Selbstbildes bearbeiten können, und der Einsatz imaginativer Verfahren, um nur einige zu nennen.

Aufgaben und Ziele der Institution

– dapo –

Aufgaben und Ziele der Institution

Gerade in der Behandlung von Krebserkrankungen gibt es immer wieder unseriöse Heilsversprechungen und selbsternannte „Krebstherapeuten“. Dies gilt nicht nur für den medizinischen Bereich, auch die psychosoziale Nachsorge kennt dieses Problem. Daher ist die Tätigkeit der dapo auf eine wissenschaftliche Überprüfung der Praxis gerichtet.

Psychoonkologie befaßt sich daneben mit der Überprüfung der Theorien zur multifaktoriellen Genese von

Krebs, den subjektiven Erklärungstheorien zur Krankheitsentstehung, Psychoneuroimmunologische Forschung, Fragen des Krankheitsverlaufs und der Krankheitsverarbeitung und der Diskussion um Lebensqualität bei onkologischer Behandlung.

Die dapo ist in der Form eines gemeinnützigen Vereins organisiert und trägt sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Medienangebote

Die Inhalte der Jahrestagungen werden jeweils in Ergebnisberichten (Sammelbände zum Selbstkostenpreis, 20,- DM pro Stück) den Tagungsteilnehmern, den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft sowie anderen Interessenten angeboten.

Seit 1990 werden die Ergebnisberichte über einen Münsteraner Verlag veröffentlicht

Beispielhaft seien genannt:

M. C. Bettex, J. Brusis, Hrsg.: „Kranksein in unterschiedlichen Phasen“, Ergebnisbericht der 3. und 4. Jahrestagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie e.V. in Bad Karlshafen vom 31.10.–3.11.1985 und in Wiesbaden-Naurod vom 29.5.–1.6.1986.

G. Strittmatter, Hrsg.:

„Anpassung und Verweigerung in der Akutphase der Krebserkrankung“, „Das Leben geht weiter. Die Phase der Nachsorge“, Ergebnisbericht der 5. und 6. Jahrestagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie e.V. (dapo) vom 17.6.–20.6.1987 in Loesfeld und vom 2.6.–5.6.1988 in Wiesbaden.

H. Welk, Hrsg.:

„Zwischen Resignation und Hoffnung, die Phase der Progredienz“, Ergebnisbericht der 7. Jahrestagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie e.V. in Hamburg-Rissen vom 7.6.–10.6.1989

G. Strittmatter, Hrsg.:

„Sterben in Würde – Mut zum Leben“, Ergebnisbericht der 8. Jahrestagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie e.V. vom 13.6.–16.6.1990 in Goslar-Hahnenklee, Münster: 1991.

Serviceleistungen

– Jedes Jahr findet eine dreitägige Jahrestagung statt, in der wissenschaftliche Reflexion, klinische Erfahrung und persönlicher Austausch in einem ausgeglichenen Verhältnis zueinander stehen. Diese Jahrestagungen stehen den Mitgliedern der dapo und in begrenzter Zahl auch Nicht-Mitgliedern offen. Themen sind z. B. die Akutphase, die Phase der Nachsorge, die Phase der Progredienz, die Sterbephase, Praxis und Forschung in der Psychoonkologie, Kooperationsmodelle und die Situationen des Helfers.

– Außerdem werden für Mitglieder der dapo und Experten „Klausurtagungen“ für bestimmte Gruppen und Themen durchgeführt, z. B. das Expertentreffen „Psychoonkologische Forschung“, die „Hospiztagung“ oder eine Tagung zur „Betreuung von Krebspatienten in ambulanten Beratungsstellen“.

Dabei wird der Rahmen so klein gehalten (ca. 25 Teilnehmer), daß ein intensiver, personenbezogener Arbeitsstil entsteht.

Da die Mitglieder der dapo aus der ganzen BRD kommen, kann die dapo für Krebsbetroffene und Angehörige Kontaktpersonen nennen, die in der Lage sind, bei der Suche nach Psychoonkologen sowie mit dem Krebsproblem vertrauten Psychotherapeuten behilflich zu sein. Diesbezügliche Anfragen

an die Geschäftsstelle nehmen in letzter Zeit an Häufigkeit zu.

Jedes Jahr werden ein bis zwei Therapieseminare (von Freitagabend bis Sonntagmittag) für Mitglieder der dapo (und falls noch Plätze frei sind, für interessierte Fachkräfte) angeboten, z. B. „Einführung in die Klinische Hypnose bei Krebspatienten“, „Gestalttherapie bei Krebspatienten“, „Kunsttherapie mit Krebspatienten“, Teilnehmerzahl: 15–20 Personen

– 1990 ist mit einer Untersuchung begonnen worden, die das Ziel hat, die psychosoziale Versorgung und Angebotsstruktur in der Onkologie insgesamt zu erfassen und die momentane Situation zu beschreiben. Die Ergebnisse werden einerseits den Krebsbetroffenen direkt zugute kommen (Vermittlung geeigneter Beratungs- und Therapieangebote), andererseits werden sie eine Argumentationsgrundlage bieten für Forderungen zur Weiterführung, Einrichtung und Verbesserung bestehender neuer psychosozialer Dienste, gezielter Fortbildungsmaßnahmen und Forschungsvorhaben.

Psychoonkologische Fachkräfte, die den entsprechenden Wunsch der Geschäftsstelle mitteilen, werden regelmäßig über die dapo-Veranstaltungen informiert.

Empfehlungen

– Die „Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie e.V.“ (dapo) dient als übergreifendes Forum für die Berufsgruppen, die beratend, therapeutisch oder forschend mit Krebspatienten arbeiten.

– Besonders ist auf die Jahrestagungen hinzuweisen (Datum ist bei der Geschäftsstelle zu erfragen), die zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten durchgeführt werden und den wissenschaftlichen und praktischen Austausch ermöglichen. Die Ergebnisse werden in den „Ergebnisberichten“ veröffentlicht.

– Von besonderer Bedeutung sind auch die zweimal jährlich stattfindenden Therapieseminare für einen kleinen Kreis psychoonkologischer Fachkräfte.

– Wichtig ist auch die Vermittlung von Beratungs- und Therapieangeboten für Krebspatienten durch die Geschäftsstelle.

Die dapo ist auch in der Lage, Referenten für psychoonkologische Themen zu vermitteln.

DEUTSCHE FORSCHUNGS- GEMEINSCHAFT

– DFG –

Adresse	Kennedyallee 40 5300 Bonn 2
Ansprechpartner	Geschäftsstelle (Fachgruppe II B Biowissenschaften) Referat II B 4 – Dr. Beate Konze-Thomas: Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe Referat II B 8 – Dr. Heike Velke: Senatskommission zur Beurteilung von Stoffen in der Landwirtschaft Referat II C 2 – Dr. Hans Hasso Lindner: Senatskommission zur Beurteilung der gesund- heitlichen Unbedenklichkeit von Lebensmitteln (Lebensmittel-Kommission)
Telefon	02 28/88 51

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) berät satzungsgemäß Parlamente und Behörden in wissenschaftlichen Fragen.

Zu diesem Zweck werden Kommissionen berufen, deren Arbeitsergebnisse sich in „Empfehlungen“ niederschlagen.

Die nachfolgend genannten Kommissionen befassen sich mit Fragen der Gesundheitsvorsorge und Umweltschutzproblemen.

Im einzelnen sind dies:

- die Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe (stellt die duldbare Höchstkonzentration von Gasen, Dämpfen, Nebeln und Stäuben fest: Liste der maximalen Arbeitsplatzkonzentrationen (MAK-Werte), gibt Grundlage zur arbeitsmedizinisch-toxikologischen Beurteilung der (Un-)Bedenklichkeit der vom Organismus aufgenommenen Arbeitsstoffmengen: Sammlung der Biologischen Arbeitsstoff-Toleranz-Werte (BAT-Werte))
- die Senatskommission zur Beurteilung von Stoffen in der Landwirtschaft (Die Kommission ermittelt und beurteilt den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse über Stoffe, die in der Landwirtschaft vorkommen oder dort Verwendung finden sowie deren Wirkungen auf landwirtschaftliche Ökosysteme und den Naturhaushalt. Zu ihren Aufgaben gehört in diesem Zusammenhang auch die Beratung von Parlamenten und Behörden.)
- die Senatskommission zur Beurteilung der gesundheitlichen Unbedenklichkeit von Lebensmitteln (Lebensmittel-Kommission) (Ist für Fragen zuständig, die die Unbedenklichkeit von Stoffen in Lebensmitteln für die menschliche Gesundheit betreffen. Sie kann sich im Sinne des Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-Gesetzes auch mit Stoffen in Bedarfs-

Aufgaben und Ziele der Institution

- DFG -

gegenständen befassen. Zu den jeweiligen Fragen nimmt die Kommission nur aus wissenschaftlicher Sicht Stellung: Dazu gehören insbesondere Aspekte der toxikologischen Beurteilung, der lebensmitteltechnologischen Notwendigkeit und des ernährungswissenschaftlichen Nutzens der jeweiligen Stoffe)

Werkzeugangebote

Die Ergebnisse der Arbeit der einzelnen Kommissionen werden in einschlägigen Publikationsreihen der DFG veröffentlicht.

Der aktuelle Stand der beziehbaren Veröffentlichungen ist dem jeweiligen DFG-Tätigkeitsbericht zu entnehmen

Grundsätzlich sind diese Veröffentlichungen für jedermann zugänglich. Sie sind, wie im DFG-Tätigkeitsbericht angegeben, über den Verlag oder Buchhandel beziehbar.

Serviceleistungen

Die Beratung durch die Senatskommissionen der DFG hat rein wissenschaftlichen Charakter. Anfragen von Behörden und Parlamenten werden satzungsgemäß bearbeitet. Die Beratung von Einzelpersonen ist nicht vorgesehen

Empfehlungen

Der DFG-Tätigkeitsbericht des jeweils abgelaufenen Geschäftsjahres gibt einen guten Einblick in die von der Forschung bearbeiteten umwelt- und gesundheitsbezogenen Problemfelder. Die dort vorfindbaren Kurzbeschreibungen inhaltlicher Brennpunkte der Arbeit der einzelnen Kommissionen verweisen auf die dazugehörigen ausführlichen Schriften der DFG

Die Lektüre des DFG-Tätigkeitsberichts bietet dem wissenschaftlich Interessierten sowohl eine Kurzinformation über einschlägige Forschungsthemen als auch Hinweise auf Materialien zur vertieften Auseinandersetzung mit aktuellen umwelt- und gesundheitsrelevanten Fragestellungen

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR ERNÄHRUNG e.V.

– DGE –

Adresse Feldbergstraße 28
6000 Frankfurt 1

Telefon 0 69/72 0146

Telefax 0 69/17 23 83

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE) ist gemeinnützig tätig. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die wissenschaftliche Diskussion über Ernährungsfragen auf nationaler und internationaler Ebene anzuregen und zu fördern. Auf der Basis gesicherter Erkenntnisse über eine vollwertige Ernährung will die DGE dazu beitragen, Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Bevölkerung zu erhalten oder wiederherzustellen.

Die DGE ist unabhängig und verfolgt ihre Ziele frei von wirtschaftlichen und politischen Interessen.

Rechtlich ist die DGE ein eingetragener Verein, dessen oberstes Organ satzungsgemäß die Mitgliederversammlung ist. Zur Zeit hat die DGE rund 2.000 Mitglieder.

Entscheidungsträger der DGE ist das für jeweils 2 Jahre von der Mitgliederversammlung gewählte ehrenamtlich tätige Präsidium mit momentan 28 Mitgliedern, das sich aus Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen zusammensetzt.

Außerdem steht der DGE ein Kuratorium als Beratungsgremium zur Verfügung, dem gegenwärtig 33 Persönlichkeiten aus Politik, Verbraucherschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung angehören.

Für die DGE arbeiten 64 hauptamtliche Mitarbeiter, überwiegend in der Hauptgeschäftsstelle in Frankfurt am Main, in den Referaten Wissenschaft, Ernährungsbericht, Ernährungsberatung, Großverpflegung, Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung.

In den Bundesländern Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Saarland, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg unterhält die DGE regionale Schwerpunkte der Ernährungsberatung als eigenständige „Sektionen“, an der Universität Düsseldorf ein eigenes Institut für Ernährungsberatung und Diätetik.

Neben ihrer Publikationstätigkeit und den weiter unten beschriebenen „Serviceleistungen“ erfüllt die DGE folgende Aufgaben:

- Förderung der ernährungswissenschaftlichen Forschung und Lehre durch die DGE bzw. durch die „Stiftung zur Förderung der DGE“
- Verleihung der „Carl von Voit-Medaille“, mit der die Deutsche Gesellschaft für Ernährung Wissenschaftler ehrt, die sich in Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Ernährungswissenschaften besonders verdient gemacht haben

Aufgaben und Ziele der Institution

- DGE -

Aufgaben und Ziele der Institution

- Vergabe des „Max Rubner-Preises“ für besondere Leistungen in der klinischen Ernährungsforschung
- Vergabe des „Hans Adolf Krebs-Preises“ für besondere Leistungen in der Grundlagenforschung
- Vergabe des Journalisten-Preises der DGE (erstmalig 1990) für Medienberichte (Tageszeitung und Publikumszeitschriften, Hörfunk und Fernsehen), die allgemeinverständlich und geeignet sind, ernährungswissenschaftliche Erkenntnisse in das Bewußtsein der breiten Bevölkerung zu bringen und ein günstiges Ernährungsverhalten herbeizuführen

- Vergabe von Reisestipendien für junge Wissenschaftler
- Der DGE obliegt die Vertretung der Ernährungswissenschaft der Bundesrepublik Deutschland in internationalen Organisationen, u.a. durch die Mitgliedschaft in der „International Union of Nutritional Sciences (IUNS)“ (Veranstalter der Welternährungskongresse) und in der „Federation of European Nutrition Societies (FENS)“

Medienangebote

- Erarbeitung von Empfehlungen für die Nährstoffzufuhr
 - Herausgabe von Ernährungsberichten im Auftrag der Bundesministerien für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit sowie Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (bisher Istand August 1991 1969, 1972, 1976, 1980, 1984)
- Herausgabe einer wissenschaftlichen Zeitschrift, der „Ernährungs-Umschau“

- Herausgabe von wissenschaftlichen Schriften in einer Schriftenreihe
- Herausgabe von Aufklärungsbroschüren, u.a. zusammen mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
- Herausgabe eines Pressedienstes

Teilweise sind diese Publikationen kostenfrei, teilweise muß eine Schutzgebühr entrichtet werden

Serviceleistungen

- Regelmäßige Durchführung von wissenschaftlichen Kongressen, Symposien, Arbeitstagungen und Journalisten-Seminaren
 - Verbreitung von Ernährungswissen durch einen eigenen Ernährungsberatungsdienst, insbesondere durch Fortbildung und Schulung von Mitarbeiterkräften, *Lehrgänge und Gruppenarbeit mit Verbrauchern* sowie durch einen aktuellen Informationsdienst für Fachkräfte der Ernährungsberatung
- Unterhaltung eines Institutes für Ernährungsberatung und Diätetik an der Universität Düsseldorf mit

- ständigem Angebot von Fortbildungsmaßnahmen (u.a. Ausbildung zum Ernährungsmedizinischen Berater/Beraterin)
- Weiterbildung zu „Diätetisch geschulten Köchen DGE“ und „GV-geschulten Fachkräften“ gemeinsam mit dem Verband der Köche Deutschlands
- *Beratung von Großküchen vor Ort durch einen eigenen „Ernährungsberatungsdienst Großverpflegung“*
- Veranstaltung von Seminaren für Fachkräfte in der Ernährungsberatung

Empfehlungen

Im Zusammenhang mit dem Themenbereich „Zahn-gesundheit“ sind beispielhaft folgende Publikationen der DGE aufgeführt, die zu einer vollwertigen und somit „zahnfreundlichen“ Ernährung anleiten:

- Faltblatt: „10 Regeln für eine vollwertige Ernährung“
Inhalt: Empfehlungen für die richtige Auswahl und Zubereitung von Lebensmitteln
- die Broschüre „Richtig essen“
Inhalt: Eine Anleitung zur vollwertigen Kost nach den Richtlinien der DGE, mit Rezepten
- die Broschüre „Von Anfang an“
Inhalt: Bedeutung guten Ernährungsverhaltens von Geburt an, Antworten auf viele Fragen junger Eltern
Bezug: kostenlos
- die Broschüre „Einmaleins des Schulfrühstücks“
Inhalt: Lustig illustrierte und getextete Vorschläge für 1 und 2 Frühstück von 6 bis 14 Jahren
Bezug: gegen Schutzgebühr
- das Beiheft für Eltern und Lehrkräfte zur Broschüre „Einmaleins des Schulfrühstücks“
Inhalt: Energie- und Nährstoffzufuhr von 6- bis

14jährigen Kindern, Berechnungen der Frühstücksvorschläge

- Bezug: gegen Schutzgebühr
- die Zeitung „Ess-Schule“
Inhalt: Eine Zeitung für Eltern und Schulkinder mit Ernährungsinformationen, Spielen und Kochrezepten
Bezug: kostenlos
- Die Broschüre „top fit“
Inhalt: In unterhaltsamer Weise werden jungen Leuten Ernährungstips gegeben
Bezug: kostenlos

Das vollständige Schriftenverzeichnis der DGE ist auf Anfrage kostenlos zu beziehen.

Im Zusammenhang mit dem Themenbereich „Umwelt“ sei beispielhaft der Ernährungsbericht 1988 genannt. Inhalt u.a.:

- Dokumentation Tschernobyl – Folgen für die Ernährung
- Toxikologische und hygienisch-mikrobiologische Aspekte der Ernährung
- Lebensmittelallergien und Lebensmittelintoleranzen

DGE-Beratungsstellen

mit qualifizierten Fachkräften (Ernährungsberaterinnen DGE, Ökotrophologen, Diätassistentinnen und Hauswirtschaftsleiterinnen) für die Ernährungsberatung gibt es in den nachstehend genannten Orten. Über diese Stellen ist auch die vielfach größere Zahl von Gemeinden zu erfahren, in denen noch Beratung angeboten wird:

Land Berlin:
Beratungsstelle und Lehrküche der DGE:
Hardenbergstraße 6
1000 Berlin 12
Tel.: 0 30/3 13 40 85/86

Land Hessen:
Frau Dr. Ulrike Kreinhoff
Feldbergstraße 28
6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: 0 69/72 01 46

Land Niedersachsen:
Frau Käthe Jessen
Fenskeweg 2
3000 Hannover 1
Tel.: 05 11/3 50 27 46

Frau Hanna Boklage
Hugo-Zieger-Straße 37
2900 Oldenburg
Tel.: 04 41/4 17 35

Saarland:
Beratungsstelle der DGE:
Futterstraße 2
6600 Saarbrücken
Tel.: 06 81/3 43 32

Land Schleswig-Holstein:
Beratungsstelle und Lehrküche der DGE:
Hermann-Weigmann-Straße 1-27
Haus 1
2300 Kiel
Tel.: 04 31/6 27 06

Deutsche Gesellschaft für Ernährung
Frau Karla Lohmeier
Am Bahnhof 12-14
(Im Handelshof)
2400 Lübeck
Tel.: 04 51/86 34 33

Frau Anke Marohn
Postelweg 4
2240 Heide
Tel.: 04 81/6 27 91

Frau Elisabeth Paulsen
Schützenkuhle 26
2390 Flensburg
Tel.: 04 61/5 45 52

Frau Ingrid Bach
Osterhusumer Straße 62
2250 Husum
Tel.: 0 48 41/14 15

– DGE –

Empfehlungen

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR FREIZEIT e. V.

– DGF –

Adresse Bahnstraße 4
4006 Erkrath

Ansprechpartner Herr Sigurd Agricola
(Generalsekretär)

Telefon 02 11/24 10 29

Die Deutsche Gesellschaft für Freizeit e.V. (DGF) wird durch Verbände und Organisationen getragen und durch das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit gefördert. Die Publikationen der Gesellschaft eignen sich als Hintergrund- und Ausgangsmaterial für eine Gesundheitserziehung, die Freizeit als Voraussetzungsbereich, aber auch als Gefahrenbereich für Gesundheit verdeutlichen will.

*Für den
eiligen Leser*

Die Deutsche Gesellschaft für Freizeit e.V. (DGF) wurde 1971 mit Sitz in Erkrath-Unterfeldhaus gegründet. Sie ist die Nachfolgeorganisation der Arbeitsgemeinschaft für Freizeit und Erholung (AGFE) in Bonn, die u. a. durch den Deutschen Bundesjugendring, die Deutsche Olympische Gesellschaft, den Deutschen Sportbund und den Deutschen Städtetag 1962 gegründet wurde. Die Deutsche Gesellschaft für Freizeit ist eine bundesweite Fachvereinigung mit der Organisationsform eines Dachverbandes für das Freizeitwesen. Die Gesellschaft hat rund vierzig ordentliche Mitglieder aus Verbänden und Organisationen sowie etwa sechzig Fachleute, Institute, Vereinigungen und Unternehmen als beratende Mitglieder. Gefördert wird die Gesellschaft durch das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Die Deutsche Gesellschaft für Freizeit ist gemeinnützig. Das Ziel der Arbeit der Deutschen Gesellschaft für Freizeit e.V. ist es, die gesellschaftliche Bedeutung der Freizeit bewußtzumachen und daraus Folgerungen für die Politik von Bund, Ländern, Gemeinden, Vereinigungen, Unternehmen und Wissenschaft zu ziehen. Die Gesellschaft informiert über Freizeit, ist aber keine Beratungsstelle für Freizeitgestaltung.

*Aufgaben
und Ziele
der Institution*

Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehören:

- Erhebungen von Daten und Zusammenhängen über die Freizeit und den Freizeitbereich
- Auswertung von Ergebnissen aus Wissenschaft, Forschung und Praxis in Zusammenarbeit mit Fachleuten und Institutionen durch Expertengespräche, Arbeitsgruppen und Fachtagungen
- Erarbeitung von Problemstellungen, Problemlösungen und Prognosen für die Zukunft.

– DGF –

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Deutsche Gesellschaft für Freizeit e.V. beschäftigt sich mit den Fragen der Freizeit unter mehreren Gesichtspunkten:
Einerseits versucht sie den Begriff Freizeit zu definieren und die Bedeutung der Freizeit für die Gesellschaft aufzuzeigen. Hierbei werden das Freizeitverhalten und die Anforderung an die Freizeit und an die Freizeiteinrichtungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen wie z. B. von Behinderten, von Jugendlichen und von Alten untersucht.
Es wird aber auch untersucht, welche Freizeiteinrichtungen insgesamt notwendig sind, um den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Freizeitgestaltung gerecht zu werden. Untersuchungsgegenstände sind hier z. B. Spielplätze, spielgerechte Wohnumwelt und familiengerechte Freizeitangebote der Gemeinden.
Die Gesellschaft für Freizeit geht bei ihrer Beratungstätigkeit vor allem auch davon aus, daß der Freizeitbereich ein bedeutender Wirtschaftsfaktor mit einem

kaum mehr zu überblickenden Angebot geworden ist. Die DGF bemüht sich daher in besonderem Maße, Vereins- und Verbandsfunktionären, Politikern, Mitarbeitern von Verwaltungen und Einrichtungen sowie Unternehmen, aber auch den Medien Beratungsleistungen und Entscheidungshilfen zur Verfügung zu stellen.
Ein anderes wichtiges Aufgabenfeld der Deutschen Gesellschaft für Freizeit e.V ergibt sich aus dem Umstand, daß sich mittlerweile durch die Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit einerseits und die Verbesserung des allgemeinen Bildungsstandes andererseits eine Gleichrangigkeit von Arbeitszeit und Freizeit entwickelt hat.
Die Gesellschaft will die damit verbundene Herausbildung neuer Freizeitaktivitäten einerseits und neuer Arbeitsformen wie z. B. Eigenarbeit und Heimwerkerarbeit andererseits durch Weiterentwicklung der Freizeitpädagogik und Aus- und Fortbildung der in Freizeitberufen Tätigen unterstützen.

Medienangebote

Die Deutsche Gesellschaft für Freizeit e.V (DGF) verbreitet in unregelmäßigen Abständen und zu aktuellen Anlässen einen Pressedienst
Als offizielles Organ des Verbandes erscheint die Freizeitfachzeitschrift „Animation“. Diese Publikation bringt einerseits Berichte und Nachrichten aus dem Wirtschaftsbereich Freizeit, andererseits beschäftigt sie sich auch mit Grundsatzfragen der Freizeit wie z. B. den Änderungen in der Sporttheorie und dem Erlebniswert von Bewegung und Gesundheit. Sie erscheint alle zwei Monate und ist für Mitglieder kostenlos.
Daneben bringt die Gesellschaft eine Schriftenreihe zur Freizeitforschung heraus, in der in den zurückliegenden eineinhalb Jahrzehnten mehr als sechzig Monographien, Dokumentationen sowie Forschungs- und Tagungsberichte erschienen sind. Die Bände dieser Schriftenreihe können gegen Gebühr bezogen werden.
Weiterhin legt die Deutsche Gesellschaft für Freizeit

e.V jährlich eine Literaturliste zu Neuerscheinungen auf dem Gebiet des Freizeitwesens vor
Sodann gibt die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit einem Fachverlag ein Freizeit-Lexikon heraus, das Stichwortreferate und ein Verweissystem enthält
Dieses Fachliteraturangebot der Gesellschaft wird durch eine Loseblattsammlung „Freizeit-Daten“ abgerundet.
Ergänzt wird das Literaturangebot der Deutschen Gesellschaft für Freizeit e.V durch die Datenbank „Freizeit“. Aufgabe dieser Datenbank ist es dabei, nicht nur Wissen über das Gesamtgebiet und die Teilgebiete des Freizeitbereiches zu sammeln und verfügbar zu machen, sondern vor allem auch Informationen aus den verschiedenen freizeitbedeutsamen Sachgebieten zu verknüpfen wie z. B. Erziehung, Gesundheit, Sozialarbeit, Städtebau, Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz sowie Rechtsentwicklung.

Serviceleistungen

Als Dachverband berät und informiert die Deutsche Gesellschaft für Freizeit e.V (DGF) ihre Mitglieder sowohl über Fragen der Freizeit selbst als auch über die Planung, die Einrichtung und den Betrieb von Freizeiteinrichtungen. Die Gesellschaft erarbeitet Stellungnahmen zu Fragen der Freizeitpolitik und befaßt sich in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft zur Förderung der Freizeitwissenschaft mbH mit Forschungsvorhaben im Zusammenhang mit dem Thema Freizeit

Die Gesellschaft führt zu grundlegenden Fragen des Freizeitwesens jährlich zwei bis drei Seminare und Tagungen durch.
Interessierten, die sich in einen Verteiler aufnehmen lassen können, übersendet die Gesellschaft in unregelmäßigen Abständen ihren Pressedienst, ihren Tagungskalender und ihre Neuerscheinungsverzeichnisse

Empfehlungen

Die Tätigkeit der Deutschen Gesellschaft für Freizeit e.V. (DGF) ist für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen in vielfacher Weise von Bedeutung
Die quantitative Zunahme arbeitsfreier Zeit gilt allgemein als Ergebnis erfolgreicher Tarif- und Sozialpolitik und grundsätzlich als Schutz gegen eine gesundheitliche Überforderung der Erwerbstätigen im Arbeitsgeschehen.
Allerdings wird durch die wachsende räumliche Trennung von Wohnstandorten, Arbeitsplätzen sowie Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen ein wachsender Teil der arbeitsfreien Zeit für arbeitsbedingten Verkehrsaufwand beansprucht.

Ähnliches gilt für die noch nicht abgeschlossene Verringerung der in den Wohnungen möglichen sozialen und ökonomischen Funktionen einschließlich der Freizeittätigkeiten. Auch hier wird, insbesondere im Zusammenhang mit der Urlaubsverbringung, ein wachsender Verbrauch von Freizeit für freizeitbedingten Verkehrsaufwand bewirkt.
Zuletzt zeigen sich auch verstärkte Tendenzen, an Stelle eines Ausbaus medizinischer und sozialer Dienstleistungen vermehrt die Gesundheits- und Pflegeversorgung als Eigenarbeit in den Freizeitbereich zu verlagern.

Mit dieser Entwicklung ist eine Verminderung der Bedeutung der Freizeit für die Entspannung und Erholung und damit für die Sicherung von Gesundheit und Wohlbefinden verbunden. Insbesondere mit der Verlagerung von Gesundheits- und Pflegeversorgung in den Freizeitbereich sind unmittelbare gesundheitliche Überlastungen der Pflegenden verbunden.

Auch die verbleibende Freizeit hat nicht nur positive Bedeutung für die Gesundheitslage, da die weiter zunehmende Kommerzialisierung des Freizeitbereiches durch erheblichen Normierungs- und Statusdruck auch einen Faktor der sozialen Ausgrenzung darstellt.

Sodann ist der Freizeitbereich selbst und unmittelbar ein Bereich spezifischer Gesundheitsschädigungen geworden, die von Unfällen bis zu bestimmten Formen des Suchtverhaltens, etwa der Spielsucht reichen.

Zuletzt gehen vom Freizeitbereich Umweltbelastungen aus, die etwa im Bereich des Freizeitverkehrs in Tourismusgebieten zu wachsenden Lärm- und Schadstoffbelastungen der Bewohner führen.

Für eine ganze Reihe dieser Zusammenhänge können die Materialien der Deutschen Gesellschaft für Freizeit e.V. als Grundlage für die Entwicklung einer Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen genutzt werden.

Dies gilt vor allem dann, wenn der Verbrauch von Freizeit durch arbeits-, versorgungs- und freizeitbedingtes Verkehrsaufkommen bewußtgemacht werden soll oder die Gefahr einer Überwälzung der Gesundheits- und Pflegeversorgung in die Freizeit verdeutlicht werden soll und zuletzt auch die mit der Kommerzialisierung der Freizeit verbundenen Gesundheits- und Umweltbelastungen angesprochen werden sollen.

– DGF –

Empfehlungen

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR KINDER- UND JUGEND- PSYCHIATRIE e.V.

– DGKJ –

Adresse Klinik und Poliklinik f. Kinder- u. Jugendpsychiatrie
d. Philipps-Universität
Hans-Sachs-Str. 6
3550 Marburg

Telefon 0 64 21/28 30 51-53

Die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie e.V. (DGKJ) wurde 1950 unter der Bezeichnung „Deutsche Vereinigung für Jugendpsychiatrie“ neugegründet. Ihren derzeitigen Namen führt die DGKJ seit 1976. Die Mitglieder der Gesellschaft sind auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendpsychiatrie tätige Ärzte. Außerordentliche Mitglieder können darüber hinaus Personen werden, die die Ziele der Gesellschaft unterstützen.

Die Aufgaben der Gesellschaft liegen in der Förderung von Forschung sowie der Verbreitung und Nutzbarmachung ihrer Ergebnisse. Neben der Kinder- und Jugendpsychiatrie geht es dabei um die Gebiete der Neurologie, Psychotherapie und Psychologie des Kindes- und Jugendalters sowie die Heilpädagogik.

Die DGKJ arbeitet mit dem Berufsverband der deutschen Ärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie zusammen. Auf internationaler Ebene steht die DGKJ in Kooperation mit der Europäischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie und der International Association for Child and Adolescent Psychiatry and Allied Professions.

Die Gesellschaft gibt Stellungnahmen und Denkschriften zu grundlegenden Themen aus dem Bereich der Kinderpsychiatrie und Psychohygiene von Kindern und Jugendlichen heraus (zu Themen wie z. B. Verschreibung von Stimulantien, AIDS-Prophylaxe, phosphatfreie Kost). Einzelexemplare sind kostenlos erhältlich.

Die DGKJ veranstaltet alle zwei Jahre einen wissenschaftlichen Kongreß sowie jährliche Symposien, die Interessierten offenstehen (kostenpflichtig). Über die Geschäftsstelle kann ein Verzeichnis der Kliniken, die Weiterbildungsveranstaltungen durchführen, bezogen werden (kostenlos).

Periodika aus dem Tätigkeitsbereich der Gesellschaft sind die „Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie“, die „Acta Paedopsychiatrica“ und „Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie“. In der „Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie“, die das offizielle Organ der Gesellschaft ist, erscheint regelmäßig eine Rubrik mit Informationen über die laufende Arbeit der DGKJ.

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR PRÄVENTION UND REHABILITATION VON HERZ-KREISLAUF- ERKRANKUNGEN e.V.

– DGPR –

Adresse	Rizzastraße 34 5400 Koblenz
Ansprechpartner	Herr M. Bender (Geschäftsführer)
Telefon	02 61/30 92 31
Telefax	02 61/30 92 32

Die Deutsche Gesellschaft für Prävention und Rehabilitation von Herz-Kreislauferkrankungen (DGPR) ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der 1973 gegründet wurde und aus der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für kardiologische Prävention und Rehabilitation hervorgegangen ist. Sie ist der Bundesverband aller in der kardiologischen Prävention und Rehabilitation tätigen Ärzte und aller Mitarbeiter des interdisziplinären therapeutischen Teams. In ihr sind auch die Landesorganisationen als Träger der ambulanten Herzgruppen, die kardiologischen Rehabilitationskliniken sowie Institutionen verwandter Zielsetzung zusammengeschlossen.

Die DGPR verfolgt bei der Rehabilitation von Herz-Kreislauferkrankungen das Ziel der umfassenden Betreuung von Herz- und Gefäßpatienten im Akutkrankenhaus, in der Rehabilitationsklinik – insbesondere in der Anschlußheilbehandlung (AHB) – und im Rahmen der ambulanten Versorgung durch die niedergelassenen Ärzte (Hausarzt, Kardiologe) sowie insbesondere in den ambulanten Herzgruppen. Hier wird ein bundesweit flächendeckendes Netz von Übungs- und Trainingsgruppen angestrebt.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der DGPR liegt im Auf- und Ausbau von Präventionsgruppen. Hierbei handelt es sich um die Zusammenfassung von Patienten mit einem hohen Risikopotential zur Entwicklung einer Arteriosklerose.

Zu den weiteren Zielen der DGPR gehören vorrangig die Erforschung und Erarbeitung neuer Methoden in der Behandlung von Herz-Kreislaufkrankheiten sowie deren Umsetzung und Verbreitung unter besonderer Berücksichtigung der interdisziplinären Prävention und Rehabilitation.

Im Hinblick auf diese Ziele setzt sich die DGPR folgende Aufgaben:

- Koordinierung der regionalen Tätigkeit der Landesorganisationen
- Planung und Koordination des weiteren Ausbaues eines flächendeckenden Netzes ambulanter Herzgruppen
- Planung und Koordinierung des Auf- und Ausbaues eines bundesweiten Netzes von Präventionsgruppen

Aufgaben und Ziele der Institution

- DGPR -

Aufgaben und Ziele der Institution

- Erarbeitung von Empfehlungen zur Weiterbildung zu Herzgruppenärzten
- Erarbeitung von Richtlinien und Empfehlungen für die (ärztliche) Leitung von ambulanten Herzgruppen in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sportärztebund und der Deutschen Gesellschaft für Herz-Kreislaufforschung
- Erarbeitung und Fortschreibung von Qualitätsstandards für die ambulante und stationäre kardiologische und angiologische Prävention und Rehabilitation
- Initiierung und Koordinierung von Modellmaßnahmen und Projekten
- Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftlern und Forschungsgruppen
- Koordination der Forschung auf dem Gebiet der kardiologischen Prävention und Rehabilitation
- Veröffentlichung von wissenschaftlichen Arbeitsergebnissen aus dem Bereich der kardiovaskulären Prävention und Rehabilitation
- Mitarbeit in der Fortbildung von Ärzten und Mitarbeitern des interdisziplinären Teams in der Prävention und Rehabilitation

- Mitarbeit bei der Aus- und Fortbildung der Übungsleiter „Koronarsport“
- Mitwirkung bei der Gesundheitserziehung und Laienaufklärung hinsichtlich Risikofaktoren, Zivilisationskrankheiten und Wiederbelebung

Die Organe der DGPR sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und die Hauptausschüsse. Das höchste Organ ist die Mitgliederversammlung. Ihr gehören alle Mitglieder an. Sie tagt einmal jährlich. Der Vorstand besteht aus sieben Personen, von denen der erste und zweite Vorsitzende Ärzte sein müssen. Die anderen Organe sind je ein Hauptausschuß für ambulante bzw. stationäre Prävention und Rehabilitation, der einen Vertreter als Mitglied des Vorstandes wählt.

Die erforderlichen Mittel für die Arbeit der DGPR setzen sich zusammen aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Zuschüssen. Daneben unterstützt ein Förderverein die DGPR durch die Zusammenarbeit mit Pharmafirmen und anderen Unternehmen

Medienangebote

Das Medienangebot der Deutschen Gesellschaft richtet sich an Schlüsselpersonen, vor allem Ärzte, und an Betroffene, d. h. Patienten und ihre Angehörigen.

Als Periodika erscheinen:

- „Herz-Kreislauf“, eine fachwissenschaftliche Monatszeitschrift für Kardiologie und Angiologie in Klinik und Praxis, die das offizielle Organ der DGPR ist (Abonnement, für Mitglieder kostenlos).
- „Herz-Sport & Gesundheit“, eine Zweimonatszeitschrift, die die DGPR zusammen mit anderen Vereinigungen und Verbänden herausgibt und die sich auch an Laien wendet (Abonnement, für Mitglieder kostenlos)

Weitere Medien der DGPR sind:

- eine Schriftenreihe mit Themen wie „Ratgeber zur Betreuung von Herzgruppen“ (kostenpflichtig)

Informationsschriften für Ärzte und Patienten wie z.B.:

- „Leben mit der chronischen Herzkrankheit Wie soll es weitergehen?“
- „Wegweiser. Daten, Informationen und Hilfen für die Gründung einer Herzgruppe“
- „Handbuch der Koronargruppenbetreuung“ (teilweise kostenpflichtig)

Bei der Erstellung weiterer Medien, wie z.B. der Film-Trilogie „Nachsorge für Koronarkranke“, beteiligt sich die DGPR

Sowohl die Landesverbände für kardiologische Prävention und Rehabilitation als auch die Arbeitsgemeinschaften ambulanter Herzgruppen bringen zusätzlich eigene Periodika und Druckschriften heraus.

Serviceleistungen

Die Serviceleistungen der DGPR sollen den verschiedenen Zielgruppen in der kardiologischen Prävention und Rehabilitation dienen wie Ärzten, Übungsleitern und Betroffenen sowie deren Angehörigen

Im Mittelpunkt der Serviceleistungen stehen Kongresse, die von der DGPR selbst und in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden durchgeführt werden. So findet jährlich die Jahrestagung mit dem wissenschaftlichen Kongreß an wechselnden Orten statt, einmal jährlich eine Tagung für die Mitarbeiter von interdisziplinären Teams in der Prävention und Rehabilitation und im

Herbst eines jeden Jahres in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sportärztebund die „Tagung der Ärzte aller Herzgruppen in der Bundesrepublik“.

Zu den weiteren Serviceleistungen gehört die Erarbeitung von Richtlinien und Empfehlungen zu den Fragen der kardiologischen Prävention und Rehabilitation und der Arbeit in den Herzgruppen sowie die Beratung der Träger von Herzgruppen, der Fachverbände des Deutschen Sportbundes, der Träger der Renten- und Krankenversicherungen und von anderen in der Prävention und Rehabilitation Tätigen

Empfehlungen

Für die Präventionsarbeit im Bereich der Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems ist es wichtig, den Kontakt zu der Deutschen Gesellschaft für Prävention und Rehabilitation von Herz-Kreislauferkrankungen e.V. und dem zuständigen Landesverband herzustellen

Außerdem sollten die vorhandenen Herzgruppen in der Region bekannt sein und Kontakt zu den zuständigen

Landesverbänden ambulanter Herzgruppen bestehen. Die Adressen sind bei der DGPR zu erfahren.

Weiterhin ist die Kenntnis der Richtlinien und Empfehlungen zu den Fragen der kardiologischen Prävention und Rehabilitation und der Arbeit in den Herzgruppen wichtig.

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR PSYCHIATRIE UND NERVENHEILKUNDE e.V.

– DGNP –

Adresse	Geschäftsstelle Josef-Stelzmann-Straße 9 5000 Köln 41
Telefon	02 21/4 78 63 57
Telefax	02 21/4 78 63 98
Ansprechpartner	Prof. Dr. U. H. Peters Klinik und Poliklinik für Neurologie und Psychiatrie Josef-Stelzmann-Straße 9 5000 Köln 41
Telefon	02 21/4 78 40 10
Telefax	02 21/4 78 41 81

Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde (DGNP) entstand 1954 als Wiedergründung des „Deutschen Vereins für Psychiatrie“, der bis 1935 bestand. Die DGNP ist die wissenschaftliche Gesellschaft für die Psychiatrie in Deutschland. Ihre Mitgliedschaft besteht je zur Hälfte aus klinisch tätigen und niedergelassenen Nervenärzten. Derzeit zählt die Gesellschaft etwa 1300 Mitglieder.

Zu ihren Zielen zählt die DGNP die

- Förderung der psychiatrischen Wissenschaft und Heilkunde
- Beratung und Unterstützung des Gesetzgebers sowie der Verwaltung auf den Gebieten der Psychiatrie und der Nervenheilkunde
- Pflege internationaler Beziehungen.

Es besteht eine enge Kooperation mit dem Berufsverband der Deutschen Nervenärzte. Die DGNP ist Gründungsmitglied der World Psychiatric Association und der World Federation for Mental Health.

Die Zeitschrift „Spectrum“ ist das offizielle Mitteilungsorgan der DGNP, der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie und des Berufsverbandes der Deutschen Nervenärzte. Die Ausgaben unterteilen sich jeweils in einen Forumsteil, in dem Fachthemen zur Diskussion gestellt werden, und eine zweite Rubrik für offizielle Mitteilungen der genannten Verbände. Die Zeitschrift kann über den Deutschen Ärzte-Verlag (Dieselstr. 2, 5000 Köln 40) von allen Ärzten für Nervenheilkunde, Neurologie und Psychiatrie bezogen werden.

Als wissenschaftliche Fachzeitschrift und Organ der DGNP ist weiterhin das Periodikum „Der Nervenarzt“ zu erwähnen. Hier werden ausschließlich wissenschaftliche Beiträge aus der gesamten Nervenheilkunde veröffentlicht. Die Zeitschrift ist zu beziehen über den Springer-Verlag, Heidelberger Platz 3, 1000 Berlin 33, oder über Buchhandlungen.

- DCPN -

Im Rahmen der DCPN besteht eine Reihe von Fachreferaten u.a. zu den Themen Niedergelassene Nervenärzte, Weiterbildung, Fortbildung und Kongreßplanung, Psychotherapie, Dokumentation und Klassifikation, Forschung, Geschichte der DCPN, Rechtsfragen und Forensische Psychiatrie sowie Referate für verschiedene Sprachgebiete. Bei Interesse an einer der genannten Themenstellungen kann über die Geschäftsstelle in Köln Kontakt zu den anderen Referaten aufgenommen werden.

Etwa alle zwei Jahre veranstaltet die Gesellschaft einen wissenschaftlichen Kongreß, der allen praktizierenden Nervenärzten offensteht.

Die DCPN ist entscheidend an der Weiterentwicklung von psychiatrischen Fort- und Weiterbildungsangeboten für Ärzte beteiligt, führt allerdings keine eigenen Fortbildungsveranstaltungen durch, da dies nach der ärztlichen Weiterbildungsordnung den Landes- und Bezirksärztekammern vorbehalten ist

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR PSYCHOANALYSE, PSYCHOTHERAPIE, PSYCHOSOMATIK UND TIEFENPSYCHOLOGIE e.V.

Adresse Geschäftsstelle
c/o RA Holger Schildt
Johannisbollwerk 20
2000 Hamburg 11

Telefon 0 40/3 19 26 19

Telefax 0 40/3 19 43 00

Die Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie (DGPT) e.V. vereinigt Psychotherapeuten psychoanalytischer Ausrichtung. Mitglieder können Ärzte und Psychologen mit einer abgeschlossenen psychoanalytischen Weiterbildung (verschiedener Richtungen) an einem anerkannten Institut werden.

Die Gesellschaft erarbeitet Weiterbildungsrichtlinien für die Ausbildung zum analytischen Psychotherapeuten. Sie fördert die Forschung und Anwendung der Erkenntnisse der Psychoanalyse und der von ihr abgeleiteten Verfahren. Sie vertritt die Standes- und Berufsinteressen ihrer Mitglieder.

Die Weiterbildungsrichtlinien sowie eine Adressenliste der von der DGPT anerkannten Weiterbildungsinstitute und ein Mitgliederverzeichnis können über die Geschäftsstelle bezogen werden.

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIALE PSYCHIATRIE e.V.

– DGSP –

Adresse	Stuppstraße 14 5000 Köln 30
Ansprechpartner	Michaela Hoffmann (stellv. Geschäftsführerin)
Telefon	02 21/51 10 02
Telefax	02 21/52 99 03

Die Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP) wurde 1971 als gemeinnütziger Verein gegründet, um für die Berücksichtigung der sozialen und psychischen Faktoren, die seelische Erkrankungen hervorrufen und aufrechterhalten, in der psychiatrischen Versorgung einzutreten.

Die DGSP unterteilt sich in 12 Landesverbände, die z.T. über Regionalgruppen verfügen. Die Mitglieder der Landesverbände sind zugleich auch Mitglieder der DGSP, die ca. 3000 Mitgliedschaften hat. In der Gesellschaft sind vor allem Mitarbeiter/innen aus allen in der psychiatrischen Versorgung tätigen Berufsgruppen organisiert. Die DGSP steht aber auch anderen Interessierten offen.

Die Gesellschaft finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, in einzelnen Fällen erhält sie Zuschüsse für Informations- und Fachtagungen.

Die DGSP vertritt keinen bestimmten Berufsstand und keine therapeutische Schule, sie setzt sich für die Verwirklichung einer „gesellschaftsbezogenen“ Psychiatrie ein, die psychische Krankheit nicht als Defekt des Individuums betrachtet, sondern „die sozialen und psychischen Ursachen, Begleitumstände und Folgen seelischen Krankseins zum Gegenstand ihres Handelns macht“ (aus der Satzung).

Die Ziele, für die die Gesellschaft eintritt, beziehen sich entsprechend auf eine Verbesserung der sozialen Bedingungen psychisch Kranker und den Abbau von Etikettierung und Isolation.

Aufgaben und Ziele der Institution

<p>- DGSP -</p>	<p>Im einzelnen setzt sich die DGSP ein für:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erreichung von Lebensumständen, die Ausgrenzung psychisch Kranker unnötig machen (u a entsprechende Wohn-, Arbeits-, Beziehungs- und Betreuungsangebote, die ein Leben außerhalb von Anstalten ermöglichen) - Abschaffung abgelegener psychiatrischer Großanstalten - Achtung und Durchsetzung der Rechte auf Menschenwürde und körperliche Unversehrtheit von psychisch Kranken und Beseitigung entsprechender Mißstände in der Psychiatrie 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau ambulanter Dienste - Umgestaltung des Finanzierungssystems zugunsten gemeindenaher, psychiatrischer Dienste - Rechtliche Gleichstellung mit körperlich Kranken - Interprofessionelle Teamarbeit in der Psychiatrie und entsprechende Aus- und Weiterbildungsangebote. <p>Die DGSP, in der alle an der psychiatrischen Versorgung beteiligten Berufsgruppen vertreten sind, sieht sich als Forum für eine gleichberechtigte Diskussion zwischen diesen Gruppen.</p>
<p>Aufgaben und Ziele der Institution</p>	<p>Die Medienangebote der DGSP wenden sich zum einen an die Berufsgruppen, die in der Psychiatrie tätig sind, zum Teil sind sie für die Aufklärung der Öffentlichkeit über Mißstände in der Psychiatrie bestimmt, um Änderungen zu bewirken.</p> <p>Periodikum der Gesellschaft ist die „Soziale Psychiatrie“, die viermal im Jahr erscheint. Diese enthält neben einem Schwerpunktthema aktuelle und verbandsinterne Nachrichten und ist auch von Nicht-Mitgliedern zu beziehen (für 10 DM pro Heft)</p> <p>Zu den kostenpflichtigen Publikationen der DGSP ist eine Bestellliste kostenlos erhältlich</p> <p>Die Printmedien der DGSP (z B. die „DGSP-Schriftenreihe“) dienen (z.T in Form von Tagungsberichten) in erster Linie der Diskussion und Standortbestimmung</p>	<p>der in der Psychiatrie Tätigen, im Hinblick auf eine psychiatrische Versorgung, die den obengeschilderten Zielen entspricht</p> <p>Kurzgefaßte Broschüren und Informationsblätter sollen die Öffentlichkeit auf Mißstände in der Psychiatrie aufmerksam machen und zu entsprechendem Engagement aufrufen (z B. die Broschüre „Prufsteine für ein Psychiatriegesetz“)</p> <p>Ebenfalls an die Öffentlichkeit richtet sich das Plakatangebot der DGSP (Format ca. 80 x 60 cm); zu den Plakaten gibt es entsprechende Informationsblätter. Einzel-exemplare werden kostenlos abgegeben.</p> <p>Die Aufnahme in den Verteiler ist kostenlos. Eventuell sollte das Interesse genauer spezifiziert werden, da mehrere Verteiler existieren</p>
<p>Medienangebote</p>	<p>Die DGSP ist bereit, bei der Planung psychiatrischer Angebote zu beraten. Ebenso in Fragen der Öffentlichkeitsarbeit für psychisch Kranke kann auf den Erfahrungsschatz der Gesellschaft zurückgegriffen werden. Weiterhin bestehen Kompetenzen bei der Konzeption und Durchführung von Fortbildung. Kürzere Beratungen in diesen Fragen sind kostenfrei, bei einer stärkeren Beanspruchung muß über ein Honorar verhandelt werden.</p> <p>Es können auch Fachleute und Referenten/innen vor Ort für die genannten Themenstellungen vermittelt werden. Die Honorarfrage muß mit dem/der Betreffenden selber geklärt werden</p> <p>Die DGSP organisiert eine berufsübergreifende und -begleitende 3jährige Sozialpsychiatrische Zusatzausbil-</p>	<p>derung für alle in der psychiatrischen/psychosozialen Versorgung tätigen Mitarbeiter/innen. Die 3jährigen Kurse werden regional angeboten. Daneben werden in einigen Regionen auch themen-zentrierte Kurzurse angeboten.</p> <p>Weitere Informationen können über das „Institut für Aus-, Fort- und Weiterbildung der DGSP“ unter der Adresse und Telefonnummer der Geschäftsstelle bezogen werden.</p> <p>Zweimal im Jahr veranstaltet die DGSP einen Fachkongreß, der allen Interessierten gegen eine Teilnahmegebühr offensteht. Weitere Tagungen werden durch die Fachausschüsse und die Landesverbände veranstaltet. Informationen über alle Tagungen sind dem „DGSP-Rundbrief“ zu entnehmen.</p>
<p>Serviceleistungen</p>	<p>Zur laufenden Information über die Arbeit der DGSP sollte der viermal pro Jahr erscheinende DGSP-Rundbrief bezogen werden (Jahresabonnement 40 DM)</p> <p>Die Bestellliste für Printmedien sollte angefordert werden zur Information über das Angebot an Schriften zur kritischen Auseinandersetzung mit der derzeitigen Psychiatrie für psychiatrisch Tätige und die Öffentlichkeit.</p> <p>Die DGSP verfügt über ein Plakatangebot (Einzel-exemplare kostenlos).</p> <p>Bei der DGSP können Informationen zur Planung psychiatrischer Versorgung, Öffentlichkeitsarbeit für</p>	<p>psychisch Kranke und zum Aufbau von Fortbildung eingeholt werden (bei geringer Beanspruchung kostenlos).</p> <p>Das berufsübergreifende Fortbildungsangebot für im psychiatrischen oder psychosozialen Bereich Tätige sollte Beachtung finden.</p> <p>Empfehlenswert ist die Aufnahme in den Verteiler der DGSP.</p> <p>Interessierte sollten Kontakt zu dem jeweiligen Landesverband aufnehmen, um sich über lokale Angebote zu informieren (Adressen über die Geschäftsstelle des Bundesverbandes).</p>
<p>Empfehlungen</p>		

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIALPÄDIATRIE e.V.

Adresse Heilghofstraße 63
8000 München 70

Ansprechpartner Prof. Dr. med.
Hubertus von Voß
Tel. 0 89/71 71 14

Telefon 0 89/71 00 92 32-3

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie vereinigt mit 1900 Mitgliedern Kinderärzte und andere Berufsgruppen, die sich mit dem Kind und seinen Problemen befassen. Sie hat ihren Ursprung in der 1909 gegründeten „Deutschen Vereinigung für Säuglingsschutz“ und steht in enger Verbindung zu den beiden anderen pädiatrischen Gesellschaften, der „Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde e.V.“ und dem „Berufsverband der Kinderärzte Deutschlands e.V.“.

Die Ziele der Gesellschaft sind lt. Satzung:

- Fördern von Lehre und Forschung in der Sozialpädiatrie,
- Klären von Fragen der Anwendung pädiatrischer Erkenntnisse zur Hebung der Gesundheit allgemein,
- die Ergebnisse dieser Arbeit sammeln und den zuständigen Bundes- und Landesbehörden, den Körperschaften und den auf diesem Gebiet tätigen Einzelpersonen (Ärzten, Lehrern, Sozialarbeitern usw.) in geeigneter Form zugänglich machen,
- die Öffentlichkeit über die Gesundheitspflege für Mutter und Kind aufklären.

Nach dem Verständnis der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie „befaßt sich die Sozialpädiatrie mit solchen Problemen, die sich aus der Wechselwirkung zwischen Kind und Gesellschaft ergeben“. Daraus entstehen Fragen nach kindgerechten Umweltbedingungen in Familie, Kindertagesstätte, Vorschule und Schule, nach der Prophylaxe angeborener und erworbener Gesundheitsstörungen und der Entwicklung behinderter Kinder. Die Arbeitsfelder für Sozialpädiatrie sind:

- Klinische Sozialpädiatrie
- Infektionen und Infektionsschutz
- Prävention und Prophylaxe
- Säuglingspflege — Säuglingsschutz
- Krankheitsfrüherkennung
- Entwicklungsforschung
- Pädiatrische Traumatologie
- Vergiftungen und Antidottherapie
- Pädiatrische Epidemiologie
- Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Verhaltensbiologie des Kindes
- Kinder-Diätetik
- Phoniatrie im Kindesalter
- Pädiatrische Epileptologie
- Kinderpsychologie

**DEUTSCHE
GESELLSCHAFT
FÜR SOZIAL-
PÄDIATRIE e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- Kleinkinderfürsorge
- Psychohygiene
- Schul- und Unterrichtshygiene
- Behindertenhilfe
- Entwicklungs-Rehabilitation
- Gesundheitserziehung
- Kinder- und Jugendsport
- Jugend-Arbeitsschutz
- Kind und Familie
- Kindesmißhandlungen
- Internationale Sozialpädiatrie
- Chronisch kranke Kinder
- Pädiatrische Genetik
- Pädiatrische Statistik
- Tropenpädiatrie
- Heilpädagogik

- Geschichte der Sozialpädiatrie
- Zahn- und Mundhygiene
- Jugendärztlicher Dienst
- Kind und Medien

Zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft besteht ein wissenschaftlicher Beirat, der sich mit grundsätzlichen und aktuellen Fragen der Sozialpädiatrie befaßt und dazu die Position der Gesellschaft erarbeitet. Außerdem beschäftigen sich Fachausschüsse und Arbeitskreise mit spezifischen Bereichen der Sozialpädiatrie wie der „Impfausschuß“, der Fachausschuß „Kinderkrankenpflege“ und der Arbeitskreis „Kinderkuren“ sowie Ad-hoc-Ausschüsse mit aktuellen Themen wie „AIDS“, „Häusliche Kinderkrankenpflege“ und „Kindesmißhandlungen“.

Medienangebote

Mit ihren Publikationen will die Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie einmal die Fachöffentlichkeit über ihre Arbeit informieren und Ergebnisse bzw. Inhalte der verschiedenen Veranstaltungen näherbringen und zum anderen denen, die mit Kindern zu tun haben wie Eltern, Erzieherinnen und Kinderkrankenschwestern, über wichtige gesundheitliche Fragen aufklären.

Als offizielles Organ der Gesellschaft erscheint monatlich die Zeitschrift „Sozialpädiatrie in Klinik und Praxis“. In dieser Zeitschrift werden sowohl pädiatrische Fachbeiträge als auch Beiträge z. B. zu den Themenkreisen Prävention und Prophylaxe, Schul- und Unterrichtshygiene, Gesundheitserziehung und Psychohygiene veröffentlicht. Mitglieder erhalten diese Zeitschrift kostenlos, Nicht-Mitglieder gegen den Abonnementspreis.

Weitere Zeitschriften der Gesellschaft sind „Kindergesundheit“, die als Wartezimmerzeitschrift der Aufklärung von Eltern dient, und „Kinderkrankenschwestern“, die sich der Fortbildung von Kinderkrankenschwestern widmet.

Mit der Broschüre „Gesunde Kinder sichere Zukunft“ erhalten Eltern Ratschläge zur Gesundheitsvorsorge bei Säuglingen und Kleinkindern (kostenlos).

Ein Merkblattprogramm informiert Fachkräfte und Eltern zu bestimmten Themen, wie z. B. die „Rachitisprophylaxe“ (auch in den Sprachen Italienisch, Spanisch und Jugoslawisch).

Ein Verzeichnis der Merkblätter mit Preisliste kann beim

Verlag Gerhards + Co. oHG
Baumertstr 28-30
6000 Frankfurt/Main 61
angefordert werden.

Weitere Veröffentlichungen sind die Berichtsbände über die Kongresse und Symposien der Gesellschaft, sie erscheinen in verschiedenen Verlagen, u. a. auch beim Deutschen Grünen Kreuz, Marburg.

**Service-
leistungen**

Die hauptsächlichen Serviceleistungen der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie bestehen in dem Angebot der Jahrestagungen, Symposien und Fortbildungsveranstaltungen für alle, die beruflich mit Kindern zu tun haben, aber auch für interessierte Eltern.

So veranstaltet die Gesellschaft für Sozialpädiatrie in Verbindung mit der jährlichen Mitgliederversammlung ihre Jahrestagung, die sich aktuellen Problemen widmet wie: „Kinderkuren und Kinderheilverfahren auf dem Prüfstand“, „Schulswierige Kinder“, „Erkrankungen mit Immunschwäche einschließlich AIDS“, „Entwicklungs-Neurologie und -Rehabilitation“, „Kinder in unvollständigen Familien“.

Mit weiteren Kongressen und Symposien, oft in Kooperation mit anderen Vereinigungen, trägt die Gesellschaft dazu bei, daß wichtige Fragestellungen der Sozialpädiatrie wissenschaftlich erörtert und der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden. Publikationen über diese Veranstaltungen und andere Veröffentlichungen unterstützen diese Bemühungen der Gesellschaft, die sich aus den Mitgliedsbeiträgen finanziert.

Weitere Serviceleistungen der Gesellschaft sind die Herausgabe der Publikationen und deren gezielte Weitergabe sowie die Beantwortung von Anfragen zu Themen der Sozialpädiatrie durch Literatur, Grundlagenmaterial und der Fachkompetenz, die in der Gesellschaft vereinigt ist.

Empfehlungen

Für Fragen und Maßnahmen in der Gesundheitspflege und -vorsorge von Kindern ist die Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie ein wichtiger Ansprechpartner. Es wird daher empfohlen,

- das Verzeichnis der lieferbaren Merkblätter anzufordern,
- sich bei entsprechendem Interesse in den Verteiler für die Veranstaltungen der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie aufnehmen zu lassen.

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR VERHALTENSTHERAPIE e.V.

– DGVT –

Adresse	Belthlestraße 15 Postfach 1343 7400 Tübingen
Ansprechpartner	Frau Waltraud Deubert (Gesundheitspolitik, Frauen-AG, Kongreß) Herr Stephan Krämer (Aus- und Weiterbildung) Frau Barbara Tolle (Anerkennungsfragen) Herr Otmar Koschar (Verlag)
Telefon	0 70 71/4 12 11

Die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) wurde 1968 unter dem Namen Gesellschaft zur Förderung der Verhaltenstherapie (GVT) gegründet. Ihren heutigen Namen führt sie seit 1976, als der Zusammenschluß mit dem Deutschen Berufsverband der Verhaltenstherapeuten (DBV) erfolgte.

In der DGVT sind etwa 6000 Mitglieder aus verschiedenen Berufsgruppen der psychosozialen Versorgung zusammengeschlossen. Die Gesellschaft vertritt keine bestimmte Berufsgruppe, sie setzt sich für die „Entwicklung und Verbreitung der VT (Verhaltenstherapie) und eine Verbesserung der psychosozialen Versorgung ein.

Im Rahmen ihrer allgemeinen gesundheitspolitischen Vorstellungen setzt sich die DGVT für eine an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierte psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung ein. Die Gesellschaft vertritt ein sozialwissenschaftliches Krankheitsmodell psychischer Störungen, das in erster Linie soziale Bedingungen für psychische Erkrankungen berücksichtigt. In diesem Zusammenhang tritt die DGVT u.a. ein für:

- eine integrierte, gemeindenahe psychosoziale Versorgung nach den Prinzipien der Gemeinde-Psychologie,
- die vorrangige Berücksichtigung präventiver Maßnahmen, die auf Beseitigung krankmachender Lebensbedingungen zielen,
- eine psychosoziale Versorgung, die vorrangig durch berufsgruppenübergreifende Teamarbeit in Einrichtungen öffentlicher Träger wahrgenommen wird.

Im Rahmen ihrer Zielsetzung einer „Förderung der Verhaltenstherapie und -modifikation in Forschung, Lehre und Praxis“ unterstützt die DGVT u.a. die folgenden Bestrebungen:

- Förderung und Verbreitung verhaltenstherapeutischer Methoden und Schaffung entsprechender Versorgungseinrichtungen
- Aus- und Weiterbildung der betreffenden Berufsgruppen in Verhaltenstherapie
- Durchführung von entsprechenden Kongressen und Tagungen
- Forschungsarbeit und Publikationen zur Verhaltenstherapie

Aufgaben und Ziele der Institution

- DGVT -

Medienangebote

In der Verlagsabteilung der DGVT erscheinen (bislang über 100) Veröffentlichungen — im wesentlichen in 3 verschiedene Buchreihen gefaßt — zu Themen aus der Gesundheitspolitik, der psychosozialen Versorgung und Praxis, zu psychischer Gesundheit und psychischen Störungen. Die Editions politik des Verlages orientiert sich am satzungsgemäßen Auftrag des Verbandes und ermöglicht die Publikationen wichtiger Bücher in Kleinauflagen ebenso wie seriöse Ratgeber für ein großes Publikum. Alle Publikationen sind über den Buchhandel zu beziehen. DGVT-Mitglieder können jedoch, wie in einem Buchclub, direkt bei der Geschäftsstelle zu einem ermäßigten Preis bestellen

Zu diesen Veröffentlichungen kann ein Gesamtkatalog kostenlos angefordert werden.

Viermal jährlich erscheint das Periodikum der DGVT „Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis“. Der Bezug ist für Mitglieder kostenlos. Dort finden sich u. a. Originalia aus Praxis und Theorie psychosozialer Tätigkeit, Diskussionsbeiträge zur Gesundheitspolitik, aktuelle Informationen und Berichte über Aktivitäten der DGVT.

Die DGVT-Arbeitsgemeinschaft „Frauen in der psychosozialen Versorgung — Zur Situation von Klientinnen und Helferinnen“ hat eine Dokumentation erstellt, die die besondere Lebenssituation von Frauen (Gewalt gegen Frauen, Risiko psychischer Erkrankung etc.) aufzeigt. Die Dokumentation kann zum einen als Wanderausstellung (wahlweise in DIN A3 oder DIN A2), zum anderen als Katalog gegen unterschiedliche Gebühren bezogen werden.

Serviceleistungen

Die DGVT ist bereit, ReferentInnen vor Ort für Fragen der Verhaltenstherapie, der psychosozialen Versorgung und der Fortbildung im psychosozialen Bereich zu vermitteln

Die DGVT organisiert nach dem „Modell der kontrollierten Selbsthilfe“ eine für Mitglieder kostenlose Fort- und Weiterbildung in Verhaltenstherapie, die von den Betroffenen in Eigeninitiative gegebenenfalls mit Unterstützung von WeiterbildungsberaterInnen selbst durchgeführt wird. Hierzu kann bei der Gesellschaft gegen geringe Gebühr eine Informationsbroschüre bezogen werden.

Seit 1989 bietet die DGVT gemeinsam mit der Fernuniversität Hagen in ausgewählten Regionen ein DGVT-Weiterbildungsprojekt „Psychotherapie mit Schwerpunkt Verhaltenstherapie“ an. Das Projekt dauert 3 Jahre (inkl. Praxisphase) und ist berufsbegleitend. Die Teilnahme ist kostenpflichtig.

Jeweils alle 2 Jahre im Februar veranstaltet die DGVT den „Kongreß für Klinische Psychologie und Psychotherapie“ (gerade Jahreszahl) in Berlin bzw. ihre überregionale Workshoptagung in Tübingen (ungerade Jahreszahl); beide Veranstaltungen sind kostenpflichtig.

Empfehlungen

Interessenten sollten den kostenlosen Gesamtkatalog über die Bücher und Broschüren der DGVT (mit Preisangaben) anfordern, die sich nicht nur an Fachleute des psychosozialen Bereiches wenden.

Die Zeitschrift „Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis“ der DGVT kann zur laufenden Information über den psychosozialen Bereich kostenpflichtig bezogen werden, ist bei Mitgliedschaft jedoch kostenlos

Die DGVT bietet kostenpflichtig eine Wanderausstellung zum Thema „Frauen in der psychosozialen Versorgung“ an

ReferentInnen zu Themen der Verhaltenstherapie, der psychosozialen Versorgung und zur Fortbildung können von der DGVT vermittelt werden

Die Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung, die die DGVT vermitteln kann, sollten zur Kenntnis genommen werden (siehe „Serviceleistungen“).

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR WOHNUNGSMEDIZIN e.V.

Adresse Hagenbuchenstraße 3
7513 Friedrichsthal

Ansprechpartner Herr Dr. v. Halle-Tischendorf
(Präsident)
bzw. Geschäftsstelle der Gesellschaft

Telefon 0 72 49/69 32

Aufgabe des als gemeinnützig anerkannten Vereins ist, im Interesse volksgesundheitlicher Belange den fachlichen Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Wohnungsmedizin, insbesondere zwischen Ärzten, Bau- und Wohnungssachverständigen zu fördern sowie wissenschaftliche Arbeiten, Erhebungen, Umfragen und Literaturrecherchen, die Herausgabe einschlägiger Fachliteratur und Erarbeitung von Leitsätzen, ferner Fachveranstaltungen durchzuführen.

Die von Interessengruppen unabhängige Deutsche Gesellschaft für Wohnungsmedizin e.V. befaßt sich grundsätzlich mit allen Fragen gesunden Wohnens, insbesondere mit folgenden Themen aus medizinischer Sicht:

- * Psychologische und physiologische Grundlagen des Wohnens
- * Landschaftsschutz, Grünanlagen, Erholungs- und Freizeitbereiche, Gärten
- * Wohnhausformen und -gestaltung, Verdichtung
- * Verkehrsprobleme, Parkplätze, Garagen
- * Außenbereich, Balkone, Loggien
- * Ruheschutz, Schallisolierung, Lärmbekämpfung
- * Lufthygiene
- * Wasserhygiene
- * Raumklima, Lüftung, Heizung, Wärme- und Kälteisolierung
- * Besonnung, Beleuchtung, Farben, optische Umweltfaktoren
- * Baustoffe, Böden, Wände, Decken, Fenster, Türen
- * Hygiene, Reinigung, Abfall- und Müllprobleme
- * Haushalt, Möbel, Inneneinrichtung
- * Küche, Vorratshaltung
- * Schlafraum, Bettenhygiene
- * Unfallschutz, Sicherheit, Rettungsfragen
- * Eingangsbereich, Treppen, Aufzüge, Transportanlagen, Flure
- * Wohnwelt des Kindes, Kindergärten
- * Wohnfragen für alte, behinderte und kranke Menschen
- * Wohnheime, Krankenanstalten, Sanatorien, Hotels, Gemeinschaftsunterkünfte, Schulen
- * Tierhaltung im Wohnbereich

Aufgaben und Ziele der Institution

**DEUTSCHE
GESELLSCHAFT
FÜR WOHNUNGS-
MEDIZIN e.V.**

Medienangebote

Nachstehende Publikationen sind beispielhaft der Veröffentlichungsliste der Deutschen Gesellschaft für Wohnungsmedizin e.V. bzw. aus Info-Blättern entnommen. Veröffentlichungslisten und Info-Blätter können kostenlos angefordert werden.

Periodika

- Wohnmedizin. Fachzeitschrift für Wohn- und Bau-
medizin, Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft
für Wohnungsmedizin e.V. erscheint seit 1963, zwei-
monatlich*)
- Lärmmedizin. Fachinformationen für den Gesund-
heitsschutz der Wohnbevölkerung. Die praxisnah
orientierte Zeitschrift berichtet über aktuelle
medizinische Erkenntnisse zur Wirkung von Wohn-,
Nachbarschafts- und Freizeitlärm auf Gesunde und
Kranke. Jede Ausgabe enthält auch praktische Rat-
schläge zum Ruheschutz und wichtige Lärm-Urteile
Interessenten: Lärmbetroffene, Sachverständige,
Ärzte, Juristen, Architekten, Ingenieure, Akustiker,
Behörden, Institute und Verbände (6 Hefte im Jahr*)

Einzelpublikationen (beispielhaft)

Wohnmedizinische Checkliste Eine Beurteilungshilfe
für Wohnungssuchende, Bauherren und Sachver-
ständige zur Einschätzung von Wohnqualität und Ge-
sundheitswert, eingeteilt in 30 Themenbereiche,
52 Seiten*)

- Kompendium Gesundes Wohnen. Wechselbeziehun-
gen zwischen Mensch und gebauter Umwelt. Hrsg.:
J. Beckert; F. P. Mechel; H.-O. Lamprecht 1986,
420 Seiten, 30x21 cm, 461 Bilder, 122 Tafeln*)

*) kostenpflichtig

Weitere Einzelpublikationen

befassen sich mit folgenden Themen, z. B.

- Einflussfaktoren auf die Wohngesundheits (Zahlen,
Trends, Statistik*)
- Leitsätze zur Medizinischen Lärmbeurteilung*)
- Nachbarschaftslärm –international*)
- Checkliste zur Sanitär- und Küchenhygiene*)
- Positionspapier „Baubiologie und Gesundheit“ (The-
sen, Fakten, Argumente*)
- Report „Erdstrahlen und Gesundheit**“ (Grundthesen
der Geo- und Baubiologie in wissenschaftlicher Beur-
teilung)

*) kostenpflichtig

**Service-
leistungen**

- Interessierte können sich in speziellen Fachfragen an
die Deutsche Gesellschaft für Wohnungsmedizin e.V.
wenden Zur Beantwortung der Fragen aus dem
komplexen Problembereich „Wohnungsmedizin“
kann das Spezialwissen externer Sachverständiger
herangezogen werden.
- Die Gesellschaft veranstaltet Fachtagungen
- Die Gesellschaft führt in Zusammenarbeit mit ande-
ren Institutionen u a auch mit den Akademien für
öffentliches Gesundheitswesen Fortbildungsveran-
staltungen durch.

Empfehlungen

- Für den Interessierten, der sich einen ersten Einblick
in die Fragen des Arbeitsgebietes „Wohnungsmedi-
zin“ verschaffen will, ist das Kompendium „Gesundes
Wohnen - Wechselbeziehungen zwischen Mensch
und gebauter Umwelt“ zu empfehlen (gegen
Schutzgebühr zuzüglich Porto)
- Für eine permanente, aktuelle Information auf die-
sem Gebiet empfiehlt es sich, die Fachzeitschrift
„Wohnmedizin“ zu beziehen (6 Hefte im Jahr, gegen
Bezugsgebühr) (Kurzbeschreibungen von beiden
Publikationen können angefordert werden)

DEUTSCHE HAUPTSTELLE GEGEN DIE SUCHTGEFAHREN e.V.

– DHS –

Adresse	Westring 2 Postfach 13 69 4700 Hamm 1
Ansprechpartner/in	Frau Merfert-Diete Herr Wünschmann
Telefon	0 23 81/90 15-0
Telefax	0 23 81/153 31

Die Deutsche Hauptstelle ist der Zusammenschluß der Verbände der bundesdeutschen Suchtkrankenhilfe.

Vorgänger ist die 1921 gegründete „Deutsche Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus“. Nach der Gleichschaltung und der Eingliederung in die nationalsozialistische Verwaltung führte die Stelle ab 1939 den Namen „Reichsstelle gegen die Alkohol- und Tabakgefahren“. Nach Kriegsende wurde 1947 die DHS als zentrale Organisation der Angebote in den Bereichen Prävention, Therapie, Rehabilitation und Selbsthilfe gegründet.

Ihre Aufgabe liegt in der Bekämpfung des Mißbrauchs von Suchtmitteln aller Art: Alkohol, Tabak, Medikamente, Drogen, Schnüffelstoffe sowie der nicht-stoffgebundenen Suchtformen: Eßstörungen, pathologisches Spielverhalten.

Arbeitsfelder der DHS

- Unterstützung und Koordination der Arbeit der Mitgliedsverbände
- Kooperation mit Behörden, Sozialversicherungsträgern und anderen zentralen Organisationen
- Interessenvertretung gegenüber Politik und Verwaltung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Veranstaltung von Fachkonferenzen, Tagungen und Seminaren

Organisatorischer Aufbau

Organe der DHS sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und das Wissenschaftliche Kuratorium mit Fachleuten aus allen wichtigen Disziplinen

Kooperation

Die Deutsche Hauptstelle steht in engem Kontakt mit dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG), der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), der Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung e.V. und anderen Dienststellen und Einrichtungen.

Die Finanzierung der DHS erfolgt durch Bundesmittel (BMG) und die Zuwendungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA).

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

– DHS –

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Auf Landesebene entsprechen der DHS die Landesstellen gegen die Suchtgefahren, mit welchen eine enge Zusammenarbeit in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesstellen (BAGLS) besteht.

Der notwendige internationale Erfahrungsaustausch ist durch die Mitgliedschaft im Internationalen Rat gegen Alkoholismus und Suchtgefahren in Lausanne (ICAA) gewährleistet.

Aktivitäten

Jährlich führt die DHS eine Fachkonferenz und jedes zweite Jahr ein wissenschaftliches Symposium durch. Die Fachkonferenz 1988 in Berlin mit dem Thema „Alkohol und Medikamente am Arbeitsplatz“ konnte die bisherige Rekordbeteiligung von über 1500 Teilnehmern und Teilnehmerinnen aufweisen. An der Fachkonferenz 1989 in Koblenz mit dem Thema „Abhängigkeiten bei Frauen und Männern“ haben 970 Interessierte teilgenommen. Die Fachkonferenz 1990 in Osnabrück stand unter den Titel „Drogenhilfe und Drogenpolitik“. In 1991 wird die Konferenz zur Problematik der „Medikamentenabhängigkeit“ durchgeführt.

Durch die Geschäftsstelle werden im Schwerpunkt „Zielgruppenarbeit“ jährlich ungefähr 100 Veranstaltungen allein und in Kooperation organisiert. Damit können rund 8000 Personen unmittelbar angesprochen werden.

Im Schwerpunkt Allgemeine Aufgaben werden täglich rund sechzig Anfragen und Materialanforderungen bearbeitet: Im Rahmen ihrer Möglichkeiten stellt die DHS Schriftmaterial zur Verfügung. So wurden seit 1983 von der Broschüre „Ein Angebot an alle“, die sich an das soziale Umfeld der Suchtkranken richtet, über 500 000 Exemplare verschickt. Die Informationsbroschüren für Ärzte (Alkohol, Medikamente und Drogen) erreichten bisher eine Gesamtauflage von über 300 000 Exemplaren. Z. Zt. wird eine Broschüre zum Thema „Rauchen“ vorbereitet.

Für wissenschaftliche Arbeiten gewährt die DHS Unterstützung durch eine Bibliothek und ein Archiv (Dokumentationsstelle). Rund zwanzig Anfragen werden pro Tag bearbeitet.

Die Geschäftsstelle der DHS ist federführend in der EBIS (Einrichtungsbazogenes Dokumentationssystem-Arbeitsgemeinschaft). In der Arbeitsgemeinschaft sind der Deutsche Caritasverband, der Gesamtverband für Suchtkrankenhilfe und das Institut für Therapie-forschung (IFT) zusammengeschlossen.

Zusätzlich wird die Geschäftsführung des Bundesverbandes der Elternkreise für drogengefährdete und drogenabhängige Kinder und Jugendliche (BVEK) wahrgenommen.

Weiterhin befindet sich hier die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Suchtforschung und Suchttherapie e.V. mit ca. 400 Mitgliedern.

Ebenso wird die Stiftung Integrationshilfe für ehemals Drogenabhängige e.V. – Marianne-von-Weizsäcker-Fonds – in der DHS mit abgewickelt.

Mitgliedsverbände:

In der DHS haben sich 17 bundesweit tätige Verbände mit eigener Souveränität zusammengeschlossen:

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
Deutsches Rotes Kreuz e.V.

Evangelische Hauptträgergruppe:

- Gesamtverband für Suchtkrankenhilfe im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.
- Blaues Kreuz in der evangelischen Kirche e.V.
- Blaues Kreuz in Deutschland e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe in Deutschland e.V.

Katholische Hauptträgergruppe:

- Deutscher Caritasverband e.V.
- Kreuzbund e.V.
- Katholische Sozialethische Arbeitsstelle e.V.
- Katholische Arbeitsgemeinschaft zur Abwehr der Suchtgefahren

Paritätische Hauptträgergruppe:

- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e.V.
- Deutscher Guttempler-Orden (I.O.G.T.) e.V.
- Fachverband Drogen und Rauschmittel e.V.
- Deutscher Frauenbund für alkoholfreie Kultur e.V.
- Bund für drogenfreie Erziehung e.V.

Fachverbände:

- Verband ambulanter Behandlungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige e.V.
- Verband der Fachkrankenhäuser für Suchtkranke e.V.

Die DHS-Mitgliedsverbände verfügen derzeit über rund 750 ambulante Beratungs- und Behandlungsstellen für Suchtkranke.

Hinzu kommen 86 stationäre Einrichtungen für Alkohol- und Medikamentenabhängige mit rund 4 900 Therapieplätzen.

Für die stationäre Behandlung von Drogenabhängigen stehen in der Trägerschaft von DHS-Verbänden 81 Einrichtungen mit rund 2 000 Plätzen zur Verfügung.

In circa 200 Übergangseinrichtungen mit rund 3 100 Plätzen werden Suchtkranke auf die Wiedereingliederung in den Alltag vorbereitet.

Rund 4 500 Selbsthilfe- und Abstinenzgruppen mit etwa 67 000 Einzelpersonen sind in der DHS vertreten.

Bei vorsichtiger Schätzung addiert sich die Anzahl der von den Mitgliedsverbänden der DHS jährlich betreuten Suchtkranken auf circa 250 000.

Darüber hinaus bieten 175 Elternkreise für Eltern von Abhängigen Beratung und Hilfe an.

Die Veröffentlichungen und Arbeitshilfen der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren gliedern sich wie folgt:

In der Schriftenreihe zum Problem der Suchtgefahren werden die Ergebnisse der DHS-Tagungen dokumentiert.

Im Jahrbuch zur Frage der Suchtgefahren finden sich die wichtigsten Fakten und Zahlen sowie ein Anschriftenverzeichnis der mit Suchtfragen befaßten Institutionen. Das Jahrbuch ist über den Neuland-Verlag, Markt 24-26, W-2054 Geesthacht, Tel. (0 41 52) 8 13 42 zu erhalten.

Im DHS-Infodienst finden sich über mehrere Jahre fortgeschriebene Tabellen zum Verbrauch von Alkohol, Nikotin, Medikamenten und zum Drogenproblem als Auszug aus dem Jahrbuch. Der DHS-INFODIENST wird kostenlos an Interessenten abgegeben.

Ein DHS-Pressedienst ergänzt die beschriebenen Veröffentlichungen um aktuelle Beiträge. Der Bezug des Pressedienstes ist reserviert für Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Die Dokumentationsstelle der DHS verschickt auf Anforderung eine Stichwortliste und Titelverzeichnisse zu den Stichworten. Erfaßt sind Monographien/Sammelbände, Fachzeitschriften, „Graue Literatur“ und Zeitungsausschnitte. Die Dokumentationsstelle ist eine Kombination von Bibliothek und Archiv. Alle Dokumente liegen vor, alle Dokumente können vor Ort eingesehen, viele können ausgeliehen werden. Die Ausleihe erfolgt in der Regel für vier Wochen und ist kostenlos. Anfragen sind zu richten an die Bibliothek der DHS, Frau Birgit Ciemięga.

Der Bestand der Dokumentationsstelle gliedert sich in drei Bereiche:

Der historische Bestand
Der Bestand (19. und Anfang des 20. Jh) umfaßt ungefähr 8 000 Dokumentationseinheiten (DE). Leider ist der Bestand bisher nicht erschlossen, sondern nur grob nach Sachgebieten eingestellt.

Die Zeitschrift Suchtgefahren wird mit Erscheinen der Nummer 1/1991 ihr Gesicht verändern. Mit einer neuen Redaktion, einem neuen Titel (SUCHT- Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis), anderer Gestaltung und Gliederung wird angestrebt,

- thematische Schwerpunkte konzentriert abzuhandeln,
- den Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis zu verbessern,
- schnell auf neue Fragestellungen eingehen zu können,
- in der Rubrik „FORUM“ Raum zu geben für Meinungen und Standpunkte,
- durch einen umfangreichen Nachrichtenteil (Zahlen & Fakten, neue Medien, Veranstaltungskalender) zu informieren

Ein wöchentlicher PRESSESPiegel – SUCHT kann bezogen werden vom Archiv für Sozialpolitik, Brönnnerstr. 9, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0 69/29 67 97

Spezielle Anschriftenverzeichnisse (Verbände, Fachkliniken, Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen) können bei der DHS angefordert werden.

Der aktuelle Bestand

Der Bestand umfaßt ungefähr 10 000 DE, davon 3 000 Monographien und Sammelbände und 7 000 Diplomarbeiten/Dissertationen, Aufsätze, Referate, Manuskripte und Zeitungsausschnitte. Jährlich ist ein Zuwachs von 2 000 DE zu erwarten. Der Bestand ist EDV-gestützt erschlossen (Schlagworte, Autor, Titel, Erscheinungsjahr).

Zahlen und Fakten

Im Aufbau befindet sich eine Datenbank über Zahlen und Fakten: Die praktische Arbeit benötigt weniger umfangreiche Literatur, sondern mehr aufbereitetes Material zu aktuellen Fragen. Themen wie Anzahl der Abhängigen, Volkswirtschaftliche Kosten, Therapieergebnisse, Werbeverbot, Drogenpolitik, Alkohol und Medikamente am Arbeitsplatz, Alkohol im Straßenverkehr, Jugend und Sucht, Internationale Vergleiche usw. sollen in Zukunft konzentrierter angegangen werden, um schnell den Stand der Diskussion dokumentieren zu können.

- DHS -

Medienangebote

Serviceleistungen

DEUTSCHE HERZHILFE e.V.

– DHH –

Adresse	Weißhausstraße 21 5000 Köln 41
Ansprechpartner	Herr Simons (Vorsitzender)
Telefon	02 21/41 08 12
Telefax	02 21/41 39 45

Die Deutsche Herzhilfe e V (DHH) ist eine Selbsthilfeorganisation von Herzpatienten. Sie wurde 1981 als gemeinnütziger Verein mit Sitz in Köln gegründet und hat einen geschäftsführenden (Vorsitzender) und einen erweiterten Vorstand, der von dem Vorsitzenden und drei weiteren Personen gebildet wird. Mitglieder der Deutschen Herzhilfe sind überwiegend Herzpatienten.

Zweck der Organisation ist es, Herzpatienten bundesweit die Hilfe anbieten zu können, die die reaktive Medizin nicht leisten kann.

Folgende Aufgaben werden beschrieben:

- psychosoziale Betreuung und Aufklärung herzkranker Patienten vor und nach der Herzoperation,
- Vermittlung von Operationsplätzen im Ausland in den Fällen, in denen die Krankheit zwar im Inland behandelt werden könnte, aber wegen mangelnder Kapazität und dadurch bedingter Wartezeiten eine frühzeitigere Behandlung im Ausland aus medizinischen Gründen unbedingt erforderlich ist,
- Förderung von Bewegungstherapie in Herzgruppen,
- Beratung von anerkannten Schwerbehinderten (Herzkranken) bei Amts- und Behördenproblemen,
- Hilfe für die herzchirurgisch unterentwickelte Welt,
- Förderung von Selbsthilfegruppen für Herzkranken, insbesondere Herzoperierte.

Die Umsetzung der gestellten Aufgaben erfolgt von Köln aus, wobei Kontakte zu Herzpatienten, Herzzentren und Kardiologen ein bundesweites Netz für die Selbsthilfe ergeben.

Die Veranstaltungen der DHH, wie z. B. Patientenseminare, sind auf Köln orientiert. Die Finanzierung der Arbeit erfolgt aus Spenden und Zuwendungen der Stadt Köln.

Neben Beratung, Aufklärung und praktischen Hilfsangeboten will der Verein „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten und im Vorfeld Herzerkrankungen bzw. Wiedererkrankungen vermeiden helfen (z. B. Aufklärung über Risikofaktoren, Umstellung der Lebensweise).

Aufgaben und Ziele der Institution

- DHH -

Medienangebote

Die Öffentlichkeitsarbeit des relativ jungen Vereins befindet sich noch im Aufbau, zwei Drucksachen werden herausgebracht:

- Die Broschüre „Kölner Herzpatienten-Seminar“ enthält die Referate der von der DHH veranstalteten Herzpatienten-Seminare als fachlich fundierte Informationen für Laien. Themen sind z. B. „Herztransplantationen“, „Die Eigenblutspende“ oder „Nach-

teilsausgleich und Hilfen für Herzpatienten“. Die Broschüre erscheint halbjährlich und ist kostenfrei zu beziehen,

- Zweimal jährlich wird ein Veranstaltungskalender herausgegeben, der über die Themenbereiche der Herzpatienten-Seminare des nächsten Halbjahres informiert. Er ist auf Anfrage in der Beratungsstelle kostenlos erhältlich.

Serviceleistungen

Die Serviceleistungen der DHH richten sich sowohl an größere Gruppen als auch an Einzelpersonen. Sie umfassen vor allem:

Die monatlich stattfindenden Kölner Herzpatienten-Seminare für Herzpatienten. Nach dem Motto „Nichts ohne Arzt“ werden hier vor allem Betroffene von Spezialisten über ihre Krankheit und komplizierte medizinische Zusammenhänge informiert und Fragen beantwortet. Themen sind z. B. „Herzrhythmusstörungen“, „Kernspintomographie“ oder „Reanimation durch Laien“ und auch „Die psychosoziale Situation des Herzoperierten am Arbeitsplatz und als Frührentner“. Außerdem werden von juristischer Seite Fragen zum Sozialrecht besprochen. Die Veranstaltungen, die sich auch an Multiplikatoren (wie Ärzte, Sozialarbeiter) wenden, sind kostenfrei. Der halbjährliche Veranstaltungskalender kann von der DHH bezogen werden.

- Eine Sozialbetreuungsstelle, die von der DHH eingerichtet wurde, bietet kostenlose Information und Beratung als Einzelfallhilfe an. Die Adresse der Sozialbetreuungsstelle ist die der DHH.
- Die Deutsche Herzhilfe verfügt über die einzige Zentralkartei über Cardiochirurgie in Deutschland und damit über ein ausführliches und weitgefächertes Informationssystem, das von jedem in Anspruch genommen werden kann. Bei Aufklärungsveranstaltungen zu Herzerkrankungen der in der Gesundheitsvorsorge tätigen Einrichtungen und Vereinigungen kann die DHH beraten, z. B. durch Vermittlung von Referenten. Die Organisation von Herzgruppen-Bewegungstherapie (Gymnastik) in Köln

Empfehlungen

Als Selbsthilfeorganisation von und für Herzpatienten ist die Arbeit der Deutschen Herzhilfe e.V. auf diesen Personenkreis und diese Krankheitsproblematik konzentriert.

Dazu sind im einzelnen zu empfehlen:

- die Inanspruchnahme von Beratung in akuten Problemlagen von Herzpatienten,
- der Informationsdienst durch die Zentralkartei über Cardiochirurgie,
- das Einholen von örtlichen Empfehlungen zu Angeboten für Herzpatienten, da die Deutsche Herzhilfe bundesweit über ein weitgefächertes Kontaktnetz verfügt, den Erfahrungsaustausch mit der DHH zur Durchführung von Herzpatienten-Seminaren.

DEUTSCHE HERZ-KREISLAUF- PRÄVENTIONSSTUDIE

– DHP –

(Beteiligte Institutionen)

Die Deutsche Herz-Kreislauf-Präventionsstudie gehörte zum Forschungsschwerpunkt „Gesundheitsvorsorge“ im Rahmen des Programms der Bundesregierung „Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit“

Adresse Die Studie wurde vom
Bundesminister für Forschung und Technologie
Postfach 20 06 07
5300 Bonn 2
Telefon 02 28/59-36 70

unter Beteiligung des
Bundesministers für
Gesundheit
Postfach 20 02 20
5300 Bonn 2
Telefon 02 28/9 41-32 70

gefördert.

Ansprechpartner Projektträger war die
Gesellschaft für Strahlen- und
Umweltforschung mbH
– Bereich Projektträgerschaften –
Ingolstädter Landstraße 1
8042 Neuherberg

Telefon 0 89/65 10 88-21

Vorbemerkung:

Die DHP lief von 1984-1991.

Die Ergebnisse dieser multizentrischen Großstudie, die größtenteils erst noch veröffentlicht werden, stellen wichtige Anregungen für die Prävention von Herz-Kreislaufkrankungen dar.

Die an der DHP beteiligten Institutionen geben hierüber auch nach Ende des Projektes gerne Auskunft.

1. Hintergrund der DHP

Ähnlich wie in anderen Industrienationen sind auch in der Bundesrepublik Deutschland Herz-Kreislauf-Krankheiten die häufigste Todesursache. Auch viele Menschen im mittleren Alter sind schon vom Herzinfarkt bedroht. Hieran hat sich seit vielen Jahren trotz großer Anstrengungen bei der medizinischen Behandlung nur wenig geändert.

Aufgaben und Ziele der Institution

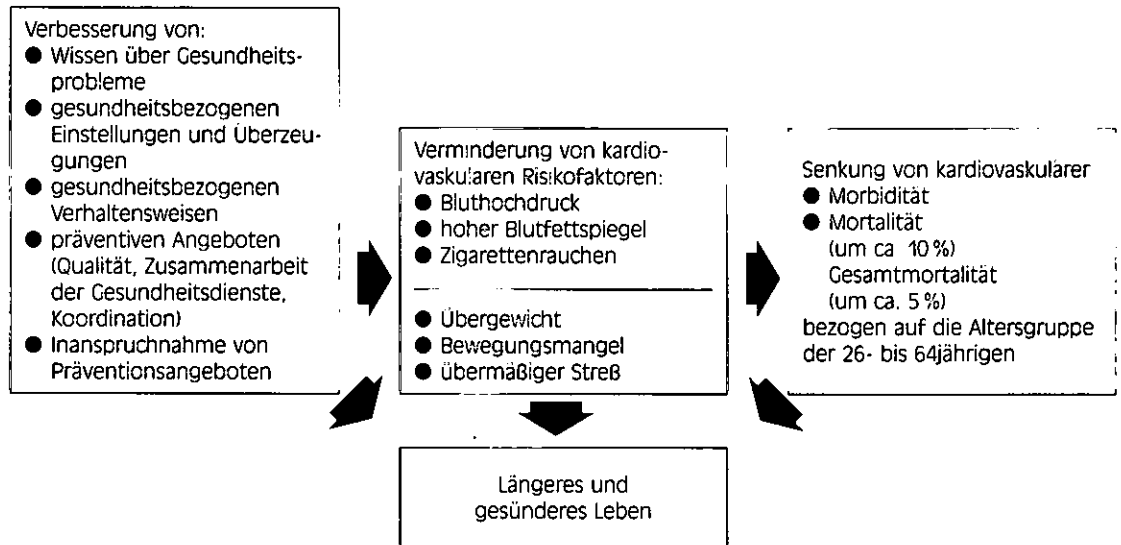
- DHP -

Aufgaben und Ziele der Institution

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß vorbeugendes Handeln (Prävention), das schon die Entstehung der Krankheit verhindern soll, immer mehr in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion rückt. Bislang wurde in der Bundesrepublik Deutschland die Prävention gegenüber den anderen Versorgungsbereichen vernachlässigt.

Nach dem derzeitigen Stand weltweiter Erfahrungen kann man davon ausgehen, daß gesunderhaltene und gegen Krankheiten vorbeugende Maßnahmen vor allem bei der Bekämpfung von Herz-Kreislauf-Krankheiten zu Erfolgen führen. Umfangreiche Forschungsergebnisse belegen die Risiken, die z. B. von falscher Ernährung, Rauchen oder Bluthochdruck ausgehen.

Die Deutsche Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP) erforschte, welche vorbeugenden Maßnahmen in unserem Land am besten vor Herz-Kreislauf-Krankheiten schützen. Durch den Abbau der Risikofaktoren – Rauchen, hoher Blutdruck (Hypertonie), überhöhte Blutfettwerte (Hypercholesterinämie), Übergewicht, Bewegungsmangel sowie übermäßiger Streß – sollten Herz-Kreislauf-Krankheiten und die Zahl der davon verursachten Todesfälle (kardiovaskulärer Morbidität und Mortalität) gesenkt werden. Wie dies zu erreichen war und welche Wirkungen hiervon erwartet wurden, zeigt die Abbildung im Überblick.



2. Strategien, Umsetzung und Organisation der DHP

Die DHP wurde in vier Regionen der Bundesrepublik und in West-Berlin von 1984–1991 durchgeführt:

- Berlin-Spandau
Bremen
- Stuttgart
Landkreis Traunstein
Bruchsal, Karlsruhe, Mosbach

Die Menschen in diesen Städten und Gemeinden sollten umfangreich informiert und immer wieder angeregt werden, sich gesünder zu verhalten. Die DHP schaffte dafür zusammen mit den ansässigen Ärzten und anderen Einflußträgern die Möglichkeiten und vielfältigen Angebote auf Gemeindeebene.

Im Rahmen der DHP wurden zwei unterschiedliche Präventionsansätze, die im wesentlichen verschiedene Zugangswege in die Gemeinde akzentuieren, durchgeführt. Die Kooperative Prävention ging von der Überlegung aus, daß der Arzt als primärer Ansprechpartner der Bevölkerung für Fragen der Gesundheitsvorsorge präventive Maßnahmen zur Erziehung einer dauerhaften Breitenwirkung in Zusammenarbeit mit anderen geeigneten Berufsgruppen und Institutionen durchführt. Die Aktivitäten stützten sich auf ein geplantes Interventionsprogramm, das auf den Erkenntnissen vergleichbarer Studien im In- und Ausland aufbaut. Die Kommunale Prävention basierte auf einer Vielfalt sich dynamisch entwickelnder Aktivitäten, die aus ehrenamtlicher Tätigkeit von Ärzten und weiteren engagierten Mitbürgern resultieren (Bruchsal, Karlsruhe, Mosbach).

Die DHP verstand sich als gemeindebezogene Studie und wandte sich an alle Einwohner. Sie bezog dabei die Arztpraxen, das Gesundheitsamt, die Sportvereine und sonstige Freizeiteinrichtungen mit ein; weiter auch die Schulen und Volkshochschulen, die Arbeitsstellen, interessierte Betriebe, Restaurants, Kantinen und Lebensmittelgeschäfte. Außerdem wurden gesundheitsbezogene Aktivitäten entwickelt (z. B. Selbsthilfegruppen, Gesundheitsfeste etc.).

Die Prävention konnte nur gelingen, wenn an allen diesen Orten engagierte Gemeindeglieder aktiv mitarbeiteten. Hiermit waren besonders diejenigen angesprochen, die beruflich ohnehin mit Gesundheitsfragen zu tun hatten. Hierzu zählten auf der einen Seite alle Ärzte und Apotheker, aber auch Lehrer, Köche, Lebensmittelhändler bis hin zum Hausmeister in der Schule wurden unterstützend tätig. Diese Personen konnten als „Multiplikatoren“ verschiedene der Gesunderhaltung dienende Maßnahmen in die Gemeinde hineinragen. Um die Multiplikatoren mit den konkreten Aufgaben und den Mitteln zur Gesundheitserziehung vertraut zu machen, wurden Seminare angeboten.

Beispielsweise bot sich Ärzten die Möglichkeit, mehr über Gesprächstechniken zu erfahren, die für die Gesundheitsberatung ihrer Patienten (sei es in Einzelgesprächen oder Gruppenveranstaltungen) geeignet waren. Auch Apotheker und Arzthelferinnen konnten darin geschult werden, wie sie im Rahmen ihrer Tätigkeit zur Gesundheitsberatung beitragen konnten. Betriebsangehörige lernten, eigenverantwortlich Kurse abzuhalten (Antiraucherkurse, Kochkurse, Laufgruppen etc.).

Lehrern wurden eigens entwickelte Lehrbücher und Unterrichtsmaterialien über gesunde Ernährung und Wege, wie man Nichtraucher bleibt, zur Verfügung gestellt.

Für Kantinen wurden Speisepläne erarbeitet, Vorschläge für „Gesundheitsmenüs“ in Restaurants erweiterten das Angebot, und im Lebensmittelhandel wurden günstig zusammengesetzte Produkte herausgestellt.

Den organisatorischen Rahmen für alle präventiven Maßnahmen bildete ein Arbeitskreis Gesundheit. In ihm wirkten Organisationen und Gruppierungen, die sich in der Gemeinde mit Gesundheitsfragen befassen, sowie interessierte und engagierte Gemeindemitglieder mit den Mitarbeitern der DHP zusammen

Hierbei waren vor allem Vertreter der lokalen Ärzteschaft, der Apotheker und weiterer Gesundheitsberufe, der Bildungseinrichtungen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Sportvereine, Krankenkassen, lokalen Medien, Gemeindeverwaltung, Selbsthilfegruppen oder des Lebensmittelhandels vertreten. Der Arbeitskreis plante präventive Maßnahmen und organisierte ihre Durchführung.

Zu Beginn erhielt dieser Arbeitskreis auch Unterstützung und Empfehlungen von den in der Gemeinde arbeitenden Mitarbeitern des jeweiligen Forschungsprojekts der DHP. Nach zwei bis drei Jahren führte er seine Arbeit zunehmend selbständig durch – nicht zuletzt in Vorbildfunktion für andere Gemeinden.

Ein besonderes Anliegen des Arbeitskreises Gesundheit bestand darin, alle an der Prävention interessierten Bürger anzusprechen und deren Engagement für die Gesundheit ihrer Mitbürger zu wecken.

Zur Unterstützung des Arbeitskreises Gesundheit wurde eine Geschäftsstelle eingerichtet. Sie diente als Kontaktstelle für alle, die sich über Gesundheitsfragen informieren wollten. Gleichzeitig war sie lokaler Treffpunkt für Mitarbeiter der Studie und solche Bürger, die sich für Krankheitsvorsorge interessierten.

Auch älteren Gemeindemitgliedern und sozial Benachteiligten, von denen man aus zahlreichen Untersuchungen wußte, daß sie von präventiven Maßnahmen nur schwer erreicht werden, bot die Geschäftsstelle Gelegenheit, sich mit den Aktionen in der Gemeinde vertraut zu machen. Sprechstunden und Telefondienste sollten die Kontaktpflege für alle Beteiligten erleichtern.

Die wissenschaftliche Analyse und Bewertung des Studienerfolges begleitete die DHP während ihrer gesamten Dauer. Sie diente nicht nur dem wissenschaftlichen Nachweis des Erfolges bzw. Mißerfolges einzelner Maßnahmen oder der Studie insgesamt. Sie war vielmehr auch darauf angelegt, darüber zu informieren, welche Maßnahmen und welche Vorgehensweisen erfolgreich und welche weniger erfolgreich waren.

Auf diese Weise ließen sich Korrekturen rechtzeitig und „wissenschaftlich kontrolliert“ in den Interventionsprozeß einbringen.

Adressen in der DHP

In jeder Studienregion hatte die DHP eine Geschäftsstelle eingerichtet. Darüber hinaus wurde sie in jeder Region durch ein eigenes Institut vertreten. Beide waren ihre Ansprechpartner in der Gemeinde. Nach Auslaufen der Intervention wurden außer in Bremen die Geschäftsstellen aufgelöst

Die im folgenden genannten **Trägerinstitutionen** geben Auskunft über durchgeführte Projekte und Aktionen in ihrer Region.

Bremen

Träger: Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS)
Grünenstraße 120
2800 Bremen 1
Telefon 04 21/5 95 96-0

Stuttgart

Träger: Institut für Prävention und Gesundheitsforschung GmbH (IPG)
Bonhoeferstraße Hs. 1
6900 Heidelberg
Telefon 0 62 21/8 10 93

Berlin

Träger: Bundesgesundheitsamt
Postfach 33 00 13
1000 Berlin 33
Telefon 0 30/7 80 07-103

Bergen

Träger: Klinisches Institut für Physiologie und Sportmedizin
an der Medizinischen Klinik St. Irmgardis (KIPS) e.V.
Osternacher Straße 103
8210 Prien am Chiemsee
Telefon 0 80 51/60 75 26

Bruchsal -- Karlsruhe -- Mosbach

Abt. für Klinische Sozialmedizin der medizinischen Universitätsklinik Heidelberg (AKS)
Prof. Dr. med. Egbert Nüssel
Bergheimer Straße 58
6900 Heidelberg 1
Telefon 0 62 21/56 58 98

Mit **übergreifender Funktion** waren an der DHP beteiligt (diese Institutionen geben zu ihren Aufgabengebieten in der DHP Auskunft):
Wissenschaftliches Institut der Ärzte Deutschlands (WIAD) e.V.

Dr. Hansheinz Kreuter
Godesberger Allee 54
5300 Bonn 2
Telefon 02 28/81 04-0 Koordinationssekretariat

Abteilung für medizinische Soziologie der Universität Freiburg

Prof. Dr. med. Jürgen von Troschke
Stefan-Meier-Straße 17
7800 Freiburg
Telefon 07 61/2 03 41 46
Soziostrukturelle Begleitforschung/Gesundheitsberatung durch Apotheker und Arzthelferinnen, Gesomed

Institut für Sozialmedizin und Epidemiologie des Bundesgesundheitsamtes (BCA)
Prof. Dr. Hans Hoffmeister
General-Pape-Straße 62–66, 1000 Berlin 33
Telefon 0 30/87 00 71 03
Zentrallabor/Untersuchungsteil Gesundheitssurvey

Infratest Gesundheitsforschung GmbH

Jürgen Hoelz
Landsberger Straße 338, 8000 München 21
Telefon 0 89/5 60 00
Fragebogenerhebungen des Nationalen Gesundheitssurvey und Organisation der Untersuchungsteile in den Feldvorhaben und bei dem Nationalen Untersuchungssurvey

– DHP –

Aufgaben und Ziele der Institution

- DHP -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

In der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung war das Beiratssekretariat der DHP angesiedelt. Hier wurde das vom Bundesforschungsministerium berufene, die Studienarbeit begleitende Gutachtergremium inhaltlich und organisatorisch betreut.

Auf diese Weise wurde die Fachkompetenz der BZgA in die Studie eingebracht sowie die BZgA als ein Partner für den Transfer der Erfahrungen der DHP eingebunden.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
– Beiratssekretariat DHP –
Ostmerheimer Straße 200
5000 Köln 91
Telefon 02 21/89 92-0

Medienangebote

Es ist möglich, Berichte und Materialien der Studie, die Aufgaben und Ziele sowie die Maßnahmen ausführlich beschreiben, bei den an der Intervention beteiligten Instituten in kleinen Stückzahlen zur Information zu bestellen

Bei der BZgA kann ein „Zwischenbericht über die bisherigen Ergebnisse der DHP“ und Darlegungen des weiteren Verlaufs der Studienarbeiten angefordert werden. Außerdem wurde eine „Handlungsanleitung zur Errichtung von Präventionsgeschäftsstellen in Gemeinden“ auf der Grundlage der Erfahrungen aus der DHP erstellt. Sie ist bei der BZgA zu beziehen.

Anfragen bitte an das Beiratssekretariat der DHP bei der BZgA.

Zur Zeit erfolgen Auswertungen der Auswirkungen der Intervention in den Gemeinden aus statistischer Sicht, d. h. Veränderungen oder Ausprägungen der Risikofaktoren und Veränderungen der Morbidität und Mortalität. Darüber hinaus werden die Daten der prozeßevaluativen Begleitforschung auf die Übertragbarkeit von Maßnahmen sowie auf die Veränderungen der präventiven Strukturen in den Gemeinden hin analysiert

In den nächsten Jahren werden zahlreiche Veröffentlichungen aus den verschiedensten Forschungsbereichen der Studie erwartet

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß das Bundesgesundheitsamt (Institut für Sozialmedizin und Epidemiologie), nach einer gewissen Frist, die Daten der drei bundesweiten Gesundheitsuntersuchungen der wissenschaftlichen Öffentlichkeit für eigene Auswertungen zur Verfügung stellt.

Empfehlungen

Setzen Sie sich bei Fragen zur gemeindeorientierten Herz-Kreislauf-Prävention mit den an der DHP beteiligten Institutionen in Verbindung, die Ihnen gerne weiterhelfen.

Insbesondere die Ergebnisse der wissenschaftlichen Epidemiologie und der praktischen Erfahrungen des Projektes sollten genutzt werden.

DEUTSCHE HERZSTIFTUNG e.V.

Adresse Hans-Thoma-Straße 10
6000 Frankfurt/Main

Ansprechpartner Frau Patt
(Geschäftsführerin)

Telefon 0 69/61 08 38

Telefax 0 69/62 18 37

Hinweis:

Enthalten ist auch die Beschreibung der „Kinderherzlige In der Deutschen Herzstiftung e.V.“

Die Deutsche Herzstiftung wurde 1979 aus der Gesellschaft für Herz- und Kreislaufforschung e.V. Bad Nauheim gegründet. Sie ist Mitglied der International Society and Federation of Cardiology (ISFC) und hat zur Zeit etwa 14.000 Mitglieder: Herzpatienten, Ärzte, Koronarsportvereine, Firmen u.a.

Die Organe des Vereins sind der Vorstand, das Kuratorium, die Mitgliederversammlung, der wissenschaftliche Beirat und der Wahlausschuß.

Der Vorstand besteht aus mindestens sieben, höchstens neun Personen, die vom Wahlausschuß vorgeschlagen und von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Aus seiner Mitte bestimmt der Vorstand das Präsidium, das aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Schatzmeister besteht.

Das Kuratorium setzt sich zusammen aus mindestens 15 ehrenamtlichen Mitgliedern, sie sind Vertreter von Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und anderen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Ihrem Wissenschaftlichen Beirat gehören überwiegend Ärzte an, die auf dem Gebiet der Herz-/Kreislaufkrankheiten tätig sind.

Die Deutsche Herzstiftung sieht ihre Aufgabe darin, die Rate derer, die an einer Herz-/Kreislaufkrankung sterben, zu senken.

Dies will sie erreichen durch:

- Aufklärung der Bevölkerung über die Bedeutung der Herz-/Kreislaufkrankheiten
- Förderung der Fürsorge und Beratung der Patienten
- Anleitung der Patienten zur Selbsthilfe
- Aufklärung über Risiken
- Bekanntmachung von Erste-Hilfe-Leistungen bei Herzanfällen
- Fortbildung von Ärzten
- Förderung, Koordination und Ausführung wissenschaftlicher Untersuchungen
- Förderung der Entwicklung von Vorbeugungsprogrammen gegen Herz-/Kreislaufkrankungen

Aufgaben und Ziele der Institution

**DEUTSCHE
HERZSTIFTUNG
e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- Organisation und Betreuung wissenschaftlicher und öffentlicher Veranstaltungen über Herz-/Kreislaufkrankheiten
- Kooperation mit Institutionen, die helfen, die Ziele des Vereins zu realisieren

Wie aus dieser Aufstellung deutlich wird, nimmt die Öffentlichkeitsarbeit bei der Deutschen Herzstiftung großen Raum ein. Diese dient neben der Aufklärung auch dazu, möglichst viele Mitglieder zu werben, mit deren Beiträgen das bisher noch nicht erreichte Ziel verwirklicht werden kann, eigene Forschungsprojekte in großem Umfang durchzuführen.

Die Finanzierung der Arbeit der Deutschen Herzstiftung erfolgt durch Mitgliederbeiträge und Spenden.

Medienangebote

Die Veröffentlichungen der Deutschen Herzstiftung richten sich in erster Linie an Laien. Sie bieten allgemeinverständliche Informationen zum Thema Herz-/Kreislaufkrankungen, deren Prophylaxe und Therapie.

Die wichtigste Publikation der Deutschen Herzstiftung ist die

„Zeitschrift der Deutschen Herzstiftung“. Diese Zeitschrift erscheint zweimal jährlich und ist einerseits ein Forum für Veröffentlichungen von Aktivitäten und Vorankündigungen innerhalb des Vereins, andererseits für Fachartikel von Ärzten und Wissenschaftlern. Diese bemühen sich, medizinische Sachverhalte im Bereich der Herz-/Kreislaufkrankungen allgemeinverständlich darzulegen, neue Therapiemethoden vorzustellen usw.

Die Zeitschrift wird Mitgliedern regelmäßig kostenlos zugesandt. Nicht-Mitglieder können sie gegen Einsendung von Rückporto kostenlos anfordern.

Aus der „Zeitschrift der Deutschen Herzstiftung“ werden besonders wichtige und interessante Artikel als Sonderdrucke herausgegeben. Sie sind gegen einen geringen Unkostenbeitrag erhältlich und behandeln u.a. folgende Themenschwerpunkte:

Nach dem Herzinfarkt: Worauf kommt es an? Der Sonderdruck gibt Ratschläge zur Bewältigung der Krankheit und zeigt dem Patienten Möglichkeiten zum „Erreichen der bestmöglichen Leistungsfähigkeit in allen Lebensbereichen“ auf.

Der neue Lebensstil. Der Sonderdruck tritt für ein neues Gesundheitsbewußtsein, insbesondere im Hinblick auf die wichtigen Risikofaktoren Rauchen, Bewegungsmangel, Streß und vor allem Ernährungsfehler ein.

Ventile, die ausgetauscht werden: die neue Herzklappe. Neue Herzklappen können die Leistungsfähigkeit des Patienten schlagartig verbessern. Der Sonderdruck gibt Erläuterungen zu den Ursachen für die Entstehung von Herzklappenfehlern, stellt verschiedene Typen von Herzklappen vor und weist auf die weitere Verhaltensweise nach der Operation hin.

Die Deutsche Herzstiftung veröffentlicht eine Reihe von Broschüren. Beispielhaft seien genannt:

- „Was Sie über Herzinfarkt wissen sollten, und warum jede Minute zählt“. Die Faltbroschüre nennt die Symptome und Schmerzzonen eines Herzinfarktes. Darüber hinaus werden lebenswichtige Maßnahmen im Notfall erläutert und Möglichkeiten aufgezeigt, wie man einem Herzinfarkt vorbeugen kann.
- „Praxis der Wiederbelebung“. Die Broschüre gibt Anleitung zur Ersten Hilfe bei Herzinfällen und Herzinfarkten. Sie ist gegen einen Unkostenbeitrag erhältlich.

- „Notfallausweis für Herzpatienten“. In diese kleine Broschüre kann der Patient alle wichtigen Daten eintragen, damit diese im Notfall präsent sind. Der Notfallausweis ist kostenlos erhältlich.

Dazu veröffentlicht die Deutsche Herzstiftung Faltblätter, die kostenlos abgegeben werden. Z.B.:

„Die Deutsche Herzstiftung und ihre Ziele“. Das Faltblatt gibt Aufschluß über den Aufbau und die Arbeit der Stiftung. Es enthält eine Liste der Mitglieder des Kuratoriums und des wissenschaftlichen Beirates.

Alle Faltblätter enthalten Spendenaufrufe.

In Form von Loseblättern erscheinen die Informationen der Deutschen Herzstiftung. Sie geben Auskunft über die Arbeit des Vereins und werden kostenlos an die Mitglieder verschickt. Nicht-Mitglieder können sie ebenfalls kostenlos erhalten. Sie liegen in vielen Praxen und Kliniken aus.

Inhalt sind z.B.:

- Die Deutsche Herzstiftung, was sie will, was sie leistet
- Vorankündigungen von Veranstaltungen
- Vorstellung von Büchern, die für Herzranke von Bedeutung sind.

Kostenlos werden ebenfalls die Plakate der Deutschen Herzstiftung abgegeben. Beispielhaft seien aufgeführt:

- Selbstdarstellung der Deutschen Herzstiftung
- Rauchen
- Übergewicht
- Bewegungsmangel
- Streß
- Nichtraucheraufforderung auf der Station
- „Rauchen ist doof“

Die Deutsche Herzstiftung gibt auch audiovisuelle Medien heraus, z.B.

- die Kassette „Nach dem Herzinfarkt“, die sich an Patienten wendet, die ihre Lebensgewohnheiten nach dem Herzinfarkt ändern müssen (Unkostenbeitrag).

Die Deutsche Herzstiftung produziert daneben noch eine Fülle von Werbepunkten, die kostenlos abgegeben werden, desgleichen Verordnungsblocks und Medikamentenlisten.

Über alle Medien gibt es ein Verzeichnis (Bestelliste), das bei der Deutschen Herzstiftung angefordert werden kann.

Die Deutsche Herzstiftung geht davon aus, daß auf dem Gebiet der Herz-/Kreislaufkrankungen sowie deren Vorbeugung von seiten des öffentlichen Gesundheitswesens zu wenig getan wird. Diesen Mangel will die Herzstiftung mit ihren Serviceleistungen beseitigen helfen. Inhaltlich dienen sie vor allen Dingen dazu, das Risiko, an einer Herz-/Kreislaufkrankung zu erkranken, bewußtzumachen. Zusätzlich soll der Patient aus seiner passiven Rolle befreit und dazu gebracht werden, seine Erkrankung aktiv zu bekämpfen bzw ihr vorzubeugen

- Die Deutsche Herzstiftung veranstaltet Arzt-Patienten-Seminare, die sich inhaltlich mit unterschiedlichen Problemen Herz-/Kreislaufkranker befassen. Auf diesen Seminaren, die von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern meist kostenlos besucht werden können, halten Fachärzte Vorträge und bieten die Möglichkeit zur Aussprache

Die Seminare werden zwei- bis dreimal monatlich an verschiedenen Orten der Bundesrepublik Deutschland veranstaltet, oft in Zusammenarbeit mit der AOK.

- Die Deutsche Herzstiftung führt bundesweit in Zusammenarbeit mit Erste-Hilfe-Organisationen Kurse zur Herz-Lungen-Wiederbelebung durch.
- Die Deutsche Herzstiftung initiiert und begleitet Selbsthilfegruppen Herzkranker.
- Die Deutsche Herzstiftung führt jährlich eine Herzwoche durch. In einer bundesweiten Aufklärungsaktion wird die Bevölkerung bei verschiedenen Veranstaltungen über die Vorbeugung von Herz-Kreislaufkrankungen informiert.
- Die Deutsche Herzstiftung bietet ihren Mitgliedern fachärztlichen Rat bei persönlichen medizinischen Problemen
- Die Deutsche Herzstiftung organisiert Reisen für Ärzte und Patienten inkl. Seminaren z.B. Skiurlaube, Kreuzfahrten.

DEUTSCHE HERZSTIFTUNG e.V.

Serviceleistungen

Mit ihrem umfangreichen Medien- und Serviceangebot will die Deutsche Herzstiftung e.V. dazu beitragen, die Mortalität bei Herz-/Kreislaufkrankungen zu senken. Sie wendet sich daher vor allem an Patienten und Ärzte, aber auch an die Bevölkerung mit Broschüren, Sonderdrucken und Faltblättern, wie z.B.:

- „Was Sie über Herzinfarkt wissen sollten, und warum jede Minute zählt“,
- „Praxis der Wiederbelebung“ mit einer Anleitung zur Ersten Hilfe bei Herzinfällen und Herzinfarkten,

ferner mit *Arzt-Patienten-Seminaren an vielen Orten* der Bundesrepublik.

Außerdem initiiert und begleitet die Deutsche Herzstiftung Selbsthilfegruppen Herzkranker neben anderen Serviceleistungen.

Ein Verzeichnis der Medien kann bei der Deutschen Herzstiftung angefordert werden.

Die Deutsche Herzstiftung ist ganz besonders an der Zusammenarbeit mit Institutionen der Gesundheits-erziehung und der Gesundheitsförderung interessiert. Möglich ist die gemeinsame Durchführung von Arzt-Patienten-Seminaren und Wiederbelebungskursen.

Interessierte werden auf Anfrage in den Verteiler der Deutschen Herzstiftung aufgenommen.

Empfehlungen

„Betroffene helfen Betroffenen“, unter diesem Motto haben sich unter dem Dach der Deutschen Herzstiftung e.V. *Eltern-Selbsthilfegruppen zur Kinderherzliga* zusammengeschlossen.

Das ist das Anliegen der Kinderherzliga:

- Ängste abbauen helfen durch verständliche Information über die Probleme und Behandlungsmöglichkeiten herzkranker Kinder

- Verbesserung der herzchirurgischen Versorgung und Nachsorgeeinrichtungen für Kinder
- Erfahrungsaustausch und praktische Hilfe für Eltern bei finanziellen und rechtlichen Problemen mit Krankenkassen, Versorgungsämtern und Behörden
- Gegenseitiger Rat, Hilfe und Trost bei Problemen in der Schule, am Arbeitsplatz, oder wenn die Familien mit den Belastungen nicht fertig werden

Die Kinderherzliga in der Deutschen Herzstiftung e.V. und ihre Ziele

Die Veröffentlichungen der Kinderherzliga richten sich an Eltern herzkranker Kinder. Sie bieten allgemeinverständliche Informationen rund um das Thema „Angeborene Herzfehler“, wie Ursachen, Prävention, Diagno-

stik, Korrektur- und Operationsmöglichkeiten angeborener Herzfehler und die psychosoziale Situation des herzkranken Kindes und seiner Familie.

Medienangebote

Die Kinderherzliga veranstaltet:

- Arzt-Eltern-Seminare
- Arzt-Eltern-Vorträge
- Tag des herzkranken Kindes

Die Kinderherzliga initiiert und begleitet Selbsthilfegruppen für Eltern herzkranker Kinder.

Die Kinderherzliga bietet ihren Mitgliedern an, auf medizinische Fragen ärztliche Auskünfte zu erhalten.

Serviceleistungen

DEUTSCHE ILCO e.V.

Adresse Bundesgeschäftsstelle der Deutschen ILCO e.V.
Kepserstraße 50
Postfach 12 65
8050 Freising

Ansprechpartner Frau Helga Englert

Telefon 0 81 61/8 49 09, 8 49 11

Telefax 0 81 61/8 55 21

Die Abkürzung ILCO setzt sich zusammen aus beiden Anfangsilben der lateinischen Wörter für:

Dünndarmanusgang/Ileostomie und
Dickdarmanusgang/Colostomie.

Menschen mit einem künstlichen Darmanusgang oder einer künstlichen Harnableitung – Stomaträger – bietet die ILCO vielfältige Hilfen und Unterstützung in Form eines Selbsthilfevereins.

Gegründet wurde die ILCO 1972 in Anlehnung an Erfahrungen im Ausland als Zusammenschluß von Betroffenen. Zum damaligen Zeitpunkt waren zwar die Operationsmethoden soweit entwickelt, daß Menschen mit einem künstlichen Darmanusgang leben konnten, die Lebensqualität war jedoch beeinträchtigt durch mangelhafte Versorgungsmöglichkeiten des Stomas. Der Verschluss eines Stomas war z. B. noch so unzureichend, daß Geruch und Nässe durchdrangen, was zu einer Beeinträchtigung bei der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben führte bzw. im Hautareal um das Stoma Entzündungen der Haut verursachte.

Die ILCO hat sich zum Ziel gesetzt, Stomaträgern zu vermitteln, daß ein „sinnvolles und erfülltes Leben trotz Stoma möglich ist“. Sie versteht sich als „Sammelstelle“ für Erfahrungen der Betroffenen und für Informationen, die sie mündlich und schriftlich in verständlicher Form Betroffenen und fachlich Interessierten zur Verfügung stellen will.

Darüber hinaus hat sie den Anspruch, jenen Experten, die in ihrer Arbeit mit Stomaträgern zu tun haben, die besonderen Bedürfnisse von Stomaträgern zu vermitteln und damit die Verbesserung der Lebensqualität zu erhöhen.

Im einzelnen werden diese Ziele und Aufgaben mittels unterschiedlicher Beratungs- und Betreuungsformen erreicht:

1. Information

Die ILCO stellt kostenlos Broschüren zur Verfügung, beantwortet schriftliche Anfragen und gibt die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „ILCO-Praxis“ heraus.

Aufgaben und Ziele der Institution

**DEUTSCHE ILCO
e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die ILCO organisiert Informationsveranstaltungen zu medizinischen, psychologischen, sozialrechtlichen und versorgungsrechtlichen Themen

2. Regionalgruppen und örtliche Gruppen

Die einzelnen Gruppen haben die Aufgabe, Hilfe, Beratung und Kontakte vor Ort zu vermitteln. Die Gruppen sind für Stomaträger, deren Angehörige und alle Interessierte offen. In speziellen Betroffenengruppen wird auf die besonderen Bedürfnisse von „Minderheiten“, so z. B. die Gruppe junger Stomaträger oder die Gruppe der Urostomieträger, eingegangen.

3. Besucherdienste und Beratungsstellen

Diese werden von ehrenamtlich tätigen Mitgliedern der ILCO-Gruppen durchgeführt. Z.B. auf chirurgischen Stationen der Krankenhäuser oder auf Wunsch auch zu Hause. Sprechstunden, soweit angeboten, finden regelmäßig statt und werden von erfahrenen Stomaträgern insbesondere für Betroffene und deren Angehörige angeboten, die kurz nach der Operation mit der neuen Situation konfrontiert sind

4 Kooperation mit Experten

Die ILCO arbeitet mit allen Experten zusammen, die im weitesten Sinn zur Verbesserung der Lebensqualität von Stomaträgern beitragen können: Ärzte, Kranken-

pflegepersonal, Fachhandwerk und -handel, Forschungseinrichtungen, Interessenverbände und Behörden.

Die Organisationsstruktur der ILCO sieht die Bundesdelegiertenversammlung und den Vorstand vor. Ersterer legt die Ziele und Struktur der ILCO fest. Der Vorstand befaßt sich mit der Durchführung der laufenden überregionalen Aufgaben, deren organisatorische und verwaltungstechnische Umsetzung durch die Bundesgeschäftsstelle sichergestellt wird.

Die Bundesgeschäftsstelle ist die zentrale Informations- und Beratungsstelle. Über sie können alle ILCO-Adressen sowie wichtige Anlaufstellen im ganzen Bundesgebiet vermittelt und schriftlich oder telefonisch Rat eingeholt werden.

Die ILCO-Regionalgruppen sind Zweigstellen des Bundesverbandes, die die Aufgaben der ILCO auf regionaler Ebene wahrnehmen.

Die ILCO-Landesverbände nehmen die Aufgaben der ILCO auf Landesebene wahr, u. a. die Beschaffung finanzieller Mittel über Landeseinrichtungen, die auch den Gruppen zugute kommen

Die ILCO finanziert sich über Mitgliedsbeiträge, Spenden und Fördermittel der Deutschen Krebshilfe e.V.

Medienangebote

Über die Bundesgeschäftsstelle der Deutschen ILCO zu beziehen:

„ILCO-PRAXIS“
vierteljährlich erscheinende Zeitschrift
Stellt neueste Erkenntnisse und Erfahrungen zum Thema Stoma aus medizinischer, psychologischer, sozialrechtlicher und versorgungstechnischer Sicht in verständlicher Form dar, berichtet aus dem Leben von Stomaträgern und der Arbeit der Deutschen ILCO.
Bezug: im Mitgliedsbeitrag (52 DM/Jahr) enthalten oder im Abonnement (25 DM/Jahr)

Unentgeltlich erhältliche Broschüren, z. B.:

- „Colostomie, Ileostomie – ein Leitfaden“
- „Urostomie – ein Leitfaden“
- „Irrigation – Darmspülung bei Colostomie“
- „Stomaversorgung – eine Marktübersicht“
- „Thema: Ernährung“
- „Wie gut, daß es die ILCO gibt“

Referateband für Fachleute und interessierte Betroffene (Schutzgebühr 5 DM): „Die Rehabilitation des Stomapatienten – eine multidisziplinäre Aufgabe“

Serviceleistungen

Die über 180 ILCO-Gruppen im Bundesgebiet bieten auf örtlicher Ebene in Krankenhäusern oder zu Hause Besucherdienste, teilweise auch regelmäßige Sprechstunden an

Die Bundesgeschäftsstelle vermittelt auf Anfrage die Adressen der örtlichen Anlaufstellen und verschickt Informationsmaterial.

Empfehlungen

Die Deutsche ILCO e.V. ist ein Selbsthilfeverein von Betroffenen, der anderen Betroffenen den Weg zu einem sinnvollen und erfüllten Leben trotz Stoma zeigen möchte

Er ist Sammelstelle für Erfahrungen der Stomaträger. Diese Erfahrungen und viele Informationen zu diesem Thema werden in verständlicher Form an Betroffene und fachlich Interessierte weitergegeben.

DEUTSCHE KREBS- GESELLSCHAFT e.V.

Adresse	Paul-Ehrlich-Straße 41 6000 Frankfurt/Main 70
Ansprechpartner	R. Bredenkamp (Geschäftsführer) Paul-Ehrlich-Straße 41 6000 Frankfurt/Main 70 Prof. Dr. Kornhuber (Generalsekretär) Universitäts-Kinderklinik Theodor-Stern-Kai 7 6000 Frankfurt/Main 70 (Ansprechpartner für medizinische Fragen)
Telefon	0 69/63 00 96-0
Telefax	0 69/63 91 30

Die Deutsche Krebsgesellschaft wurde als die älteste wissenschaftliche Gesellschaft schon Ende des 19. Jahrhunderts gegründet. Die Gesellschaft in der heutigen Form (DKG, 1990) ist als eingetragener Verein seit 1976 aktiv.

Finanzierungsquellen der DKG sind:

1. Mitgliedsbeiträge
2. Finanzmittel aus Körperschaften des öffentlichen Rechts
3. Institutionelle Zuschüsse (z. B. Stadt Frankfurt a.M.)
4. Spenden

Satzungsgemäß hat die Deutsche Krebsgesellschaft folgende Aufgaben zu erfüllen:

- die Erkenntnis vom Wesen der Krebskrankheit zu vertiefen und die wissenschaftliche Krebsforschung zu fördern;
- die Ärzte mit dem Stand der wissenschaftlichen Krebsforschung und den modernen Methoden zur Früherkennung und Behandlung vertraut zu machen;
- die Bevölkerung über die Krebskrankheiten und ihre Ursachen aufzuklären, insbesondere über die Möglichkeiten der Früherkennung, die rechtzeitige Behandlung zu fördern und zugleich der Krebsfurcht entgegenzutreten;
- die wissenschaftlich als wirkungsvoll erkannten Behandlungsmittel und -methoden zu fördern und gegen wirkungslose anzukämpfen;
- beratend und begutachtend bei der Gesundheits- und sozialen Gesetzgebung in Fragen der Krebsverhütung und Krebsbekämpfung mitzuwirken.

Die Koordination von Aktivitäten auf dem Gebiet der Krebsforschung und -bekämpfung ist ein wesentliches Ziel der Deutschen Krebsgesellschaft. Zudem regt sie selbst neue Projekte der Krebsverhütung, -erkennung und -behandlung an. In der Deutschen Krebsgesellschaft sind Krebspezialisten aller Fachrichtungen sowie andere Personen und Organisationen vertreten, die beruflich mit dem Krebsproblem zu tun haben.

Aufgaben und Ziele der Institution

**DEUTSCHE
KREBS-
GESELLSCHAFT
e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die DKG besteht aus den einzelnen Ländergesellschaften und den Arbeitsgemeinschaften. Darüber hinaus können Einzelpersonen, Organisationen oder Körperschaften fördernde Mitglieder werden.

Die Mitglieder im einzelnen:

Sektion A: die Ländergesellschaften
Sektion B: wissenschaftliche Mitglieder/Arbeitsgemeinschaften
Sektion C: fördernde Mitglieder.

Einmal im Jahr findet die Jahreshauptversammlung statt, in der die „Richtlinien der Politik“ festgelegt werden.

Die einzelnen Ländergesellschaften sind hinsichtlich Finanzierung und Aktivitäten autark. Im zweijährigen Turnus übernimmt die Gesellschaft eines Landes die Koordinationsstelle/Geschäftsstelle der DKG (1990: Hessen)

Aufgaben der Geschäftsstelle: Verwaltung der Mitglieder, Lobbyarbeit auf Bundesebene, Koordination von Therapiestudien, Vertretung auf internationaler Ebene

Die Landesverbände der Deutschen Krebsgesellschaft übernehmen die regionale Zuständigkeit für die Betreuung der Bevölkerung und Beratung gesundheitspolitischer Gremien. Sie informieren in enger Zusammenarbeit mit den Medien die Öffentlichkeit über Maßnahmen der Krebsverhütung und Früherkennung. Besonders für die Förderung einer verstärkten Nutzung der Krebsfrüherkennungsuntersuchungen hat die Gesellschaft Strategien entwickelt. Im Nachsorgebereich führen die Landesverbände psychologische und soziale Beratungen durch und beraten Selbsthilfegruppen.

Anschriften der **Ländergesellschaften** der Deutschen Krebsgesellschaft e.V.:

Schleswig-Holsteinische
Krebsgesellschaft e.V., Kiel
Flämische Straße 6-10, 2300 Kiel 1
Telefon: 04 31/9 42 94

Nähere Angaben:
Vorsitzender: Prof. Dr. med. H. Hamelmann

Termine/Öffnungszeiten: Die Beratung erfolgt jeweils Donnerstag von 15 00 bis 17 00 Uhr durch eine Ärztin und 2 Krebsnachsorgeschwestern des Tumorzentrums Kiel

Krebsverband **Baden-Württemberg** e.V.
Adalbert-Stifter-Straße 105, 7000 Stuttgart 40
Telefon: 07 11/8 48-25 90

Nähere Angaben:
Vorsitzender: Prof. Dr. Ch. Herfarth
Chirurg Universitätsklinik Heidelberg

Aktivitäten:

- Öffentlichkeitsarbeit
- Psychologische Beratung
- Wirtschaftliche Hilfestellung in Einzelfällen
- Betreuung der Selbsthilfegruppen
- Kooperation mit Tumorzentren, onkologischen Schwerpunkten, onkologischen Arbeitskreisen und weiteren Organisationen
- Unterhaltung von Schulen für Ausbildung von Cytologie-Assistentinnen
- Unterstützung der wissenschaftlichen Krebsforschung
- Führung eines bevölkerungsbezogenen Krebsregisters

Deutsche Krebsgesellschaft
Landesverband **Bremen** e.V.
Rembertstraße 99, 2800 Bremen 1
Telefon: 04 21/32 51 69

Nähere Angaben:
Ansprechpartnerin: Frau Maie Rösler

1. Vorsitzender: Herr Prof. Dr. med. E. H. Schmidt
Chefarzt der Frauenklinik der Ev. Diakonissenanstalt
Gröpelinger Heerstraße 406-408, 2800 Bremen 21

2. Vorsitzender: Herr Dr. med. P. Weymar
Am Markt 1, 2800 Bremen 1
Geschäftsführer: Herr W. Krause
Hauptgesundheitsamt Bremen
Horner Straße 60, 2800 Bremen
Telefon: 04 21/4 97 50 03

Veranstaltungen/Aktivitäten: Ausstellungen, Podiumsdiskussionen, Beratung, Nichtraucherurse, Informationsveranstaltungen mit Selbsthilfegruppen

Bemerkungen: Unterstützung der Krebsforschung im Bremer Raum

Sprechstunden: Mo 11 00 bis 14 00 Uhr, Di und Mi 9 00 bis 12 00 Uhr, Do. 15 00 bis 18 00 Uhr

Bayerische Krebsgesellschaft e.V.
Sekretariat und Beratungsstelle München
Tumbingerstraße 4, 8000 München 2
Telefon: 0 89/53 11 75 und 53 95 24-25

Nähere Angaben:
Präsident: Prof. Dr. med. Hans Ehrhart
Klinikum Großhadern
Ludwig-Maximilians-Universität München und Tumorzentrum München

Veranstaltungen/Aktivitäten: Aufklärungsarbeit, Schulungen, psychosoziale Beratung, Patientenhilfe, Kinderhilfsfonds, Forschung

Sprechzeiten: Mo. Do. 8,00 bis 16,00 Uhr telefonisch und persönlich und nach Vereinbarung

Niedersächsische Krebsgesellschaft e.V.
Ellernstraße 36, 3000 Hannover 1
Telefon: 05 11/81 50 91-92

Nähere Angaben:
Vorsitzender: Prof. Dr. med. Adalbert Majewski
Geschäftsstellenleiter: Cert Beyer

Veranstaltungen/Aktivitäten:
Beratung von Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen nach Krebs, Beratung von Krebspatienten bei Genesen denkuren, Aufklärungsarbeit zur Krebsfrüherkennung, Psychosoziale Krebsnachsorge

Gesellschaft zur Bekämpfung der Krebskrankheiten
Nordrhein-Westfalen e.V.
Kettwiger Straße 6, 4000 Düsseldorf 1
Telefon: 02 11/7 33 66 55

Nähere Angaben:
1. Vorsitzender: Prof. Dr. med. Lutwin Beck

Veranstaltungen/Aktivitäten: Erforschung der Krebskrankheiten, Früherkennung, Behandlungsverfahren und Nachsorge

- Fachliche Fortbildung von Ärzten, ärztlichem Hilfspersonal, Sozialarbeiter/innen in NW
- Öffentlichkeitsarbeit

- Psychosoziale Krebsnachsorge und Beratung

Arbeitskreis Selbsthilfegruppen Krebsbetroffener der Gesellschaft zur Bekämpfung der Krebskrankheiten NW e.V.

Kettwiger Straße 6, 4000 Düsseldorf
Telefon: 02 11/7 33 66 55

Nähere Angaben:

Ansprechpartnerin: Frau G. Reinhard, Dipl.-Sozialarbeiterin

Veranstaltungen/Aktivitäten: 1982 und 1984 Gründung zweier Arbeitskreise Selbsthilfegruppen Krebsbetroffener (ASK). Die ASK tagen jeweils dreimal im Jahr zwecks Informations- und Erfahrungsaustausch der mitarbeitenden eigenorganisierten Gruppen.

Zielsetzung:

- Informationsvermittlung
- Beratung
- Erfahrungsaustausch
- Erarbeitung gemeinsamer Konzeptionen und Aufgaben
- Entwicklung neuer Ideen
- Förderung und Stützung des Selbsthilfegedankens
- Vermittlung und Austausch von Referenten und Experten
- Erweiterung einer gemeinsamen Handlungsbasis von Selbsthilfegruppen und Experten
- Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung und Hilfestellung bei der Neugründung von Selbsthilfegruppen

Deutsche Krebsgesellschaft

Landesverband **Berlin** e.V.
Königsberger Straße 45, 1000 Berlin 45
Telefon: 0 30/7 72 90 90

Krebsgesellschaft **Rheinland-Pfalz** e.V.
Schloßstraße 8, 5400 Koblenz
Telefon: 02 61/3 10 47/48

Hessische Krebsgesellschaft e.V.
Nikolaistraße/Ecke Kirchplatz, 3550 Marburg
Telefon: 0 64 21/157 33

Landesminister (neue Bundesländer)

Dr. Klaus Gollert
Minister für Arbeit, Gesundheit
und Soziales des Landes
Mecklenburg-Vorpommern
Marshall – Werderstraße 124
O-2750 Schwerin

Werner Schreiber
Minister für Arbeit, Gesundheit
und Soziales des Landes
Sachsen-Anhalt
Olvenstedter Straße 1-2
O-3010 Magdeburg

Dr. Regine Hildebrandt
Ministerin für Arbeit, Gesundheit
und Soziales des Landes
Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107
O-1500 Potsdam

Hamburger Krebsgesellschaft e.V.
Martinstraße 52, 2000 Hamburg 20
Telefon: 0 40/4 60 42 22

Landesverband für Krebsbekämpfung und
Krebsforschung im **Saarland** e.V.
Faktoreistraße 4, 6600 Saarbrücken
Telefon: 06 81/161

Landesverbände der neuen Bundesländer

Landesverband **Sachsen-Anhalt**
OMR Prof. Dr. A. Gläser
Direktor der Klinik für Chirurgie
der Martin-Luther-Universität
Ernst-Grube-Straße 40
O-4020 Halle 1

Landesverband **Sachsen**
Doz. Dr. sc. med. G. Schott
Chefarzt der III. Medizin, Klinik
Bezirkskrankenhaus „Heinrich Braun“
Karl-Keil-Straße 35
O-9547 Zwickau

Landesverband **Mecklenburg**
OMR Prof. Dr. med. habil. G. Möbius
Direktor d. Pathologischen Instituts
Krankenhaus Schwerin
Werderstraße 30
O-2756 Schwerin

Landesverband **Thüringen**
MR Dr. med. G. H. Hartung
Direktor der Rehabilitationsklinik
„Waldenfels“
Bahnhofstraße 7
O-5809 Tambach-Dietharz

Landesverband **Brandenburg**
Dr. med. P. Hagen
Allgemeine Hospitalgesellschaft mbH
Arthur-Scheunert-Allee 2
O-1581 Rehbrücke ü. Potsdam

Vorstand Krebsgesellschaft

Prof. Dr. Günter Möbius
Institut für Pathologie
Werderstraße 30
O-2750 Schwerin

Prof. Dr. Gläser
Chirurgische Univ.-Klinik
Halle/Saale

Dr. med. Salitter
Kreiskrankenhaus
Beelitz

**DEUTSCHE
KREBS-
GESELLSCHAFT
e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

**DEUTSCHE
KREBS-
GESELLSCHAFT
e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Dr. Hans-Henning Axthelm
Minister für Arbeit, Gesundheit
und Soziales des Landes
Thüringen
Johann-Sebastian-Bach-Straße 1
O-5085 Erfurt

Dr. Hans Geisler
Staatsminister für Arbeit,
Soziales und Familie
des Freistaates Sachsen
Carolaplatz 1
O-8060 Dresden

Doz. Dr. med. K. Wutke
Poliklinik für Innere Medizin
Medizinische Akademie
Nordhäuser Straße 84
O-5010 Erfurt

Prof. Dr. Schott
Bezirkskrankenhaus
Zwickau

Medienangebote

- Geplant sind Rundfunkspots* zur Krebsaufklärung und zur Förderung der Krebsfrüherkennung in der Bevölkerung
- Als Einzelbroschüren sind beispielhaft zu nennen:
 - 1 „Krebs? Tun Sie dagegen, was Sie selbst tun können!“
Eine Broschüre, die die Krebsfrüherkennung fördern soll
 - 2 Europa gegen Krebs 1989:
„Neueste Trends in der Krebsforschung, Krebsdiagnose, Krebstherapie“
 - 3 Broschüre zur Eigendarstellung der DKG mit Organigramm.

Die Broschüren sind kostenlos erhältlich

**Service-
leistungen**

- Ein Fort- und Weiterbildungsangebot zur Krebsfrüherkennungsuntersuchung und Krebsprävention wird im Rahmen des Modellprojektes „Krebsfrüherkennung“ erarbeitet
- Fachliche Bearbeitung von telefonischen Anfragen zum Thema Krebsfrüherkennung und Krebsprävention und Versand von Informationsmaterial sind im Rahmen dieses Modellprojektes ebenfalls geplant*

Über die Geschäftsstelle können Informationen über den Stand des Modellprojektes „Krebsfrüherkennung“ und die in diesem Rahmen geplanten Maßnahmen eingeholt werden

- Geplant ist, eine onkologische Datenbank in Zusammenarbeit mit DIMDI und BMFT aufzubauen.
Erfaßt werden sollen Daten zu:
 - verschiedenen Standardtherapien
 - Therapieleitlinien („Therapie nach Maß“)
 - Adressen von Selbsthilfegruppen
 - Krebsmedikamente.

* Stand: 1990

Empfehlungen

Es ist empfehlenswert, sich über die Angebote des zuständigen Landesverbandes der Deutschen Krebsgesellschaft zu informieren. Ebenfalls sollte der Stand der Maßnahmen im Rahmen des Modellprojektes „Krebsfrüherkennung“ abgefragt werden.

DEUTSCHE KREBSHILFE e.V.

– DKH –

Adresse Thomas-Mann-Straße 40
Postfach 14 67
5300 Bonn 1

Ansprechpartner Dipl.-Kaufmann Achim Ebert
(Geschäftsführer)

Gerd Nettekoven
(Abteilungsleiter
Abteilung Förderungsprogramm)

Telefon 02 28/7 29 90-0

Teletex 228 3737 DKH

Telefax 02 28/7 29 90 11

Die Deutsche Krebshilfe e.V. wurde am 25. 9. 1974 als gemeinnütziger Verein gegründet. Sie finanziert sich ausschließlich aus Spendengeldern. Öffentliche Mittel werden nicht in Anspruch genommen.

Ziel des Vereins ist es, die Krebskrankheiten in all ihren Erscheinungsformen zu bekämpfen.

Verwirklicht werden diese Ziele durch:

- Information und Aufklärung über die Krebserkrankungen sowie über die Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge;
Motivation der Bevölkerung zur Wahrnehmung der Krebsfrüherkennungs-Untersuchungen;
- Organisation und Förderung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie von Informationsveranstaltungen zur Verbesserung der Krebsbekämpfung;
- Förderung von Modellprojekten der Diagnostik, Therapie sowie klinischer Register und Nachsorge zur besseren Patientenversorgung und -betreuung;
- Verbesserung der Diagnostik, Therapie und Nachsorge durch Förderung der personellen und sachlichen Ausstattung einschließlich Behebung von Notständen in Therapie-, Forschungs- und Rehabilitationseinrichtungen;
- Hilfestellung, Unterstützung und Beratung in Einzelfällen, die eine durch Krebserkrankung entstandene Notsituation lindern sollen;
- Förderung der wissenschaftlichen und klinischen Forschung und ihrer Anwendung.

Aufgaben und Ziele der Institution

- DKH -

Medienangebote

Die Deutsche Krebshilfe hat ein breitgefächertes Angebot an kostenlosem, schriftlichem Informationsmaterial, das sich in drei Kategorien aufteilen läßt:

Broschüren und Informationsschriften über einzelne Krebsarten, die sich an Betroffene richten. Sie beschreiben erste Warnzeichen, erläutern Diagnose, Therapie, Nachsorge und Rehabilitation, geben Ratschläge für die seelische Krankheitsbewältigung und Hinweise auf sozialrechtliche Regelungen für Krebspatienten. Sämtliche Schriften werden regelmäßig von Experten auf den neuesten Stand gebracht.

Beispielhaft seien genannt:

- Krebs im Mund-, Kiefer- und Gesichtsbereich - Was dann?
- Krebs im Kindesalter Ein Ratgeber für Eltern krebskranker Kinder und Jugendlicher
- Krebs - Wie geht es weiter? Ein Ratgeber für Brustkrebsoperierte Frauen
- Haut-Krebs Ein Ratgeber zur Früherkennung, Behandlung und Nachsorge
- Ratgeber für Kehlkopflose Hilfe zur Rückkehr in den Alltag
- Hast Du denn akzeptiert, daß ich Krebs habe? (Faltblatt für Angehörige)

Informationsschriften zu einzelnen Krebsarten:

- Darmkrebs
- Eierstockkrebs
- Gebärmutterkrebs
- Harnblasenkrebs

- Hodenkrebs
- Lungenkrebs
- Magenkrebs
- Prostatakrebs
- Schilddrüsenkrebs

Broschüren zum Bereich der Krebsprävention, in denen gezielt über Krebsrisiko und Früherkennung aufgeklärt wird

Beispielhaft seien genannt:

- Krebsrisikogruppen - Wer gehört dazu?
- Krebsprävention. Ein Ratgeber zur Erkennung und Vermeidung von Krebsrisikofaktoren
- Krebsaufklärung an Schulen. Ein Leitfaden für Lehrer (begrenzte Auflage)
- Krebsbekämpfung - eine europäische Aufgabe. Sonderausgabe für die Deutsche Krebshilfe
- Faltblatt: 10 Regeln gegen den Krebs. Eine europäische Initiative gegen den Krebs
- Plakate zur Früherkennung

Informationsmaterial über die Deutsche Krebshilfe

- Basisbroschüre der Deutschen Krebshilfe
- Sie gibt einen Überblick über Geschichte, Aufgaben und Tätigkeitsfelder der Deutschen Krebshilfe
- Jahresbericht der Deutschen Krebshilfe
- Er stellt den Tätigkeitsbericht für das entsprechende Jahr dar und gibt Auskunft über Einnahmen und Ausgaben der DKH
- Informationsblatt Kinderkrebshilfe

Serviceleistungen

Der Informations- und Beratungsdienst

Seit ihrer Gründung ist die Deutsche Krebshilfe eine Anlaufstelle für viele Patienten und Angehörige, die sich mit ihren Fragen und Problemen an sie wenden. Der Informations- und Beratungsdienst bietet Patienten und ihren Angehörigen folgende Hilfen an:

- Information zu allen Fragen im Zusammenhang mit Krebs, sei es sozialrechtlicher oder psychologischer Art
- Vermittlung relevanter Adressen wie z. B. Behandlungs- und Nachsorgeeinrichtungen sowie Adressen von lokalen Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen
- Beratung Die in Gesprächsführung geschulten Berater/innen bieten Menschen, die durch eine Krebserkrankung in eine seelische Krisensituation geraten oder sich mit ihren Sorgen und Nöten alleingelassen fühlen, die Möglichkeit, über ihre Situation, ihre Ängste und Sorgen zu sprechen. Die Mitarbeiter/innen verweisen gegebenenfalls auf Beratungsangebote, in denen eine längerfristige psychosoziale Begleitung möglich ist.

Informations- und Beratungsdienst der DKH: telefonisch:

montags bis freitags in der Zeit von 9 00 bis 18 00 Uhr unter der Telefonnummer: 02 28/7 29 90-72

schriftlich:

Deutsche Krebshilfe
Informations- und Beratungsdienst
Thomas-Mann-Straße 40
5300 Bonn 1

Fortbildungsveranstaltungen

- einmal im Jahr der Nachsorgekongreß für Ärzte, Pflegepersonal, psychosoziale Fachkräfte und Patienten (in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Thie-ding-Stiftung des Hartmannbundes)
- alle zwei Jahre das Symposium Krebsprävention für Lehrkräfte und im Gesundheitswesen tätiges Fachpersonal sowie interessierte Laien (in Zusammenarbeit mit der Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung)

Härtefonds

Krebspatienten und ihren Familien, die durch Erkrankung in eine finanzielle Notlage geraten sind, kann aus einem speziellen Härtefonds geholfen werden.

Die finanzielle Unterstützung ist an Einkommensgrenzen gebunden und in der Höhe begrenzt. Sie wird in der Regel nur einmal gewährt.

Antragsformulare können bei der Deutschen Krebshilfe erbeten werden.

Empfehlungen

Unter dem reichen und kostenlosen Publikationsangebot der Deutschen Krebshilfe sind vor allem die Informationsschriften zu den einzelnen Krebsarten hervorzuheben.

Broschüren zur Prävention und die Fortbildungsveranstaltungen, die alle 2 Jahre stattfinden, sind auch für

Lehrkräfte und medizinisches Fachpersonal interessant. Der Informations- und Beratungsdienst bietet ein weites Spektrum von Informationen zu Sachfragen bis zu seelischer Unterstützung.

Medizinische und psychosoziale Fachkräfte können sich auf den jährlichen Nachsorgekongressen fortbilden.

DEUTSCHE LEUKÄMIE- FORSCHUNGSHILFE AKTION FÜR KREBS- KRANKE KINDER e.V.

Adresse – Dachverband –
Joachimstraße 20
5300 Bonn 1

Ansprechpartner Dr. phil. Gerlind Bode

Telefon 02 28/22 18 33

Telefax 02 28/21 86 46

Die Deutsche Leukämie-Forschungshilfe – Aktion für krebskranke Kinder e.V. (im folgenden abgekürzt DLFH) wurde 1980 von Eltern krebskranker Kinder gegründet

Ursprüngliches Ziel der Initiatoren war, dafür zu kämpfen, daß die Mittel für die Forschung über Krebs bei Kindern drastisch erhöht werden.

Durch die zunehmend intensiver werdende Behandlung krebskranker Kinder mit Chemotherapie in spezialisierten Zentren wurde jedoch für betroffene Eltern deutlich, daß auch in anderen wichtigen Bereichen der Versorgung krebskranker Kinder ein erhebliches Defizit bestand:

1. Keine oder mangelhafte psychosoziale Betreuung der Kinder auf den Stationen bzw. keine Hilfestellung für die psychisch ebenfalls hoch belasteten Eltern.
2. Keine oder mangelhafte Möglichkeiten der Eltern, sich während der Behandlungsdauer „rund um die Uhr“ bei dem Kind im Krankenhaus aufhalten zu können (z. B. Betten für Eltern in den Krankenzimmern).
3. In vielen Fällen Unterversorgung der Stationen mit gut ausgebildeten Pflegekräften.
4. Keine Supervision der psychisch und mental hoch belasteten Pflegekräfte.
5. Mangelhafte bauliche und apparative Ausstattung der Kliniken.

Aufgrund dieser Erfahrungen und Defizite veränderten sich die Ziele und Aufgaben des Vereins: von dem Ziel der Forschungsförderung entwickelte sich die Aufgabenstellung zu einem aktionsorientierten Dachverband, der sich als Lobby auf Bundesebene für das krebskranke Kind versteht. Derzeit sind rund 40 örtlich aktive Elterngruppen dem Dachverband angeschlossen.

Viele der o.g. Probleme konnten in Angriff genommen und teilweise verbessert werden.

Vieles steht noch aus. So sind die wichtigsten Ziele und Aufgaben:

Aufgaben und Ziele der Institution

**DEUTSCHE
LEUKÄMIE-
FORSCHUNGSHILFE
AKTION FÜR
KREBSKRANKE
KINDER e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- Vertretung gegenüber Verbänden, Behörden, staatlichen Einrichtungen, Kliniken, Krankenkassen.
- Öffentlichkeitsarbeit
- Beratung und Unterstützung der angeschlossenen Initiativen sowie Förderung der Zusammenarbeit.
- Auf örtlicher Ebene den Erfahrungsaustausch und die Interessenartikulation zu fördern
- Die Verbesserung der baulichen, apparativen, persönlichen und psychosozialen Situation auf den Kinderkrebsstationen – insbesondere die Erhöhung der Zahl der Pflegekräfte
- Die Einstellung von Fachkräften für die psychosoziale Versorgung (Sozialarbeiter, Psychologen, Sozialpädagogen) krebskranker Kinder nicht nur für die Station, sondern auch für die Nachsorge sowie deren Eltern und die Übernahme der Stellen in die Regelfinanzierung der Kliniken.

- Die Förderung der Einrichtung von Behandlungszentren, um eine optimale Forschung sowie Diagnostik und Therapie zu sichern.
- Die Bereitstellung von Wohnhäusern/Wohnungen unmittelbar in der Nähe der Krebsstationen oder von Betten in den Kliniken für die Eltern von Kindern während deren Behandlung.

Die DLFH ist ein gemeinnütziger Verein, der sich ausschließlich über Spenden finanziert.

Mitglieder sind die regionalen/örtlichen aktiven Elterngruppen. Jede neu sich bildende Gruppe kann auf Antrag Mitglied werden.

Medienangebote

Die DLFH gibt die Vierteljahreszeitschrift „wir“ heraus, die sich in erster Linie an betroffene Familien und deren Freunde richtet

Sie ist zum Selbstkostenpreis von 2,- DM (1990) beim Dachverband in Bonn oder bei den örtlichen Elterngruppen zu beziehen.

Weitere Broschüren sind nennenswert, z. B.

„Was nun - was tun!“
(Leitfaden für Jugendliche und ihre Freunde)

„Mein Kind hat Krebs“
(Elternratgeber)

„Was ich habe, niemals wollte, ...“
(Tagebuch für jugendliche Krebspatienten)

Sozialrechtliche Informationen
(für Familien mit einem krebskranken Kind)

„Mein Kind hat Krebs“ (Arabisch)

„Leukämie, was ist das?“ (Russisch, Türkisch)

„Trauern über den Tod eines Kindes“

Bezugsquelle für diese Broschüren (zwischen 1,- DM und 8,- DM) ist ebenfalls der Dachverband.

Serviceleistungen

Die DLFH gibt eine aktualisierte Bücherliste zum Thema „Krebs im Kindesalter“ heraus. Sie ist kostenlos beim Dachverband in Bonn zu beziehen.

Der Dachverband hat die jeweils aktuellsten Informationen über Adresse, Telefon und Ansprechpartner der örtlichen Elterngruppen. Diese sind kostenlos zu erfragen.

Empfehlungen

Die Deutsche Leukämie-Forschungshilfe - Aktion für krebskranken Kinder e.V. ist eine wichtige Anlaufstelle für Eltern von krebskranken Kindern bzw. allen Betroffenen, die eine örtliche Elterngruppe suchen oder gründen wollen.

DEUTSCHE LIGA FÜR DAS KIND IN FAMILIE UND GESELLSCHAFT

**(Initiative gegen früh-
kindliche Deprivation)
e.V.**

Adresse Prinz-Albert-Straße 30
5300 Bonn

Ansprechpartner Frau Michaela Strothe
(Leiterin der Geschäftsstelle)

Telefon 02 28/26 26 25

Die „Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft“ wurde 1977 aus der Erkenntnis heraus gegründet, daß zahlreiche kinder- und familienfeindliche Zwänge dazu führen, daß die gesunde Entwicklung von Kindern bedroht ist. Das Ziel der Liga ist es, den Symptomen Verhaltensstörung und Schulversagen, Aggressivität und Brutalität, Drogenabhängigkeit, Verwahrlosung, Kriminalität usw. vorzubeugen durch Verhinderung von seelischer Verkümmern (frühkindlicher Deprivation).

Dazu hat die Liga folgendes Arbeitsprogramm erstellt:

1. Humanitäre und aufklärende Maßnahmen

- Schutz und Aufwertung der Mutterrolle in ihrer Bedeutung für das Kind; Herausstellung dieser unverzichtbaren erzieherischen und sozialen Leistung für die Gesellschaft in der Öffentlichkeit,
- Werbung für die verstärkte Einbeziehung des Vaters in die Betreuung und Erziehung des Kindes; Hinweise auf die Bedeutung von Geschwistern, Großeltern und anderen Verwandten,
- Vermittlung des gesicherten biologischen und psychologischen Wissensstoffes über die frühe Kindheit in allen Schulen,
- Information aller mit Schwangeren, jungen Müttern und Kleinstkindern befaßten Ärzte und Pflegepersonen über die Bedeutung der Umweltbedingungen für die seelisch und körperlich gesunde Entwicklung des Neugeborenen, des Säuglings und Kleinkindes; Einführung dieses Wissensstoffes in die Ausbildung dieser Personen,
- Herstellung und Verteilung von Aufklärungsmaterial für jedermann; Dauerinformation aller Medien, der Kirchen, Volkshochschulen und einschlägigen Verbände über Ursachen und Folgen seelischer Verkümmern durch Mutterentbehrung und Elternversagen (Deprivation),
- Abbau der Heimpflege zugunsten von Pflegefamilien; Säuglingsheime als Daueraufenthalt müssen überflüssig werden.

Aufgaben und Ziele der Institution

**DEUTSCHE LIGA
FÜR DAS KIND
IN FAMILIE UND
GESELLSCHAFT**

**(Initiative gegen
frühkindliche
Deprivation) e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

2. Intensivierung der Eltern-Kind-Beziehung
 - Einführung von Mutter-Kind-Zimmern auf allen Entbindungsstationen,
 - Aufklärung über die Bedeutung des Vaters als Beistand der Mutter während der Geburt und Wochenbettzeit,
 - Förderung des Stillens in seiner doppelten Bedeutung als naturgemäße Ernährung und als Begünstigung einer seelischen Bindung zwischen Mutter und Kind.
3. Gesetzgeberische Maßnahmen
 - Erweiterung des Mutterschutzes und gesetzliche Verankerung eines Erziehungs- bzw. Familiengeldes für drei Jahre,
 - gesetzliche Verankerung der Erziehungsleistungen im Rentenrecht für mindestens drei Jahre je Kind für alle Mütter,
 - materielle Besserstellung von Familien mit Kindern im Steuerrecht,
 - Erlaß von Gesetzen zur Sicherung derjenigen Mütter kleiner Kinder, die vorübergehend aus dem Erwerbsleben ausscheiden,
 - vermehrte Beachtung des Kinderwohls bei Zuerkennung des Sorgerechts im Fall von Ehescheidungen,

- Verbesserung der Situation alleinstehender Mütter und Väter und ihrer Kinder, z. B. durch Erweiterung des Angebots von Teilzeitarbeitsplätzen,
- Verbesserung von Möglichkeiten und der Anwendung von Frühadoptionen,
- Gesetze für einen kinderfreundlichen Wohnungs- und Städtebau, Ausbau von Spielplätzen.

4. Wissenschaftliche Maßnahmen

- Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen über die Vorbedingungen richtigen elterlichen Verhaltens und über die Störfaktoren frühkindlicher seelischer Reifung und deren Folgen,
- wissenschaftliche Auseinandersetzung über Grundlagen der optimalen Sozialisation des Kleinkindes, der Mutter- und Vaterrolle und die Möglichkeiten der außerfamilialen Ersatzerziehung in den ersten drei Jahren

Mitglieder der Liga sind zahlreiche Bundesverbände der Jugend-, Familien- und Frauenarbeit, Berufsverbände aus den verschiedensten Fachbereichen, Stiftungen, Lions- und Rotaryclubs und einige Wirtschaftsunternehmen. Das Kuratorium der Liga ist interdisziplinär besetzt, ebenso Ausschüsse, die bei Bedarf zu bestimmten Themen gebildet werden. Die Liga finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Medienangebote

Durch die Herausgabe fachlich qualifizierter Schriften will die Liga den politisch Verantwortlichen Grundlagen für ihre familienpolitischen Entscheidungen an die Hand geben. Außerdem sollen die Publikationen Eltern, Erzieher und Lehrer über die Bedeutung der frühkindlichen Entwicklung informieren.

Einige Titel dazu sind (kostenpflichtig):

- „Kinder- und familiengerechtes Wohnen“
- „Elternnähe oder Krippen?“
- „Kinder haben, als Familie leben – Verzichte oder Chancen?“

- „Der Lebensanfang als Lebensentscheidung“
- „Die entscheidenden ersten Lebensjahre“.

Für Grundschullehrer/innen hat die Liga außerdem die Handreichungen herausgebracht: „Stichwort: Kind – Wer ist es, was kann es, was braucht es?“

Eine Übersicht der Schriften und sonstigen Veröffentlichungen der Liga ist bei der Geschäftsstelle zu erhalten.

Serviceleistungen

Neben den beschriebenen Publikationen veranstaltet die Liga Tagungen und öffentliche Diskussionen zu Themen der frühkindlichen Entwicklung und zur Familienpolitik

Mit der durch die Mitglieder repräsentierten Fachkompetenz beantwortet die Liga auch spezielle Fragen zu ihrem Themenbereich und vermittelt Referenten.

Anfragen sollten an die Geschäftsstelle oder den Präsidenten

Dr. Klaus G. Conrad
Burgstraße 61
5450 Neuwied 13
Telefon: 0 26 31/5 41 50
gerichtet werden.

Empfehlungen

Zur frühkindlichen Entwicklung geben die Veröffentlichungen der Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft wichtige Informationen und Argumentationshilfen, so z. B. die Schriften „Kinder- und familiengerechtes Wohnen“ und „Der Lebensanfang als Lebensentscheidung“.

Die Liste der Veröffentlichungen sollte daher bei der Geschäftsstelle angefordert werden.

**DEUTSCHE LIGA ZUR
BEKÄMPFUNG DES
HOHEN BLUTDRUCKES
e.V.
und
SEKTION NATIONALES
BLUTDRUCKPROGRAMM
– NBP –**

Adresse	Berliner Straße 46 Postfach 10 20 40 6900 Heidelberg
Ansprechpartner	Frau Liselotte Thomann (Geschäftsführerin) Frau Dr. Martina Pötschke-Langer (Leiterin des Koordinationssekretariats des Nationalen Blutdruckprogramms – NBP)
Telefon	0 62 21/41 17 74 0 62 21/40 13 60 (NBP)
Telefax	0 62 21/40 22 74

Die Deutsche Liga zur Bekämpfung des Hohen Blutdruckes e.V. wurde 1974 in Heidelberg als gemeinnütziger Verein gegründet, um Maßnahmen zur Bekämpfung des hohen Blutdruckes in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln und zu fördern. Die Satzung sieht dazu vor:

- Unterstützung der ständigen Fortbildung der Ärzte in der Diagnostik und Behandlung des hohen Blutdruckes,
- Aufklärung der Bevölkerung über die Bedeutung des hohen Blutdruckes als Risikofaktor für Gesundheit und Leben,
- Anregung und Koordination von Vorsorgeprogrammen und -einrichtungen zur Bekämpfung des hohen Blutdruckes und von Nachsorge- und Rehabilitationsprogrammen und -einrichtungen,
- Pflege der Verbindung und Erfahrungsaustausch mit anderen wissenschaftlichen Gesellschaften im In- und Ausland,
- Vorbereitung und Organisation wissenschaftlicher Tagungen und Anregung und Koordination von Forschungsprojekten auf dem Gebiet des hohen Blutdruckes.

Zu den rd. 2.300 Mitgliedern der Liga gehören Ärzte verschiedener Fachrichtungen und Laien, vor allem Bluthochdruckkranke.

Die Organe der Liga sind der Vorstand, das Kuratorium und die Mitgliederversammlung. Der von der Mitgliederversammlung gewählte Vorstand besteht aus sieben Personen, von denen mindestens vier wissenschaftlich oder klinisch auf dem Gebiet des Hochdruckes tätig sein sollen. Der Vorstand bestimmt aus seiner Mitte den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden und den Schriftführer. Die zwölf Mitglieder des Kuratoriums werden auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung gewählt, sie sollen den Vorstand beraten und Vorschläge für die Geschäftsfüh-

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- NBP -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

zung machen. Das Kuratorium soll in ausgewogenem Verhältnis mit Vertretern von Bundes- oder Landesministerien, Krankenkassen, Versicherungsanstalten, der Ärzteschaft und der Industrie besetzt sein

Zur Koordinierung der Aktivitäten der Liga nach innen und außen und zur Erfüllung verschiedener Aufgaben unterhält die Liga eine Geschäftsstelle mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern. In den einzelnen Bundesländern gibt es sog. Landesbeauftragte, die für die Aktivitäten der Liga auf Landesebene sorgen. Die Aktivitäten zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben haben folgende Schwerpunkte:

- Information der Ärzte durch Erstellung von Merkblättern,
- Unterstützung der Hochdruckforschung, u. a. durch jährliche Preise:
 1. Franz-Gross-Preis
 2. Förderpreis für die Hochdruckforschung an einen jungen Wissenschaftler unter 40 Jahren
 3. Franz-Volhard-Stipendium für einen Studienaufenthalt an einen Wissenschaftler, der sich Verdienste um die Hochdruckforschung erworben hat,
- Information der Patienten durch Arzt-Patienten-Seminare und die Herausgabe von Informationsmaterial,
- Information der Öffentlichkeit, u. a. durch den jährlich verliehenen Publizistik-Preis an einen Journalisten, der besonders informativ über den Hochdruck berichtet hat

Das Nationale Blutdruckprogramm (NBP) als Sektion der Deutsche Liga hat sich einiger Ziele der Liga besonders angenommen und führt alle zwei Jahre die Nationale Blutdruckkonferenz durch.

Zu den Aktivitäten des NBP gehören u. a. Früherkennungsaktionen in der Öffentlichkeit, in Betrieben und bei Schülern, Kursangebote, Gesundheitsprogramme in Grundschulen sowie Blutdruckmeßkurse und Praxisprogramme für Ärzte und Arzthelferinnen.

Zu allen Aktivitäten hat das NBP Materialien herausgebracht.

Die Aufgaben des NBP werden von einem leitenden und einem beratenden Ausschuss entwickelt und durch ein Koordinationssekretariat verfolgt. Der leitende Ausschuss wird von acht Ärzten aus Forschung, Lehre und Praxis gebildet und hat einen Vorsitzenden mit zwei Stellvertretern. Im beratenden Ausschuss sind zahlreiche medizinische Fachgesellschaften und Verbände vertreten. Mehrere Arbeitsgruppen befassen sich mit besonderen Schwerpunkten:

Öffentlichkeitsarbeit, Praxisprogramme, Patienten in Betrieben, Kinderschulprogramm „Gesund leben macht Spaß“

Die Arbeit der Liga und des Nationalen Blutdruckprogramms wird finanziert aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen, Erlösen aus Materialverkauf und Tagungsgebühren.

Medienangebote

Das Medienangebot der Liga richtet sich an die drei Zielgruppen: Ärzte – Patienten – Öffentlichkeit

Für Ärzte gibt es eine Reihe von Merkblättern (kostenlos) mit Empfehlungen zu Ursachen, Diagnose, Therapie und Therapiekontrolle des hohen Blutdruckes, die bei der Geschäftsstelle angefordert werden können (für Mitglieder in kleinen Mengen kostenlos). Dazu wird ein Sammelband sämtlicher Merkblätter „Empfehlungen zur Diagnostik und Behandlung der Hypertonie“ zum Selbstkostenpreis angeboten. Außerdem hat die Liga einen Leitfaden für Ärzte zur inhaltlichen Vorbereitung von Arzt-Patienten-Seminaren oder Gruppenseminaren in der Praxis erstellt (kostenverursachend)

Für Patienten (und auch Gesunde) gibt die Deutsche Liga das Periodikum „Hoher Blutdruck“ heraus, das viermal jährlich erscheint, für die Mitglieder kostenlos ist und über Arztpraxen verteilt wird. Weiterhin erstellt die Liga einen Blutdruckpaß und Broschüren für die Patienteninformation mit Themen wie

- Hypertonie und Sport,
- Empfehlung für die Ernährung bei hohem Blutdruck,
- Hoher Blutdruck – Antworten auf 10 Fragen

(kostenverursachend für Nichtmitglieder)

Mit Interviews und Pressemitteilungen sowie der Bereitstellung von Sachinformationen an die Massenmedien wird von der Liga die Öffentlichkeit über den hohen Blutdruck informiert

Eine Zusammenstellung der lieferbaren Druckschriften kann von der Liga angefordert werden

Das Nationale Blutdruckprogramm erstellt ebenfalls Medien, die für Ärzte, Arzthelferinnen und in der Gesundheitserziehung Tätige sowie für Gesunde und Kranke bestimmt sind. Dazu gehören u. a.

- die NBP-Informationen, die 10mal pro Jahr erscheinen und an die Schlüsselpersonen kostenlos versandt werden. Die NBP-Informationen enthalten Nachrichten und Berichte zu den Rubriken „Aus der Forschung für die Praxis“, „Aus der Praxis – für die Praxis“,
- Handbuch für die Durchführung von Früherkennungsaktionen auf hohem Blutdruck in Betrieben (kostenlos),
- Blutdruck-Meßkurs, eine Einführung in die Blutdruckmessung in der täglichen Praxis (kostenlos),
- Bluthochdruck – ein Ratgeber für Patienten, eine Diaserie für Vorträge für Patienten (wird an Arztpraxen verliehen),
- Das Leben mit Bluthochdruck, eine Hörkassette für Patienten (kostenlos über den behandelnden Arzt zu beziehen),
- Entwicklung einer Ausstellung mit Arbeiten, die Künstler anlässlich eines Wettbewerbs zum Thema Bluthochdruck erstellt haben

Eine Broschüre mit der Darstellung der Materialien der Liga und des NBP ist vorhanden und kann dort angefordert werden

Das Serviceangebot der Liga und des NBP besteht neben den Informationen an Ärzte und Laien durch Materialien in

- den Fortbildungsaktivitäten für Ärzte und Arzthelferinnen über Früherkennung und Therapie des Bluthochdruckes auf regionaler Ebene u. a. durch die Landesbeauftragten mit Unterstützung von ärztlichen Vereinen und Akademien sowie der pharmazeutischen Industrie (Informationen darüber über die Liga bzw. das NBP),
- den Seminaren zur Einführung in die Technik der 24-Stunden-Blutdruckmessung (ABPM) – kostenpflichtig,
- den Blutdruckmeßkursen an Samstagnachmittagen in der ganzen Bundesrepublik; Teilnahme ist kostenlos, Termine können beim NBP erfragt werden,
- der Durchführung von Arzt-Patienten-Seminaren, in vielen Städten der Bundesrepublik durch Krankenhaus- und niedergelassene Ärzte mit 100–400 Teilnehmern,
- den Tagungen der wissenschaftlichen Sektion der Liga zur Unterstützung der Hochdruckforschung,
- der Durchführung der Nationalen Blutdruckkonferenz zur wissenschaftlichen Standortbestimmung und Weiterentwicklung,
- der Referentenvermittlung zu Fragen des hohen Blutdruckes (kostenlos, nur die Reisekosten müssen übernommen werden),
- der Bereitstellung von geschulten Teams für Betriebsaktionen zur Früherkennung von Bluthochdruck, Übergewicht und erhöhten Cholesterinwerten (bundesweit, kostenverursachend),
- der Förderung von Entwicklung und Einsatz verschiedener Projekte oder Programme von Fachgesellschaften, Krankenkassen, Verbänden und Industrieunternehmen, die vom NBP nach bestimmten Kriterien anerkannt und finanziell unterstützt werden,
- Entwicklung und Einsatz des Kinderprogramms „Gesund leben macht Spaß“ gemeinsam mit der AOK Pforzheim für die Grundschule (Beratung und Konzept kostenfrei).

– NBP –

Serviceleistungen

Bei Planung und Durchführung von Risikofaktorenorientierten Maßnahmen sollten die Kompetenz, das Medienangebot und die Serviceleistungen der Liga und des NBP in Anspruch genommen werden.

Beispielhaft für die Serviceleistungen sei auf die Referentenvermittlung, das Kinderprogramm „Gesund leben macht Spaß“ und die Möglichkeiten für Betriebsaktionen hingewiesen.

Zu empfehlen ist weiterhin, die Verzeichnisse der Materialien der Liga und des NBP anzufordern.

Die Empfehlungen für Aspekte des Bluthochdruckes (z. B. Selbstmessung, Ernährung) beruhen auf fachwissenschaftlichem Konsens und bieten so eine sichere Orientierung

Empfehlungen

DEUTSCHE RHEUMA- LIGA BUNDESVERBAND e.V.

Adresse Rheinallee 69
5300 Bonn 2

Ansprechpartner Georg Konietzny
Susanne Vella

Telefon 02 28/35 54 25

Die Deutsche Rheuma-Liga wurde 1970 gegründet und ist ein Zusammenschluß von Betroffenen und Rheumatologen, engagierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Fachkräften aus den unterschiedlichsten Bereichen.

Rheuma ist eine der häufigsten Ursachen für die Einleitung von Rehabilitationsmaßnahmen. Ein wichtiger Grund für die Entstehung der Rheuma-Liga war deshalb, die vom Rheuma betroffenen Menschen gegenüber Sozialleistungsträgern und Gesetzgeber besser vertreten zu können. Darüber hinaus wurde früh der Bedarf gesehen, den Alltag mit dieser, in den meisten Fällen chronischen Erkrankung besser bewältigen zu können: durch Austausch von Erfahrungen unter Betroffenen und durch die umfassenden Informationen über neueste technische Hilfsmittel sowie Informationen darüber, wie der Krankheitsverlauf günstig beeinflusst werden kann.

Die Rheuma-Liga Bundesverband e.V. ist der Dachverband verschiedener Vereine im Bereich Rheuma. Er gliedert sich in 17 Landesverbände (1991) einschließlich Berlin-Ost und 3 Mitgliedsverbände, die im folgenden genannt sind:

Deutsche Vereinigung Morbus Bechterew e.V.
Metzgergasse 16, 8720 Schweinfurt
Tel.: 0 97 21/2 20 33

Lupus Erythematodes Selbsthilfegemeinschaft e.V.
Göllenkamp 3, 4600 Dortmund 15
Tel.: 02 31/37 02 86

Selbsthilfegruppe Sklerodermie in Deutschland e.V.
Ringstraße 12, 6360 Friedberg 5
Tel.: 0 60 31/24 80

Auf örtlicher Ebene gibt es Arbeitsgemeinschaften und Gesprächsgruppen.

Die Mitgliedsverbände sind für sich selbständig. Der Dachverband nimmt für sie Vertretung in politischen und gesetzgeberischen Verfahren wahr.

Finanziert wird die Deutsche Rheuma-Liga e.V. durch Mitgliedsbeiträge sowie Zuwendungen folgender Leistungsträger und staatlicher Einrichtungen (mit jährlichem Wechsel oder in schwankender Höhe):

Aufgaben und Ziele der Institution

**DEUTSCHE
RHEUMA-LIGA
BUNDES-
VERBAND e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

1. Bundesministerien für Gesundheit sowie Arbeit und Soziales
2. Ministerien der Länder
3. Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
4. Verband der Rentenversicherungsträger
5. Landesversicherungsanstalten
6. Krankenkassen
7. „GlücksSpirale“/„Aktion Sorgenkind“
8. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Die Deutsche Rheuma-Liga e.V. versteht sich als Hilfs- und Selbsthilfegemeinschaft und hat sich folgendes Arbeitsprogramm gegeben:

Fachliche Hilfen (örtlich) wie Bewegungs- und Ergotherapie, sozialpädagogische Betreuung und sozialrechtliche Beratung, psychologische Hilfen, Vermittlung von Pflege-

diensten und Einsatz von Zivildienstleistenden, Angebot an Kursen zur Schmerzbewältigung

- Laienhilfe wie Besuchsdienste, Nachbarschaftshilfe, Vorlese-dienste, Telefonketten
- Förderung der Selbsthilfe durch Gründung von Gesprächsgruppen, Musik- und Tanzgruppen, Rheuma-Treffs (Information und Geselligkeit)
- Information und Aufklärung von Betroffenen, Angehörigen, Fachkräften sowie der breiten Öffentlichkeit
- Fortbildung von Mitarbeitern der Rheuma-Liga, insbesondere der ehrenamtlichen Helfer und von Angehörigen der medizinischen Heil- und Hilfsberufe sowie von Psychologen und sozialen Berufen.

Medienangebote

Rheuma-Magazin MOBIL ist die Mitgliederzeitschrift, jedoch auch erhältlich für Nicht-Mitglieder. Die Zeitschrift informiert über neueste Entwicklungen im medizinischen, technischen und sozialrechtlichen Bereich und berichtet aus den Landesverbänden, von Arbeitsgemeinschaften und aus den Mitgliedsverbänden.

Merkblätter Rheuma

Beispielhaft seien genannt:

Reihe 1 : Rheumatische Erkrankungen

Reihe 2 : Kinder und Jugendliche

Reihe 3 : Diagnostische und therapeutische Methoden

Reihe 3.1: Immunologie und rheumatische Erkrankungen

Reihe 3.2: Der psychosomatische Hintergrund rheumatischer Erkrankungen

Reihe 4: Physiotherapie

Reihe 5: Äußere Einwirkungen

Reihe 6: Soziale Hilfen

Die Merkblätter enthalten in gut verständlicher Form fachliche Informationen für Betroffene, Angehörige und andere Interessierte

- Broschüren und Plakate zu verschiedenen Themen
- Audio- und Videokassetten zur Information und zur Anleitung in der Bewältigung von Alltagsproblemen
- Anschriftenverzeichnis der Mitgliedsverbände sowie der örtlichen Arbeitsgemeinschaften

Ein Verzeichnis sämtlicher Informationsmittel kann angefordert werden. Die Mitgliedsverbände verfügen über eigenes Informationsmaterial, das dort erfragt werden kann.

**Service-
leistungen**

- Die Deutsche Rheuma-Liga informiert kostenlos Betroffene über fachliche und Nachbarschaftshilfen.
- Sie vermittelt Adressen von Therapieangeboten (Bewegungs-, Ergotherapie, Schmerzbewältigungskurse), Pflegedienste.
- Sie unterstützt die Gründung von Selbsthilfegruppen durch Informations- und Adressenvermittlung und Fortbildung ehrenamtlicher Helfer
- Sie organisiert Fortbildung von therapeutischem und psychosozialen Fachpersonal

- Vorträge und Informationsveranstaltungen werden zu den unterschiedlichen Themenbereichen organisiert (Ankündigungen hierzu und zur Fortbildung im Rheuma-Magazin MOBIL)
- Auf Anfrage gibt die Rheuma-Liga Empfehlungen zu Büchern zum Thema Rheuma
- Filme und Dia-Schauen können angefordert werden.
- Anschriften der örtlichen Arbeitsgemeinschaften und der Mitgliedsverbände können beim Bundesverband angefordert werden

Empfehlungen

Die Deutsche Rheuma-Liga versteht sich als Hilfs- und Selbsthilfeorganisation. Unter den Publikationen sind besonders zu empfehlen die Merkblätter Rheuma (s. Medienangebote) und die Zeitschrift MOBIL, die über Aktivitäten und Vorhaben der Deutschen Rheuma-Liga informiert. In MOBIL wird auch auf Vorträge und Informationsveranstaltungen sowie auf die Fortbildungsangebote hingewiesen.

Wichtig ist auch der Adressendienst (Weitergabe von Adressen zu therapeutischen Angeboten und Hilfsmöglichkeiten), der über den Bundesverband in Bonn und die örtlichen Arbeitsgemeinschaften abgefragt werden kann.

DEUTSCHE UMWELT-AKTION e.V.

Adresse Heinrich-Heine-Allee 23
4000 Düsseldorf 1

Ansprechpartner Herr Schweitzer
Herr Stein (Bundesgeschäftsführer)

Telefon 02 11/13 13 22, 13 12 16

Müllnotstand, Wald- und Artensterben, drohende Klimakatastrophen mahnen eindringlich, die Bemühungen um einen effektiven Umwelt- und Naturschutz noch zu verstärken. Gesetzliche Regelungen sind notwendig. Sie allein reichen jedoch nicht aus. Ebenso wichtig ist, daß noch mehr Bürger als bisher die vielfältigen Möglichkeiten zu mehr Umweltschutz im eigenen Alltag erkennen und nutzen.

Die Deutsche Umwelt-Aktion (DUA) widmet sich dieser Aufgabe der Umweltinformation und Umwelterziehung. Die leitenden Ziele sind:

- die Achtung vor dem Leben und seinen natürlichen Grundlagen stärken,
- auf die Gefährdungen unserer Umwelt aufmerksam machen,
- ökologisches Wissen fördern,
- Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und die Bereitschaft wecken, solche Lösungswege im täglichen Verantwortungsbereich auch zu beschreiten.

Umweltbewußtsein und umweltgerechtes Verhalten fördert die DUA vor allem dort, wo es besonders wichtig ist – bei den jungen Menschen; und dort, wo die Breitenwirkung am größten ist – in den Schulen. Von hier gelangen die Impulse und Anregungen bis in die Familien. Was Kinder und Jugendliche hier lernen und trainieren, praktizieren sie auch zu Hause. Gerade der Umweltschutz im Alltag kann so von einer Förderung der schulischen Umwelterziehung außerordentlich profitieren.

Aufgaben und Ziele der Institution

Kostenlose Liste der Bücher und sonstiger Medien zu Umweltschutz/Umwelterziehung anfordern.

Medienangebote

Das DUA-Programm für die Schulen

Service- leistungen

Umweltschutzstunden mit 16-mm-Farbton-Filmen sind das Markenzeichen der DUA. Ein motivierender Informations- oder Spielfilm in 16-mm-Farbton steht traditionell im Mittelpunkt der Umweltschutzstunde.

**DEUTSCHE
UMWELT-AKTION
e.V.**

**Service-
leistungen**

Die Filme tragen zur hohen Anschaulichkeit der Umweltschutzstunden bei. Entscheidend für ihren Erfolg ist jedoch das vertiefende Unterrichtsgespräch mit dem/der DUA-Beauftragten, die zusätzlichen praktischen Demonstrationen, die Tips und Übungen zum Umweltschutz im Alltag, die zu jeder Umweltschutzstunde gehören.

„Umweltlernen vor Ort“, d. h. Exkursionen zu Umwelt- und Naturlernorten, bieten den Schülern Gelegenheit zu unmittelbaren Erfahrungen und Begegnungen. Die Kinder lernen Tiere und Pflanzen in ihren Lebensräumen kennen, be-„greifen“ Wasser, Boden, Luft als elementare Grundlagen unseres Lebens, inspizieren Probleme und Lösungen des Umweltschutzes, sei es auf einer Mülldeponie, einer Kompostierungsanlage, in einer Papierfabrik oder auf einem Bauernhof.

Die Beratung von Lehrern auf pädagogischen Konferenzen, Vorträge auf Elternabenden, die Initiierung und Begleitung von schulischen Umweltprojekten haben 1990 erheblich zugenommen. Sie belegen die zunehmende Bedeutung der Umwelterziehung und die Resonanz der DUA in den Schulen.

Zu all diesen Veranstaltungen erhalten die Schulen kostenlos didaktische Begleitmaterialien mit zahlreichen Vorschlägen für weiterführende Unterrichtsreihen oder Projekte.

DEUTSCHE VEREINIGUNG FÜR DIE REHABILITATION BEHINDERTER e.V.

Adresse Friedrich-Ebert-Anlage 9
6900 Heidelberg 1

Ansprechpartner Herr André
(Geschäftsführer)
Herr Schmollinger
(Mitglied der Geschäftsführung,
Bereich Öffentlichkeitsarbeit)

Telefon 0 62 21/2 54 85

Die Geschichte der Deutschen Vereinigung geht zurück auf das Jahr 1909, als der Orthopäde Konrad Biesalski die „Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge“ gründete. Im Laufe der Jahre hat die Vereinigung mehrfach ihren Namen geändert. Die gegenwärtige Bezeichnung besteht seit 1962 und wurde beschlossen, weil die Aufgabenbereiche, in welchen die Deutsche Vereinigung tätig wurde, sich über die Förderung der Betreuung Körperbehinderter hinaus nun auch auf die Belange Sinnesbehinderter, psychisch Behinderter und geistig Behinderter ausgedehnt hat.

Die enge Zusammenarbeit der Deutschen Vereinigung mit der öffentlichen Verwaltung und ihre vorparlamentarische Mitarbeit an sozialgesetzlichen Neuregelungen in allen Fragen der Rehabilitation Behinderter zeigt sich besonders deutlich darin, daß das Bundesministerium für Gesundheit die Arbeit der Deutschen Vereinigung fördert und finanziell unterstützt.

Zur bestmöglichen Eingliederung oder Wiedereingliederung von Personen, die körperlich, seelisch oder geistig behindert bzw. durch gesundheitliche Schäden in ihrer Entfaltung beeinträchtigt sind, ist es unbedingt erforderlich, daß gesamtgesellschaftlich ein Forum zur Verfügung steht, in welches alle am vielgestaltigen Prozeß medizinischer Rehabilitation, schulisch-beruflicher Eingliederung und sozialer Integration beteiligten Fachgruppen, politischen Instanzen, Verwaltungsstellen und Interessenverbände ihre Überlegungen in multidisziplinärer Diskussion einbringen können.

Gemäß ihrem Interesse an einer ausgewogenen und repräsentativen Beteiligung der an Fragen der Rehabilitation interessierten gesellschaftlichen Kräfte setzt sich die Deutsche Vereinigung aus folgenden Mitgliedergruppen zusammen:

1. Träger der gesetzlichen Kranken-, Unfall-, Rentenversicherungen; öffentl. Gesundheitsdienst, Sozialhilfeträger und Bundesanstalt für Arbeit;
2. Einrichtungen für die Behandlung, Beschulung, Förderung, Ausbildung und gesellschaftliche Eingliederung Behinderter (Spezialkrankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Diagnose- und Frühförderungskliniken, Sonderschulzentren, Rehabilitationszentren, geschützte Wohnanlagen für Behinderte, Beratungs-

Aufgaben und Ziele der Institution

**DEUTSCHE
VEREINIGUNG
FÜR DIE
REHABILITATION
BEHINDERTER
e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

stellen und Einrichtungen der Gesundheits-, Jugend- und Sozialbehörden sowie Institutionen der Berufsbildung, der Berufsförderung und des besonderen Arbeitsmarktes);

3. verschiedene Zusammenschlüsse Behinderter und ihrer Angehörigen. Dies sind im einzelnen: Interessengemeinschaften und Zweckverbände Behinderter, Selbsthilfeorganisationen, Elternverbände behinderter Kinder, Clubs Behinderter und ihrer Freunde, Kriegsofferverbände und Behindertensportverbände;
4. Fachkräfte der Rehabilitation aus allen Berufsgruppen als Einzelmitglieder

Die Deutsche Vereinigung hat für alle herausragenden Probleme der Rehabilitation in der Bundesrepublik Deutschland entsprechende Fachausschüsse eingesetzt, in denen Teams von Fachleuten aus verschiedenen Berufsgruppen ehrenamtlich tätig sind. Die Arbeitsthemen der Ausschüsse erstrecken sich auf:

Problembereiche der Prävention und Gesundheits-
erziehung
Arbeitsbeschaffung und berufliche Schulung Behinderter

- versicherungsrechtliche Probleme
- Fragen der Forschung, Dokumentation
- psychiatrische Betreuung
- Fragen des Behindertensports und der Bewegungstherapie
- Organisations- und Strukturfragen der Anbieter von Rehabilitationsleistungen
- Belange der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Rehabilitationsfachkräften
- Probleme des Arbeitsmarktes und der Eingliederung Behinderter im Arbeitsleben
- Erfordernisse der Nachsorge für Krebskranke u. a. Behindertengruppen
- Hilfsmittelversorgung Behinderter im täglichen Leben.

In anderen Ausschüssen wird über spezielle Fragen der Rehabilitation bestimmter Behindertengruppen beraten, etwa im Hinblick auf Kinder mit Zerebralparese oder auch Menschen mit Querschnittslähmungen, Hör-, Stimm- und Sprachschäden u. a. Fast alle Arbeitsausschüsse veröffentlichen von Zeit zu Zeit ihre Arbeitsergebnisse. Dies schlägt sich in Zeitschriften- und Buchveröffentlichungen oder Merkblättern nieder, die an Interessierte und Betroffene weitergegeben werden

Medienangebote

Die Publikationen der Deutschen Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter dienen zum einen der Information von Fachleuten und Verantwortlichen im Bereich der behindertenspezifischen Probleme, zum anderen der Aufklärung der Öffentlichkeit und der Betroffenen über Möglichkeiten der Behandlung.

Als Periodikum erscheint die Zeitschrift „Rehabilitation“. Sie ist das Organ der Deutschen Vereinigung. In ihr werden Fragen der medizinischen, schulischen, psychologischen und beruflichen Rehabilitation behandelt. Sie wendet sich an Fachleute, erscheint vierteljährlich und ist gegen Bezugsgebühr erhältlich.

Ebenfalls an Fachleute wenden sich die kostenpflichtigen Tagungsberichte über Fachtagungen zu Problemen der Versorgung Behinderter (z. B. zur Technologie und Umweltgestaltung im Dienste der Rehabilitation Behinderter)

Ein Standardmedium der Deutschen Vereinigung ist die Loseblattsammlung „Praktische Hilfe für Körperbehinderte“. In diesem jährlich überarbeiteten und ergänzten Katalog werden technische und apparative Hilfsmittel vorgestellt und beschrieben, die nach dem Prüfungsurteil einer hierzu gebildeten Expertengruppe geeignet sind, Körperbehinderten das tägliche Leben zu erleichtern oder Pflegepersonen bei ihrer Betreuung zu helfen. Diese Hilfsmittelsammlung wird durch Ergänzungslieferungen jährlich aktualisiert (kostenpflichtig).

An audiovisuellen Medien bietet die Deutsche Vereinigung eine Filmreihe an. Diese Filme können als Unterrichtsmaterial für die Ausbildung von Fachkräften im Behindertenbereich eingesetzt werden und somit einen ersten Eindruck über die Problematik Behinderter geben.

Auszugsweise seien genannt:

- Marie, Verhaltensweisen eines zerebralparetischen Kindes
- Frühdiagnostik bei Gehirnlähmung
- Frühdiagnostik bei spastischen Lähmungen.

Die Beschreibungen der Filme können einem Informationsblatt entnommen werden. Auf diesem Info-Blatt sind auch die Entleihbedingungen sowie die Kosten aufgeführt.

Die Veröffentlichungen der Deutschen Vereinigung können in einer Präsenzbibliothek eingesehen werden. Auf Wunsch kann auch ausgeliehen werden. Hierzu sollte man sich an die Deutsche Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter e.V. direkt wenden

Die „Jahrbücher von 1951 bis 1964 sind auf einer gesonderten Liste erfaßt. Mit einem Stern versehene Titel können gegen Voreinsendung des angegebenen Betrags in Briefmarken bestellt werden. Preisangaben in Klammern gelten für Mitglieder. Die Jahrbücher enthalten die Inhalte und Ergebnisse der von der Deutschen Vereinigung abgehaltenen Kongresse.

**Service-
leistungen**

In jährlicher Folge veranstaltet die Deutsche Vereinigung Kongresse und Arbeitstagungen, die der offenen Beratung aktueller sozialer, medizinischer, ethischer, schulischer, organisatorischer und legislativer Probleme der Rehabilitation dienen.

Ein jährlich erscheinendes Programm informiert über Teilnahmebedingungen sowie die entstehenden Kosten.

Die Ergebnisse dieser Fachtagungen werden in Form von Berichtsbänden veröffentlicht und den Fachkreisen Rehabilitation zugänglich gemacht

Da die Vereinigung gute Kontakte zu Fachleuten im Bereich der Behindertenarbeit unterhält, ist es möglich, über sie Referenten zu bekommen. Mit diesen kann über die Deutsche Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter e.V. Kontakt aufgenommen werden, um über eine Referententätigkeit und ein Honorar zu verhandeln.

Beratung

Die Deutsche Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter e.V. berät die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der Rehabilitation auch bei aktuellen Problemen (Anfrage telefonisch oder schriftlich).

**DEUTSCHE
VEREINIGUNG
FÜR DIE
REHABILITATION
BEHINDERTER
e.V.**

**Service-
leistungen**

Im einzelnen zu empfehlen sind:

Die Aufnahme in den Verteiler der Deutschen Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter e.V. Auf diesem Wege erhalten Interessierte das Veröffentlichungsverzeichnis sowie das Programm für die Kongresse und Arbeitstagungen (kostenlos).

Beachtet werden sollte das umfangreiche Medienangebot, hierbei insbesondere:

- die Zeitschrift „Rehabilitation“
- die Tagungsberichte/Kongreßberichte
- die Loseblattsammlung „Praktische Hilfen für Körperbehinderte“
- das Filmangebot (Filmbeschreibung und Entleihbedingungen erhältlich)

An Serviceleistungen sind zu empfehlen:

- die Teilnahme an Arbeitstagungen (Programm anfordern)
- die Referentenvermittlung
- Beratung bei aktuellen Problemen.

Empfehlungen

DEUTSCHE VERKEHRS- WISSENSCHAFTLICHE GESELLSCHAFT e. V.

– DVWG –

Adresse Brüderstraße 53
5060 Bergisch Gladbach

Ansprechpartner Herr Dipl.-Volkswirt Klaus Thielen
(Abteilungsleiter)

Telefon 0 22 04/6 00 27-28

Die Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e.V. (DVWG) ist eine Vereinigung, die von ihren Mitgliedern getragen wird. Die fachlichen und wissenschaftlichen Publikationen, insbesondere auch die Bibliographien, Dokumentationen und Expertenvorstellungen der Vereinigung sind wichtige Grundlagen für den Verkehr in allen Bereichen. Sie liefern Hinweise auf die Bedeutung des Lebensbereiches Wohnen als Ursachenbereich, aber auch als Auswirkungsbereich des gesundheits- und umweltbelastenden Verkehrs.

**Für den
eiligen Leser**

Die Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e.V. (DVWG) besteht seit 1908 als wissenschaftlicher Verein in Berlin und wurde 1949 in der heutigen Form gegründet.

Die Gesellschaft hat etwa zweitausendsechshundert Mitglieder. Darunter befinden sich Vertreter von Bund und Ländern, Bundesbahn und Bundespost, Verkehrsunternehmen, kommunalen Spitzenverbänden und Kommunalkörperschaften.

Die Gesellschaft ist in eine Hauptstelle und zwanzig Bezirksvereinigungen untergliedert.

Sie wird vorwiegend durch ihre Mitglieder finanziert.

Die Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e.V. ist gemeinnützig.

Zweck der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft e.V. ist die Förderung der Verkehrswissenschaften auf allen Gebieten. Insbesondere hat sich die Gesellschaft die Aufgabe gestellt, Führungs- und Fachkräften des Verkehrswesens die Gesamtentwicklung der sich rasch erneuernden und überlagernden Verkehrswissenschaft zu erschließen und zu vermitteln. Gleichzeitig erarbeitet die Gesellschaft in enger Zusammenarbeit mit den Verkehrsträgern von Luft, Wasser, Schiene und Straße wissenschaftliche Grundlagen und vermittelt diese Ergebnisse in die Anwendung und in die Öffentlichkeit

Hierbei liegt die Aufgabe der Hauptstelle der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft in der Betreuung der Mitglieder sowie in der Durchführung von wissenschaftlich begleiteten Seminaren und Workshops.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- DVWG -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Bezirksvereinigungen befassen sich demgegenüber vorrangig mit regionalen und lokalen Verkehrsproblemen und tragen zur fachlichen Weiterbildung und zum fachlichen Erfahrungsaustausch sowie zur Information der Öffentlichkeit bei. Hierzu dienen regelmäßige Sitzungen ebenso wie Einzelvorträge und Podiumsdiskussionen.

Als eine Abteilung der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft e.V. ist die Zentrale Informationsstelle für Verkehr (ZIV) tätig. Ihr obliegt die Aufgabe der Dokumentation und Information wissenschaftlicher Arbeiten zum Problembereich Verkehr.

Medienangebote

Entsprechend ihrer ausgeprägten Dienstleistungsorientierung stellt die Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e.V. (DVWG) ein umfangreiches Medienprogramm bereit, das in vier Reihen aufgliedert ist. Mit einer Veröffentlichungsreihe A stellt die DVWG eine Bibliographie des deutschen Verkehrsschrifttums zur Verfügung. Seit 1965 werden hier alle erreichbaren Veröffentlichungen aus dem Bereich des Verkehrs erfaßt und getrennt nach Büchern und Aufsätzen bibliographisch zusammengestellt. In dieser jährlich erscheinenden Bibliographie werden auch solche Veröffentlichungen erfaßt, die nicht über den Buchhandel zu beziehen sind. Hierzu zählen u.a. Dissertationen, Gutachten und Firmendrucke.

Mit einer Veröffentlichungsreihe B werden alle Referate und wesentliche Diskussionsbeiträge bei den Seminaren und Workshops der DVWG für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Beispielfhaft seien folgende Veranstaltungsthemen genannt:

- Gesellschaftliches Leitbild für den Verkehr in den Ballungsräumen
- Verkehr in den Ballungsräumen
- Umweltökonomie und Verkehrsplanung

Ähnlich werden in einer Veröffentlichungsreihe D die Referate bei Veranstaltungen der Bezirksvereinigungen der DVWG dokumentiert.

**Service-
leistungen**

Das Wirken der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft e.V. (DVWG) ist in hohem Maße durch wissenschaftliche Dienstleistungen geprägt. In jedem Jahr wird eine Reihe von Seminaren und Workshops durchgeführt, deren Themenstellung durch den Erörterungsbedarf der Mitglieder der DVWG bestimmt wird und die unter wissenschaftlicher Leitung stattfinden. Diese Veranstaltungen bieten sowohl den Experten aus der Verkehrswissenschaft und aus dem Verkehrswesen wie auch sonstigen fachlich interessierten Personen ein wichtiges Diskussionsforum. Ergänzt wird das Veranstaltungsangebot des Verbandes auf regionaler Ebene durch Vorträge, Besichtigungen und Exkursionen. Für Mitglieder ist die Teilnahme an den Veranstaltungen der Gesellschaft kostenlos oder kostenermäßig. Für Nicht-Mitglieder beträgt die Teilnehmergebühr für Seminare rund 350,- DM. Interessierte können die Veranstaltungsprogramme der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft bei

der Hauptgeschäftsstelle in Bergisch Gladbach anfordern. Neben den Veranstaltungen und Veröffentlichungen der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft e.V. selbst sind die Dokumentations- und Informationsdienstleistungen der Zentralen Informationsstelle für Verkehr ein Angebot der DVWG. Die Zentrale Informationsstelle ermittelt und sammelt Daten, Fakten, Autoren und Publikationen aus dem gesamten Verkehrswesen und erteilt hierüber Einzelauskünfte oder erstellt Übersichtsrecherchen zu entsprechenden Anfragen. So werden beispielsweise Literaturrecherchen zum Thema Verkehrsnutzung oder zum Thema Verkehrsunfallursachen durchgeführt. Erforderlichenfalls verweist die ZIV Anfrager auch an andere Stellen der Fachdokumentation und Fachinformation.

Die umfangreiche Bibliothek der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft steht als Präsenzbibliothek allen Interessierten zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft können gegen Kostenerstattung bei ihr bezogen werden.

Interessenten können sich in den Verteiler der Gesellschaft aufnehmen lassen und werden dann vor allem über die Veranstaltungen der Gesellschaft informiert.

Die Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e.V. (DVWG) ist für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen unter mehreren Gesichtspunkten ein wichtiger Partner.

So hat die vor allem in den Verdichtungsregionen wachsende Differenz zwischen Boden-, Bau- und Wohnungspreisen einerseits und Beschäftigungseinkommen andererseits zu einer Verlagerung der städtebaulichen Wohnfunktion an preisgünstigere, aber entferntere Standorte und damit zu einer drastischen Erhöhung des Berufs-, Ausbildungs- und Versorgungsaufkommens geführt. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die gleichzeitige fortschreitende Verringerung der im Wohnbereich selbst verbleibenden Funktionen einschließlich Freizeit, Urlaub und Erholung, die zu einer weiteren Erhöhung des Verkehrsaufkommens durch den Freizeit- und Urlaubsverkehr beigetragen hat.

Soweit die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen Erkenntnisse und Einsichten über die Zusammenhänge von Wohngegebenheiten und Verkehrsverbrauch der Privathaushalte vermitteln will, kann sie die hierzu erforderlichen Grundlagenmaterialien und Fachpublikationen über das Dokumentations- und Informationsangebot der DVWG feststellen und beschaffen. Der Lebensbereich Wohnen ist nicht nur ein Ursachenbereich des wachsenden Verkehrsaufkommens, sondern zugleich auch ein Folgelastbereich dieser Entwicklung:

So sind häufig preisgünstigere Wohnstandorte zugleich auch solche, die den Gesundheitsbelastungen durch die Lärm- und Luftschadstoffemissionen vor allem des Kraftfahrzeugverkehrs besonders ausgesetzt sind. Gleichzeitig wirken sich auch die zunehmenden Beanspruchungen der Budgets der Privathaushalte für die direkten und indirekten Kosten der Kraftfahrzeugausstattung und des Verkehrsverbrauchs der Privathaushalte im Wohnbereich aus.

Hierbei dürfen auch nicht die Beanspruchungen des Wohnbereiches durch die Folgen des Verkehrsunfälleaufkommens außer Betracht gelassen werden.

Die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen kann auch für die Vermittlung von Erkenntnissen und Einsichten über die Auswirkungen der Verkehrsentwicklung auf den Lebensbereich Wohnen die erforderlichen Grundlagenmaterialien und Fachpublikationen über das Dokumentations- und Informationsangebot der DVWG feststellen und beschaffen.

Soweit es die eigenen Veröffentlichungen der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft e.V. betrifft, befassen sich diese insbesondere auch mit solchen Fragen, die eine Verringerung der unmittelbaren Gesundheitsbelastungen und Gesundheitsgefahren im Verkehrsbereich betreffen wie Geschwindigkeitsdämpfung und Nahverkehrsausbau.

Darüber hinaus befassen sich die eigenen Veröffentlichungen der DVWG mit den Möglichkeiten einer Verringerung des Aufkommens an physischem Verkehr etwa durch die neuen Kommunikationstechnologien.

Eine umfassende Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen findet damit in der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft e.V. einen wichtigen Partner und in ihren Service- und Medienangeboten gut brauchbare Hilfsmittel.

- DVWG -

Empfehlungen

DEUTSCHER ARBEITSRING FÜR LÄRMBEKÄMPFUNG e.V.

– DAL –

Adresse Frankenstraße 25
4000 Düsseldorf 30

Ansprechpartner Herr Ludger H. Visse
Geschäftsführer

Telefon 02 11/48 84 99

Der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung e. V. (DAL) ist eine Mitgliedervereinigung. Die Publikationen und insbesondere die Arbeitshilfen des Verbandes sind wichtige Grundlagen und Hilfsmittel der Gesundheitsförderung. Sie zeigen, daß sich gerade im Lärm zahlreiche andere gesellschaftliche und wirtschaftliche Sachverhalte unmittelbar in Gesundheitsbelastungen umsetzen. Sie zeigen ebenso Möglichkeiten der Lärmdämpfung und der Selbsthilfe gegen Lärm.

*Für den
eiligen Leser*

Der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung e.V. (DAL) mit Sitz in Düsseldorf wurde 1952 gegründet.

*Aufgaben
und Ziele
der Institution*

Mitglieder des Verbandes sind u. a. das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Landesministerien, Kommunale Spitzenverbände, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Kommunen, Fachverbände, Bürgerinitiativen, Unternehmen und Ingenieurbüros. Der Verband wird durch Mitgliedsbeiträge und Zuschüsse der Bundesregierung finanziert. Der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung ist gemeinnützig.

Als Aufgabe hat sich der Arbeitsring die Interessenvertretung aller vom Lärm Betroffenen und an der Lärmbekämpfung Beteiligten gestellt.

Zu diesem Zweck verbreitet der Verband Erkenntnisse über die Ursachen und über die Wirkungen des Lärms sowohl in der Öffentlichkeit wie auch in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, Industrie und Gewerbe sowie der Landes- und Bundespolitik.

Gleichzeitig bemüht sich der Deutsche Arbeitsring um eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über mögliche Maßnahmen der Lärmbekämpfung und den jeweiligen Entwicklungsstand von Wissenschaft und Technik der Lärmforschung und Lärmvermeidung.

Zur Erfüllung dieser Aufgabenstellung führt der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung Ausstellungen, Bürgerseminare, Kolloquien, Tagungen und Symposien durch oder unterstützt solche Vorhaben. Der Verband erarbeitet daneben Stellungnahmen zu einschlägigen Gesetzesvorhaben und ist Mitglied in zuständigen Normausschüssen. Zur Aufgabenerfüllung des Arbeitsringes gehört auch die Kontaktpflege mit anderen Verbänden des In- und Auslandes.

- DAL -

Medienangebote

Der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung e.V. gibt die „Zeitschrift für Lärmbekämpfung“ heraus, die zweimonatlich erscheint.

In dieser Fachzeitschrift werden medizinische und psychologische Beiträge über die Wirkung von Lärm auf den Menschen sowie technische und rechtliche Beiträge zu Fragen der Lärmbekämpfung veröffentlicht, außerdem Beiträge aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft zum Thema Lärm. Darüber hinaus wird über fachlich einschlägige Veranstaltungen, Neuentwicklungen zur Lärmbekämpfung, neue Veröffentlichungen und wichtige Gerichtsentscheidungen berichtet. Für Mitglieder ist die Zeitschrift kostenlos. Nichtmitglieder können sie über den Verband gegen Kostenerstattung beziehen.

Der Arbeitsring gibt neben seiner Zeitschrift auch noch den Informations- und Pressedienst „Lärm-Report“ heraus, der ebenfalls zweimonatlich erscheint. In ihm werden vor allem Nachrichten zu aktuellen Lärmproblemen und einschlägigen Gerichtsentscheidungen veröffentlicht.

Mitglieder können diesen Informations- und Pressedienst ebenfalls kostenlos, Nichtmitglieder über den Verband gegen Kostenerstattung beziehen.

Neben seinen periodischen Publikationen veröffentlicht der Verband auch „DAL-Beiträge“ seiner jährlichen Fachtagungen, die gegen Kostenerstattung über den Verband bezogen werden können.

Neuerdings bietet der Deutsche Arbeitsring auch ein „DAL-Adreßbuch“ seiner Mitglieder an. In diesem Verzeichnis sind die Verbandsmitglieder mit Beschreibungen ihrer Aufgaben- und Tätigkeitsschwerpunkte zusammengestellt. Es soll die Kontaktaufnahme zwischen Mitgliedern untereinander und zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern erleichtern und insbesondere bei der Suche nach Ansprechpartnern zur Lösung von Lärmproblemen Hilfestellung bieten.

Zuletzt hält der Arbeitsring auch eine Reihe von Broschüren zu Einzelthemen der Lärmbekämpfung wie etwa den Möglichkeiten der Selbsthilfe bei Lärmbeschwerden bereit. Sie können über den Verband bezogen werden und sind teilweise kostenlos.

Serviceleistungen

Der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung e.V. führt einmal jährlich eine große Fachtagung zu vorrangigen Lärmproblemen wie etwa den Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Lärm oder den Möglichkeiten der Lärmbekämpfung in den Städten durch.

Zur laufenden Tätigkeit des Verbandes gehört eine vorwiegend kostenlose Beratung von Einzelpersonen, Bürgerinitiativen, Wirtschaftsunternehmen und Verwal-

tungsbehörden. Diese Beratung umfaßt sowohl technische wie auch rechtliche Fragen der Lärmvermeidung.

In der Geschäftsstelle des Arbeitsringes wird außerdem eine Dauerausstellung geräuschgedämpfter Produkte, z. B. leiser Haushalts- und Gartengeräte sowie larmdämpfender Produkte wie z. B. Lärmschutzfenster gezeigt.

Empfehlungen

Der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung e.V. ist für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen ein unmittelbarer und wichtiger Ansprechpartner.

Lärm ist ein Faktor, bei dem im Wohnbereich gesundheitliche Belastungen und wirtschaftliche Benachteiligungen eng verflochten sind.

So ist Lärmbelastung ein wesentlicher Faktor minderwertiger und dadurch in der Regel dann aber auch billiger Wohnstandorte. Mangelnde und unterlassene Lärmdämmung von Wohnungen ist eine typische Form verbilligter Bauweisen und Baustoffe bzw. unterlassener Verbesserungsinvestitionen im Wohnungsbau. Gleichzeitig ist Lärm auch ein Resultat der boden- und wohnungswirtschaftlich bedingten standortlichen Auseinanderentwicklung von Arbeitsstandorten, Versorgungsstandorten und Wohnstandorten, verbunden mit entsprechend erhöhtem Verkehrsaufkommen.

Darüber hinaus ist Lärm zuletzt auch ein Resultat der Zunahme wohnungs- und haushaltsbezogener Dienstleistungen und der hohen Bedeutung des hauswirtschaftlich-freizeitlichen Endverbrauchs als Bereich der Selbstdarstellung. Der Heimwerker- und Freizeitlärm ist hierfür typisch.

Gerade in der starken Zunahme der Lärmbelastung setzt sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung vergleichsweise unmittelbar in Gesundheitsbelastungen um.

Die Untersuchungen und Darstellungen des Deutschen Arbeitsringes zu den Hauptlärmquellen wie z. B. Straßenverkehr, Flugübungsweesen, Bau- und Gewerbebetrieb, aber auch Haushalt, Sport und Freizeit bieten wichtige Grundlagen für eine umfassende Konzeption der Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen.

Die vom Verband angebotenen Informationsmaterialien und vor allem auch die angebotene Beratungstätigkeit im Bereich der Lärmvermeidung können unmittelbar als Bausteine für eine erweiterte Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen genutzt werden.

Besonders geeignet ist die vom Verband herausgegebene „Lärmfibel“ zu den Möglichkeiten der Selbsthilfe bei Lärmbeschwerden.

DEUTSCHER AUSSCHUSS FÜR JUGEND- ZAHNPFLEGE e.V. (DAJ)

– BUNDESARBEITS- GEMEINSCHAFT ZAHNGESUNDHEIT –

Adresse	Viktoriastr. 28 5300 Bonn 2
Ansprechpartner	Frau Dr. Goepe (Geschäftsführerin)
Telefon	02 28/35 47 68
Telefax	02 28/35 39 58

Der Deutsche Ausschuss für Jugendzahnpflege e.V. (DAJ) – Bundesarbeitsgemeinschaft Zahngesundheit – ist eine Vereinigung von Organisationen und Institutionen auf Bundesebene, die sich die Förderung der Zahngesundheit zur Aufgabe gemacht hat.

Der DAJ als „Dachverband“ der selbständig agierenden Landesarbeitsgemeinschaften ist u. a. befaßt mit:

- Koordinierung zahnprophylaktischer Maßnahmen der Mitglieder (Unterstützung bei der Maßnahmenplanung sowie bei der Überprüfung der Akzeptanz und Effektivität der Maßnahmen, Entwicklung von Anforderungsprofilen für die in der Prophylaxe tätigen Personen),
- Kontaktpflege mit Institutionen und Organisationen, die sich der Förderung der Zahngesundheit widmen oder die zur Erhaltung der Zahngesundheit einen Beitrag leisten können, auch auf internationaler Ebene,
- Planung und Durchführung von Veranstaltungen auf Bundesebene (z. B. Informations- und Fortbildungstagungen sowie „Tag der Zahngesundheit“ am 25. September jeden Jahres),
- Entwicklung von Maßnahmen zur Dokumentation und Erfolgskontrolle der Gruppenprophylaxe (gemäß § 21 SGB V),
- Dokumentation und Auswertung von Aktivitäten und Informationen zur Zahngesundheit,
- Abgabe von Stellungnahmen zu Grundsatzfragen und aktuellen Problemen und Erkenntnissen in Bereichen der Zahngesundheit,
- Öffentlichkeitsarbeit

Aufgaben und Ziele der Institution

- DAJ -

Medienangebote

Die vom DAJ herausgegebenen Broschüren resultieren in der Regel aus vorangegangenen Tagungen:
„Zahngesundheit und Ernährung“
„Zahngesundheitserziehung in der Grundschule“
„Schmelzhärtung zur Zahnkariesprophylaxe“
„Zahnmedizinische Prophylaxe bei körperlich und geistig Behinderten“ (in Planung)

Die Broschüren wenden sich an Schlüsselpersonen, Fachpersonal und interessierte Laien.

Einzelexemplare sind kostenlos, ansonsten 2 DM pro Stück, zuzügl. Porto + Verpackung.

Serviceleistungen

Der DAJ kann eine Beratung bei der Erstellung zahn-gesundheitserzieherischer Materialien anbieten.

Empfehlungen

Seit 1971 wird der „Dr-Wahl-Preis“ vom DAJ ausgeschrieben und bestimmte Personengruppen werden zur Teilnahme aufgerufen. Dieser Preis wird für die beste eingereichte Arbeit über variierende Themen auf dem Gebiet der Jugendzahnpflege verliehen

- Die vom DAJ organisierten und durchgeführten Tagungen sind zu empfehlen, da sie sich in der Vergangenheit als lebendige und qualifizierte Veranstaltungen erwiesen haben (Ankündigung in der Fachpresse)
- Die Kontaktaufnahme und -pflege zur (zum) jeweiligen „Landesarbeitsgemeinschaft (Landesausschuß) zur Förderung der Jugendzahnpflege (Zahngesundheit)“ ist auch im Hinblick auf bestehende bzw. noch zu gründende zahn-gesundheitserzieherische Arbeitskreise auf Stadt- und Kreisebene empfehlenswert.

Adressen der „Landesarbeitsgemeinschaften“:

Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege
in Baden-Württemberg
Herdweg 50
7000 Stuttgart

Bayerische Landesarbeitsgemeinschaft
Zahngesundheit
Faliistr 34
8000 München 70

Landesarbeitsgemeinschaft zur Verhütung
von Zahnerkrankungen in Berlin
Georg-Wilhelm-Str. 14-16
1000 Berlin 31

Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung
der Jugendzahnpflege im Lande Bremen
Universitätsallee 25
2800 Bremen 33

Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung
der Jugendzahnpflege in Hamburg
Möllner Landstr 31
2000 Hamburg 74

Landesarbeitsgemeinschaft Zahngesundheit/
Jugendzahnpflege in Hessen
Lyoner Str 21
6000 Frankfurt 71

Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung
der Jugendzahnpflege in Niedersachsen
Fenskeweg 2
3000 Hannover 1

Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung
der Jugendzahnpflege in Nordrhein-Westfalen
Kasernenstr. 61
4000 Düsseldorf

Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung
der zahnmedizinischen Vorsorge in Rheinland-Pfalz
Frauenlobplatz 2
6500 Mainz 1

Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung
der Jugendzahnpflege im Saarland
Puccinistr 2
6600 Saarbrücken

Landesausschuß zur Förderung
der Jugendzahnpflege in Schleswig-Holstein
Aegidienstr 7
2400 Lübeck

DEUTSCHER CARITAS- VERBAND e.V.

– DCV –

Adresse	Karlstraße 40 Lorenz-Werthmann-Haus 7800 Freiburg i. Br.
Ansprechpartner	Referat Kinderhilfe Referat Gefährdetenhilfe
Telefon	07 61/20 02 37 (Kinderhilfe) 07 61/20 03 63 (Gefährdetenhilfe)
Telefax	07 61/20 05 72

Der Deutsche Caritasverband e.V. (DCV) wurde 1897 durch Lorenz Werthmann gegründet und ist ein Verband der freien Wohlfahrtspflege.

„Der Deutsche Caritasverband ist die von den deutschen Bischöfen anerkannte institutionelle Zusammenfassung und Vertretung der katholischen Caritas in Deutschland.

Der Deutsche Caritasverband widmet sich allen Aufgaben sozialer und caritativer Hilfe. Er soll insbesondere

- die Werte der Caritas planmäßig fördern und das Zusammenwirken aller auf dem Gebiet der Caritas tätigen Personen und Einrichtungen herbeiführen;
- zur Förderung und Entwicklung der sozialen und caritativen Facharbeit und ihrer Methoden beitragen;
- die Ausbildung, Fortbildung und Schulung von Mitarbeitern der sozialen und caritativen Hilfen wahrnehmen und durch Schrifttum und Publikation die Arbeit wissenschaftlich und praktisch unterstützen;
- soziale Berufe wecken und fördern und die ehrenamtliche Tätigkeit anregen und vertiefen;
- Entwicklungen auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege anregen und beeinflussen;
- die Öffentlichkeit informieren;
- die Caritas in Angelegenheiten überdiözesaner Bedeutung vertreten und die Zusammenarbeit in und mit Behörden und sonstigen Organisationen gewährleisten;
- in Organisationen mitwirken, soweit Aufgabengebiete sozialer und caritativer Hilfe berührt werden;
- Aktionen und Werke von zentraler Bedeutung im Zusammenwirken mit den Diözesan-, Caritas- und Fachverbänden insbesondere bei außerordentlichen Notständen durchführen;
- bei internationalen Aufgaben mitwirken.“ (Aus der Satzung des Deutschen Caritasverbandes.)

Als einer der sechs Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege sieht er seine Aufgaben in der Teilnahme an der gesellschaftlichen Sorge, vor allem für solche Gruppen, die aufgrund sozialer Benachteiligung oder persönlicher Schwächen in ihrer Entfaltung und an der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gehindert sind.

Aufgaben und Ziele der Institution

- DCV -

Aufgaben und Ziele der Institution

Als kirchlich-karitativer Verband ist die Caritas in die Dienste der katholischen Kirche eingebunden. Die Arbeit des Deutschen Caritasverbandes entspringt einem christlich fundierten Selbstverständnis.

Gegliedert ist der Deutsche Caritasverband in 22 Diözesan-Caritasverbände und 460 Dekanats-, Bezirks-, Orts- und Kreis-Caritasverbände.

260 karitative Ordensgenossenschaften und Vereinigungen sowie 19 anerkannte zentrale karitative Fachverbände wie z. B. die Caritas-Konferenzen Deutschlands, der Sozialdienst katholischer Männer, der Malteser-Hilfsdienst sind mit ihren Einrichtungen dem Deutschen Caritasverband zugeordnet.

Der Deutsche Caritasverband unterhält bundesweit Einrichtungen und Angebote in den Bereichen:

- Gesundheitshilfe
- Altenhilfe
- Behindertenhilfe
- Flüchtlings- und Aussiedlerhilfe
- Jugendhilfe
- Familienhilfe
- Gefährdetenhilfe
- Hilfe für ausländische Arbeitnehmer
- Auslandshilfe
- Ausbildung und Fortbildung.

Insgesamt unterhält die Deutsche Caritas mehr als 29 000 Einrichtungen mit über einer Million Plätzen. Die Arbeit in den Einrichtungen wird von rund 350 000 Mitarbeitern (darunter über 24 000 Ordensangehörigen) und einer großen Anzahl freiwilliger Helfer geleistet.

Die Organe des Deutschen Caritasverbandes sind der Präsident, der Geschäftsführende Vorstand, der Zentralrat und die Vertreterversammlung, deren Zusammensetzung und Aufgaben durch die Satzung festgelegt sind.

Die Zentrale des Deutschen Caritasverbandes hat ihren Sitz im Lorenz-Werthmann-Haus in Freiburg. Hauptvertretungen bestehen in Berlin, Bonn und München. Sie wird geleitet von dem Präsidenten und dem Geschäftsführenden Vorstand (Direktion), dem außer dem Präsidenten der Generalsekretär, Finanzdirektor, Justitiar bis zu drei Abteilungsleiter der Zentrale angehören. Neben dem Generalsekretariat, der Finanz- und Wirtschafts- sowie Rechtsabteilung gehören folgende Abteilungen zur Zentrale des Deutschen Caritasverbandes:

- Jugendhilfe
- (Jugendhilfe Kinderhilfe Jugendsozialarbeit)
- Familienhilfe
- (Familienhilfe Familienpflege Muttererholung Altenhilfe)
- Gesundheitshilfe
- (Gesundheitshilfe - Krankenhilfe)
- Rehabilitation
- (Behindertenhilfe Gefährdetenhilfe)
- Diasporahilfe
- Eingliederungshilfe
- (Ausländische Arbeitnehmer aus Italien, Jugoslawien, Spanien, Portugal - Kriegsgefangenenhilfe - Flüchtlings- und Aussiedlerhilfe)
- Auslandshilfe
- (Allgemeine Aufgaben der Auslandshilfe - Not- und Katastrophenhilfe Sozialstrukturhilfe)
- Ausbildung und Fortbildung
- (Fortbildungsakademie)

Die Zentrale des Deutschen Caritasverbandes hat drei Aufgabenschwerpunkte, sie ist

- internationale Schaltstelle zur Durchführung von Katastrophenhilfen sowie zur Übernahme von Einzelnothilfen und Partnerschaftshilfen in Übersee,
- die allgemeine Führungs- und Koordinationsstelle der Deutschen Caritas,
- ein überregionales Fortbildungszentrum für die verschiedenen Mitarbeitergruppen und Angehörige sozialer Berufe

Die Arbeit der Zentrale wird finanziert u. a. aus Einnahmen aus Diözesen, Erträgen aus Vermögen und Betriebs-, Zweckzuschüssen und Erstattungen sowie Bundeszuwendungen.

Beispielhaft sei die Tätigkeit einiger Abteilungen bzw. eines Referats näher beschrieben:

Im Bereich Jugendhilfe unterhält die Caritas z. B. über 400 Heime der Jugendhilfe, fast 8 500 Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorte, 300 Erziehungsberatungsstellen und über 80 Ausbildungsstätten.

Die Tageseinrichtungen für Kinder sind in einem eigenständigen Fachverband zusammengeschlossen, dem „Zentralverband Katholischer Kindergärten und Horte e.V.“ In den einzelnen Diözesanverbänden wird der Elementarbereich von den Referaten für Kindertagesstätten und den Fachberater/innen wahrgenommen.

Der „Zentralverband Katholischer Kindergärten e.V.“ veranstaltet für seine Mitglieder im Vierjahresrhythmus einen Kongress, die weitere Fortbildung wird von den Fachberatern auf Diözesanebene im Rahmen der Fachberatung durchgeführt.

Auf regionaler Ebene bestehen außerdem Arbeitsgemeinschaften, zu denen sich mehrere Tageseinrichtungen zusammengeschlossen haben. In diesen Arbeitsgemeinschaften werden Themen behandelt, die sich aus den Bedürfnissen der Teilnehmer/innen ergeben, die Betreuung erfolgt über die Fachberatung.

Das Engagement der Caritas im Bereich der Suchtkrankenhilfe versteht sich als eigenständiges, auf den Abhängigen selbst sowie auf sein familiäres und soziales Beziehungsfeld ausgerichtete Angebot menschlicher und fachlicher Beratung, Therapie und rehabilitativer Hilfen. Das Referat Gefährdetenhilfe ist Teil der Abteilung Rehabilitation des Deutschen Caritasverbandes und widmet sich der Hilfe für Suchtkranke.

An Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe werden folgende Einrichtungen vorgehalten (alte Bundesländer): 212 ambulante Beratungs- und Behandlungsstellen, 30 Fachkrankenhäuser für Alkohol-, Medikamenten- und Drogenabhängige, 46 Übergangseinrichtungen, Wohngemeinschaften und Nachsorgewohngruppen sowie (in Frankfurt am Main) eine Schule für drogenabhängige und drogengefährdete Schüler sowie über 1 100 Selbsthilfegruppen des Kreuzbundes.

Dadurch ist die Caritas in der Lage, Suchtkranken ein vollständiges Hilfeangebot von der Beratung über alle Formen der Behandlung und Nachsorge bis zur Selbsthilfe in den Gruppen des Kreuzbundes und einem umfangreichen Angebot im Club- und Freizeitbereich vorzuhalten. Dieses in sich abgestimmte und vernetzte Hilfeangebot ist die besondere Stärke und Möglichkeit der Caritas.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Deutschen Caritasverbandes im Suchtbereich liegt in der Prävention, also der Verhinderung einer Suchterkrankung. Hierfür wurden u. a. spezielle Materialien entwickelt (siehe hierzu „Medienangebote“).

In der Gesundheitshilfe des Deutschen Caritasverbandes vereinigt sich das Bemühen der Caritas um den kranken Menschen in den Krankenhäusern der verschiedenen fachlichen Ausrichtungen mit über 120 000 Betten sowie zahlreiche Kurkliniken und Kurheime für Kinder, Jugendliche und Erwachsene dienen der ärztlichen und pflegerischen Versorgung kranker Menschen. In über 320 Ausbildungsstätten der Gesundheitshilfe sorgt der Deutsche Caritasverband für den Nachwuchs. Für die offene Hilfe hat der Deutsche Caritasverband über 1 200 Gemeindekrankenpflege- und Sozialstationen eingerichtet mit dem fachlich qualifizierten Angebot in der Gemeinde zur häuslichen Pflege und Hilfe bei Krankheit oder anderen Notständen, Kurse für häusliche Krankenpflege und Unterstützung der Nachbarschaftshilfe gehören ebenfalls zu den Tätigkeiten der Gemeindekrankenpflege- und Sozialstationen. Wei-

tere Einrichtungen der Gesundheitshilfe sind die über 580 Stellen des Malteser-Hilfsdienstes

Im weiteren Sinne sind viele Aktivitäten und Einrichtungen des Deutschen Caritasverbandes auf die Familie ausgerichtet, so in der Jugend-, Gesundheits-, Behinderten- und Altenhilfe. In der Familienhilfe geht es im engeren Sinne um direkte Angebote für die Familienmitglieder, auch der Einelternfamilien in zahlreichen Einrichtungen und Diensten. So gibt es über 120 Müttergenesungsheime und Familienferienstätten, fast 400 Familien- und Dorfhelferinnenstationen, fast 500 Beratungsstellen für Ehe-, Familien- und Lebensfragen sowie für werdende Mütter in Not- und Konfliktsituationen und schließlich 9 Ausbildungsstätten für Familienpflegerinnen und Dorfhelferinnen

- DCV -

Aufgaben und Ziele der Institution

Der Deutsche Caritasverband gibt eine Reihe von Medien über die Arbeit der Caritas allgemein bzw. zu bestimmten Schwerpunktbereichen dieser Arbeit (z. B. Kinder- und Jugendhilfe sowie Krankenhilfe) heraus. Diese Veröffentlichungen richten sich primär an die Mitarbeiter der Caritas bzw. an die Fachöffentlichkeit, werden jedoch auf Anfrage auch an andere Interessierte abgegeben. Der Bezug von Einzel Exemplaren über die Abteilungen bzw. Referate ist in der Regel kostenfrei. Bei größeren Stückzahlen oder regelmäßigem Bezug entstehen Kosten.

sowohl die Verzeichnisse der Informationsmaterialien, der Werbematerialien sowie der Medien zur sozialen Motivation als auch die Medien selbst angefordert werden

Medienangebote

Beispielhaft sei noch auf folgende Veröffentlichungen hingewiesen:

Im „Rundbrief“ des Referats Gefährdetenhilfe werden neue Publikationen, Angebote und Schulungen sowie Entwicklungen und Tendenzen der Suchtarbeit dargestellt. Diese mehrmals jährlich erscheinende Informationsschrift wendet sich primär an die Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe des Deutschen Caritasverbandes. Sie kann jedoch auf Anforderung kostenlos auch von interessierten Institutionen außerhalb der Caritas bezogen werden.

Zielsetzung der „Ratgeber“-Reihe ist die übersichtliche, leicht verständliche und fachlich exakte Information von Betroffenen und deren Angehörigen über bestimmte Suchtprobleme.

Erschienen sind zum Beispiel Broschüren zu den Themen:

- Alkoholabhängigkeit,
- Medikamentenabhängigkeit,
- Drogenabhängigkeit,
- Spieler,
- EBStörungen,
- Alkoholembryopathie,
- AIDS.

Vom Ratgeber für Medikamentenabhängige liegt auch eine italienische Übersetzung vor. Der Ratgeber für Alkoholranke ist auch in kroatischer sowie polnischer Übersetzung erhältlich.

Der Bezug der Ratgeber-Broschüren ist kostenverursachend. Bestellungen können über das Referat Gefährdetenhilfe oder direkt beim Verlag erfolgen: Lambertus-Verlag, Postfach 10 26, 7800 Freiburg i. Br.

Beim Lambertus-Verlag handelt es sich um einen verbandseigenen Fachverlag für Fragen und Probleme der Sozialarbeit. In diesem Verlag ist eine Reihe weiterer Publikationen der Caritas und des Verbandes ambulanter Behandlungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige e.V. – VABS (vgl. ebda.), zu verschiedenen Bereichen der Elementarerziehung und Suchtproblematik, vor allem jedoch zu den Themen Prävention, Beratung und Therapie erschienen. Veröffentlichungslisten können kostenlos beim Verlag angefordert werden.

Folgende Periodika werden u. a. herausgebracht:

- die Zeitschrift „Caritas“, die sich Fachfragen der Caritas und theologischen Grundsatzfragen widmet, es sind auch Schwerpunktheft zu den Themen Gesundheitserziehung, Elementarerziehung, Medikamentenabhängigkeit und Alkoholismus erschienen. Sie erscheint sechsmal jährlich,
- die „Caritas-Korrespondenz“ – Informationsblätter für die Caritas-Praxis, die im Lambertus-Verlag monatlich erscheint und abonniert werden kann. Sonderhefte der „Caritas-Korrespondenz“ waren das „Caritas Adreßbuch“ und das Verzeichnis „Informationsmaterialien der Caritas“,
- die Zeitschrift „caritas aktuell“ für die Freunde, Förderer und Mitglieder der Caritas (viermal jährlich),
- in der Zeitschrift „Welt des Kindes“ (sechsmal jährlich) werden die Arbeit in den Kindertagesstätten behandelt und Grundsatzfragen der Elementarerziehung erörtert,
- in der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Jugendwohl“, einer Veröffentlichung für Kinder- und Jugendhilfe, wurden zum Beispiel Schwerpunktheft zu den Themen Jugendalkoholismus, Drogenabhängigkeit und Justizvollzug sowie Drogenabhängigkeit und AIDS herausgegeben, das jährliche Fortbildungsprogramm mit den Veranstaltungen des Deutschen Caritasverbandes, zusammen mit den anderen Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege und den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitete der Caritasverband die „Empfehlungen und Hinweise zur bedarfsgeregelten Gestaltung von Öffnungszeiten in Kindergärten“

Ein umfangreiches Medienangebot besteht außerdem zu der Geschichte und der Arbeit des Deutschen Caritasverbandes, der Caritasarbeit im Inland in den verschiedenen Aufgabenbereichen und zur Caritasarbeit im Ausland. Es enthält Faltblätter, Broschüren, Ausstellungen, Wandzeitungen, Filme, Videokassetten und Tonbilder. Von der Vertriebsstelle des Deutschen Caritasverbandes, Postfach 420, 7800 Freiburg i. Br., können

– DCV –

Serviceleistungen

Im Mittelpunkt der Serviceleistungen des Deutschen Caritasverbandes steht die soziale und karitative Hilfe über die zahlreichen Einrichtungen mit ihren haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern/innen in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen im In- und Ausland.

In engem Zusammenhang damit steht die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitern/innen der sozialen und karitativen Hilfe.

Für 28 soziale Berufe wie z. B.

- Altenpfleger/in
- Erzieher/in
- Hebamme, Entbindungspfleger
- Heilpädagoge/in
- Sozialarbeiter/in, Sozialpädagoge/in

unterhält der Deutsche Caritasverband über 700 Ausbildungsstätten. (Ein Verzeichnis dieser Ausbildungsstätten kann beim Lambertus-Verlag bezogen werden – kostenverursachend)

Von der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes wird durch die Fortbildungsakademie ein breites Spektrum an Veranstaltungen angeboten. (Der jährliche Veranstaltungskalender kann von der Fortbildungsakademie kostenfrei angefordert werden.) Zu diesem Angebot gehören:

„Fachgebietsübergreifende Veranstaltungen“ wie z. B. „Allgemeine Verbandsfragen“, „Führung und Leitung“, „Ernährung und Hauswirtschaft“ und „Fachgebiets-Veranstaltungen“ in der Regel in Zusammenarbeit mit Fachabteilungen und -referaten der Zentrale oder mit den Fachverbänden.

Die Veranstaltungsformen sind Kurse (berufsbegleitend über einen längeren Zeitraum), Seminare (ein- oder zweiwöchig), Fachwochen und Studientagungen. (Kosten entstehen für Kursbeitrag, Unterkunft und Verpflegung.)

Eine weitere Serviceleistung des Deutschen Caritasverbandes ist die in der Zentrale befindliche Bibliothek mit 140 000 Bänden und fast 600 Fachzeitschriften des In- und Auslandes. Sie ist neben der Nutzung durch die

Zentrale, den Ausbildungsstätten und Redaktionen des Deutschen Caritasverbandes – für jedermann zugänglich (kostenpflichtig).

Darüber hinaus bieten die einzelnen Aufgabenbereiche des Deutschen Caritasverbandes zusätzliche Serviceleistungen. Davon seien beispielhaft genannt:

Die Serviceleistungen des „Zentralverbandes Katholischer Kindergärten und Horte e.V.“ bestehen einmal darin, daß er für den Elementarbereich Positionen bezieht und zum anderen die Möglichkeiten zur Umsetzung schafft, z. B. auch durch Fortbildung und Materialien

Das Referat Gefährdetenhilfe stellt auf Anforderung Informationsmaterial sowie Plakate, Aufkleber u.ä. zu speziellen Problembereichen der Suchtproblematik (Alkoholismus, Medikamente, Rauchen, illegale Drogen sowie AIDS) zur Verfügung. Einzelexemplare sind kostenlos erhältlich. Bei größeren Stückzahlen entstehen Kosten.

Die Anschriften der örtlichen Beratungsstellen der Caritas einschließlich der zuständigen Ansprechpartner und der örtlichen Selbsthilfegruppen für Suchtkranke sind kostenlos erhältlich. Es stehen auch die Anschriften von Beratungsstellen zur Verfügung, die sich speziell mit den Bereichen „Spieler“, „EB-Störungen“, „Kinder von Suchtkranken“, „Drogen und AIDS“ sowie „Nachsorge“ befassen.

An den vom Deutschen Caritasverband regelmäßig angebotenen Fachtagungen der Arbeitsgruppen für Mitarbeiter der Suchtkrankenhilfe können in begrenztem Umfang auch Fachkräfte teilnehmen, die nicht der Caritas angehören. Die Ankündigungen und Termine dieser Veranstaltungen finden sich im „Rundbrief“. Die konkreten Teilnahmemodalitäten sind beim Referat Gefährdetenhilfe zu erfahren.

Für darüber hinausgehende Serviceleistungen (Referenten, Kooperationsmöglichkeiten) sind die örtlichen oder regionalen Caritasverbände zuständig. Die Anschriften sind bei der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes erhältlich.

Empfehlungen

Der Deutsche Caritasverband e.V. mit seiner Zentrale in Freiburg hat ein umfangreiches Medien- und Serviceangebot, in dessen Mittelpunkt die soziale und karitative Hilfe steht.

Zu empfehlen ist der Bezug

- der Medienverzeichnisse des Deutschen Caritasverbandes zu den Informationsmaterialien der Caritas, den Werbematerialien sowie den Filmen, Videokassetten und Tonbildern zur sozialen Motivation über die Vertriebsstelle des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg und
- der Veranstaltungsübersicht „Fortbildung 19 ...“ über die Fortbildungsakademie des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg.

Für den Bereich „Elementarerziehung“ empfiehlt sich der Kontakt zu den Caritasverbänden und der Bezug der Veröffentlichungsliste des Lambertus-Verlages.

Interessenten für den Bereich „Sucht“ sollten sich in den Verteiler des Referats Gefährdetenhilfe aufnehmen lassen, um den „Rundbrief“ regelmäßig zu erhalten. Der Bezug des Rundbriefes ist der Schlüssel zu einer Vielzahl wichtiger und interessanter Informationen (Literatur, neue Entwicklungen, Fachtagungen usw.)

Weiterhin wird die Kontaktaufnahme zu den regionalen Beratungsstellen der Caritas empfohlen, zur eventuellen Kooperation und weil diese Einrichtungen teilweise eigene Materialien zur Suchtproblematik entwickelt haben und zur Verfügung stellen.

DEUTSCHER HAUSFRAUEN-BUND e.V. – Berufsverband der Hausfrau – DHB –

Adresse	Coburger Str. 19 5300 Bonn 1
Ansprechpartner	Frau Sigllinde Porsch (Präsidentin)
Telefon	02 28/23 77 99
Telefax	02 28/23 88 58

Der Deutsche Hausfrauen-Bund e.V. (DHB) ist ein freiwilliger Zusammenschluß von Hausfrauen und in der Hauswirtschaft selbständig Tätigen. Er vertritt die Interessen der Hausfrau und ihrer Familie in sämtlichen Bereichen und setzt sich für die öffentliche Anerkennung des Berufes Hausfrau ein. Der DHB fördert und vertritt die Hauswirtschaft in ihren fachlichen, sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Aufgaben, und er informiert über wichtige Verbraucherfragen.

Der Verband wurde 1915 gegründet, 1949 mit Sitz in Frankfurt wiedererrichtet und ist in 14 Landesverbänden und 516 Ortsverbänden und „Clubs junger Hausfrauen“ organisiert. Daneben bestehen 88 Fachgruppen für Hauswirtschaft und 57 Informations- und Beratungsstellen für Haushalt und Familie. Für die Vertretung seiner Interessen arbeitet er mit zahlreichen Behörden, Institutionen, Fachverbänden und Wirtschaftsgruppen zusammen. So ist der DHB in der Bundesstelle für hauswirtschaftliche Berufsbildung und in den Berufsbildungsausschüssen der zuständigen Stellen der Hauswirtschaft vertreten. Außerdem nimmt der Verband auch noch die Aufgaben der Arbeitgebervertretung bei Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten als Tarifpartner in bezug auf die Beschäftigung im Privathaushalt wahr. Weiterhin ist der Verband seinerseits Mitglied in zahlreichen Organisationen und Verbänden wie beispielsweise in der Aktion Jugendschutz, in der Arbeitsgemeinschaft für Hauswirtschaft, in der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, in der Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz, im Deutschen Frauenrat, in der Deutschen Gesellschaft für Wohnmedizin und im Verbraucherausschuß beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Zu den satzungsgemäßen Aufgaben des DHB gehören:

- Förderung und Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten für den Beruf Hausfrau,
- Förderung und Mitwirkung bei der Durchführung der hauswirtschaftlichen Berufsbildung,
- Bearbeitung des Gesamtgebietes der Hauswirtschaft in wissenschaftlicher, sozialpolitischer, volkswirtschaftlicher, praktischer sowie rechtlicher Hinsicht,
- Stellungnahmen, Eingaben und Anträge für die Belange der Hausfrau,

Aufgaben und Ziele der Institution

- DHB -

Aufgaben und Ziele der Institution

- Förderung staatsbürgerlicher und allgemeiner Bildung für die Hausfrau,
- Mitarbeit in Gremien, die die Verbraucherpolitik, Verbraucheraufklärung und Verbraucherarbeit fördern,
- Abschluß von Tarifverträgen,
- die Zusammenarbeit mit Organisationen verwandter Zielsetzung im In- und Ausland,
- Öffentlichkeitsarbeit für die Belange der Hausfrau, für den DHB und seine Mitglieder.

Das umfangreiche Tätigkeitsgebiet des DHB beschränkt sich nicht nur auf die Verbesserung und Anerkennung des Arbeitsplatzes und Berufes Hausfrau, sondern versucht darüber hinaus die Gesamtsituation der nicht-erwerbstätigen Frau zu berücksichtigen, d. h. ihre Rolle als Frau, Ehefrau, Mutter, Pflegeperson etc.

Daneben beschäftigt sich der Verband seit langem mit der Problematik „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und „Wiedereinstieg von Hausfrauen in die Erwerbstätigkeit“. Zu letzterem wurde ein Leitfaden herausgegeben. Außerdem entwickelte der DHB mehrere Modellprojekte, die von Bundesministerien bzw. Bundesländern finanziell bzw. ideell unterstützt wurden, z. B.:

1. Ausbildung einer Fachkraft für den Seniorenhaushalt
Eine Fortbildungsmöglichkeit für Hauswirtschaftlerinnen,
2. Umweltberatung Haushalt - Weiterqualifizierung von Familienfrauen. Ein wissenschaftlich unterstütztes Weiterbildungsprojekt für Familienfrauen mit geeigneter, in Haushalt und Hauswirtschaft erworbener Vorbildung.

Seit 1974 wird die Arbeit des DHB jeweils unter ein „Jahresthema“ gestellt, das als programmatischer Arbeitsschwerpunkt einmal eine breite Basis für die Aussage des Verbandes zu einem bestimmten Thema bildet, zum anderen eine Vereinfachung der Veranstaltungsplanung für die Ortsverbände durch entsprechende Arbeitsunterlagen erreicht.

Folgende Themenbereiche wurden von 1974 bis 1991 schwerpunktmäßig bearbeitet:

- Hausfrau 74
- Haushalt und Volkswirtschaft
- Arbeitsplatz Haushalt; seine Bedeutung für Familie und Gesellschaft
- Heute an die Welt von morgen denken
- Hausfrau in Europa
- Ein Kind braucht Zeit
- Überfluß am Ende, was tun?
- Familie und Beruf - Familie statt Beruf?
- Frieden beginnt in der Familie
- Die Neuen Medien in Familie und Haushalt
- Haushalt - ein Betrieb
- Frauen wollen ihre Zukunft
- ~ Pflegeleistungen von Hausfrauen - Schattendienst für die Gesellschaft
- Haushalten der Umwelt zuliebe
- Haushalt - Ein sicherer Arbeitsplatz?
- Verbraucher bestimmen den Markt
- Man(n) kann auch Hausfrau sein

Wohnungsbau, Wohnungseinrichtung, Wohnfragen beschäftigten den Verband schon frühzeitig, als Voraussetzungen z. B. rationaler Haushaltsführung, in

Relation zu den Wohnbedürfnissen, in den letzten Jahren zunehmend auch in bezug zu Umweltproblemen und Gesundheitsfragen.

Gesundheitliche Problemzonen sind dementsprechend die Haushalte selbst, wenn dort schadstoffbelastete Verbrauchsgüter oder Lebensmittel zum Einsatz kommen oder wo die Haushaltsbewirtschaftung ohne Rücksichtnahme auf damit verbundene Umwelt- und Gesundheitsbelastungen erfolgt. Gesundheitliche Problemzonen sind aber auch die wohnungs- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen, von denen mittelbar oder unmittelbar Gesundheitsbelastungen ausgehen können. Beispielsweise die Schnellimbißernährung wie auch die Chemiereinigung sind Bereiche, die unter diesen Gesichtspunkten verstärkt öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben.

Für die Schwerpunkte seiner Tätigkeit hat der Deutsche Hausfrauen-Bund e.V. insgesamt sechs Arbeitsausschüsse eingerichtet:

Dabei pflegt der Verband u.a. im Rahmen seines Ausschusses für internationale Beziehungen Kontakte zu Organisationen des Auslands mit entsprechenden Zielsetzungen wie der Deutsche Hausfrauen-Bund

Der Ausschuß für hauswirtschaftliche Berufsbildung befaßt sich mit Fragen der Ausbildung und Weiterbildung von Hauswirtschaftler/innen und Hauswirtschaftsmeister/innen

Der Ausschuß für Familienfragen befaßt sich u.a. auch mit Fragen der zukünftigen Stellung der Hausfrau, aber auch mit Fragen der Suchtgefahren für Frauen, der Situation der älteren Frauen und dem Problem der ungenügenden Pflegeversorgung sowie der Stellung der Hausfrauen in der Alterssicherung

Fragen wie die Umweltbelastung durch Waschmittel, Chemie im Haushalt und die Schadstoffbelastung von Lebensmitteln durch Verpackung sind Themen des Verbraucherausschusses, aber auch des Umweltausschusses des Deutschen Hausfrauen-Bundes e.V.

Ein eigener Ausschuß des DHB befaßt sich mit Fragen des Wohnens, wie etwa Renovierung von Wohnungen, Einsatz biologischer Baumaterialien, Einsparung von Energie und Gestaltung von Grundrissen

Zusätzlich verfügt der Deutsche Hausfrauen-Bund mit dem 1983 gegründeten Bildungswerk des Deutschen Hausfrauen-Bundes e.V. über eine Einrichtung, die für die Durchführung von Seminaren und Symposien gegründet worden ist

Große Aufmerksamkeit wird der Situation der Hausfrau unter dem Aspekt Gesundheit gewidmet, unter verschiedenen Gesichtspunkten, z. B. hinsichtlich psychischer Fragen, Belastung durch Emissionen (Umweltschutz etc.)

Die Ergebnisse der Tätigkeit des DHB werden in einem Jahresbericht festgehalten und seinen Mitgliedern zur Verfügung gestellt

Die Arbeit des Deutschen Hausfrauen-Bundes wird finanziert durch Mitgliedsbeiträge und projektgebundene Zuwendungen verschiedener Bundesministerien

Die Öffentlichkeitsarbeit des DHB findet auf verschiedenen Ebenen statt. Sie richtet sich einmal speziell an ihre zahlreichen Mitglieder, zum anderen versucht sie in zunehmendem Maße, den Verbraucher direkt zu informieren

- Die Zeitschrift „Moderne Hausfrau“ ist das Bundesorgan des DHB, das im „Moderne Medien Verlag“ erscheint. Sie wird regelmäßig (10mal im Jahr) als Mitgliederzeitschrift herausgegeben und informiert über Verbandsergebnisse und aktuelle Themen (wie Trinkwasserreinheit, Spielsucht und Binnenmarkt-Aspekte der Ernährung), Tagungsergebnisse etc. Diese Zeitschrift kann auch von Nicht-Mitgliedern bezogen werden
- Die „Rosa Mitteilungen“ ist ein Informationsblatt, das jährlich bis zu 4mal erscheint und an die Ortsverbände, Klubs, Fachgruppen Hauswirtschaft und Informationsstellen verschickt wird. Diese Mitteilungen sollen Anregungen, Informationen und Unterstützung für die Verbandsarbeit auf Ortsebene geben.

Der Deutsche Hausfrauen-Bund e.V. bietet ein breitgefächertes Informationsangebot im Bereich Hauswirtschaft, der Hausarbeit sowie zur Stellung der Hausfrau in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft an.

- Der DHB verfügt über einen Referentendienst, der sich überwiegend aus Mitgliedern des Vereins rekrutiert,
- er veranstaltet und beteiligt sich an Kongressen zu bestimmten Themenbereichen,
- er organisiert Ausstellungen mit Informationsständen, Referaten und Demonstrationen,

Der Deutsche Hausfrauen-Bund e.V. berührt mit seiner Arbeit eine ganze Reihe von gesundheitsbedeutsamen Sachverhalten in vielen Lebensbereichen, so auch Wohnen, Umwelt und Ernährung (z. B. die Problemkreise des Einsatzes schadstoffbelasteter Verbrauchsgüter oder Lebensmittel im Haushalt wie auch Umwelt- und Gesundheitsbelastungen bei Hausarbeit und im Bereich der Hauswirtschaft).

Durch Pressemitteilungen in Zeitschriften und der Tagespresse wird der Verbraucher über aktuelle Themen, Verhandlungsergebnisse, Umfrageergebnisse, Tips für die Hausfrau etc. informiert, und es werden Anregungen gegeben. Eine Veröffentlichungsliste der Pressemitteilungen ist jeweils im Jahresbericht abgedruckt

Durch Informations- und Faltblätter informiert der DHB den Verbraucher über bestimmte Themenbereiche (z. B. Folien im Haushalt, Umweltschutz – was kann der einzelne tun? etc.) Diese Faltblätter können z. T. kostenlos oder gegen geringen Betrag direkt beim DHB angefordert werden. Die Auflagen sind jedoch sehr beschränkt

- Eine Selbstdarstellung des DHB ist in einem Faltblatt beschrieben, das über Aufgaben und Ziele und bisherige Tätigkeit des Vereins informiert. Dieses Faltblatt richtet sich an die interessierte Öffentlichkeit und ist ebenfalls beim DHB direkt erhältlich (kostenfrei). Gegen geringen Betrag ist eine umfassende Information über den Verband in Form einer Broschüre (Titel „75 Jahre Deutscher Hausfrauen-Bund“) beim DHB zu beziehen

die Ortsverbände bieten z. T. schriftliche und telefonische Einzelberatungen an,

- der DHB führt regelmäßige und sporadische Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikatoren durch,
- sowohl der DHB als auch die Ortsverbände bieten Informationsveranstaltungen für den interessierten Verbraucher an.

Anfragen bezüglich dieser Leistungen können an den jeweiligen Ortsverband gerichtet werden, da die meisten Aufgaben vom DHB aufgrund seiner beschränkten Kapazität an die jeweiligen Ortsverbände delegiert werden.

Im einzelnen ist zu empfehlen:

- Abonnement der Zeitschrift „Moderne Hausfrau“, die aktuelle Informationen und Veranstaltungshinweise des Vereins bietet,
- allgemeine Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ortsverbänden,
- Inanspruchnahme des Beratungsangebotes der Ortsverbände,
- Nutzen des Referentendienstes des DHB, wo darüber Auskunft eingeholt werden kann

- DHB -

Medienangebote

Serviceleistungen

Empfehlungen

DEUTSCHER KINDERSCHUTZBUND BUNDESVERBAND e.V.

– DKSB –

Adresse Schiffgraben 29
3000 Hannover 1

Ansprechpartner Frau Gabriele Wichert-Dreyer

Telefon 05 11/32 91 35

Der Bundesverband des Deutschen Kinderschutzbundes ist ein im Vereinsregister Hamburg eingetragener Verein, konfessionell und parteipolitisch ungebunden. Er wurde Ende 1953 von dem Kinderarzt Prof. Dr. Dr. Lejeune gegründet und ist eine Initiative vieler unterschiedlicher Menschen, die mit Betroffenheit die Situation vieler Kinder und Jugendlicher feststellen und sich dafür einsetzen, diese zu verbessern. Der DKSB hatte Ende 1991 42.000 Mitglieder.

Entsprechend der Satzung will der Verein in vier Aufgabenbereichen

- sich dafür einsetzen, daß die im Grundgesetz verankerten Rechte für Kinder und Jugendliche verwirklicht werden,
- allen Gefahren entgegenzutreten, denen Kinder und Jugendliche ausgesetzt sind, insbesondere im Fall von Vernachlässigung, Mißhandlung und Mißbrauch des Sorgerechts,
- alle Bestrebungen unterstützen, die die Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen verbessern,
- Gesetzgeber, Behörden und Bevölkerung zu mehr Verständnis und Rücksichtnahme auf die Belange und Bedürfnisse der Kinder hinlenken.

Zur Umsetzung dieser Aufgaben wird der DKSB auf drei Organisationsebenen tätig:

- Der Bundesverband vertritt die Interessen von Kindern und ihrer Familien gegenüber Politik und Verwaltung und leistet die entsprechende bundesweite Öffentlichkeitsarbeit. Er entwickelt Perspektiven für die Kinderschutzarbeit. Er übernimmt die organisatorischen Arbeiten für den Gesamtverband und koordiniert die Initiativen der verschiedenen Verbandsebenen und arbeitet mit anderen Verbänden zusammen, so z. B. mit dem DPWW, der AGJ und dem Deutschen Verein für private und öffentliche Fürsorge. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Kinderkommission im Deutschen Bundestag. Außerdem richtet der Bundesverband den jährlichen Kinderschutztag aus, der gleichzeitig die Mitgliederversammlung des DKSB ist und dessen Leitthema auch das Jahresthema für die Verbandsarbeit ist. Zum Weltkindertag am 20. September veranstaltet der Kinderschutzbund eine Pressekonferenz zu einem ausgewählten Thema

Aufgaben und Ziele der Institution

- DKSB -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- Die 12 Landesverbände übernehmen die Koordination und Unterstützung der Initiativen in ihrem Bereich und die Vertretung des Verbandes gegenüber Landesministerien und Politikern. Sie führen Weiterbildungsmaßnahmen für die Ortsverbands-Mitarbeiter durch und kooperieren mit anderen Verbänden in ihrem Bereich.
- Die fast 400 Ortsverbände bestimmen die Willensbildung auf Bundes- und Landesebene über die jeweilige Mitgliederversammlung und stellen dort entsprechende Anträge. Sie leisten die helfende Arbeit, z. B. Familienbetreuung. Sie setzen sich ein für den Ausbau bzw. die Unterstützung bevölkerungsnaher Einrichtungen wie Lern- und Spielstuben, Aktivspielplätze, Kinderschutzzentren, Kinderhäuser, Spielmobile

So nimmt der DKSB als „Lobby der Kinder und ihrer Eltern“ im politischen Bereich Einfluß auf Gesetzgebung, Planung und Verteilung finanzieller Mittel. Er regt im gesellschaftlichen Bereich die Diskussionen an, beeinflußt die öffentliche Meinung, weist auf Mißstände hin und bietet Menschen die Möglichkeit, ihre Interessen zu vertreten. Im persönlichen Bereich dienen Einrichtungen des DKSB dazu, einzelnen bei der Bewältigung von Krisensituationen zu helfen, z. B. mit dem Kinder- und Jugendtelefon, der Familienhilfe, den Kinderschutzzentren, der Obdachlosenarbeit oder der Initiative „Kind im Krankenhaus“

In den drei Organisationsebenen sind sowohl hauptamtliche wie auch, vor allem auf der örtlichen Ebene, eine Vielzahl von ehrenamtlichen Mitarbeitern tätig, um die Ziele des DKSB umzusetzen.

Auf Bundesebene setzt einmal die Geschäftsstelle die Aufgaben des Bundesverbandes um. Die Bundesgeschäftsstelle war 1991 mit sieben hauptamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen besetzt.

Zum anderen ist auf Bundesebene der von der Mitgliederversammlung gewählte Bundesvorstand mit sieben stimmberechtigten Mitgliedern tätig, um die Verbandsarbeit verantwortlich zu leiten. Eine Landesvorsitzendenkonferenz berät den Bundesvorstand in allen wichtigen Fragen und Maßnahmen der Verbandsarbeit.

Außerdem gibt es im Bundesverband Bundesarbeitsgemeinschaften und Bundesausschüsse, die auch als Ad-hoc-Ausschüsse gebildet werden und deren ehrenamtliche Mitarbeiter Grundlagen für ausgewählte Schwerpunktthemen erarbeiten und den Erfahrungsaustausch mit den Mitarbeitern anderer nationaler und internationaler Verbände und Initiativen pflegen.

Bei den Bundesarbeitsgemeinschaften befaßt sich z. B.

- die Bundesarbeitsgemeinschaft „Telefonberatung Kinder- und Jugendtelefon“ mit der Fortbildung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen von Beratungseinrichtungen, mit der Erstellung von Arbeitshilfen für die Kinder- und Jugendtelefone, der Öffentlichkeitsarbeit für diesen Bereich und der Kontaktpflege mit ausländischen Partnern,
- die Arbeitsgemeinschaft „Elternbildung“ mit der Durchführung von Freizeiten mit Eltern bzw. Müttern mit Kindern, der Fortbildung von Mitarbeitern

und mit der Initiierung von Kursen „Umgang mit Kindern“ für Jugendliche in den Orts- und Kreisverbänden. Diese Arbeitsgemeinschaft besteht seit über 25 Jahren.

Bei den Bundesausschüssen gibt es z. Zt.:

- Ausschuß Schule und Bildung
- Ad-hoc-Ausschuß kinderfreundliches Wohnen
- Ausschuß Gewalt gegen Kinder
- Grundsatzausschuß
- Öffentlichkeitsarbeit
- Sitzungsausschuß

Jeder dieser Ausschüsse hat eine Sprecherin oder einen Sprecher und ist besetzt mit Fachleuten aus dem entsprechenden Gebiet. Aufgabe der Ausschüsse ist es, zu ihrem Themenbereich Grundsätze, die auch von Landes- und Ortsverbänden angeregt werden, zu erarbeiten und über Druckmedien, Seminare und Fachtagungen an die Zielgruppen (Eltern, Mitglieder, Mitarbeiter usw.) weiterzuvermitteln. Zur Grundlagenarbeit werden auch Fachgespräche mit anderen Fachleuten durchgeführt. Der Ausschuß „Schule und Bildung“ beispielsweise hat ein Grundsatzpapier zum Thema „Kinder Eltern Lehrer im Wirkungsfeld der Schule Strukturelle Zwänge und Möglichkeiten der Veränderung“ erarbeitet und im Frühjahr 1988 die Broschüre „Schule und Elternhaus“ vorgelegt. Der Gesundheitsausschuß hat eine Materialmappe zum Thema „Wasser, Ernährung und radioaktive Belastung“ und eine Broschüre zum Thema „Umweltschutz ist Kinderschutz“ erarbeitet, sammelt und sichtet Materialien zu aktuellen Fragen und Problemen wie AIDS, Fluoride, Säuglingsnahrung/Stillen, Luftschadstoffe/Grenzwertproblematik.

Die Struktur des Kinderschutzbundes ist klar und weitgehend einheitlich gegliedert, die Aufgabenverteilungen sind, wie vorstehend beschrieben, deutlich umrissen. Mitglieder des Bundesverbandes sind die Landes- und Ortsverbände des DKSB, die Mitglieder des Bundesvorstandes, Ehrenmitglieder und juristische Personen oder Stiftungen als außerordentliche Mitglieder mit Stimmrecht.

Die Ortsverbände des DKSB erfüllen lt. Satzung die Aufgaben und Zwecke des Bundesverbandes auf örtlicher Ebene, ihr Bereich soll mit dem Gebiet der kommunalen Körperschaften übereinstimmen. Die Ortsverbände sind organisatorisch in Landesverbänden zusammengeschlossen, deren Bereich wiederum mit dem Gebiet des entsprechenden Bundeslandes übereinstimmt. Die Rechtsform der Landesverbände und der Ortsverbände ist der eingetragene Verein. Außerdem gibt es in einzelnen Orten Außenstellen, sie sind organisatorisch den jeweils benachbarten Ortsverbänden angegliedert. Der Bundesverband bestimmt die Grundsätze der Vereinsarbeit, erläßt die allgemeinen Richtlinien und hat ein Satzungsmuster vorgelegt, das für alle Verbände verbindlich ist. Die Arbeitsschwerpunkte sind in den einzelnen Ortsverbänden unterschiedlich, auch die personelle und finanzielle Ausstattung.

Die Finanzierung des Deutschen Kinderschutzbundes erfolgt aus Mitgliedsbeiträgen, einem Zuschuß des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und durch Spenden und Bußgelder.

Mit seinen Publikationen will der Deutsche Kinderschutzbund zu aktuellen Fragen der Lebenssituation von Kindern und Familien Stellung nehmen, auf Problembereiche aufmerksam machen und Lösungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit näherbringen

Dieses geschieht über die

- Stellungnahmen und Grundlagenpapiere des Kinderschutzbundes, z. B. zu den Themen des alljährlichen Kinderschutztages, zu „Tabletten und Schulprobleme“, „Die Gleichberechtigung des Kindes“, „Kranke Kinder – Kranke Umwelt“. Diese als „Informationen des Deutschen Kinderschutzbundes“ deklarierten zwei- und mehrseitigen DIN-A4-Drucke kosten einen geringen Preis (DM 0,15 / DM 0,60) und sind auch in größerer Stückzahl erhältlich,
- Schriftenreihe des DKSB, wo in DIN-A4-Broschüren Grundlagenpapiere, Arbeitspapiere und Protokolle von Veranstaltungen des DKSB zu aktuellen Themen veröffentlicht werden, so „Sexuelle Gewalt gegen Kinder“, „Tempo 30 – aber schnell“, „Beziehungs-

mangel in der Überfluggesellschaft“ Die Schriftenreihe ist ebenfalls kostenpflichtig,

- Arbeitshilfen als Merkblätter, Richtlinien und Leitfäden für die Verbandsarbeit, diese sind kostenlos für die Mitglieder,
- Plakate und Plakatserien, z. B. „Kinderzimmerordnung“, „Hilfe statt Gewalt“, „Mädchen in Beton“, ebenfalls kostenpflichtig

Weiterhin gibt es Aufkleber und Werbemittel für den Kinderschutzbund, und schließlich als

- Periodikum die Zeitschrift „Kinderschutz aktuell“, die vierteljährlich (für die Mitglieder kostenlos) erscheint und von Nicht-Mitgliedern im Jahresabonnement bezogen werden kann. Die Zeitschrift widmet sich in Theorie- und Praxisrubriken bestimmten Schwerpunktthemen und bildet ein Forum für die Arbeit im Kinderschutzbund.

Ein Medienverzeichnis, das zweimonatlich aktualisiert wird, gibt einen Überblick über die Publikationen mit ihren Preisen.

- DKSB -

Medienangebote

Die Serviceleistungen des Deutschen Kinderschutzbundes sind vielfältig und dienen zu einem Teil der Arbeit im Verband, wie z. B. die Fortbildungsangebote für die Laienhelfer und Fachkräfte des Kinderschutzbundes, die Informationen und die durchdachten Leitfäden für die Organisation und Arbeit in den Ortsverbänden. Zu einem anderen Teil sollen sie die Arbeit des Kinderschutzbundes und die von ihm angepackten Themen in die Öffentlichkeit bringen und andere als Partner gewinnen. Außer den in der Institutsbeschreibung bereits genannten Serviceleistungen – wie Stellungnahmen zu aktuellen Themen – hat die Bundesgeschäftsstelle eine

- Informations- und Dokumentationsstelle, in der sozialpädagogische Fachzeitschriften, Zeitschriften anderer Verbände, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Tageszeitungen nach Informationen für die Kinderschutzarbeit ausgewertet werden. Anfragen von Mitgliedern und anderen an Kinderschutzfragen Interessierten werden mit diesem Material kostenlos beantwortet; das Schlagwortverzeichnis kann bei der Geschäftsstelle angefordert werden
- Der Bundesverband und seine Ausschüsse beraten bei speziellen Fragen zum Kinderschutz und betreuen Initiativen in diesem Bereich
- Die Landes- und Ortsverbände bieten sich als Partner bei regionalen Fragen und Aktivitäten an.

Die Anschriften der 12 Landesverbände:

LV Baden-Württemberg
Haußmannstraße 6
7000 Stuttgart 1
Tel.: 07 11/24 28 18

LV Bayern
Barerstr. 86 a
8000 München
Tel.: 0 89/2 71 79 90

LV Berlin
Malplaquetstraße 38
1000 Berlin 65
Tel.: 0 30/4 56 15 24

LV Bremen
Vor dem Steintor 87
2800 Bremen
Tel.: 04 21/70 00 37-8

LV Hamburg
Eppendorfer Weg 7
2000 Hamburg 20
Tel.: 0 40/4 39 29 59

LV Hessen
Mittelstraße 11 A
6360 Friedberg
Tel.: 0 60 31/31 75

LV Niedersachsen
Holscherstr. 1
3000 Hannover 1
Tel.: 05 11/33 10 00

LV Nordrhein-Westfalen
Domagkweg 8
5600 Wuppertal
Tel.: 02 02/75 44 65

LV Rheinland-Pfalz
Reiterstraße 4
6740 Landau
Tel.: 0 63 41/8 88 00

LV Saarland
Bruchwiesenstraße 37
6600 Saarbrücken

LV Sachsen
Dr. Heinz Zschache
Meißner Landstr. 17
O-8029 Dresden
Tel.: 00 37 51/4 77 75 45

LV Schleswig-Holstein
Zastrowstraße 2
2300 Kiel 1
Tel.: 04 31/67 61 41

Serviceleistungen

Kinder haben immer noch eine zu schwache Lobby – das trifft häufig auch im örtlichen Bereich zu. Daher ist die Zusammenarbeit aller wichtig, die sich mit der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen befassen bzw. befassen müssen.

Zu empfehlen sind

– DKSB –

Empfehlungen

- mit dem Landes- und Ortsverband des Kinderschutzbundes Kontakt aufnehmen und pflegen,
- das Medienverzeichnis des Bundesverbandes anfordern (kostenlos),
- die Zeitschrift „Kinderschutz aktuell“ abonnieren oder Mitglied im Kinderschutzbund (Ortsverband) werden, die Zeitschrift geht an Mitglieder kostenlos, der Mitgliedsbeitrag ist gering,
- in den Verteiler des DKSB-Bundesverbandes für die Stellungnahmen und Grundlagenpapiere des DKSB und für die Schriftenreihe aufnehmen lassen (kostenlos),
- die eigenen Arbeitsschwerpunkte in diesem Bereich mit denen des DKSB vergleichen und ggf. koordinieren,
bei der Absicht, regionale Initiativen (Arbeitsgemeinschaften) zu institutionalisieren, die Leitfäden des DKSB „für die Gründung und praktische Arbeit von Ortsverbänden des Deutschen Kinderschutzbundes“ und „zur Beschäftigung hauptamtlicher Fachkräfte im Deutschen Kinderschutzbund“ zu Rate ziehen Sie enthalten wertvolle Hinweise für soziale Arbeit und zum Verbandsmanagement (für Mitglieder kostenlos, bzw. beim Landes-/Ortsverband einzusehen).

DEUTSCHER NATURSCHUTZRING BUNDESVERBAND FÜR UMWELTSCHUTZ e.V.

– DNR –

Adresse	Kalkuhlstr. 24 Postfach 32 02 10 5300 Bonn 3
Ansprechpartner	Frau Helga Inden-Heinrich
Telefon	02 28/44 15 05
Telefax	02 28/44 22 77
Telex	8861170 dnr d

Der Deutsche Naturschutzring, Bundesverband für Umweltschutz e.V. (DNR), wurde 1950 gegründet und vertritt derzeit 98 Verbände und Vereine mit über 2,6 Mio. Einzelmitgliedern, die sich mit Fragen des Natur- und Umweltschutzes befassen.

Der DNR hat sich zum Ziel gesetzt, „der Zerstörung der Natur, ihrer Bestandteile und ihres Haushaltes Einhalt zu gebieten und einen Ausgleich zwischen der Sicherung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und den Ansprüchen des Menschen herbeizuführen“. Er wirkt Entwicklungen der Gesellschaft, die eine lebenswerte Umwelt in irgendeiner Weise beeinträchtigen, entgegen.

In diesem Sinne versucht der DNR, die Umweltpolitik im Bundesgebiet und zukünftig auch verstärkt auf europäischer Ebene zu beeinflussen. Verhandlungspartner des DNR sind vor allem die Bundesregierung und die obersten fachlich zuständigen Behörden der Länder.

Grundsätzlich befaßt sich der DNR nur mit Natur- und Umweltschutzbelangen von übergeordneter und überörtlicher Bedeutung. Er ist jedoch Anrufungsinstanz für die angeschlossenen Mitgliedsverbände und -vereine in allen Fällen, in denen diese nicht zum Ziel kommen können.

Neben dieser „Lobbyfunktion“ liegt ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem ist seit nunmehr 20 Jahren ein Umweltnotruftelefon eingerichtet.

Aktuelle Arbeitsbereiche sind Landwirtschaft und Naturschutz, allgemeiner Natur- und Artenschutz, Verkehr, Chemikalien, Tourismus, Abfall und Bio-/Gentechnologie.

Wesentlich für die Verbandstätigkeit ist die Zusammenarbeit mit den anderen wichtigen Umweltverbänden, Verbraucherorganisationen, kirchlichen Kreisen und Gewerkschaften.

Aufgaben und Ziele der Institution

- DNR -

Medienangebote

Der DNR gibt zur Unterstützung der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit durch die Presse verschiedene Informationsmaterialien heraus. Diese wenden sich an umweltinteressierte Gruppierungen und Einzelpersonen (insbesondere Schüler, Studenten etc.) und werden jeweils gegen einen geringen Kostenbeitrag bzw. kostenfrei abgegeben. Die Materialien werden unfrei zugesandt.

Genauere Lieferbedingungen sind dem auch als Veröffentlichungsverzeichnis dienenden „Bestellschein“ zu entnehmen. Dieser Bestellschein wird auf Anfrage zugeschickt.

Neben den dort verzeichneten

„Merkblättern“ (kleine, farbige, bebilderte Faltblätter, die kurz und markant über einzelne Themen des Natur- und Umweltschutzes informieren und ein entsprechendes Problembewußtsein wecken sollen),

„Broschüren“ (Hefte, die, reich mit Farbbildern ausgestattet, im Unterschied zu den Merkblättern mehr Hintergrundthematiken des Natur- und Biotopschutzes abdecken) und der Reihe „Beiträge zum Natur- und Umweltschutz“ (in der Problembereiche und Ergebnisse einzelner DNR-Veranstaltungen verarbeitet und dokumentiert werden),

gibt der DNR die Verbandszeitung „DNR-KURIER“ heraus. Dieses zweimonatlich erscheinende Periodikum wendet sich an Verbände, Behörden, umweltinteressierte Gruppen sowie Einzelpersonen und ist gegen einen Unkostenbeitrag von 2,- DM pro Einzelheft oder 15,- DM pro Jahr zu beziehen. Der DNR-Kurier dient der regelmäßigen Information und Diskussion zu grundsätzlichen und aktuellen Fragen einer Bemühung um eine wirksame Umweltpolitik.

Serviceleistungen

Natur- und Umweltnotruf 02 28 / 44 15 05
Mit Hilfe dieser Tag und Nacht verfügbaren Notrufeinrichtung soll es möglich gemacht werden, von der Bevölkerung aufgedeckte Umweltschäden erfolgreich zu bekämpfen

Das Bundesministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit, das in diesem Notruf eine echte Hilfe für den Bürger sieht, unterstützt diese Einrichtung finanziell.

Empfehlungen

- Der „DNR-KURIER“ (Bezug: zweimonatlich gegen Unkostenbeitrag)
- Interessenten, die regelmäßig über die Arbeit des DNR informiert werden wollen, können auf Anfrage in einen Verteiler aufgenommen werden.

DEUTSCHER SPORTBUND e.V.

– DSB –

Adresse	Otto-Fleck-Schneise 12 Haus des Deutschen Sports Bereich Breitensport 6000 Frankfurt/Main 71
Ansprechpartner	Frau Dr. Wedekind (Referat Projekte) Herr Hans-Oskar Roth (Referat Methoden)
Telefon	0 69/6 70 00 (Zentrale)

Der Deutsche Sportbund (DSB) ist die Dachorganisation des Deutschen Sports. Ihm gehören 87 Mitgliedsorganisationen an aus folgenden Gruppen: Landessportverbände, Spitzenverbände, Sportverbände mit besonderer Aufgabenstellung, Verbände für Wissenschaft und Bildung, Förderverbände. Ihnen sind u. a. 75 000 Turn- und Sportvereine angeschlossen. Mit über 24 Millionen Mitgliedern ist der Deutsche Sportbund die größte Personenvereinigung in der Bundesrepublik Deutschland. Der DSB wurde 1950 in Hannover gegründet von Landessportbünden und Spitzenverbänden, die sich nach einem mehrjährigen Prozeß über Zonensporttagungen und Sportkonferenzen zur Organisation und Struktur des DSB zusammenfanden.

Zielsetzung des DSB ist es,

- a) Turnen und Sport zu fördern und dafür erforderliche gemeinsame Maßnahmen zu koordinieren;
- b) die gemeinschaftlichen Interessen seiner Mitgliedsorganisationen gegenüber Staat und Gemeinschaft und in der Öffentlichkeit zu vertreten;
- c) den Sport in überverbandlichen Angelegenheiten im Inland und Ausland zu vertreten und die damit zusammenhängenden Fragen zum Wohle seiner Mitgliedsorganisationen zu vertreten (§ 2 der Satzung)

Einer der Grundsätze für die Tätigkeit des DSB besteht darin, „der Lebensfreude und Gesundheit aller Bürger (zu) dienen“ (aus § 3 der Satzung). Daher bemüht sich der DSB auch „um entsprechende Formen für eine sinnvolle Freizeiterfüllung“ (ebda), wie sie vor allem im Breitensport realisiert werden. Die Organe des DSB sind der Bundestag (Mitgliederversammlung), der Hauptausschuß und das Präsidium. Für folgende Aufgabebereiche sind Bundesausschüsse tätig: Ausbildung - Breitensport - Finanzen - Frauensport - Leistungssport - Recht, Soziales und Steuern - Wissenschaft, Bildung und Gesundheit. Der Aufgabebereich Jugendarbeit wird von der Deutschen Sportjugend (DSJ) wahrgenommen. Die Finanzierung der Arbeit des DSB erfolgt über Mitgliedsbeiträge und durch Mittel aus der Glücksspirale.

Der DSB unterhält unter der verantwortlichen Leitung des Generalsekretärs des DSB eine Hauptverwaltung mit den Geschäftsbereichen Sportpolitik/Führung - Grundlagen - Breitensport - Leistungssport - Jugendsport (DSJ) - Finanzen/Verwaltung. Dem Geschäftsbereich Breitensport sind die Abteilungen Planung und

Aufgaben und Ziele der Institution

- DSB -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Programme u. a. mit den Referaten „Projekte“ und „Ausbildung“ zugeordnet. Im Rahmen der seit 1970 laufenden „Trimm-Aktion“ („Trimm Dich durch Sport“) kommt dem Referat „Projekte“ die Aufgabe zu, jeweils auf 4 Jahre angelegte Kampagnen zu bestimmten Schwerpunktthemen mit zu planen und zu organisieren. Die Kampagnen widmeten sich z. B. seit 1975 der Ausdauer („Ein Schläuer trimmt die Ausdauer“), dem Spiel („Spiel mit – da spielt sich was ab“), der Gesundheit („Trimming 130 – Bewegung ist die beste Medizin“) und den Vereinen („Gemeinsam aktiv – Im Verein ist Sport am schönsten“).

Die Vertiefung dieser Projekte in Form von Workshops, Modellseminaren sowie die Erarbeitung entsprechen-

der Ausbildungsmaterialien ist Aufgabe des Referats „Methoden“.

Die Vielfältigkeit der Maßnahmen bzw. die Weitergabe der Materialien mit dem Ziel der Initiierung und Durchführung von Aktionen erfolgt

- auf internem Weg über die dem DSB angeschlossenen Mitgliedsorganisationen (z. B. Landessportbünde),
- durch Kooperation mit außenstehenden Organisationen (z. B. Krankenkassen),
- durch direkte Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Plakataktionen).

Medienangebote

Die Medien des DSB sollen u. a. die Mitglieder und die Öffentlichkeit über die Arbeit des DSB und Entwicklungen im Sport informieren, den im Sport Aktiven Arbeitshilfen und Anleitungen zur Theorie und Praxis des Sports geben und die Vereine bei ihrer Arbeit unterstützen

Der DSB gibt so mehrere Periodika heraus, z. B.

- DSB-Presse (wöchentlich, kostenverursachend) mit aktuellen Pressemeldungen,
- „Sport im Spiegel“ (2mal monatlich, kostenverursachend) mit wichtigen Pressezeitungen zum Sport,
- „Mädchen- und Frauensportkalender“ (unregelmäßig, kostenlos) mit einer Zusammenstellung von Veranstaltungen der Mitgliedsorganisationen des DSB zum Thema „Mädchen und Frauen im Sport“,
- „FVA-Info“ der Führungs- und Verwaltungs-Akademie Berlin (5- bis 6mal jährlich, kostenlos).

Die anderen Medien des DSB sind nach den verschiedenen Arbeitsgebieten des DSB unterteilt und befassen sich mit verschiedenen Fragestellungen wie z. B. Sport und Umwelt, Sport und Weiterbildung. Beispielhaft seien aufgeführt:

- „Freizeitsport und Ernährung“ mit Referaten sowie Arbeitsgruppen-Ergebnissen einer Tagung, Rezepten, Ergebnissen einer Umfrage, Presseberichten sowie Angaben zu weiterführender Literatur; „Sport, Gesundheit, Lebensstil“ dokumentiert die Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung, in der auch ernährungsbezogene Themen mitenthalten sind“.

„Koronarsport in der Bundesrepublik Deutschland“, die Dokumentation eines Seminars zur Übungsleiter-Sonderausbildung Koronarsport.

Diese Veröffentlichungen wenden sich zwar primär an die Mitgliedsorganisationen des DSB, können jedoch darüber hinaus von jedem Interessierten angefordert werden. Der Bezug ist kostenverursachend.

Auf Anforderung kostenlos erhältlich ist das „Broschürenverzeichnis“, das einen Gesamtüberblick über die Publikationen (einschl. der jeweiligen Preise) des DSB gibt, durch die DSB-Vereinshilfe GmbH, Haus des Deutschen Sports, Postfach 71 02 63, 6000 Frankfurt/Main 71

Serviceleistungen

Die Serviceleistungen des DSB sind vor allem darauf ausgerichtet, die Arbeit der Mitgliedsorganisationen zu unterstützen und den Leistungs- und Breitensport zu fördern

So werden vom DSB mit seinen Mitgliedsorganisationen und anderen Förderern Programme entwickelt und angeboten wie das Deutsche Sportabzeichen, der Trimm-Trab ins Grüne, Lauf-Treffs, Spielfeste und Volkswandertage.

Mit der Entwicklung von Fördersystemen für Spitzenathleten und den Nachwuchs u. a. durch Talentförderung, Trainereinsatz und -ausbildung, die Bildung von Olympiastützpunkten soll der Spitzensport gefördert werden.

Mit Kongressen, Tagungen, Werkstattgesprächen und mit der Tätigkeit in den Hauptausschüssen werden durch diese außerdem Empfehlungen und Handreichungen für die verschiedenen Bereiche des Sports erarbeitet.

Der DSB bietet weiterhin durch die Willi-Weyer-Akademie, Führungs- und Verwaltungs-Akademie in Berlin, die Trainerakademie in Köln und über die Bildungswerke der Landessportverbände ein breitgefächertes Ausbildungs- und Bildungsprogramm an. Informationen darüber gibt es bei der DSB-Vereinshilfe bzw. den Landessportbünden

Auf Anfrage sind die Referate des DSB in der Lage, einzelne qualifizierte Fachpersonen oder -Institutionen zu benennen, die sich mit dieser Thematik befassen.

Empfehlungen

Der Deutsche Sportbund ist vor allem durch seine Bemühungen im Breitensport ein wichtiger Partner und Informant für Aktivitäten in der Gesundheitsförderung und dem Schwerpunkt Herz-Kreislauf-Prävention

Es wird empfohlen, das „Broschürenverzeichnis“ der DSB-Vereinshilfe anzufordern und bei der Planung von

Aktivitäten mit dem Arbeitsbereich Breitensport Kontakt aufzunehmen

Besonders zu empfehlen sind der Kontakt und die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Landessportbund.

DEUTSCHER VERBAND FÜR GESUNDHEITS- SPORT UND SPORT- THERAPIE e. V.

– DVGS –

Adresse	Vogelsanger Weg 48 5030 Hürth-Efferen
Ansprechpartner	Frau Angelika Baldus (Geschäftsführerin) oder die Sektionsleiter über die Zentrale
Telefon	0 22 33/6 50 17-19
Telefax	0 22 33/6 45 61

Der Deutsche Verband für Gesundheitssport und Sporttherapie e. V. (DVGS) entwickelte sich aus einer Arbeitsgruppe engagierter Studenten (später Absolventen) um den Sportwissenschaftler Dieter Lagerström herum und wurde 1983 als Deutscher Sporttherapeutenbund e. V. von 21 Hochschuldozenten und Absolventen der Deutschen Sporthochschule Köln gegründet. 1987 wurde der DVGS dann in die jetzige Bezeichnung umbenannt. Der DVGS stellt sich die satzungsgemäße Aufgabe, „durch gezielte pädagogische und sportliche Aktivitäten ein gesundheitsbewußtes Verhalten zu fördern und damit die Lebensqualität zu erhöhen“. Dazu gehören unter anderem folgende Teilziele:

- Personen präventiv und/oder rehabilitativ durch pädagogische und sporttherapeutische Maßnahmen stationär und ambulant zu betreuen,
- Förderung des sportwissenschaftlichen Gesundheitssports und Sporttherapie in interdisziplinärer Zusammenarbeit mit Institutionen der Gesundheitsvor- und -nachsorge sowie den verschiedenen Kostenträgern,
- Entwicklung und Wahrung berufsständischer Interessen sowie die Erlangung der staatlichen Anerkennung des Berufsbildes „Sporttherapeut“,
- Förderung und Verbesserung der Aus- und Fortbildung von sportpädagogischen Fachkräften im präventiven und rehabilitativen Bereich,
- Sicherstellung der sporttherapeutischen Versorgung im klinischen und ambulanten Bereich,
- Durchführung, Anregung und Unterstützung von entsprechenden Forschungsobjekten,
- Qualitätssicherung der Arbeit in Bereichen des Gesundheitssports (Krankenkassen, Fitneßstudios, Betriebe usw.),
- allgemeine Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege,
- qualifizierte Aufklärung der Öffentlichkeit zu Fragen der präventiven und therapeutischen Wirkungsweise von Bewegung.

Die Organe des DVGS sind:

- die Mitgliederversammlung;
- der Vorstand mit dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und bis zu fünf weiteren Vorstandsmitgliedern;
- der erweiterte Vorstand, der sich aus den ordentlichen Vorständen und den Leitern der Sektionen zusammensetzt.

Aufgaben und Ziele der Institution

- DVGS -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Der DVGS versteht sich nicht zuletzt als Berufsverband. Die rund 2500 Mitglieder bundesweit setzen sich überwiegend aus Einzelpersonen (Sportlehrer, Gymnastiklehrer, Physiotherapeuten, Krankengymnasten) zusammen. Als fördernde Mitglieder werden jedoch auch juristische Personen, also Firmen, Vereine, Institutionen, Kliniken und gesundheitssportlich ausgerichtete Fitneßstudios aufgenommen.

Unter den satzungsgemäßen Zielen des DVGS hat eines besondere Gewichtung:

- die Qualifizierung von Sportpädagogen für den Gesundheitssport und die Sporttherapie mit der Schaffung eines anerkannten Berufsbildes.

Zur Qualifizierung von Sportpädagogen wurde ein Curriculum entwickelt, durch das eine Zusatzqualifikation für „Gesundheitssport“ oder „Sporttherapie“ mit Spezialisierungsmöglichkeiten erworben werden kann. Dieses qualifizierende Lehrgangswesen des DVGS, das als Vollzeit- oder berufsbegleitende Ausbildung an verschiedenen Hochschulen absolviert werden kann, besteht aus vier Blöcken:

Block 1: Grundständiges sportwissenschaftliches Studium oder vergleichbare Ausbildung,

Block 2: Grundlagen des Gesundheitssports und der Sporttherapie,

Block 3: Spezialausbildung für die verschiedenen Indikationsgebiete,

Block 4: Praktikum

Die verwaltungsmäßigen, organisatorischen und inhaltlichen Aufgaben des DVGS werden von der Geschäfts-

stelle mit hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern und in mehreren Sektionen mit verschiedenen Arbeitsbereichen erfüllt. Diese Sektionen vermitteln gleichzeitig einen Überblick über die Tätigkeitsfelder des DVGS in den Bereichen Gesundheitssport und Sporttherapie

Im einzelnen gibt es derzeit folgende Sektionen:

- „Klinische Sporttherapie“,
- „Psychiatrie, Psychosomatik, Sucht“
- „Asthma und andere chronisch obstruktive Atemwegserkrankungen“,
- „Herz-Kreislauf“,
- „Orthopädie/Rheumatologie“,
- „Gesundheitsförderung im Alltag und Beruf“,
- „Fitneß und Prävention“,
- „Skisport, Alpinistik und Bergwandern“.

Zu den Aufgaben der Sektionen gehören die konzeptionelle und inhaltliche Gestaltung der Spezialausbildung im Lehrgangswesen (Block 3) des DVGS und deren Weiterentwicklung, die Erarbeitung von Konzepten für die Bereiche Gesundheitssport und Sporttherapie (z. B. die DVGS-Rückenschule, ein Konzept zu Osteoporose durch die Sektion „Orthopädie/Rheumatologie“ oder von Qualitätsstandards für Gesundheitsstudios durch die Sektion „Fitneß und Prävention“)

Mit Tagungen, Seminaren der verschiedenen Sektionen und Arbeitsgruppen und den jährlichen Tagungen in Köln, Jülich und Bad Rappenau fördert der DVGS außerdem die Diskussion neuer Erkenntnisse und den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern

Die Mittel des DVGS setzen sich zusammen aus den Mitgliedsbeiträgen, Spenden und den Erträgen des Lehrgangswesens

Medienangebote

Das Medienangebot des DVGS setzt sich zusammen aus:

1. dem Periodikum „Gesundheitssport und Sporttherapie“ (dem einzigen Fachmagazin für Gesundheitssport und Sporttherapie) Es erscheint sechsmal jährlich mit aktuellen wissenschaftlichen Beiträgen aus der Forschung sowie konkreten Anwendungsbeispielen aus der Praxis der modernen gesundheitssportlichen und sporttherapeutischen Arbeit (für Mitglieder des DVGS kostenlos im Mitgliedsbeitrag enthalten);
2. der zweimonatszeitschrift „Herz, Sport und Gesundheit“ Sie ist im Abonnement zu beziehen und richtet sich primär auch an die Endverbraucher Sie enthält insbesondere Beiträge zu Themenbereichen des Titels „Herz, Sport und Gesundheit“. Mitglieder des DVGS können die Zeitschrift zu Sonderkonditionen abonnieren;
3. der kleinen Schriftenreihe mit Kongreß- und Tagungsberichten der großen Tagungen in Köln und

Bad Rappenau (kostenpflichtig) Zu erwähnen ist hier z. B. der Band „Muskeltraining in der Sporttherapie“, der als Tagungsband der gleichnamigen Tagung 1989 Bad Rappenau ausgegeben wurde;

4. der großen Schriftenreihe, die ähnlich einer Lexikonreihe als ein Kompendium für Gesundheitssport und Sporttherapie konzipiert ist (z. B. der Band „Grundlagen der Sporttherapie bei koronarer Herzkrankheit“) (kostenpflichtig);

5. Einzelveröffentlichungen, wie z. B. die Kursmappe für den „Bad Oeynhausener Rückenschulkurs“, den Kurs Wassertelemetrie, der Kursmappe Osteoporose usw. (kostenpflichtig),

6. Videofilmen, z. B. dem Film „Trainingssteuerung und Leistungsdiagnostik in Gesundheitssport und Sporttherapie“ (kostenpflichtig)

Über das Medienangebot des DVGS gibt es ein Verzeichnis

Serviceleistungen

- Interessenvertretung als Berufsverband für Gesundheitssport und Sporttherapie, z. B. durch Schaffung eines anerkannten Berufsbildes „Sporttherapeut“ mit den entsprechenden Aus- bzw. Weiterbildungsrichtlinien sowie der Zusammenarbeit mit anderen Berufsverbänden,

Beratung bei tarifpolitischen Fragen, Bewerbungs-Unterstützung, Lehrgänge und Seminare, wie z. B. „Bewegungs- und Sporttherapie in der Psychiatrie“ oder Tagungen der Sektionen, wie z. B. der Sektion Klinische Sporttherapie zum Thema „Die Wirbelsäule“. Ein Veranstal-

tungskalender, der beim DVGS angefordert werden kann, gibt darüber Auskunft,

- Kooperation mit Partnern des Gesundheitswesens, Zusammenarbeit mit Krankenkassen, Sportverbänden, klinischen Einrichtungen, Fitneß- und Studioeinrichtungen etc ,
- Arbeitshilfen, z B für die Herzgruppenarbeit, wie Pulskarten, spezielle Sportgeräte etc.,
- Literaturlisten zu verschiedenen Themen wie „Herz-Kreislauf“, „Orthopädie“ (kostenpflichtig).

- DVGS -

Serviceleistungen

Die weite Palette der Angebote des DVGS soll vor allem den Mitgliedern dienen. Die Fachkenntnisse der Mitarbeiter des DVGS stehen aber auch Interessierten aus anderen Bereichen als Informationsquellen zur Verfügung.

Empfehlungen

Bei Vorhaben im Bereich des Gesundheitssports und der Sporttherapie sollte der DVGS konsultiert und sein Dienstleistungskatalog angefordert werden.

DEUTSCHER VEREIN FÜR ÖFFENTLICHE UND PRIVATE FÜRSORGE – DV –

Adresse	Am Stockborn 1–3 6000 Frankfurt/Main 50
Ansprechpartner	Herr Scherpner (Abteilungsleiter Fort- und Weiterbildung) Herr Krahl (Zentraler Projektmoderator) Herr Hoppe (stellv. Leiter des Fortbildungswerkes für sozialpädagogische Fachkräfte)
Telefon	0 69/5 80 31 (Zentrale)
Telefax	0 69/5 80 33 81

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV) wurde 1880 als „Deutscher Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit“ gegründet und erhielt 1919 den heutigen Namen. Der satzungsgemäße Zweck des DV ist, „einen Mittelpunkt für alle Bestrebungen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit, insbesondere der öffentlichen und freien Sozialhilfe, Jugendhilfe und Gesundheitshilfe in der Bundesrepublik zu bilden“, er stellt somit die Koordinationsstelle für alle Bestrebungen im sozialen Bereich dar.

Die Hauptaufgaben des DV sind:

- Anregung und Beeinflussung von Entwicklungen in der Sozialpolitik,
- Erarbeitung von Empfehlungen für die Praxis der öffentlichen und freien sozialen Arbeit,
- gutachtliche Tätigkeit auf dem Gebiet des Sozialrechts,
- ständige Information der auf diesen Gebieten tätigen Personen und Förderung des Erfahrungsaustausches,
- Fort- und Weiterbildung von Führungskräften und Mitarbeitern des sozialen Bereichs,
- Förderung der für die soziale Arbeit bedeutsamen Wissenschaften,
- Beobachtung und Auswertung der Entwicklung der sozialen Arbeit in anderen Ländern und Förderung der internationalen Zusammenarbeit,
- Herausgabe von Schriften und sonstigen Veröffentlichungen zu den Fragen des sozialen Bereichs.

Dem DV gehören als Mitglieder hauptsächlich an

- die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege: Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Deutsches Rotes Kreuz, Deutscher paritätischer Wohlfahrtsverband, Diakonisches Werk, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden,
- die öffentlichen Träger: Bund, Länder, Städte, Landkreise und Gemeinden und sonstige Behörden,

Aufgaben und Ziele der Institution

- DV -

Aufgaben und Ziele der Institution

- Einrichtungen des Gesundheits- und Pflegedienstes, Ausbildungsstätten,
- Einzelpersonen, vor allem Fachkräfte aus der sozialen Arbeit,

insgesamt sind es über 2700 Mitglieder. Sie bilden mit der Mitgliederversammlung eines der Organe des DV, die anderen sind der Hauptausschuß, der Vorstand und der engere Vorstand.

Die Mitgliederversammlung wählt die bis zu 180 Mitglieder des Hauptausschusses, beschließt Satzungsänderungen, nimmt den Geschäftsbericht entgegen und berät ein aktuelles sozialpolitisches Fachthema.

Der Hauptausschuß wählt den Vorsitzenden und seine drei Stellvertreter, die den engeren Vorstand bilden, sowie die übrigen 30 Mitglieder des Vorstandes. Der Hauptausschuß bestimmt die Grundsätze der Vereinstätigkeiten, beschließt den Haushaltsplan, nimmt die Jahresrechnung ab und berät ebenfalls bei seiner Jahresagung ein Fachthema.

Der Vorstand, dem der von ihm bestellte Geschäftsführer mit beratender Stimme angehört, leitet die Geschäfte des DV, stellt den Haushaltsplan auf, gibt die Stellungnahmen des DV ab und beschließt in Fragen der Mitgliedschaft.

Der engere Vorstand vertritt den DV nach außen und führt die laufenden Geschäfte des Vereins.

Zur Unterstützung der Aufgabenerfüllung des Vorstandes und des Vereins bestehen besondere Vorstandsausschüsse, Fachausschüsse und Arbeitskreise.

Dazu wurden folgende zwei Vorstandsausschüsse gebildet:

- für Fragen der Fort- und Weiterbildung,
- für den Deutschen Landesausschuß des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt (ICSW)

Die 10 Fachausschüsse des DV bearbeiten einzelne Fragen und Sachgebiete der sozialen Arbeit. Experten der öffentlichen und freien sozialen Arbeit und Wissenschaftler gehören den Fachausschüssen an, die außerdem zur Beratung von Einzelfragen in Arbeitskreisen andere Sachverständige hinzuziehen können. Die einzelnen Fachausschüsse sind: Sozialhilfe und Sozialpolitik, Jugendhilfe, Jugendförderung, Jugendpolitik, Familienförderung, Familienpolitik, Gesundheitshilfe, Gesundheitspolitik - Altenhilfe, Hilfen für Behinderte, Hilfen für Gefährdete - Soziale Berufe, Organisation sozialer Dienste, Sozialplanung, Öffentlichkeitsarbeit.

Die Geschäftsstelle des DV, in der rd. 100 Voll- und Teilzeitmitarbeiter/innen beschäftigt sind, ist im 1972 erbauten Haus des Deutschen Vereins untergebracht. In diesem befinden sich außerdem 90 Gästezimmer für die Lehrgangs- und Sitzungsteilnehmer, Küche, Kasino, Lehrgangsräume und eine Hausdruckerei.

Die Geschäftsstelle besteht aus einem Eigenverlag, dem Wirtschaftsbetrieb und einer allgemeinen

Verwaltung und für die inhaltlichen Aufgaben der DV aus:

- dem Hauptreferat Gutachtenerstellung, wo jährlich rd. 300 Gutachten auf Antrag der Mitglieder und für diese kostenfrei erstellt werden,
- der Abteilung Fachreferate/Gutachtenerstellung, die für die Fachausschüsse, die Arbeitskreise und sonstigen Gremien des DV und ebenfalls gutachtlich tätig ist. Die einzelnen Fachreferate sind: Sozialhilfe und Sozialpolitik - Jugend und Familie - Altenhilfe - Organisation, Sozialplanung - Hilfen für Behinderte und psychisch Kranke, Gesundheitshilfe - Soziale Berufe, Hilfen für Gefährdete - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit - Sozialstatistik und Sozialdokumentation,
- der Abteilung Fort- und Weiterbildung, die für jährlich über 2000 Teilnehmer aus der sozialen Arbeit wie Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Verwaltungsfachkräfte, Erzieher und Lehrkräfte ein umfangreiches Bildungsangebot mit ein- und mehrwöchigen Fortbildungslehrgängen, berufsbegleitenden Weiterbildungskursen, Studientagen und Sonderveranstaltungen plant und durchführt. Die Abteilung besteht aus mehreren Fachbereichen:

Fortbildungswerk für Sozialarbeiter und Verwaltungsfachkräfte mit Angeboten zu Grundfragen der Sozialarbeit, zur Sozial- und Jugendhilfe, zu methodischen Arbeitsweisen und zu Fragen der Aus- und Fortbildung.

Akademie für Jugendarbeit und Sozialarbeit mit langfristigen Weiterbildungskursen für leitende Mitarbeiter der sozialen Arbeit sowie Arbeits- und Fortbildungstagungen für Fachhochschullehrer, lehrende Sozialarbeiter/-pädagoginnen und Praxisanleiter,

- Fortbildungswerk für sozialpädagogische Fachkräfte mit bundeszentralen Fortbildungsangeboten für Mitarbeiter des Elementarbereichs,
- Arbeitsschwerpunkt Altenhilfe, Modellprojekt Gesundheitserziehung in Tageseinrichtungen für Kinder bis zu 6 Jahren (3jähriges Forschungsprojekt).

Die Programme der Fortbildungsfachbereiche erscheinen jährlich im August und können beim Deutschen Verein angefordert werden.

- der Abteilung Deutscher Landesausschuß des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt (ICSW), der die Auslandsbeziehungen und internationalen Kontakte des Deutschen Vereins pflegt.

Außerdem richtet der DV den Deutschen Forsorgetag (DFT) aus, der in der Regel alle drei Jahre stattfindet. Als zentraler bundesweiter Fachkongreß ist er ein Forum für die öffentlichen und freien Träger sozialer Arbeit, für Wissenschaftler und Politiker.

Die Arbeit des Deutschen Vereins wird finanziert aus den Mitgliedsbeiträgen, institutionellen und projektgebundenen Zuwendungen des Bundes, Länderzuschüssen und Einnahmen aus dem Schriftenverkauf und Lehrgangsgebühren.

Das Medienangebot des Deutschen Vereins, das in der Hauptsache aus Publikationen besteht, dient der Information und Fortbildung aller im sozialen Bereich Tätigen. Es setzt sich zusammen aus Periodika, Büchern und Broschüren, die im Eigenverlag herausgebracht werden:

- Der „Nachrichtendienst des Deutschen Vereins (NDV)“ erscheint monatlich, ist für die Mitglieder kostenfrei und sonst im Abonnement zu beziehen. Er bringt in neuen Rubriken Stellungnahmen, Empfehlungen und Gutachten des DV, berichtet über Tagungen und aus der Arbeit des DV, über Rechtsprechung und Neuerscheinungen,
- das „Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit“ erscheint als Vierteljahresschrift zur Förderung von Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe. Das Archiv enthält Grundsatzartikel und Berichte zur sozialen Arbeit sowie Buchbesprechungen. Es wird im Abonnement bezogen, für Mitglieder des DV mit Preisnachlaß.

Das weitere Programm des Eigenverlags besteht aus mehreren Reihen:

- „Allgemeine Schriften“ mit umfassenden Darstellungen oder Tagungsberichten wie z. B. „Handbuch der örtlichen Sozialplanung“, „Familie und soziale Arbeit“, „Gesellschaftliche Sicherheit alter Menschen“,
- „Kleinere Schriften“, die abonniert werden können und meistens auf Spezialthemen der sozialen Arbeit bezogen sind, z. B. „Empfehlungen zur Teamarbeit in sozialen Diensten“, „Das Recht der elterlichen Sorge“, „Aspekte der Versorgung psychisch veränderter älterer Menschen“,
- „Arbeitshilfen“, die ebenfalls abonniert werden können und Abhandlungen und Berichte, z. B. über Mo-

Der Deutsche Verein hat in seinen Serviceleistungen zwei Schwerpunkte: die Gutachtenerstellung und die Fort- und Weiterbildung.

- Die Gutachtenerstellung dient vor allem den Mitgliedern und soll zu einer einheitlichen Auslegung von Bundesrecht auf dem Gebiet des Sozialrechts beitragen, zur Bewältigung von Konflikten zwischen Sozialleistungsträgern und zur zweckentsprechenden Anwendung des Sozialleistungsrechts
- Die Fort- und Weiterbildung ist ein umfangreiches Angebot an die Fachkräfte, um deren berufliche Kompetenz zu erhöhen und zur Weiterbildung der Sozialarbeit und Sozialpädagogik beizutragen. Dabei

dellprojekte, bringen; so: „Kritische Einführung in die Verhaltensmodifikation für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen“, „Familie und Medien“, „Führen und Leiten in sozialen Diensten“,

- „Große Reihe“, die in vier Serien gegliedert ist: I. Schriften allgemeinen Inhaltes (SAI) wie z. B. „Sozialarbeit im Gesundheitswesen“, „Lehren und Leiten von Leitung und Beratung“; II. Materialien für die sozialpädagogische Praxis (MSP), z. B.: „Erfahrungslernen, wie geht das?“, „Die Fremden unter den Eingeborenen“; III. Veröffentlichungen vom Deutschen Landesausschuß des ICSW, z. B.: „Die ökonomische Krise des Wohlfahrtsstaates“; IV. Dissertationen, Diplomarbeiten, Dokumentationen (DDD), z. B.: „Sozialarbeit und Sozialpädagogik“, „Jugend und Freizeit“,
- „Fachlexikon der sozialen Arbeit“, ein umfangreiches und ausführliches Nachschlagewerk,
- „Loseblattsammlungen“ mit dem Gesamtverzeichnis aller Einrichtungen auf dem Gebiet der Psychiatrie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Neurologie, Neurochirurgie, Psychotherapie, Psychosomatik, Psychohygiene, Bildung, Fürsorge und Beratung von seelisch und/oder geistig Behinderten sowie der dreiteiligen Loseblattsammlung „Materialien zur Sozial- und Jugendhilfe“ mit Gesetzesmaterialien zu den verschiedenen Gesetzen und zu Verfassungsfragen

Über die einzelnen Titel der verschiedenen Reihen und der Sonderveröffentlichungen hat der Deutsche Verein ein Verlagsverzeichnis, das angefordert werden kann; die Auslieferung an Nicht-Mitglieder erfolgt über den Verlag W. Kohlhammer

Zu den Medienangeboten gehört weiterhin eine Videoreihe „Bewegungserziehung im Elementarbereich“.

hat auch die Weiterentwicklung von didaktischen Modellen einen besonderen Stellenwert.

Zu den weiteren Serviceangeboten des DV gehören neben dem Gästehaus und Kasinobetrieb die umfangreiche Präsenzbibliothek mit über 30 000 Bänden und etwa 180 laufenden Zeitschriften, weiter das Sozialarchiv des Deutschen Vereins mit biographischen und autobiographischen Materialien.

Der DV führt außerdem Beratungen wie Organisationsberatungen und Auftragsprojekte durch und hilft mit seiner Referentenkartell bei der Suche nach Fortbildungsreferenten

Unter den vielseitigen und qualifizierten Leistungen des DV ist besonders das Fortbildungsangebot zu empfehlen, wozu die Jahresprogramme der Fortbildungsbereiche angefordert werden sollten (Erscheinungszeitraum August)

Weiterhin sollte das Lieferprogramm des Eigenverlags bekannt sein, dazu kann das Verlagsverzeichnis angefordert werden.

Schließlich sollte bei Fragen/Problemen im sozialen Bereich beim DV erkundet werden, ob dazu Gutachten oder Stellungnahmen vorliegen.

- DV -

Medienangebote

Serviceleistungen

Empfehlungen

DEUTSCHER VERKEHRSSICHERHEITSRAT e.V.

– DVR –

Adresse	Obere Wilhelmstraße 32 5300 Bonn 3
Ansprechpartner	die jeweiligen Referats- und Projektleiter
Telefon	02 28/40 00 10
Telefax	02 28/4 00 0167

Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat e.V. (DVR) ist ein gemeinnütziger Verein, der 1969 als Koordinierungsinstrument gegründet wurde, um die Bestrebungen der Verkehrssicherheit zu fördern

Dem DVR gehören 274 Mitglieder an, beispielsweise der Bundesminister für Verkehr, Länderministerien, Automobilclubs, die Deutsche Verkehrswacht, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, kirchliche Gremien, Versicherungen, die gewerblichen Berufsgenossenschaften, Verbände, Wirtschaftsunternehmen wie Mineralölfirmen, Automobilfirmen und Zulieferindustrie sowie zahlreiche sonstige Institutionen. Die Koordinierungsaufgabe des DVR besteht u. a. darin, die mitunter sehr unterschiedlichen Interessen der Mitglieder im Rahmen der Ziele des DVR zu vereinigen.

Die Ziele der DVR-Satzung sind

- alle Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit auf den Straßen zu fördern und zu verstärken, in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und den an dieser Zielsetzung interessierten Vereinigungen, Organisationen und sonstigen Stellen,
- die Bemühungen aller beteiligten Stellen zu einem gemeinsamen, sinnvollen und wirksamen Handeln zusammenzufassen, ohne deren Selbständigkeit und Initiativen zu beeinträchtigen,
- sich in diesem Rahmen insbesondere mit Fragen der Verkehrstechnik, Verkehrserziehung und -aufklärung, des Verkehrsrechts und der -überwachung sowie der Verkehrsmedizin befassen.

Zur Umsetzung der Ziele erarbeitet der DVR u. a. Empfehlungen für die Kraftfahrzeugindustrie, für Verkehrsplaner und Entscheidungsträger auf überregionaler und kommunaler Ebene zur Verbesserung der Verkehrssicherheit z. B. bei der Kraftfahrzeugausstattung, dem Straßenbau und der Gestaltung des Straßennetzes. Ein weiterer Schwerpunkt ist das Bemühen, ausgewählte Zielgruppen wie Lastkraftwagenfahrer, ältere Menschen, Motorradfahrer, Berufstätige allgemein oder Eltern anzusprechen und zu einem sicherheitsbewußten Verhalten im Straßenverkehr zu motivieren.

Aufgaben und Ziele der Institution

- DVR -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Dazu hat der DVR ein langfristig angelegtes Arbeitsprogramm, das z. Zt. folgende Schwerpunkte umfaßt:

- „Kind und Verkehr“: Das Programm „Kind und Verkehr“ wurde vom DVR und seinen Mitgliedern ab 1978 in zweijähriger Arbeit entwickelt und ist als langfristiges Programm angelegt. Es ist kein Lernprogramm für Kinder, sondern ein Erwachsenenprogramm und orientiert sich an den Unfallursachen von Kindern:
 - kinderfeindliche Wege- und Straßenverhältnisse, mangelndes Einstellen von Kraftfahrern auf Kinder,
 - falsches Vorbildverhalten von Erwachsenen, entwicklungsbedingtes Verhalten von Kindern.

Die Durchführung des Programms liegt bei einigen Mitgliedsverbänden des DVR, und zwar hauptsächlich den Automobilclubs und der Deutschen Verkehrswacht e V

Zielgruppen des Programms sind: Kraftfahrer, Kommunalpolitiker, Stadtplaner, erwachsene Fußgänger und Radfahrer, die durch Öffentlichkeitsarbeit in Presse, Funk und Fernsehen angesprochen werden. Eine besondere Zielgruppe des Programms sind Eltern von Vorschulkindern. Im Jahre 1990 beispielsweise wurden 12 000 Elternveranstaltungen mit mehr als 300 000 Müttern und Vätern durchgeführt. Dazu wurden 2 000 Moderatoren ausgebildet, so daß das Programm bundesweit und flächendeckend umgesetzt werden konnte.

Innerhalb des Programms „Kind und Verkehr“ rückte in den letzten Jahren besonders das Kind als Radfahrer in den Blickpunkt, da mit der zunehmenden Zahl an jüngeren radfahrenden Kindern die Unfälle angestiegen sind, außerdem das Kind als Mitfahrer im Auto, da trotz vieler guter Kinderschutzsysteme die Unfallzahlen mit Verletzungs- oder Todesfolge in den vergangenen Jahren drastisch hoch blieben.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet der neue Programmbaustein „Verkehrserziehung behinderter Kinder und Jugendlicher“.

- „Zweiradtraining“: Dieses Programm wendet sich an die 15-18jährigen Jugendlichen als Mofafahrer, u. a. mit einem Fortbildungsprogramm. In einem zweitägigen Kurs, z. B. in größeren Betrieben, wird mit praktischen Übungen trainiert und Wissen vermittelt.

Medienangebote

Die Publikationen des DVR dienen dazu, die Ziele und Maßnahmen des DVR sowohl der Öffentlichkeit als auch den einzelnen Zielgruppen näherzubringen.

Der DVR bringt als Periodika den jeweiligen Jahresbericht und die Zeitschrift „DVR-Report“ heraus, diese ist der Informationsdienst für die Mitglieder des DVR und für die interessierte Öffentlichkeit. Für das Programm „Kind und Verkehr“ (und die anderen Programme) wurden mehrere Medien entwickelt, beispielhaft seien aufgeführt:

- der Film „Kinder haben keine Bremse“ (entleihbar bei den Stadt- und Kreisbildstellen, der Verkehrswacht und auch dem DVR),

- „Alkohol“: Unter dem Motto: „Nüchtern fahren – sicher ankommen“ werden in diesem Programm Kraftfahrer über Faltblätter, Anzeigen, Kleinausstellungen und mit Sonderaktionen angesprochen. Dazu gehört auch die Produktion von Musik-Videos, die in Diskotheken usw. vorgeführt werden und junge Menschen zur rechtzeitigen und sicheren Organisation der Heimfahrt nach Alkoholgenuß motivieren sollen.

Weitere Arbeitsprogramme sind:

- „Sicherheit auf allen Wegen“ (gemeinsam mit den Berufsgenossenschaften werden Maßnahmen geplant und ergriffen, die zur Reduzierung der Wegeunfälle beitragen sollen),
- „Ältere Menschen als Fußgänger im Straßenverkehr“,
- „Ältere aktive Kraftfahrer“,
- „Nachschulung junger Fahrer“,
- „Sicherheitstraining für PKW-Fahrer“,
- „Sicherheitsprogramm für LKW- und Tankwagenfahrer“

Weiterhin bestehen mehrere Fachausschüsse, die für das Präsidium des DVR und die vorgenannten Programme Empfehlungen zu bestimmten Fragen erarbeiten. Diese Fachausschüsse sind einschließlich dem jeweiligen Vorsitzenden mit Personen besetzt, die aus den Mitgliedsverbänden kommen und dort mit den entsprechenden Themen befaßt sind.

Es gibt acht Ausschüsse:

- Ausschuß für Erwachsenenklärung
- Ausschuß für Gesetzgebung und Exekutive
- Ausschuß für junge Kraftfahrer
- Ausschuß für Fahrzeugtechnik
- Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit
- Ausschuß für Straßenverkehr
- Ausschuß für Kinder und Jugendliche
- Ausschuß für Verkehrsmedizin

Zu den Organen des DVR gehören die Mitgliederversammlung, der Vorstand mit einem geschäftsführenden Vorstand, eine Geschäftsstelle mit dem Hauptgeschäftsführer und verschiedenen Referaten.

Finanziert werden der DVR und seine verschiedenen Schwerpunktprogramme durch Mitgliederbeiträge, Finanzbeiträge und Sonderzuwendungen verschiedener DVR-Mitglieder, vor allem vom Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und durch Bundesmittel (z. Zt. ca. 40 Prozent).

dann die Broschüren

- Das Programm „Kind und Verkehr“. Ein Überblick über alle Programmangebote, Initiativen – Zur Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr. Straßenverkehrstechnische und -bauliche Maßnahmen. Erhältlich bei Volksbanken und Raiffeisenbanken,
- Kinder als Mitfahrer. Eine Elternbroschüre

Diese Broschüren können kostenlos angefordert werden.

Darüber hinaus gibt es noch Zielgruppenmedien (ältere Menschen, Berufskraftfahrer usw.) und Elternbildungsmedien, die nur veranstaltungsgebunden eingesetzt und nicht frei verteilt werden.

Mit seinen Serviceleistungen will der DVR in einzelnen Arbeitsprogrammen die Botschaften zur Verkehrssicherheit, die über Massenmedien an die Zielgruppen gerichtet werden, vertiefen und zu sicherheitsbewußtem Verhalten motivieren und befähigen. Dazu gehören z. B. die Aus- und Fortbildung von Moderatoren, die Entwicklung und Herstellung von einheitlichen Medien in den Zielgruppenprogrammen und die Praxisberatung von Fahrlehrern für das Nachschulungsprogramm für Fahranfänger.

So bietet der DVR z. B. im Rahmen des Programms „Kind und Verkehr“ kostenlos Moderatoren für 90minütige Elternveranstaltungen an (auch für türkische Eltern), die sich mit zwei Themen befassen:

1. „Kinder als Fußgänger“ für Eltern von Vorschulkindern oder
2. „Kinder als Radfahrer“ für Eltern von Kindern im Vorschulalter.

Die erforderlichen Elternbildungsmedien werden von den Moderatoren kostenlos zur Verfügung gestellt.

Einzelexemplare der Elternratgeber werden an Mitarbeiter von Gesundheitsämtern und an Erzieherinnen kostenlos vom DVR abgegeben.

Die Moderatoren können über folgende zentrale Stellen eingeladen werden:

Der Straßenverkehr gefährdet vor allem Kinder. Bei präventiven Maßnahmen in diesem Bereich sollten die Leistungen des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR) genutzt werden.

- Zur allgemeinen Information, zur Vorbereitung und Durchführung von Aktivitäten in dem Bereich „Kind und Verkehr“ geben die Publikationen des DVR wertvolle Hinweise. Sie können in Einzelexemplaren kostenlos angefordert werden.

– ACE auto club europa e V
Schmidener Str 233
7000 Stuttgart 50
Tel : 07 11/5 30 32 90

– ADAC Zentrale
Am Westpark 8
8000 München 70
Tel.: 0 89/76 76 24 78

– Automobilclub KVDB e.V
Oberntieferstr 20
8532 Bad Windsheim
Tel.: 0 98 41/20 81

– Deutsche Verkehrswacht e V
Am Pannacker 2
5309 Meckenheim
Tel.: 0 22 25/8 84-0

– Kraftfahrer-Schutz (KS) e.V.
Umlandstr. 7
8000 München 2
Tel.: 0 89/53 98 10

Spezielle Fragen zur Verkehrssicherheit werden vom DVR über seine Fachausschüsse behandelt und beantwortet

Anfragen zu den Serviceleistungen können telefonisch oder schriftlich an die verschiedenen Ansprechpartner (Referats- und Projektleiter über die Zentrale, Tel.: 02 28/40 00 10) des DVR gerichtet werden.

- Bei bestehenden Elterngruppen sollte ein Elternabend (kostenlos) zu dem Thema „Kind und Verkehr“ angeregt werden bzw. über/von Erzieher(n) – auch für türkische Eltern – initiiert werden. Die Moderatoren werden über die zentralen Stellen (siehe oben) eingeladen, die die Einladung an den zuständigen Landesverband weiterleiten.
- Zur Mitgestaltung von örtlichen kindgerechten Verkehrsverhältnissen empfiehlt es sich, die Informationsschrift „Initiativen“ beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Heussallee 5, 5300 Bonn 3, anzufordern.

– DVR –

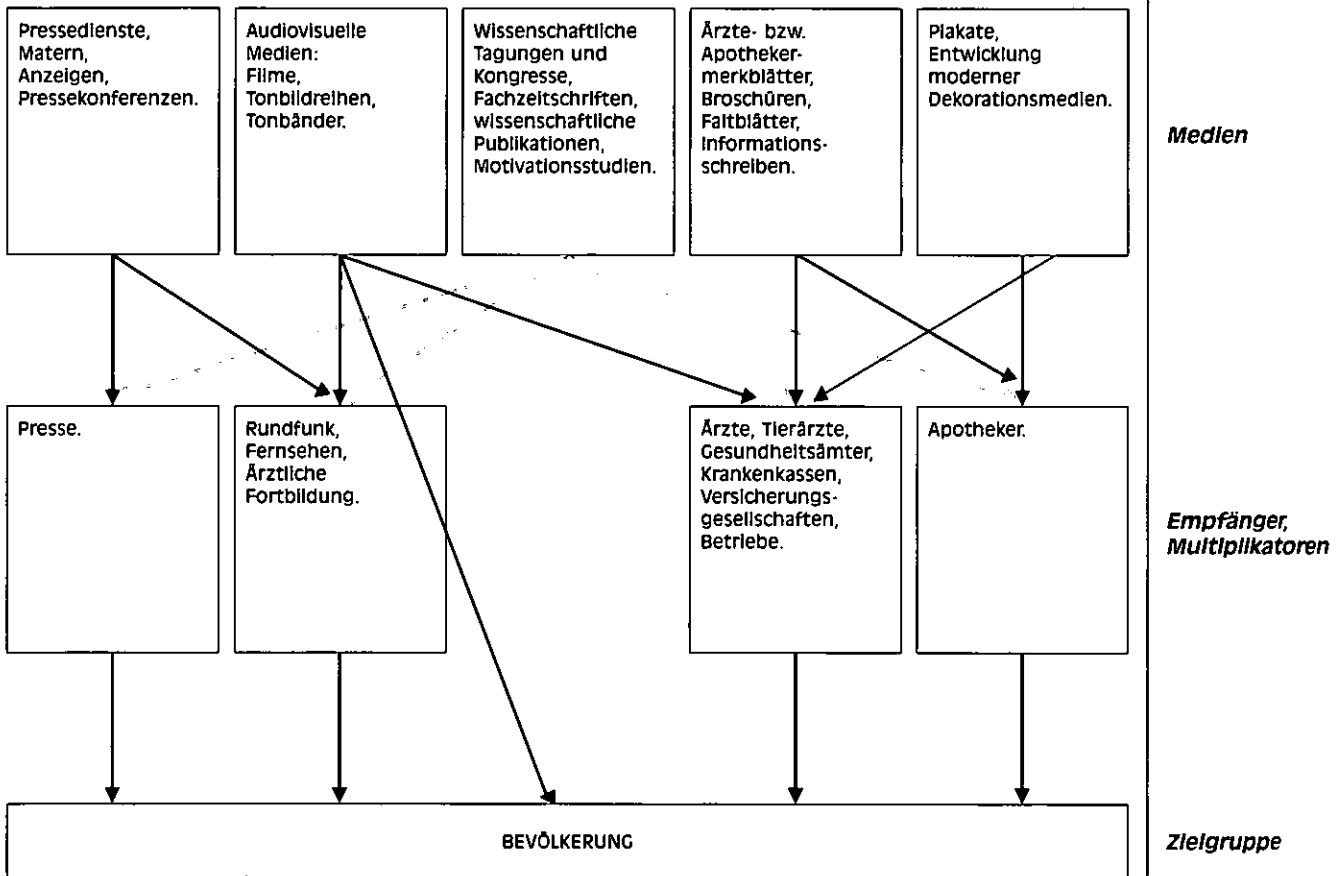
Serviceleistungen

Empfehlungen

DEUTSCHES GRÜNES KREUZ

Adresse Schuhmarkt 4
 3550 Marburg/Lahn
Ansprechpartner Herr Dr. v. Stackelberg
 (Geschäftsführer)
 Frau Dr. med. S. Ley
Telefon 0 64 21/29 30

SO INFORMIERT DAS DEUTSCHE GRÜNE KREUZ



DEUTSCHES GRÜNES KREUZ

Aufgaben und Ziele der Institution

Das Deutsche Grüne Kreuz wurde am 13. April 1950 als eingetragener Verein errichtet und ist als gemeinnützig anerkannt.

Aufgabe des Deutschen Grünen Kreuzes ist es, Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsaufklärung zu entwickeln und durchzuführen sowie Schädigungen des Menschen auf allen Gebieten des Lebens und seines täglichen Bedarfs abzuwenden und zu mindern.

Die Ziele des Deutschen Grünen Kreuzes erstrecken sich ferner auf die Bekämpfung von Gefahren und Schäden aller Art für Tier und Pflanze.

Seine Aufgaben löst das Deutsche Grüne Kreuz selbstständig und neutral in Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Stellen, ohne seine Entscheidung von Bindungen und Einflüssen abhängig zu machen, durch Aufklärung der Bevölkerung und durch Sammlung von Erfahrungen. Grundlegende Fragen werden durch Sachverständige aus Wissenschaft und Praxis bearbeitet. Die Tätigkeitsergebnisse werden der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt.

Medienangebote

Das Grundprinzip der Medienkonzeption des Deutschen Grünen Kreuzes lautet: Behebung von Informationsdefiziten im Bereich Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsaufklärung durch Reagieren auf akute Nachfragen.

Einen sehr guten Einblick in die Medienarbeit des Deutschen Grünen Kreuzes vermittelt das Schaubild in der Broschüre „Das Deutsche Grüne Kreuz – Portrait einer gemeinnützigen Vereinigung zur Förderung der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsaufklärung“ (siehe vorhergehende Seite).

Es zeigt die Medienarten und deren Distribution durch Multiplikatoren an die Bevölkerung.

Aus der „Aufstellung kostenloser Medien“ und dem „Verlagsverzeichnis“ kostenverursachender Medien ist zu ersehen, daß der Bereich „Impfschutz“ von besonderer Bedeutung für die Medienarbeit des Deutschen Grünen Kreuzes ist.

Serviceleistungen

Das Deutsche Grüne Kreuz bietet folgende Serviceleistungen an:

- kostenloser Verleih von audiovisuellen Medien (Die im Verleihprogramm „Bild und Ton“ dokumentierten entlehbaren AV-Medien sind durchweg älteren Datums und haben somit für die aktuellen Aufklärungs- und Gesundheitsvorsorgebemühungen nur noch begrenzten Nutzungswert.)
- Ausrichtung von Tagungen und Kongressen
- Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für medizinisches Fachpersonal

- Vermittlung von Kontaktadressen (Referentendienst)
- Verteiler für regelmäßige Informationen über
- Neuerscheinungen von Medien
- Veranstaltungen und Tagungen
- Aktionen und Gesundheitsprogramme

Es ist möglich, sich in den Verteiler des Deutschen Grünen Kreuzes aufnehmen zu lassen.

Empfehlungen

Auf folgende Leistungen des Deutschen Grünen Kreuzes sei hingewiesen:

- die kostenlosen Printmedien lt. „Aufstellung kostenloser Medien“
- die Broschüre „Gesundheitsempfehlungen für den internationalen Reiseverkehr, Impfbestimmungen – Malaria-Situation“ der WHO (1986/87), (kostenpflichtig)

Periodika

- die Zeitschrift „Weltgesundheit“ (10mal pro Jahr), gegen Bezugsgebühr

die Presse- und Informationsdienste „Deutsche Gesundheits-Korrespondenz“ (dgk) und „Das gesunde Kind“ (pgk) (beide 10mal pro Jahr), beide gegen Bezugsgebühr

„Ernährung, Forschung, Gesundheit“ (efg) (6mal pro Jahr), gegen Bezugsgebühr

Für Interessierte besteht die Möglichkeit, sich in den Verteiler des Deutschen Grünen Kreuzes aufnehmen zu lassen.

DEUTSCHES INSTITUT FÜR BLUTHOCHDRUCK- FORSCHUNG e.V. – DIB –

Adresse	Wielandstraße 26 (Geschäftsführung) Berliner Straße 46 (Präventionsprogramme) 6900 Heidelberg
Ansprechpartner	Frau H. Overlack (Geschäftsführerin)
Telefon	0 62 21/4 50 99 0 62 21/40 13 60
Telefax	0 62 21/40 24 85 0 62 21/44 22 74

Das Deutsche Institut für Bluthochdruckforschung (DIB) entstand 1988 aus dem Deutschen Institut zur Bekämpfung des hohen Blutdrucks, das 1979 gegründet wurde. Das DIB ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein und arbeitet überregional.

Aufgaben und Ziele der Institution

Das DIB betreibt ein Forschungsinstitut, um

- Ursachen und Folgewirkungen des hohen Blutdrucks zu erforschen,
- Früherkennungs- und Behandlungsmethoden für den hohen Blutdruck und seine Folgekrankheiten zu entwickeln,
- mit Einrichtungen zur Prävention, Diagnostik, Therapie und Rehabilitation der Hypertonie zusammenzuarbeiten und
- bereits bestehende auswärtige Forschungsgruppen zu unterstützen

Durch eine Kooperationsvereinbarung mit der Universität Heidelberg und dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst des Landes Baden-Württemberg ist das DIB der Universität Heidelberg angeschlossen. Die wissenschaftlichen Abteilungen des DIB sind deshalb auch in mehreren Instituten der Universität Heidelberg angesiedelt

Vier wissenschaftliche Abteilungen haben folgende Aufgabenbereiche:

1. Experimentelle Bluthochdruckforschung, mit den Forschungsschwerpunkten molekulare Mechanismen der Blutdruckregulation und Peptide als Neuromodulatoren
2. Molekularbiologie, zur Bearbeitung von Grundlagen der genetischen Hypertonie.
3. Klinische Hochdruckforschung, in einer fächerübergreifenden, interdisziplinären Zusammenarbeit mit den klinischen Abteilungen der Heidelberger Universitätskliniken und mit mehreren externen Arbeitsgruppen.
4. Epidemiologie und Prävention, in Arbeitsgruppen, die mit nationalen und internationalen Organisationen (z. B. Nationales Blutdruckprogramm, Deutsche Herz-Kreislauf-Konferenz, World Hypertension League) zusammenarbeiten, Untersuchungen zur Gesundheitsförderung bei Schülern durchführen und in einem molekular-epidemiologischen Projekt eine

- DIB -	<p>Bevölkerungsstudie zur Untersuchung der Zusammenhänge zwischen bestimmten Gensequenzen und der Entwicklung einer Hypertonie aufbauen.</p> <p>Die Organe des DIB sind der von der Mitgliederversammlung gewählte Vorstand (drei Wissenschaftler und 2 Geschäftsführer) und die Mitgliederversammlung. Mitglieder des DIB sind Einzelpersonen: Wissenschaftler und interessierte Mitarbeiter.</p>	<p>Es besteht ein wissenschaftlicher Beirat von international angesehenen Wissenschaftlern.</p> <p>Die Arbeit des DIB als wissenschaftlich tätige gemeinnützige Einrichtung wird finanziert durch Zuwendungen und Spenden von nationalen und internationalen Bundes- bzw. Ländereinrichtungen und Verbänden sowie der freien Wirtschaft.</p>
Aufgaben und Ziele der Institution	<p>Die Medien des DIB sollen die Ergebnisse der verschiedenen Forschungsprojekte vermitteln, den Informationsaustausch zwischen den Fachleuten fördern und neue Erkenntnisse auch der Öffentlichkeit mitteilen</p> <p>Dieses geschieht z. B. durch</p> <p>die Veröffentlichungen der Mitarbeiter des DIB in den verschiedenen Fachzeitschriften des In- und Auslandes (eine Auswahl ist jeweils in den Tätigkeitsberichten aufgeführt),</p> <p>den regelmäßig erscheinenden Tätigkeitsbericht des Institutes, der die Tätigkeiten der einzelnen Abtei-</p>	<p>lungen beschreibt, die verschiedenen Forschungsprojekte darstellt sowie eine Aufstellung (Auswahl) der Veröffentlichungen und weitere Informationen zur Organisation des DIB enthält (für Interessenten auf Anfrage),</p> <p>den World Hypertension League (WHL) Newsletter, dem „Sprachrohr“ der Welthochdruckliga, das als Periodikum sechsmal jährlich erscheint. Damit soll u. a. der internationale Austausch von wissenschaftlichen medizinischen Erkenntnissen gefördert und über Aktivitäten der Welthochdruckliga, der 30 Länder angehören, berichtet werden (kostenlos für Interessenten).</p>
Serviceleistungen	<p>Für das Deutsche Institut für Bluthochdruckforschung steht die Erforschung von Ursachen und Folgewirkungen des hohen Blutdruckes sowie seine Früherkennung und Behandlung im Mittelpunkt der Arbeit. So bestehen die Serviceleistungen vor allem in der Vermittlung der Erkenntnisse.</p> <p>Dazu dienen die schon erwähnten Veröffentlichungen sowie u. a.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - die regelmäßigen Seminare an der Universität Heidelberg für Studenten und Wissenschaftler (Ankündigungen können bei der Geschäftsstelle angefordert werden), - die Kontakte und Kooperationsvereinbarungen mit nationalen und internationalen Forschungsgruppen, die gezielte Information auf Anfragen, die den Arbeitsbereich des DIB betreffen (Forschungsergebnisse, Empfehlungen zu Bluthochdruck), - die Vermittlung von Referenten/Experten
Empfehlungen	<p>Als Forschungsinstitut ist das Deutsche Institut für Bluthochdruckforschung vor allem auf wissenschaftliche Arbeit ausgerichtet. Deren Erkenntnisse werden an zahlreiche Institutionen und Fachgesellschaften vermittelt und für die praktische Arbeit in Prävention, Therapie und Rehabilitation umgesetzt und den darin Tätigen zugänglich gemacht.</p> <p>Für Interessierte aus dem Gebiet der Gesundheitsförderung können daher folgende Empfehlungen ausgesprochen werden durch</p>	<p>das Einholen von Informationen über fachspezifische Fragen,</p> <p>die Beratung und Benennung von Referenten bei wissenschaftlichen Veranstaltungen.</p> <p>Im übrigen sei auf das Medienangebot und die Serviceleistungen der Deutschen Liga zur Bekämpfung des Hohen Blutdruckes hingewiesen</p>

DEUTSCHES INSTITUT FÜR MEDIZINISCHE DOKUMENTATION UND INFORMATION – DIMDI –

Adresse	Weißhausstraße 27 Postfach 42 05 80 5000 Köln 41
Ansprechpartner	Herr Dr. Stöber
Telefon	02 21/47 24-1
Telefax	02 21/41 14 29
Telex	8 881 364 dīm d

1. DIMDI

1.1 Allgemeines

Das im Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit tätige Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) hat die Aufgabe, auf dem Gesamtgebiet der Medizin einschließlich der Biowissenschaften und ressortspezifischer Bereiche, wie etwa öffentliches Gesundheitswesen im allgemeinen, AIDS, Drogen und Sucht, Krebs/Rheuma, Umwelthygiene, toxikologische Wirkungen von Substanzen, gesundheitlicher Verbraucherschutz u. a. m., in- und ausländische Literatur mittels weit über 70 computergesteuerter Datenbanken zu erfassen, auszuwerten, zu speichern und der fachlich interessierten Öffentlichkeit aus der Bundesrepublik Deutschland und deren Nachbarländer auf Kostendeckungsbasis laufend oder auf Anfrage bekanntzumachen.

Einrichtungen und Einzelpersonen können auf diesem Wege schnelle und aktuelle Hinweise auf Fachliteratur sowie Einblick in sog. Datenbanken (z. B. Angaben über den Grad der toxischen Wirkung von Chemikalien) erhalten. Dies kann mit Hilfe eines eigenen Terminals (z. B. PC mit Datenübertragungsprogramm) oder einer der in der gesamten Bundesrepublik vertretenen Informationsvermittlungsstellen geschehen. Im folgenden werden die von DIMDI angebotenen Dienstleistungen näher beschrieben. Bei auftretenden Fragen empfiehlt es sich, ggf. eine fachliche Erläuterung z. B. bei DIMDI direkt einzuholen.

1.2 Angebotene Dienstleistungen

- Direkter Zugriff auf Daten von Datenbanken (Online-Abfrage) mit dem von DIMDI entwickelten Datenbanksystem GRIPS (General Relation based Information Processing System),
- Benutzerführung für Endnutzer und -nutzerinnen,
- Online- und Offline-Drucken von Suchresultaten (Online: durch den nutzereigenen Drucker, Offline: durch den DIMDI-Schnelldrucker mit anschließendem Postversand an den Nutzer),

Aufgaben und Ziele der Institution

- DIMDI -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- Übertragen der Ergebnisse auf eigene Speichermedien (z. B. Festplatte) (Downloading, demnächst auch Offline auf Diskette im DIMDI mit anschließendem Postversand an den Nutzer),
- Online-Literaturbestellsystem (Online Document Ordering = direkte Bestellung von Literatur über die Datenanlage des Benutzers),
- Online-Auskunftsdienst (unentgeltlich),
- GRIPS-Newsletter zur Mitteilung von Neuerungen,
- Handbücher,
- Kurse zur Einarbeitung und Nutzung von GRIPS und den einzelnen Datenbanken,
- Informationsvermittlungsdienste (Auftragsrecherchen),
- Vermietung der Standard-Software GRIPS.

1.3 Kooperation

Um das Angebot an Datenbanken auf dem Gebiet der Biowissenschaften zu vergrößern, kooperiert DIMDI mit verschiedenen deutschen Institutionen, die selber über Datenbanken verfügen:

Bundesinstitut für Sportwissenschaft (**BISp**) in Köln,

Deutsches Krankenhausinstitut/Institut für Krankenhausbau (**DKI/IFK**) in Düsseldorf, Berlin,

Informationszentrum Biologie (**IZB**) am Forschungsinstitut Senckenberg, Frankfurt,

Institut für Dokumentation und Information, Sozialmedizin und öffentliches Gesundheitswesen (**Idis**) in Bielefeld,

Thieme-Verlag in Stuttgart,

Zentralbibliothek der Medizin (**ZBMed**) in Köln,

Zentralstelle für Agrardokumentation und -information (**ZADI**) in Bonn,

Zentrale Dokumentationsstelle der freien Wohlfahrtspflege für Flüchtlinge (**ZDWF**) in Bonn,

Zentralstelle für psychologische Information und Dokumentation (**ZPID**) in Trier.

1.4 Kostenstruktur (Stand 1.10.1989)

Die an DIMDI zu entrichtenden Entgelte bestehen aus 5 Komponenten:

- DIMDI-Entgelt für den HOST-(Datenbankanbieter-) Service ist abhängig von der „Denkzeit“, der Systemzeit, der Zahl der Online-übertragenen Zeichen, der ausgewählten Datenbank sowie der Benutzergruppe (Im Falle der Gruppe der begünstigten Nutzer (z. B. Gesundheitsämter) und der günstigsten Datenbankklasse sowie einer mittleren Nutzung von 1000 Kilo-Zeichen/Monat liegt das Entgelt bei ca. 10-20 DM/Verbindungsstunde,
- Lizenzen der Datenbankproduzenten, abhängig von der jeweils benutzten Datenbank,
- Portokosten (pauschal per Versandeinheit),
- Mehrwertsteuer,
- nutzungsabhängige Volumengebühr des Bildschirmtext-Dienstes (0,06 DM/Seite)

Vorteil dieser nicht pauschalierten Kostenstruktur ist ihre Leistungsbezogenheit sowie ihre Beeinflussbarkeit durch den Nutzer und die Nutzerin

Handbücher und Kurse sind ebenfalls kostenpflichtig

1.5 Technische Ausrüstung

Für den Online-Zugriff auf die Datenbanken verfügt DIMDI über einen Siemens-Rechner: Modell H120-F mit einer Rechenleistung von 33 MIPS und 128 Megabyte Arbeitsspeicher. Der Rechner verfügt über 145 Gigabyte Speicherplatz und arbeitet im Siemens-Timesharing-System BS2000

1.6 Datenübertragungsnetze

Zugriff auf DIMDI ist im Line-mode (TTY- oder VTX-(Videotext-Terminals) und im Page-mode (Bildschirmtext-, Siemens-kompatible Datensichtgeräte und Personal Computer mit IuD-Software z. B. von Genesys) über DATEX-P (das deutsche Paketnetz), WIN (Wissenschaftsnetz des DFN, dem Verein Deutsches Forschungs-Netz), Wählleitungen bei DIMDI in Köln, internationaler Zugang nach DATEX-P über das jeweils nationale Paketnetz, Bildschirmtext (BTX) und IDN mit unterschiedlichen Übertragungsgeschwindigkeiten zwischen 300 bps (= bit per second) und 64000 bps möglich

1.7 Allgemeine Zugangsvoraussetzungen für Benutzer und Benutzerinnen

Um auf einen HOST zugreifen zu können, braucht der Benutzer/die Benutzerin:

- ein Terminal (Datenendgerät bzw. PC mit Datenübertragungsprogramm),
- Anschluß dieses Terminals an ein Datenübertragungsnetz der Post, einen Benutzercode,
- Grundkenntnisse des Abfrage-(Retrieval-)Systems GRIPS und der bei DIMDI abfragbaren Datenbanken für Informations-Vermittler. Für Endbenutzer steht eine Benutzerführung zur Verfügung, die keine Kenntnisse des Abfragesystems erfordert

1.8 Anschlußarten

Ein Direkt-Zugriff auf DIMDI-Datenbanken ist möglich über

- Telefon
- Standleitung (IDN)
- Datex-P; WIN, IXI
- Telex
- BTX

Diese Online-Zugriffsmöglichkeiten können je nach den verfügbaren Endgeräten vom Benutzer im line- oder page-mode genutzt werden. Line-mode (zeilenweise Übertragung) ist das einfachste internationale Dialogverfahren; erheblich höheren Komfort bietet der page-mode (seitenweise Übertragung).

1.9 Vorteile von DIMDI

- Möglichkeit der Online-Literaturbestellung.
- Angebot von themenbezogenen Subfiles (Teildatenbanken) innerhalb multidisziplinärer Datenbanken
- Angebot von vorprozessiertem Suchen (PPS), z. B. zur Ökotoxizität, Onkologie, Toxizität, Teratogenität etc. zur Unterstützung und Vereinfachung der Online-Suche.
- Die Datenbanken des DIMDI und der unter 1.3 genannten Institutionen enthalten von der fachlichen Abdeckung und von der Betonung deutscher Quellen her Informationen, die in anderen Datenbanken meist nicht zu finden sind
- Günstigere Leitungsgebühren als beim Zugriff auf Datenbanken in den USA oder der Schweiz.

1.10 Nutzung von DIMDI über Informationsvermittlungsstellen (IVS)

DIMDI kann auch über sogenannte Informationsvermittlungsstellen genutzt werden. Diese sind i.d.R. für jedermann öffentlich zugänglich.

Diese IVS nehmen Suchaufträge an und bearbeiten diese über den Direktzugriff auf DIMDI-Datenbanken

Nutzung der DIMDI-Dienstleistungen durch kommunale Behörden

Gründe für die Zusammenarbeit mehrerer Kommunen (z. B. Bonn, Wiesbaden) mit DIMDI:

Anfragen der Rats-, Ausschuß- und Bezirksfraktionen zielen zunehmend auf umwelt- und gesundheitsrelevante Bereiche. Auch die Bevölkerung verlangt zunehmend von der Verwaltung Stellungnahmen zu aktuellen Umweltproblemen, zum Beispiel:

- Dioxin aus Müllverbrennungsanlagen
- Ozon aus Photosmog
- Hydrazin im Trinkwasser
- Blei im Trinkwasser
- Cadmium-Toxikologie
- Formaldehyd in Innenräumen
- Asbestbelastung

Durch Informationslücken und mangelnde Fachliteratur ist die Beantwortung der Fragen meist unzureichend und zeitaufwendig gewesen.

Deshalb entschlossen sich verschiedene Kommunen, umweltrelevante DIMDI-Datenbanken zu nutzen, insbesondere weil fast wöchentlich neue Substanzen in der umweltpolitischen Diskussion sind, die in den Stan-

Wie das Praxisbeispiel dieser Kommunen zeigt, ist der direkte Anschluß an einen Datenbankanbieter von großem Wert, wenn es um die schnelle Schließung von Informationslücken und die kurzfristige Beschaffung von Fachliteratur geht.

DIMDI ist aufgrund seiner umfassenden Nutzungsmöglichkeiten für alle Einrichtungen und Einzelpersonen, insbesondere für kommunale Behörden im

Informationsvermittlungsstellen befinden sich flächendeckend in den alten und den neuen Bundesländern u. a. an den Hoch- und Fachhochschulbibliotheken. Die Adressenliste mit den genauen Anschriften kann bei DIMDI angefordert werden.

Die an einer Nutzung von DIMDI interessierten Einrichtungen und Einzelpersonen sollten auch prüfen, ob im Rahmen der Kommunalverwaltung genutzte Rechenanlagen für einen Anschluß an DIMDI bereitstehen.

Lehrbüchern nur zum Teil erfaßt sind. Gerade neue Daten sind in der üblichen Standardliteratur nicht erfaßt. Vor allem umwelttoxikologische Fragestellungen bedürfen oft einer schnellen Beantwortung.

Als weiteres Argument wurde angeführt, daß die fachliche Kompetenz der Ämter nur durch die Möglichkeit der schnellen Aktualisierung des Wissens gegenüber dem fragenden Bürger aufrechterhalten werden kann.

Es wurde ein PC mit entsprechendem Datenübertragungsprogramm installiert.

Vorteile von PCs gegenüber anderen Datenendgeräten (z. B. Telex, Btx):

- Einsatzmöglichkeit der PCs auch in der Textverarbeitung (Rationalisierung von Schreibarbeiten),
 - Einsatz der PCs zur Dateiverarbeitung (z. B. Verwaltung von Karteien),
 - Abspeichern von DIMDI-Anfragen auf zur Peripherie von PCs gehörenden Speichermedien (z. B. Festplatten, Floppy)
- Damit lassen sich unter anderem Nutzungskosten für Abfragen bei DIMDI verringern, da das Abspeichern von Daten im Online-Modus schneller ist als das Drucken von Daten.
- Aufbau eigener Datenbanken.

Umwelt- und Gesundheitsbereich, ein wichtiger Kooperationspartner.

Interessierte Einrichtungen und Einzelpersonen sollten sich mit der Bitte um Beratung an das DIMDI direkt wenden. Dabei wird dem Nutzer und der Nutzerin die Erfahrung des DIMDI bei Geräteauswahl und bei der Art des Zugriffs zugute kommen.

- DIMDI -

Aufgaben und Ziele der Institution

Praxisbeispiel

Empfehlungen

DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK – Difu –

Adresse	Straße des 17. Juni 110 Postfach 12 62 24 1000 Berlin 12
Ansprechpartner	Frau Lemhoefer
Telefon	0 30/3 90 01-2 08/2 09 (Pressestelle)
Telefax	0 30/39 00 11 00

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) wurde 1973 als Gemeinschaftseinrichtung der Städte vom Deutschen Städtetag gegründet. Das Institut will den deutschen Städten durch praxisorientierte wissenschaftliche Untersuchungen, aber auch durch unmittelbare Dienstleistungen grundsätzliche Überlegungen erleichtern und deren Umsetzung in kommunales Verwaltungshandeln ermöglichen; darüber hinaus gibt das Difu den Städten Rat und Hilfe bei der Lösung aktueller Probleme.

Dazu bietet das Institut ein umfassendes Dienstleistungsprogramm:

eigene Untersuchungen und Gutachten, die Auswertung und Vermittlung vorliegender Arbeiten auf wichtigen Gebieten der Kommunalpolitik, Vorträge und Kurzseminare vor Ort, Städteberatungen, Fortbildungsseminare, Veröffentlichungen und nicht zuletzt einen schnell und flexibel einsatzfähigen Dokumentationsdienst.

Die Leitidee der Difu-Konzeption ist der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse für die kommunale Praxis.

In diesem Sinne dienen Difu-Aktivitäten und -Materialien dem Informations- und Erfahrungsaustausch sowie der Schaffung von Handlungsanleitungen für die Praxis der Kommunalverwaltungen.

Das Leistungsangebot des Difu weist folgende Arbeitsschwerpunkte auf:

- Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung und Wohnungsversorgung
- Kommunaler Umweltschutz, Stadtökologie und Verkehr
- Kommunale Wirtschaftspolitik und Finanzen
- Kommunale Kulturpolitik und Sozialpolitik
- Recht – Politik – Verwaltung
- Information und Dokumentation

Im hier besonders interessierenden Arbeitsschwerpunkt „Kommunaler Umweltschutz“ werden derzeit die nachstehenden Projekte bearbeitet:

Aufgaben und Ziele der Institution

- Difu -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- Altlasten -- ein kommunales Problem
- Kommunaler Bodenschutz
- Rechtsfragen beim planerischen Umgang mit schadstoffbelasteten Flächen
- Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVP-Gesetz
- Ökologisierung kommunaler Gebühren und Beiträge
- Ökologisches Forschungsprogramm Hannover
- Stadtökologie

- Umweltsanierungskonzept Bitterfeld
- Gartendenkmalpflege -- Handlungshilfen für die Kommunen
- Eingriffe in die städtische Naturlandschaft
- Umweltberatung für die Kommunen in den neuen Ländern

(Nähere Informationen zu jedem Projekt können dem Leistungsangebot 1991/92 entnommen werden.)

Medienangebote

Die Ergebnisse eigener, aber auch externer Arbeiten werden vom Difu in verschiedenen Veröffentlichungsreihen vorgelegt. Eine Gesamtübersicht über diese Publikationen enthält das Verzeichnis der „Veröffentlichungen“.

Die 111 Zuwender in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Anlage bzw. „Leistungsangebot“) erhalten die Publikationen des Difu kostenlos, ansonsten gelten die im Verzeichnis angegebenen Preise.

Als Periodika erscheinen viermal jährlich die „Difu-Berichte“ und alle zwei Jahre das „Difu-Leistungsangebot“.

Diese Periodika sowie unregelmäßig erscheinende Kurzinformationen über laufende Projekte, neue Veröffentlichungen, Termine und Programme sowie Arbeitshilfen können Interessierten kostenlos zugeleitet werden, wenn sie sich in den Verteiler des Difu aufnehmen lassen.

Serviceleistungen

Gemäß dem Leistungsangebot bietet das Difu folgendes an:

Kommunalberatung

Das Difu bietet seine Leistungen den Städten, vorrangig den Zuwerderstädten, im Rahmen einer breiten Palette unterschiedlicher, auf die Bedürfnisse der ratsuchenden Stadt zugeschnittenen Form an. Dies reicht von der telefonischen Auskunft über einzelne Schwerpunkte des im Institut vorhandenen wissenschaftlichen Know-hows über die Vereinbarung von Vorträgen und Kurzseminaren bis hin zu einer intensiven Städteberatung vor Ort sowie der Organisation von interkommunalem Erfahrungsaustausch.

Bei der Berechnung der Kosten für die vom Institut angebotene Kommunalberatung werden die von den Zuwerderstädten gezahlten Beiträge berücksichtigt. Im allgemeinen geht das Difu von einem Kostenzuschuß von 600,- DM pro Tag und Mitarbeiter aus. Reisekosten werden zusätzlich berechnet. Informations- und Dokumentationsdienste

Das Difu will mit seinen Informations- und Dokumentationsdiensten zu einer kontinuierlichen Informationsvermittlung unter besonderer Berücksichtigung des Informationsbedarfs der Kommunen beitragen. Für diese Aufgabe werden insbesondere die am Institut gehaltenen Datenbanken eingesetzt. Dazu gehören das Literaturinformationssystem ORLIS und das Informationssystem „Kommunale Umfragen“. Für den kontinuierlichen Informationsfluß sorgen sogenannte Profildienste zu einzelnen kommunalen Problemschwerpunkten. Zuwerderstädte können Auskünfte aus dem EDV-gestützten Literatur-Auskunftsdienst ORLIS, die von Mitarbeitern des Difu fachlich kommentiert werden, mit Hilfe eines einfachen Anfragebogens kostenlos abrufen. Nicht-Zuwerderstädte zahlen für einen unkommentierten Literaturausdruck eine Gebühr von 150,- DM. Die Datenbank ORLIS enthält zur Zeit

über 140 000 Literaturinformationen aus dem Bereich der Orts-, Regional- und Landesplanung, wobei es sich vorrangig um „Graue Literatur“, d. h. nicht im Buchhandel erhältliche Veröffentlichungen der Städte, handelt. Die mit dem Difu zusammenarbeitende Senatsbibliothek führt diese Veröffentlichungen und leiht sie auch per Fernleihe aus (Näheres auf dem Anfragebogen).

Fortbildung

Das Kernstück der Fortbildungstätigkeit des Difu bilden die Seminare für Führungskräfte und Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen sowie für Mandatsträger. Das Seminarprogramm umfaßt etwa 15 Veranstaltungen pro Jahr, in denen der Informations- und Handlungsbedarf zu ausgewählten Problemstellungen der Kommunalpolitik und Planung, aber auch einzelner Fachverwaltungen, im Mittelpunkt steht. Diese in der Regel drei- bis fünftägigen Seminare werden in Zusammenarbeit mit externen Referenten, zum Teil auch gemeinsam mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung durchgeführt.

Neben den überregional ausgeschriebenen Seminaren lädt das Difu von Zeit zu Zeit zu einzelnen Regionalseminaren ein, in denen auf spezifische Themen mit regionalem bzw. Länderbezug eingegangen wird.

Die Kosten für derartige Fortbildungsveranstaltungen variieren. Teilnehmern aus Zuwerderstädten wird ein Gebührenerlaß bis zu 50 % eingeräumt.

Genauere Angaben über Dauer und Kosten der Veranstaltungen sind aus den rechtzeitig an die Interessenten versandten (Verteiler) Halbjahresübersichten und Einzelprogrammen zu entnehmen.

Informationen über alle genannten Serviceleistungen des Difu erteilt Frau Claudia Lemhoefer, Abt. Öffentlichkeitsarbeit/Information zur Institutsarbeit, Telefon: 0 30/3 90 01-208/209

- Interessierte können sich in den Difu-Verteiler aufnehmen lassen
Über den Verteiler erhalten sie dann folgende Publikationen:
 - die „Difu-Berichte“ (viermal jährlich, kostenlos), das „Difu-Leistungsangebot“ (alle 2 Jahre, kostenlos),
 - das „Verzeichnis der Veröffentlichungen“ (jeweils aktualisiert, kostenlos).
- Weiterhin sollten die Ämter die Fortbildungsangebote, wie sie im „Difu-Seminarprogramm“ angekündigt werden, beachten
- Die Informationssysteme „ORLIS“ und „Kommunale Umfragen“ sowie die sog. „Profildienste“ bieten interessante Daten zu kommunalen Fragestellungen an.

* kostenlos, jedoch nur für Zuwanderstädte

Zuwanderstädte des Difu:

Amberg	Konstanz
Augsburg	Kronberg
Backnang	Kulmbach
Bamberg	Lahr
Berlin	Landau
Bielefeld	Landshut
Bocholt	Leverkusen
Bochum	Lingen
Bonn	Ludwigsburg
Bottrop	Ludwigshafen
Braunschweig	Lüdenscheid
Bremen	Lüneburg
Celle	Lünen
Cuxhaven	Mainz
Darmstadt	Mannheim
Delmenhorst	Marburg
Dortmund	Markredwitz
Düren	Moers
Düsseldorf	Mülheim/Ruhr
Duisburg	München
Emmendingen	Münster
Erlangen	Neumünster
Essen	Neuss
Esslingen	Nürnberg
Fellbach	Offenburg
Flensburg	Olching
Forchheim	Oldenburg
Frankenthal	Osnabrück
Frankfurt/M.	Passau
Freiburg	Pforzheim
Friedrichshafen	Recklinghausen
Fürth	Regensburg
Fulda	Remscheid
Garbsen	Reutlingen
Gelsenkirchen	Rosenheim
Gießen	Rüsselsheim
Göttingen	Saarbrücken
Goslar	Salzgitter
Hamburg	Schweinfurt
Hameln	Selb
Hamm	Siegen
Hanau	Speyer
Hannover	Stuttgart
Heidelberg	Trier
Heidenheim	Tübingen
Herne	Viersen
Hildesheim	Villingen-Schwenningen
Ingolstadt	Weiden/Opf
Iserlohn	Wiesbaden
Kaiserslautern	Wiesloch
Karlsruhe	Witten
Kassel	Wolfsburg
Kiel	Würzburg
Koblenz	Wuppertal
Köln	

Verbände:

Kommunalverband Ruhrgebiet
Zweckverband Großraum Hannover

- Difu -

Empfehlungen

DEUTSCHES JUGENDINSTITUT e.V.

– DJI –

Adresse	Frelbadstraße 30 8000 München 90
Ansprechpartner	Institutsleitung: Herr Prof. Dr. Bertram Herr R. Rathgeber (Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen) oder über die Zentrale an die einzelnen Abteilungen
Telefon	0 89/62 30 62 15 (Herr Rathgeber) 0 89/6 23 06-0
Telefax	0 89/62 30 6162

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) entstand aus dem seit 1949 in München ansässigen „Deutschen Jugendarchiv e.V.“ und 1956 eingerichteten „Studienbüro für Jugendfragen e.V.“, es nahm 1963 seine Arbeit auf. Das DJI ist ein außeruniversitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut auf Bundesebene, das

- Informationen und Literatur zur Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien in der Bundesrepublik sammelt und dokumentiert,
- Modellmaßnahmen in der Jugend- und Familienhilfe initiiert, koordiniert, begleitet und überprüft,
- anwendungsorientierte Grundlagenforschung zur Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien in der Bundesrepublik betreibt und
- Politik und Praxis bei der Auseinandersetzung mit sozialem Wandel berät und unterstützt.

Damit liegen die Aufgaben des DJI im Spannungsfeld von Politik, Praxis, Wissenschaft und Öffentlichkeit; es hat die Funktion, einerseits Wissen in die soziale Praxis und Politik zu übertragen und andererseits Praxiserfahrung mit Forschung rückzukoppeln.

Das breite Spektrum der Themenbereiche, die im DJI behandelt werden, bietet besondere Möglichkeiten der Vernetzung und vielseitigen Betrachtung der Problemfelder. In acht Abteilungen mit 130 Planstellen (davon 82 Wissenschaftler) und einem Etat von ca.

14,5 Mio. DM (1991) werden die Aufgaben und Ziele des DJI verfolgt. Einige Abteilungen des DJI mit ihren Arbeitsschwerpunkten sind z. B.:

- Jugendhilfe (Abt. I) mit Forschungsprojekten wie „Lebenslage und Lebensbewältigung Jugendlicher (Stadt-Land-Vergleich)“, „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ und der Erstellung des europäischen Jugendberichtes
- Jugend und Arbeit (Abt. II) mit Forschungsprojekten zur Integration Jugendlicher in die Arbeitswelt wie „Jugend und Arbeit“ mit der Untersuchung von Veränderungen der Übergangsbedingungen und des Übergangsverhaltens von Jugendlichen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem

Aufgaben und Ziele der Institution

- DJI -

Aufgaben und Ziele der Institution

- Jugend und Politik (Abt. III) mit dem Jugendsurvey „Jugend und Politik“
- Mädchen- und Frauenforschung (Abt. IV), wo die gewandelten weiblichen Lebensentwürfe und die Machtverhältnisse zwischen beiden Geschlechtern im Mittelpunkt der Arbeit stehen.
- Familie/Familienpolitik (Abt. V) mit Untersuchungen wie „Familienpolitische Maßnahmen im europäischen Vergleich“, „Familienselbsthilfe als familienpolitische Innovation“ und der Erstellung des Familienberichtes der Bundesregierung.
- Kinder und Kinderbetreuung (Abt. VI) mit Untersuchungen wie z. B. „Lebensverhältnisse von Kindern in der Bundesrepublik Deutschland“, wo Informationen erarbeitet werden, wie Kinder außerhalb von Familie und Institution leben. Es gibt praxisbezogene Forschungsprojekte, wie z. B. „Landkindergärten“ mit dem Deutschen Caritasverband, wo die besonderen Bedingungen von Kindern und Familien auf dem Lande und die regionalen Bildungs- und Betreuungsangebote überprüft, bedarfsangemessene Angebotsstrukturen entwickelt und Anregungsmaterialien erstellt werden, „Lebensraum Kindergarten“ mit dem Hessischen Sozialministerium in sieben Modellrichtungen zur pädagogischen Ausgestaltung der Ganztagsbetreuung in Kindertagesstätten und „Integration von Kindern mit besonderen Problemen“, wo Entwicklungsschwerpunkte und Konzepte zur Integration behinderter Kinder in Einrichtungen des Elementarbereichs in den einzelnen Bundesländern beobachtet, die Informationen gesammelt und weitergegeben werden. Ein Schwerpunkt liegt bei der Neuorganisation der Kindergärten in den neuen Bundesländern.
- Medien und neue Informationstechnologien (Abt. VII), wo untersucht wird, welche Bedeutung und Wirkung Medien, auch Computer, bei Kindern, Jugendlichen und Familien haben, welche Veränderungen durch Medien in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen auftreten und welche Konsequenzen sich daraus z. B. für die Erziehung und Politik ergeben

Sozialberichterstattung/Dokumentation und Methodik (Abt. VIII) mit dem Forschungsvorhaben „Wandel und Entwicklung familialer Lebensformen“, wo empirisch gesicherte Informationen über strukturelle Veränderungen familialer Lebensformen und -verhältnisse und Reaktionen von Kindern, Jugendlichen und Eltern auf strukturelle Wandlungstendenzen erschlossen werden. Zu dieser Abteilung gehört auch die Dokumentation (Abt. IX), wo Buch-, Zeitschriften und „graue“ Literatur zu den Themenfeldern des DJI systematisch gesammelt, ausgewertet und in der Literaturdatenbank nach dem DJI-Schlagwortverzeichnis abgelegt, ausgewählte Forschungs- und Entwicklungsarbeiten dokumentiert und problemorientierte Dokumentationen (z. B. 1983 zur Drogenproblematik) erstellt werden. Die Literaturdokumentation dient sowohl der institutseigenen Forschungsarbeit als auch externen Benutzerkreisen aus Forschung und Praxis, Verwaltung und Politik über Literaturreports in der vom DJI herausgegebenen Zeitschrift DISKURS und ihrem jährlichen Supplement „Bibliographie Jugendhilfe“.

Die Organe des DJI sind die Mitgliederversammlung, das Kuratorium und der Vorstand. Mitglieder im DJI können Personen werden, die in besonderem Maße zur Förderung des Vereinszweckes beitragen können. Die Mitglieder werden von der Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Kuratoriums gewählt. Außer diesen Mitgliedern gehören satzungsgemäß zu den Mitgliedern die Vertreter verschiedener Institutionen wie Oberste Landesjugendbehörden, Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände, Bundesjugendring usw.

Finanziert wird das DJI vor allem durch das Bundesministerium für Frauen und Jugend, durch Projektförderung aus Mitteln der Bundesministerien für Familie und Senioren sowie für Bildung und Wissenschaft und durch Zuwendungen der Bundesländer und Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Medienangebote

Mit seinen Publikationen will das DJI die Ergebnisse aus seinen Untersuchungen und Projekten veröffentlichen, die Fachöffentlichkeit und die Öffentlichkeit allgemein über die Arbeit des DJI informieren und mit Tagungs- und Projektberichten mit den daran Beteiligten kommunizieren.

Im DJI-Verlag erscheinen in mehreren Reihen Arbeiten des DJI und auch externer Autoren.

Diese Reihen sind

- allgemeine Reihe (mit Titeln wie „Muster moderner Lebensführung“, „Ländliche Lebenswelten“, „Medienerziehung bei Vorschulkindern“, „Integrative Pädagogik in der Grundschule“, „Neue Aspekte der Mädchenförderung“, „Kommunale Berufsbildungspolitik“, „Jugendliche beim Einstieg in das Arbeitsleben“, „Wagnis Jugend“, „Geschlossene Unterbringung in Heimen“, „Studien über Gewalt in Familien“, „Die doppelte Sozialisation Erwachsener“ (alle 1990, 1991 erschienen)),
- DJI-Dokumentationen (mit Titeln wie „Mädchenforschung in der Bundesrepublik Deutschland“, „Jugendarbeitslosigkeit, Jugendkriminalität und städtische Lebensräume“, „Familie und Medien“, „Drogenabhängigkeit Jugendlicher: Problematik, Prävention, Elternarbeit“ (Literaturdokumentation)),
- DJI-Handbücher (z. B. „Handbuch Beratung im Pflegekinderbereich“, „Handbuch Schulsozialarbeit“),

Materialien zum Siebten Jugendbericht: Familie und Jugendhilfe (z. B. „Soziale Netzwerke und Gesundheitsförderung“, „Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen“),

Materialien zum Achten Jugendbericht („Jugendhilfe: Historischer Rückblick und neuere Entwicklungen“, „Lebensverhältnisse Jugendlicher“, „Risiken des Heranwachsenden“, „Datenhandbuch“),

Materialien zum Vierten Familienbericht: Die Situation älterer Menschen in der Familie (z. B. „Lebensbedingungen alter Menschen“, „Kompetenz und soziale Beziehungen im Alter“)

Ein Verzeichnis der lieferbaren Titel ist vom Referat Öffentlichkeitsarbeit/Publikationen zu erhalten. Der Vertrieb der kostenpflichtigen Werke erfolgt über den Juventa Verlag, Ehretstraße 3, 6940 Weinheim.

Weitere Publikationen sind in unterschiedlichen Verlagen erschienen (z. B. die beiden Handbücher „Immer diese Jugend“ und „Wie geht's der Familie?“ im Kösel-Verlag).

Mit dem DJI-Bulletin informiert das DJI über seine Arbeit. Es erscheint viermal jährlich (einmal jährlich in englisch) und wird auf Anfrage kostenlos zugesandt. Außerdem erscheinen zweimal jährlich die wissenschaftlich orientierte Zeitschrift „DISKURS“ (kostenverursachend) und jährlich der Jahresbericht des DJI, der in

Einzel Exemplaren kostenlos beim DJI, Referat Öffentlichkeitsarbeit/Publikationen erhältlich ist.

Von der Abt. VI „Kinder und Kinderbetreuung“ werden außerdem veröffentlicht die Reihe „Gemeinsam Leben“, in der zu dem Projekt „Integration von Kindern mit besonderen Problemen“ verschiedene Aspekte behandelt werden (z. B. „Die Versorgung behinderter Kinder in einer ländlichen Region“, „Bericht vom Bundestreffen ‚Eltern gegen Aussonderung‘“, „Gespräch zwischen ‚Lebenshilfe‘ und ‚Eltern gegen Aussonderung‘“), der Informationsdienst „Tageseinrichtungen für Kinder“ mit Informationen, Erfahrungen und Analysen zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung von Kinder-

gärten und Kindertagesstätten sowie die „Projektblätter“, in denen Ergebnisse des Land-Kindergarten-Projektes dargestellt werden.

Diese Veröffentlichungen werden von der Abt. „Kinder und Kinderbetreuung“ kostenlos in Einzel Exemplaren abgegeben. Auf der letzten Umschlagseite der einzelnen Hefte werden jeweils die bisher erschienenen Titel aufgeführt.

Aus der Projektarbeit sind außerdem einige Film- und Videoproduktionen entstanden, die über die Filmdienste oder das DJI direkt („Kinder unter drei“) entliehen werden können.

– DJI –

Medienangebote

Die Serviceleistungen des DJI stehen einmal eng im Zusammenhang mit den einzelnen Projekten, die vom DJI durchgeführt werden, zum anderen werden sie erbracht von der Abteilung „Sozialberichterstattung/Dokumentation und Methodik“.

Außerdem steht die umfangreiche Präsenzbibliothek mit allen vom DJI dokumentierten Büchern, Zeitschriften und „grauen“ Materialien externen Interessenten mit entsprechender Beratung zur Verfügung.

Beratung und Information für Interessierte erfolgt zu der im DJI ausgewerteten Literatur und zu den Themen, die durch Projekte im DJI bearbeitet werden.

Ebenfalls im Zusammenhang mit den Projekten stehen die Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen des DJI, die sich an Beteiligte der verschiedenen Projekte und Interessierte wenden (Auskunft darüber von dem Referat Öffentlichkeitsarbeit).

Weiterhin beteiligen sich die Mitarbeiter des DJI als Sachverständige und Referenten an den Veranstaltungen anderer.

Serviceleistungen

Die Kontaktaufnahme mit dem DJI ist zu empfehlen, wenn Fragen aus den Bereichen Jugend und Jugendhilfe, Familie und Kinder geklärt werden sollen.

- Um die vielfältigen Projekte und Publikationen des DJI kennenzulernen, sollten das DJI-Bulletin und das Verzeichnis der lieferbaren DJI-Titel angefordert werden.
- Die Informationsquelle Literatur-Dokumentation des DJI sollte genutzt werden, wenn Probleme aus den obengenannten Bereichen bearbeitet oder Maßnahmen vorbereitet werden sollen.

Empfehlungen

DEUTSCHES KREBS- FORSCHUNGSZENTRUM HEIDELBERG

– DKFZ –

Adresse	Im Neuenheimer Feld 280 6900 Heidelberg 1
Ansprechpartner	a) Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Krebsinformationsdienst: Hilke Stamatladis-Smidt, M.A. Telefon: 0 62 21/42 28 54 b) Institut für experimentelle Pathologie: Prof. Dr. med. Dymitr Komitowski Telefon: 0 62 21/42 32 43 c) Institut für Toxikologie und Chemotherapie: Prof. Dr. rer. nat. Rudolf Preussmann Telefon: 0 62 21/42 33 02 d) Institut für Zell- und Tumorbio­logie: Prof. Dr. rer. nat. Werner Franke Telefon: 0 62 21/42 34 00 e) Institut für Biochemie: Prof. Dr. rer. nat. Erich Hecker Telefon: 0 62 21/42 45 00 f) Institut für Virusforschung: Prof. Dr. med. Klaus Munk Telefon: 0 62 21/42 46 00 g) Institut für Immunologie und Genetik: Prof. Dr. rer. nat. Günter Hämmerling Telefon: 0 62 21/42 37 09 h) Institut für Radiologie und Pathophysiologie: Prof. Dr. rer. nat. Walter Lorenz Telefon: 0 62 21/42 25 50 i) Institut für Epidemiologie und Biometrie: Prof. Dr. sc. math. Jürgen Wahrendorf Telefon: 0 62 21/42 22 00 j) Verwaltung: Dr. jur. Wolfgang Henkel Telefon: 0 62 21/42 27 50
Telefon	0 62 21/4 20
Telex	461 562 d
Telefax	0 62 21/40 12 71

Das Deutsche Krebsforschungszentrum Heidelberg wurde am 31. Oktober 1964 als Stiftung des Öffentlichen Rechts gegründet.

Träger sind der Bund und das Land Baden-Württemberg mit einer finanziellen Beteiligung von 90 % (Bund) und 10 % (Land Baden-Württemberg). Das DKFZ ist eine Großforschungseinrichtung mit dem Ziel, mit anspruchsvollen Forschungsprogrammen wesentliche Beiträge zum Verständnis der Ursachen, des Verlaufs der Krebserkrankungen und der zugrundeliegenden Prozesse zu leisten. Damit sollen wissenschaftlich fundierte Vorbeugungs- und Therapiekonzepte erarbeitet sowie die Frühdiagnose verbessert werden.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- DKFZ -

Aufgaben und Ziele der Institution

In acht Instituten und augenblicklich 10 Projektgruppen betreiben Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen mit unterschiedlichen Methoden Krebsforschung. Ein neues Institut für Angewandte Tumorstudiologie ist im Aufbau.

Wegen der komplexen und fächerübergreifenden Fragestellungen arbeiten die Arbeitsgruppen im DKFZ eng zusammen und stehen im regen Erfahrungsaustausch auf nationaler und internationaler Ebene.

Die multidisziplinären Forschungsschwerpunkte des DKFZ sind:

- Tumorbologie
- Mechanismen der Krebsentstehung
- krebsauslösende Faktoren und Krebsprävention Diagnostik und Therapieforschung

Medienangebote

Die Ergebnisse der Arbeiten im DKFZ werden in wissenschaftlichen Zeitschriften des In- und Auslandes veröffentlicht. Seit Gründung des DKFZ bis 1990 wurden über 6800 Publikationen gezählt.

Ein Verzeichnis der „Veröffentlichungen aus dem Deutschen Krebsforschungszentrum“ wird jedes Jahr erstellt und kann in der Pressestelle angefordert werden.

Periodika

Alle 2 Jahre erscheint das Buch „Krebsforschung heute. Berichte aus dem Deutschen Krebsforschungszentrum“, in dem die Wissenschaftler des DKFZ allgemeinverständlich über ihre Arbeit berichten. Es kann über den Buchhandel bezogen werden (Steinkopff Verlag, Darmstadt). Als „Current Cancer Research“ erscheint es in englischer Sprache im Steinkopff (s.o.) und im Springer Verlag, Heidelberg/New York. Journalisten erhalten die Ausgaben über die Pressestelle.

Die Zeitschrift des Deutschen Krebsforschungszentrums „einblick“ erscheint 3- bis 4mal im Jahr

und kann kostenlos im Abonnement über die Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bezogen werden. Hier berichten Wissenschaftsjournalisten über die laufenden Arbeiten und Ergebnisse in der Krebsforschung des DKFZ und Fragestellungen, die darüber hinausgehen. Die Zeitschrift richtet sich an eine breite Öffentlichkeit.

An Einzelbroschüren seien beispielhaft genannt:

Broschüre im Rahmen der Aktion „Europa gegen den Krebs“ „Die zehn Regeln zur Bekämpfung des Krebses und ihre wissenschaftlichen Grundlagen“. Kann kostenlos bei der Pressestelle angefordert werden.

„Technical Reports“ berichten über die verschiedenen Forschungsvorhaben der einzelnen Institute des DKFZ.

Selbstdarstellung

Die Pressestelle gibt eine Selbstdarstellung zur Arbeit des DKFZ heraus.

Serviceleistungen

Zentralbibliothek: Öffnungszeiten Montag bis Freitag: 9.00 bis 22.00 Uhr, Samstag: 9.00 bis 13.00 Uhr. (Keine Ausleihe möglich, Präsenzbibliothek)

Sammelschwerpunkt der Bibliothek ist das gesamte Schrifttum über Krebs, darüber hinaus, in Ausrichtung auf die Forschungsaktivitäten im DKFZ, vor allem Literatur der Fachgebiete Biochemie, Genetik, Immunologie, Molekularbiologie, Strahlenmedizin, Umweltforschung, Virologie und Zellforschung.

Die Bibliothek ist eine Präsenzbibliothek. Der Literaturbestand der Zentralbibliothek wird durch einen alphabetischen Schlagwortkatalog in Karteiform erschlossen, er kann aber auch über Datensichtgeräte, die mit dem hauseigenen Rechner verbunden sind, nach Verfassern, Schlag- und Titeln abgefragt werden. Die Zentralbibliothek betreut auch die Forschungsbibliotheken der einzelnen Institute. Die Bestände dieser Institutsbibliotheken sind in der Kartei der Zentralbibliothek eingeschlossen.

Seit 1979 erscheinen alle zwei Monate Neuerwerbungslisten und nach Bedarf Zeitschriftenverzeichnisse, die auch an interessierte auswärtige Institute und Wissenschaftler versandt werden.

Der Lesesaal verfügt über rund 70 Arbeitsplätze, Bücher und Zeitschriften sind frei zugänglich und nach Sachgruppen aufgestellt.

- Der Zentralbibliothek angeschlossen ist die Abteilung Informationsvermittlung.

(Servicezeiten Montag bis Freitag: 9.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 17.00 Uhr. Leiter: Rolf Peter Kraft)

Die Informationsvermittlung stützt sich auf online abfragbare Datenbanken, die Literaturinformationen und Faktendatenbanken einschließen. Die On-Line-Anschlüsse umfassen unter anderem die Datenbankanbieter DIMDI (Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information) in Köln, Dialog Information Service in Palo Alto, Kalifornien, Data-Star in Bern sowie STN (Scientific and Technical Information Network), Karlsruhe.

Bibliothek wie Informationsvermittlung stehen Wissenschaftlern und Studenten der Universität Heidelberg sowie anderen mit Krebsaufgaben betrauten externen Forschern zur Verfügung.

Empfehlungen

Es empfiehlt sich, bei ständigem Informationsbedarf an neuen Veröffentlichungen in einem Fachgebiet ein Abonnement in einer Datenbank in Auftrag zu geben.

- Für Forschungsvorhaben lohnt es sich, den gesamten Informationsbestand der Zentralbibliothek durch einen Aufenthalt in der Bibliothek zu nutzen.

- Es ist außerdem empfehlenswert, sich das jährlich erscheinende Veröffentlichungsverzeichnis zuschicken zu lassen.

Aus dem empfehlenswerten Medienangebot sei insbesondere auf folgendes hingewiesen:

- Wer sich als Laie regelmäßig über den neuesten Stand zur Krebsforschung einen Überblick verschaffen möchte, sollte die Zeitschrift „einblick“ abonnieren.

DEUTSCHES ROTES KREUZ e.V.

– DRK –

Adresse	Generalsekretariat Friedrich-Ebert-Allee 71 5300 Bonn 1
Ansprechpartner	Herr Dr. Becher (Referat Familienarbeit, Altenhilfe, Sozialpflegerische und Gesundheitsdienste)
Telefon	02 28/54 13 55
Telefax	02 28/54 12 90
Telex	8 86 619

Das Deutsche Rote Kreuz e V wurde 1950 neu gegründet und 1952 durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf als nationale Rotkreuzgesellschaft anerkannt und in die Liga der Rotkreuzgesellschaften aufgenommen. Bereits 1921 hatten sich die deutschen Landesvereine und Landesfrauenvereine vom Roten Kreuz zum Deutschen Roten Kreuz zusammengeschlossen.

Die Rotkreuzgesellschaften sind den Grundsätzen verpflichtet, die von der XX. Internationalen Rotkreuzkonferenz 1955 beschlossen wurden: Menschlichkeit – Unparteilichkeit – Neutralität – Unabhängigkeit – Freiwilligkeit – Einheit – Universalität.

Das DRK ist nationale Rotkreuzgesellschaft und arbeitet nach den Bestimmungen der Genfer Rotkreuz-Abkommen und nach den Grundsätzen der Internationalen Rotkreuz-Konferenzen; das DRK ist zugleich anerkannter Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege. Satzungsgemäß hat das DRK folgende Aufgaben:

- Mitwirkung beim Schutz der Zivilbevölkerung,
- Hilfe für Opfer bewaffneter Konflikte,
- Mitwirkung im Sanitätsdienst der Bundeswehr, Suchdienst, Tätigkeit als Amtliches Auskunftsbüro nach den Genfer Rotkreuz-Abkommen, Mitwirkung bei der Familienzusammenführung und bei den mit diesen Aufgaben zusammenhängenden Hilfsaktionen,
- Verbreitung der Kenntnis der Genfer Rotkreuz-Abkommen,
- Krankenpflege,
- Krankentransport und Rettungsdienst auf den Straßen, in den Betrieben, auf dem Wasser und in den Bergen,
- Blutspendedienst, Katastrophenschutz und Katastrophenhilfe,
- Erste Hilfe bei Notständen und Unglücksfällen,
- Internationale Hilfsaktionen, Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe und im Gesundheitsschutz,
- Gesundheitsförderung, Gesundheitsaufklärung und Gesundheitsbildung, Jugendhilfe,
- Familienhilfe, Familienarbeit,

Aufgaben und Ziele der Institution

- DRK -

Aufgaben und Ziele der Institution

- Kur- und Erholungshilfen,
- Hilfen für Aussiedler und Zuwanderer sowie für ausländische Arbeitnehmer und Flüchtlinge,
- Ambulante soziale und pflegerische Dienste, entlastende Hilfen für Pflegende,
- Altenhilfe, Altenarbeit,
- Hilfen für Behinderte und chronisch Kranke.

Das DRK ist Träger von Diensten und Einrichtungen und anerkannten Ausbildungsstätten. Für die ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter werden Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt.

Die Mitgliedsverbände des DRK sind 14 Landesverbände, die sich in fast 400 Kreisverbände und über 4 000 Ortsverbände gliedern. Dem DRK gehört auch der Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e.V. an. Das Brändström-Haus im Deutschen Roten Kreuz e.V. und der Internationale Bund für Sozialarbeit - Jugendsozialwerk e.V. (IB) sind dem DRK angeschlossen. Mit diesen Verbänden hat das DRK über 4 Millionen Mitglieder, davon sind weit über 350 000 aktiv.

Die Organe des DRK sind die Bundesversammlung, das Präsidium und der Präsidialrat. Die Bundesversammlung besteht aus den Vertretern der Landesverbände, dem Präsidenten des DRK und den Vertretern der anderen Mitgliedsverbände. Das Präsidium, das von der Mitgliedsversammlung gewählt wird, hat bis zu 17 Mitglieder, zu denen das Präsidium noch fünf weitere Persönlichkeiten hinzuwählen kann. Der Präsidialrat besteht aus den Präsidenten der Landesverbände und der Präsidentin der Schwesternschaften vom DRK; er hat die Aufgabe, das Präsidium zu beraten und die Arbeit des DRK durch Erfahrungsaustausch und Vorschläge zu fördern.

Medienangebote

In Anbetracht der vielfältigen Aufgaben des DRK hat auch das Medienangebot eine große Spannweite. Es besteht aus Informationsmaterial und Unterrichtsmaterialien für die vielen ehrenamtlichen Helfer und die hauptamtlichen Mitarbeiter, aus Informationsmaterial für die Öffentlichkeit, aus Materialien, die für die Organisation und den Dienst der verschiedenen Einsatzbereiche des DRK notwendig sind und schließlich Materialien, die für das DRK und seine Aufgaben werben.

Als Periodika erscheinen u. a.

- „die gute tat“, ein Mitglieder-Magazin mit 12 Landesverbandsausgaben, das vierteljährlich erscheint,
- „Rotkreuz Magazin“ als offizielles Mitteilungsblatt des DRK. Es erscheint 6x jährlich und enthält jeweils einen Themenschwerpunkt,
- „Forum - Informationen“ für die Sozialarbeit,

Serviceleistungen

Entsprechend seiner Aufgabenstellung ist das DRK darauf ausgerichtet, Dienstleistungen zu erbringen. Vom Zivil- und Katastrophenschutz über den Rettungsdienst mit Wasser- und Bergwacht bis zum Ausbildungsprogramm, Suchdienst und Blutspendedienst.

Gesundheitsförderung ist in die unterschiedlichen Aufgabenbereiche der sozialen Arbeit eingebunden. Dies sind u. a.:

Die Bundesversammlung kann zur Beratung des Präsidiums Fachausschüsse, das Präsidium Präsidialausschüsse bilden. So gibt es z. B. Fachausschüsse für Gesundheits- und Sanitätswesen, für Rettungsdienst und für Katastrophenschutz. Präsidialausschüsse sind z. B. für Sozialarbeit und für Humanitäres Völkerrecht eingerichtet. Zusätzlich gibt es noch allgemeine Ausschüsse wie Bundesmännerausschuß, Bundesfrauenausschuß und Bundesausschuß des Jugendrotkreuzes.

Zur Erfüllung der vielfältigen Aufgaben unterhält das DRK eine Geschäftsstelle beim Präsidium und das Generalsekretariat. Dieses hat in der Hauptsache drei Abteilungen:

1. DRK-Gemeinschaften, Rettungsdienst, Zivil- und Katastrophenschutz, Internationale Katastrophen- und Entwicklungshilfe, Suchdienst.
2. Sozialarbeit, Behindertenhilfe, Jugendhilfe, Familienarbeit, pflegerische Hilfen, Altenhilfe, Sozialpflegerische und Gesundheitsdienste, Eingliederungs- und Rückkehrhilfen.
3. Haushalts- und Finanzwesen, Rechtsfragen, Versicherungswesen, Mittelbeschaffung.

Hinzu kommen noch Organisationseinheiten wie Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, Blutspendedienst und Institut für Rettungsdienst.

Die Finanzierung der Arbeit des DRK erfolgt aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Stiftungen, Betriebseinnahmen und öffentlichen Zuwendungen.

„Bernie“, DRK-Magazin für Kinder; erscheint zweimonatlich.

Außerdem gibt es

Leitfäden für Multiplikatoren wie z. B. Ausbilder, Kurslehrer, Übungsleiter, Arbeitshilfen für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter, z. B. „Kurvermittlung“, „Finanzierung sozialer Arbeit“, Informationsbroschüren, Faltblätter, Plakate für einzelne Arbeitsbereiche.

Über das Medienangebot des DRK gibt es ein Verzeichnis, das beim Generalsekretariat angefordert werden kann.

Offene Dienste
Beratungsstellen z. B. für Familien, ältere Menschen, Suchtkranke, ausländische Mitbürger, pflegende Angehörige, Bürger in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, Hilfsmitteldienste usw.

Ambulante soziale und pflegerische Dienste
Haus- und Familienpflege, Sozialstationen, Essen auf Rädern, Sozialpädagogische Familienhilfe usw.

Einrichtungen

Wohnheime für Behinderte, Kur- und Erholungsheime, Kindergärten, Wohn- und Pflegeheime für ältere Menschen, Kurzzeitpflege, Krankenhäuser, Therapieeinrichtungen usw.

Bildungsangebote

Vortragsveranstaltungen, Kursprogramme (z. B. „Die Eltern und ihr erstes Kind“, „Prager Eltern-Kindprogramm“, „Spiel- und Kontaktgruppen für Eltern mit Kindern von 1–3 Jahren“, „Krankenpflege in der Familie“, „Angehörige pflegen Angehörige“, „Psychohygiene“, „Anti-Stress“, „Yoga“, „Gymnastik“, „Wassergymnastik“, „Geselliges Tanzen“)

Diese Kurse sind eingebunden in die Palette der übrigen Angebote der sozialen Arbeit des DRK vor Ort.

Schulungsmaßnahmen für Multiplikatoren und Helfer

Ausbildung

Krankenpflege, Kinderkrankenpflege, Altenpflege, Krankengymnastik, Krankenpflegehilfe, Altenpflegehilfe, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Rettungsassistenten

Selbsthilfegruppenunterstützung

– DRK –

Serviceleistungen

Das Medienangebot und die Serviceleistungen des DRK sind so umfangreich und vielseitig, daß der direkte Kontakt mit dem jeweiligen Kreis- und Landesverband zu empfehlen ist, um die regionalen Kooperationsmöglichkeiten anzubahnen und abzuklären.

Ein Verzeichnis der Medien kann beim Generalsekretariat angefordert werden.

Empfehlungen

DIAKONISCHES WERK DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DEUTSCHLAND e.V.

– DW –

Adresse	Staffenbergstraße 76 7000 Stuttgart 1
Ansprechpartner	Über die Zentrale
Telefon	07 11/2159-0
Telefax	07 11/2159-2 88
Telex	723 557 ddws d

Die Geschichte der organisierten Diakonie begann 1848, als Johann Hinrich Wichern beim Wittenberger Kirchentag das Programm der Inneren Mission gegen geistliche und materielle Armut und soziale Not entwarf und der „Centralausschuß für Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche“ gebildet wurde. Nach diesem Vorbild entstanden in Städten und Kirchenbezirken lokale und regionale Verbände der Inneren Mission mit rechtlich selbständigen Heimen, Anstalten und Einrichtungen der volksmissionarischen Arbeit, die sozialpädagogische, fürsorgliche und pflegerische Verantwortung für Hilfebedürftige wahrnahmen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde unter der Leitung von Eugen Gerstenmaier 1946 das Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland gegründet. Diese Organisation half wesentlich mit, durch Erschließung von Auslandshilfen und durch Wiederbelebung ökumenischer Kontakte die Hungersnot in Deutschland zu bekämpfen, Vertriebene und Flüchtlinge anzusiedeln und die Jugendberufsnot zu lindern. In diese Arbeit war jede Kirchengemeinde einbezogen.

Beide Säulen der Diakonie – die Innere Mission und das Hilfswerk – haben sich ab 1957 in landeskirchlichen Werken zusammengeschlossen und wurden 1975 im Diakonischen Werk der EKD vereint. In der Satzung des Werkes wird über das Wesen der Diakonie unter anderem ausgesagt: „Die Kirche hat den Auftrag, Gottes Liebe zur Welt in Jesus Christus allen Menschen zu bezeugen. Diakonie ist die Gestalt dieses Zeugnisses und nimmt sich besonders der Menschen in leiblicher Not, in seelischer Bedrängnis und in sozial ungerechten Verhältnissen an. Sie sucht auch die Ursachen dieser Nöte zu beheben.“

Aufgaben und Ziele der Institution

- DW -

Aufgaben und Ziele der Institution

Dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) gehören als Mitglieder die Diakonischen Werke der 17 Landeskirchen der EKD, neun Freikirchen mit ihren diakonischen Einrichtungen sowie rund 100 Fachverbände der verschiedensten Arbeitsfelder und Sachgebiete an. Diese Mitglieder repräsentieren rund 18.000 selbständige Einrichtungen unterschiedlicher Größe und Rechtsform, in denen über 280.000 hauptamtliche Mitarbeiter voll- oder teilbeschäftigt sind. Ferner gibt es über 5.000 diakonische Selbsthilfe- und Helfergruppen. Mitgetragen wird die diakonische Arbeit von den rund 12.000 Gemeinden der Landes- und Freikirchen, in denen Hunderttausende ehrenamtliche Mitarbeiter tätig sind

Folgende Aufgaben werden vom Diakonischen Werk, seinen Landes- und Ortsverbänden und deren Einrichtungen und Diensten im Bundesgebiet vor allem wahrgenommen:

- Die Arbeit der Diakonie in der Jugendhilfe ist von den veränderten sozialen Strukturen abhängig: Die Erziehung von Kindern und Jugendlichen in Heimen wurde in den letzten Jahren vor allem dadurch geprägt, daß einerseits ein deutlicher Abbau der Zahl der Heimplätze erfolgte, andererseits aber das pädagogische Angebot in den Heimen stark differenziert und erweitert wurde. Auch das Angebot an teilstationären und ambulanten Hilfen wurde ausgebaut.
Die Kinderkur- und -erholungseinrichtungen, deren Bettenzahl rückläufig ist, haben auch heute noch ihre Bedeutung in der vorbeugenden und rehabilitativen Gesundheitsvorsorge.
In den meisten Kirchengemeinden ist ein evangelischer Kindergarten anzutreffen. Die Arbeit im Kindergarten trägt neben der Familie wesentlich zur sozialen Sozialisation des Kindes bei.
Von einigen Landesverbänden werden Adoptions- und Pflegevermittlungstellen unterhalten, die sich zunehmend auf die Vermittlung von Problemkindern (behinderte Kinder, Kinder mit Entwicklungsstörungen) und auf die nachgehende begleitende Beratung der Aufnahmefamilien konzentrieren.
Die Familienhilfe umfaßt die Praxisbereiche: Familienbildungsstätten, Müttergenesung, Einrichtungen für Mutter und Kind, Frauenhäuser, Angebote für Alleinerziehende, Beratungsstellen für Ehe-, Familien- und Lebensfragen, Beratungsstellen für Schwangerschaftskonflikte (§ 218b), offene Sozialarbeit.
Im Bereich der Krankenhilfe stehen die evangelischen Krankenhäuser im Vordergrund.
Aus der Gemeindekrankenpflege und den Schwesterstationen sind im letzten Jahrzehnt bundesweit Diakonie-/Sozialstationen entstanden, die kranke und pflegebedürftige Menschen in ihrer Häuslichkeit versorgen und betreuen.
In der Altenhilfe sind neben den Heimen für die Versorgung, Pflege und Betreuung der alten Menschen zunehmend Altenwohnungen, ambulante Hilfen (Hauspflege, Essen auf Rädern), Begegnungsstätten, Altenclubs und aktivierende Bildungs- und Geselligkeitsangebote getreten, die die Selbstverantwortung des alten Menschen solange wie möglich erhalten sollen.
- Die Behindertenhilfe der Diakonie geschieht durch offene Dienste sowie durch teilstationäre und stationäre Einrichtungen (z. B. Beratungsstellen, vorschulische und schulische Einrichtungen, berufliche Ausbildung, berufliche Eingliederung, Wohneinrichtungen mit spezifischen Angeboten, Erwachsenenbildung, Initiativgruppen).
Menschen mit psychischen Erkrankungen und seelischen Behinderungen finden qualifizierte Hilfen in Einrichtungen und Diensten in diakonischer Trägerschaft (wie Psychiatrische Kliniken, Tageskliniken,

Übergangseinrichtungen, besondere Wohn- und Arbeitsangebote, sozialpsychiatrische Dienste und Beratungsstellen). Ein wesentlicher Beitrag diakonischer Behindertenarbeit liegt in der Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für eine Beheimatung des Behinderten in der Gemeinde.

- Auch der Bereich der Gefährdetenhilfe mußte sich den veränderten Bedingungen anpassen. Durch die steigende Zahl der Nichtseßhaften sind verstärkte Hilfen notwendig. Für die Straffälligen und Straftatlassenen wurden neue Rehabilitationskonzepte entwickelt. Die Dienste der Bahnhofsmision als ökumenisch erbrachter Dienst werden weiterhin von den Menschen unterwegs stark in Anspruch genommen. In der Obdachlosenhilfe wurde in den letzten Jahren die offene Hilfe (Beratung in sozialen und rechtlichen Fragen, Hilfen bei Wohnungssuche) ausgebaut wie auch im stationären Bereich Wohn-, Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die persönlichen Hilfen verbessert.

Die Suchtkrankenhilfe begegnet vielen Erscheinungsbildern von Abhängigkeit. Beratungsstellen, Fachkliniken und Rehabilitationseinrichtungen der Diakonie bilden eine therapeutische Kette, die im Vorfeld der Gefährdung als Prophylaxe beginnt, im Stadium der akuten Betroffenheit als stationäre oder ambulante Therapie wirksam wird und in der Nachsorge in Form der begleitenden Unterstützung und Beratung endet. Dabei stützt sich die Suchtkrankenhilfe auf eine Vielzahl ehrenamtlicher Helfer und abstinenter Gruppen.

Seit ca. 15 Jahren stellt sich die Diakonie dem neu entstandenen gesellschaftlichen Problem der Arbeitslosigkeit. Viele Projekte, insbesondere für Langzeitarbeitslose, wurden entwickelt und Unternehmen „Neue Arbeit“ gegründet, die Arbeitsplätze für schwervermittelbare Arbeitslose schaffen sollen.

- Im Themenkreis Soziale Fragen der Ausländerbeschäftigung übernimmt die Diakonie Anwaltsfunktionen für die hier lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien.

Die Hilfen für ausländische Flüchtlinge (Asylbewerber und Asylanten) wurden mit der starken Zunahme der Flüchtlinge - insbesondere aus den außereuropäischen Ländern - verstärkt. In spezifischen Beratungs- und Kulturzentren werden Hilfen psychosozialer, sozialer und sozialrechtlicher Art angeboten. Die Eingliederungshilfen für Aussiedler (Deutsche aus den osteuropäischen Ländern) beinhalten neben Beratung in formalen und rechtlichen Fragen Maßnahmen zur Information über die gesellschaftlichen Verhältnisse hier sowie Anpassungs- und Orientierungshilfen.

Viele Mitarbeiter der Diakonie erhalten ihre Ausbildung an evangelischen Fach- und Fachhochschulen. Neben einer fachlich qualifizierten Ausbildung in den verschiedenen sozialen Arbeitsfeldern sind christliche Orientierung und theologische Fundierung ein besonderes Anliegen der diakonischen Ausbildung.

Die Diakonie ist aufgefordert, auch im internationalen Rahmen Hilfe für Menschen in Not zu leisten. Entsprechend der Satzung des Diakonischen Werkes richtet sich die Diakonie „in ökumenischer Weise an einzelne und Gruppen, an Nahe und Ferne, an Christen und Nichtchristen“. Die Verwirklichung dieses Auftrages erfolgt in unterschiedlichen Formen. Am meisten bekannt ist die Arbeit von „Brot für die Welt“. Diese Aktion begann 1959 mit dem Ziel, die Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt zu fördern. An ihr sind alle evangelischen Landes- und Freikirchen beteiligt. Die Mittel für die Finanzierung der Entwicklungsprojekte werden durch Spenden erbracht, die in jährlichen Aktionen, jeweils beginnend am 1. Advent, im ganzen Bundesgebiet gesammelt werden.

Die Planung und Abwicklung der Projekte erfolgt zentral in der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes in Stuttgart. Die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel auf die vom Arbeitsstab vorgelegten Projekte erfolgt durch den dreimal im Jahr tagenden Ausschuß für „Ökumenische Diakonie“.

Den aufgeführten Aufgaben dient das Diakonische Werk mit seinen Organen (Diakonische Konferenz, Diakonischer Rat) und seiner Hauptgeschäftsstelle in Stuttgart mit Außenstellen in Berlin und Bonn, in denen insgesamt 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt sind. Die Hauptgeschäftsstelle ist in fünf Hauptabteilungen und die Diakonische Akademie gegliedert:

- Die Hauptabteilung I „Theologie“ leistet die theologische Arbeit des Diakonischen Werkes und fördert die missionarischen und seelsorgerischen Dienste aller Landes- und Freikirchen in der Bundesrepublik Deutschland
- Die Hauptabteilung II „Ökumenische Diakonie“ verantwortet gemeinsam mit allen Landes- und Freikirchen sowie weiteren kirchlichen Werken diakonische Aktivitäten, die weltweit Not lindern sollen. Dazu gehören „Brot für die Welt“, die Nothilfe bei Katastrophen und Stipendienprogramme.

Das Medienangebot des Diakonischen Werkes setzt sich zusammen aus den Veröffentlichungen des Diakonischen Werkes und denen der einzelnen Mitglieder, z. B. Diakonie im Rheinland, Diakonie in Hessen und Nassau sowie einzelner Fachgebiete des Diakonischen Werkes; es richtet sich an die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter des Diakonischen Werkes und auch an die Endadressaten.

Das Diakonische Werk bringt mehrere Periodika heraus:

- „Diakonie“ erscheint als Fachzeitschrift monatlich und ist das Nachfolgeorgan von „Die Innere Mission“ (kostenverursachend),
- „Diakonie report“ als Informationszeitschrift zweimonatlich (Nachfolgeorgan von „Das Diakonische Werk“), kostenlos,
- „Jahrbuch der Diakonie“ erscheint jährlich und ist das Nachfolgeorgan des Jahrbuches der Inneren Mission und des Hilfswerkes.

Die Informations- und Wissensvermittlung über Publikationen ist der eine Schwerpunkt der Serviceleistungen des Diakonischen Werkes. Der andere ist das Fort- und Weiterbildungsangebot der Diakonischen Akademie als zentrale Fortbildungsstätte des Diakonischen Werkes, zu dem ein Jahresprogramm erscheint.

Das Angebot richtet sich an leitende Mitarbeiter, Fortbildner, Praxisberater und Spezialisten in verschiedenen Handlungsfeldern (auch von anderen Stellen als denen

- Die Hauptabteilung III „Sozial- und Jugendhilfe“ arbeitet an der Verwirklichung der diakonisch-sozialen Aufgabenstellung im Rahmen des Sozialstaates mit. Dies umfaßt die Begleitung der vielfältigen ambulanten, halboffenen und stationären Hilfen für Kinder und Jugendliche, Behinderte, kranke und alte Menschen sowie der Ausbildung für soziale und sozialpflegerische Berufe.
- Die Hauptabteilung IV „Finanzen, Wirtschaft, Verwaltung“ sorgt für die materiellen Voraussetzungen diakonischer Arbeit.
- Die Hauptabteilung V „Recht“ nimmt die rechtlichen Interessen des Diakonischen Werkes wahr, äußert sich mit den Fachabteilungen zu einschlägigen Gesetzesvorhaben, berät in Grundsatz- und wichtigen Einzelfragen und verantwortet das eigene Arbeitsrecht in der Diakonie mit. Hier werden auch die personellen und organisatorischen Aufgaben der Hauptgeschäftsstelle wahrgenommen.
- Die Diakonische Akademie hat den Auftrag, die Fort- und Weiterbildung von leitenden Mitarbeitern, Fortbildnern und Multiplikatoren aus den verschiedensten sozialen und diakonischen Arbeitsfeldern wahrzunehmen. Im Jahr besuchen rund 3 000 Teilnehmer die Veranstaltungen der Diakonischen Akademie

Regelmäßig erscheinen Broschüren zu den verschiedenen Arbeitsbereichen des Diakonischen Werkes (kostenpflichtig).

In den einzelnen Arbeitsbereichen gibt es ebenfalls Zeitschriften der Fachverbände.

Plakate, Poster und eine Vielzahl von audiovisuellen Medien, die sich vor allem an die Endadressaten richten, gehören weiterhin zum Medienangebot des Diakonischen Werkes.

Informationen über das Medienangebot sollten bei der Presse- und Informationsabteilung eingeholt werden, wo auch ein Veröffentlichungsverzeichnis zur Verfügung steht.

des Diakonischen Werkes) und enthält u. a. sog. Akademiekurse als langfristige Fortbildung, Fortbildungskurse während eines begrenzten Zeitraumes, Seminare, Projektseminare, Studientage und -fahrten (Kursgebühren werden erhoben)

Zu dem weiteren Serviceangebot gehören die Beratung in speziellen Fragen der Diakonie und eine umfangreiche Präsenzbibliothek

- DW -

Aufgaben und Ziele der Institution

Medienangebote

Serviceleistungen

Innerhalb des umfangreichen Medienangebotes und der vielfältigen Serviceleistungen enthält insbesondere das Fortbildungsangebot des Diakonischen Werkes für die in der Gesundheitsförderung Tätigen einige interessante Veranstaltungen, so daß Interessierte sich in den Verteiler für das Fortbildungsprogramm aufnehmen lassen sollten

- DW -

Empfehlungen

Ein Kontakt mit den regionalen Diakonischen Werken, die ebenfalls Fortbildung durchführen und für einige Vorhaben wichtige Partner sein können, ist zu empfehlen.

Außerdem sollte das Medienangebot bekannt sein, Informationen bei zielgerichteten Anfragen gibt die Presse- und Informationsabteilung, wo außerdem ein Veröffentlichungsverzeichnis angefordert werden kann.

EVANGELISCHE AKTIONSGEMEINSCHAFT FÜR FAMILIENFRAGEN

– EAF –

Adresse	Bundesgeschäftsstelle Meckenheimer Allee 162 5300 Bonn 1
Ansprechpartner	Frau Dr. Gabriele Conen (Bundesgeschäftsführerin)
Telefon	02 28/63 47 91

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V. (EAF) ist ein Dachverband mit evangelischen Einrichtungen, Verbänden und Werken als Mitgliedsverbänden. Ihre Arbeitsmaterialien können auch im Zusammenhang mit Gesundheitserziehung dem Verständnis komplexer Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens dienen. Sie bieten wichtige Anhaltspunkte für die Identifizierung von Gesundheitsbelastungen, die sich aus der Beanspruchung von Familien und ihren Mitgliedern, aus dem Wandel der Familien und infolge des Zusammenwohnens ergeben

**Für den
eiligen Leser**

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V. (EAF) wurde 1953 mit Sitz in Bonn gegründet. Sie ist ein Zusammenschluß selbständiger evangelischer Einrichtungen, Verbände und Werke, die sich mit Fragen aus dem Familienbereich befassen. Die EAF hat eigenständige Landesarbeitskreise für Familienfragen. Sie wird durch die evangelische Kirche sowie durch das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit finanziert.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Hauptaufgabe des Zusammenschlusses ist eine gemeinsame Beratung und Vertretung ethischer, pädagogischer, sozialer, rechtlicher und wirtschaftlicher Fragen der Familienpolitik. Dabei befassen sich vier ständige Fachausschüsse mit:

- Familie und Wohnen
- Erziehung, Bildung und Beratung
- Ehe- und Familienrecht
- volkswirtschaftlichen, steuerlichen und sozialversicherungsbezogenen Fragen

Die EAF beobachtet die familienbezogenen Entwicklungen und Auswirkungen in der Familien- und Frauenpolitik, in der Wohnungsbaupolitik, in der Bildungspolitik, in der Arbeits- und Sozialpolitik, in der Wirtschaftspolitik und in der Rechtspolitik.

Eine wichtige Aufgabe in der Vereinigung besteht in der Erarbeitung von Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen, die den Zuständigkeitsbereich der EAF berühren. Dabei wird oftmals mit anderen Organisationen aus dem Bereich der Familienpolitik zusammengearbeitet. Auch über die Erarbeitung gemeinsamer Stellungnahmen hinaus sucht die EAF die Zusammenarbeit mit kirchlichen und politischen Organisationen, die sich mit den Belangen der Familie befassen.

- EAF -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Mitglieder der Evangelischen Aktionsgemeinschaft sind daher auch in zahlreichen einschlägigen Gremien vertreten.

Eine wichtige Aufgabe der EAF ist die Erarbeitung von Vorstellungen und Vorschlägen zur Gestaltung und Verbesserung der Alltagsbedingungen und der Wohnverhältnisse von Familien, wobei das Augenmerk auch auf besondere Belange wie die der Älteren, Alleinlebenden und der Ausländer gerichtet wird. Die EAF befaßt sich auch mit Fragen der Bereitstellung und Ausgestaltung der familienergänzenden Einrichtungen wie Kindergartenplätze.

Im Zusammenhang mit Fragen der Familie und Lebensgestaltung orientiert sich der Verband an dem Leitbild der Partnerschaft in Ehe und Familie. Als eine wichtige Voraussetzung zur Verwirklichung von Partnerschaft sieht der Verband die gleichberechtigte Beteiligung von Mann und Frau sowohl an der Familien- als auch an der Erwerbsarbeit, bzw. die Wahlfreiheit für Mann und Frau in beide Richtungen.

Der Verwirklichung dieses Partnerschaftsmodells stehen jedoch vielfach die Lebens- und Arbeitsbedingungen entgegen. Im Zusammenhang einer Flexibilisierung der Wochenarbeitszeit sollte nach Ansicht des Verbandes darauf hingewirkt werden, daß eine gemeinsame Familienfreizeit möglich bleibt. Die Folge ungünstig verteilter Arbeitszeit, auch bei einer Verkürzung der Arbeitszeit selbst, wäre nicht nur eine Auflösung

der Familie, der Nachbarschaft und des Freundeskreises als Kommunikationsgemeinschaft. Vielmehr würde dies auch die gesamtgesellschaftliche Desintegration beschleunigen.

Eine andauernde Arbeitslosigkeit eines oder mehrerer Familienmitglieder bewirkt Veränderungen des familiären Alltagslebens, die das System der Familie destabilisieren und auch die nicht arbeitslosen Familienmitglieder beeinträchtigen können.

Langzeitarbeitslosigkeit wirkt sich unmittelbar im familiären Zusammenleben aus und beeinflusst die Form der Erziehung, den Umgang mit dem Partner sowie die Kommunikation und Organisation in der Familie. In der Wohnung selbst wird Raum benötigt für Zeiten, die sonst am Arbeitsplatz verbracht wurden, mit der Folge, daß eingeübte Zuordnungen in der Wohnung gestört und Konflikte zwischen den Familienmitgliedern ausgelöst werden.

Durch wachsende Geldprobleme ist ein Umzug in billigeren Wohnraum erforderlich. Insbesondere für junge Erwachsene kann eine Langzeitarbeitslosigkeit Auswirkungen auf das Wohnverhalten haben, da der Ablösungsprozeß von den Eltern u. a. durch eigenes Einkommen beeinflusst wird bzw. durch Flucht in die Ehe überstürzt wird. Weiterhin wird die Teilnahme am öffentlichen Leben eingeschränkt; es sind Rückzugs- und Isolationstendenzen spürbar.

Medienangebote

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V. (EAF) gibt die Zeitschrift „Familienpolitische Informationen“ heraus, die sechsmal jährlich erscheint und sich vor allem an Leser aus Politik, Kirche, Staat und Wissenschaft richtet. Es werden die aktuellen familienpolitischen Entwicklungen und Probleme dargestellt

und beurteilt sowie die Stellungnahmen der Aktionsgemeinschaft veröffentlicht. Die Zeitschrift kann im Abonnement bezogen werden.

Daneben dokumentiert und publiziert der Verband auch die von ihm durchgeführten Fachtagungen.

Serviceleistungen

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V. (EAF) führt im Rahmen ihrer jährlichen Mitgliederversammlung Fachtagungen zu unterschiedlichen Themen aus ihrem Aufgabenfeld durch. So befaßten sich Fachtagungen der letzten Jahre u. a. mit der Lebenssituation der ausländischen Familien und mit Kontinuität und Veränderung in der Familie. In der Regel sind diese Tagungen nur für Verbandsmitglieder vorgesehen, ausnahmsweise gehen auch Einladungen an fachinteressierte Nichtmitglieder.

Daneben nehmen Mitglieder des Verbandes als Vortragende an Veranstaltungen und Tagungen zu familienpolitischen Sachverhalten teil und wirken an der Vorbereitung und Gestaltung solcher Tagungen mit. Mitglieder der EAF stehen außerdem als Autoren für wissenschaftliche, fachliche und verbandliche Zeitschriften zur Verfügung und publizieren dort zu familienpolitischen Themenstellungen:

Einer der thematischen Schwerpunkte liegt im Bereich des Wohnens. Hier werden u. a. Fragen einer familiengerechten Wohnumwelt und Wohnform, die Erfordernisse und Möglichkeiten familienfreundlichen Wohnens sowie Probleme des sozialen Wohnungsmarktes erörtert. Weiterhin konzentrieren sich die Veröffentlichungen auf Fragen des Familienlastenausgleichs wie etwa Erziehungsgeld und -urlaub, Kindergeld und Ausbildungsförderung.

Auf familienrechtlichem Gebiet erfolgten bisher vor allem Veröffentlichungen zum Ehe- und Familienrecht, insbesondere zum Unterhalts-, Sorge- und Umgangsrecht.

Im Bereich Lebenssituation alter Menschen wurde zur Anrechnung der Erziehungszeiten im Rentenrecht und zur Absicherung des Pflegefallrisikos publiziert

Empfehlungen

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V. (EAF) befaßt sich mit einer Thematik, die in hohem Maße vom gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel betroffen ist.

Die Eltern-Kind-Familie als Leitbild der Familienpolitik ist nur noch auf eine bestimmte zeitliche Phase in der Lebenslangen oder zumindest langdauernden Ehe oder nichtehelichen Lebensgemeinschaft verdichtet. Sie stellt eine Phase besonders intensiver hauswirtschaftlicher und wohnungsmäßiger Beanspruchung für die Erwachsenen dar. Die damit verbundenen Belastungen können in Verbindung mit ungünstigen Lebenslagen wie Arbeitslosigkeit, Geldproblemen, Krankheit und

Pflegefall zu Gesundheitsrisiken werden. Umgekehrt können die zunehmende Abkoppelung der Arbeitszeitstrukturen von den familiären Zeitrhythmen und die stark erhöhten Mobilitätsanforderungen an die Familienmitglieder die entlastenden und wiederherstellenden Wirkungen des familiären Zusammenlebens aufzehren und von daher zu einer Verringerung der physischen und psychischen Belastbarkeit führen. Der Sachverstand und die Ausarbeitungen und Veröffentlichungen der EAF können für eine Identifizierung gesundheitsriskanter Strukturumbrüche im Bereich Familie und vor allem im Bereich Wohnen wichtige Hinweise liefern.

FACHVERBAND DROGEN UND RAUSCHMITTEL e.V.

– FDR –

Adresse Brüderstraße 4 B
3000 Hannover 1

Ansprechpartner Herr Leune
(Geschäftsführer)

Telefon 05 11/1 31 64 74

Telefax 05 11/183 26

Der Fachverband Drogen und Rauschmittel e.V. (FDR) wurde 1979 gegründet und versteht sich als Zusammenschluß der Träger von ambulanten und stationären Hilfen für Suchtgefährdete und Abhängige. Als juristisch selbständiger Verband ist er Mitglied des DPWV und repräsentiert dort vorrangig den Bereich der Drogenarbeit (= Arbeit mit Konsumenten illegaler Drogen). Seine Aufgaben sieht der FDR satzungsgemäß in der „Förderung der fachlichen Arbeit für Suchtgefährdete und Abhängige, insbesondere junge Menschen, u. a. durch folgende Maßnahmen:

- Beratung und Unterstützung der Arbeit an ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen
- Mitwirkung an einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit psychologischen Hilfen
- Vertretung der sozial- und gesundheitspolitischen Interessen seiner Mitglieder
- Förderung der Aus- und Fortbildung von Fachkräften
- wissenschaftliche Begleitung der praktischen Arbeit
- Öffentlichkeitsarbeit“ (aus § 2 der Satzung).

Die Arbeitsschwerpunkte des FDR liegen in den Bereichen:

- Fortbildung
- Informations- und Erfahrungsaustausch
- Impulsgebung für Weiterentwicklungen in der Drogenarbeit
- Vertretung der Interessen der Drogenarbeit
- Initiierung, Weiterentwicklung und Dokumentation der Nachsorge im Drogenbereich.

Dem FDR gehören (Stand: Ende 1990) 43 Mitgliedsorganisationen an. Diese beschäftigen (Stand: 1991) im ambulanten Bereich über 320 und im stationären Bereich etwa 450 hauptamtliche Mitarbeiter. Die Therapieeinrichtungen des stationären Bereichs verfügen über ca. 950 Plätze für Drogenabhängige sowie über etwa 50 Plätze für Kinder abhängiger Eltern und über ca. 50 einrichtungsbezogene Ausbildungsplätze.

Die Arbeit des FDR wird aus Mitgliedsbeiträgen und öffentlichen Zuwendungen finanziert.

Aufgaben und Ziele der Institution

- FDR -

Medienangebote

Sämtliche Publikationen des FDR wenden sich primär an Fachinstitutionen bzw. -personen aus dem Bereich Drogenhilfe. Der FDR erstellt keine Präventionsmaterialien oder Veröffentlichungen, die sich direkt an Betroffene wenden.

Die FDR-Berichte erscheinen 4mal jährlich und stellen aktuelle Themen, neue Entwicklungen und Aktivitäten aus dem Drogenbereich dar. Sie beinhalten auch Hinweise auf Fachtagungen und Fortbildungsveranstaltungen. Diese Veröffentlichung ist zwar vorrangig als unmittelbare Plattform für die Mitgliedseinrichtungen des Verbandes gedacht, beinhaltet jedoch auch interessante und wichtige Informationen für Institutionen und Fachkräfte außerhalb des FDR. Der Bezug ist kostenlos und erfolgt direkt über den FDR.

Die Fachkongresse des FDR („Bundesdrogenkongress“ – siehe hierzu auch unter „Serviceleistungen“) werden in Buchform dokumentiert. In dieser Dokumentations-

Reihe sind u. a. erschienen: „Drogenfrei und nun? – Sorgen mit der Nachsorge“, „Wenn Frauen aus der Falle rollen – Frauen und Abhängigkeiten“, „Lebenslage HIV-positiv und abhängig – Drogen und AIDS“.

Als Einzelveröffentlichungen des FDR sei beispielhaft genannt: „Problemfelder der Nachsorge bei der Hilfe für drogenabhängige Menschen...“

Außerdem ist die Veröffentlichung eines Readers zur Drogenarbeit geplant, der Darstellungen und Literaturhinweise zu bestimmten Schwerpunktthemen enthalten soll.

Diese Veröffentlichungen sind über den FDR erhältlich. Der Bezug ist kostenverursachend.

Auf Anfrage ist ein kostenloses Publikationsverzeichnis erhältlich.

Serviceleistungen

Der jährlich stattfindende Fachkongress des FDR, der Bundesdrogenkongress, ist das bundesweit größte Forum, das sich speziell mit Fragen der Drogenarbeit befaßt. Eine Teilnahme ist jedem Interessierten möglich.

Der FDR bietet eine Zusatzausbildung an, in der die spezifische Problematik von Abhängigen illegaler Drogen systematisch und praxisnah aufgearbeitet wird.

Die Ausbildung wird in 14 Seminarwochen über die Dauer von 3 Jahren durchgeführt und beinhaltet zusätzlich auch zwei jeweils zweiwöchige Praktika in Einrichtungen der Drogenhilfe. Voraussetzung für die Aufnahme ist eine Tätigkeit im Bereich Drogenberatung/Drogenhilfe oder Suchtkrankenhilfe allgemein.

Der FDR veranstaltet darüber hinaus jährlich etwa 10 Seminare und Fachtagungen zu speziellen Themen wie z. B. „Elternkreise drogenabhängiger und drogengefährdeter Jugendlicher“, „Kosten und Rechtsfragen in der Drogenarbeit“, „Verbesserung der Nachsorge“

Diese Angebote wenden sich primär an Mitarbeiter von Einrichtungen, die dem FDR angehören, sind jedoch grundsätzlich auch für Interessenten aus anderen Einrichtungen oder Institutionen offen, die sich mit der entsprechenden Thematik befassen.

Auf Anfrage erstellt der FDR Materialpakete (Textsammlungen, Literaturangaben, Presseveröffentlichungen) zu speziellen Fragestellungen aus dem Drogenbereich. Diese Unterlagen sind in kleiner Auflage bzw. bei geringem Umfang kostenlos erhältlich.

Der FDR gibt zu speziellen Schwerpunktthemen Literaturhinweise und benennt (kostenfrei) bzw. stellt Referenten (kostenverursachend).

Auf Anforderung sind die Anschriften der Drogenhilfe-Einrichtungen für den jeweiligen regionalen Bereich erhältlich.

Empfehlungen

Bei Fragen, Problemen und Entscheidungen, die den Bereich der illegalen Drogen betreffen, bietet sich der FDR als kompetente Stelle an, von der Informationen sowie Rat und Hilfe erhältlich sind.

Interessierte Institutionen sollten sich in den Verteiler des FDR aufnehmen lassen, um die FDR-Berichte regelmäßig zugesandt zu bekommen.

FORTBILDUNGSINSTITUT FÜR DIE PÄDAGOGISCHE PRAXIS IM VEREIN ZUR FÖRDERUNG EXPERIMENTELLER FILM-, SPIEL- UND THEATERARBEIT, FST-WORKSHOP FÜR KINDER e. V.

– FIPP –

Adresse	Crellestraße 34 1000 Berlin 62
Ansprechpartner	Alle MitarbeiterInnen des FIPP
Telefon	0 30/7 84 20 75

Das Fortbildungsinstitut für die Pädagogische Praxis (FIPP) ist ein Zusammenschluß von interdisziplinär arbeitenden SozialwissenschaftlerInnen, gegründet als Nachfolge der „Arbeitsgemeinschaft Fortbildung im Kinderzentrum“. Diese Arbeitsgemeinschaft entstand aus der Kinderladenbewegung als Lobby für die Interessen und Bedürfnisse der Kinder und dem Versuch, die Erfahrungen aus der Kinderladenarbeit zu verbreiten.

Das FIPP hat sich zum Ziel gesetzt, „die Arbeit in Kindertagesstätten und im außerschulischen Jugendbereich zu verbessern und an einer Weiterbildung im Bereich der Jugendhilfe zu arbeiten“. Dabei orientiert sich das FIPP an den konkreten Entwicklungs- und Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und Familien; über die Zusammenarbeit mit ihnen versuchen die FIPP-Mitglieder herauszufinden, welche Anforderungen die jeweiligen Lebenslagen an die Jugendhilfe stellen. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie die Kinder sich selbst in ihrer Lebenssituation wahrnehmen, welche Begrenzungen sie wodurch erfahren und welche Vorstellungen und Wünsche sie entwickeln.

In verschiedenen Schwerpunkten werden diese Ziele umgesetzt:

- durch Fort- und Weiterbildung für ErzieherInnen, LeiterInnen, SozialpädagogInnen und FachberaterInnen sowie für Teams von Kindertagesstätten,
- durch Forschung und Beratung und
- durch Publikationen, die im eigenen Buchvertrieb verkauft werden.

Zu Beginn der Tätigkeit des FIPP wurde hauptsächlich Fortbildung für die MitarbeiterInnen der Berliner Kindertagesstätten durchgeführt. Seit vielen Jahren arbeitet das FIPP regelmäßig mit bundeszentralen Fortbildungs- und Forschungsinstitutionen sowie mit öffentlichen und freien Trägern zusammen. Die Fort- und Wei-

Aufgaben und Ziele der Institution

- FIPP -

Aufgaben und Ziele der Institution

terbildungsseminare sind so angelegt, daß die TeilnehmerInnen durch Erfahrungsaustausch, theoretische Auseinandersetzung und praktisches Tun voneinander lernen, daß sie eingeschlifene Verhaltensweisen und Meinungen hinterfragen, pädagogische Standpunkte überprüfen, eigene Fähigkeiten erproben und konkrete Handlungsschritte entwickeln, welche die praktische Arbeit verbessern.

Die Ergebnisse von Forschungsprojekten werden in Fortbildungsseminaren zur Diskussion gestellt und so mit den Erfahrungen anderer verglichen. Außerdem wendet sich das FIPP mit den Ergebnissen an alle, die in Politik und Verwaltung für die Lebensbedingungen von Kindern und Familie Verantwortung tragen.

Die Themenkreise, an denen das FIPP gearbeitet hat und arbeitet, sind z. B.:

Veränderungen in den Lebensbedingungen von Kindern, Familien und Anforderungen an die Jugendhilfe

- Lebenssituation älterer Kinder
- Technik im Alltagsleben von Kindern
- Stadt- und Spielplatzplanung
- Raumgestaltung in und um Einrichtungen für Kinder
- Rechtsfragen der Jugendhilfe
- Platz- und Personalbedarf in Kindertageseinrichtungen
- Umwelterziehung
- ästhetische Erziehung, Aneignungs-, Wahrnehmungs- und Ausdrucksformen von Kindern und Erwachsenen
- Integration behinderter Kinder in Regeleinrichtungen.

Das FIPP finanziert seine Ausgaben für die laufenden Kosten des Institutes und die Vergütungen der angestellten MitarbeiterInnen durch Honoraraufträge, die Einkünfte aus den Forschungsprojekten und den Mitgliedsbeiträgen.

Medienangebote

Das FIPP veröffentlicht in seinem Fachverlag eigene und fremde Texte, die geeignet scheinen, zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern beizutragen. Es sind auch Arbeitsmaterialien, Medien und Ergebnisse, die aus der Fortbildungs- und Forschungstätigkeit entstanden sind und so eine größere Verbreitung finden sollen

Einige dieser Veröffentlichungen sind:

- Rechtshandbuch für Erzieherinnen
- Kinderalltag - Beiträge zur Analyse der Veränderung von Kindheit

Zusammenleben mit Kleinstkindern Anregungen für die Arbeit in Krippen und Krabbelstuben

- Das Auge schläft, bis der Geist es mit einer Frage weckt - Krippen und Kindergärten in Reggio/Emilia
- Leiden in der Fremde - Zur psychosozialen Situation ausländischer Familien
- Kinder und Jugendliche in der Großstadt

Über den FIPP-Vertrieb werden die Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis abgegeben, ein Vertriebsprogramm mit den Titeln, Kurzbeschreibungen und Preisen ist beim FIPP erhältlich.

Serviceleistungen

Ziele und Inhalte der Serviceleistungen des FIPP ergeben sich aus der Zielsetzung des Institutes.

Mit der langjährigen Erfahrung und der unterschiedlichen Fachkompetenz der MitarbeiterInnen bietet das FIPP an:

- Organisation und Durchführung von Fort- und Weiterbildungen, Fachtagungen, Expertengesprächen und Vorträgen zu den inhaltlichen Schwerpunkten, Fachveranstaltungen für MitarbeiterInnen aus der Fach- und Dienstaufsicht, der Fachberatung, der Aus- und Fortbildung,
- Unterstützung für Träger und Einrichtungen bei der Bedarfsplanung und Konzeptentwicklung,
- Zusammenarbeit mit Planern und Verwaltungen bei der bewohnerorientierten Gestaltung von Spiel- und Freiflächen,

- Gutachten und Forschung zu bestimmten Themen (z. B. Platz- und Personalbedarf in Kindertageseinrichtungen, Umwelterziehung im Kindergarten, Kinder im Stadtteil),
- Materialsammlungen zu den Schwerpunkten.

Für diese Angebote entstehen den Auftraggebern/Veranstaltern Kosten, da das FIPP sich daraus finanzieren muß. Informationen und Teilnahmebedingungen über Veranstaltungen mit dem FIPP laufen über den jeweiligen Auftraggeber (z. B. Senator für Jugend und Familie, Berlin; Paritätisches Bildungswerk, Bremen; Hans-Wendt-Stiftung, Bremen). In Einzelfällen kann das FIPP darüber informieren

Empfehlungen

Institutionen und Vereinigungen, die Maßnahmen für Schlüsselpersonen von Kindern und Jugendlichen planen, ist zu empfehlen:

die kinderorientierte Sachkenntnis der FIPP-Mitarbeiter zu Rate zu ziehen, wenn es um die Beurteilung und Veränderung der Lebenssituation von Kindern auf örtlicher Ebene geht,

- bei Fortbildungsvorhaben die Angebote des FIPP miteinzubeziehen,
- sich in den Verteiler des FIPP-Vertriebsprogramms aufnehmen zu lassen bzw. dieses anzufordern, um über das Medienangebot des FIPP mit Handbüchern, Arbeitsmaterialien und Projektberichten informiert zu sein.

FRAUENSELBSTHILFE NACH KREBS

Adresse - Bundesverband e.V. -
B 6, 10/11
6800 Mannheim

Telefon 06 21/2 44 34

Telefax 06 21/15 48 77

Die Frauenselbsthilfe nach Krebs wurde 1976 in Mannheim gegründet. Ausgangspunkt war die Erfahrung krebsbetroffener Frauen, daß Kontakt und gegenseitige Information den Patientinnen die Überwindung der Folgen der Krankheit erleichtern.

Schon 1979 wurden der Bundesverband und 5 weitere Landesverbände gegründet. 1991 entstanden in den neuen Bundesländern zwei Landesverbände, weitere sind im Aufbau. Derzeit sind ca 270 örtliche Gruppen der Frauenselbsthilfe nach Krebs aktiv tätig.

Aufgaben der Gruppen sind:

- die seelische Begleitung Krebskranker durch Einzelgespräche, Besuche am Krankenbett, Gruppen-
gesprächskreise und -aktivitäten
- Hilfe bei der Überwindung von Angst durch das Bei-
spiel anderer Betroffener
- Anregungen für gesundheitsbewußtes Verhalten
(Gymnastik, Schwimmen, Informationen, Ernährung,
Kreativität)
- Verbesserung der Lebensqualität durch Kontakte
und Informationen zu Hilfsmitteln
Informationen über soziale und rechtliche Hilfen
(Krankenkassenleistungen, Kuren, Renten, Schwer-
behindertenausweis)

Aufgaben und Ziele der Institution

Arbeitsgrundlage der Gruppen ist die Broschüre „Das Leben ruft mich immer wieder neu“. Sie enthält Hinweise zum Umgang mit der Erkrankung und Anregungen für spezielle Bewegungsübungen.

Auf Anforderung sind erhältlich:

- Rundbriefe der Frauenselbsthilfe nach Krebs
- Informationshefte zu Sozialinformationen, Ernährung und Prothetik
- Plakate, Handzettel und Informationsmaterial für Öffentlichkeitsarbeit.

Medienangebote

**FRAUEN-
SELBSTHILFE
NACH KREBS**

*Service-
leistungen*

Die Leiterinnen der örtlichen Gruppen werden bei der einmal jährlich stattfindenden Bundestagung durch Experten aus dem In- und Ausland fortgebildet. Daten und Themen der Bundestagung können jeweils in der Geschäftsstelle erfragt werden.

Außerdem finden in den Landesverbänden zweimal jährlich Fortbildungsveranstaltungen für die jeweiligen Gruppen statt.

Weiterhin können Referenten aus eigenen Reihen vermittelt werden.

Empfehlungen

Das Ziel der Frauenselbsthilfe nach Krebs ist es, krebsbetroffenen Frauen durch Kontakt und gegenseitige Information zu helfen, die Folgen der Krankheit besser zu verarbeiten

270 örtliche Gruppen helfen und informieren u. a. über soziale und rechtliche Hilfen bei Krankenkassen, Kuren, Renten und Schwerbehindertenausweis

GESAMTVERBAND DER WOHNUNGSWIRTSCHAFT e.V.

– GdW –

Adresse	Bismarckstraße 7 5000 Köln 1
Ansprechpartner	Herr Dr. Jürgen Galonska (Persönlicher Referent des Verbandspräsidenten)
Telefon	02 21/57 98 90

Der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft e.V. (GdW) ist Spitzenverband der rd. 1800 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften. Die Veröffentlichungen aus den Fachausschüssen und Arbeitsgruppen des Verbandes eignen sich als Grundlagenmaterial für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen. Eine ausreichende Versorgung mit preisgünstigen Wohnungen stellt einen wichtigen Faktor für das gesundheitliche Wohlbefinden der Bevölkerung dar; die wirtschaftliche Vernachlässigung von Wohngebieten beinhaltet hohe gesundheitliche Risiken. Gesundheitliche Bedeutung haben aber auch ein ökologisches Wohnumfeld sowie ein sozialgruppenspezifisches Wohnungsangebot.

**Für den
eifigen Leser**

Der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft e.V. (GdW), Köln, ist in konsequenter Fortentwicklung aus dem Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen e.V. entstanden, nachdem der Gesetzgeber das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz zum 1. Januar 1990 aufgehoben hat.

Die Mitglieder des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft sind wie bisher die regionalen Prüfungsverbände sowie neue Fach- und Interessenverbände. Er ist offen gegenüber neuen Mitgliedern.

Zweck des Gesamtverbandes ist die Förderung und Vertretung der einheitlichen Interessen der Mitglieder und der diesen angeschlossenen Unternehmen und Einrichtungen.

Aufgabe des Verbandes ist die Interessenvertretung und Beratung der Mitglieder durch die Wahrnehmung der gemeinsamen sozial-, wirtschafts-, rechts- sowie steuer- und finanzpolitischen Belange im Wohnungs- und Städtebau, in der Raumordnung, bei der Eigentums- und Vermögensbildung, bei der Förderung des Genossenschaftsgedankens, der genossenschaftlichen Spareinrichtungen und deren Einlagensicherungsfonds sowie bei allen übrigen nationalen und internationalen Vorschriften, Gesetzen und Programmen, die direkt oder indirekt Einfluß auf die Wohnungswirtschaft und ihre Unternehmen haben.

Die Aufgaben umfassen auch die Unterrichtung der Öffentlichkeit, die Förderung des Nachwuchses, die Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die wohnungswirtschaftliche Entwicklungshilfe. Dem Gesamtverband obliegt im Zusammenwirken mit den Prüfungsverbänden und den mit ihnen verbundenen Wirtschaftsprüfungs-

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- GdW -

Aufgaben und Ziele der Institution

gesellschaften ferner die Weiterentwicklung und Förderung des Prüfungswesens
Innerhalb des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft ist eine Reihe von Arbeitsgruppen und Fachausschüssen tätig, die auch mit anderen Einrichtungen und Körperschaften zusammenarbeiten. Von diesen Arbeitsgruppen sowie von der Geschäftsstelle in Köln und den satzungsmäßigen Gremien des Verbandes werden Lösungsvorschläge zu Schwerpunktproblemen des Wohnens und des Wohnungswesens erarbeitet. Hierzu zählen beispielsweise:

- Weiterentwicklungen der Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre
- Gestaltung und Wiederherstellung eines auch ökologisch günstigen Wohnumfeldes

- neue Formen des lebensabschnittsspezifischen Gemeinschaftswohnens von Auszubildenden, Studenten, Alleinerziehenden oder Älteren
- geeignete Rahmenbedingungen für den Wohnungs- und Städtebau.

Die Konzepte reichen von den planerischen Grundlagen über Modellvorhaben bis zur Umsetzung und Verbreitung ausgereifter Projekte
In Zusammenarbeit mit dem Bund deutscher Architekten (BDA) und dem Deutschen Städtetag (DST) verleiht der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft einen Bauherrenpreis. Hierdurch soll bei Bürgern und in Fachkreisen sowie in der Verwaltung und bei den Politikern das Bewußtsein für Qualität und Wirtschaftlichkeit des Plans und Bauens gestärkt werden.

Medienangebote

Der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft e V (GdW) bringt Einzelveröffentlichungen und Schriftenreihen heraus, die sich an unterschiedliche Zielgruppen richten. Es handelt sich dabei um folgende Publikationen:

Aus aktuellem Anlaß erstellt der Gesamtverband Pressemitteilungen, die allen Medien zugehen
Ferner erscheint jährlich ein Tätigkeitsbericht des Verbandes, der über die Arbeit der Verbandsgeschäftsstelle berichtet und der die vielfältigen Bezüge und Verflechtungen der Wohnungswirtschaft und ihrer Aktivitäten zeigt.

Statistisches Material über die Wohnungswirtschaft und die Wohnungspolitik veröffentlicht der GdW in seinem regelmäßig erscheinenden „Wohnungswirtschaftlichen Jahrbuch“.

- Arbeits- und Forschungsergebnisse seiner Fachausschüsse und Arbeitsgruppen, Seminare und Kongresse sowie Einzeluntersuchungen dokumentiert

der Gesamtverband in seinen „GdW Schriften“ Dabei wird Wert auf eine anwendungsbezogene und beispielreiche Darstellung gelegt

Monatlich erscheint die vom Gesamtverband herausgegebene Fachzeitschrift „Die Wohnungswirtschaft“ vormals „Gemeinnütziges Wohnungswesen“, die aktuelle Fragen des Wohnens erörtert.

Als Verbandspublikation erscheinen zudem wöchentlich die „Wohnungswirtschaftlichen Informationen“ mit Berichten über Vorgänge in Wohnungspolitik, Wohnungswirtschaft, Bauwirtschaft und Kreditwesen.

- Weiter veröffentlicht der Verband unregelmäßig „Materialien“, die aktuelle Themen aus Politik und Wissenschaft aufgreifen und kritisch verarbeiten sowie Hintergrundinformationen zu speziellen Themen des Wohnungswesens und der Wohnungswirtschaft vermitteln.

Serviceleistungen

Der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft e V (GdW) führt sowohl für Mitarbeiter der Mitgliedsunternehmen wie auch für Teilnehmer aus Politik und Wirtschaft Fachseminare durch. Daneben finden regelmäßige Prüfungsschulungen statt.

Um die berufliche Qualität auf Dauer zu sichern, wurde vor 30 Jahren ein eigenes Ausbildungswerk ins Leben gerufen. Es hat seinen Sitz in Ratingen-Hösel.

Unter dem Dach dieses bundesweiten Bildungszentrums der Wohnungswirtschaft befinden sich eine staatlich anerkannte Berufsschule, eine Fachschule für Wohnungswirtschaft - Fachrichtung Wohnungswirtschaft

Realkredit - , eine Akademie für Wohnungswirtschaft sowie ein Institut für Fernunterricht. Die Aus- und Fortbildung reicht vom Kaufmann der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft bis hin zum staatlich geprüften Betriebswirt. Diese bundesweite Bildungseinrichtung steht der gesamten Wohnungswirtschaft zur Verfügung und wird auch von ihr genutzt
Der Verband veranstaltet außerdem im Rahmen des Julius-Brecht-Fonds Kontaktseminare, durch die Nachwuchskräfte der Wohnungswirtschaft befähigt werden sollen, die Zukunftsaufgaben im Wohnungsbau zieladäquat zu lösen

Empfehlungen

Die Tätigkeit des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft e V (GdW) ist in vielfacher Weise auch für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen von Bedeutung.

Die Wohnung ist ein existentielles Gut für jeden einzelnen und für jede Familie. Bedarfsgerechtes Wohnen entscheidet mit über die gesundheitlichen Voraussetzungen von Mietern, Nutzern und Eigentümern
Gesundes Wohnen darf nicht Privileg bestimmter Einkommensgruppen sein, sondern muß in allen Preiskategorien für alle zur Verfügung stehen. Dieser Aufgabe haben sich die im Gesamtverband der Wohnungswirtschaft

zusammengeschlossenen Unternehmer und Verbandsvertreter verpflichtet.

Ausdruck dieser Philosophie ist auch die Gründung einer Entwicklungshilfegesellschaft mit der Bezeichnung Deswos (Deutsche Entwicklungshilfe für Soziales Wohnungs- und Siedlungswesen e.V., Köln). Ziel dieser Gesellschaft ist die Unterstützung in der Dritten und Vierten Welt für ein menschengerechtes und gesundes Wohnen. Nachdem gesundes und bedarfsgerechtes Wohnen in Europa weitgehend einen hohen Standard erreicht hat, dürfen die Menschen in den Entwicklungsländern nicht vergessen werden.

Da auch die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen von räumlich sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und Anforderungen ausgehen muß, ist der Gesamtverband mit seiner bundesweiten Vertretung, seinen Kenntnissen und seinen umfassenden Service- und Medienangeboten für die Gesundheitserziehung ein prädestinierter Partner.

Stadterneuerung, Wohnumfeldverbesserung, Sanierung und Modernisierung von Wohnungen mit dem Ziel einer ökologisch ausgewogenen, gesunden und der psychischen Entwicklung des einzelnen förderlichen Wohnraumversorgung der Mieter weisen zahlreiche Berührungspunkte zu gesundheitspolitischen Aufgabenstellungen auf.

Besondere Bedeutung hat der Gesamtverband als Partner von Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen auf den Gebieten der Wohnbedürfnisse bestimmter Sozialgruppen wie Kinder, Ältere und Studierende. Hierzu verfügt der Gesamtverband über eine breite Palette von Konzepten und Modellen.

Das Thema Wohnen im Alter wurde vom Gesamtverband bereits sehr früh als Jahrhundertthema erkannt. Ziel der Überlegungen war es, die alten Menschen so lange wie irgend möglich in ihren angestammten Wohnungen zu belassen und die Betreuung im Rahmen neuer Dienstleistungsangebote zu organisieren.

- GdW -

Empfehlungen

GESAMTVERBAND FÜR SUCHTKRANKENHILFE IM DIAKONISCHEN WERK DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND e.V.

– GVS –

Adresse	Brüder-Grimm-Platz 4 3500 Kassel
Ansprechpartner	Herr Lehmann (Geschäftsführer) Frau Helas Frau Plaggenborg Herr Krebs (Presse-/Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon	05 61/10 26 38 05 61/10 26 39
Telefax	05 61/77 83 51

Entsprechend ihrem Selbstverständnis sieht sich die Suchtkrankenhilfe im Diakonischen Werk „dem Auftrag zur Hilfe verpflichtet und denen in besonderer Weise verbunden, die durch Suchterkrankung in zunehmender Weise nur noch eingeschränkt leben können“ (aus dem Vorwort zur Fachkonzeption des GVS)

Gemäß seiner Zugehörigkeit zum Diakonischen Werk betätigt sich der GVS „im Sinne evangelischer Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. mitwirkenden Kirchen in Ausübung christlicher Nächstenliebe“ (aus § 2 der Satzung).
(Weiteres zu den Aufgaben und Zielen des Diakonischen Werkes in der Beschreibung des Diakonischen Werkes.)

Als der auf Bundesebene tätige Fachverband für den Bereich Suchtkrankenhilfe hat der GVS die Förderung der Arbeit für Suchtgefährdete und Suchtkranke sowie die Bekämpfung der Suchtgefahren zum Ziel.

„Er nimmt diese Aufgaben wahr, indem er u. a.:

- die Mitglieder unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit fördert und gemeinsame Interessen vertritt,
- die Öffentlichkeit auf Probleme der Suchtgefährdung aufmerksam macht sowie Aufklärungsmaterial bereitstellt.“ (Ebda.)

Bezogen auf die Organisationsstruktur ist der GVS sowohl Teil der Bundesgliederung „Diakonisches Werk“ als auch eine eigenständige juristische Person, der als Verband eine Reihe von Mitgliedern angehört.

Mitglieder des GVS können gemäß § 4 der Satzung alle dem Diakonischen Werk mittelbar oder unmittelbar angeschlossenen Verbände, Einrichtungen und Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaften für Suchtkrankenhilfe werden, die die Hilfe für Suchtgefährdete und Suchtkranke oder die Bekämpfung der Suchtgefahren zum Ziel haben.

Aufgaben und Ziele der Institution

- GVS -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Mitgliedseinrichtungen des GVS unterhalten (Stand: Mitte 1991, bezogen auf die alten Bundesländer):

- über 250 ambulante Beratungs- und Behandlungsstellen mit ca. 60 Außenstellen
- 32 Fachkliniken
- ca. 100 weitere stationäre und teilstationäre Therapie- und Rehabilitationseinrichtungen (darunter z. B. Übergangswohnheime oder spezielle Einrichtungen für Drogenabhängige).

Die folgenden Abstinenz- und Selbsthilfeverbände sind ebenfalls Mitglieder im GVS:

- Blaues Kreuz in Deutschland e.V.
- Blaues Kreuz in der evangelischen Kirche e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freundeskreise für Suchtkranke in Deutschland e.V.
- Elternkreise drogenabhängiger Jugendlicher.

Für seine Mitgliedsorganisationen nimmt der GVS auch bundeszentrale Aufgaben wahr. Hierzu gehören u. a.:

- Vertretung in den politischen Gremien auf Bundesebene insbesondere bei Gesetzesinitiativen, neuen Entwicklungen im Gesundheits- und Sozialbereich sowie bei berufsrechtlichen Fragen
- Kontakte zu den Bundesgliederungen der Leistungsträger
- Öffentlichkeitsarbeit für den Gesamtbereich
- Fort- und Weiterbildung
- Zentrale Dokumentation
- Initiativen zum Schwerpunkt-Aufgabenbereich „Alkohol im Betrieb“.

Die Tätigkeit des Gesamtverbandes wird finanziert aus Mitgliedsbeiträgen, Mitteln des Diakonischen Werkes und der Evangelischen Kirche Deutschlands sowie Förderungsmitteln des BMJFFG und der BfA

Medienangebote

Das Medienangebot des Gesamtverbandes soll vor allem die Fachöffentlichkeit über besondere Bereiche der Suchtproblematik informieren und den Austausch zwischen den Mitgliedern der Suchtkrankenhilfe und deren fachliche Kompetenz fördern.

In der Fachzeitschrift PARTNER-Magazin des GVS wird sowohl über die Arbeit der angeschlossenen Verbände als auch über verschiedene Aspekte der Suchtproblematik berichtet, so auch z. B. in einem Sonderteil „Alkohol im Betrieb“. Die Zeitschrift wendet sich vorrangig an die Mitarbeiter der Suchtkrankenhilfe im Diakonischen Werk sowie an die Selbsthilfeorganisationen. Der Bezug ist auch von Personen/Institutionen außerhalb der Diakonie möglich (Jahresabonnement). Er ist kostenverursachend.

Die Broschüren der „Punktreihe“ wenden sich primär an die Fachöffentlichkeit und behandeln spezielle Probleme aus dem Suchtbereich. U.a.:

- Straffällig gewordene Drogenabhängige
- Diagnostik und Therapie bei Suchtkranken
- Drogenabhängigkeit und AIDS
- Wandel in der Therapie Drogenabhängiger
- Alkohol im Betrieb

Im Rahmen dieser Reihe sind auch die Tagungsdokumentationen der jährlichen Drogenberatung des GVS erschienen.

Die Ergebnisse weiterer Fachtagungen des GVS sind ebenfalls in Buchform erschienen und können – ebenso wie beispielsweise die Veröffentlichungen zu den Themen: „Alkoholprobleme am Arbeitsplatz“ sowie „Sozialrechtliche Vorschriften der Betreuung Suchtkrankener“ – beim GVS angefordert werden. Der Bezug dieser Broschüren und Bücher ist kostenverursachend.

Erhältlich sind weiterhin:

- Verzeichnis der Fachkrankenhäuser für Suchtkranke (kostenverursachend)
- Liste der Einrichtungen der Diakonie zur Therapie Suchtkrankener (kostenlos)

Der GVS verschickt auf Anforderung Poster und Faltblätter zu den Themen: Alkohol, Medikamente, Drogen sowie Eßstörungen und problematisches Glücksspiel. Diese Materialien sind für die allgemeine Öffentlichkeit gedacht und auch zum Einsatz durch Multiplikatoren z. B. in Schulen geeignet. Für einige dieser Materialien werden Schutzgebühren erhoben.

Ein Gesamtverzeichnis der Schriften, Broschüren, Faltblätter und Poster ist beim GVS bzw. dessen Öffentlichkeitsabteilung, dem Nicol-Verlag, unter der gleichen Anschrift erhältlich.

Als kommentierter und interpretierter Bericht von bundesweit über 250 psychosozialen Beratungsstellen kann die jährliche EBIS-Statistik (Ergebnisse des „einrichtungsbezogenen Informationssystems“) angefordert werden.

Über den (unter der gleichen Anschrift wie der GVS) zu erreichenden Verband der Fachkrankenhäuser für Suchtkranke e.V. können jährliche Dokumentationen über den stationären Bereich der Suchtkrankenhilfe sowie weitere Informationen zu diesem Thema angefordert werden.

Die (ebenfalls im gleichen Hause untergebrachte) Bundesarbeitsgemeinschaft der Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe in Deutschland e.V. versendet kostenlos ein Zentralverzeichnis der Freundeskreis-Gruppen sowie weiteres Informationsmaterial.

**Service-
leistungen**

Auf Anfrage versendet der GVS Zusammenstellungen von Informations- und Arbeitsmaterialien (teilweise kostenverursachend) zu bestimmten Themenbereichen (siehe hierzu unter Medienangebote).

Zum Schwerpunktthema „Suchtprävention am Arbeitsplatz“ bietet der GVS sowohl die Weitergabe von geeigneten Materialien als auch die Möglichkeit der Referenzschulung sowie die Durchführung von Schulungsmaßnahmen für Führungskräfte in Betrieben, Institutionen u.ä. (kostenverursachend).

Es besteht die Möglichkeit der Benennung bzw. Vermittlung von Referenten zu bestimmten Bereichen der Suchtproblematik, bei Bedarf unter Hinzuziehung der regionalen Beratungs- bzw. Behandlungseinrichtungen des GVS.

Schulungsmöglichkeiten für den Suchtbereich bestehen im Rahmen regelmäßiger Arbeitstagungen, Gesprächen in Fachgruppen sowie differenzierter Fort- und Weiterbildungsprogramme, wie z. B. die Weiterbildung zum Sozialtherapeuten (kostenverursachend).

Diese Angebote stehen auch interessierten Fachkräften aus anderen Verbänden sowie aus staatlichen und kommunalen Einrichtungen offen, sofern diese Mitarbeiter einen konkreten Arbeitsbezug zu suchtkranken Menschen haben.

Einen Überblick über sämtliche Veranstaltungen, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen des GVS mit kurzen inhaltlichen Angaben bietet die jährlich erscheinende und kostenlos erhältliche Broschüre „Fort- und Weiterbildung“.

– GVS –

Serviceleistungen

Aus dem weitreichenden Angebot des GVS sollte in den Einrichtungen, die sich mit der Suchtproblematik befassen, vorhanden sein:

- Liste der Einrichtungen der Diakonie zur Therapie Suchtkranker
- Verzeichnis der Fachkrankenhäuser für Suchtkranke

Empfehlenswerte Serviceleistung:

- Informationen und – bei Bedarf auch - Kooperation zum Schwerpunktthema „Suchtprävention am Arbeitsplatz“

und bei Arbeit in der Suchtkrankenhilfe

- Teilnahme am Fortbildungsangebot, wozu die Broschüre „Fort- und Weiterbildung“ angefordert werden sollte.

Empfehlungen

GESELLSCHAFT FÜR ARBEITSSCHUTZ- UND HUMANISIERUNGS- FORSCHUNG mbH

Adresse Brückstr. 21
4600 Dortmund 1

Telefon 02 31/57 93 36

Ansprechpartner Dr. Volker Volkholz (Geschäftsführer)

Die Gesellschaft für Arbeitsschutz- und Humanisierungsforschung mbH, Volkholz und Partner (GfAH), ist ein privates Forschungsinstitut und besteht seit 1979.

Die Forschungen erfolgen im Auftrag und finanziert durch öffentliche und private Geldgeber

Die GfAH bemüht sich um Forschung und Umsetzung zu Fragen des Arbeitsschutzes, der Gestaltung des Einsatzes neuer Technologien, der Arbeitszeit, der Arbeitsbedingungen einzelner Arbeitnehmergruppen, der Gesundheitsversorgung oder der Qualifikation.

Im Vordergrund stehen als disziplinübergreifende Forschungen wissenschaftliche und praktische Überlegungen sowie Erprobungen zur Unterstützung technischer und gesellschaftlicher Innovationsprozesse.

Gestaltungsorientierte Forschungen beschränken sich nicht auf Analysen, Bilanzierungen, Dokumentationen und Beispielsammlungen von Humanisierungsdefiziten und -lösungen, sondern entwickeln konkrete Problemlösungskonzepte, die über Umsetzungshilfen wie Seminarmaterialien, Checklisten, Handbücher aufbereitet und in den Betrieben erprobt werden.

Die GfAH arbeitet auf den Ebenen von wissenschaftlicher Studie, gutachterlicher Expertise und fachwissenschaftlicher Beratung mit Behörden, Verbänden und Institutionen zusammen, die direkt und indirekt mit Fragen des Arbeitsschutzes und der Humanisierung des Arbeitslebens zu tun haben.

Aufgaben und Ziele der Institution

Die GfAH produziert vor allem gedruckte Medien, in denen Forschungsergebnisse präsentiert und Umsetzungsvorschläge unterbreitet werden.

Publikationen und Forschungsergebnisse aus folgenden Forschungsschwerpunkten liegen bisher vor:

- Arbeitsschutz
- Arbeit und Gesundheit
- Arbeitnehmergruppen
- Arbeitszeit

Medienangebote

**GESELLSCHAFT
FÜR
ARBEITSSCHUTZ-
UND HUMANI-
SIERUNGS-
FORSCHUNG mbh**

Medienangebote

- Branchenanalysen
- Technologien
- Gesundheitsversorgung
- Dokumentation
- Qualifikation

Das Verzeichnis des Instituts über durchgeführte Forschungsprojekte und publizierte Arbeiten, einschließlich der Umsetzungshilfen (Seminarunterlagen, Checklisten, Handbücher) wird gern zur Verfügung gestellt.

Von besonderer Bedeutung sind die Forschungen zu einem Gesundheitsberichtswesen, wobei es um konkrete (z. B. für die Selbstverwaltung in der Krankenversicherung) und verallgemeinerungsfähige Indikatoren eines ständigen Informationswesens geht.

**Service-
leistungen**

Das Institut stellt wesentlich Forschungskapazität und -ergebnisse zur Verfügung. Für alle Fragen im Bereich der Arbeitsschutz- und HdA-Problematik hat die GfAH kompetente Referenten und Ansprechpartner.

Von allgemeiner Bedeutung sind die zur Verfügung gestellten Beispielsammlungen (z. B. zu Formen der Arbeitsorganisation und Arbeitssystemgestaltung) oder Datenbanken (z. B. Gestaltungswissen Büro)

Empfehlungen

Die Gesellschaft ist ein wichtiger Ansprechpartner für praxisorientierte Forschungsfragen im Bereich konkreter Konzepte zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und zur Humanisierung des Arbeitslebens. Die Arbeit der Gesellschaft ist vor allem für Arbeitsplatzgestaltung und gezielte Beratungen in Fragen des Arbeitsschutzes zu empfehlen.

Von den vielen Ergebnisberichten sind vor allem die Beiträge zum Berichtswesen in der Sozialversicherung sowie die Dokumentationen (zur Arbeitsstrukturierung, zum Gestaltungswissen Büro) hervorzuheben

GESELLSCHAFT FÜR SOZIAL- WISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG IN DER MEDIZIN

– GESOMED –

Adresse	Werderring 16 7800 Freiburg
Ansprechpartner	Klaus Riemann (Geschäftsführer)
Telefon	07 61/3 63 49

Die Gesellschaft besteht seit 1979 und ist seitdem als gemeinnützig anerkannt. GESOMED arbeitet auftragsbezogen und hat elf Mitarbeiter/innen (Anfang 1992).

Tätigkeitsschwerpunkte in der Gesundheitsförderung:

Grundlagenforschung zu den Themen

- Gesundheits-/Krankheitsverhalten
- Rauchen/Exrauchen
- Selbstbehandlung/Selbstmedikation
- Kooperationsstrukturen in der gemeindebezogenen Gesundheitsförderung

Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation von Projekten und Modellen

- schulischer Gesundheitsförderung
- betrieblicher Gesundheitsförderung
- kommunaler Gesundheitsförderung
- Kurse, Kampagnen, Einzelmaßnahmen

Bedarfs- und Sekundäranalysen

- Einwohner-Befragungen in Kommunen und Landkreisen
- Jugend-Befragungen
- Zusammenführung öffentlich zugänglicher Daten

Literaturanalysen und gezielte Recherchen

Beratung und Fortbildung

- Konzepte und Programme
- Konzeptions-Erstellung für Institutionen
- Planung gesundheitsfördernder Maßnahmen
- Erfolgskontrollen/Evaluation
- Aufbau und Nutzung regionaler Arbeitsgemeinschaften

Materialerstellung

- Suchtprävention
- Fortbildungsmaterialien
- Handlungsanleitungen

Veranstaltung von Tagungen, Workshops, Fortbildungsseminaren (auch institutionsspezifisch)

Publikationen im Eigenverlag

GESELLSCHAFT FÜR WISSENSCHAFTLICHE GESPRÄCHS- PSYCHOTHERAPIE e.V.

– GWG –

Adresse Richard-Wagner-Straße 12
Postfach 27 0165
5000 Köln 1

Ansprechpartner Herr Dipl.-Psych. Adalbert Hutter

Telefon 02 21/25 29 17

Die Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie e.V. (GWG) wurde 1970 als Fachverband für das von Carl R. Rogers entwickelte Konzept klientenzentrierter oder nondirektiver Psychotherapie und Beratung gegründet.

Die GWG vertritt solche personenzentrierten Ansätze über die psychosoziale Versorgung hinaus für die verschiedensten Bereiche sozialen Lebens u. a. in Schule und Erziehung. Derzeit sind ca. 8.000 Mitglieder in der GWG organisiert, davon sind etwa 4.000 als Therapeuten oder Berater im klientenzentrierten Verfahren ausgebildet. Bundesweit verfügt die Gesellschaft über ca. 270 Ausbilder in klientenzentrierter Beratung.

Zur Förderung des klientenzentrierten Ansatzes ist die GWG u. a. auf folgenden Gebieten tätig:

- Förderung und Durchführung wissenschaftlicher Forschungsarbeiten
- Planung und Durchführung von Aus- und Fortbildungsprogrammen in klientenzentrierter Psychotherapie und Beratung
- Kontrolle der tätigen klientenzentrierten Psychotherapeuten und Berater
- Förderung von Publikationen und Informationen über klientenzentrierte Psychotherapie und seelische Gesundheit
- Durchführung von Symposien, Tagungen und Vorträgen
- Beratung öffentlicher Institutionen
- Gründung und Betreuung regionaler Arbeitsgruppen

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Medienangebote der GWG dienen in erster Linie der Information und Weiterbildung des fachlich an Gesprächspsychotherapie oder Psychotherapie allgemein Interessierten.

Periodikum

Die „GWG-Zeitschrift“, die vierteljährlich herausgegeben wird (Einzelheft 10 DM), bietet wissenschaftliche Originalbeiträge, gesundheits- und sozialpolitische Information sowie Mitteilungen über die Verbandsaktivitäten der GWG (u. a. Veranstaltungskalender).

Medienangebote

- GwG -

Medienangebote

Bücher und Broschüren

Ferner werden Bücher (z. T. als Kongreßberichte) und Broschüren zu theoretischen Fragen der Gesprächspsychotherapie und zu gesundheitspolitischen Problemen im Bereich der Psychotherapie herausgegeben. Diese Publikationen sind kostenpflichtig. Näheres kann der „GwG-Zeitschrift“ entnommen werden.

Listen

Über die GwG ist eine Literaturliste (auch über externe Publikationen) für klientenzentrierte Psychotherapie und Beratung zu beziehen sowie Listen der von der

GwG anerkannten Therapeuten in klientenzentrierter Psychotherapie und der Ausbilder in klientenzentrierter Beratung und klientenzentrierter Psychotherapie.

Audiovisuelle Medien

Für Ausbildungszwecke hat die GwG eine Videothek mit 36 Videokassetten aufgebaut, die auch an Institutionen gegen eine Gebühr von 15 DM für 14 Tage verliehen werden. Die Bänder haben eine Spieldauer zwischen 45 und 216 Minuten und geben zum Teil psychotherapeutische Interviews oder Gesprächsgruppen wieder oder befassen sich mit theoretischen Themen.

Serviceleistungen

Hier sind in erster Linie die Weiterbildungsangebote in klientenzentrierter Psychotherapie und Beratung und personenzentrierter pädagogischer und psychotherapeutischer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und personenzentrierter Psychotherapie mit Kindern und Jugendlichen zu nennen. Es werden 4 verschiedene Ausbildungsgänge angeboten (für die Arbeit mit Erwachsenen über 1 1/2 Jahre und 270 Stunden oder über 3 1/4 Jahre und 950 Ausbildungsstunden, im Bereich der therapeutischen Arbeit mit Kindern und Ju-

gendlichen 2 1/2 Jahre bei 450 Stunden und 4 Jahre bei 900 Stunden)

Die GwG unterstützt und prämiert Forschungsvorhaben vor allem aus der Psychotherapieforschung

Ein Angebot an Referenten besteht über die regionalen Ausbilder-Plena und Arbeitsgruppen, deren Adressen über die Geschäftsstelle der GwG zu erhalten sind

Empfehlungen

Für eine fortlaufende Information über die Aktivitäten und Angebote der GwG bietet sich das Abonnement (40 DM pro Jahr) der „GwG-Zeitschrift“ an.

Über die GwG sind (kostenpflichtig) Bücher und Broschüren zu Fragen der Gesprächspsychotherapie und der Psychotherapie überhaupt zu beziehen

Videothek

Für Institutionen ist die Videothek der GwG interessant, die für Ausbildungszwecke aufgebaut wurde.

Therapeutenliste

Wichtig sind ferner die beiden bundesweiten, nach Regionen gegliederten Listen der in klientenzentrierter Methode ausgebildeten Berater und Therapeuten.

Die GwG veranstaltet Weiterbildungsgänge im klientenzentrierten Verfahren für die verschiedensten Berufsgruppen.

Lokale Angebote an Referenten können über die GwG-Geschäftsstelle in Erfahrung gebracht werden.

GEWERBEÄRZTLICHER DIENST BEIM GEWERBE- AUF SICHTSAMT Institut für praktische Arbeitsmedizin

Adresse	Elsässer Straße 2 7800 Freiburg i. Br.
Telefon	07 61/8 85 30
Telefax	07 61/80 64 87
Ansprechpartner	Prof. Dr. Jobst Thürauf (Staatlicher Gewerbearzt)

Der gewerbeärztliche Dienst (vergleiche die Beschreibung des Staatlichen Gewerbearztes in Bochum) ist die staatliche Institution, die für den medizinischen Arbeitsschutz zuständig ist (nach § 139 b Gewerbeordnung). Die Organisation ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich geregelt. Sein arbeitsmedizinisches Aufgabengebiet ist branchenübergreifend und überregional. Die bundesweit etwa 100 Gewerbeärztinnen und -ärzte haben ihre Dienststellen jeweils meist am Ort von Landesregierung bzw. Regierungspräsidium, in der Regel einer Universitätsstadt. Die Bezeichnung der Dienststelle, die organisatorische Eingliederung sowie die personelle, apparative und etatmäßige Ausstattung weisen je nach Bundesland Unterschiede auf.

Die Dienststelle des staatlichen Gewerbearztes in Baden-Württemberg untersteht dem Sozial-, Umweltministerium und dem Gewerbeaufsichtsamt – staatliche Behörden, die die Durchführung der Arbeitsschutzbestimmungen (Arbeitsschutz, Gewerbeordnung) überwachen. Die in Freiburg tätigen sieben Gewerbeärzte sind Landesbeamte. Leiter ist Prof. Dr. Thürauf; zwei Gewerbeärztinnen betreuen die Nebenstelle Karlsruhe. In Stuttgart sind acht Gewerbeärzte für den Landesteil Württemberg tätig; davon betreut ein Arzt die Nebenstelle Sigmaringen. Leiter ist Dr. Bittinghofer.

Die Aufgabenbereiche umfassen folgende Tätigkeiten:

- Mithilfe bei der Durchführung des medizinischen und sozialen Arbeitsschutzes
- Unterstützung der technischen Gewerbeaufsicht in arbeitsmedizinischen Fragen
- Besichtigung von Arbeitsplätzen, Untersuchung von Arbeitnehmern
- Mitarbeit im Berufskrankheitenverfahren (§§ 3, 5, 7 BeKV)
- Mitarbeit bei der Ermächtigung von Ärzten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen nach Arbeitsschutzvorschriften
- Mitbeteiligung an der arbeitsmedizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung, Vortrags- und Forschungstätigkeit

Aufgaben und Ziele der Institution

**GEWERBE-
ÄRZTLICHER
DIENST BEIM
GEWERBEAUF-
SICHTSAMT
Institut für
praktische
Arbeitsmedizin**

Medienangebote

Einzelne Mitarbeiter des Gewerbeärztlichen Dienstes arbeiten an Medien zur Aufklärung über Wesen, Art und Umfang von Berufskrankheiten und Umweltschäden. Es sind dies, neben dem regelmäßigen Jahresbericht, Broschüren und Sonderdrucke zu speziellen Themen, z. B.:

- D. Kieback, J. Thürauf, H. Valentin: „Grundlagen der Beurteilung von Unfällen durch elektrischen Strom“
- J. Thürauf, Forschungsbericht Atemwegserkrankungen: „Untersuchungen zur Symptomatik und Diagnostik von berufsbedingten obstruktiven Atemwegserkrankungen“

Beide Broschüren sind herausgegeben vom Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V., Langwartweg 103, 5300 Bonn 1, und von dort oder vom Gewerbeärztlichen Dienst, Freiburg, zu beziehen.

Als weitere Medien-Materialien seien beispielhaft aufgeführt:

- Folien für Overhead-Projektor
- Sonderdrucke zu speziellen Themen
- Dia-Reihen zu speziellen Themen, z. B. „Bronchialreinigung“, „Atemwegserkrankungen“
- „Auswertungslineal“ für Röntgenthoraxaufnahmen gemäß ILO-Staublungenklassifikation
- Merkblätter zu speziellen Themen sind geplant
- Film „Das Asthma bronchiale – seine sozialmedizinische Bedeutung“ (16-mm-Farbfilm der Fa. Fisons GmbH, Max-Planck-Straße 9-11, 5000 Köln 40)

Die Materialien können beim Gewerbeärztlichen Dienst in Freiburg angefordert werden. Leider erlaubt der geringe Etat meist nur eine kleine Auflage.

Die Medien können eingesetzt werden zur Fort- und Weiterbildung von Ärzten und medizinischem Fachpersonal, für Vorträge und Informationsveranstaltungen. Sie richten sich in der Regel an Fachleute und Multiplikatoren, aber auch an betroffene Arbeitnehmer im Sinne der Vorsorge wie an speziell interessierte Laien

**Service-
leistungen**

An Serviceleistungen werden angeboten.

- Arbeitsmedizinische, gewerbeärztliche Beratungen, die meist in schriftlicher und telefonischer Form, regional auch mündlich erfolgen können; Vorsorgeuntersuchungen, ggf. Untersuchungen im Berufskrankheitsverfahren, die auf den regionalen Aufgabenbereich beschränkt sind.

Adressaten sind neben den Arbeitnehmern die Unfallversicherungsträger und Betriebe, sowie Institutionen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes.

Empfehlungen

Der Gewerbeärztliche Dienst beim Gewerbeaufsichtsamt und das Institut für praktische Arbeitsmedizin sind traditionell Einrichtungen des medizinischen Arbeitsschutzes in Freiburg.

Zu empfehlen sind die anschaulichen Materialien zu Atemwegserkrankungen.

GEWERBEÄRZTLICHER DIENST Landesamt für Immissionsschutz

Adresse Göttinger Straße 14-16
3000 Hannover

Ansprechpartner Dr. Cohrs (Staatlicher Gewerbearzt)

Telefon 05 11/45 50 86

Wie andere Staatliche Gewerbeärzte ist der Gewerbearzt beim Landesamt für Immissionsschutz in Hannover für den medizinischen Arbeitsschutz zuständig. Er hat die Aufgabe, den Gesundheitsschutz der Beschäftigten zu fördern, die technische Gewerbeaufsicht zu beraten, bei behördlichem Handeln auf dem Gebiet des medizinischen Arbeitsschutzes mitzuwirken, die Aufklärung von Gesundheitsgefahren zu betreiben, die Berufskrankheitenverfahren abschließend zu beurteilen, Vorsorgeuntersuchungen durchzuführen, die Ermächtigung von Ärzten für gesetzlich vorgeschriebene Untersuchungen zu erteilen, Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Betriebsärzte zu beraten, arbeitsmedizinische Gutachten für Behörden und Gerichte zu erstatten.

Das praktische Schwergewicht der Tätigkeit liegt auf der Beteiligung an den Verfahren zur Anerkennung einer Erkrankung als Berufskrankheit (nach Reichsversicherungsordnung und Berufskrankheitenverordnung). Ein spezifischer Schwerpunkt liegt in der ärztlichen Fortbildung wie in der Ausbildung von Studenten (an der Medizinischen Hochschule, Tierärztlichen Hochschule).

In möglichst engen Kontakten zu Betriebsärzten versucht der Gewerbeärztliche Dienst den Gesundheitsschutz ohne Aufregtheit und auf der Basis solider Erfahrungen „vor Ort“ zu verbessern.

Der Gewerbeärztliche Dienst sieht eine Aufgabe in der Vermittlung von Fachkompetenz und hat entsprechende Kontakte zu Universitäts-Instituten, zur Bundesanstalt für Arbeitsschutz oder dem Bundesgesundheitsamt. Solche Vermittlungen fallen im Zusammenhang von BK-Verfahren an, wobei auch spezifische Fragen an Einrichtungen wie TAD oder BAD der Berufsgenossenschaften gestellt und weiter verwiesen werden.

Aufgaben und Ziele der Institution

Der Gewerbeärztliche Dienst berichtet regelmäßig an das fachlich zuständige Niedersächsische Sozialministerium. Diese Berichte liegen als Jahresberichte vor.

Die Gewerbeärzte tragen gelegentlich ihre Erfahrungen oder Stellungnahmen zu bestimmten Fragen (z. B. erprobte Meßverfahren) verschiedenen Kongressen oder Tagungen vor. Diese Vorträge sind als Manuskripte oder Sonderdrucke über die Einrichtung erhältlich. Andere Medien werden dabei nicht benutzt.

Medienangebote

**GEWERBE-
ÄRZTLICHER
DIENST
Landesamt für
Immissions-
schutz**

Der Gewerbeärztliche Dienst, der während des Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland eine führende Rolle übernahm, verfügt über eine große Bibliothek.

Aus älterer Zeit sind einige Dia-Serien mit Anschauungsmaterialien in ungeordneter Weise vorhanden. Neuerdings wurden für die Mediziner Ausbildung Dias, beispielsweise über die Wirkung von Stäuben, zusammengestellt.

**Service-
leistungen**

Ausgebaut werden vorhandene Dokumentationssysteme, vor allem idis. In Zusammenarbeit mit der Medizinischen Hochschule wurde damit begonnen, Datenbanken, etwa zu Gefahrstoffen, anzulegen. Die Bemühungen gehen auch dahin, die Berufskrankheitenverfahren EDV-gestützt zu erfassen und aufzuschlüsseln. Darüber hinaus besteht eine Zusammenarbeit mit der Dokumentation der Daten, die mit dem Immissionsschutz anfallen und im gleichen Haus per EDV gesammelt werden. Diese Dokumentationen stehen einer Nutzung durch Gesundheitsämter zur Verfügung.

Aufgrund der personellen Ausstattung ist es den Staatlichen Gewerbeärzten immer seltener möglich, in unmittelbarem Kontakt zu den betroffenen Arbeitnehmern, etwa bei Einstellungen oder Arbeitsplatzbesichtigungen, beratend tätig zu werden. Innerhalb der BK-Verfahren sind kaum sinnvolle arbeitsmedizinische Beratungen möglich. Um so größeres Gewicht wird den Anfragen anderer Ärzte, Betriebsärzte, oder Gewerbeaufsichtsbeamter beigemessen, wenngleich der Kontakt zu Arztkollegen nicht im nötigen Umfang erfolgen kann.

Empfehlungen

Der Gewerbeärztliche Dienst in Hannover ist wie entsprechende Einrichtungen ein wichtiger Ansprechpartner in allen Fragen des praktischen Gesundheitsschutzes in Betrieben und der regionalen arbeitsmedizinischen Probleme. Wegen seiner Nähe zum Immissionsschutz sind die Dokumentationen zu Berufskrankheiten und Umweltproblemen zu empfehlen.

GSF – FORSCHUNGS- ZENTRUM FÜR UMWELT UND GESUNDHEIT

Adresse	Ingolstädter Landstraße 1 8042 Neuherberg
Ansprechpartner	Herr Haury, Öffentlichkeitsarbeit
Telefon	0 89/3 18 70
Telefax	0 89/31 87 33 22
Teletex	898947 stral

Das GSF – Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit – eine Großforschungseinrichtung der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaats Bayern – ist ein Zentrum für Umweltwissenschaften. Das Zentrum ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Großforschungseinrichtungen (AGF).

Ziel der Forschung ist der Schutz des Menschen und seiner Umwelt vor schädigenden Einflüssen sowie die Nutzbarmachung von naturwissenschaftlich-technischen Erkenntnissen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung.

Die jährlichen Aufwendungen betragen ca. 200 Mio. DM. Die Zahl der Beschäftigten liegt bei 1700 Mitarbeitern, davon 500 Wissenschaftler.

In den 21 GSF-Instituten und -Abteilungen werden folgende Forschungsschwerpunkte bearbeitet:

- Verteilung und Risiken von Chemikalien in der Umwelt
- Biologisch-medizinische Wirkungen und Wirkungsmechanismen von Umweltchemikalien und Strahlung
- Strahlenschutz-Forschung
- Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle
- Verbesserung der medizinischen Versorgung

Die Wissenschaftler der GSF, die einer Vielzahl von wissenschaftlichen Fachdisziplinen angehören, arbeiten mit nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen und Hochschulen zusammen

Das Institut für Strahlenschutz betreibt Forschung zur Verringerung der beruflichen und medizinischen Strahlenexposition, es werden Möglichkeiten zur Reduktion, Erfassung und Beurteilung der Strahlenexposition der Bevölkerung aufgezeigt. Die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet des Strahlenschutzes vermittelt die in amtlichen Richtlinien geförderte Fachkunde im Strahlenschutz. Die dem Institut angeschlossene Auswertungsstelle für Strahlendosimeter überwacht rund 140 000 strahlenexponierte Personen in nahezu 11 000 Betrieben in der Bundesrepublik

Aufgaben und Ziele der Institution

**GSF –
FORSCHUNGS-
ZENTRUM FÜR
UMWELT UND
GESUNDHEIT**

Medienangebote

- Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der GSF gibt für das jeweilige Geschäftsjahr einen zweiteiligen Jahresbericht heraus. In dem einen Teil wird aus der Arbeit der Institute und Abteilungen berichtet. Der zweite Teil gibt Auskünfte über im betreffenden Jahr erbrachte Leistungen wie Vorlesungen, Veröffentlichungen und Vorträge. Weiterhin informiert er über Gastvorträge und wichtige Adressen. Der zweiteilige Jahresbericht wird Interessenten auf Anfrage kostenlos zur Verfügung gestellt. Die darin dokumentierten Veröffentlichungen (GSF-Berichte) können unter Angabe des Titels ebenfalls kostenlos angefordert werden.
- Das Magazin „mensch und umwelt“ der GSF erscheint ein- bis zweimal jährlich. Interessenten können sich in einen Adressenverteiler aufnehmen lassen. Der Bezug ist kostenlos.

**Service-
leistungen**

Das Institut für Strahlenschutz der GSF führt jedes Jahr ein umfangreiches Kursprogramm durch. Es handelt sich dabei um spez. Umwelt- und Strahlenschutzkurse für Ärzte, Lehrer und andere Berufsgruppen von unterschiedlicher Dauer und zu verschiedenen hohen Kosten. Detailliertere Angaben über Themen, Termine, Dauer und Kosten sind dem jeweiligen Jahresprogramm zu entnehmen. Dieses kann regelmäßig durch Aufnahme in einen Adressenverteiler bezogen werden.

Anfragen und Anmeldungen an das

Kurssekretariat des Instituts für Strahlenschutz der GSF
Ingolstädter Landstraße 1
8042 Neuherberg
Telefon: 0 89/31 87 22 11

Empfehlungen

An wissenschaftlichen Fragen der Strahlen- und Umweltforschung Interessierte sollten die kostenlosen Informationsangebote der GSF nutzen:

- Jahresberichte anfordern
- Aufnahme in Verteiler für GSF-Magazin „mensch und umwelt“
- Aufnahme in Verteiler für Kursprogramme des Instituts für Strahlenschutz

HAMBURGISCHE LANDESVEREINIGUNG FÜR GESUNDHEITS- ERZIEHUNG e. V.

– HLG –

Adresse Fuhlsbüttler Str. 401
2000 Hamburg 60

Ansprechpartner Frau Margrit Schlankardt
(Geschäftsführerin)

Telefon 0 40/6 32 22 20

Die Hamburgische Landesvereinigung für Gesundheits-
erziehung e.V. (HLG) wurde 1983 gegründet und löste
den „Hamburgischen Landesausschuß für Gesundheits-
erziehung“ ab, welcher in der Gesundheitsbehörde
Hamburg angesiedelt war.

Die HLG hat die satzungsgemäße Aufgabe, „Maßnah-
men zur Gesundheitserziehung und Gesundheitsförde-
rung anzuregen, zu unterstützen, zu koordinieren oder
durchzuführen und die gemeinsamen Interessen der
Mitglieder zu vertreten“.

Zu den mehr als 50 Mitgliedern der HLG zählen Ge-
sundheitsämter, Krankenkassen, Landesversicherungs-
anstalt, Kammern der Heilberufe, verschiedene Berufs-
verbände, Gewerkschaften, Behörden, Selbsthilfegrup-
pen usw.

Die Organe der HLG sind die Mitgliederversammlung,
der Vorstand mit 7-9 Mitgliedern aus den Mitglieds-
organisationen und einem Vertreter der Gesundheits-
behörde Hamburg sowie einem Beirat, der die Arbeit
der HLG fördern soll.

In ihrer Arbeit orientiert sich die HLG an den Schritten:

- Interesse wecken
- Wissen vermitteln
- Einsichten schaffen
- Einstellungen ändern
- Verhalten festigen.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten im Bereich der per-
sonalen Kommunikation richtet sich an Kinder und
Jugendliche über Kindertagesstätten und Schulen,
wodurch dann auch Erwachsene erreicht werden.

Dabei verfolgt die HLG ihren Ansatz, dahin zu gehen,
wo die Zielgruppen sind und situationsbezogen und
ganzheitlich vorzugehen.

Weitere Themen, die die HLG aufgreift, richten sich
nach der Aktualität, wie z. B. AIDS, und nach dem Be-
darf bei Erziehern und Lehrern wie z. B. Allergien.

Aufgaben und Ziele der Institution

<p align="center">- HLG -</p>	<p>Der jährliche Weltgesundheitstag ist Anlaß für eine größere Veranstaltung mit den Gesundheitsämtern und Krankenkassen, weiterhin wendet sich die HLG auf Verbrauchermessen an größere Bevölkerungsgruppen und organisiert mit ihren Mitgliedern Gesundheitswochen.</p> <p>Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit mit den Hamburger Massenmedien soll die Bevölkerung über gesundheit-</p>	<p>liche Themen informieren und auch die HLG bekannter machen.</p> <p>Die Finanzierung der Arbeit erfolgt über Fördermittel des Hamburger Senats, Mitgliederbeiträge, Spenden und Sachleistungen der Mitglieder. Die Geschäftsstelle ist mit drei MitarbeiterInnen besetzt.</p>
<p>Medienangebote</p>	<p>Für die Information der Bevölkerung hält die HLG Faltblätter, Broschüren und Poster zu den verschiedenen Themen bereit, es sind überwiegend Medien anderer Herausgeber.</p> <p>Weitere Medien sind jene Materialien, welche die HLG für ihre Maßnahmen in Kindergarten und Schule ent-</p>	<p>wickelt hat, wie die Symbolfiguren „Eule und Gespenst“, die Faltblätter „Fernsehen will gelernt sein“ und „Frühstück und Schulfrühstück“ und Aufkleber.</p> <p>Außerdem hat die HLG Videos angefertigt mit Unterrichtsausschnitten von den Themen Ernährung, Fernsehen und Freizeitgestaltung (können entliehen werden).</p>
<p>Serviceleistungen</p>	<p>Den Schwerpunkt der Serviceleistungen der HLG bildet das Fortbildungsangebot für ErzieherInnen und LehrerInnen und das Kursangebot für Erwachsene</p> <p>Mit Tagesseminaren für ErzieherInnen, Gesprächsrunden für ErzieherInnen, Eltern und dem Handpuppenspiel „Eule und Gespenst“ werden vor allem die Themen Ernährung, Fernsehen und Bewegung umgesetzt. Ernährung, Schulfrühstück sowie Fernsehen und aktive Freizeitgestaltung sind auch die Themen für die Arbeit in den Grundschulen und Behinderteneinrichtungen, die dort in Form von drei Unterrichtsstunden durch freie pädagogische MitarbeiterInnen der HLG gestaltet werden.</p> <p>Die Angebote für Erwachsene sind die Nichtrauchertrainings- und Gewichtsreduktionskurse, die in verschiedenen Stadtteilen Hamburgs und in Zusammenarbeit mit anderen stattfinden, z. B. mit Betriebskrankenkassen und Betrieben.</p>	<p>Weitere Bestandteile der Serviceleistungen, die sich dem finanziellen Rahmen der HLG anpassen müssen, sind:</p> <p>eine Referentenkartei mit Honorarkräften aus verschiedenen Fachbereichen für Veranstaltungen der Mitglieder und Partner der HLG, der Informationsdienst, durch den interessierten Schlüsselpersonen und Bürgern Materialien zu den gewünschten Themen zur Verfügung gestellt werden,</p> <ul style="list-style-type: none"> - Informationen zu ausgewählten Themen über das Hamburger Gesundheitstelefon unter der Rufnummer 115 02, - der Pressedienst, durch den die Massenmedien über Pressemitteilungen und Pressekonferenzen zu aktuellen Themen und Aktivitäten informiert werden
<p>Empfehlungen</p>	<p>Unter dem breiten Medienangebot der HLG für Schlüsselpersonen und „Endverbraucher“ ist vor allem auf das hinzuweisen, das von der HLG selbst entwickelt wurde, wie z. B. die Faltblätter zu den Themen „Fernsehen“ und „Frühstück“.</p> <p>Das gleiche trifft auf das Fortbildungsangebot für ErzieherInnen und LehrerInnen zu, dessen Konzept und Erfahrung damit für Interessierte nutzbringend sind.</p>	<p>Für die gesundheitserzieherische Arbeit in Kindergarten und Schule empfiehlt es sich, die Erfahrungen und das Konzept der HLG mit den Symbolfiguren „Eule und Gespenst“ zu nutzen und den Kontakt mit der HLG aufzunehmen</p>

HAUPTVERBAND DER GEWERBLICHEN BERUFS- GENOSSENSCHAFTEN e.V.

Adresse	Alte Heerstraße 111 5205 Sankt Augustin 2
Ansprechpartner	Dipl.-Ing. Buss (Hauptgeschäftsführer) Dr. Eichendorf (Abteilungsleiter ö.A.)
Telefon	0 22 41/2 31 01
Telefax	0 22 41/2 31-3 33

Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften ist einer der drei Spitzenverbände der gesetzlichen Unfallversicherung. Er nimmt die gemeinsamen Interessen und Aufgaben der gewerblichen Berufsgenossenschaften zum Wohle der Versicherten und der Unternehmer wahr, vor allem auf den Gebieten der Arbeitssicherheit, der Ersten Hilfe, der Rehabilitation, der Entwicklung des Sozialversicherungsrechts und der Rationalisierung der Verwaltungsarbeit. Er ist ein eingetragener Verein. Sein Sitz ist in Berlin, seine Geschäftsstelle in Sankt Augustin.

Aufgaben und Ziele der Institution

Gegründet wurde der Hauptverband am 27. Juni 1887 auf Initiative aller Berufsgenossenschaften. Heute gibt es 34 gewerbliche Berufsgenossenschaften und die See-Berufsgenossenschaft. Sie sind fachlich, das heißt nach Gewerbebezügen, gegliedert. Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und führen die ihnen durch Gesetz übertragenen Aufgaben in eigener Verantwortung ihrer ehrenamtlichen Selbstverwaltungsorgane – jedoch unter staatlicher Aufsicht – durch. Selbstverwaltungsorgane sind Vertreterversammlung und Vorstand. Diese setzen sich je zur Hälfte aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammen.

Mitglieder sind allein die Arbeitgeber. Sie bringen die erforderlichen Mittel (Beiträge) für die Leistungen der Unfallversicherung auf. Es handelt sich um eine Zwangsmitgliedschaft. Damit ist jeder Beschäftigte durch Gesetz gegen die Folgen von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten versichert, ohne selbst Beitrag zahlen zu müssen, aufgrund eines Arbeits-, Dienst- oder Ausbildungsverhältnisses ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht, Höhe seines Einkommens und unabhängig davon, ob es sich um eine ständige oder nur vorübergehende Tätigkeit handelt.

Die Berufsgenossenschaften haben vom Gesetzgeber den Auftrag erhalten, Arbeitsunfälle, dazu gehören auch die Wegeunfälle, zu verhüten, nach Eintritt des Arbeitsunfalles den Verletzten, seine Angehörigen und seine Hinterbliebenen zu entschädigen

- durch Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit des Verletzten,
- durch Arbeits- und Berufsförderung (Berufshilfe) und
- durch die Erleichterung der Verletzungsfolgen,
- durch Leistungen in Geld an den Versicherten, seine Angehörigen und seine Hinterbliebenen.

**HAUPTVERBAND
DER GEWERB-
LICHEN BERUFS-
GENOSSEN-
SCHAFTEN e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Organe des Hauptverbandes sind, ebenfalls paritätisch besetzt, die Mitgliederversammlungen und der Vorstand. Die für die Durchführung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel werden durch Beiträge der Mitgliedsberufsgenossenschaften aufgebracht.

Das Berufsgenossenschaftliche Institut für Arbeitssicherheit (BIA)

Das Berufsgenossenschaftliche Institut für Arbeitssicherheit – BIA – ist ein Institut des Hauptverbandes und damit eine Gemeinschaftseinrichtung der in diesem Verband zusammengeschlossenen Träger der gesetzlichen Unfallversicherung. Es unterstützt die gewerblichen Berufsgenossenschaften und die Fachauschüsse des Hauptverbandes bei der Unfallverhütung und der Bekämpfung von Berufskrankheiten, insbesondere im Bereich der technischen Arbeitssicherheit.

Es ist Aufgabe des BIA, durch

* Forschungen
Gefährdungen zu erkennen und Sachzusammenhänge aufzuklären und
Grundlagen für sicherheitstechnische Anforderungen zu erarbeiten;

* Prüfungen
das Einhalten sicherheitstechnischer Vorschriften und Normen festzustellen; Beiträge zur Weiterentwicklung der Sicherheitstechnik zu liefern;

* Beratungen
bei der Lösung von Einzelproblemen mitzuhelfen sowie die Aufstellung von Normen und technischen Regeln sachverständig zu unterstützen.

Die Arbeitsprogramme und deren Prioritäten orientieren sich an den Erfordernissen der Praxis und den jeweils aktuellen Problemen der Arbeitssicherheit. Die Tätigkeiten erstrecken sich auf die Sachgebiete

- Gefährliche Arbeitsstoffe
- Lärm, Vibration, sonstige physikalische Einwirkungen
- Sicherheit technischer Arbeitsmittel
- Persönliche Schutzausrüstungen

Die Berufsgenossenschaftliche Akademie für Arbeitssicherheit (BCA)

Die Berufsgenossenschaftliche Akademie für Arbeitssicherheit und Verwaltung (BCA) auf dem Steimelsberg in Hennef/Sieg ist die zentrale Bildungsstätte der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Mit dieser Akademie kann der Hauptverband die Erfüllung des ihm von den Mitgliedsberufsgenossenschaften übertragenen Bildungsauftrages entscheidend verbessern.

In der Akademie hat die berufstheoretische Aus- und Fortbildung der berufsgenossenschaftlichen Angestellten, die theoretische Schulung der Technischen Aufsichtsbeamten sowie die Weiterbildung der Mitarbeiter der Berufsgenossenschaften ihren festen Standort gefunden. Weiter soll die Akademie Begegnungs- und Arbeitsstätte für alle Gremien sein, die an der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der gewerblichen Berufsgenossenschaften mitarbeiten.

Kontinuierliche und immer komplexer werdende technologische Prozesse, Änderungen der rechtlichen und in ihrem Gefolge der organisatorischen und finanziellen Grundlagen der gesetzlichen Unfallversicherung erfordern stärker noch als in der Vergangenheit eine qualifizierte fachliche Aus- und Fortbildung. Die sich dabei ergebenden Probleme lassen sich nur in einer zentralen Bildungsstätte lösen, in der aufbauend auf gesicherten Erkenntnissen und Erfahrungen und zugleich zukunftsorientiert optimale Lehr- und Lernmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Medienangebote

Zu den Publikationen des Hauptverbandes gehören unter anderem:

Regelmäßig erscheinende Publikationen

* *Die BG*
Fachzeitschrift für Arbeitssicherheit und Unfallversicherung
(erscheint monatlich, Auflage: 6 000);

* *blickpunkt arbeitssicherheit*
(erscheint monatlich, Auflage: 500 000);

* *Staub, Reinhaltung der Luft*
(erscheint monatlich, Auflage: 3 000);

* *Betriebswacht*
Datenjahrbuch der gewerblichen Berufsgenossenschaften
(erscheint jährlich).

Unregelmäßig erscheinende Publikationen

* *BG-Informationen*
Pressedienst (erscheint drei- bis viermal jährlich);

* *BK-DOK*
Dokumentation des Berufskrankheiten-Geschehens in der Bundesrepublik Deutschland
(erscheint alle drei Jahre);

* *Rehabilitations-Statistik der gesetzlichen Unfallversicherung*
(erscheint alle drei Jahre);

* *ZIGUV-Info*
Informationsdienst des Zentralen Informationssystems der gesetzlichen Unfallversicherung
(erscheint nach Bedarf)

Kommentare, Loseblattsammlungen

* *Lauterbach, Watermann:*
Gesetzliche Unfallversicherung
Kommentar zum 3 und 5 Buch der Reichsversicherungsordnung und zu den die Unfallversicherung betreffenden Vorschriften des 1., 4 und 10. Buches des Sozialgesetzbuches;

* *Noeske, Hamacher, Franz: Erläuterungen zum Abkommen Ärzte – Berufsgenossenschaften (Ärzteabkommen) zwischen den berufsgenossenschaftlichen Spitzenverbänden, dem Bundesverband der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand einerseits und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung andererseits;*

* *BIA-Handbuch*
Ergänzbares Sammlungs der sicherheitstechnischen Informations- und Arbeitsblätter für die betriebliche Praxis;

* *BIA-Arbeitsmappe: Messung von Gefahrstoffen
Ergänzbare Sammlung von Arbeitshilfen für die
Durchführung von
Arbeitsbereichsanalysen u. a.;*

* *Handbuch für berufliche Rehabilitation der Unfallver-
letzten.*

Ferner verfügt der Hauptverband über audiovisuelle Medien:

In einem Filmverzeichnis sind die Filme zur Arbeits- und Verkehrssicherheit aufgeführt. Diese können kostenlos ausgeliehen werden.

Btx-Programm

Das Btx-Programm des Hauptverbandes umfaßt 600 Seiten, die jederzeit abrufbereit sind und ständig aktualisiert werden. Das Programm enthält Informationen über Struktur und Aufgaben der Berufsgenossenschaften sowie aktuelle Meldungen und Terminankündigungen bis hin zu sehr speziellen Inhalten mit Hinweisen für persönliche Schutzausrüstungen und Neuerungen in der MAK-Wert-Liste.

Zu erreichen ist der Hauptverband neben der angegebenen Adresse unter
Telex: 896 628 bgvbd d
Telefax: 0 22 41/2 31-3 33
Btx: *20299#

**HAUPTVERBAND
DER GEWERB-
LICHEN BERUFS-
GENOSSEN-
SCHAFTEN e.V.**

Medienangebote

Alle Informationen, die der Hauptverband für seine Mitglieder aufbereitet, stehen auch anderen Interessierten zur Verfügung. Speziell sei auf das Btx-Programm verwiesen, das die wichtigsten Informationen aktuell zugänglich macht.

Die Forschungen, Prüfungen und Beratungen, wie sie vor allem über das BIA organisiert sind, können ebenfalls angefragt werden.

Schließlich steht der Hauptverband vor allem über die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit selbstverständlich für die Vermittlung von kompetenten Referenten und Informationsmaterial zur Verfügung.

**Service-
leistungen**

Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften bündelt die Erfahrungen, die in der Zuständigkeit der Unfallversicherungsträger für den gesamten Bereich des Arbeitsschutzes anfallen.

Er ist die erste Adresse für den Stand des gesicherten Wissens auf allen Gebieten der Arbeitssicherheit, bei Berufskrankheiten und Unfallverhütung.

Als historisch gewachsene Einrichtung der Unternehmer liegt das präventive Schwergewicht auf technischen und arbeitsorganisatorischen Möglichkeiten der Unfallverhütung und Rehabilitation.

Besonders zu empfehlen sind die vielfältigen Informations- und Schulungsmaterialien, die beständig aktualisiert werden.

Empfehlungen

HESSISCHE AKADEMIE FÜR BETRIEBS-, ARBEITS- UND SOZIALMEDIZIN e. V.

Adresse Carl-Oelemann-Weg 11
6350 Bad Nauheim

Ansprechpartner Prof. Dr. H. J. Rheindorf (Leiter)

Telefon 0 60 32/24 50

Die Hessische Akademie für Betriebs-, Arbeits- und Sozialmedizin ist ein eingetragener Verein, der im Rahmen der Weiterbildung für Arbeitsmediziner den dreimonatigen theoretischen Kurs und für Sozialmediziner den zweimonatigen Kurs durchführt.

Der Grundkurs für Arbeitsmediziner hat folgende Themenfelder:

Grundlagen der Arbeitsmedizin

Arbeit als soziales Gut? Entwicklung der Arbeitsmedizin, arbeitsmedizinische Tätigkeit nach ASiG, Arzt im betrieblichen Spannungsfeld, Rechtsstellung des Betriebsarztes

Arbeitsmedizin im System der Sozialen Sicherung
Sozialversicherungssystem, Arbeitsmedizin und gesetzliche Krankenversicherung bzw. Rentenversicherung, arbeitsmedizinische Aufgaben, Zusammenarbeit im Betrieb, Zusammenarbeit der Sozialpartner

Aufgaben der Arbeitsmedizin und Unfallheilkunde
Arbeits-, Wegeunfälle und Durchgangsarztverfahren, Zusammenarbeit zwischen Durchgangsarzt und Betriebsarzt, zwischen Betriebsarzt und Sicherheitsingenieur, Erste Hilfe, Maßnahmen zur Unfallverhütung

Arbeitsmedizin und Gesundheitsschutz durch Staat und Unfallversicherungsträger
Gewerbeaufsicht, technischer Aufsichtsdienst der Unfallversicherungsträger, Gewerbeärztlicher Dienst, Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe, Personalführung und Betriebsklima

Aufgaben und Einrichtung Betriebsärztlicher Dienststellen

Aufgaben des Betriebsarztes, Klein- und Mittelbetriebe, Großbetriebe, überbetriebliche arbeitsmedizinische Zentren, Einstellungsuntersuchungen, Sprechstunden

Die Berufskrankheiten und ihre Prävention

BK-Liste und Quasi-Berufskrankheiten, Aufgaben des Arztes, BK-Verfahren, Konzept der Prävention, arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen

Chemische Einwirkungen als Ursache von Berufskrankheiten:

- Metalle und Metalloide
Blei, Chrom, Quecksilber, Cadmium, Arsen
- Erstickungsgase usw.
Kohlenmonoxid, Schwefelwasserstoff, Halogenkohlenwasserstoff, Benzol und seine Homologe, Nitro- oder Aminoverbindungen

Aufgaben und Ziele der Institution

**HESSISCHE
AKADEMIE
FÜR BETRIEBS-,
ARBEITS- UND
SOZIALMEDIZIN
e. V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Biologische Einwirkungen als Ursache von Berufskrankheiten
- Infektionserreger und Parasiten, Tropenkrankheiten
Physikalische Einwirkungen als Ursache von Berufskrankheiten

- Druckluft, ionisierende Strahlen, Lärm

(Der Kurs wird jeweils durch einen Seminartag abgeschlossen, an dem übergeordnete Themen, wie „der arbeitsmedizinische Problempatient“, und abschließende Kolloquien erfolgen.)

In dem (zweiten) Aufbaukurs werden behandelt:

Die Berufskrankheiten der Atemorgane, obstruktive Atemwegserkrankungen, Hautkrankheiten, Berufskrebs, aber auch Arbeitsphysiologische Aspekte (körperliche Leistungsfähigkeit, Alter, Akkordarbeit, Hitze, Kälte, Schichtarbeit), die Arbeitsgestaltung, Arbeitsraum und Arbeitsstätte, Arbeitsumwelt (Luft, Licht, Klima, Bildschirmarbeit), persönlicher Schutz (Kleidung), Schutz besonderer Bevölkerungsgruppen (Jugendliche, Frauen, Behinderte)

Der zweite Kurs wird mit der Diskussion ärztlicher Berufspflichten, überschneidende Fragen des Umweltschutzes usw. abgeschlossen)

Auf die ersten beiden Kurse folgt ein (dritter) Aufbaukurs zu den Themenfeldern:

- Grundlagen und Spannungsfeld der Arbeitsmedizin,
- Arbeitssicherheit als Arbeitsschutz und Unfallverhütung,
- Grundlagen und Bedeutung des Arbeitsunfalls,
- Möglichkeiten und Grenzen der Unfallverhütung,
- Erste Hilfe, Unfallbehandlung, Katastrophenschutz,
- Vergiftungen, physikalisch verursachte Arbeitsunfälle, Vorschaden und Arbeitsunfall,
- Körperschutz, Möglichkeiten und Grenzen der Prävention,
- Beurteilung von Berufskrankheiten

In den Aufbaukursen werden auch die arbeitsphysiologischen Aspekte eingehend beleuchtet (die Themenfelder entsprechen denjenigen der Grundkurse und werden durch spezifische Fragestellungen, etwa nach arbeitsmedizinischen Aspekten der Gemeinschaftsverpflegung, erweitert).

Ein fester Bestandteil der Aufbaukurse sind ganztägige Exkursionen, die der Problemwahrnehmung und Diskussion „vor Ort“ dienen.

Auch die sozialmedizinischen Veranstaltungen sind in zwei Grund- und Aufbaukurse gegliedert. Folgende Themenkreise werden in den Grundkursen behandelt:

- Sozialmedizin in der modernen Gesellschaft,
- Notwendigkeit und Ausgestaltung der sozialen Sicherung, Grundbegriffe des sozialen Leistungsrechts,
- Struktur der ärztlichen Versorgung,
- Dokumentation und Auswertung sozialmedizinischer Daten, Krankheit und soziale Umwelt, Sozialpsychiatrie, die Gesetzliche Krankenversicherung, Beratung und Beurteilung im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), Struktur der Gesundheitsversorgung, Spezialfragen der GKV, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit durch Zivilisationskrankheiten,
- die Gesetzliche Rentenversicherung, vorzeitige Berentung wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit,
- spezielle Fragen der Berufsunfähigkeit (BU) und der Erwerbsunfähigkeit (EU),
- Schutz vor den gesundheitlichen Risiken der Arbeitswelt, die Gesetzliche Unfallversicherung,
- Berufskrankheiten

Die Aufbaukurse vertiefen und differenzieren die Themen.

Medienangebote

Die Akademie stellt für ihre Bildungsaktivitäten Unterlagen bereit

Serviceleistungen

Besondere Serviceleistungen bietet die Akademie über ihre Aufgabenstellung hinaus nicht an

Empfehlungen

Die Hessische Akademie ist ein kompetenter Ansprechpartner für die Fragen der Weiterbildung auf dem Gebiet der Sozial- und Arbeitsmedizin.

HESSISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR GESUNDHEITS- ERZIEHUNG

– HAGE –

Adresse	Nikolaistraße/Ecke Kirchplatz 3550 Marburg
Ansprechpartner	Herr Dr. Wolf-Dietrich v. Freytag-Loringhoven (Wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied) ab 1. 11. 1991: Herr Dr. Harald Renner (Wissenschaftlicher Leiter)
Telefon	0 64 21/2 40 35

Die Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (HAGE), getragen vom Lande Hessen, von der Landesversicherungsanstalt einschließlich der gesetzlichen Krankenkassen, dem Landeswohlfahrtsverband und der gesamten hessischen Ärzteschaft (Landesärztekammer) sowie den hessischen Apothekern (Landesapothekerkammer), ist ein Zentrum der Fortbildung, Forschung und Öffentlichkeitsarbeit.

Sie hat satzungsgemäß die Aufgabe, „die Bevölkerung über Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer vorbeugenden Gesundheitspflege zu unterrichten und damit zur verbindenden Brücke zwischen Erkenntnissen der Wissenschaft und dem Wunsch der Bevölkerung nach Schutz gegen die Gefährdung ihrer Gesundheit zu werden“.

Im einzelnen erfüllt die HAGE dabei folgende Funktionen:

- Fortbildung von Schlüsselpersonen im Gesundheits-, pädagogischen und sozialen Bereich
- Anleitung bei wissenschaftlichen Arbeiten
- Beratung bei gesundheitserzieherischen Unterrichtsvorhaben und Referaten
- Gesundheitserzieherische Präsenzbibliothek
- Zeitschriftendokumentation
- Anfragedienst (Telefon, Briefe, Gespräche)
- Besucherführung
- Unterstützung und Betreuung von Vortragsveranstaltungen
- Organisation und Durchführung von Ausstellungen zur Gesundheitserziehung
- Gesundheitsredaktion
- Kontakte zu Presse, Funk und Fernsehen
- Versorgung von Eltern Erstgeborener mit spezifischen Informationen
- Einzelversanddienst
- Massenaussendung
- Film-, Video- und Diaverleihdienst

Aufgaben und Ziele der Institution

- HAGE -

Medienangebote

Die HAGE hält eine immer wieder aktualisierte Auflistung ihrer verfügbaren hauseigenen Medien bereit. Die Entwicklung neuer Medien geschieht im wesentlichen im Rahmen bestimmter Arbeitsschwerpunkte, die in den Jahresberichten ausführlich beschrieben werden. Die Medien stehen hessischen Bürgern kostenlos zur Verfügung, sowohl interessierten Einzelpersonen als auch Multiplikatoren, die sie bei ihrer pädagogischen Arbeit mit Kindern oder Erwachsenen einsetzen. Für nicht-hessische Interessenten werden Selbstkostenpreise und Versandkosten berechnet.

Die HAGE wendet sich mit folgenden Medienangeboten an die hessische Bevölkerung:

- Broschüren
- Informationsblätter (Kleine Gesundheitsblätter, Elternblätter, Vorsorgeblätter)

- Unterrichtshilfen (z. B. zu den Themen Umweltschutz, Zahngesundheit, Erste Hilfe, Gesundes Frühstück, Suchtprophylaxe, Familienplanung)
- Poster
- Aufkleber
- Lehrspiele
- Zeitschrift „Hessische Gesundheitspost“
- Filme, Videos, TV-Spots in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Rundfunk
- Sonderdrucke der Broschüre zum Jahresthema der WHO (Hrsg. Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung)
- Beiträge zur Lehrerfortbildung in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Institut für Lehrerfortbildung (HILF)

Serviceleistungen

Die HAGE bietet folgende Serviceleistungen an:

Vortragsdienst für Hessen (Es steht eine Referentenkartei zur Verfügung, und es werden organisatorische Hinweise gegeben sowie im Notfall auch die Honorare für Referenten übernommen. Jährlich kommen auf diese Weise ca. 500-600 Vorträge zustande.)

Ansprechpartner: Frau Hefke
Ausstellungen (z. B. zu den Themen Suchtprophylaxe, Ernährung u.v.m. Zu diesen Ausstellungen werden Materialmappen zusammengestellt, die Interessenten auch zur Vorabinformation zugeschickt werden.)

Ansprechpartner: Herr Böhme

- Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer, in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Institut für Lehrerfortbildung (HILF)
Ansprechpartner: Frau Pries für diverse andere Zielgruppen (z. B. Apotheker, Jugendzahnärzte, Angehörige nichtärztlicher Fachberufe im Gesundheitswesen)

für spezielle Zielgruppen projektbezogene Fortbildung, z. B. zu den Schwerpunkten „Jugend“ und „Umwelt“

Literaturservice

Zu den Stichworten der Enzyklopädie über Gesundheitserziehung können Publikationen aus Fachzeitschriften, Tageszeitungen und Pressediensten zusammengestellt werden.

Ansprechpartner: Herr Falkenberg

- Filmdienst
Verleih von Filmen und Videos zur Gesundheitserziehung
- TV-Spots „Bleib gesund“ (Diese Kurzfilme können auf Anfrage auf eine vom Interessenten zur Verfügung zu stellende Video-Leerkassette kostenlos überspielt werden. Die thematische Zusammenstellung erfolgt mit Hilfe des Katalogs „Impuls-Filme zur Gesundheitserziehung“)
Ansprechpartner: Herr Dinter

Empfehlungen

Informations- und Arbeitsmaterialien der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (Stand: Juli 1991)

Eine Auflistung von Titeln ist ständigen Veränderungen unterworfen. Wir bitten um Verständnis, wenn bei Ihrer Anfrage der eine oder andere Titel vergriffen sein sollte.

Wir bemühen uns, Ihre Wünsche trotzdem durch Ersatztitel weitgehend zu erfüllen.

Schriftenreihe

(* Entwicklung bzw. Neuauflage in Vorbereitung)

- 2 Gesundheit für Herz und Gefäße
- 3 Wegweiser zum Nichtraucher
- 6 Zähne für ein ganzes Leben
- 11 Schwangerschaft. Wie schafft man das?
Ein Nachdenkheft für junge Leute
- 25 Umweltschutz – Gesundheitsschutz
- 34 Bernhard-Christoph-Faust
Ein Begründer der Gesundheitserziehung in Hessen
- 39 Vorsicht Giftpflanzen. Beschauen, nicht kauen
Eine Fibel für Erwachsene und Kinder

- 40 Von Kopf bis Fuß gesund bleiben
Eine Familien-Fibel für Kinder von 5-13 Jahren, ihre Eltern und Großeltern
- 44 Andere Sorgen als Vorsorge?
Ein Nachdenkheft für junge Leute über Gesundheit und Gesundheitsrisiken
- 45 Gentechnologie – Rückblick, Ausblick
- 47 Geburt des Menschen. Zur Kulturgeschichte der Geburtshilfe, Gynäkologie und des Hebammenwesens
- 48 Wenn aus Kindern Schüler werden
Fragen und Antworten zum Schulbeginn

Kleine Gesundheitsblätter

- 2 Was man über Geschlechtskrankheiten wissen muß
- 3 Streß – schädlich oder notwendig?
- 7 Genetische Beratung im Interesse Ihrer Kinder
- 8 Gesundheitsvorsorge in der Küche
Umgang mit Lebensmitteln?*
- 9 Rheuma: was steckt dahinter?*
- 10 Alarm: Stau im Darm
- 11 Kropf verhüten – mit jodiertem Kochsalz
- 12 Gute Nacht! Schlafen Sie wohl
- 13 Pilze ohne Wert: Über die Verhütung von Pilzinfektionen (Mykosen)

- 14 Zeigt her eure Füße, zeigt her eure Schuh!
- 15 Darmwürmer lästige Begleiter
- 16 Allergien – Problem unserer Zeit
- 17 Fieber
- 18 Oh, mir tut der Kopf so weh
- 19 Selbsthilfegruppen im Gesundheitswesen
- 21 Vorsicht vor Zeckenstichen
- 22 Vorbeugung gegen Malaria*
- 23 Gut sehen trotz Diabetes
- 24 Aufrecht ins Alter: Osteoporose (Knochenschwund) verhüten!
- 25 Asbest, die gefährliche Faser
- 26 Naturstoff Holz – Gefahrstoff Holzstaub!
- 27 Mit Diabetes leben lernen
- 28 Rückenschule*

Vorsorgeblätter

Infektionsschutz

- Nr. 1 Tetanus
- Nr. 2 Röteln
- Nr. 3 Tollwut

Krebsvorsorge

- Nr. 1 Durch Information
- Nr. 2 Durch ausgewogene Ernährung
- Nr. 3 Beim Umgang mit Nahrungsmitteln
- Nr. 4 Beim Heimwerken
- Nr. 5 Durch Früherkennung
- Nr. 6 Schwarzer Krebs (Melanom)
- Nr. 7 Krebsvorsorge durch Früherkennung beim Mann
- Nr. 8 Krebsvorsorge durch Vorbeugung

Gesunde Ernährung

- Nr. 1 Vollwerternährung – eine wertvolle Ernährung
- Nr. 2 Fremdstoffe in Lebensmitteln – Schadstoffe für die Gesundheit
- Nr. 3–8 Frühstück – das gute Stück
- Nr. 3 Grundlagenblatt. Ein Frühstück zu Hause und eins in der Pause
- Nr. 4 Grundlagenblatt. Schulmilch tut gut
- Nr. 5 Liebe Eltern!
- Nr. 6 Für Lehrer: Gut frühstücken – besser lernen
- Nr. 7 Für Hausmeister und andere Personen, die einen Schulkiosk betreiben:
Schulhausmeister – Meister des zweiten Frühstücks
- Nr. 8 Für Schüler: Frühstück – Brückenschlag in den Tag

Chemie im Haushalt

- Nr. 1 Umweltschmutz durch Sauberkeit?
- Nr. 2 Chemie – Schnellkurs für reinliche Hausfrauen und -männer
- Nr. 3 Waschen mit reinem Gewissen
- Nr. 4 Putzen und Spülen, Glanzleistung mit Klarblick
- Nr. 5 Kosmetik: Riskant für die Gesundheit?
Riskant für die Umwelt
- Nr. 6–8 Kleine Kosmetikschule zum Umwelt- und Gesundheitsschutz
- Nr. 9 Richtig handeln (mit Kosmetika) für Gesundheit und Umwelt
- Nr. 10 Leben und leben lassen. Naturschutz im Garten
- Nr. 11–12 Harmonie ohne Chemie
- Nr. 13–14 Düngekunst statt Kunstdünger
- Nr. 15 Beim Anstreichen: Farbe bekennen!
- Nr. 16 Gewußt wie und fertig ist der Lack!
- Nr. 17 Holzschutz gegen Gesundheitsschutz?
- Nr. 18 Dicke Luft im Kinderzimmer
- Nr. 19 Ein Fußboden bleibt nicht unter den Füßen
- Nr. 20 Kinderspielzeug: Was wird hier gespielt?
- Nr. 21 Kinderphantasie braucht Werkstoff

- Nr. 22 Wenn zu viele Fliegen fliegen und Mücken ihre Mücken haben

- Nr. 23 Hausstaubmilben, macht euch aus dem Staub

Umgang mit Müll

- Nr. 1 Müllberge – aufgetürmte Gesundheitsprobleme
- Nr. 2 Abmagerungskur für die Mülltonne
- Nr. 3 Sondermüll: besondere Vorsicht, gesonderte Entsorgung!

Weitere Themen der Vorsorgeblätter

- Diabetes im Schulalter
- Sport – Hilfe zum Gesundbleiben
- Freizeit und Fernsehen
- Besuch im Krankenhaus

Elternblätter

- Seelisch gesunde Kinder
- Schutz vor Rachitis
- Zahnweh durch Zuckertee (auch in türkisch)
- Epilepsie
- Schielen heißt schlecht sehen

Poster

- Frühstück – Brückenschlag in den Tag
- Geste der Liebe, Geste der Vernunft: Stillen ist mehr als ernähren
- Tollwut
- Läuse
- Moderne Kantinenköche
- Giftpflanzen
- Bleib gesund (Ankündigungsplakat für Veranstaltungen)
- Schluckimpfung gegen Polio (Ankündigungsplakat für Impftermine)
- Unser Planet – unsere Gesundheit

Hessische Gesundheitspost

- Nr. 46 Jugend: Gesund in die Zukunft
- Nr. 47 Umweltschutz – Gesundheitsschutz
- Nr. 48 Jugendpost (Jugend und Arbeit)
- Nr. 49 Jugend. Wachsen, erwachsen werden, dem Leben gewachsen sein
- Nr. 50 Junge Familie: Wiege der Gesundheit
- Nr. 51 Kindheitserfahrungen: Flügel oder Klotz am Bein?

Gesundheitserzieherische Spiele

- „Bleib fit – kletter mit“ (Würfelspiel)
- „Komm gesund durch den Tag“ (Würfelspiel)
- „Umweltschätzchen – Schmutzdelfrätzchen. Rund um die Umwelt“ (Würfelspiel)
- „Flora und Florian. Zwei Umwelt-Schutzengel denken mit“ (Quartettspiel zur Umwelterziehung)

Mediensets

Gesundheit und Umwelt Inhalt

- Vorsorgeblätter zum Thema
- Heft 25 „Umweltschutz – Gesundheitsschutz“
- Arbeitsheft zu Heft 25
- Hessische Gesundheitspost Nr. 47
- Die Natur braucht eine Kur (Arbeitsheft zur Umwelterziehung von Kindern im 3. und 4. Schuljahr)
- Umweltwürfelspiel „Umweltschätzchen – Schmutzdelfrätzchen“
- Umwelt-Quartettspiel „Flora und Florian. Zwei Umwelt-Schutzengel denken mit“

– HAGE –

Empfehlungen

– HAGE –

Empfehlungen

Jugend und Risikoverhalten Inhalt

- Heft 44 „Andere Sorgen als Vorsorge?“
Ein Nachdenkheft für junge Leute über Gesundheit und Gesundheitsrisiken
- Arbeitsheft zu Heft 44
- Weitere Arbeitshilfen zu Heft 44
- Hessische Gesundheitspost Nr. 46
- Hessische Gesundheitspost Nr. 49

Jugend und Arbeitswelt Inhalt

Arbeitsblätter für Lehrer

- Der Jugendliche vor der Berufswahl
- Der arbeitslose Jugendliche in den Augen der Öffentlichkeit
Der arbeitslose Jugendliche als Mitglied der Gemeinde

Arbeitsblätter für Ausbilder

Jugend: Zeit des Umbruchs
Auszubildende: Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsplatzzufriedenheit

Infos für Jugendliche

- Freude an der Arbeit hält gesund
- Welcher Beruf macht Spaß?
Die Geschichte der Geschwister Schwarz und Weiß

Informationsblätter für Eltern

- Berufswunsch der Eltern – Berufswunsch der Kinder
- Der Schulabschluß – wichtige Voraussetzung für Ausbildungsplatz
- Was kann der Berufsberater des Arbeitsamtes leisten?
- Mein Kind ist arbeitslos, was kann ich tun?
- Selbsthilfegruppen – auch für Eltern arbeitsloser Jugendlicher

Informationsblätter für Berufsberater des Arbeitsamtes

- Zum Problem Jugendarbeitslosigkeit
Hessische Gesundheitspost Nr 48

Schwangerschaft. Wie schafft man das?

Heft 11 „Schwangerschaft. Wie schafft man das?“
Begleitheft zu Heft 11
Wie Sie den Zeitpunkt für ein Kind selbst bestimmen können

Frühstück · das gute Stück

- Vorsorgeblätter „Gesunde Ernährung“ Nr. 3-8
- Poster „Frühstück – Brückenschlag in den Tag“
Bilderrätsel für Kinder von 9–14 Jahren zum Thema

Gesundheit erleben – für die Gesundheit lernen

Zahngesundheit

- Informationsblätter für Unterrichtende
- Arbeitsblätter für Schüler im Grundschulalter (3 und 4. Schuljahr)
- Elternbrief

Erste Hilfe

- Informationsblätter für Unterrichtende
Arbeitsblätter für Schüler im Grundschulalter (3 und 4. Schuljahr)

INFRATEST

– Gesundheits- forschung –

Adresse	Landsberger Straße 338 8000 München 21
Ansprechpartner	Herr Hoeltz
Telefon	0 89/5 60 05 20

Infratest ist ein unabhängiges privatwirtschaftliches Institut und führt wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Auftragsforschung und Beratung durch. Weiter werden national und international Ad-hoc- und Standardstudien in der Marketing- und Programmforschung für private und öffentliche Auftraggeber durchgeführt.

Die Schwerpunkte der Infratest-Forschung bilden

1. Mikroökonomische Forschung
2. Makroökonomische Forschung
3. Soziologische Forschung

Die Infratest-Forschung KG hat vier Tochtergesellschaften

Infratest Gesundheitsforschung GmbH & Co
Infratest Kommunikationsforschung GmbH
Infratest Sozialforschung GmbH
Infratest Wirtschaftsforschung

Die Infratest Gesundheitsforschung ist das einzige private Forschungsinstitut, das systematisch Auftragsforschung für alle Partner und Kontrahenten in Regierung und Verwaltung, in Verbänden und Institutionen des Gesundheitswesens betreibt.

An Projekten seien beispielhaft erwähnt:

Für eines der wichtigsten gesundheitspolitischen Langzeitvorhaben, die von der Bundesregierung geförderte „Deutsche Herz-Kreislauf-Präventionsstudie DHP“, hat Infratest mit zahlreichen Medizinerinnen, Sozialmedizinerinnen und Epidemiologinnen in den letzten sechs Jahren ein Instrumentarium „zur kontinuierlichen Beschreibung des Gesundheitszustandes und des Gesundheitsverhaltens der Bevölkerung“ entwickelt. Im „Gesundheitsurvey“ werden seit 1984 repräsentativ für die Bundesbevölkerung 16 000 Personen befragt (Interview plus Selbstausfüllbogen) und aus dieser Gruppe in Zusammenarbeit mit dem Bundesgesundheitsamt 5 000 Personen in mobilen Labors ärztlich untersucht: Blutdruck, Puls, Körpergröße und -gewicht, Blut-, Urin- und Haarprobeentnahme.

Neben den Herz-Kreislauf-Erkrankungen und der Krebsfrüherkennung stehen im Mittelpunkt der sozialmedizinischen Forschung von Infratest:

INFRA TEST

**- Gesundheits-
forschung -**

Drogen und Alkohol

Für das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit hat Infratest die Alkoholgefährdung bei Erwachsenen über einen 8-Jahres-Zeitraum untersucht – die erste Longitudinalstudie dieser Art in Europa. In einzelnen Bundesländern ist bei 11 000 jungen Menschen das Mißbrauchsverhalten beim Konsum von Alkohol, illegalen Drogen, Medikamenten und Tabakwaren untersucht worden.

Schwangerschaftsverlauf und frühkindliche Entwicklung

Aufbauend auf der Langzeituntersuchung der Schwangerschafts- und Geburtsrisiken bei 4 000 Müttern und deren Auswirkungen auf die frühkindliche Entwicklung hat Infratest unter dem Aspekt der Qualitätssicherung eine Analyse und Bewertung der Dokumentation von Früherkennungsuntersuchungen durchgeführt und eine Konzeption zur Analyse von Infektionskrankheiten (z. B. Pseudo-Krupp) erarbeitet.

INSTITUT FÜR ARBEITSPHYSIOLOGIE AN DER UNIVERSITÄT DORTMUND

Adresse	Ardeystraße 67 4600 Dortmund 1
Ansprechpartner	Prof. Dr. H. M. Bolt (Geschäftsf. Direktor bis 1990) Prof. Dr. W. Laurig (Geschäftsf. Direktor ab 1990)
Telefon	02 31/1 08 40
Telefax	02 31/10 84-3 08

Das Institut für Arbeitsphysiologie wird von der „Forschungsgesellschaft für Arbeitsphysiologie und Arbeitsschutz e.V., Dortmund“ getragen. Die Forschungsgesellschaft wurde 1969 vom Land Nordrhein-Westfalen, der Max-Planck-Gesellschaft, dem DGB, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Universität Dortmund, der Stadt Dortmund und der Deutschen Angestelltengewerkschaft gegründet. Sie hat das Ziel, „Forschungen auf dem Gebiet der theoretischen und angewandten Arbeitsphysiologie zum Wohle und Schutz der arbeitenden Menschen zu fördern“. Hierzu wurde 1972 an der Universität Dortmund das Institut für Arbeitsphysiologie eingerichtet.

Das IfA hat Aufgaben des ehemaligen, bereits 1908 gegründeten Max-Planck-Instituts für Arbeitsphysiologie übernommen.

Einschließlich Zivildienstleistende, Auszubildende, sog. Drittmittelstellen sind über 150 Mitarbeiter in dem IfA tätig, davon über 40 Wissenschaftler.

Das Institut ist in von Direktoren geleitete Abteilungen gegliedert, die selbst Art und Umfang der Forschungsaktivitäten festlegen. Es sind dies:

Abt. Arbeitsphysiologie I
(Schwerpunkt Umweltphysiologie)
Mit experimentellen und praxisnahen Methoden werden zum Teil in speziellen Umweltlaboratorien (wie z. B. Klimakammern) u. a. Wärme-, Vibrations- und Kältebelastungen untersucht.

Abt. Arbeitsphysiologie II
(Schwerpunkt Arbeitspsychologie)
Mit Methoden der Epidemiologie, Spirogeometrie, Rhythmusphysiologie, Streßforschung oder kognitiven Psychologie werden Auswirkungen bestimmter Arbeitsformen (z. B. Nacht- und Schichtarbeit) und mentaler, emotionaler Belastungen untersucht.

Abt. Arbeitsphysiologie III
(Schwerpunkt Ergonomie)
Die Anpassung der durch die Arbeitsaufgabe gegebenen Belastungen an die Eigenschaften der Arbeitspersonen wird als Gestaltungsaufgabe (Analyse der muskulären, sensomotorischen und mentalen Arbeit, Prognose oder Simulation von Belastung und Beanspruchung bis hin zur Arbeitsplatzgestaltung für Behinderte) untersucht.

Aufgaben und Ziele der Institution

**INSTITUT FÜR
ARBEITS-
PHYSIOLOGIE AN
DER UNIVERSITÄT
DORTMUND**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Abt. Arbeitsphysiologie IV
(Schwerpunkt Sinnes- und Neurophysiologie)
Untersucht wird die wachsende Verarbeitung sensorischer Information im Arbeitsleben (z. B. die Wirkung von zeitlichen und räumlichen Änderungen eines Musters auf die Mustererkennung). Erforscht und erprobt werden Gerätekonstruktionen zur optimalen Anpassung von Bildschirmen

Abt. Toxikologie und Arbeitsmedizin
Unter Nutzung interdisziplinärer methodischer Ansätze wird eine differenzierte Bewertung chemischer Stoffe am Arbeitsplatz geleistet (Erkennung von karzinogenen Arbeitsstoffen, Pharmakokinetik von Arbeitsstoffen, biologische Überwachung von Exponierten, Beurteilung von Stoffgemischen).

Innerhalb des Instituts wurden abteilungsübergreifende Zentrale Wissenschaftliche Einrichtungen gebildet:

a) Bibliothek (umfaßt über 7.500 Monographien, 4 000 Zeitschriftenbände und 24 000 Sonderdrucke. Die Bibliothek ist eine Präsenzbibliothek, jedoch über die Universitätsbibliothek an den Leihverkehr angeschlossen)

b) Analytische Chemie (ein chemisch-analytisches Zentrallaboratorium für Entwicklungsaufgaben und Serviceleistungen)

c) Datenverarbeitung (Erfassung und statistische Bearbeitung der bei experimentellen Untersuchungen anfallenden physiologischen Daten per EDV)

d) Simulationslaboratorium Arbeitsgestaltung (arbeitsphysiologische Untersuchungen realer Arbeitssituationen im Labor).

e) Klinische Arbeitsmedizin (klinische Untersuchung von Probanden und arbeitsmedizinische Beratung).

Die Arbeiten des Instituts werden insgesamt wesentlich als

Feldstudien, vor allem bei der Untersuchung spezieller Belastungen, mit verschiedenen Methoden und in verschiedenen Branchen, oder als

Laborstudien, vor allem bei der systematischen, modellhaften Untersuchung verschiedener Belastungen und Beanspruchungen, durchgeführt

Das Institut ist in den Lehrbetrieb der Universität Dortmund eingebunden, da die Abteilungsdirektoren gleichzeitig Professoren an der Universität Dortmund sind. Außerdem sind die Abteilungsdirektoren nebenamtlich an benachbarten Universitäten tätig

Medienangebote

Die Forschungsergebnisse des Instituts werden in Monographien, Handbüchern, Artikeln veröffentlicht (1970–1989 ca. 1430 Titel)

Eine fortlaufende Publikationsliste kann beim Institut angefordert werden

Das Institut sendet auf Anfrage die verfügbaren Sonderdrucke der Publikationen zu.

Das Institut berichtet regelmäßig alle zwei Jahre im Rahmen des allgemeinen Forschungsberichtes der Universität Dortmund über die Vorhaben und Aktivitäten

Serviceleistungen

Die Wissenschaftler des Instituts treten als Referenten auf Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für Ärzte oder Ingenieure auf.

Das Institut beteiligt sich mit Beiträgen oder Postern an Kongressen. Zur Hannover-Messe wurde eine Ausstellung aufgebaut

Auf Anfragen (von Ärzten, Betrieben oder Einzelpersonen) nimmt das Institut in akuten oder interessanten Fällen (im Bereich der Arbeitsphysiologie, Ergonomie oder Toxikologie) spezielle Untersuchungen (im Labor oder im Feld) vor

Empfehlungen

Als eines der traditionsreichsten Institute ist das IfA ein wichtiger Ansprechpartner für spezifische arbeitsphysiologische und arbeitspsychologische Fragen.

Besonders zu empfehlen sind die fachwissenschaftlichen Beratungen und die über Sonderdrucke kostenlos zugänglichen Forschungsergebnisse.

INSTITUT FÜR ARBEITS- UND SOZIALHYGIENE Stiftung

Adresse Siegfried-Kühn-Straße 1
7500 Karlsruhe 1

Ansprechpartner Dr. Bernhard Voigt

Telefon 07 21/82 04 24

Das Institut für Arbeits- und Sozialhygiene in Karlsruhe entstand als Stiftung auf Initiative des Stifters Dr. med. Walter Massmann. Der Vorstand besteht aus 3 Mitarbeitern des IAS und 4 Mitgliedern, die den vom IAS betreuten Firmen (je zwei Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter) angehören.

Die Stiftung zielt auf alle Tätigkeiten in den Bereichen Arbeits-, Umwelt-, Präventionsmedizin, Sicherheitstechnik, Arbeitshygiene, Umweltschutz u. a., die die Gesundheit und Sicherheit des Menschen wiederherstellen, erhalten und fördern. Darunter wird vor allem verstanden:

- Forschung und Lehre,
- Entwicklung neuer Wege und Methoden zur optimalen Umsetzung des Arbeitssicherheitsgesetzes und anderer einschlägiger Gesetze und Verordnungen,
- Förderung der interdisziplinären und internationalen Zusammenarbeit von Medizinern, Ingenieuren und anderen Fachleuten des Gesundheits-, Arbeits- und Umweltschutzes,
- Ausbildung, Weiterbildung und Fortbildung,
- arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung von Betrieben,
- Messung und Beurteilung von Arbeitsumweltfaktoren, Emissionen und Immissionen sowie Gutachten-erstattung,
- Durchführung medizinischer Untersuchungen und Beratungen.

Das IAS ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts und arbeitet mit Zentren in Frankfurt, Karlsruhe, Mosbach, Mannheim, Offenburg, Pforzheim, Ravensburg, Stuttgart und Tuttlingen.

Es verfügt über eine Bibliothek, ein klinisch-chemisches und ein toxikologisches Labor sowie über arbeitshygienische Meßtechniken (zur Messung von Stäuben, Gasen, Lärm, Vibration, Klima, Beleuchtung etc.).

Das IAS ist eine vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung benannte Meßstelle nach TRGS 400. Großen Wert legt das IAS auf die EDV-gestützte Dokumentation.

Die Verwaltung, Planung und auch Öffentlichkeitsarbeit obliegen dem kaufmännischen Leiter, während der ärztliche und der technische Leiter neben den eigentlichen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Aufgaben auch die Aus-, Weiter- und Fortbildung betreuen.

Das IAS schließt mit Firmen einen Vertrag über die arbeitsmedizinische bzw. sicherheitstechnische Betreuung ab und übernimmt alle mit dem ASiG und den berufsgenossenschaftlichen Grundsätzen gegebenen arbeitsmedizinischen bzw. sicherheitstechnischen Aufgaben (Einsatzstunden). Das IAS beschäftigt insofern hauptsächlich Ärzte und Ingenieure in Voll- und Teilzeitbeschäftigung und Arzthelferinnen.

Aufgaben und Ziele der Institution

**INSTITUT FÜR
ARBEITS- UND
SOZIALHYGIENE**

Stiftung

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Tätigkeiten erstrecken sich auf Betriebsbegehungen und Arbeitsplatzbesichtigungen, auf Messungen am Arbeitsplatz und Arbeitsplatzanalysen sowie arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen, Beratungen und Empfehlungen.

Seit Herbst 1986 bietet das Institut eine umweltmedizinische Sprechstunde an

Das IAS legt über die Betreuungsarbeiten hinaus ein Schwergewicht auf wissenschaftliche Aufgaben. Hier geht es vor allem um Zusammenhangsanalysen (Belastungsfaktoren und Arbeitsunfähigkeit) und um Beanspruchungsanalysen (Messung/Beurteilung physiologischer Parameter).

Enge Kontakte bestehen zu den wichtigen wissenschaftlichen Instituten im Problemfeld.

Eine besondere Aufmerksamkeit wird der Dokumentation geschenkt, wodurch die Aufgaben nach § 3 ASiG erleichtert und die arbeitsmedizinischen Erfahrungen erweitert werden. Die Betriebsärzte und Sicherheitsingenieure des IAS dokumentieren umfassend die technischen Betriebsabläufe nebst Gefahrenquellen, dazu die eigenen Tätigkeiten und Maßnahmen, selbstverständlich auch die Untersuchungsergebnisse, insbesondere die der arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen und die Arbeitsunfälle

Zur umfassenden Dokumentation dient ein Erhebungsbogen (Arbeitshygienisches Screening), der die Betriebsdaten, Arbeitszeiten, Daten der Arbeitssicherheit, Arbeitsweise, sanitäre Einrichtungen usw. erfaßt und zusammenfassende Bewertungen und Vorschläge festhält. Eine Zeitschrift geht an die ärztliche bzw. technische Leitung, die so einen zentralen Überblick über die arbeitshygienischen Probleme in den betreuten Betrieben erhält.

Der ebenfalls EDV-gestützte Tätigkeitsbericht der Ärzte dient der Dokumentation betriebsärztlicher Tätigkeit und bietet die Möglichkeit, die Anforderungen und Besonderheiten der Betriebe zu vergleichen. Darüber hinaus ist mit diesem Berichtssystem eine Selbstkontrolle und Steuerung betriebsärztlicher Tätigkeiten (entlang § 3 ASiG wie der berufsgenossenschaftlichen Grundsätze) verbunden.

Auch die ärztlichen Untersuchungsbefunde werden EDV-gestützt dokumentiert, wodurch vor allem die Ergebnisse der Arbeitsanamnese und sozialhygienischen Befragung für präventive Planungen nutzbar gemacht werden können

Aus dem IAS werden Lehrveranstaltungen und Vorlesungen an der TH Karlsruhe angeboten. Es finden regelmäßige Besuche der wichtigen arbeitsmedizinischen Tagungen und Kongresse statt

Medienangebote

Das IAS berichtet jährlich über den Fortgang der Arbeiten und den Ausbau der Einrichtung. Die „Jahresberichte“ werden über die Verwaltung zugesandt

Das IAS gibt regelmäßig „Mitteilungen“ heraus, die sich an Fachkollegen, vor allem an Betriebsärzte und Sicherheitsingenieure wenden

An die betreuten Unternehmen und insbesondere an deren Arbeitnehmer richten sich ein regelmäßig

erscheinender „Gesundheitsbrief“ und „IAS-Impulse“, die ebenfalls über das IAS angefordert werden können.

Wissenschaftliche Forschungsergebnisse publiziert das IAS in einer eigenen Reihe „Studienarbeit“

Die Mitarbeiter veröffentlichen Arbeitsergebnisse in einschlägigen Organen (Sicherheitsingenieur, ASP)

Serviceleistungen

Die hier in Frage kommenden Dienstleistungen des IAS bestehen einerseits in medizinischen und technischen Untersuchungen, andererseits in Referententätigkeiten.

Auf Anfrage führt das IAS in den eigenen Laboren und mit vorhandener Ausstattung arbeitsmedizinische und arbeitshygienische Untersuchungen durch. So sind die Untersuchungen im Rahmen des Infektionsschutzes zu nennen. Beispielsweise werden die hygienischen Verhältnisse in Großküchen untersucht; die Messungen werden jeweils dem Gesundheitsamt mitgeteilt

Das IAS veranstaltet speziell für die eigenen Mitarbeiter dreimal im Jahr ganztägige Fortbildungsveranstaltungen, zu denen Gastreferenten geladen werden. Sechsmal im Jahr wird ein Erfahrungsaustausch zu Problemen arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Betreuung organisiert. Fortbildungsveranstaltungen

mit modernen Methoden werden intern auch für Arzt- helferinnen angeboten

Das IAS bietet auch Aufklärungs- und Bildungsveranstaltungen für Arbeitnehmer und Leitungen der betreuten Firmen an. In solchen Veranstaltungen werden anschauliche Materialien und verschiedene Medien eingesetzt (etwa ein Film zum Thema „Lärm am Arbeitsplatz“)

Für externe Teilnehmer führt das IAS regelmäßig Veranstaltungen durch, die von Ärzten überbetrieblicher arbeitsmedizinischer Dienste oder Betriebsräten und Fachkräften für Arbeitssicherheit besucht werden

Über externe und interne Veranstaltungen hinaus treten Mitarbeiter des IAS als Referenten bei verschiedenen Tagungen (fachliche, gewerkschaftliche, akademische usw.) auf.

Empfehlungen

Das Institut für Arbeits- und Sozialhygiene ist ein wichtiger Ansprechpartner, wenn es um die praktische Durchführung arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Betreuung einschließlich der Forschung und Lehre in den Gebieten der Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik geht.

Zu empfehlen sind vor allem die vielfältigen, bei der arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Betreuung in den Betrieben vorgenommenen Messungen, die sorgfältig gesammelt, dokumentiert und statistisch ausgewertet werden.

INSTITUT FÜR ARBEITSWISSENSCHAFT

Ruhr-Universität Bochum

Adresse	Universitätsstraße 150 4630 Bochum
Ansprechpartner	Prof. Dr. Erich Staudt (Geschäftsf. Leiter)
Telefon	02 34/7 00 77 30

Das Institut für Arbeitswissenschaft wurde 1984 als zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Ruhr-Universität Bochum gegründet. Die interdisziplinär angelegten Aufgabenstellungen in Forschung und Lehre zielen darauf, in der sozialwissenschaftlichen Perspektive größere Zusammenhänge zwischen dem unmittelbaren Arbeitsbereich und privaten oder gesellschaftlichen Handlungsfeldern zu untersuchen (sozialwissenschaftlich orientierte Wirkungsforschung, sozialwissenschaftliches Bedürfnis-Interessen-Konzept, Forschungen zu Partizipationsmöglichkeiten und Qualifikationsanforderungen). Die Aufgaben in der universitären Lehre zielen weiterhin auf das Zusatzstudium und einen Weiterbildungsstudiengang „Arbeitswissenschaft“, wobei klassische Vorgehensweisen bereits institutionalisierter arbeitswissenschaftlicher Lehre mit Aspekten der Humanisierung der Arbeit wie der Lösung struktureller sozialer Probleme verbunden werden sollen.

Übergreifendes Ziel ist die Schaffung eines fundierten Problembewußtseins hinsichtlich der personalen, sozialen, gesundheitlichen, historischen, wirtschaftlichen und technischen Determinanten der Arbeitssituation, der Aneignung und Methoden von Arbeitsanalysen, der Arbeits- und Technikgestaltung sowie der Beurteilung von Folgewirkungen und der Fähigkeit zur interdisziplinären Kooperation. Im Vordergrund stehen eine humanwissenschaftliche Sichtweise, das Verständnis der Lebenssituation der arbeitenden Menschen und seiner Arbeitsbedingungen.

INSTITUT FÜR BAUBIOLOGIE ROSENHEIM GmbH

Adresse Heilig-Geist-Straße 54
8200 Rosenheim

Ansprechpartner Herr Uwe Rose
(Geschäftsführer)

Telefon 0 80 31/1 70 91

Das Institut für Baubiologie Rosenheim GmbH wird durch seine Gesellschafter getragen. Die Periodika des Institutes und sein baubiologisches Nachschlagewerk eignen sich für die Gesundheitserziehung im Bereich gesundheitsfördernden Bauens

*Für den
eiligen Leser*

Das Institut für Baubiologie Rosenheim GmbH mit Sitz in Rosenheim wurde 1973 gegründet. Es finanziert sich aus den Entgelten für seine Lehrangebote, Beratungsleistungen und Gutachtertätigkeit

Als Aufgabe hat sich das Institut die Förderung humanökologischer Zielsetzungen in der Wohnumwelt gestellt.

Insbesondere will das Institut ein umweltverträgliches Handeln bei Planern, Architekten sowie Bauausführenden entwickeln und fördern. Dabei sollen die Erfordernisse des Umweltschutzes ebenso wie die physischen, psychischen und sozialen Bedürfnisse des heutigen Menschen berücksichtigt werden.

Das Institut geht davon aus, daß jede Siedlung ebenso wie ein Verkehrsmittel oder eine Industrieanlage ein umweltbelastendes Objekt darstellt. Schon bei Herstellung und Transport der Baumaterialien, sodann beim Bauvorgang selbst und später bei der Nutzung der Gebäude entstehen Landschaftsveränderungen, Mikroklimaveränderungen, Flächeninanspruchnahme, Bodenversiegelung, Rohstoff- und Energieverbrauch, Luft- und Wasserverschmutzung sowie Lärm- und Abfallbelastung. Erforderlich ist demnach ein aktiver Beitrag des Bauens und Wohnens zum Umwelt- und Gesundheitsschutz.

Dieser Aufgabenstellung und Zielsetzung entsprechend bemüht sich das Institut um eine berufliche Weiterbildung von Architekten, Bauingenieuren, Bautechnikern und Baumeistern in den Bereichen Baubiologie und Bauökologie.

*Aufgaben
und Ziele
der Institution*

**INSTITUT FÜR
BAUBIOLOGIE
ROSENHEIM
GmbH**

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des Institutes für Baubiologie liegt in der Beratung von Baustoff- und sonstigen Händlern über baubiologisch verträgliche Baustoffe und Materialien
Das Institut führt mit einem eigenen Labor Materialprüfungen durch und stellt deren baubiologische Verträglichkeit fest. Gleichzeitig führt das Institut auch Raumluftmessungen in Gebäuden und Wohnungen durch.

Produkte und Produktionsverfahren, die den Forderungen der Wohngesundheit und des Umweltschutzes gleichermaßen gerecht werden, zeichnet das Institut mit dem Prüfsiegel „Wohnbiologisch geprüft“ aus. Die hierfür notwendigen Untersuchungen werden durch unabhängige Institute und Labors durchgeführt.

Medienangebote

Das Institut für Baubiologie Rosenheim GmbH gibt in Zusammenarbeit mit einem Fachverlag die viermal im Jahr erscheinende Zeitschrift „Gesünder Wohnen“ heraus
In dieser Publikation werden insbesondere die Gesundheitsbelastungen im Wohnbereich und die Möglichkeiten ihrer Verringerung behandelt. Beispielsweise werden die mit den gegenwärtigen Wärmedämmverfahren verbundenen Gesundheitsprobleme erörtert
An Presse, Funk und Fernsehen richtet sich der ebenfalls viermal im Jahr erscheinende „Informationsdienst Baubiologie/Bauökologie“ des Institutes, der über Ent-

wicklungen, Ereignisse, Erzeugnisse, Veranstaltungen und sonstige Vorgänge aus allen Bereichen der Baubiologie und Bauökologie berichtet. Interessenten erhalten diesen Informationsdienst auf Anfrage regelmäßig und kostenlos übersandt
Das Institut für Baubiologie Rosenheim gibt außerdem das Nachschlagewerk „Biologisches Bauen“ heraus, das mit Planungs- und Konstruktionsbeispielen sowie baubiologischen Produktdatenblättern bei der Lösung von Problemen biologisch und ökologisch orientierten Bauens hilft

Serviceleistungen

Das Institut für Baubiologie Rosenheim GmbH unterhält eine Akademie für Baubiologie
Über diese Einrichtung werden Kurse und Seminare als Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen angeboten.
Diese Kurse und Seminare dienen der Anpassung von beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten an die gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen eines vorbeugenden Gesundheits- und Umweltschutzes
Als Fernkurs oder als Kompaktseminar werden berufliche Weiterbildungs- und Umschulungslehrgänge mit abschließender Prüfung angeboten. Dieses Lehrangebot wendet sich vor allem an Bauhandwerker, Baufachleute, Architekten, Gesundheitsberater, Heilpraktiker, Ärzte, Umweltberater und Umweltingenieure
In den Lehrgängen werden neben allgemeinen Zusammenhängen zwischen Mensch und Umwelt, insbesondere gebauter Umwelt, auch die Ursachen, Auswirkungen und Vermeidungsmöglichkeiten wohnumweltbedingter Belastungen behandelt.
Darauf aufbauend werden die Planung und Ausführung biologisch und ökologisch verträglicher Bauleistungen vermittelt
Nach einer mehrjährigen Berufspraxis können Absolventen dieses Lehrganges zum Sachverständigen für Baubiologie weitergebildet werden
In einem sechswöchigen Kurs werden vor allem bauhandwerklichen Berufen wie Malern, Maurern und Zimmerleuten, aber auch Bautechnikern die biologischen und ökologischen Anforderungen an Bauhandwerker und Bautechniker vermittelt
In einem Umschulungslehrgang können die Teilnehmer das Grundwissen auf allen Gebieten der Baubiologie

und des angewandten Umweltschutzes erlangen und damit die Bezeichnung Fachkraft für Baubiologie und angewandten Umweltschutz erwerben
Wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse über mögliche gesundheitliche Auswirkungen von Baustoffen und Bauweisen, Einrichtungsmaterialien und Haustechnik sowie die Anwendung von Diagnose- und Therapiemethoden bei Wohnkrankheiten werden Ärzten und Heilpraktikern in einem Lehrgang über Wohnmedizin angeboten
Die Voraussetzungen und der Kostenaufwand für die angebotenen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen werden vom Institut auf Anfrage mitgeteilt.
Über das Labor für Raumluftanalysen und Materialprüfung des Institutes für Baubiologie werden gegen Kostenerstattung Untersuchungen der Raumluft und Materialprüfungen auf Dioxine, Formaldehyd, Holzschutzmittelwirkstoffe, Lösungsmittel etc. sowie Radioaktivitätsmessungen und Trinkwasseruntersuchungen angeboten.
Weiterhin wird der Biodomo-Händlerverbund, ein Zusammenschluß von Fachhändlern für gesundes Bauen und Wohnen, vom Rosenheimer Institut getragen
Dabei gibt das Institut eine nach Sachgebieten geordnete Produktbeschreibung baubiologisch und ökologisch empfehlenswerter Produkte heraus, die gegen Erstattung eines Unkostenbeitrages beim Institut bezogen werden kann.
Zuletzt werden in der Wohnbio-Datenbank des Institutes für Baubiologie Bezeichnungen, Inhaltsstoffe und Hersteller bau- und wohnbiologischer Produkte gespeichert und gegen Gebühr abgegeben.

Empfehlungen

Das Institut für Baubiologie Rosenheim GmbH ist für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen ein wesentlicher Ansprechpartner.
Dabei konzentrieren sich die Aussagen und Arbeitshilfen des Institutes insbesondere auf die Gesundheitsbelastungen und Umweltbelastungen, die von bestimmten Baustandorten, Bauverfahren und Baumaterialien

ausgehen. Das Institut hat diesbezüglich Verzeichnisse baubiologisch und bauökologisch unbedenklicher Produkte erarbeitet, die von der Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen mitverwendet werden können.
Gleichzeitig bildet das Institut Fachkräfte auf dem Gebiet der Baubiologie aus, die ihrerseits in der wohnbezogenen Gesundheitserziehung tätig werden können.

INSTITUT FÜR DOKUMENTATION UND INFORMATION, SOZIALMEDIZIN UND ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN

– IDIS –

Adresse	Westerfeldstraße 35-37 Postfach 20 10 12 4800 Bielefeld 1
Ansprechpartner	abhängig vom Arbeitsschwerpunkt/ Themenbereich
Telefon	05 21/8 00 70

Das IDIS ist eine Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen und gehört zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Das Institut hat die Aufgabe, Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitszustandes der Menschen in Nordrhein-Westfalen in bestimmten Bereichen zu unterstützen.

Organisatorisch gliedert sich das IDIS in fünf Arbeitsbereiche. Primäre Aufgabe des Arbeitsbereiches Zentrale Informationsbeschaffung und -aufbereitung ist die Datenanalyse und -auswertung. Dazu gehören unter anderem die statistische Erfassung epidemiologischen Datenmaterials sowie die Entwicklung von Evaluationsmethoden für Gesundheitsprogramme.

Die allgemeine medizinische Dokumentation und die Dokumentation Gesundheitsförderung sind die Tätigkeitsfelder des Arbeitsbereiches Medizinische Dokumentation. Mit der Erfassung wissenschaftlicher sozialmedizinischer Literatur (Schwerpunkte: Arbeits- und Umweltmedizin, Öffentliches Gesundheitswesen, Epidemiologie, Begutachtung und Rehabilitation, Gesundheitserziehung, Drogen- und Suchtproblematik) bringt das IDIS auch wichtige Ressourcen in den an der Universität Bielefeld installierten Public-Health-Studiengang ein. Konkrete Dienstleistungen bietet das IDIS über den öffentlichen Zugang zu der in seiner Zusammenstellung und Vielfalt einmaligen sozialmedizinischen Spezialbibliothek (etwa 50.000 Bände, 700 laufend gehaltene Zeitschriften) und in Form der beim DIMDI (Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information) in Köln zur Online-Nutzung aufliegenden sozialmedizinischen Literaturdatenbank SOMED mit derzeit etwa 230.000 Dokumentationseinheiten. Ergänzend dazu erscheinen periodische Referatsdienste zum genannten Themenspektrum und verschiedene Schwerpunktdokumentationen.

Dem Arbeitsbereich Epidemiologie obliegt hauptsächlich die Gesundheitsberichterstattung für das Land NRW. In den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens (gesundheitliche Risiken, Gesundheitsschutz, gesundheitliche Versorgung und gesundheitliche Lage) werden eine große Anzahl empirischer Erhebungen durchgeführt und Statistiken erstellt, die bisher jedoch kaum zur Steuerung des Gesundheitswesens einge-

Aufgaben und Ziele der Institution

- IDIS -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

setzt werden. Eine umfassende Gesundheitsberichterstattung ermöglicht es aber, dieses Wissen auszubauen und zielgerichtet für eine Planung und Bewertung zu nutzen. Diese Intention verbindet sich mit dem 1991 erstmals erschienenen Gesundheitsreport für das Land NRW, der künftig kontinuierlich fortgeschrieben werden soll.

Der Aufbau von Datenbanken zur Verbesserung des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes ist das primäre Gebiet des Arbeitsbereiches Umwelt-Gesundheits-Informationssystem. Dabei geht es um die Zusammenführung und Aufbereitung vorhandener umweltepidemiologischer und -toxikologischer Informationen aus elektronischen und konventionellen Quellen. Dieses Informationssystem soll sowohl allgemeingültige als auch NRW-landesspezifische Daten enthalten. Das Informationssystem wird vorrangig für den Öffentlichen Gesundheitsdienst erstellt, soll aber auch privaten und anderen öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung stehen.

Die zentrale Aufgabe des Arbeitsbereiches Gesundheitsförderung und Prävention besteht in der Förderung von Verhaltensweisen, die der Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit dienlich sind. Die Arbeit dieses Bereiches entspricht den Aufgaben einer Landeszentrale für Gesundheitsförderung. Aufgabe ist es, Kooperationsprojekte auf kommunaler, schulischer

und betrieblicher Ebene zu initiieren und in diesem Bereich einen besonderen Beratungs- und Dienstleistungsservice anzubieten. So unterstützt das IDIS lokale und regionale Gesundheitswochen und Gesundheitstage. Die thematischen Schwerpunkte umfassen ein breites Spektrum: Alkoholkonsum, Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Ernährung. Selbstverständlich gehört hierzu auch das Angebot von Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikatoren. Eine besondere Bedeutung kommt den betriebsbezogenen Präventions- und Gesundheitsförderungsangeboten zu. Das IDIS hat beispielsweise ein Programmpaket zur Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen für Mitarbeiter in Betrieben entwickelt. Es besteht aus einer Vielzahl miteinander kombinierbarer Module und berücksichtigt die jeweils betriebspezifische Situation. Angeboten werden Screeningmaßnahmen, Kurse zu Gesundheitsthemen und Aktionen zur Beeinflussung von gesundheitsrelevanten Faktoren im Betriebsablauf. Zum Screening gehören Blutdruck- und Cholesterinmessungen sowie Gewichtsüberprüfungen. Beratung und Kursangebote zeigen unter Berücksichtigung individueller Faktoren Wege zur gesunden Lebensführung auf. Angebunden ist diesem Arbeitsfeld auch der Bereich der Medienentwicklung, in dem neben der graphischen Gestaltung die Drucklegung von Materialien und Publikationen und die Umsetzung von audiovisuellen Medien erfolgt.

Medienangebote

Gedruckte Medien

Das IDIS gibt Bücher, Zeitschriften, Arbeitsmaterialien, Broschüren und Monographien heraus. Kosten auf Anfrage.

a) Periodika

Im Rahmen der Literaturdokumentation werden periodisch erscheinende Referatszeitschriften herausgegeben, die 800-1600 Referate aus der Literaturdatenbank SOMED enthalten.

b) Literaturlisten

Zu aktuellen Themen werden Literaturlisten erstellt. Sie enthalten eine Auswahl an Literaturnachweisen aus der Literaturdatenbank SOMED. Weiter gibt es zu verschiedenen häufig angefragten Themenschwerpunkten regelmäßig erscheinende Literaturlisten, die sog. Standardprofile.

c) Materialien zur Gesundheitsförderung

Planungs- und Arbeitshilfen für die Durchführung von Aktionen mit folgenden Schwerpunkten:

- Gesundheitserziehung Materialien für die Schule
- Betriebliche Prävention und Gesundheitsförderung
- Kommunale Prävention und Gesundheitsförderung
- Weiterbildung Gesundheit

d) Wissenschaftliche Veröffentlichungen

Das IDIS veröffentlicht in seinen Arbeitsschwerpunkten unregelmäßig erscheinende Monographiereihen. Weiter wird gemeinsam mit der Universität die Reihe „Forum Gesundheitswissenschaften“ herausgegeben.

e) Broschüren

Zu allen gesundheitlich relevanten Themenfeldern hält das IDIS z. T. selbst erstellte Broschüren bereit.

Titel und Themenübersichten zu allen gedruckten Medien sowie allgemeine Nutzungshinweise können beim IDIS angefordert werden.

Ausstellungen und Messeeinheiten

Die vom IDIS entlehbaren Ausstellungen behandeln die thematischen Schwerpunkte „Alkohol“, „Bluthochdruck“, „Ernährung“, „Cholesterin“, „Ein Alltag zum Wohlfühlen“. Darüber hinaus stehen mobile Test-Container für Blutdruck- und Cholesterin-Screenings sowie Multivisionschauen zur Verfügung. Die Medien werden in der Regel nur innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen verliehen. Ein Verleih dieser Medien außerhalb des Landes NRW bedarf einer Genehmigung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Kosten auf Anfrage.

INSTITUT FÜR GESUNDHEITS- UND SOZIALFORSCHUNG GmbH

– IGES –

Adresse Otto-Suhr-Allee 18
1000 Berlin 10

Ansprechpartner Wilhelm F. Schröder (Wiss. Mitarbeiter)

Telefon 0 30/34 80 70

Aufgaben und Ziele der Institution

Im Jahr 1980 wurde das Institut für Gesundheits- und Sozialforschung GmbH (IGES) von Mitarbeitern der Berliner Arbeitsgruppe Strukturforchung im Gesundheitswesen (BASiG) mit dem Ziel gegründet, Forschungs-, Entwicklungs- und Beratungsprojekte im Bereich der gesundheitlichen und sozialen Sicherung durchzuführen

Das Institut hat heute 12 wissenschaftliche Mitarbeiter, vorwiegend aus den Disziplinen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Medizin, Statistik und Informatik. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen in den Bereichen:

– Gesundheitsökonomie, Gesundheits- und Sozialplanung

In diesem Bereich baut das Institut auf Verfahren und Kenntnissen auf, die seit vielen Jahren bei der Aufbereitung und Auswertung von Daten der Gesetzlichen Krankenversicherung entwickelt wurden. Heute analysiert das Institut in diesem Arbeitsfeld die Risikostruktur von Kassen und führt Untersuchungen zur regionalen Krankenhausplanung durch.

– Gesundheitsberichterstattung

Das Institut ist an Entwicklungsvorhaben des Bundes und mehrerer Bundesländer beteiligt. Verschiedene Kommunen werden beraten.

– Medizinische Behandlung und Fragen der Versorgung

Das Institut bearbeitet in diesem Bereich hauptsächlich unter sozialmedizinischen Gesichtspunkten Fragen der Wirtschaftlichkeit und Qualität in der ambulanten und stationären Versorgung sowie der Rehabilitation.

– Beratung von Sozialversicherungsträgern, Betrieben und Verbänden

Dieser Schwerpunkt des Instituts hat sich aus praktischen Erfahrungen in den vielfältigen Tätigkeiten, Projekten und Entwicklungsvorhaben ergeben. Die Beratungsaufgaben sind breit gestreut. So wurde z. B. für den Bundesverband einer Kassenart ein Handbuch für Gesundheitsförderung erstellt; bei einer Einzelkasse wurde ein Konzept zukünftiger Gesundheitspolitik entworfen; für eine andere Kasse hat das Institut Konzepte für die Öffentlichkeitsarbeit entwickelt.

– Entwicklung von Software

In verschiedenen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben wurde Software erarbeitet, die für eine Nutzung über die Projektstätigkeit hinaus in Einrichtungen des Gesundheitswesens (Krankenhäuser, Arztpraxen, Krankenkassen etc.) weiterentwickelt wurde.

IGES

Aufgaben und Ziele der Institution

– Arbeit und Gesundheit
Ausführlicher wird die im folgenden dieser seit der Gründung des Instituts bearbeitete Bereich vorgestellt:
a) Berufliche und tätigkeitsspezifische Krankheits- und Verschleißschwerpunkte
Neben einer Methodenentwicklung („Betriebsreport“), mit der berufliche und tätigkeitsspezifische Krankheits-schwerpunkte mit Hilfe von Daten der gesetzlichen Krankenversicherung beschrieben werden können, wurden auch analytische Projekte in Zusammenarbeit mit Arbeitsmedizinern durchgeführt, in denen die Fragen nach möglichen Ursachen im Vordergrund standen. Solche Projekte führen zu Informationen darüber, in welchen Betrieben besondere Krankheitsprobleme zu berücksichtigen sind bzw. in welchen betrieblichen Bereichen oder bei welchen Mitarbeitergruppen (zum Beispiel untere Vorgesetzte, bestimmte Berufe) gehäuft bestimmte Krankheiten auftreten. Dieses Informationsmaterial kann Betriebsärzten als Hinweis für mögliche Tätigkeitsschwerpunkte dienen. Auf diesem Gebiet sowie zur Frage des betrieblichen bzw. regionalen Krankenstandes sind zahlreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden bzw. werden mit Kassen, Betrieben und Kommunen gegenwärtig (Stand 1990) durchgeführt.
b) Gesundheitsförderung
Als eine praktische Konsequenz der Beschreibung und Analyse der Betriebe nach möglichen Krankheits-

schwerpunkten hat das Institut ein Konzept betrieblicher und überbetrieblicher Gesundheitsförderung entwickelt. Dieses Konzept sieht die Integration der herkömmlichen Gesundheitserziehung, des betrieblichen Arbeitsschutzes und von Ansätzen zur Erhaltung von Gesundheit durch persönliche Aktivierung der Beschäftigten in einem Maßnahmenbündel betrieblicher Gesundheitssicherung oder Gesundheitspolitik vor. Es werden zugleich Vorschläge zur möglichst reibungslosen Einarbeitung einer solchen Konzeption in die betriebliche Praxis entwickelt. Zur Zeit (Stand 1990) läuft in diesem Bereich ein Projekt aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeitsschutz, in dem ein Konzept für betriebliche Gesundheitsförderung in einer Region erarbeitet und praktisch erprobt werden soll.
c) Neue Technologien und Gesundheit
Auf theoretischer Ebene wird im Institut über die Auswirkungen neuer Technologien (hier vor allem: Produktionstechnologien) auf die Belastung und Gesundheit der Beschäftigten gearbeitet. Ein Projekt, in dem der Stand der Wissenschaft zu dieser Frage dokumentiert und ausgewertet wurde, ist Ende 1988 abgeschlossen worden, weitere Projekte, die sich vor allem mit der Frage neuer Technologien in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigen, werden in Zukunft (Stand 1989) durchgeführt.

Medienangebote

Aufgrund der Aufgabenstellung schlagen sich die Arbeiten des Instituts in schriftlichen Berichten nieder. Andere Medien werden nicht gesammelt oder benutzt. Das Institut veröffentlicht die Arbeitsergebnisse, sobald sie vom jeweiligen Auftraggeber zur Veröffentlichung freigegeben worden sind. In dem Themenbereich Arbeit seien folgende Publikationen beispielhaft genannt:
W. F. Schröder/W. Thiele (Hg.): Krankheit und Arbeitswelt (Schriftenreihe Strukturforschung im Gesundheitswesen Bd. 5)
Der Band enthält sieben empirische Studien verschiedener Autorengruppen zum Zusammenhang von Arbeitswelt und Gesundheit, die auf der Auswertung von Routinedaten der gesetzlichen Krankenversicherung basieren. Weiterführende Forschungsansätze werden aufgezeigt.
W. F. Schröder/D. Borgers (Hg.): Arbeitsunfähigkeit und ärztliche Behandlung (Schriftenreihe Strukturforschung im Gesundheitswesen Bd. 13)
In zwei Studien wird die Arbeitsunfähigkeit als therapeutische Maßnahme (Verordnung von Arbeitsruhe) im Kontext ambulanten ärztlichen Handelns analysiert. Die krankheitsartenspezifische epidemiologische Auswertung zeigt, daß die Verordnung von Arbeitsruhe im Le-

ben eines Arbeitnehmers ein unerwartet seltenes Ereignis ist.
A. Laufer/R. Beß/W. Thiele/B. Schneider: Alkoholkonsum und Prävention in der Arbeitswelt (Schriftenreihe Strukturforschung im Gesundheitswesen Bd. 17)
Der erste Teil des Bandes führt die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zum Zusammenhang von Arbeitsbedingungen und Alkoholkonsum auf. Im zweiten Teil wird ein integriertes Konzept der betrieblichen Alkoholprävention vorgestellt, das neben Maßnahmen der Früherkennung und Rehabilitation erstmals Vorschläge zur Beeinflussung alkoholkonsumrelevanter Arbeitsbedingungen umfaßt.
Diese und andere Bände sind über den Buchhandel zu beziehen.
Weitere Schriften sind von den jeweiligen Projektauftraggebern herausgegeben worden. Auf Anfrage kann eine Publikationsliste des Instituts zugesandt werden. Das Institut gibt Arbeitspapiere als „graue Literatur“ heraus; die „IGES-Papiere“ sind gegen geringe Kosten-erstattung über die angegebene Instituts-Adresse zu beziehen.
In möglichst regelmäßigen Abständen erscheinen die „IGES-Mitteilungen“ und informieren über Arbeitsergebnisse und Planungen.

Serviceleistungen

Besondere Serviceleistungen über die übliche Beratung in wissenschaftlichen (anwendungs- und grundlagen-

orientierten) Fragen sowie entsprechende Referententätigkeit hinaus bietet das Institut nicht an.

Empfehlungen

Das Institut für Gesundheits- und Sozialforschung GmbH ist ein wichtiger Ansprechpartner für Forschungs-, Entwicklungs- und Beratungsfragen im Be-

reich der gesundheitlichen und sozialen Sicherung. Besonders zu empfehlen sind die Publikationen der Schriftenreihe „Strukturforschung im Gesundheitswesen“.

INSTITUT FÜR KRANKENHAUSBAU DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN

Adresse Technische Universität Berlin
Sekretariat A 42
Straße des 17. Juni 135
1000 Berlin 12

Ansprechpartner Frau Dr. Christa Kilemke
(Wissenschaftliche Angestellte)

Telefon 0 30/3142 29 60

Das Institut für Krankenhausbau ist eine Einrichtung der Technischen Universität Berlin. Forschung, Aus- und Fortbildung und die fachlich-wissenschaftlichen Publikationen des Institutes stellen eine wichtige Grundlage für die Gesundheitserziehung im Spannungsverhältnis von ambulanter und stationärer Krankenversorgung und Wohngegebenheiten dar. Der Literaturinformationsdienst des Institutes ist eine entscheidende Grundlage für Wissenschaft und Praxis.

**Für den
eiligen Leser**

Das Institut für Krankenhausbau der Technischen Universität Berlin wurde 1950 eingerichtet und gehört zum dortigen Fachbereich Umwelttechnik. Dem Institut sind die Fachgebiete „Entwerfen von Bauten des Gesundheitswesens“ und „Betriebswirtschaftslehre des Gesundheitswesens“ zugeordnet.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Aufgabenstellung des Institutes für Krankenhausbau umfaßt neben Planungsaspekten und Betriebsproblemen des Krankenhauswesens vor allem auch die *Einbindung des einzelnen Krankenhauses in die gesamte Krankenhauswirtschaft* und darüber hinaus in die gesamte Gesundheitsinfrastruktur eines Gebietes. Forschung, Lehre und Informationsvermittlung des Institutes befassen sich vor allem auch mit den Einrichtungen und Dienstleistungen des Gesundheitswesens, ihren Wechselbeziehungen und der Stellung des Krankenhausbereiches hierin.

Durch diese Aufgabenstellung wurde das Institut mittlerweile zu einem Institut für interdisziplinäre Forschung, Lehre und Weiterbildung im Gesamtbereich des Gesundheitswesens, das neben seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit auch Beratungsleistungen im Bereich *von Planung, Management und Technologie* des Gesundheitswesens erbringt.

INSTITUT FÜR KRANKENHAUS- BAU

Aufgaben und Ziele der Institution

In Entsprechung zu diesen Aufgabenstellungen des Institutes wurde als Organ des Institutes 1983 der „Verein Krankenhaus e.V.“ gegründet.

Sein Zweck ist es, die wohnungsnahen Krankenversorgung in medizinischer, pflegerischer, sozialer und humaner Hinsicht durch die Förderung der Idee und des Konzeptes der Krankenhaus zu stärken und zu verbessern.

Ebenfalls als Organ des Institutes wurde 1985 der „Verein zur Fortbildung im Krankenhauswesen e.V.“ gegründet, dessen Zweck die verbesserte Fortbildung von Krankenhausbeschäftigten ist.

Medienangebote

Das Institut für Krankenhausbau der Technischen Universität Berlin gibt „Zweijahresberichte“ heraus, in denen über die Vorhaben und Arbeiten sowie über die Entwicklung des Institutes berichtet wird. In diesen Berichten sind sämtliche abgeschlossenen Publikationen, Diplomarbeiten, Dissertationen und Projektvorhaben des Berichtszeitraums verzeichnet.

Die Forschungsberichte und Dissertationen sowie bemerkenswerte Diplom- und Studienarbeiten am Institut werden in der Publikationsreihe „Bauten des Gesundheitswesens“ veröffentlicht, deren Titel beim Institut gegen Kostenerstattung bezogen werden können.

Die Dokumentationsstelle Krankenhauswesen gibt den Informationsdienst „Krankenhauswesen/Health Care Information Service“ heraus, der die von der Dokumentationsstelle neu erfaßten Veröffentlichungstitel auführt. Dieser Informationsdienst erscheint zweimonatlich und ist im Abonnement erhältlich.

Zuletzt führt das Institut zu ausgewählten Themen Ausstellungen durch, die vom Institut gegen Kostenerstattung auch an Dritte ausgeliehen werden.

Service- leistungen

Das Institut für Krankenhausbau ist als Hochschulinstitut neben Forschungsaufgaben auch mit Lehraufgaben betraut.

Aus dieser doppelten Aufgabenstellung heraus haben die Serviceleistungen des Institutes eine erhebliche Bedeutung innerhalb der Gesamttätigkeit der Einrichtung.

Soweit es dabei das Fachgebiet „Entwerfen von Bauten des Gesundheitswesens“ betrifft, wird hier den Studierenden mit Hilfe praxisorientierter Beispiele ein Einblick in die Planungsaufgaben und Planungsschwierigkeiten im Gesundheitswesen vermittelt. Durch die Bearbeitung von Teilaufgaben im Rahmen größerer Planungsvorhaben können sich die Studierenden zusätzlich an den meist öffentlichen Auseinandersetzungen über diese Fragen beteiligen.

Das Lehrangebot ist insgesamt durch Projekte und eine ausgeprägte Verknüpfung von Lehre, Forschung und Anwendung gekennzeichnet.

Soweit es das Fachgebiet „Betriebswirtschaftslehre des Gesundheitswesens“ betrifft, lernen hier künftige Planer und Techniker die Grundtatbestände der Betriebswirtschaftslehre sowie die Einzelheiten der Betriebsorganisation und Ablaufprozesse medizinischer Einrichtungen kennen.

Außerdem werden mit zukünftigen Wirtschaftswissenschaftlern, aber auch mit bereits in der Krankenhauswirtschaft tätigen Führungskräften Lösungen für Probleme der Struktur und Funktion der Gesundheitswirtschaft insgesamt und insbesondere auch der Krankenhauswirtschaft sowie der einzelnen Medizineinrichtung erarbeitet. In diesem Bereich bietet das Institut fertigen Betriebswirten eine zweijährige Postgraduiertenausbildung als Vorbereitung auf Aufgaben der Krankenhausbetriebsleitung an.

Auch aus seiner Forschungstätigkeit heraus bietet das Institut Serviceleistungen an. Es bestehen Arbeitskreise zu folgenden Themen:

- Ältere Menschen in ihrem räumlichen Umfeld
- Behindertenorganisation in Berlin
- Ambulante Arbeitstherapie
- Angewandte Gesundheitsforschung
- Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankenhausinfektionen
- Krankenhausbau und Gesundheitswesen
- Ermittlung von Folgekosten bei Krankenhausbauten

Diese Arbeitskreise halten ihre Sitzungen vor allem in Berlin ab. Einzelne Arbeitskreise tagen allerdings auch in Bonn, Düsseldorf oder München.

Soweit es den Veranstaltungsbereich betrifft, findet alle zwei Jahre abwechselnd in Berlin oder in Düsseldorf das „Internationale Krankenhaussymposium“ statt. Zudem werden vom Institut in Zusammenarbeit mit dem Senator für Gesundheit und Soziales von Berlin und der Berliner Krankenhausgesellschaft in Berlin regelmäßig Kolloquien zur Gesundheits- und Krankenhausökonomie durchgeführt.

Daneben führt das Institut auch zu Einzelthemen Veranstaltungen durch oder beteiligt sich an solchen Veranstaltungen.

Den Fachzeitschriften stehen die Mitarbeiter des Institutes als Autoren über die Forschungs- und Entwicklungsergebnisse des Institutes zur Verfügung.

Vom Institut für Krankenhausbau der Technischen Universität Berlin und vom Deutschen Krankenhaus-Institut in Zusammenarbeit mit der Universität Düsseldorf gemeinsam wird am Institut die Dokumentationsstelle Krankenhauswesen betrieben. Aufgabe dieser Dokumentationsstelle ist es, die deutsche und fremdsprachige Literatur zu diesem Fachgebiet zu erfassen und der Fachöffentlichkeit zugänglich zu machen.

Speziell den Gesundheitsämtern bietet das Institut für Krankenhausbau die Aufnahme in einen Verteiler an, dessen Adressaten über die Veranstaltungen des Institutes laufend informiert werden.

Das Institut für Krankenhausbau der Technischen Universität Berlin ist für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen ein wichtiger Partner

Insbesondere die engagierten Bemühungen des Institutes um eine Ausrichtung des ambulanten und vor allem des stationären Krankenversorgungssystems an den Gegebenheiten des Wohnumfeldes und des Wohnbereiches sowie um eine verstärkte Rückbindung der Krankenversorgung in das Wohnumfeld zeigen ein wichtiges Handlungsfeld für eine umfassend angelegte Konzeption der Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen auf.

So ist die Herausverlagerung von Gesundheitsleistungen aus dem Haushalt und aus den Wohnungen in den Krankenhaussektor mit ihren ungünstigen sozialmedizinischen und ökonomischen Wirkungen vor allem auch eine Folge ungenügender Bereitstellung vorgelagerter *haushalts- und wohnungsbezogener Gesundheits- und Pflegedienstleistungen*. Diese spezifische gesundheitsinfrastrukturelle Unterversorgung sollte besonders angesichts der weiteren Zunahme alter, chronisch kranker und behinderter Menschen abgebaut werden.

Innovative Einrichtungen und Dienste zur Verknüpfung dieser Leistungsangebote sowie organisatorische Konzepte und Planungsmethoden zur Vernetzung wurden am Institut für Krankenhausbau entwickelt und im Rahmen von Regionalstudien erprobt. In dieser Richtung sollte der Schwerpunkt von gesundheitsförderlicher Forschung, Entwicklung und Lehre liegen.

Daneben stellt der „*Informationsdienst Krankenhauswesen/Health Care Information Service*“ für Akteure einer umfassend konzipierten Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen eine vorrangig wichtige Informationsquelle zum Stand der fachlichen und wissenschaftlichen Publizistik vor allem im Bereich des institutionellen Gesundheitswesens dar.

**INSTITUT FÜR
KRANKENHAUS-
BAU**

Empfehlungen

INSTITUT FÜR KREISLAUFFORSCHUNG UND SPORTMEDIZIN

Adresse	Deutsche Sporthochschule Köln Carl-Diem-Weg 1 5000 Köln 41
Ansprechpartner	Leistungssport: Herr Prof. Dr. Mader Herr PD Dr. Heck Freizeit- und Breitensport: Herr Dr. Völker Herr Dr. Lagerström Cardiologie und Reha-Maßnahmen: Herr Prof. Dr. Rost Herr Dr. Heck Herr Dr. Lagerström Herr PD Dr. Völker
Telefon	02 21/4 98 25 27

Das Institut für Kreislaufforschung und Sportmedizin wurde 1958 als private Einrichtung gegründet (Deutsche Sporthochschule Köln, in Zusammenarbeit mit der Medizinischen Universitätsklinik Köln). Zunehmende Herz-Kreislaufkrankungen in den 50er Jahren erweckten das Interesse einiger Wissenschaftler an der experimentellen Untersuchung über den Einfluß von Arbeit, Training, Sport und Bewegungsmangel auf den gesunden und kranken Menschen

Das Institut wurde mit dem Ziel gegründet, durch Forschung im Vorfeld Einfluß zu nehmen auf Gesundheitsbewußtsein, Therapie und Rehabilitation und gleichzeitig einen Beitrag zu leisten für den Sport. 1962 wurde das Institut vom Lande Nordrhein-Westfalen übernommen und der Deutschen Sporthochschule Köln angegliedert.

Es besteht z. Zt. aus ca. 30 festangestellten Mitarbeitern (Ärzte, med. Fachpersonal, 1 Ingenieur, Verwaltungskräfte, wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte).

Vergleichbare Institutionen wurden in Frankfurt, München, Saarbrücken, Freiburg und Berlin eingerichtet.

Hauptaufgabe des Instituts ist die

- präventivmedizinische Forschung.
Hierbei stehen folgende Projekte im Vordergrund:
 1. Untersuchung über den Arbeits- und Trainingseinfluß auf den gesunden menschlichen Organismus unter besonderer Berücksichtigung der Entstehung von Herz-Kreislaufkrankheiten sowie von Stoffwechselkrankheiten.
 2. Die Bedeutung von körperlichem Training und von Sport für den Patienten mit koronarer Herzkrankheit (z. B. Zustand nach Herzinfarkt), mit Hochdruckerkrankungen, Zuckerkrankheit und Personen mit Übergewicht.

Aufgaben und Ziele der Institution

**INSTITUT FÜR
KREISLAUF-
FORSCHUNG
UND SPORT-
MEDIZIN**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

3. Bedeutung von Training und Sport auf den Gesundheits- und Leistungsstatus im Kinder- und Jugendalter.
 4. Einfluß von Arbeit und Training auf den älteren Menschen
 5. Einfluß von Medikamenten und chemischen Substanzen auf das Arbeits- und Leistungsverhalten.
 6. Entwicklung optimaler Untersuchungs- und Trainingsmethoden für den Breiten- und Leistungssportler.
- Praktische Tätigkeit
- Jeder Patient, der eine Überweisung seines Hausarztes besitzt, kann im Institut für Kreislaufforschung und Sportmedizin untersucht werden
- Demgemäß erstreckt sich das Untersuchungsgut vom internistischen Kranken bis zum Spitzensportler der verschiedensten Sportarten. Im Vordergrund stehen vorbeugende Untersuchungen vornehmlich zur Verhütung von Herz-Kreislaufkrankungen, ferner Kontrolluntersuchungen von Patienten im Zustand nach Herzinfarkt

- Leistungssportler werden im Training und Wettkampf medizinisch betreut.
- Das Institut gründet und betreut Rehabilitationsgruppen von Herzinfarktpatienten.
- Lehrtätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit
- Das Institut führt Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für Fachkräfte durch und veranstaltet Kongresse und wissenschaftliche Symposien
 - Eine Hauptaufgabe in diesem Bereich ist die Herausgabe und Förderung wissenschaftlicher Veröffentlichungen,
 - außerdem Ausweitung und Pflege der Kontakte mit gleichartig interessierten nationalen und internationalen Institutionen und Einrichtungen.

Eine weitere Aufgabe des Instituts ist

- die Entwicklung und Förderung der Herstellung von medizinisch-technischen Geräten

Medienangebote

Die Forschungsergebnisse des Instituts werden dem Bundesinstitut für Sportwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt. Zusammen mit Studien anderer Institute werden die Kurzfassungen in den Zweijahresberichten des Bundesinstitutes veröffentlicht (kostenfrei). Einige Berichte erscheinen in den Schriftenreihen des Bundesinstitutes beim Hoffmann-Verlag, Schorn-dorf, und im Verlag Sport und Buch, Köln (Kataloge dort anfordern)

Darüber hinaus erscheint eine Vielzahl von Veröffentlichungen, die überwiegend an die medizinisch-wissenschaftliche Fachwelt gerichtet sind, an Multiplikatoren im medizinisch/sportmedizinischen Bereich oder aber auch den interessierten Laien ansprechen sollen.

Beispielhaft seien genannt:

Veröffentlichungen in der

- Tagespresse oder in

populärwissenschaftlichen medizinischen Zeitschriften
Sonderdrucke von Broschüren und Faltblättern

Durch die Veröffentlichungen in der

nationalen und internationalen Fachpresse

und die Herausgabe von

wissenschaftlichen Büchern

werden die Forschungsergebnisse der Fachwelt zur Verfügung gestellt.

Eine aktuelle Veröffentlichungsliste kann vom Institut für Kreislaufforschung und Sportmedizin oder dem Bundesinstitut für Sportwissenschaften, Köln, auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden. In Ausnahmefällen kann auch Informationsmaterial zur Einsicht übersandt werden.

**Service-
leistungen**

Mit den Mitgliedern des Instituts besteht ein weitgefächertes Referentenangebot im In- und Ausland zu allen Fragen der Herz-Kreislaufforschung und Sportmedizin (kostenverursachend)

Im einzelnen können Referenten für Aus-, Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen zur Verfügung gestellt werden

Außerdem wirkt das Institut bei Informationsveranstaltungen und Tagungen mit und bietet Beratung in akuten Fällen an

Die Mitglieder des Instituts sind bereit, an Projekten mitzuarbeiten bzw. bieten deren Beratung und Begleitung an

Anfragen bezüglich der Serviceleistungen können telefonisch an das Institut gerichtet werden

Empfehlungen

Das Institut für Kreislaufforschung und Sportmedizin bietet interessierten Institutionen an (z. T. kostenverursachend):

- akute und projektbegleitende Beratung, Referentenservice,
- aktuelle Informationsvermittlung,
- in beschränktem Rahmen Informationsmaterial und Veröffentlichungen.

INSTITUT FÜR PRÄVENTION UND GESUNDHEITS- FORSCHUNG GmbH

– IPG –

Adresse	Berliner Straße 46 6900 Heidelberg 1
Ansprechpartner	Herr Peter Lemke-Gollasch Herr Alexander Füller
Telefon	0 62 21/4 90 27
Telefax	0 62 21/4 90 29

Das Institut für Prävention und Gesundheitsforschung (IPG) ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung und 1989 aus dem Deutschen Institut zur Bekämpfung des hohen Blutdruckes hervorgegangen.

Zu den Aufgaben des IPG gehören die anwendungsbezogene Forschung im sozialwissenschaftlichen und sozialespidemiologischen Bereich sowie die Transferforschung in der Prävention. Dieses geschieht z. B. über die Durchführung von Modellversuchen, wie die Gemeindestudie Stuttgart („Gesund leben in Stuttgart“) im Rahmen der Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP), die Evaluation von Aktionsprogrammen und die Beratung von kommunalen und regionalen Verbänden.

Von den verschiedenen Projekten, die das IPG durchgeführt hat bzw. durchführt, seien folgende beispielhaft aufgeführt:

- Ärztebefragungen zur Hypertonie im Rahmen des „Hypertension Research Action Programme“ (HYRAP) der WHO-Europa. Dieses Projekt der WHO soll über die Befragung von niedergelassenen Ärzten, Bevölkerung und Patienten den Stand der Bluthochdruckbehandlung und -kontrolle in verschiedenen europäischen Ländern ermitteln und analysieren;
- „Bewohnernahe Präventionsangebote durch Krankenkassen in Gemeinden und Stadtteilen“, wo in einem Einjahreszeitraum die Nutzung der primärpräventiven Angebote verschiedener Krankenkassen durch die Bevölkerung und das Interesse der Versicherten an Präventionsangeboten untersucht wurde;
- „Intersalt“, eine internationale multizentrische Studie, die von der WHO und der Internationalen Gesellschaft für Kardiologie unterstützt wurde. In über 50 Ländern sollte damit der Zusammenhang zwischen Elektrolyten und Blutdruckerhöhung untersucht werden;
- „Gesundheitsvorsorgehandbuch der Allgemeinen Ortskrankenkassen“, in dem die verschiedenen Präventionsangebote aller Ortskrankenkassen analysiert und bewertet wurden und daraus Empfehlungen für die Ortskrankenkassen entwickelt wurden

Aufgaben und Ziele der Institution

<p align="center">- IPG -</p> <p>Medienangebote</p>	<p>Das Medienangebot der IPG entwickelt sich aus den Projekten, in der Hauptsache aus der DHP-Studie. Es wendet sich an Multiplikatoren und vor allem an Endverbraucher. Beispielhaft sollen genannt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - „DHP-Forum“, ein vom wissenschaftlichen Institut der Ärzte Deutschlands (WIAD) für die Studienzentren der DHP-Studie herausgegebenes Periodikum (kostenlos), das in verschiedenen Rubriken Grundsatzartikel, Ergebnisse, Berichte und Mitteilungen im Zusammenhang mit der DHP-Studie enthält. - Faltblätter zum Thema „Bewegung“ wie z. B. „Radfahren“, „Gymnastik“, „Bergwandern“, „Skilanglauf“, 	<ul style="list-style-type: none"> - Broschüren, Rezeptkarten und Faltblätter zum Thema „Ernährung“ wie z. B. „Rezepte und Anregungen für eine gesunde Ernährung“, „Die wichtigsten Ernährungsregeln . . .“, „Gesünder essen – Herzenssache, ein kleiner Eßwegweiser . . .“. - Faltblätter zu den Risikofaktoren wie z. B. „Blutdruck“, „Cholesterin“, „Stress“, Broschüren und Faltblätter zum Thema „Rauchen“ wie z. B. „Runter vom Rauchen“, „Frau und Zigarette“, „Frische Luft! – wie Sie vom Rauchen loskommen“, „Passivrauchen“. - Informationen über „Selbsthilfegruppen“ (Einzelexemplare kostenlos, bei Teilaufgaben Kostenbeteiligung).
<p>Serviceleistungen</p>	<p>Entsprechend der Aufgabenstellung des IPG liegt das Schwergewicht der Serviceleistungen bei</p> <ul style="list-style-type: none"> der Konzeptentwicklung und/oder Durchführung, sowie der Evaluation von Präventionsmaßnahmen in Gemeinden und Betrieben und der Beratung für Präventionsmaßnahmen <p>Durch die fachliche Kompetenz des IPG werden außerdem geleistet</p>	<ul style="list-style-type: none"> - die Organisation und Durchführung von Tagungen und Symposien, die Gestellung bzw. Vermittlung von Experten für Vorträge usw., die Vermittlung von Tagungen und Kursen, vor allem zu den Themen der Herz-Kreislauf-Risikofaktoren und zur Selbsthilfe (kostenfrei) <p>Die meisten dieser Serviceleistungen sind kostenverursachend</p>
<p>Empfehlungen</p>	<p>Das Institut für Prävention und Gesundheitsforschung (IPG) verfügt über Fachleute und Medien, Forschungserfahrungen und -instrumente, vor allem zu den Bereichen „Herz-Kreislauf-Risikofaktoren“, „Selbsthilfe“ und Erfolgsbewertung. Es wird empfohlen, bei Maßnahmen in diesen Bereichen mit dem IPG Kontakt aufzunehmen</p>	<p>Außerdem sollten bei Vorhaben zur betrieblichen Gesundheitsförderung, zur Gesundheitsförderung im vorschulischen und schulischen Bereich und auf Gemeindeebene die Erfahrungen und Entwicklungen des IPG genutzt werden.</p>

INSTITUT FÜR SOZIALARBEIT UND SOZIALPÄDAGOGIK

– ISS –

Adresse Am Stockborn 5-7
6000 Frankfurt/Main

Ansprechpartner Herr Harald Hottelet
(Stellvertretender Direktor)

Telefon 0 69/58 20 25-28

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) wird überwiegend durch das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit getragen. Seine vielfältigen Publikationen zur Wohnsituation sozialer Problemgruppen eignen sich für die Gesundheitserziehung im Bereich der Wechselwirkungen von Wohnungsversorgung, Wohnungsverhältnisse und Gesundheit.

**Für den
eiligen Leser**

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) mit Sitz in Frankfurt am Main besteht seit 1974. Es wird durch die Gesellschaft für Sozialforschung und Sozialplanung GmbH mit Sitz in Bonn getragen. Finanziert wird das Institut zum überwiegenden Teil durch das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik ist gemeinnützig. Aufgabe des Institutes ist die Erforschung der Lebenslagen sozialer Problemgruppen. Zugleich sollen aber auch die Einflüsse und die Einwirkungsweisen der Einrichtungen und Fachkräfte der Sozialarbeit in diese Problembereiche beobachtet und untersucht werden. Damit sollen abgesicherte Aussagen über die Wirkungen sozialarbeiterischer und sozialpädagogischer Handlungen und Maßnahmen gewonnen werden. Zugleich soll eine wissenschaftliche Fundierung der sozialen Arbeit und Sozialverwaltung erreicht werden. Zur Erfüllung dieser Aufgabenstellung untersucht das Institut die Umsetzung der Bundesgesetzgebung auf den Gebieten Sozialrecht, Jugendrecht und Strafvollzugsrecht in die Praxis von Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Hierbei wird in Einzelprojekten die Wirkung der jeweiligen Gesetze in der Praxis untersucht und dargestellt und es werden Vorschläge für die weitere Rechtsgestaltung durch den Gesetzgeber entwickelt. Gleichzeitig werden die sogenannte Regelpraxis, aber auch Modellprojekte der Sozialarbeit und Sozialpädagogik wissenschaftlich begleitet und daraus Verbesserungsvorschläge für die Sozialarbeit und Sozialpädagogik entwickelt.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- ISS -

Medienangebote

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) gibt „ISS-Papiere“ heraus, in denen kurzfristig und zeitnah Tätigkeitsberichte, Stellungnahmen und Expertisen des Institutes veröffentlicht werden. Veröffentlicht wurden bisher u a Papiere zu folgenden Themen:

- Sozialplanung für alleinstehende Wohnungslose in Düsseldorf
- Ambulante Nichtseßhaftenhilfe in Niedersachsen.

Daneben gibt das Institut auch „Arbeitshefte“ heraus, in denen aktuelle Fachbeiträge und wichtige Zwischenergebnisse sowie Gesamtdarstellungen von Forschungsvorhaben des Institutes veröffentlicht werden. In diesen „Arbeitsheften“ werden außerdem Statistiken für die Praxis und auch für die Aus- und Fortbildung der Sozialarbeit gebracht.

Weiterhin publiziert und dokumentiert das Institut in seiner Reihe „Materialien“ Ergebnisse seiner Forschungstätigkeit, Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Praxisforschung sowie der wissenschaftlichen Projektbegleitung, aus der Institutions- und Planungsberatung und aus der Fortbildungsarbeit. Zu nennen sind hier u a folgende Themen, die bislang in den „Materialien“ behandelt worden sind:

- Ökologische Studie über die Stadt Duisburg
- Befragung zur Obdachlosenarbeit in Duisburg und Essen
- Heimerziehung außerhalb des Heimes in Außenwohngruppen
- Soziale Arbeit für Zielgruppen und Stadtteile
- Neuorganisation der sozialen Dienste in Bremen
- Ausländische Arbeiter und ihre Familien

Viermal jährlich erscheint außerdem ein „Informationsdienst zur Ausländerarbeit“. Dieser Informationsdienst will vor allem zu einer ressortübergreifenden Auffassung und Betrachtung dieses Problemfeldes beitragen und bringt daher Arbeiten zur Ausländerpolitik, zum Ausländerrecht, zu Schul- und Ausbildungsfragen im Zusammenhang mit Ausländern und auch zu Fragen der Gesundheitsversorgung von Ausländern.

Sämtliche Schriften können beim Institut gegen Kostenerstattung bezogen werden

Vorwiegend für den Einsatz in der Aus- und Fortbildung hält das Institut ein breites Angebot von Plakaten, Ton- und Dia-Schauen sowie Videofilmen in einer eigenen Reihe „Medien“ bereit

Serviceleistungen

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) betreibt auf der Grundlage seiner Umsetzungs- und Auswirkungsuntersuchungen eine breite Beratungstätigkeit für Institutionen, Planungsvorhaben und Regelpraxis. Hierbei werden im Einzelfalle Gesichtspunkte der Sozialarbeit und Sozialpädagogik untersucht und vertieft. Als Problembeispiele können dabei genannt werden:

- Qualifizierung ambulanter Dienste im Gesundheits- und Sozialbereich
- Wohnbiographien alleinstehender Personen in schwierigen sozialen Lagen
- Strukturwandel, Stadtteilentwicklung und interkulturelle Beziehungen

Zusätzlich bietet das Institut Supervisionsleistungen für Institutionen und Personen an. Diese Supervisionen sollen dazu dienen, die Einrichtungen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik und ihre Mitarbeiter bei der bedürfnis- und bedarfsgerechten Ausgestaltung ihrer Angebote und Aktivitäten für die Adressaten dieser Arbeit zu unterstützen

Die Beratungs- und Supervisionsleistungen des Institutes werden für die jeweiligen Auftraggeber zu Tagesätzen von etwa 500,- DM erbracht

Breiten Raum nehmen beim Serviceangebot des Institutes Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen ein. Mit diesen Veranstaltungen verfolgt das Institut das Ziel, die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Tätigkeit in die Praxis umzusetzen und so die Handlungskompetenz der Fachkräfte der Sozialarbeit und Sozialpädagogik zu stärken. Hierdurch soll vor allem auch die Lebenslage benachteiligter Menschen verbessert werden. Als Themenbeispiele für diese Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen können genannt werden:

- Kommunale Altenplanung
- Kommunale Ausländerberichte
- Frauen in der kommunalen Sozialpolitik
- Vernetzung ambulanter und stationärer Dienste
- Management in sozialen Organisationen

Der Kostenbeitrag für diese Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen beträgt je Teilnehmer und Veranstaltung derzeit etwa 150,- DM.

Das Institut gibt jährlich ein Verzeichnis seiner Veröffentlichungen heraus. Interessenten können sich in einen Verteiler aufnehmen lassen. Sie erhalten dann kostenlos Informationen über die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie über die Veröffentlichungen des Institutes

Empfehlungen

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Fragen, die für den Lebensbereich Wohnen von hoher Bedeutung sind und von daher auch Hinweise auf solche Faktoren für Gesundheitsbelastungen im Lebensbereich Wohnen geben, die auf den ersten Blick noch nicht als gesundheitliche Risikofaktoren erkennbar sind oder zumindest noch kaum als gesundheitliche Risikofaktoren diskutiert werden

So werden ungünstige Lebenslagen in der Sozialmedizin und Sozialepidemiologie durchweg als Ursache, aber auch als Folge von Gesundheitsbeeinträchtigungen beschrieben. Die Arbeit des Institutes für Sozialarbeit und Sozialpädagogik besteht auf weite Strecken in der Erforschung solcher ungünstigen Lebenslagen. Sie bietet damit für ein umfassendes Konzept Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen Hinweise und Ansatzpunkte für eine kompensatorische Gesundheitsunterstützung. Eine solche Gesundheitsunterstüt-

zung ist insbesondere für diejenigen Bevölkerungsgruppen nötig, die zusätzlich zu allgemeinen ungünstigen Lebensbedingungen auch noch im Wohnbereich eingeschränkt sind.

Umgekehrt bieten die zahlreichen Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen des Institutes auch die Möglichkeit, Problemstellungen der Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen den Sozialarbeitern und Sozialpädagogen näherzubringen.

Das Institut hat darüber hinaus auch einige Untersuchungen vorgelegt, die sich unmittelbar mit Wohnungsfragen befassen. So hat das Institut Strategien zur Integration von Obdachlosen in die Gesellschaft entwickelt.

Insgesamt stellen die Arbeitsergebnisse des Institutes eine wichtige Grundlage für eine problemspezifische Schwerpunktbildung im Rahmen einer breiten Konzeption von Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen dar

INSTITUT FÜR SOZIAL- MEDIZIN UND EPIDEMIOLOGIE AM BUNDES- GESUNDHEITSAMT

Adresse General-Pape-Straße 62-66
1000 Berlin 42

Telefon 0 30/7 80 07-103

Das Bundesgesundheitsamt, das seine Tradition auf das Kaiserliche Gesundheitsamt und das spätere Reichsgesundheitsamt zurückführt, ist die zentrale Forschungseinrichtung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege und hat den Auftrag, Risiken für die Gesundheit von Mensch und Tier früh zu erkennen, nach Möglichkeiten zu suchen, diese zu begrenzen und im Rahmen seiner gesetzlichen Kompetenz Gesundheits- und Umwelt Risiken einzudämmen

Das Amt ist in sieben wissenschaftliche Institute und eine Zentralabteilung gegliedert

Das Institut für Sozialmedizin und Epidemiologie erhielt den Auftrag, die Entstehungsbedingungen, die Verbreitung in der Bevölkerung, die Möglichkeiten zur Verhinderung oder Eindämmung solcher „Zivilisationskrankheiten“ zu untersuchen. Im Mittelpunkt der Arbeit des 1970 gegründeten Instituts stehen derzeit Herz- und Kreislaufkrankheiten, Krebskrankheiten, Diabetes, Fettstoffwechselstörungen, chronische Leberkrankheiten. In epidemiologischen Feldstudien werden die Häufigkeit von Krankheiten, Krankheitsfrühformen und somatischen Risikofaktoren in der Bevölkerung ermittelt.

Die Querschnitts- und Langzeit-Untersuchungen an größeren Bevölkerungskollektiven sollen aber nicht nur Aussagen über die Krankheiten, deren Frühformen und somatische Risikofaktoren erbringen. Als wichtige Forschungsaufgabe wird das Erfassen und Messen von krankmachenden Umweltbedingungen und Verhaltensweisen angesehen.

In der Arbeit des Instituts nehmen prospektive epidemiologische Studien einschließlich der Interventionsstudien einen breiten Raum ein. Solche Langzeituntersuchungen an Kohorten werden außerdem nur von wenigen anderen Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt, obwohl sie von großer Bedeutung sind. Untersuchungen an Bevölkerungskollektiven, besonders prospektive epidemiologische Studien, sind eine wesentliche Grundlage für die Erkennung und Bewertung gesundheitlicher Risiken, gleich ob es sich um Umweltbelastungen, gesundheitsschädliche Verhaltensweisen, psychosoziale Beanspruchungen, Bedingungen des Arbeitslebens, Auswirkungen von Sport, Ernährung, Arzneimittelkonsum oder illegalen Drogen handelt. Allerdings ist hinzuzufügen, daß trotz der ständig wachsenden Zahl solcher Studien in den aufgezählten Forschungsbereichen die Beweiskraft der Ergebnisse noch gering geblieben ist. Das hat verständliche Gründe: den Untersuchungen wohnen erhebliche wissenschaftliche und methodische Schwie-

rigkeiten inne, fachlich standhaltende epidemiologische Langzeitstudien sind aufwendig, dauern lange, erfordern gleichermaßen fachübergreifenden Sachverstand, organisatorische und logistische Fähigkeiten sowie ausdauerndes, standardisiertes Arbeiten

Eine Reihe von prospektiv angelegten Studien wird vom Institut allein oder häufiger im Forschungsverbund mit anderen Arbeitsgruppen des In- und Auslandes durchgeführt, u. a. die Hessenstudie, die Nordenham/Brake-Studie, die Vegetarier-Studie, die Linienbusfahrer-Studie, die Post-Studie.

Die wissenschaftliche Arbeit des Instituts wird im besonderen Maße von drei Themen bestimmt:

- Gesundheitsberichterstattung
Dachdokumentation Krebs
- Umwelt und Gesundheit, eingeschlossen Passivrauchen

Daneben wurden die laufenden epidemiologischen Feldstudien des Institutes mit intensivem Arbeitsaufwand fortgeführt:

Beispielhaft seien erwähnt:

Teilaufgaben der Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie, Kohortenstudie in Berlin-Spandau, Querschnittstudie „Erwerbstätigkeit, Familienarbeit und Gesundheit bei Frauen“, Mitarbeit in dem nationalen Gemeinschaftsprojekt „Ernährungsgewohnheiten und klinisch-biochemisch erfaßbare Risikofaktoren“, Longitudinalstudie „Gesundheitsverhalten im Kindes- und Jugendalter“, Querschnittstudie bei Vegetariern

INSTITUT FÜR SOZIALWISSENSCHAFT- LICHE FORSCHUNG e.V.

München (ISF)

Adresse Jakob-Klar-Straße 9
8000 München 40

Ansprechpartner Dr. Fritz Böhle (Mitarbeiter)

Telefon 0 89/2 72 92 10

Das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e V (ISF), München, ist ein gemeinnütziger Verein, der in dieser Form im Winter 1964/65 gegründet wurde. Das ISF war als einer von drei Arbeitsbereichen am Sonderforschungsbereich 101 der Universität München „Theoretische Grundlagen sozialwissenschaftlicher Berufs- und Arbeitskräfteforschung“ beteiligt; seit 1986 ist das Institut am Sonderforschungsbereich 333 „Entwicklungsperspektiven von Arbeit“ beteiligt.

Die Leitung des ISF obliegt einem Institutsrat, der aus sieben Wissenschaftlichen Mitarbeitern und einer Verwaltungsangestellten besteht. Die Institutsräte sind langjährige Mitarbeiter des ISF; sie zeichnen für jeweils andere Ressorts verantwortlich. Die Finanzierung erfolgt ausschließlich projektbezogen aus Mitteln der allgemeinen Forschungsförderung, sowie durch Forschungsaufträge öffentlicher Stellen. Das Schwergewicht solcher Aufträge liegt bei den Bundesministerien. Die Forschungsarbeit des Instituts bezieht sich auf die Tradition der deutschen Industriesoziologie; es ist jedoch bestrebt, zu einer besseren theoretischen Fundierung dieser Tradition beizutragen und diese durch das Aufgreifen von gesellschaftlichen Problemen zu erweitern:

- Einsatz von Arbeitskräften und Gestaltung von Arbeitsbedingungen, technisch-organisatorische Veränderung von Arbeitsprozessen in Betrieben und öffentlicher Verwaltung,
- Sicherung gegenüber sozialen Risiken,
- Qualifizierung und Reform im Bildungs- und Berufsbildungssystem,
- Mobilität, Funktionsbedingungen und Probleme regionaler und betrieblicher Arbeitsmärkte bzw. Teilarbeitsmärkte.

Das ISF versucht, diese Probleme nicht als isolierte Einzelfragen anzugehen, sondern die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Entstehung und Entwicklung und den Kontext ihrer gesellschaftlichen Thematisierung in die Forschungsperspektive miteinzubeziehen. Dadurch ergeben sich zahlreiche Berührungspunkte und Überschneidungspunkte zu benachbarten Wissenschaften und Forschungsrichtungen.

Die Arbeitsschwerpunkte des ISF sind vor allem:

- Industriesoziologische Technikforschung,
- Qualifikations- und Arbeitsmarktforschung,
- Untersuchungen über betriebliche Arbeits- und Personalpolitik.

Ferner wurden und werden dabei auch die Beziehungen zwischen betrieblichem Arbeitskräfteeinsatz und öffentlichen Maßnahmen (staatlich-normative Regelungen, öffentliche Institutionen, aber auch gewerkschaft-

Aufgaben und Ziele der Institution

(ISF) München

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

liche Aktivitäten) bearbeitet sowie die Rolle zwischenbetrieblicher Beziehungen analysiert
Der Zusammenhang zwischen den Arbeiten des ISF und der Gesundheitsförderung liegt in der Ausrichtung des Instituts auf den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, der als präventive Sozialpolitik verstanden wird. Die Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz werden als die zentrale Gesundheitsgefährdung in der Gesellschaft angesehen. Demzufolge werden die Gesundheitsrisiken und deren Auswirkungen ausgehend von Arbeitsplätzen bis hin zu der gesamten Lebenssituation erforscht. Diesem Vorgehen liegt ein erweiterter Gesundheitsbegriff zugrunde, der auf physische und psychische Befindlichkeit, Qualifikation und die Fähigkeit zur Interessendurchsetzung abhebt.

Es werden keine besonderen pädagogischen Methoden verwendet.

In neueren Arbeiten – insbesondere zur Rolle des Erfahrungswissens im Arbeitsprozeß – wird vor allem eine Identifikation der Betroffenen mit dem Gesundheitsschutz betont. Die Betroffenen sollen in die Lage versetzt werden, ihre Interessen selbst „von unten“ durchzusetzen, auch wenn Verrechtlichungen und Professionalisierungen dem entgegenstehen sollten. Die strukturellen Ebenen der Arbeit des Instituts sind

1. Arbeitsplatztypen
2. Betriebsumfeld (Gesundheitsrisiken als Ausdruck betrieblicher Organisation)
3. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

Medienangebote

Das ISF veröffentlicht Arbeitsergebnisse regelmäßig in zwei Publikationsreihen:
„Arbeiten des ISF München“ und
„Forschungsberichte aus dem ISF München“
seit 1977 (im Campus Verlag, Frankfurt/New York (Die früher bei der Europäischen Verlagsanstalt (EVA), Köln, und dem Athenäum Verlag, Frankfurt/M., erschienenen Arbeiten werden jetzt auch von Campus vertrieben).
Zur letzten Reihe gehören auch die Forschungsberichte des Projektträgers „Humanisierung der Arbeit“; beispielhaft seien folgende Publikationen genannt:
– Böhle, Milkau: Vom Handrad zum Bildschirm. Eine Untersuchung zur sinnlichen Erfahrung im Arbeitsprozeß. Frankfurt/München 1988.

– Döhl, Deiss, Sauer, Böhle unter Mitwirkung von Altmann: Belastungsabbau unter Tage. Zum Einfluß öffentlicher Maßnahmen auf die Humanisierung der Arbeit, Verlag Glückauf, Essen 1982.

Vollständige Publikationslisten können beim ISF angefordert werden.

Die Veröffentlichungen wenden sich an Mitglieder in öffentlichen Institutionen und Verbänden und an die wissenschaftliche Fachöffentlichkeit mit der Zielsetzung der Aufklärung zur Erkennung von Gesundheitsrisiken und Strategien zu ihrer Vermeidung.

Serviceleistungen

An Serviceleistungen für öffentliche Institutionen können Referenten – beispielsweise zum Thema „Gesundheitsbelastungen bei neuen Technologien“ angeboten werden, ebenso wie wissenschaftliche Untersuchungen zu den oben genannten Themen.

Empfehlungen

Das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung ist ein wichtiger Ansprechpartner für schwierige industriesoziologische Forschungsfragen, vor allem, wenn es um die Veränderungen im Arbeitsprozeß, Wandlungen der Gesundheitsbelastungen, Chancen und Bedingungen der Arbeitsgestaltung geht.
Für alle gründlichen Orientierungen in gesellschaftspolitischen Fragen und laufenden wissenschaftlichen Diskussionen sind die Veröffentlichungen und die Mitarbeiter als kompetente Referenten zu empfehlen.

INSTITUT FÜR THERAPIEFORSCHUNG

– IFT –

Adresse Parzivalstraße 25
8000 München 40

Ansprechpartner Herr Dr. Bühringer
Herr Dr. Kröger

Telefon 0 89/36 08 04-10/11

Das IFT wurde 1973 von Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie in München gegründet. Es hat die Rechtsform einer gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Satzungsgemäße Aufgabe des IFT ist die Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Versorgung der Bevölkerung auf der Grundlage von Forschungserkenntnissen aus der wissenschaftlichen Psychologie. Ziel der Arbeit des Instituts ist es, die Lücke zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung zu schließen, indem es Grundlagenerkenntnisse der Verhaltenswissenschaften in die Praxis überträgt.

In den Rahmen dieser anwendungsorientierten Forschung werden alle Störungen oder Erkrankungen miteinbezogen, zu deren Prävention oder Behandlung fundierte psychologische Verfahren zur Verfügung stehen oder entwickelt werden können.

Die Aktivitäten des IFT liegen demzufolge

- im Übergangsbereich von der Psychologie zur Medizin (Psychosomatik, Verhaltensmedizin);
- im Übergangsbereich von der Psychologie zum sozialen Bereich (psychosoziale Problemfelder);
- im Rahmen der Medizin in den Bereichen, die mit psychologischen Aspekten zu tun haben bzw. in denen psychologische Verfahren zur Anwendung kommen (z. B. Herz-Kreislauf-Prävention);
- darüber hinaus in allen Bereichen, in denen die Psychologie in der Interaktion mit anderen Disziplinen eine Rolle spielt.

Konkrete Arbeitsschwerpunkte des IFT sind:

- Entwicklung und Evaluation von Maßnahmen im Bereich der Prävention, Therapie und Rehabilitation (u. a. Alkoholabhängigkeit, pathologisches Spielverhalten, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Nichtsebhilfenhilfe),
- Beratung von Institutionen im Gesundheitswesen,
- Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Berufe aus dem Gesundheits- und Sozialbereich,
- Durchführung einer berufsbegleitenden Weiterbildung für Diplom-Psychologen in klinisch-psychologischen Verfahren mit Schwerpunkt Verhaltenstherapie,
- Schulung von Kursleitern für den Bereich Präventionsmaßnahmen im Gesundheitswesen (z. B. Nichtrauchen, Abnehmen, Streß, Bewegungsmangel),

Aufgaben und Ziele der Institution

– IFT –

Aufgaben und Ziele der Institution

- Publikationen von verhaltenspsychologischen und verhaltensmedizinischen Forschungsarbeiten für Wissenschaftler und wissenschaftlich interessierte Praktiker.

Das Institut erhält keine festen Zuschüsse, sondern wird ausschließlich mit zeitlich befristeten Forschungsaufträgen und Forschungszuwendungen sowie Vergütungen für Dienstleistungen finanziert. Auftraggeber bzw. Zuwendungsgeber sind öffentliche Stellen sowie private gemeinnützige Organisationen. Neben den

etwa 20 fest angestellten Wissenschaftlern (vorwiegend Diplom-Psychologen) beschäftigt das Institut noch Honorar-Fachkräfte in den Bereichen Fort- und Weiterbildung sowie bei Forschungsarbeiten und der Datenverarbeitung

Der Bereich Sucht ist neben der Verhaltensmedizin und dem psychosozialen Bereich einer der Forschungsschwerpunkte des IFT. Durchgeführt werden sowohl eigene Forschungsprojekte des Instituts als auch wissenschaftliche Begleitungen von Modellvorhaben.

Medienangebote

Sämtliche Publikationen des IFT haben wissenschaftlichen Charakter und wenden sich an Personen und Institutionen aus dem Wissenschafts- und Forschungsbereich sowie an interessierte Fachkräfte und -einrichtungen aus der Praxis

Der Tätigkeitsbericht des IFT gibt einen Überblick über sämtliche Forschungsprojekte des Instituts im jeweiligen Berichtszeitraum. Der Bericht wird regelmäßig veröffentlicht. Vorgesehen ist ein jährlicher bzw. zweijährlicher Erscheinungsturnus. Der Bericht kann beim IFT kostenlos angefordert werden.

Die Arbeit einzelner Projekte wird in den beiden Forschungsberichtsreihen „IFT-Berichte“ und „IFT-Manuale“ publiziert.

Im Rahmen der IFT-Berichte sind u. a. auch eine Vielzahl von Beschreibungen und Ergebnissen von Untersuchungen und Projekten zu suchtspezifischen Fragen sowie Statistiken einzelner stationärer und ambulater Suchthilfe-Einrichtungen veröffentlicht.

Die IFT-Manuale dokumentieren Lehrgangseinheiten bestimmter Projekte, die Trainings- bzw. Arbeitsunterlagen für die Therapeuten/Kursleiter sowie die Instruktions- und Begleitmaterialien für die Klienten/Kurs Teilnehmer (z. B. Nichtrauchen, Abnehmen, Streß, Bewegungsmangel).

Diese beiden Veröffentlichungsreihen können von Fachinstitutionen und interessierten Einzelpersonen beim IFT kostenlos angefordert werden. Das IFT informiert auch über die bisher erschienenen Themen bzw. Titel dieser Reihe.

In Zusammenarbeit mit einem wissenschaftlichen Gremium und von einem Fachverlag herausgegeben, veröffentlicht das IFT drei Literaturreihen:

Die Reihe „IFT-Texte“ stellt Ergebnisse aus der psychologischen Forschung, speziell zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung, vor. Themen dieser Reihe zu Problemen aus dem Suchtbereich sind u. a.:

- Ambulante Behandlung junger Alkoholabhängiger,
- Verhaltenstherapie in der Suchtkrankenhilfe,
- Stationäre Behandlung von Alkoholabhängigen,
- Die Fachambulanz für Abhängige und Gefährdete.

In der „IFT-Grundlagenforschung“ werden Ergebnisse aus der psychologischen und verhaltensmedizinischen Grundlagenforschung publiziert. An suchtspezifischen Themen sind bisher z. B. erschienen:

- Die Vorhersage des Behandlungserfolges bei alkoholkranken Frauen,
- Therapiemotivation in der Behandlung des Alkoholismus.

In den „IFT-Materialien“ werden Manuale und Klientenanleitungen für präventive und therapeutische Maßnahmen und Programme publiziert. Hier sind u. a. die Materialien eines Gruppenprogramms „für zukünftige Nichtraucher“ „Mit leichten Schritten zur letzten Zigarette“ – veröffentlicht.

Gesamtverzeichnisse dieser drei Reihen mit Preisangaben sowie ausführliche Informationen über den Inhalt einzelner Titel sind beim Verlag erhältlich:

Gerhard Röttger Verlag
Parzivalstraße 25
8000 München 40
Telefon 0 89/36 08 04 50

Bestellungen können über den Buchhandel oder direkt beim Verlag erfolgen.

Die „IFT-Nachrichten“ beinhalten Mitteilungen über laufende Projekte des Instituts und wenden sich vorrangig an die institutseigenen Mitarbeiter sowie die Auftraggeber der jeweiligen Projekte. Die IFT-Nachrichten erscheinen mehrmals jährlich und werden auf Anfrage kostenlos auch an andere interessierte Institutionen bzw. Fachkräfte abgegeben.

Die „Fortbildungsbrochüre“ erscheint jährlich und enthält die Themen, Termine und sonstigen Daten aller Fortbildungsveranstaltungen des IFT. Sie ist kostenlos erhältlich.

Das IFT bietet gemeinsam mit dem Gesamtverband für Suchtkrankenhilfe im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland die Weiterbildung zum Sozialtherapeuten an. Es handelt sich dabei um eine 3jährige berufsbegleitende Weiterbildung für Angehörige akademischer Berufe im Suchtkrankbereich. Diese Weiterbildung steht allen Fachkräften offen, die unmittelbar mit Suchtkranken arbeiten.

Im Rahmen der Fortbildung veranstaltet das IFT gemeinsam mit Berufs- und Wohlfahrtsverbänden dreimal jährlich die „Verhaltenstherapiewoche“. Es handelt sich dabei um eine interdisziplinäre, themenübergreifende Fortbildung für Mitarbeiter aus dem Gesundheits- und psychosozialen Bereich.

Das IFT bietet darüber hinaus auch spezielle Mediatorentrainings sowie Weiterbildungen bzw. Schulungen für Psychologen und Ärzte an.

Das IFT verschickt auf Anfrage kostenlos Informationsmaterial zu den angebotenen Fort- und Weiterbildungen (siehe hierzu „Fortbildungsbroschüre“ unter „Medienangebote“).

Das IFT ist auch in der Lage, spezielle Fortbildungen für bestimmte Institutionen oder zu bestimmten Themenbereichen inhaltlich und organisatorisch zu entwickeln und durchzuführen.

Die anwendungsorientierte wissenschaftliche Arbeit des IFT findet in dem vielfältigen Medien- und Serviceangebot seinen Niederschlag.

Einen umfassenden Überblick über die Projekte des IFT im Zeitraum 1973–1989 gibt der Tätigkeitsbericht, der beim IFT angefordert werden kann. Weiterhin veröffentlicht das IFT in zwei Reihen „IFT-Berichte“ und „IFT-Manuale“ Beschreibungen und Ergebnisse von Untersuchungen und Projekten sowie Trainings- und Arbeitsmaterialien zu den entwickelten Kursprogrammen. Die Information darüber sollte beim IFT eingeholt werden.

Weitere Serviceleistungen des IFT sind:

- Beratung von öffentlichen und quasi-öffentlichen Einrichtungen in organisatorischer, personeller, administrativer und dokumentatorischer Hinsicht für die Schwerpunkt-Tätigkeitsbereiche des Instituts,
- *Experten-Erstellung für die o a Einrichtungen zu bestimmten Fragestellungen,*
- Dokumentation, EDV und Statistik – Auch diese Serviceleistung wendet sich an die genannten Institutionen und beinhaltet die Entwicklung von Dokumentationssystemen einschließlich der Programme, die Ausbildung der entsprechenden Mitarbeiter sowie die Daten-Auswertung.

Das IFT verfügt über eine umfassende Referentenkartei. Eine Gliederung dieser Datei nach inhaltlichen Schwerpunkten ist in Vorbereitung. Die Benennung von Referenten erfolgt kostenlos.

Auf Anfrage sind kostenlos Literaturlisten zu bestimmten Themen, die sich aus den Forschungsprojekten des Instituts ergeben, erhältlich.

Öffentlichen Institutionen ist eine kostenlose Nutzung der IFT-Bibliothek möglich. Schwerpunkte der dort vorhandenen Literatur sind die Themenbereiche Sucht, Verhaltenstherapie, Verhaltensmedizin und Evaluation.

Von einem Fachverlag werden drei Literaturreihen herausgebracht: „IFT-Texte“, „IFT-Grundlagenforschung“ und „IFT-Materialien“, in denen ebenfalls Forschungsergebnisse, Anwendungsmöglichkeiten und Kursprogramme veröffentlicht sind. Es empfiehlt sich, das Verzeichnis beim Gerhard Röttger Verlag (Adresse siehe oben) anzufordern.

Bei der Planung von Maßnahmen zur Verhaltensmodifikation und anderen gesundheitsfördernden Programmen empfiehlt es sich, die Fachkompetenz des IFT z. B. für Fortbildung, Mediatorentraining, Beratung und Experten-Erstellung in Anspruch zu nehmen.

- IFT -

Serviceleistungen

Empfehlungen

INSTITUT WOHNEN UND UMWELT GmbH

– IWU –

Adresse Annastraße 15
6100 Darmstadt

Ansprechpartner Frau Dr. Antje Flade
(Wissenschaftliche Mitarbeiterin)

Telefon 0 61 51/29 04 -0

Das Institut Wohnen und Umwelt GmbH (IWU) wird vom Land Hessen und der Stadt Darmstadt getragen. Die zahlreichen Publikationen des Institutes sind als Grundlagenmaterial für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen geeignet. Sie verdeutlichen bestehende ökonomische und damit auch gesundheitliche Überforderungen im Wohnbereich und die ökologischen Belastungen des Wohnbereiches und damit der Gesundheit der Wohnbevölkerung.

**Für den
eiligen Leser**

Das Institut Wohnen und Umwelt GmbH (IWU) mit Sitz in Darmstadt wurde 1971 als Forschungseinrichtung des Landes Hessen und der Stadt Darmstadt gegründet. Es wird durch das Land, die Stadt und eigene Auftragsforschung finanziert.

Aufgabe des Institutes ist die interdisziplinäre Grundlagenforschung zu den gegenwärtigen Formen des Zusammenlebens.

Dabei sollen ein kritischer Ansatz und die Absicht einer Verbesserung der Wohnverhältnisse der sozial schwächeren Schichten verfolgt werden, sowie die Möglichkeiten einer sparsamen und rationellen umwelt- und gesellschaftsverträglichen Energienutzung untersucht werden.

Untersucht werden soll auch, welche politischen und ideologischen sozialen und ökonomischen, finanziellen, technischen, rechtlichen und administrativen Hindernisse und Abhängigkeiten der Verbesserung der Wohnverhältnisse der sozial schwächeren Schichten sowie einer sparsamen und rationellen, umwelt- und gesellschaftsverträglichen Energienutzung entgegenstehen. Aus den Ergebnissen dieser Grundlagenforschung sollen Vorschläge, insbesondere für die Hessische Landesregierung erarbeitet werden, wie diese Hindernisse überwunden werden können. Dabei ist eine beratende Mitwirkung des Institutes bei der Umsetzung dieser Vorschläge vorgesehen.

Zu den Aufgaben des Institutes zählt auch die Bearbeitung von Projekten der Stadterneuerung und Stadterweiterung.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- IWU -

Die Grundlagenarbeit des Institutes Wohnen und Umwelt konzentriert sich auf folgende Schwerpunkte:

- Wohnungsmarkt und Förderpolitik
- Rechts- und Organisationsprobleme der Wohnungsnutzung
- Wohnungs- und Wohnumfeldprobleme benachteiligter Gruppen

- Stadtentwicklung
- Energienutzung.

Das Institut bewältigt sein Aufgaben-, Tätigkeits- und Gegenstandsfeld durch wissenschaftliche Untersuchungen und Gutachten sowie durch Empfehlungen an den Gesetzgeber.

Medienangebote

Das Institut Wohnen und Umwelt GmbH (IWU) will mit der Veröffentlichung und Verbreitung der Ergebnisse seiner Arbeiten eine hohe Anregungs- und Umsetzungswirkung erzielen

Aus diesen Gründen besorgt das Institut Veröffentlichung und Vertrieb seiner Forschungsberichte weitgehend selbst. Auch unveröffentlichte Arbeiten können entweder beim Institut eingesehen oder als Kopie gegen Kostenerstattung bezogen werden. Daneben bemüht sich das Institut aber auch, die Ergebnisse seiner Arbeiten in Buchform, als Zeitschriftenaufsätze oder durch Broschüren, Pressemitteilungen oder Interviews zu publizieren. Beispielshaft seien folgende Fragestellungen genannt:

- Wohnungsversorgungsstatistik
- Gebiete mit erhöhtem Wohnungsbedarf
- Verteilungswirkungen der Wohnungsbauförderung
- Erneuerung des sozialen Wohnungsbaues
- Rechtliche Aspekte der Mietermodernisierung

- Selbsthilfe und Eigenarbeit im Wohnungsbau
- Nutzerbeteiligung und Nutzerorientierung im Wohnungsbau und in der Wohnungsplanung
- Einkommenslage der Mieter
- Soziale Kooperation von Familien im Wohngebiet
- Kinder, Jugendliche und Jugendkriminalität und Wohnumfeld
- Wohnung und Wohnumgebung in ihrer Bedeutung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen
- Frauengerechte Wohnungen im sozialen Wohnungsbau
- Obdachlosigkeit
- Wohnumfeld, Verkehrsberuhigung und gesundes Wohnen

Das Institut gibt alle zwei Jahre ein Veröffentlichungsverzeichnis heraus. Interessenten können sich in einen Verteiler für dieses Verzeichnis aufnehmen lassen.

Serviceleistungen

Das Institut Wohnen und Umwelt GmbH (IWU) stellt der Hessischen Landesregierung durch entsprechend aufbereitete Forschungsergebnisse Entscheidungshilfen in Fragen der Umwelt- und Landesplanungspolitik, der Städtebau- und Wohnungspolitik, der Energie- und Verkehrspolitik sowie der Sozialpolitik zur Verfügung. Darüber hinaus berät das Institut die Hessische Landesregierung auf Wunsch in einzelnen Fachfragen und unterstützt die Landesregierung bei Ausstellungen, Wettbewerben, Berichten und Broschüren. Besonders enge Fachkontakte bestehen dabei zum Hessischen Innenministerium und zum Hessischen Wirtschaftsministerium. Über den engeren Bereich der Hessischen Landesregierung hinaus stellt das Institut die Ergebnisse seiner Arbeit auch den Entscheidungsträgern in Politik und Administration auf Bundesebene, in den anderen Bun-

desländern sowie den Gemeinden zur Verfügung. Daneben bemüht sich das Institut um Kontakte zu den Mitgliedern der Legislative, zu den Mitarbeitern der zuständigen Fachressorts sowie zu Persönlichkeiten und Organisationen, die sich mit Fragen des Umweltschutzes, der Landesplanung, des Städte- und Wohnungsbaus, der Energie- und Verkehrspolitik sowie der Sozialpolitik befassen. Das Institut ist in besonderem Maße bestrebt, Schülern, Lehrkräften, Einrichtungen der Erwachsenenbildung einerseits, Bürgerinitiativen, Mietervereinen und Verbraucherverbänden andererseits die Ergebnisse der eigenen Untersuchungen, aber auch die Arbeitsergebnisse anderer Stellen zugänglich zu machen. Bei Anfragen erteilt das Institut entsprechende Auskünfte. Darüber hinaus führt es auf Wunsch auch Beratungen durch.

Empfehlungen

Das Institut Wohnen und Umwelt (IWU) befaßt sich in seiner Forschungstätigkeit mit Fragen, die für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen unmittelbar einschlägig sind.

So behandelt das Institut in einer Reihe von Untersuchungen und Veröffentlichungen das Problem der Überforderung der Mietkraft von Privathaushalten durch ungenügende Wohnungsbauauforderung und die Möglichkeiten, durch Mietermodernisierung und Selbsthilfe eine Erhaltung und Verbesserung des Wohnungsbestandes zu erreichen. Diese Arbeiten bieten Anhaltspunkte für die Lokalisierung von Gesundheitsbeeinträchtigungen im

Lebensbereich Wohnen entweder durch Budgetüberlastung oder durch Selbstüberforderung bei Maßnahmen der Selbsthilfe.

Eine Reihe weiterer Untersuchungen des Institutes befaßt sich mit dem Problem einer besseren Ab-

stimmung der Wohnungskonzipierung mit den Bedürfnissen des Familienlebens, der Frauen sowie der Jugendlichen und Kinder.

Auch hier bieten die Arbeiten des Institutes wichtige Grundlagenerkenntnisse für die Lokalisierung von Gesundheitsbeeinträchtigungen im Lebensbereich Wohnen.

Unmittelbar als Arbeitsmaterialien können diejenigen Untersuchungen bzw. Veröffentlichungen des Institutes Wohnen und Umwelt für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen genutzt werden, die sich mit den ökologischen und psychischen Aspekten der Wohnumwelt befassen. Umweltgesichtspunkte der Verkehrsbelastung behandeln oder die Struktur der Kinderverkehrsunfälle in der Beispielregion Darmstadt untersuchen.

KATHOLISCHE SOZIAL- ETHISCHE ARBEITS- STELLE e.V.

– KSA –

ABTEILUNG SUCHTGEFAHREN

Adresse Jägerallee 5
Haus Hoheneck
Postfach 1667
4700 Hamm 1

Ansprechpartner Heinz-Josef Janssen
(Referent)

Telefon 0 23 81/87 68

1. Allgemeines

Die KSA besteht seit 1976 als Nachfolgerin und Zusammenschluß der bis dahin selbständigen Institutionen:

- Bischöfliche Hauptarbeitsstelle zur Abwehr der Suchtgefahren,
- Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendschutz,
- Zentralstelle für Sozialethik und Sozialhygiene.

Gemäß ihrer Satzung „fördert und führt (die KSA) . . . aus katholischer Verantwortung Aufgaben des Jugendschutzes und zur Abwehr der Suchtgefahren durch, nimmt sich Anliegen der öffentlichen Sittlichkeit an und setzt sich für die Bewahrung, Festigung und Neubelebung ethischer Grundwerte und Grundhaltungen ein“.

Als Arbeitsstelle der Deutschen Bischofskonferenz sieht sich die KSA in erster Linie dem kirchlichen Bereich verpflichtet. Ihre Hauptaufgabe sieht sie darin, Impulse zu geben und Initiativen in Gang zu setzen. Satzungsgemäß „wirkt sie auf eine geeignete organisatorische Zusammenfassung und inhaltliche Förderung“ aller Einrichtungen im katholischen Raum hin, die sich ebenfalls mit den Aufgabengebieten der KSA befassen. Im nicht-konfessionellen Raum sieht sich die KSA als Ansprechpartner für alle interessierten Fachrichtungen und -verbände.

Zur Erfüllung ihrer Ziele und Aufgaben

- sammelt die KSA alle zugänglichen Informationen durch Pressebeobachtungen, Fachgespräche, Erfahrungsaustausch und verschiedene Praxiskontakte;
- wertet die KSA die gewonnenen Erkenntnisse aus, besonders unter dem Gesichtspunkt von Sozialethik, Religionspädagogik, Sozialwissenschaften und Pädagogik;
- vermittelt die KSA ihren Erkenntnisstand an Fachleute in den entsprechenden kirchlichen/diözesanen Einrichtungen und Verbänden sowie an maßgebliche Vertreter anderer interessierter Institutionen im außerkirchlichen Bereich.

Aufgaben und Ziele der Institution

– KSA –

**ABTEILUNG
SUCHTGEFAHREN**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Hierzu entwickelt die KSA Seminare und Arbeitshilfen für Mitarbeiter mit Multiplikatorenfunktion in Seelsorge und Sozialwesen, gibt informierende Kleinschriften für den Endverbraucher heraus und veröffentlicht zu bedeutsamen Themen öffentliche Stellungnahmen bzw. gibt Pressemeldungen heraus.

Die KSA ist in die folgenden Abteilungen bzw. Referate aufgliedert:

- Grundwerte
- Suchtgefahren
- Jugendschutz
- Sekten und Weltanschauungsfragen
- Fasten- und Konsumerziehung
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

2. Zur Abteilung Suchtgefahren

Die Abteilung Suchtgefahren der KSA sieht ihre Schwerpunktaufgaben in den Bereichen

- Suchtkrankenpastoral (Befassung mit seelsorge-
rischen Aspekten der Suchtkrankenarbeit bzw. im
Umgang mit Suchtkranken)
- Suchtprävention
- sozialethische Aufarbeitung der Suchtproblematik
- Beschäftigung mit aktuellen Fragestellungen aus
dem Suchtbereich

Die Arbeit dieser Abteilung schließt auch den Sachbereich „Raucherberatung“ mit ein

Die Gemeinschaft Drogenfreier Jugend (gdj) hat ihre Zentrale ebenfalls in dieser Abteilung. Bei der gdj han-

delt es sich um einen Zusammenschluß von jungen Menschen zwischen 8 und 25 Jahren, die sich freiwillig entschlossen haben, auf den Konsum von Alkohol, Nikotin und sonstigen Drogen zu verzichten

Im Bereich der kirchlich getragenen Suchtabwehr wirkt die KSA darüber hinaus auch eng mit dem Deutschen Caritasverband, Referat Gefährdetenhilfe, und dem Kreuzbund zusammen.

Weitere Sachgebiete der Abteilung Suchtgefahren sind:

- Informations-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit
- wissenschaftliche Dienste

Die praktische Umsetzung der Aktivitäten der KSA im Suchtbereich geschieht im Rahmen folgender Angebote bzw. Hilfen:

- Sachliche Informationen für jedermann
- Entwicklung und Vermittlung neuer Ansätze und Handlungsmöglichkeiten zur Suchtvorbeugung und zur Seelsorge bei Suchtgefahren in allen Altersgruppen
- Weiterbildung von Seelsorgern, Sozialarbeitern, Lehrern, Erziehern
- Spezielle Jugendarbeit zur Suchtvorbeugung
- Impulse für Selbsthilfemaßnahmen zur persönlichen Begleitung von Suchtgefährdeten und Suchtkranken
- Sorge für unbeachtete und vernachlässigte Problemgruppen
- Förderung suchtpreventiver Grundhaltungen (z. B. Umkehrbereitschaft, Verzicht, Eigenverantwortung, Wertorientierung)

Medienangebote

Die Medien der KSA wenden sich vor allem an Fachkräfte und Multiplikatoren in Wissenschaft und Praxis zu den verschiedenen Arbeitsbereichen der KSA. Sie sollen über aktuelle Themen informieren und deren sozialethische Aspekte behandeln. Einige Medien sind für die Endadressaten vorgesehen.

Die Abteilung Suchtgefahren der KSA gibt zwei Schriftenreihen heraus:

Die Publikationen der Reihe „Aktuelle Orientierungen Suchtgefahren“ wenden sich an alle Mitarbeiter in der Suchtkrankenhilfe, behandeln eine breite Palette suchtbezogener Themen und widmen sich jeweils aktuellen Fragestellungen

Themen der bisherigen Veröffentlichungen sind u. a.: „Sucht und Familie“, „Modedroge Kokain?“, „Designer Drugs“, „Sucht und Alter“

Die Reihe „Sucht – Gesellschaft – Sozialethik“ wendet sich primär an wissenschaftliche Fachkräfte, die mit der Suchtproblematik bzw. den gesellschaftlichen oder sozialethischen Aspekten dieser Thematik befaßt sind

Abteilungsübergreifend gibt die KSA die Schriftenreihe „Gefährdung und Seelsorge“ heraus, die sich vor allem an Mitarbeiter im Bereich der Seelsorge (Pfarrer, Pastoralreferenten, Religionspädagogen) wendet.

Die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift „Jugend und Gesellschaft“ befaßt sich primär mit Fragen und Problemen des Jugendschutzes. Als „Zeitschrift für Erziehung, Jugendschutz und Suchtprävention“ greift

sie jedoch auch häufig suchtbezogene Themen auf, z. B. „Nichtrauchen als Lebensstil“. Diese Publikation wendet sich vorrangig an Jugendämter, Interessenten aus verschiedenen Erziehungsberufen sowie an Mitarbeiter und Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe, die im präventiven Bereich tätig sind.

Der Bezug der Schriftenreihen und das Abonnement der Zeitschrift sind kostenverursachend. Ansichtsexemplare sind kostenlos erhältlich und können bei der KSA oder direkt beim Hoheneck-Verlag unter der gleichen Anschrift angefordert werden. Dort ist auch ein Verlagsprospekt mit weiteren Veröffentlichungen zu suchtspezifischen bzw. suchtbezogenen Themen erhältlich

Die KSA-Informationen erscheinen 4mal jährlich und behandeln bestimmte Fragestellungen und Schwerpunktthemen (nicht nur aus dem Suchtbereich), die sich aus oder in Zusammenhang mit den Aufgabebereichen der KSA ergeben. Diese Veröffentlichung wird auf Anforderung kostenlos an alle interessierten Institutionen, Fachpersonen und Multiplikatoren versandt

Für den „Endverbraucher“ gedacht sind verschiedene Kleinschriften, Faltblätter und Poster. Erschienen sind u. a. Broschüren zu den Themenbereichen „Eßprobleme, Eßstörungen, Eßsucht“, „Warum rauchen Sie eigentlich noch?“ und „Alkohol – zu Ihrem Wohl!“

Ansichtsexemplare bzw. geringe Auflagen dieser Publikationen sind kostenlos erhältlich; bei Mehrbestellungen entstehen Kosten

Im Rahmen des Sachgebiets „wissenschaftliche Dienste“ stellt die Abteilung Suchtgefahren auf Anforderung Materialien zu bestimmten Fragen zusammen bzw. verweist, falls dies nicht möglich sein sollte, auf geeignete Informationsquellen oder Ansprechpartner.

Auf Anfrage können Referenten benannt oder vermittelt werden, wobei die KSA auch auf freie Mitarbeiter zurückgreifen kann

Es werden in etwa zweijährlichem Turnus Tagungen zu Fragen der Suchtprävention, zur Aufarbeitung aktueller Fragestellungen im Bereich der „neuen Süchte“ sowie bilanzierende und perspektivische Veranstaltungen zur Suchtkrankenpastorale durchgeführt.

Diese Tagungen sind in der Regel offen für alle Mitarbeiter aus dem Bereich der Suchtkrankenhilfe und beruflichen Umfeldern.

Dies gilt auch für die Seminare, die zu bestimmten Schwerpunktthemen (z. B. exzessives Spielen, Nachsorge bei Suchtkranken) angeboten werden

Die jeweiligen Ausschreibungen und Teilnahmebedingungen sind bei der Abteilung Suchtgefahren zu erfahren. Angekündigt werden diese Veranstaltungen über den Verteiler der KSA, in dem die Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe, die Jugendämter, Gesundheitsämter und weitere Interessierte enthalten sind, sowie über die entsprechenden Medien (u. a. im DHS-Veranstaltungskalender)

Sowohl für Eltern von Suchtkranken als auch für hauptamtliche Mitarbeiter der Suchtkrankenhilfe (nicht nur aus kirchlichen Einrichtungen) bietet die KSA Besinnungstage an, die der existentiellen, sinnorientierten und religiösen Besinnung dienen sollen. Informationen hierzu erteilt die Abteilung Suchtgefahren.

- KSA -

**ABTEILUNG
SUCHTGEFAHREN**

**Service-
leistungen**

Personen oder Initiativen, die im Rahmen der Suchtkrankenhilfe auch an existentiellen, sinnorientierten Fragestellungen interessiert sind, sollen sich in den Verteiler der KSA aufnehmen lassen, um die KSA-Informationen zu erhalten und über Veranstaltungen informiert zu sein.

Empfehlungen

KOOPERATIONSSTELLE DGB-GEWERKSCHAFTEN/ HOCHSCHULE HAMBURG

Adresse Besenbinderhof 56
2000 Hamburg 1

Ansprechpartner Lothar Lißner (Leiter)

Telefon 0 40/2 85 82 90

Die Kooperationsstelle in Hamburg ist eine von ursprünglich fünf Kooperationsstellen, die als Forschungsprojekt des DGB-Bundesvorstandes 1982 eingerichtet und bis 1987 vom Bundesbildungsministerium finanziert wurden. Ihr Ziel ist es, die regionale Zusammenarbeit Hochschule – Gewerkschaft zu verbessern. Im Zuge der Übernahme der Finanzierung durch die Länder 1987 wurden zwei Stellen gestrichen – in Tübingen und Kassel; die Kooperationsstellen in Dortmund, Oldenburg und Hamburg arbeiten als Einrichtungen mit je drei Mitarbeitern auf zweieinhalb Stellen. (Hinzuweisen ist auf die Einrichtung des Kooperationsbereiches Universität – Arbeiterkammer in der Universität Bremen, die nicht aufgeführt ist.)

Die Aufgaben der Kooperationsstellen sind die Förderung der Zusammenarbeit von Hochschulen und Gewerkschaften auf wissenschaftlichem Gebiet. Sie unterstützen die Hochschulen in der Öffnung der gesellschaftlichen Praxis für Wissenschaft. Sie fördern wissenschaftliche Arbeiten an Hochschulen, die von besonderem Interesse für die Gewerkschaften sind. In einzelnen Fällen führen sie diese Arbeiten selbst durch.

Die Kooperationsstellen wollen dazu beitragen, das Wissenschafts- und Forschungspotential der Hochschulen stärker als in der Vergangenheit für handlungs- und zielgruppenorientierte Problemlösungen aus der Sicht der ArbeitnehmerInnen fruchtbar zu machen. Zugleich wollen die Kooperationsstellen die ArbeitnehmerInnen und die Gewerkschaften mit Fragestellungen und Befunden arbeitnehmerInnenrelevanter Wissenschaft konfrontieren.

Ein Hauptaufgabengebiet der Stelle in Hamburg ist Arbeit und Gesundheit – Arbeit und körperlicher Verschleiß im Betrieb. Sie versteht sich als Mittler und Auskunftsstelle auch für praktische Fragen und Kontakte.

Eine enge Zusammenarbeit besteht im regionalen Bereich mit folgenden Stellen: Gesundheitsladen Hamburg (vgl. Beschreibung), der Zeitschrift „Gegengift – Hamburger Info-Blatt für Arbeit und Gesundheit“. Internationaler Kontakt besteht mit den skandinavischen Ländern (Schweden, Dänemark).

Aufgaben und Ziele der Institution

**KOOPERATIONS-
STELLE DGB-
GEWERK-
SCHAFTEN/
HOCHSCHULE
HAMBURG**

Medienangebote

Die Kooperationsstelle veröffentlicht Printmedien zum Thema Arbeitsschutz, die sich in erster Linie an Arbeitnehmer, aber auch an interessierte Experten wenden; beispielhaft seien folgende Broschüren genannt:

- „Organische Lösungsmittel“, Per Gregersen, Kopenhagen, übersetzt und ergänzt von der Kooperationsstelle Hamburg, Hamburg, April 1985, ISBN: 3-924471-08-8
- „Material zur Ausstellung ‚gefährlicher Arbeitsstoffe‘“, Lothar Lißner, Gisela Utesch, Ulrike Westphal, Hamburg 1985
- Türkische Übersetzung der Ausstellungstexte
- „Material zur Ausstellung ‚Leiharbeit, illegale Beschäftigung, ungeschützte Arbeit‘“, Michael Schuster, Hamburg, November 1986
- „Krebsgefährdung am Arbeitsplatz“, Christiane Färber, Hildegard Matthies, Peter Frese, Hamburg, Februar 1987, ISBN: 3-924471-32-0
- „Gefährliche Arbeitsstoffe und medizinische Forschung in Hamburg“, Angela von Elling, Henning Wriedt, Hamburg, Juli 1987
- „Arbeit und körperlicher Verschleiß“ eine Broschüre von SeminarteilnehmerInnen, Hamburg, Mai 1988
- „Damit Arbeit menschlicher wird“, Arbeitsplätze und Arbeitsbelastungen in Hamburg Situationsbeschreibungen und Veränderungsmöglichkeiten Hamburg 1990 (DM 10,-)

Die Veröffentlichungen sind über die Kooperationsstelle in Hamburg kostenpflichtig zu beziehen

Die Kooperationsstelle stellt visuelle und audiovisuelle Medien zur Verfügung. Beispielhaft sei auf zwei Dia-Serien zum Thema „Arbeit und körperlicher Verschleiß“ verwiesen:

**Service-
leistungen**

Die Serviceleistungen umfassen Beratung, Vermittlung von Referent/innen/Gutachtern/innen und eigene Forschungsarbeiten.

- * Beratung über Analyseverfahren und Analyseprobleme:

Im Laufe der letzten drei Jahre wurden an die Kooperationsstelle in Hamburg aus vielen Branchen und Berufsgruppen Fragen zur Analytik von Stoffen und Stoffgruppen gerichtet; dabei handelt es sich um Anfragen, die im wesentlichen drei Zwecke verfolgen:

- Möglichkeit und Durchführung von Analysen,
- Sinn und Zweck von Analysen,
- Bewertung von Analyseverfahren und Analyseproblemen.

- * Nutzung der Bibliothek. Diese umfaßt Literatur zu den Bereichen:

Arbeitsbedingungen, gefährliche Arbeitsstoffe, Erkrankungen der Bewegungsorgane, Neue Techniken und Medien, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik, Forschungspolitik

Die Bibliothek steht allen Interessierten zu Verfügung und kann nach telefonischer Voranmeldung als Präsenzbibliothek genutzt werden.

- „Rücken und Arbeit (Back and Work)“
- „Nacken-, Schulter-, Armbereich und Arbeit (Neck and Work)“
- „... und lange vor der Rente kamen die Schmerzen“ Körperliche Belastungen am Arbeitsplatz (Ton-Dia-Schau 20 Min.)

Es handelt sich um zwei Dia-Serien des finnischen Instituts für Arbeitsmedizin. Die Dias enthalten Informationen über Arbeitsbelastungen und ihre Auswirkungen, medizinisches Basiswissen über Beschwerden und Erkrankungen und Hinweise auf schonende Arbeitstechniken und Gymnastik.

Videofilme gibt es u. a. zu folgenden Themen:

- Asbestsanierung
- Lösungsmittel (in Englisch)
- Fernsehfilm: „Gesucht wird Gift am Arbeitsplatz“ mehrere Filme über Asbest
- „Stehen, Heben, Tragen“ Videofilm der schwedischen Bauberufsgenossenschaften (dt. Fassung) Dieser Film wurde in Schweden in Wartezimmern der berufsgenossenschaftlichen arbeitsmedizinischen Dienste eingesetzt Länge ca 20 Minuten

Videofilme (VHS-System) und Dia-Reihen sind bei der Kooperationsstelle in Hamburg zu entleihen

Ausstellungen wurden zu folgenden Themen zusammengestellt:

- „Leiharbeit“
- „Gefährliche Arbeitsstoffe“

Sie können ebenfalls bei der Kooperationsstelle in Hamburg entleihen werden

- * Forschungsarbeiten sind mit regionaler Priorität durchgeführt worden:

- Projekte über die Belastung von Maurern in Zusammenarbeit mit der Universität Hamburg,
- Fruchtschäden durch Blei und Toluol in Zusammenarbeit mit der Medizinsoziologie am UK-Eppendorf der Universität Hamburg,
- Messung von Schweißrauch

Ein weiterer Bereich von Leistungen ist die Übersetzung von skandinavischen Arbeitsschutztexten und die Seminartätigkeit, die Themen wie gefährliche Arbeitsstoffe, Belastung von Hafenarbeitern und ähnliche einschließt.

An Datenbanken steht die CCINFO-Disk des Canadian Centre of Occupational Health and Safety auf CD-ROM zur Verfügung; diese Datensammlung enthält sowohl Handelsnamen und Sicherheitsdatenblätter als auch medizinische Literatur zum Thema Arbeitsschutz. Sie wird vierteljährlich aktualisiert

Diese Angebote richten sich sowohl an betroffene Arbeitnehmer, Betriebsärzte und Interessierte als auch an Ärzte, Betriebsärzte, Sicherheitsfachkräfte.

Die Kooperationsstelle Gewerkschaften – Hochschulen ist neben der Arbeitskammer des Saarlandes und der Kooperationsstelle Universität – Arbeiterkammer in Bremen wichtigster Ansprechpartner in Fragen der Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlicher Forschung und Lehre auf der einen und der gewerkschaftlichen Praxis auf der anderen Seite.

Zu empfehlen sind die Serviceleistungen in der Vermittlung zwischen praktischen Fragen und wissenschaftlicher Bearbeitung, mit besonderem Gewicht auf Arbeit und körperlichem Verschleiß in Betrieben.

Diese Stärke findet ihren Niederschlag in anschaulichen und informativen Broschüren und audiovisuellen Medien, vor allem zu gefährlichen Arbeitsstoffen und degenerativem Rheumatismus.

Empfehlenswert sind weiterhin die Beratungen zu Analyseverfahren, die Nutzung der Bibliothek sowie die Seminarangebote.

**KOOPERATIONS-
STELLE DGB-
GEWERK-
SCHAFTEN/
HOCHSCHULE
HAMBURG**

Empfehlungen

KREBSINFORMATIONSDIENST AM DEUTSCHEN KREBSFORSCHUNGSZENTRUM TUMORZENTRUM HEIDELBERG/MANNHEIM

– KID –

Adresse	Im Neuenheimer Feld 280 6900 Heidelberg 1
Ansprechpartner	Hilke Stamatiadis-Smidt, M.A. Monika Preszly
Telefon	0 62 21/41 01 21 Telefondienst Montag bis Freitag 8.00–20.00 Uhr Büro: 0 62 21/42-28 90

Der Krebsinformationsdienst KID ist ein überregionaler Telefondienst für den Bürger. Träger sind das Deutsche Krebsforschungszentrum und das Tumorzentrum Heidelberg/Mannheim.

KID arbeitet im Deutschen Krebsforschungszentrum seit 1986 und wird vom Bundesministerium für Gesundheit finanziert. Auch das Sozialministerium des Landes Baden-Württemberg unterstützt KID mit einem jährlichen Beitrag.

KID möchte eine Brücke schlagen zwischen Krebsbetroffenen (Patienten und Angehörigen), Massenmedien, Klinikern, niedergelassenen und experimentell tätigen Ärzten durch den Austausch von gesichertem Wissen.

Ziele sind:

1. Förderung eines schnellen Zugangs zu aktuellen Informationen und ausführliche Aufklärung über Krebs sowie zu Adressen krebsbezogener Organisationen und Institutionen.
2. Unterstützung bei der Krankheitsbewältigung.
3. Abbau von Informationsdefiziten sowie von Vorurteilen über Krebs.
4. Förderung von Prävention und Krebsfrüherkennung in der Bevölkerung.

KID informiert sowohl Gesunde, die sich über Präventionsmöglichkeiten oder den aktuellen Stand der Krebsforschung erkundigen möchten, als auch Krebskranke und deren Angehörige oder Freunde, die zur Bewältigung ihrer eigenen Situation oder der des Kranken Information benötigen. KID liefert keine medizinische Einzelfallberatung und ersetzt nicht das ärztliche Gespräch, aber er hilft im Vorfeld eines solchen Gesprächs bei der Klärung der Fragestellung.

KID vermittelt durchaus ein Bild kontrovers diskutierter Sachverhalte, immer aber unter Berücksichtigung der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse. Er verweist auf andere kompetente Stellen in der Nähe des Anrufers oder der Anruferin.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- KID -

**Aufgaben
und Ziele
der Organisation**

Seltene und neue Fragen oder besondere Anliegen werden zur Recherche an eine Gruppe von Mitarbeitern weitergegeben, die aus den Bereichen Medizin, Biologie, Psychologie und Dokumentation kommen. Sie suchen Informationen aus der Krebs-Spezialbibliothek des Deutschen Krebsforschungszentrums, aus Literaturdatenbanken und ermitteln im direkten persönlichen oder telefonischen Kontakt mit Wissenschaftlern und Ärzten der Tumorzentren und anderer medizinischer Einrichtungen im In- und Ausland. Die Anrufer können entscheiden, ob der KID zurückrufen soll oder ob sie selbst wieder anrufen.

Die Arbeit von KID wird von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet.

Organisation

KID ist personell aus zwei Teams aufgebaut: auf der einen Seite das multidisziplinär zusammengesetzte hauptamtliche Team aus zwei Ärzten, einer Biologin, einer Psychologin, zwei medizinischen Dokumentarinnen, einer Koordinatorin und einer Fremdsprachensekretärin. Dieser wissenschaftliche Hintergrunddienst beschafft und bereitet Sach- und Fachinformationen für den Telefondienst auf. Auf der anderen Seite wird die Arbeit am Telefon von rund 15 freien Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen geleistet, die stundenweise an den vier Telefonen des Informationsdienstes zur Verfügung stehen. Sie kommen aus Berufen des Gesundheitswesens und sind onkologisch geschult.

Medienangebote

Plakate und Falblätter über den KID mit Anschrift und Telefonnummer sowie Kurzinformationen über die Arbeit können kostenlos angefordert werden (z. B. zum Aushang/Auslegen in Wartezimmern oder Gesundheitsämtern)

Serviceleistungen

Telefonischer Beratungsdienst für Betroffene, Angehörige und generell interessierte Laien und Professionelle im Gesundheitswesen zum aktuellen Stand der Krebsforschung, Krebsursachen, Krebsvorsorge und -früherkennung sowie Krebstherapien und zu sozialen und sozialrechtlichen Fragen.

Über das Medium Telefon wird der Zugang zu aktuellem onkologischen Wissen eröffnet und die Möglich-

keit gegeben, Antwort auf individuelle Fragen zu erhalten unter Wahrung der Anonymität des Anrufers

Weiter gibt der Telefondienst Hinweise auf kostenlose Broschüren anderer Einrichtungen sowie Bücher über Krebs und vermittelt Adressen von Einrichtungen im Gesundheitswesen für Krebspatienten und Angehörige.

Empfehlungen

Der KID ist eine ausgezeichnete Informationsstelle, die annähernd über jede Frage zum Thema Krebs Auskunft geben kann. Insbesondere sind auch Informationen aus dem Ausland erhältlich.

Informationen zu Broschüren, Publikationen und Adressen zu Einrichtungen im Gesundheitswesen können abgerufen werden.

Fragen oder besondere Anliegen können u. a. durch Wissenschaftler des Deutschen Krebsforschungszentrums behandelt werden.

Auf Wunsch kann der KID zurückrufen, damit ist der Dienst fast kostenlos.

Interessierte Professionelle im Gesundheitswesen sollten sich das Falblatt und/oder das Plakat bestellen, um es z. B. an Patienten/Klienten weiterzugeben oder im Büro/Wartezimmer auszulegen/aufzuhängen.

KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE WILHELMINE-LÜBKE- STIFTUNG e.V.

– KDA –

Adresse An der Pauluskirche 3
5000 Köln 1

Ansprechpartner Herr Dr. Reinhard Dierl
(Leiter der Presseabteilung)

Telefon 02 21/31 30 71

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe Wilhelmine-Lübke-Stiftung e.V. (KDA) ist ein gemeinnütziger Verein unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Schwerpunkt der Tätigkeit des Kuratoriums ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Wohnbedingungen alter Menschen. Die hierzu vom KDA erarbeiteten Anregungen und Vorschläge sind über den Kreis der alten Menschen hinaus für eine Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation aller behinderten und chronisch kranken Menschen einschlägig. Die Broschüren und der regelmäßig erscheinende Informationsdienst des KDA sind für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen wichtige Hilfsmittel für die Darstellung der Anforderungen an ein alten- und pflegegerechtes Wohnen.

**Für den
eifigen Leser**

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe Wilhelmine-Lübke-Stiftung e.V. (KDA) wurde 1962 gegründet. Sitz des Kuratoriums ist Köln. Die Mitglieder werden durch den Bundespräsidenten, der Schirmherr ist, be-rufen. Das Kuratorium ist gemeinnützig. Zur Unterstützung seiner Aufgaben hat das Kuratorium Arbeitskreise eingerichtet. Zwei Abteilungen des KDA (Architektur und Sozialwirtschaft) bilden das Institut für Altenwohnbau.

Finanziert werden die vielfältigen Aktivitäten des Ver-bandes durch Erlöse von Fernsehlotterien, Benefiz-schallplatten, Glückwunschkarten, Sondermünzen, Spenden, Erbschaften, Vermächtnissen und anderen Vermögensübertragungen und zuletzt auch durch Buß-gelder. Die unmittelbaren Betriebs- und Personalkosten des Kuratoriums werden aus den jährlichen Erlösen des Stiftungsfonds finanziert, der u. a. für Darlehen im Al-tenwohnbau angelegt ist.

Aufgabe des Kuratoriums Deutsche Altershilfe ist es, zeitgemäße Modelle der Altenhilfe zu fördern und zu ihrer Verwirklichung beizutragen, bestehenden Män-geln und Schwierigkeiten entgegenzuwirken sowie die Öffentlichkeit auf die Lebenssituation der älteren und alten Menschen aufmerksam zu machen.

Insbesondere bemüht sich das KDA, Fachwelt und Öff-entlichkeit solche Fakten und Daten über die Entwick-lung der Altersstruktur und den Wandel der Familien-struktur darzulegen, die für die Entwicklung und Pla-nung angemessener Hilfsangebote von grundlegender Bedeutung sind. Das KDA betrachtet es auch als seine Aufgabe, Politikern, Planern und Trägern der Altenhilfe

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

– KDA –

Aufgaben und Ziele der Institution

problemorientierte Grundlagenarbeit, sachliche Aufklärung und qualifizierte Beratung sowie Entscheidungshilfen zu bieten.

Das Wirken des Kuratoriums war zunächst vom akuten Wohnungsmangel für alte Menschen im ersten Jahrzehnt nach dem Krieg bestimmt. Die Nachkriegsneubauten waren zu klein, um ältere Familienmitglieder mitaufzunehmen.

Gleichzeitig wurde damals deutlich, daß neue hausnahe und wohnungsergänzende Einrichtungen und Dienste der offenen Altenhilfe notwendig sind und gleichzeitig die herkömmlichen Altenheime keine zureichende Lösung der Altenhilfe mehr darstellen. Dem Kuratorium Deutsche Altenhilfe wurde die Aufgabe zuteil, zeitgemäße Lösungen für folgende Problembereiche zu entwickeln:

- Pflegen und Wohnen in stationären Einrichtungen der Altenhilfe
- ambulante, soziale, pflegerische und Mahlzeiten-dienste
- offene Altenhilfe

Grundsatz der Tätigkeit des KDA ist es, durch Starthilfen Impulse zur Erprobung neuer Wege und Modelle in der Altenhilfe zu geben und private und öffentliche Träger zur Weiterentwicklung und zum Ausbau erfolgversprechender Ansätze zu bewegen.

Der Verein erschloß dazu die Erfahrungen des Auslandes, suchte die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern, insbesondere Gerontologen und Geriatern, mit Praktikern der Altenhilfe und Altenarbeit, mit Verwaltungsfachleuten und mit Politikern sowie mit der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege.

Das Kuratorium arbeitet ebenso mit den zahlreichen großen und kleinen Gruppen und Vereinigungen der Altersselbsthilfe und auch mit Einrichtungen des Bildungswesens zusammen.

Durch Mitwirkung in den entsprechenden Fachausschüssen der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (BAG) und der Deutschen Vereinigung für öffentliche und private Fürsorge (DV) ist das Kuratorium auch an der Erarbeitung von Grundsatzserklärungen und Programmen für die Altenhilfe beteiligt.

Das KDA verfolgt seine Aufgabenstellung darüber hinaus durch eine umfangreiche Veröffentlichungstätigkeit sowie vor allem auch durch eine breit ausgebaute Beratungstätigkeit.

Dabei leistet das 1970 eingerichtete Institut für Altenwohnbau Grundlagenarbeit und Planungsberatung zu architektonischen, betriebswirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Fragestellungen der Altenhilfe. Enge Kooperationsbeziehungen zu Wissenschaftlern einschlägiger Disziplinen und zu allen Forschungseinrichtungen ergänzen die Arbeit des Institutes.

Die vom Institut erarbeiteten Planungsdaten sind eine unerläßliche Voraussetzung für die Schaffung eines auf die realen Gegebenheiten abgestimmten Hilfen- und Versorgungssystems. Ausreichende Zahlen von Heimplätzen, angemessene Personalausstattung, bedürfnisgerechte Pflege- und Betreuungskonzepte und ein ausgebautes Netz teilstationärer Einrichtungen und ambulanter Dienste sowie von Kurzzeit- und Tagespflege können nur mit Hilfe tragfähiger Planungsdaten bereitgestellt werden.

Medienangebote

Das Kuratorium Deutsche Altenhilfe e V (KDA) gibt einen Presse- und Informationsdienst heraus, der achtmal jährlich erscheint und aktuelle Informationen aus dem Bereich der Altenhilfe und Altenpflege bietet. Bezieher dieser Publikationen sind u. a. Interessierte aus der Praxis der Altenarbeit, Altenpflege und Altenhilfe, aus der Wohlfahrtspflege, aus dem Bildungswesen, aus Kommunalverwaltungen und auch aus den politischen Institutionen.

Auf Wunsch ist eine Aufnahme in den Verteiler dieses kostenlosen Dienstes möglich.

Mit der Schriftenreihe „Vorgestellt“ wendet sich das KDA an Mitarbeiter und Träger von Einrichtungen der Altenhilfe.

In dieser Reihe werden Grundsatzfragen und Schwerpunktprobleme der Altenarbeit aufgegriffen wie etwa die Frage, ob und inwieweit der durchschnittliche Heimaltag Qualitätsprüfstein für die Altenpflege im Einzelfall ist.

In der Reihe werden außerdem auch neue Konzepte der Altenhilfe wie beispielsweise Möglichkeiten von mehr Wohnlichkeit in den Pflegeheimen ausführlich vorgestellt. Diese Schriftenreihe kann gegen eine geringe Gebühr beim Kuratorium bezogen werden.

Unregelmäßig erscheint die Schriftenreihe „Forum“, in der über die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeiten zum Bereich Altenhilfe und Altenpflege wie z. B. Unter-

suchungen zur Verbesserung der Wohnsituation der Älteren berichtet wird. Auch diese Schriftenreihe kann gegen Gebühr beim Kuratorium bezogen werden.

Gesonderte Informationsbroschüren zu ausgewählten Einzelthemen wie beispielsweise Fragen der Hilfe und Pflege von Alten, die sich an Mitarbeiter der Altenhilfe, Betroffene und die Öffentlichkeit richten, werden vom KDA in der Regel kostenlos, jedoch gegen Erstattung der Portogebühren abgegeben.

An die allgemeine Öffentlichkeit wendet sich das Kuratorium mit öffentlich wirksamen Aktionen, Wettbewerben, Ausstellungen und Anzeigenserien, die auf die Situation der älteren Menschen aufmerksam machen. Eine Fachjury unter Beteiligung des KDA vergibt alle zwei Jahre für die Bereiche Fernsehen, Hörfunk und Literatur den Wilhelmine-Lübke-Preis.

Mit diesem Preis werden Produktionen ausgezeichnet, die in vorbildlicher Weise die besondere Situation alter Menschen und die Probleme im Alter vorurteilsfrei und besonders eindrucksvoll darstellen und Wege zu einem besseren Verständnis zwischen den Generationen aufzeigen.

Die Veröffentlichungen des Kuratoriums Deutsche Altershilfe e.V. und des Institutes für Altenwohnheimbau sind in Literaturlisten zusammengestellt. Diese Verzeichnisse können beim Kuratorium angefordert werden.

Serviceleistungen

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe e V (KDA) stellt als wesentliche Dienstleistung neben allgemeinen Planungsdaten der Altenhilfe vor allem auch Planungshilfen zur Verbesserung der Praxis der Altenarbeit zur Verfügung.

Solche Planungshilfen wurden bislang u. a. zu folgenden Themen erarbeitet:

Voraussetzungen und Möglichkeiten einer bedarfsorientierten kommunalen Altenhilfe

- Formen altengerechten Wohnens von der Altenwohnung bis zum Pflegeheim
- Wohnbedingungen und Wohnbedürfnisse alter Menschen im ländlichen Raum
- Wohnbedarfsuntersuchung am Beispiel einer Stadt
- Heimalltag als Qualitätsprüfstein für ein neues Pflegeheimkonzept

Neben der Bereitstellung allgemeiner Planungsdaten und besonderer Planungshilfen bemüht sich das Kuratorium auch um die Verwirklichung von Einrichtungen, die das Leben der alten Menschen in der eigenen Wohnung erleichtern bzw. erst ermöglichen.

Hierzu zählen etwa die Bildung von „Telefonketten“, die Einrichtung „Essen auf Rädern“ und Maßnahmen zur Wohnungsanpassung.

Das KDA macht derartige Einrichtungen durch Veröffentlichungen bekannt und fördert die Ausbreitung solcher Einrichtungen durch gezielte Beratung daran interessierter Kommunen, Verbände etc.

Auch die unmittelbare finanzielle Unterstützung bestimmter Einrichtungen, wie etwa des „Essens auf Rädern“, gehört zu den eingesetzten Förderinstrumenten des KDA.

Ein Schwerpunkt der Dienstleistungen des Kuratoriums besteht außerdem in der projektspezifischen Beratung einzelner Planer sowie öffentlicher und privater Träger besonderer Vorhaben oder Problemstellungen der Altenhilfe.

Als besondere Serviceeinrichtung des KDA wirkt das Institut für Altenwohnheimbau.

Sein Hauptaufgabenbereich liegt in der Beratung von Sozialplanern, Architekten und Trägern von Altenhilfemaßnahmen. Dabei gliedert sich die Wohnbauberatung in die Abteilungen Architektur und Sozialwirtschaft.

Das Aufgabengebiet der Abteilung Architektur reicht von Standortanalysen, schriftlichen und zeichnerischen Rahmenkonzeptionen sowie Projektberatungen bis zu Gutachten zu abgeschlossenen Planungen, mündlicher Einzelberatung und produktunabhängiger Information. Die ersten Vorberatungen zu einzelnen Projekten sind dabei in der Regel kostenlos.

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe e.V. (KDA) ist für die *Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen* unter mehreren Gesichtspunkten von Bedeutung.

So setzt sich der Verein mit den Problemen des Lebens und insbesondere mit den Problemen des Wohnens alter Menschen auseinander und erarbeitet konkrete Anregungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation.

Weiter bemüht sich das Kuratorium im Bereich des Wohnungswesens und der Wohnungswirtschaft um eine altengerechte Gestaltung von Wohnungen. Gleichzeitig strebt das KDA eine Einbettung der Altenwohnungen in ein Netz spezieller Serviceleistungen von Betreuung und Pflege an, um das Leben in der eigenen Wohnung so lange und so gut wie möglich zu sichern. Hierzu werden sowohl praktische Hinweise gegeben als auch Konzepte entwickelt.

Für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen können insbesondere die Broschüren und Informationen des KDA genutzt werden, die sich mit den

Daneben hat die Abteilung arbeitswissenschaftliche und wohnmilieubezogene Untersuchungen in abrufbare Planungskriterien für Pflegeheime umgesetzt, die als Basis für die Konzipierung und Realisierung von Modellpflegeheimen dienen.

Die Abteilung Sozialwirtschaft befaßt sich schwerpunktmäßig mit der Beschaffung und Zusammenführung von planungsbedeutsamen Informationen über aktuelle Trends in verschiedenen Feldern der Altenhilfe. Daneben werden Vorschläge zur Gestaltung des Unterrichts in Altenpflegeschulen erarbeitet. Themen sind dabei u. a. die Verfahren der Gesprächsführung, die aktivierende Pflege und der Sterbebeistand.

Ein weiteres Gebiet der Abteilung Sozialwirtschaft besteht in der Gestaltung angemessener Lebens- und Arbeitsbedingungen im Pflegebereich stationärer Altenhilfeeinrichtungen.

Als Serviceleistung bietet die Abteilung die Mitwirkung bei der Entwicklung von Pflege- und Betreuungskonzepten für im Bau befindlichen oder bestehenden Einrichtungen an.

Zusätzlich bietet die Abteilung die Beratung und Mitwirkung bei der Konzeptionierung und Durchführung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für leitende Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und für Pflegepersonal in Heimen an.

Weiterhin wird eine Beratung hinsichtlich der Organisation des Pflegebereichs, insbesondere hinsichtlich der Personaleinsatzplanung und der Tages- bzw. Arbeitsablaufplanung, angeboten.

Zuletzt bestehen Angebote projektunabhängiger Planungshilfen zu Einzelfragen der Gestaltung des Hauswirtschaftsbereiches in Einrichtungen der stationären Altenhilfe mit Detailbereichen Verpflegung, Hausreinigung und Wäsche.

Auf Antrag bezuschußt das Kuratorium die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen in den Bereichen Altenhilfe und Altenbetreuung.

An Problemen der Altenhilfe und Altenbetreuung interessierte erhalten auf Anforderung Informationen über die Aktivitäten des Kuratoriums.

Problemen von Hilfe und Pflege im Alter auseinanderzusetzen.

Dabei wendet sich die Broschüre „Hilfe und Pflege im Alter“ in erster Linie an die betroffenen alten Menschen und ihre Familienangehörigen, Freunde und Nachbarn, die für sie sorgen. Gerade für pflegende Familienangehörige selbst ergeben sich durch die Pflegetätigkeit gesundheitliche Belastungen.

Die Broschüre will aber auch dem weiteren sozialen Umfeld die besondere Lage hilfe- und pflegebedürftiger alter Menschen, und pflegender Angehöriger nahebringen und Verständnis und Hilfsbereitschaft wecken.

Insgesamt ist ein großer Teil der Materialien des KDA für eine breitere Darstellung und Behandlung der Zusammenhänge von Wohnen und Gesundheit, insbesondere im Lebensbereich alter Menschen, gut geeignet. Ein Teil der Vorstellungen und Vorschläge des KDA kann auch für die Gesundheitsprobleme im Wohnbereich Behindertener und chronisch Kranker genutzt werden.

- KDA -

Serviceleistungen

Empfehlungen

LANDESARBEITS- GEMEINSCHAFT FÜR GESUNDHEITS- ERZIEHUNG BADEN-WÜRTTEMBERG e.V.

– LAG –

Adresse	Johannesstraße 75 7000 Stuttgart 1
Ansprechpartner	Herr Gebauer (Geschäftsführer)
Telefon	07 11/6 36 80 55
Telefax	07 11/62 85 20

Die Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung Baden-Württemberg e.V. (LAG) wurde 1985 gegründet und löste die damalige Landeszentrale für Gesundheitsförderung Baden-Württemberg e.V. ab.

Die LAG hat über 100 Mitglieder, die sich überwiegend aus Institutionen, Organisationen, Verbänden und Vereinigungen des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens zusammensetzen, so z. B. die Kammern der Heilberufe, Krankenkassen, Wohlfahrtsverbände und Regionale Arbeitsgemeinschaften für Gesundheitserziehung. Die LAG besteht in der üblichen Vereinsstruktur: Mitgliederversammlung, Vorstand und Beirat und sie unterhält zur Erfüllung ihrer Aufgaben eine Geschäftsstelle mit zzt. zehn hauptamtlichen Mitarbeitern (davon 3 halbtags).

Finanziert wird die LAG vor allem durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Frauen Baden-Württemberg. Hinzu kommen Mittel von Mitgliedern der LAG, die institutionelle Verantwortung übernommen haben.

Der Zweck der LAG ist es, durch Aufklärung und Gesundheitserziehung die gesundheitsbewußte Einstellung der Bevölkerung sowie die Gesundheitsvorsorge zu fördern.

Die Aufgaben der LAG sind lt. Satzung:

- Abstimmung und Erfahrungsaustausch über gesundheitserzieherische und gesundheitsbildende Maßnahmen auf Landesebene mit den auf Landes- und Bundesebene auf dem Gebiet der Gesundheitserziehung tätigen Personen, Organisationen und Behörden,
- Erarbeitung von Empfehlungen für Form und Inhalt der Gesundheitserziehung und Gesundheitsbildung sowie der Erfolgskontrolle mit dem Ziel einer Optimierung,
- Sammlung, Sichtung, Auswertung und Vermittlung von Informations- und Aufklärungsmaterial zum Thema Gesundheit,
- Planung und Durchführung gemeinsamer überregionaler gesundheitsfördernder Maßnahmen,

Aufgaben und Ziele der Institution

- LAG -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- Beratung und Unterstützung bei Maßnahmen, die der Gesundheitsförderung dienen, sowie Ausarbeitung von Vorschlägen zur Gesundheitserziehung und Gesundheitsbildung für Behörden, Körperschaften, Verbände und Gruppen, insbesondere auch für Kindertagesstätten und Schulen,
- Unterstützung der Regionalen Arbeitsgemeinschaften für Gesundheitserziehung bei den Gesundheitsämtern,
 - Zusammenarbeit mit den öffentlichen Medien zur Verwirklichung der Ziele der Arbeitsgemeinschaft.

Die inhaltliche Arbeit der LAG orientiert sich neben den Themen des Weltgesundheitstages und anderer internationaler Kampagnen, wie z. B. „Europa gegen den Krebs“, besonders an eigenen Jahresthemen, wie z. B.

- Gesundheit und Schule (1987)
- Gesundheit und Familie (1988)
- Gesundheit und Sport (1989)
- Gesundheit und Arbeit (1990)
- Alter und Gesundheit (1991)
- Gesundheit und Umwelt (1992/1993)
- Gesundheit und Freizeit (1994/1995)

Ausgangspunkt für die Umsetzung der Themen ist jeweils eine Landestagung mit Referaten zu Forschungsergebnissen und Praxiserfahrungen sowie Arbeitsgruppen zu Teilbereichen des Themenschwerpunktes. Die hier gewonnenen Erkenntnisse und Empfehlungen werden veröffentlicht (siehe Medienangebot) und dienen mit anderen Materialien der weiteren Behandlung des Themas auf regionaler und örtlicher Ebene, z. B. durch die Regionalen Arbeitsgemeinschaften für Gesundheitserziehung. Fortbildungsangebote in Kooperation mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Lehrer- und Erzieherfortbildung sowie der Sozial- und Arbeitsmedizinischen Akademie Baden-Württemberg runden die Aktivitäten zur Umsetzung der Themenschwerpunkte ab.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Arbeit der LAG ist die Unterstützung der zahlreichen Regionalen Arbeitsgemeinschaften mit Handreichungen, Medien, Modellseminaren und durch die Förderung von Projekten durch Projektmittel.

Medienangebote

Das umfangreiche Medienangebot der LAG dient sowohl der Information der Mitglieder der LAG und ihrer Schlüsselpersonen als auch der Aufklärung der Bevölkerung

Als Periodikum erscheinen vierteljährlich die „Sozialhygienischen Mitteilungen“, die als Informationsdienst von der Baden-Württembergischen Gesellschaft für Sozialmedizin e.V., der LAG, der Sozial- und Arbeitsmedizinischen Akademie Baden-Württemberg und dem Medizinischen Landesuntersuchungsamt herausgegeben werden (Einzelexemplare kostenlos). Ferner erscheint vierteljährlich LAG AKTUELL, ein Info-Dienst für Mitgliedsorganisationen und Regionale Arbeitsgemeinschaften.

In der Schriftenreihe „Forum-Gesundheit“ werden die Referate und Arbeitsergebnisse der jährlichen Arbeitstagungen veröffentlicht sowie andere Tagungsberichte wie z. B.

- „Nichtraucher-Programm Baden-Württemberg“
Asperger Konferenz 1986
- Frau und Gesundheit 2. Symposium 1989

und Studienergebnisse wie z. B.

- „Gesundheitserziehung in der Schule“ von Prof. Dr. Dr. Rudolf Affemann
- „Möglichkeiten der Gesundheitserziehung im Sportverein“ von Prof. Dr. Rieder (Einzelexemplare kostenlos)

Zu dem Medienangebot der LAG gehört weiterhin eine Faltblattreihe für die Bevölkerung, z. B.

- „Besser sehen mehr erleben“
- „Bewegung macht Spaß auch Ihrem Kind“
- „Pausenbrot – Schüler kommen auf den Geschmack“
- „Hautkrebs ein vermeidbares Risiko“
- Gesundheitsinitiative, wie z. B. Kommunale Prävention, Schultheater

Für die Regionalen Arbeitsgemeinschaften wurde ein Handbuch „Gesundheit in Baden-Württemberg“ erarbeitet mit Hinweisen und Tips für die praktische Arbeit, einigen Grundlagen zur Gesundheitserziehung und Beispielen aus der Praxis. Außerdem werden Projekte der Regionalen Arbeitsgemeinschaften in Broschüren beschrieben (außerhalb Baden-Württembergs kostenverursachend).

AV-Medien der LAG zur Gesundheitserziehung werden durch den Landesfilmdienst Baden-Württemberg verliehen, der von der LAG für Neuankäufe, die Entleihe und die Herausgabe eines Sonder-Filmkataloges „Gesundheit“ subventioniert wird.

Ein Verzeichnis der verfügbaren Materialien ist vorhanden und kann bei der LAG angefordert werden

Außerdem unterhält die LAG eine AIDS-Info-Börse, die ebenfalls angefordert werden kann.

Serviceleistungen

Neben dem Medienangebot bietet die LAG weitere Dienste, die sowohl der Umsetzung von Schwerpunktthemen gewidmet sind als auch dazu beitragen sollen, die Infrastruktur der Regionalen Arbeitsgemeinschaften zu fördern.

So werden Seminare durchgeführt zu den Themen AIDS, z. B. Methodenseminar zur AIDS-Beratung, Öffentlichkeitsarbeit zur Suchtprävention für Schülerzeitungsredakteure; zur gemeindenahen Gesundheitserziehung unter dem Motto „Die Gesundheit liegt in der Hand unserer Gemeinden“ für Bürgermeister und Mandatsträger.

Zusammen mit der Landesärztekammer unterhält die LAG eine Referentenkartei und vermittelt Referenten zu den verschiedensten Themen

In Kooperation mit der LAG führt die Sozial- und Arbeitsmedizinische Akademie Baden-Württemberg Lehrgänge für die ehrenamtlichen Multiplikatoren der Regionalen Arbeitsgemeinschaften und einen Fortbildungsgang zur Gesundheitserziehung durch.

– LAG –

Serviceleistungen

Die LAG verfügt über mehrere interessante Veröffentlichungen, wie z. B. die Schriftenreihe „Forum-Gesundheit“, so daß das Schriftenverzeichnis und auch die AIDS-Info-Börse angefordert werden sollten, um über das Themenspektrum informiert zu sein.

Die jährlichen Symposien und auch die Seminare der LAG sind jeweils besonderen Themen gewidmet, wie „Frau und Gesundheit“, so daß für speziell Interessierte die Aufnahme in den Verteiler zu empfehlen ist

Für Mitarbeiter, die an Fortbildung interessiert sind, bietet das Fortbildungsprogramm der Sozial- und Arbeitsmedizinischen Akademie einige Möglichkeiten; das Programm kann bei der LAG bezogen werden

Für den Erfahrungsaustausch über Regionale Arbeitsgemeinschaften ist der Kontakt über die LAG mit dortigen Arbeitsgemeinschaften zu empfehlen.

Empfehlungen

LANDESARBEITS- GEMEINSCHAFT FÜR GESUNDHEITS- FÖRDERUNG SAARLAND e.V.

– LAGS –

Adresse	Talstraße 30, Postfach 391 6600 Saarbrücken 3
Ansprechpartner	Franz-Joachim Gigout (Geschäftsführer)
Telefon	06 81/5 84 70 93-94
Telefax	06 81/5 84 82 01

Die LandesArbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Saarland e.V. (LAGS) wurde im Dezember 1990 gegründet. Zweck der LAGS „ist die Förderung gesundheitsdienlicher Lebensweisen der saarländischen Bevölkerung“. Die Satzung nennt als Aufgaben des Vereins insbesondere:

- *Erfahrungsaustausch zu Schwerpunktthemen über gesundheitsfördernde Maßnahmen,*
- *Erarbeitung von Empfehlungen für Form und Inhalt der Gesundheitsförderung sowie der Wirksamkeitsprüfung (Evaluation) mit dem Ziel einer Optimierung,*
- *Sammlung, Sichtung, Auswertung und Vermittlung von Informations- und Aufklärungsmaterial zum Thema Gesundheit,*
- *Planung und Durchführung gemeinsamer gesundheitsfördernder Maßnahmen auf Landesebene,*
- *Beratung und Unterstützung bei Maßnahmen, die der Gesundheitsförderung dienen sowie Ausarbeitung von Vorschlägen zur Gesundheitsförderung für Kommunen, Körperschaften, Verbände, Gruppen und Behörden, insbesondere auch für Kindertagesstätten und Schulen,*
- *Unterstützung regionaler Arbeitsgemeinschaften, deren Zielsetzung Prävention auf Gemeindeebene ist,*
- *Zusammenarbeit mit den öffentlichen Medien zur Verwirklichung der Ziele der Arbeitsgemeinschaft,*
- *Erarbeitung von Empfehlungen zum Schaffen einer gesundheitsförderlichen Lebensumwelt, insbesondere Arbeitsumwelt.**

Die LAGS hat zur Zeit 14 Mitglieder:

- Allgemeine Ortskrankenkasse für das Saarland (AOK)
- Apothekerkammer des Saarlandes
- Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e.V. (AEV) und Verband der Angestellten-Krankenkassen e.V. (VdAK), Landesvertretung Saarland
- Arbeitsgemeinschaft leitender Krankenpflegepersonen im Saarland e.V. (ALK)
- Ärztekammer des Saarlandes

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- LAGS -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- Balance e.V. – Verein zur ganzheitlichen Gesundheitsbildung
- Betriebskrankenkassen, Landesverband Rheinland-Pfalz und Saarland (BKK)
- Bundesknappschaft, Verwaltungsstelle Saarbrücken
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrts-Verband Rheinland-Pfalz/Saarland e.V. (DPWW)
- Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Saarland e.V. (DRK)
- Kassenärztliche Vereinigung Saarland
- Landwirtschaftliche Krankenkasse für das Saarland
- Saarländische Krankenhausgesellschaft

Die Finanzierung erfolgt im wesentlichen über einen Zuschuß des saarländischen Ministeriums für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales und über Mitgliedsbeiträge. Diese betragen für Mitgliederorganisationen bzw. Gebietskörperschaften 500,- DM plus 10 Pfennige pro Mitglied bzw. Einwohner.

Die Organe der LAGS sind der Vorstand, der zur Zeit aus 11 Personen besteht, und die Mitgliederversammlung. Ordentliche Mitglieder des Vereins können nur juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts sowie Verbände, Vereine, Vereinigungen und Arbeitsgemeinschaften sein, die sich für den Zweck des Vereins einsetzen.

Die LAGS will die Ideen und Aktivitäten der verschiedenen Träger im Gesundheitsbereich unterstützen und gemeinschaftlich organisieren.

Die Geschäftsstelle hat ihre Tätigkeit erst im August 1991 aufgenommen.

Die LAGS sieht die Schwerpunkte ihrer Arbeit in der Multiplikatorenschulung, der Informationsvermittlung und in der Rolle als Koordinations- und Clearingstelle.

Medienangebote

Bisher verfügt die LAGS noch über keine eigenen Medienangebote in absehbarer Zeit ist zunächst einmal die Herausgabe eines INFO-Dienstes geplant. Auch die Verantwortung für den telefonischen Ansagedienst aus dem Gesundheitswesen soll an die LAGS übertragen werden.

Serviceleistungen

Angestrebt wird die Zusammenarbeit mit den Bereichen Lehrerfortbildung, Erwachsenenbildung und der betrieblichen Aus- und Weiterbildung sowie mit kommunalen Initiativen der Gesundheitsförderung. Hier ist vor allen Dingen an Angebote für Multiplikatoren und an die Unterstützung entsprechender Maßnahmen der Krankenkassen und sonstiger Sozialversicherungsträger gedacht.

Bei der Vorbereitung und Durchführung von Projekten anderer Träger im Bereich der Gesundheitsförderung bietet die LAGS Beratung und beim Vorliegen entsprechender Voraussetzungen auch finanzielle Unterstützung an.

Der Aufbau einer Infothek, die für einen möglichst breiten Interessentenkreis Ansprechpartner sein soll, ist vorgesehen.

Empfehlungen

Es empfiehlt sich, im frühen Planungsstadium einer eigenen Veranstaltung im Bereich der Gesundheitsförderung, Kontakt mit der LAGS aufzunehmen.

Auch bei speziellen Fragestellungen aus dem Gesundheitsbereich versucht die LAGS durch Information oder Weitervermittlung zu helfen.

LANDESINSTITUT FÜR ARBEITSMEDIZIN

(Landesgewerbearzt)

Adresse	Lorenzweg 5 1000 Berlin 42
Ansprechpartner	Dr. Hendrikje Zuschneid-Bertram (Lt. Medizinaldirektorin)
Telefon	0 30/7 55 09-0

Aufgaben und Ziele der Institution

Das Landesinstitut für Arbeitsmedizin nimmt in Berlin die Funktion des Landesgewerbearztes wahr. Als Behörde im öffentlichen Dienst ist es beim Senator für Gesundheit und Soziales, der obersten Arbeitsschutzbehörde, angesiedelt, stellt die Aufsichtsbehörde für den medizinischen Arbeitsschutz dar, arbeitet mit dem Landesamt für Arbeitsschutz und technische Sicherheit zusammen und pflegt den Erfahrungsaustausch mit der obersten Gesundheitsbehörde.

Die Aufgaben und Leistungen umfassen folgende Tätigkeitsbereiche:

- arbeitsmedizinische Beratung und Unterstützung der Arbeitsschutzbehörden;
- Aufsicht über die Ausführung gesetzlicher Arbeitsschutzvorschriften in arbeitsmedizinischen Fragen;
- Überwachung des medizinischen Arbeitsschutzes in Betrieben der öffentlichen Hand und in der öffentlichen Verwaltung;
- Mitwirkung bei der Ermächtigung von Ärzten durch andere Stellen und Überprüfung, ob die Auflagen eingehalten werden;
Mitwirkung bei der Durchführung des Berufskrankheitenverfahrens;
- Beratung der Betriebe und Verwaltungen bei der Einrichtung des betriebsärztlichen Dienstes sowie der Betriebsärzte;
- Sammlung, Auswertung und Veröffentlichung arbeitsmedizinischer Ergebnisse;

darüber hinaus

- gewerbeärztliche Orientierung über mögliche Gesundheitsgefahren durch Arbeitsweisen, Arbeitsstoffe, Arbeitsplätze, Betriebseinrichtungen und Anlagen; in diesem Rahmen werden Messungen am Arbeitsplatz durchgeführt;
- ärztliche Untersuchungen von Arbeitnehmern, arbeitsmedizinische Erhebungen (Klärung besonderer arbeitsmedizinischer Fragen, Vorsorgeuntersuchungen),
- Mitarbeit in Fachausschüssen, wissenschaftliche Veröffentlichungen,
- medizinischer Arbeitsschutz für werdende Mütter, Jugendliche, Schwerbehinderte, ausländische Arbeitnehmer, Rehabilitanden,
- Lehr-, Vortrags-, Informationstätigkeit zur Förderung der Kenntnisse über berufliche Gesundheitsgefahren und deren Verhütung.

**LANDESINSTITUT
FÜR
ARBEITSMEDIZIN**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Zielgruppen sind alle Arbeitnehmer und für Sicherheit Verantwortliche, auch solche im öffentlichen Dienst ebenso wie die gewerbliche Seite. Das Hauptgewicht liegt dabei auf dem Arbeitsschutz und auf der arbeitsmedizinischen Vorsorge. Das Landesinstitut für Arbeitsmedizin versteht sich als publikumsfreundliche Behörde und ist Ansprechpartner für alle Fragen im Bereich des Arbeitsschutzes.

Die Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsamt) ist nicht formell geregelt, findet aber im konkreten Einzelfall (z. B. Fortbildung von Amtsärzten, Jugendarbeitsschutz, gemeinsamen Besichtigungen bei übergreifenden Fragestellungen im Bereich der Bodensanierung bzw. anderen Sanierungsbaustellen) statt. Eine stärkere Zusammenarbeit böte sich an im Bereich der Umweltmedizin. Hier wird im

Rahmen der Berliner Verwaltungsreform eine institutionelle Umgestaltung diskutiert.

Zusammenarbeit erfolgt mit dem Landesamt für Arbeitsschutz und technische Sicherheit, Drontheimer Str. 32, 1000 Berlin 65, mit den Berufsgenossenschaften und mit den Ärzten in Klinik, Praxis, öffentlichem Gesundheitsdienst und arbeitsmedizinischen Zentren. Das Informationsmaterial der Berufsgenossenschaften ist besonders hervorzuheben.

Eine Zusammenarbeit erfolgt außerdem mit der Freien Universität Berlin, den Technischen Fachhochschulen, der Technischen Universität, Verwaltungsakademien, mit der Akademie für Arbeitsmedizin, mit den sozialen und sozialmedizinischen Diensten sowie den Sozialpartnern und interessierten Verbänden.

Medienangebote

Die produzierten Medien sind in der Hauptsache Druck-erzeugnisse, die im Sinne von Prävention und Aufklärung wirken sollen und sich an Arbeitnehmer wie an Verantwortliche für Gesundheitsschutz wenden

Regelmäßig erscheinen die:
Mitteilungen des Landesinstituts für Arbeitsmedizin Berlin, „LArbmed-Info“, im ersten und dritten Quartal des Jahres, mit Informationen aus dem Bereich des medizinischen Arbeitsschutzes

– Unregelmäßig zu speziellen Themen erscheinen: „Informationsblätter“, „Verlautbarungen“ oder „Gewerbeärztliche Tips: LArbmed-Tips“ zu Themen wie: Gefahrstoffe am Arbeitsplatz, Virushepatitis, Schwangerschaft

und Arbeitsschutz beim beruflichen Umgang mit Zytostatika

Broschüren zu speziellen Themen, z. B.:

„Eine Zimmerpflanze macht noch keinen Arbeitsplatz“ – Arbeitsstättenverordnung – Tips aus Gewerbeärztlicher Sicht

„Mutterschutz im Gesundheitswesen – aus der Sicht des medizinischen Arbeitsschutzes“

Informationsplakate

Die Medien können in beschränkter Menge kostenlos beim Landesinstitut angefordert werden.

**Service-
leistungen**

An Serviceleistungen (zu den Aufgaben gehörig) werden bundesweit vor allem telefonische und schriftliche Auskünfte angeboten, regional vor allem:

– Beratungen in gesundheitlichen Fragen des Arbeitsschutzes, die in Zusammenhang stehen mit beruflichen Faktoren. In den Beratungsgesprächen können Hilfestellungen gegeben werden; tätig werden kann das Landesinstitut jedoch nur in Belangen, die in seine dienstlichen Aufgabenbereiche fallen. Arbeitsmedizinische Untersuchungen werden in den wenig-

sten Fällen im Hause durchgeführt, sondern vergeben.

Referenten- und Vortragstätigkeiten zu Themen des medizinischen Arbeitsschutzes im Rahmen von Veranstaltungen für Personenkreise, die im Arbeitsschutz tätig sind, und in Universitäten, Institutionen und öffentlichen Veranstaltungen.

Untersuchungen von Arbeitsplatzbelastungen; für besondere Fragestellungen bedient sich der Gewerbearzt des Fachwissens von Spezialinstituten

Empfehlungen

Das Landesinstitut für Arbeitsmedizin verbindet die üblichen Aufgabenstellungen des Staatlichen Gewerbeärztlichen Dienstes mit allgemeinen arbeitsmedizinischen Untersuchungen und Beratungen.

Insofern ist das Landesinstitut besonders für regionale Anfragen in allen arbeitsmedizinischen Belangen zu empfehlen.

LANDESVEREIN FÜR GESUNDHEITSPFLEGE NIEDERSACHSEN e.V.

Adresse	Fenskeweg 2 3000 Hannover 1
Ansprechpartner	Herr Bodamer-Gehrmann (Geschäftsführer) Herr Dr. Stock (Geschäftsführender Zahnarzt der Abteilung Jugendzahnpflege)
Telefon	05 11/3 50 00 52 (Herr Bodamer-Gehrmann) 05 11/3 50 55 45 (Herr Dr. Stock)
Telefax	05 11/3 50 55 95

Der Landesverein für Gesundheitspflege Niedersachsen e.V. wurde 1905 als „Hauptverein für Volkswohlfahrt in Hannover“ gegründet, 1957 in „Landesverein für Volksgesundheitspflege Niedersachsen e.V.“ und 1986 in die jetzige Bezeichnung umbenannt. Der Landesverein hat lt. Satzung als Zweck, „einen Mittelpunkt für die Volksgesundheitspflege, insbesondere im Lande Niedersachsen, zu bilden und sowohl die sachlich als auch örtlich getrennt arbeitenden Einrichtungen für Volksgesundheitspflege und Gesundheitserziehung unbeschadet ihrer Selbständigkeit miteinander in Fühlung zu bringen und ihre Bestrebungen gegenseitig abzustimmen“.

Der Landesverein übernimmt die Aufgaben eines Landesausschusses und soll u.a.

- mit allen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen tätigen Behörden, Körperschaften, Verbänden usw. zusammenarbeiten,
- Grundsätze für Form und Inhalt der Gesundheits-erziehung ausarbeiten,
- umfassende Programme dafür planen und abstimmen,
- die Bildung von Bezirks- und Kreisausschüssen anregen und fördern.

Der Landesverein hat ca. 50 Mitglieder, darunter wichtige Institutionen des Gesundheitswesens, Krankenkassen, Verbände, Selbsthilfegruppen und Einzelpersonen. Seine Organe sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand, der bis zu 10 Mitglieder umfaßt und aus seiner Mitte den vierköpfigen geschäftsführenden Vorstand wählt. Dem Vorstand gehört zusätzlich mit beratender Stimme der Geschäftsführer an. Der Landesverein unterhält eine Geschäftsstelle mit mehreren hauptamtlichen Mitarbeitern.

Die konkreten Aufgabenschwerpunkte haben sich seit Mitte 1990 weiterentwickelt. Standen bis zu diesem Zeitpunkt Fortbildung von Schlüsselpersonen und publizistische Tätigkeit zur Förderung unspezifischer, primärer Prävention über personale Kommunikation

Aufgaben und Ziele der Institution

**LANDESVEREIN
FÜR
GESUNDHEITS-
PFLEGE NIEDER-
SACHSEN e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

und flankierende mediale Motivation im Vordergrund der Vereinstätigkeit, werden seitdem stärker initiierte und koordinierende Aufgaben wahrgenommen zum Aufbau gesundheitsfördernder Strukturen auf örtlicher wie auf Landesebene:

- Strukturentwicklung zur Gesundheitsförderung:
 - Geschäftsführung der „Niedersächsischen Kommission Gesundheitsförderung“, eines auf der Koalitionsvereinbarung der niedersächsischen Landesregierung basierenden Beratungsgremiums. Inhaltliche Zuarbeit zur Kommission u.a. durch Entwicklung und Abstimmung konzeptioneller Grundlagen.
 - Initiierung, Beratung und Unterstützung kommunaler Arbeitskreise für Gesundheitsförderung. Entwicklung und Durchführung bedarfsorientierter Fortbildung für die Arbeitskreise Organisation von Erfahrungsaustausch.
- Thematisch ausgerichtete Angebote:
 - Seminare zur Gesundheitserziehung im Vorschulalter, v.a. zu den Schwerpunktthemen Bewe-

gungserziehung, Medienerziehung, Sprachförderung, Ernährungserziehung, Psychomotorik, Umwelterziehung.

- Aus- und Fortbildung für Personen, die in der Karies-Gruppenprophylaxe tätig sind; Seminare zur Gewinnung und Motivierung von Multiplikatoren für Zahngesundheitserziehung
- Arbeitsfeld AIDS: Fortbildungsveranstaltungen für verschiedene Ansprechgruppen

Seit 1987 ist auch der Aufgabenbereich der Jugendzahnpflege in Niedersachsen dem Landesverein angegliedert, der mit den Mitgliedern, Partnern und Zielen der „Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege“ deren Arbeit fortführt.

Die finanziellen Mittel des Landesvereins setzen sich zusammen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuwendungen v.a. des Sozialministeriums Niedersachsen.

**Service-
leistungen**

Serviceleistungen des Landesvereins in Form von Seminarpaketen dienen der gesundheitserzieherischen/gesundheitsfördernden Tätigkeit der Partner

Themen sind dabei z.B.:

- Bewegungserziehung im Vorschulalter
- Umwelterziehung im Vorschulalter
- Jugendzahnpflege und Gruppenprophylaxe im Vorschul- und Schulalter

Im Zuge der Regionalisierung der gesundheitserzieherischen Bemühungen und der Intensivierung der Mitarbeit des Öffentlichen Gesundheitsdienstes werden die Seminare regional und durch die Gesundheitsämter organisiert.

Weitere Serviceleistungen werden den niedersächsischen Arbeitskreisen für Gesundheitsförderung angeboten in Form von Beratung, Erfahrungsaustausch und Fortbildung.

Empfehlungen

Die Erfahrungen des Landesvereins in der Fortbildung von Schlüsselpersonen, bei der Strukturentwicklung zur Gesundheitsförderung, der Regionalisierung der Gesundheitserziehung und Gründung von Kreisarbeitsgemeinschaften für Jugendzahnpflege sowie Initiierung und Förderung kommunaler Arbeitskreise für Gesundheitsförderung können bei gleichen Vorhaben erfragt werden.

LANDESVEREINIGUNG FÜR GESUNDHEITS- FÖRDERUNG e.V.

Schleswig-Holstein

Adresse	Flämische Straße 6--10 2300 Kiel 1
Ansprechpartner	Frau Dr. Rudolph Frau Hoppe
Telefon	04 31/9 42 94 04 31/9 38 59
Telefax	04 31/9 48 71

Als Mittelpunkt für die Gesundheitserziehung und Gesundheitspflege der Bevölkerung von Schleswig-Holstein wurde die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e.V. im Dezember 1966 in Kiel gegründet

Sie hat über 200 Mitglieder, überwiegend Einzelpersonen und alle wichtigen Institutionen und Verbände des Gesundheits- und Bildungswesens. Die Organe der Landesvereinigung sind die Mitgliederversammlung und der zehnköpfige Vorstand, der aus seiner Mitte den Geschäftsführer wählt. Zur Beratung des Vorstandes besteht außerdem ein wissenschaftlicher Beirat.

Die Finanzierung der Tätigkeit der Landesvereinigung erfolgt über die Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse der Landesversicherungsanstalt und Krankenkassen, der Landesärzte- und Zahnärztekammer und vor allem über die Zuwendungen des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Energie Schleswig-Holstein

Die satzungsgemäßen Aufgaben der Landesvereinigung sind,

- geeignetes Material des In- und Auslandes zur Förderung der Gesundheitserziehung und -pflege zu sammeln und auszuwerten,
- mit allen in Frage kommenden Einrichtungen und Personen zusammenzuarbeiten und Anregungen zu geben,
- Programme zur Förderung der Gesundheitserziehung und Gesundheitspflege sorgfältig zu planen, anzuregen und zu unterstützen.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, kooperiert die Landesvereinigung sehr eng mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung, den Krankenkassen, den Wohlfahrtsverbänden, vor allem aber mit den Gesundheitsämtern des Landes

Die Angebote der Landesvereinigung richten sich an ausgewählte Bevölkerungsgruppen in bestimmten Lebensspannen wie Erwerbsalter, Ruhestand und insbesondere Kindheit und Jugend. Nur beispielhaft können hier Aktivitäten genannt werden:

Aufgaben und Ziele der Institution

**LANDES-
VEREINIGUNG
FÜR
GESUNDHEITS-
FÖRDERUNG e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- In Kindertagesstätten wird die gesundheitserzieherische Arbeit der Erzieher/innen durch Fortbildungsangebote gefördert und mit geeigneten Medien – dazu gehört auch der Einsatz einer Puppenbühne – unterstützt.
- In Schulen hat die Gesundheitserziehung durch Schulgesetz, Gesundheitsdienstgesetz und in den Lehrplänen einen festen Platz zugewiesen bekommen. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Praxis und Theorie der Schulen gibt es z. B. Fortbildungsangebote für die Lehrkräfte. In Pilotprojekten: „Praktische Gesundheitserziehung in der Grundschule“ (82/83) und „Praktische Gesundheitserziehung an der Realschule“ (86 – 88), wurden Materialien und Unterrichtsvorschläge sowie Anregungen zur Umsetzung erarbeitet und erprobt.
- In Altenwohn- und -pflegeheimen werden Schulungen für die Mitarbeiter/innen angeboten, um auch Gesundheitsförderung im Alter realisieren zu können

Weitere Schwerpunkte der Aufgabenerfüllung der Landesvereinigung sind:

- der Vortragsdienst für regionale Veranstaltungsträger wie Volkshochschulen, Familienbildungsstätten, Selbsthilfevereinigungen etc.;
- die Geschäftsführung verschiedener thematisch ausgerichteter Arbeitskreise, z.B. „Schule und Gesundheit“, „Senioren und Gesundheit“, „Gesundheitserziehung und -förderung durch das Gesundheitsamt“. Diese Arbeitskreise, in denen jeweils Vertreter verschiedenster Institutionen mitwirken, gewährleisten einen kontinuierlichen Informations- und Erfahrungsaustausch und ermöglichen die gemeinsame Planung und Realisierung neuer Projekte;
- die regionale Gesundheitserziehung über die Gesundheitsämter und andere örtliche Einrichtungen, die mit Programmen, Ausstellungen und anderen Medien unterstützt werden

Medienangebote

Die Landesvereinigung will mit ihrem Medienangebot die Gesundheitserziehung in den Schwerpunkten Kindertagesstätten, Schulen, den Regionen und der Erwachsenenarbeit fördern, indem sie Materialien zum Einsatz durch die Multiplikatoren bereithält sowie zur Information der Endadressaten

Zu aktuellen Themen stellt die Landesvereinigung Medienmappen zusammen, in denen Faltblätter und Broschüren der Landesvereinigung selbst und die anderer Herausgeber enthalten sind (Einzelexemplare kostenlos)

Auch Berichte über Pilotprojekte und besondere Angebote der Gesundheitsförderung werden veröffentlicht (Einzelexemplare kostenlos), wie z.B.

- „Praktische Gesundheitserziehung in der Grundschule“, in der Reihe „Wegweiser für die Lehrerfortbildung“ vom Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule (IPT) herausgegeben,

„Praktische Gesundheitserziehung in der Realschule“, herausgegeben vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Schleswig-Holstein,

„Steinburger Gesundheitstage“ Darstellung der Kooperationsmöglichkeiten verschiedener Institutionen und Vereinigungen auf örtlicher Ebene,
„Gesunde Kinder – unsere Verantwortung“, Aufgaben und Möglichkeiten der genetischen Beratung,
„Die reisende Frühstücksbar in Schleswig-Holstein“ eine Aktion für das gemeinsame Schulfrühstück

Zu dem Medienangebot der Landesvereinigung gehören weiterhin Filme und Videokassetten zu verschiedenen Gesundheitsthemen, die entweder bei der Geschäftsstelle oder bei dem LandesfilmDienst entliehen werden können, sowie Ausstellungstafeln und Kleinarstellungen der BZgA.

Eine 1987 eingerichtete Medienarbeitsgruppe sichtet vorhandene Medien zur Gesundheitserziehung und wählt sie für den Einsatz in Schleswig-Holstein aus

**Service-
leistungen**

Die Serviceleistungen der Landesvereinigung sollen vor allem die gesundheitserzieherische Arbeit der Kooperationspartner und Multiplikatoren unterstützen

Einen wichtigen Platz nimmt dabei der Vortragsdienst ein, der von über 200 Partnern mit über 1500 Veranstaltungen jährlich genutzt wird. Dieser Vortragsdienst, durch den über 300 Ärzte und andere Fachkräfte vermittelt werden können, umfaßt Kurse z. B. zum Autogenen Training, zur Gewichtsreduktion und zum Nichtrauchertraining sowie Einzelvorträge z. B. zu den Themen „Naturgemäße Heilmethoden“, „Allergien“, „AIDS“, „Wechseljahre“ usw.

Die Multiplikatorenschulung ist eine weitere wichtige Serviceleistung der Landesvereinigung. Diese geschieht durch Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Erzieher/innen, Lehrer/innen, Multiplikatoren bei

Volkshochschulen, Landfrauenverbänden und Familienbildungsstätten in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Trägern bzw. zuständigen Institutionen

Weiterhin unterstützt die Landesvereinigung die Aktivitäten Dritter durch personelle oder materielle Hilfe

Mit über 200 000 jährlich verschickten Faltblättern und Broschüren an Ärzte/Zahnärzte, Krankenhäuser, Gesundheitsämter, Schulen, Standesämter, Familienbildungsstätten, Beratungsstellen und Einzelpersonen ist der Medienversand eine weitere wichtige Serviceleistung der Landesvereinigung

Die Gesundheitstips durchs Telefon über den Postservice, die audiovisuellen Medien und die Medienschau in der Geschäftsstelle der Landesvereinigung, die einen Überblick über die vorhandenen Medien gibt, ergänzen die Serviceleistungen der Landesvereinigung

Empfehlungen

Die reichhaltigen Angebote der Landesvereinigung sind auf das Land Schleswig-Holstein orientiert, wo der Vortragsdienst, die Multiplikatorenschulung und die Materialien, die nach Themen geordnet in einer Medienmappe zusammengefaßt sind, zu empfehlen sind

Vereinigungen, die einen Vortragsdienst einrichten wollen, ist zu empfehlen, die Erfahrungen der Landesver-

einigung zu erfragen, ebenso die Erfahrungen mit Arbeitskreisen und örtlichen Aktivitäten.

Für die Zusammenarbeit von Gesundheitsamt und Schule gibt es Anregungen durch die Dokumentation der Modellprojekte „Praktische Gesundheitserziehung in der Schule“

LANDWIRTSCHAFTLICHE UNTERSUCHUNGS- UND FORSCHUNGS- ANSTALTEN

Es gibt 17 Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalten (LUFA), die unterschiedlichen Trägern wie Ministerien, Landwirtschaftskammern und Bezirksverbänden unterstehen

Sie sind zusammen mit anderen Anstalten und Instituten im Verband Deutscher Landwirtschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsanstalten e. V. (VDLUFA) zusammengeschlossen.

Die Anschriften der VDLUFA und der 17 regionalen Anstalten folgen anschließend. Außerdem wird als ein Beispiel die Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt in Speyer beschrieben.

Verband Deutscher Landwirtschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsanstalten (VDLUFA)
Bismarckstraße 41A
6100 Darmstadt
Tel.: 0 61 51/2 64 85
Telefax: 0 61 51/29 33 70

Landw. Untersuchungs- und Forschungsanstalt
Siebengebirgsstraße 200
Postfach 30 07 09
5300 Bonn 3
Tel.: 02 28/4 34 (0) 2 00
Telefax: 02 28/43 44 27

Bayer. Hauptversuchsanstalt für Landwirtschaft der TU München
8050 Freising (Weihenstephan)
Tel.: 0 81 61/71 (0) 33 84
Telefax: 0 81 61/71 42 16

Bayer. Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau
Vöttinger Straße 38
8050 Freising
Tel.: 0 81 61/71 (0) 36 00
Telefax: 0 81 61/71 41 02
Menzinger Straße 54
8000 München 19
Tel.: 0 89/17 99 (1) 3 12
Telefax: 0 89/1 79 93 13

Institut für Angewandte Botanik der Universität
Marseiller Straße 7
Postfach 30 27 62
2000 Hamburg 36
Tel.: 0 40/41 23 (1) 23 31
Telefax: 0 40/41 23 65 93

Landw. Untersuchungs- und Forschungsanstalt
Finkenborner Weg 1 A
Postfach 10 06 55
3250 Hameln 1
Tel.: 0 51 51/60 84 (0) 13
Telefax: 0 51 51/60 84 11

Staatl. Landw. Untersuchungs- und Forschungsanstalt
Augustenberg
Neßlerstraße 23
Postfach 43 02 30
7500 Karlsruhe 41 (Durlach)
Tel.: 07 21/46 47 (0) 100
Telefax: 07 21/4 64 71 12

Hess. Landw. Versuchsanstalt
Am Versuchsfeld 13
3500 Kassel
Tel.: 05 61/98 88 (0) 4 03
Telefax: 05 61/88 53 78
Rheinstraße 91
6100 Darmstadt
Tel.: 0 61 51/89 60 91
Telefax: 0 61 51/89 44 27

Landw. Untersuchungs- und Forschungsanstalt
Gutenbergstraße 75-77
Postfach 30 67
2300 Kiel 1
Tel.: 04 31/169 04 (0) 61
Telefax: 04 31/169 04 17

Landw. Untersuchungs- und Forschungsanstalt
Nevinghoff 40
Postfach 59 26
4400 Münster (Westf.)
Tel.: 02 51/23 76 (1) 7 45
Telefax: 02 51/2 37 65 21

Landw. Untersuchungs- und Forschungsanstalt
Jägerstraße 23-27
Postfach 25 49
2900 Oldenburg
Tel.: 04 41/8 01 (0) 8 20
Telefax: 04 41/80 11 80

Landw. Untersuchungs- und Forschungsanstalt
Obere Langgasse 40
Postfach 16 29
6720 Speyer
Tel.: 0 62 32/1 36 (0) 1 15
Telefax: 0 62 32/13 61 10

Landesanstalt für landw. Chemie (710) der Universität
Hohenheim
Emil-Wolff-Straße 14
Postfach 70 05 62
7000 Stuttgart 70
Tel.: 07 11/4 59 (0) 26 71

Landw. Untersuchungs- und Forschungsanstalt
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Graf-Lippe-Straße 1
2500 Rostock
Tel.: 00 37 81/3 75 41

**LANDWIRT-
SCHAFTLICHE
UNTERSUCHUNGS-
UND FOR-
SCHUNGS-
ANSTALTEN**

Landw. Untersuchungs- und Forschungsanstalt
des Landes Sachsen-Anhalt
Schiepziger Straße 29
4057 Halle-Lettin
Tel.: 00 37 46/60 12 17

Landw. Untersuchungs- und Forschungsanstalt
des Landes Brandenburg
Templiner Straße 21
1560 Potsdam
Tel.: 00 37 33/32 60

Landw. Untersuchungs- und Forschungsanstalt
des Landes Thüringen
Naumburger Straße 98
6909 Jena-Zwätzen
Tel : 00 37 78/41 12 13

Landw. Untersuchungs- und Forschungsanstalt
des Landes Sachsen
Custav-Kühn-Straße 8
7022 Leipzig
Tel : 00 37 78/5 52 81

LANDWIRTSCHAFTLICHE UNTERSUCHUNGS- UND FORSCHUNGSANSTALT

– LUFA –

Adresse Obere Langgasse 40
6720 Speyer

Ansprechpartner Prof. Dr. Rudolf Aldag

Telefon 0 62 32/1 36-0

Telefax 0 62 32/1 36-110

Die Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt Speyer (LUFA) ist eine kommunale Einrichtung des Bezirksverbandes Pfalz. Ihr Arbeitsgebiet sind die Dienstbezirke Rheinland-Pfalz und Saarland

1991 verfügte sie über 105 Mitarbeiter, darunter 11 wissenschaftliche Fachkräfte.

Im Bundesgebiet gibt es 12 in der Zielvorstellung gleichgerichtete Anstalten, die unterschiedlichen Trägern wie Ministerien und Landwirtschaftskammern unterstehen.

Die LUFA wurde 1875 gegründet mit dem Ziel, einen Beitrag zu einer Verbesserung und Steigerung der Agrarproduktion in der Landwirtschaft zu leisten. Veränderte Gesellschafts- und Umweltbedingungen erforderten jedoch im Laufe der Jahre zunehmend eine Erweiterung der Zielsetzung. Durch die Forschungs- und Kontrolluntersuchungen dient die LUFA dem Verbraucher- sowie dem Nahrungs-, Boden- und Umweltschutz. Die LUFA versteht sich als Mittler zwischen landbaulicher Praxis und der Wissenschaft.

Zu den satzungsgemäßen Aufgaben gehören:

- Untersuchungen zur Beurteilung und Begutachtung von landwirtschaftlichen Betriebsmitteln nichttechnischer Art (Böden, Futtermittel, Düngemittel, Inhaltsstoffe des Aufwuchses etc.)
- Versuchstätigkeit auf den Gebieten der Pflanzenernährung, Düngung, Saatguterzeugung, Futtermittelkunde und des Schadstoffverbleibs
- Angewandte Forschung auf den Gebieten der Agrarökologie und Agrarbiologie (Bodenfruchtbarkeit, Dünger, Umweltanalytik etc.)
Vornahme amtlicher Untersuchungen für die Kontrolle von Düngemitteln, Futtermitteln und Saatgut sowie Durchführung von Untersuchungen zur Gewässergüte, der Luft- und der Bodenqualität aufgrund einschlägiger gesetzlicher Bestimmungen
- Übernahme von Zulassungsuntersuchungen oder Zulassungsprüfungen nach den jeweils geltenden Richtlinien bei Pflanzenschutzmitteln
- Untersuchungen auf Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und anderen Bioziden bei Agrarerzeugnissen, Böden, Wasser sowie landwirtschaftlichen Betriebsmitteln
- Kernkraftüberwachung von seiten des Landbaues (Untersuchung von Böden und Aufwuchs)

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- LUFA -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- Erstellung von Gutachten in den genannten Aufgabenbereichen
- Vermittlung von Fachkenntnissen durch Einzelberatungen, Vorträge und Veröffentlichungen aus den Aufgabenbereichen 1-8

Einen zunehmenden Stellenwert haben jene Untersuchungen, die bei akuten Schadfällen Kausalzusammenhänge schnell klären und Entscheidungshilfen liefern müssen.

Impulse für ihre Untersuchungs- und Forschungstätigkeit erhält die LUFA vornehmlich aus einschlägigen

gesetzlichen Bestimmungen und den Forschungen der landbaulichen Praxis. Neben Forschungsaufträgen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, übernimmt die LUFA auch Aufträge aus der Privatwirtschaft.

Die Zusammenarbeit mit anderen wissenschaftlichen Institutionen ist neben Ausbildung und Schulung von Fachkräften ein weiterer wichtiger Bestandteil ihrer Tätigkeit. Besonders hervorgehoben wird die Zusammenarbeit mit dem Verband Deutscher Landwirtschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsanstalten (VDLUFA), in dem sich 115 wissenschaftliche Institutionen zusammengeschlossen haben.

Medienangebote

Die Tätigkeit der LUFA steht häufig im Problemfeld von Erzeugung und Verbrauch von Nahrungsmitteln. Sie muß sich einer möglichst emotionsfreien Einschätzung der Risiken auf diesem Gebiet stellen.

Dabei kommt es darauf an, komplizierte Wechselwirkungen der Öffentlichkeit in einer verständlichen Sprache transparent zu machen.

Die Veröffentlichungen der LUFA müssen daher vom Gutachten bis zur Verbraucherinformation reichen.

Erstellung von Gutachten

- Mitarbeit an Kongreßveröffentlichungen des VDLUFA
- Erstellung von Halbjahres- und Zweijahresberichten über die Tätigkeit und Arbeitsergebnisse der LUFA
- Publikationen in wissenschaftlichen Zeitschriften
- Beiträge in landwirtschaftlichen Fachblättern (Rheinland-Pfalz und Saarland)
- aktuelle populärwissenschaftliche Beiträge in der Tagespresse als allgemeine Verbraucherinformation

Serviceleistungen

Die LUFA sieht eine Aufgabe ihrer Arbeit in einer übergreifenden Beraterfunktion. Sie verfügt über Referenten, die alle Themenbereiche der Untersuchungs- und Forschungsarbeiten abdecken.

- Sie beteiligt sich mit Beiträgen an wissenschaftlichen Kongressen und Fachtagungen

- Auf Anfrage führt die LUFA Informationsveranstaltungen zu bestimmten Themenbereichen durch.
- Sie beteiligt sich an der Fortbildung verschiedener landwirtschaftlicher Berufsgruppen

Anfragen können telefonisch oder schriftlich an die LUFA gerichtet werden

Empfehlungen

Die Landwirtschaftliche Forschungs- und Untersuchungsanstalt Speyer bietet auf Anfrage an:

Beratung in akuten Fällen
Beratung und Mitarbeit bei Projekten im Rahmen ihrer Möglichkeiten

LANDESZENTRALE FÜR GESUNDHEITSBILDUNG IN BAYERN e.V.

– LZG –

Adresse	Rotkreuzplatz 2a 8000 München 19
Ansprechpartner	Vermittlung durch die Zentrale
Telefon	0 89/16 33 03

Die 1973 gegründete Landeszentrale für Gesundheitsbildung in Bayern e.V. (LZG) sieht ihren Zweck darin, eine Schaltstelle zwischen den für die Gesundheit verantwortlichen Behörden, medizinischen Gremien und Laienverbänden zu sein, um alle Impulse der Gesundheitsbildung zu fördern und zu unterstützen.

Die LZG hat sich satzungsgemäß zur Aufgabe gestellt,

- mit den zuständigen Behörden, Körperschaften, Berufsvertretungen und sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens zusammenzuarbeiten,
- Richtlinien und Programme für die Gesundheitsbildung zu erarbeiten und sie gegebenenfalls selbst zu verwirklichen,
- Ausbildung und Weiterbildung von Multiplikatoren für Gesundheitsbildung durchzuführen,
- den Mitgliedern durch Erfahrungsaustausch, Vermittlung von Anregungen, Lehrmitteln, Anschauungsmaterial sowie bei der Organisation von Veranstaltungen zu helfen.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben unterhält die LZG eine Geschäftsstelle mit z.Zt. 7 Arbeitsplätzen. Ihre Organe sind die Mitgliederversammlung, der mit sieben Personen besetzte Vorstand (wovon mindestens drei Vertreter ordentlicher Mitgliedsverbände sein müssen) und der Beirat, der den Vorstand in sachlicher Hinsicht berät.

Die ca. 40 Mitglieder der LZG sind Organisationen, Verbände und Vereinigungen z.B. aus den Bereichen der Erwachsenenbildung, der Ärzteorganisationen, der Wohlfahrtsverbände, der Sozialversicherung und der Selbsthilfe sowie einige Einzelpersonen.

Traditionell stützt sich die LZG auf die Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen, Kneippvereinen, Selbsthilfegruppen und den entstandenen Arbeitsgemeinschaften für Gesundheitsbildung vor Ort mit vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen. Deren Arbeit wird gefördert durch Ausstellungen, Druckschriften, Referentenkartei und finanzielle Unterstützung für Projekte und für die Fortbildung von Schlüsselpersonen aus Kindertagesstätten, Schulen und der Seniorenarbeit.

Orientierung für die thematische Schwerpunktbildung sind aktuelle Probleme wie Krebsfrüherkennung und die permanenten wie Ernährung, Suchtgefahren usw., weiter das jährliche Thema des Weltgesundheitstages oder selbstgestellte Themen, die in einer jährlichen öffentlichen Tagung von Fachleuten behandelt und in einer Broschüre veröffentlicht werden.

Aufgaben und Ziele der Institution

LZG in Bayern

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Themen des Weltgesundheitstages werden in Eröffnungsveranstaltungen unter Beteiligung vieler Organisationen und Vereinigungen in München und anderen Städten Bayerns für die Bevölkerung dargestellt.

Die LZG finanziert ihre eigene Arbeit und die ihrer Mitgliedsverbände über einen institutionellen und einen Projekt-Haushalt, die aus den Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuwendungen der Ministerien gebildet werden

Medienangebote

Das vielfältige Medienangebot der LZG soll vor allem die gesundheitsbildende Arbeit der Mitglieder und Kooperationspartner unterstützen, es steht aber auch dem interessierten Bürger zur Verfügung

Es setzt sich zusammen aus Materialien, die von der LZG, z T in Zusammenarbeit mit bayerischen Behörden und Verbänden, erstellt worden sind und aus Materialien, die von anderen, z B von der BZgA, übernommen werden

Zu den Publikationen gehören die Dokumentationen der Jahrestagungen, in denen u.a. folgende Themen behandelt wurden:

- „Naturheilkunde in der modernen Medizin“ (1983)
 - „Jugend '85— Gesund in die Zukunft“ (1985)
 - „Allergien - eine neue Volksseuche?“ (1988)
 - „Elektromagnetische-natürliche Felder, Wetter und Gesundheit“ (1989)
- (Einzelexemplare kostenlos.)

In Form eines Medienpaketes stehen Wanderausstellungen mit Geräten und Begleitmaterial wie Faltblätter und Broschüren für die Ausstellungsbesucher sowie Folien und Handreichungen für Referenten zur Verfügung. Die behandelten Themen sind z B .

- „Krebsfrüherkennungsuntersuchungen“
- „Alkohol“
- „Rauschmittel“
- „Nikotin“

(Informationen über die Ausstellungen erteilt die LZG, ebenso die Verleihbedingungen.)

Das Informationsmaterial zu einzelnen Themengruppen hat die LZG in Mappen zusammengestellt. Eine Liste mit thematischer Gliederung kann bei der LZG angefordert werden. Neben den Informationsschriften und Ausstellungen hält die LZG auch audiovisuelle Medien zur Ausleihe bereit. Eine Liste darüber ist ebenfalls vorhanden.

Serviceleistungen

Der größte Teil der Aktivitäten der LZG besteht in den Serviceleistungen für die Partner, die landesweit aktiv sind. Zu den Serviceleistungen gehört

die finanzielle Unterstützung von Aktionen der Mitglieder,
die Referentenkartei, die nach Postleitzahlen und Themen geordnet ist und auch die Kursleiter für

„Nichtrauchertraining“ und „Gewichtsreduktion“ enthält,
die Unterstützung von Examensarbeiten Studierender, die als zukünftige Multiplikatoren angesehen werden, durch die LZG und ihre Vorstandsmitglieder, und die Information und Beratung von Bürgern zu verschiedenen Fragen zu Gesundheit und Krankheit

Empfehlungen

Die besondere Ausrichtung der LZG konzentriert die Empfehlungen auf bayerische Interessenten. Diesen ist anzuraten, das Verzeichnis der nach Themen gegliederten Materialmappen anzufordern, die einen umfassenden Überblick über die vorhandenen Printmedien geben

Zu den weiteren empfehlenswerten Medien gehören die Dokumentation der Jahrestagungen und schließlich

die Medienpakete mit Wanderausstellungen, Geräten und Begleitmaterialien

Bei den Serviceleistungen sei besonders auf die Referentenkartei hingewiesen.

Interessenten aus anderen Bundesländern sollten sich im Einzelfall über mögliche Zusammenarbeit bei der LZG informieren.

LANDESZENTRALE FÜR GESUNDHEITS- ERZIEHUNG IN RHEINLAND-PFALZ e.V.

– LZG –

Adresse	Karmeliterplatz 3 6500 Mainz
Ansprechpartner	Herr Schmidt-von Hülst (Geschäftsführer)
Telefon	0 61 31/23 37 11 u. 23 37 12 u. 23 37 13 22 99 16 (Medienbestellung)
Telefax	0 61 31/22 11 67

1973 wurde die Landeszentrale für Gesundheitserziehung in Rheinland-Pfalz e.V. (LZG) in Mainz gegründet als eine gemeinnützige, politisch und konfessionell nicht gebundene Vereinigung. Der LZG gehören über 50 Verbände, Organisationen und Vereinigungen an wie Ärztekammern und Berufsverbände, Wohlfahrtsverbände, Krankenkassen, Selbsthilfegruppen und weitere Verbände aus dem Sozial- und Bildungsbereich sowie einige Einzelpersonen

Die LZG hat sich zum Ziel gesetzt, durch wissenschaftlich fundierte Gesundheitsaufklärung und -erziehung das körperliche, seelisch-geistige und soziale Wohlbefinden aller Bürger von Rheinland-Pfalz zu erhalten und zu fördern.

Die satzungsgemäßen Aufgaben sehen u. a. vor:

- Planung und Koordination der Bestrebungen auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung
- Erfahrungsaustausch, Abstimmung und Zusammenarbeit mit den auf dem Gebiet des Gesundheitswesens tätigen Einrichtungen
- Entwicklung, Auswertung, Sammlung und Verbreitung von Materialien zur Gesundheitsförderung
- Erarbeitung von Grundsätzen für Form und Inhalt der Gesundheitserziehung
- Aus- und Fortbildung von Personen, die für die Gesundheitserziehung tätig sind
- Durchführung eigener Aktionen und Unterstützung Dritter bei Maßnahmen zur Gesundheitsförderung
- Beratung in Fragen der Gesundheitsförderung
- Bildung und Unterstützung regionaler Arbeitskreise für Gesundheitsförderung
- Öffentlichkeitsarbeit für die Bevölkerung durch Nutzung der Medien
- Planung, Durchführung und Auswertung von Pilotprojekten zur Gesundheitserziehung

Die Organe der LZG sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand, der aus dreizehn Mitgliedern besteht, einschließlich dem nicht stimmberechtigten Geschäftsführer. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben unterhält die LZG eine Geschäftsstelle mit z.Zt. 12,5 Stellen. Sie wird finanziell getragen durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und institutionelle und projektgebundene Zuwendungen des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz und des Kultusministeriums

Aufgaben und Ziele der Institution

LZG In Rheinland-Pfalz

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Geschäftsstelle ist in drei Sachgebiete untergliedert:

- Gesundheitsförderung
Suchtprophylaxe
- AIDS-Schulungs- und Informationszentrum

Die Zielgruppen der Maßnahmen der LZG sind die Bürger des Landes und Multiplikatoren, hier insbesondere Lehrer, Mitarbeiter des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und AIDS-Beratungsfachkräfte. Der methodische Schwerpunkt der Arbeit liegt in der personalen Kommunikation mit Fortbildungsangeboten für die verschiedenen Multiplikatoren und in der Initiierung und Unterstützung von regionalen Arbeitskreisen zur Suchtprophylaxe. Ziel ist es, z. B. die Lehrerfortbildung mehr zu einer Querschnitts-Aufgabe werden zu lassen, um eine Vernetzung von Aktionen zur schulischen Gesundheitserziehung zu erreichen.

Solche Aktionen waren z. B.:

- „Nichtraucher bleiben – Ohne Rauch geht's auch“ mit einem Klassenwettbewerb und Aktionen der Schüler zum Thema Nichtrauchen außerhalb der Schule – in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium Rheinland-Pfalz, dem AOK-Landesverband Südwest und dem Landessportbund.
- „FREizeit FREiheit – SuchtFREI“ mit dem Aufruf an Jugendliche, ihr Freizeitverhalten durch Bilder, Videos, Hörspiele, Theaterstücke usw. darzustellen – in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz.

Insgesamt strebt die LZG eine Regionalisierung der Gesundheitsförderung an durch die Zusammenarbeit mit den örtlichen Multiplikatoren sowie der regionalen Arbeitskreise für Suchtprophylaxe.

Medienangebote

Das umfangreiche Medienangebot der LZG dient den beiden konzeptionellen Ausrichtungen:

Medien für die Unterstützung der Multiplikatoren
Medien für die Information spezieller Zielgruppen der Bevölkerung

Für die Multiplikatoren stehen z. B. zur Ausleihe zur Verfügung:

- Ausstellungen zu den Themen Alkohol, AIDS, Drogen, Behinderte, Krebs usw.
- AV-Medien zu den Themen Alkohol, Rauchen, psychosoziale Gesundheit, Ernährung usw.
- Test- und Demonstrationsgeräte zum Sehen, Hören, Rauchen usw.
- Humanbiologische Lehrmodelle, Präparate, Schau- und Lehrtafeln über Organe, zur Sexualerziehung, Zahngesundheit usw.

Ein ausführlicher Medienkatalog informiert über die Medien und die Verleihbedingungen (in Rheinland-Pfalz i. d. R. kostenlos)

Über die Aktivitäten der LZG informiert das monatliche „Blitz-Info“ die Mitglieder der LZG und andere Interessierte

Außerdem bringt die LZG eine Schriftenreihe unter dem Titel „Materialien zur Gesundheitserziehung“ heraus, in der neben den Jahresberichten der LZG besondere Themen behandelt werden, wie z. B.

- „Zum Umgang mit AIDS“
- „Gesundheitserziehung in der Schule – Unterrichtshilfen zum Thema (Nicht-)Rauchen“

Für die Information der Bevölkerung hält die LZG außerdem Broschüren und Faltblätter bereit. Folgende Themengruppen werden vor allem berücksichtigt:

- Gesunde Lebensführung allgemein
- Gesundheitsvorsorge Kinder und Jugendlicher
- Ernährung
- Zahngesundheit
- Umwelt
- Unfallschutz/-verhütung
- Alkohol
- AIDS
- Drogen
- Rauchen

Über die Druckschriften gibt es kein Verzeichnis, der Bezug ist in Rheinland-Pfalz kostenlos.

Serviceleistungen

Den Schwerpunkt bei den Serviceleistungen bildet das umfangreiche Fortbildungsangebot der LZG, das sich vor allem an Lehrer, Mitarbeiter der Suchtprävention und des Öffentlichen Gesundheitsdienstes wendet

Die jährlich 20–25 mehrtägigen Veranstaltungen zur Lehrerfortbildung befassen sich z. B. mit folgenden Themen:

- Suchtprävention
- AIDS
- Umwelt
- Ernährung
- Sexualerziehung

Das 1987 eingerichtete „AIDS-Schulungs- und Informationszentrum (ASIZ)“ bietet Schulungsveranstaltungen für Lehrer, Schulerzeitungsredakteure, AIDS-Fach-

kräfte in den Gesundheitsämtern, den Mitarbeitern der außerschulischen Jugendarbeit und von Drogenberatungs- und -therapieeinrichtungen an. Außerdem steht umfangreiches Informationsmaterial zur Verfügung

Zur weiteren Unterstützung der Gesundheitserziehung in Kindergarten, Schule und Erwachsenenbildung unterhält die LZG in ihren Räumen ein „Lehrerinformationszentrum (LIZ)“. Interessierte können sich hier über die vorhandenen Unterrichtshilfen, Demonstrationsmaterialien und Fachbücher informieren und diese direkt oder per Fernleihe ausleihen (Bedingungen auf Anfrage)

Abgerundet werden die Serviceleistungen der LZG durch den Telefonischen Ansagedienst über den Postservice „Aktuelles aus dem Gesundheitswesen“, eine Referentenkartei, die Lieferung von Druckschriften und eine umfassende Präsenzbibliothek

Die Landeszentrale für Gesundheitserziehung in Rheinland-Pfalz e.V. hat ein breites Spektrum innerhalb des Medien- und des Service-Angebotes.

Es empfiehlt sich, für die verschiedenen Vorhaben entweder die Materialien oder die Erfahrung der LZG zu nutzen. Letzteres bezieht sich auf die Lehrerfortbildung, die Initiierung und Unterstützung von regionalen Arbeitskreisen der Suchtprävention und auf die Tätigkeit des „AIDS-Schulungs- und Informationszentrums (ASIZ)“

Bei den Materialien sind es vor allem die, die in dem Medienkatalog (Ausstellungen, Testgeräte, Modelle, Druckmedien usw.) verzeichnet sind, und der bei der LZG angefordert werden sollte.

Wer an den Aktivitäten und Themen der LZG interessiert ist, sollte sich in den Verteiler für das „Blitz-Info“ aufnehmen lassen

**LZG in
Rheinland-Pfalz**

Empfehlungen

LEUKÄMIE-LIGA e.V.

Adresse Abteilung Hämatologie, Onkologie
und Klinische Immunologie
der Universitätsklinik Düsseldorf
Mohrenstraße 5
4000 Düsseldorf

Ansprechpartner Frau Hartmann

Telefon 02 11/3 11-77 20

Die Leukämie-Liga wurde 1989 als gemeinnütziger Interessenverband zur Bekämpfung bösartiger Blutkrankheiten im Erwachsenenalter gegründet. Die Initiatoren gehen davon aus, daß die staatliche Unterstützung bei der Bekämpfung bösartiger Blutkrankheiten unzureichend ist und daß es private Initiative erfordert, die Leukämitherapie zu fördern und das Schicksal von Leukämiekranken in medizinischer und humaner Hinsicht zu verbessern.

Ziele und Aufgaben im einzelnen sind:

Unterstützung und Förderung

- der Erforschung der Leukämie und anderer bösartiger Blutkrankheiten
- der Verbesserung der Therapie von Leukämiekranken
- der Öffentlichkeitsarbeit über Ursachen und Behandlungsmöglichkeiten bösartiger Blutkrankungen
- der Bewältigung der oft sehr schwierigen Lebenssituationen der Patienten.

Die Leukämie-Liga finanziert sich über Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Gremien sind: Vorstand, Mitgliederversammlung und Wissenschaftlicher Beirat.

Dem Wissenschaftlichen Beirat gehören führende Ärzte und Wissenschaftler an, die in der Forschung sowie in Diagnostik und Therapie der Leukämie tätig sind.

Aufgaben und Ziele der Institution

Es liegt ein Faltblatt zur Selbstdarstellung der Leukämie-Liga e.V. vor, mit Zielen und Aufgaben der Organisation sowie Adresse und Telefonnummer. Weiterhin hält die Leukämie-Liga e.V. auf Anfrage Informationsschriften zur Erkennung und Behandlung von Leukämieerkrankungen bereit.

Medienangebote

**LEUKÄMIE-LIGA
e.V.**

**Service-
leistungen**

Da der Verein erst 1989 gegründet wurde, können noch keine Serviceleistungen angeboten werden. Auf telefonische oder schriftliche Anforderung kann jedoch mitgeteilt werden, wie die Aufgaben und Ziele der Organisation unterstützt werden können. Ferner können Informationsschriften über Leukämieerkrankungen angefordert werden.

Ebenso können bei Bedarf Adressen von Spezialisten für bösartige Bluterkrankungen angefordert werden.

Empfehlungen

Die Leukämie-Liga e.V. gibt Auskunft über Ursachen und Behandlungsmöglichkeiten bei bösartigen Bluterkrankungen

Außerdem können Adressen von Spezialisten angefordert werden

MEDIZINISCHES INSTITUT FÜR UMWELTHYGIENE AN DER HEINRICH-HEINE- UNIVERSITÄT DÜSSELDORF

Adresse Auf'm Hennekamp 50
4000 Düsseldorf 1

Ansprechpartner Frau Dr. Katharina Beyen
(Leiterin des Referates Forschung
und Öffentlichkeitsarbeit)

Telefon 02 11/3 38 92 16

Das Medizinische Institut für Umwelthygiene ist an der Universität Düsseldorf angesiedelt und wird zu gleichen Teilen durch die Bundesrepublik Deutschland und durch das Land Nordrhein-Westfalen finanziert. Die fachlich-wissenschaftlichen Publikationen des Institutes und aus dem Institut sind vor allem als Grundlagenmaterial für die Gesundheitserziehung im Bereich Umweltbelastungen und Gesundheitsbeeinträchtigungen sowie Regionalunterschiede in den Gesundheitsbelastungen geeignet

**Für den
eiligen Leser**

Das Medizinische Institut für Umwelthygiene an der Universität Düsseldorf wurde 1962 als Medizinisches Institut für Lufthygiene und Silikoseforschung gegründet.

Das Institut ist eine Einrichtung der Gesellschaft zur Förderung der Lufthygiene und Silikoseforschung e.V. und wird jeweils zur Hälfte durch die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen finanziert.

Die Aufgabenstellung des Medizinischen Institutes für Umwelthygiene hat sich in den zurückliegenden drei Jahrzehnten deutlich verändert. Zunächst waren die Erforschung der Staublungenerkrankungen einerseits und die Untersuchung medizinischer Probleme der Luftverunreinigung andererseits die Hauptaufgabenfelder der Einrichtung.

Mit der wachsenden Bedeutung des Umweltschutzes verlagerte sich der Aufgabenschwerpunkt des Institutes in den Bereich der Umwelthygiene. Als Folge dieser Entwicklung erhielt das Institut Ende der siebziger Jahre seinen jetzigen Namen.

Die heutige Aufgabe des Umwelthygiene-Institutes besteht vor allem darin, umweltbedingte Gefahren für die menschliche Gesundheit aufzudecken und wissenschaftliche Grundlagen für geeignete Maßnahmen zur Abwendung umweltbedingter Gesundheitsschäden zu erarbeiten. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei dem Zusammenwirken mehrerer Umweltschadstoffe gewidmet.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

**MEDIZINISCHES
INSTITUT FÜR
UMWELTHYGIENE
AN DER
HEINRICH-HEINE-
UNIVERSITÄT
DÜSSELDORF**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Zur Bewältigung dieser Aufgabenstellung verfolgt das Institut ein ausgeprägt interdisziplinäres Forschungskonzept.

So sind an der Mehrzahl der Untersuchungsvorhaben Wissenschaftler aus unterschiedlichen Fachrichtungen beteiligt, die aus den verschiedenen Abteilungen des Institutes kommen. Neben experimentellen Untersuchungen führt das Umwelthygiene-Institut seit einer Reihe von Jahren auch breit angelegte epidemiologische Untersuchungen an großen Bevölkerungsgruppen in unterschiedlich belasteten Gebieten durch. Das Institut ist in diesem Zusammenhang auch maßgeblich an den im Rahmen der Luftreinhaltepläne durchgeführten Untersuchungen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung in Ballungsgebieten Nordrhein-Westfalens beteiligt.

Neben diesen neueren umweltmedizinischen Aufgaben des Institutes werden weiterhin die Entstehung sowie die Vorbeugung und Behandlung der Silikose untersucht.

Zusätzlich zu seinen Forschungsaufgaben hat das Medizinische Institut für Umwelthygiene auch Beratungsaufgaben. So werden Landes- und Bundesbehörden mit Gutachten, Auskünften und in Fragen des Umweltschutzes unterstützt. Ebenso werden Auslandsreisende und Auslandsurlaubsreisende bei tropentypischen Erkrankungen beraten und versorgt. Das Institut pflegt seit seiner Gründung enge Kontakte zur Universität Düsseldorf und zu Wissenschaftlern des In- und Auslands.

Hier bestehen Kooperationsvereinbarungen u. a. mit dem Institut of Health of China National Center of Preventing Medicine der Volksrepublik China, dem Institut of Public Health der John Hopkins University in Baltimore, mit dem Institut für Hygiene und Epidemiologie in Prag sowie mit dem Pasteur-Institut in Paris. Das Institut ist außerdem WHO-Referenzlabor zur Abschätzung der Bleibelastung und Bleiwirkung.

Medienangebote

Das Medizinische Institut für Umwelthygiene an der Universität Düsseldorf gibt jährlich einen umfangreichen Tätigkeitsbericht heraus, in dem über die Arbeit des Institutes und seiner einzelnen Abteilungen berichtet wird. In diesem Jahresbericht werden vor allem auch die jeweils laufenden Forschungsvorhaben ausführlich dargestellt.

Der größte Teil der Veröffentlichungen, die das Institut neben dem Jahresbericht hervorbringt, sind Monographien und Publikationen in Fachbüchern und Fachzeitschriften sowie Vorträge auf Fachtagungen, die aus den laufenden Forschungsprojekten hervorgehen. Derzeit befaßt sich das Institut mit dem Aufbau einer

Umweltdatenbank, in der die Wirkungsweise einzelner Umweltschadstoffe sowie das Zusammenwirken mehrerer Umweltschadstoffe gespeichert werden sollen. Zu wichtigen Forschungsergebnissen verbreitet das Medizinische Institut für Umwelthygiene Pressemeldungen.

Ein Verzeichnis der Vorträge, Aufsätze, Monographien und sonstigen Publikationen des Institutes wird im jeweiligen Jahresbericht veröffentlicht. Dieser Jahresbericht kann über den Buchhandel bezogen werden, eine beschränkte Menge steht zur kostenlosen Weitergabe an Universitätsinstitute und öffentliche Einrichtungen zur Verfügung.

**Service-
leistungen**

Das Medizinische Institut für Umwelthygiene an der Universität Düsseldorf führt Grundlagenforschung und Einzelbereichsuntersuchungen zur Erfassung, Erkennung und Verdeutlichung von umweltbedingten Gesundheitsgefahren durch. Ein Teil dieser Untersuchungen wird dabei im Auftrag von Behörden und anderen öffentlichen Auftraggebern und mit deren Mitteln erstellt.

Ein Schwerpunkt dieser Forschungsarbeit sind Untersuchungen über Häufigkeit und Umweltbedingtheit von Krebserkrankungen, insbesondere Lungenkrebs. Dazu gehört auch die Suche nach geeigneten und ungefährlichen Ersatzstoffen für die krebserzeugenden Faserarten wie z. B. Asbest.

Ein anderer Schwerpunkt ist die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Luftverunreinigungen und Atemwegserkrankungen. Hier wird durch Auswertung von Erkrankungsdaten der Frage nachgegangen, ob Atemwegserkrankungen, wie z. B. Pseudokrapp und Bronchitis, in Belastungsgebieten häufiger auftreten als in Reinluftgebieten.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Forschungsbemühungen des Institutes betrifft die Frage, ob Umweltschadstoffe Einfluß auf allergische Reaktionen haben und in welchem Maße Umweltschadstoffe die körpereigene Erkrankungsabwehr stören können.

Untersucht werden im Bereich der Umweltschadstoffe auch die Auswirkungen der Belastung des Körpers mit Schwermetallen wie Quecksilber, Cadmium und Blei sowie mit organischen Verbindungen, insbesondere chlorierten Kohlenwasserstoffen. Dabei stehen die Auswirkungen von Umweltschadstoffen auf das Nervensystem, die Niere und das Immunsystem im Vordergrund.

Ein Forschungsschwerpunkt des Umwelthygiene-Institutes ist der Bereich der Belastungsreaktionen auf geruchsintensive Stoffe und auf Verkehrs- und Industrielärm.

Hier werden Feldstudien über den Zusammenhang von Belastung und Belästigung und Untersuchungen zur Objektivierung von Geruchswirkungen durchgeführt. Durch epidemiologische Studien werden die Belästigungswirkungen verschiedener Lärmarten wie Betriebs- und Verkehrslärm ermittelt. Daneben wird die Wirksamkeit von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in Wohngebieten und von Schallschutzmaßnahmen auf Autobahnen untersucht.

Neben seinen umweltmedizinischen Forschungsleistungen erbringt das Umwelthygiene-Institut auch umweltmedizinische Beratungsleistungen. Es hat hierzu eine umweltmedizinische Beratungsstelle eingerichtet, die auf Veranlassung niedergelassener Ärzte Patienten daraufhin untersucht, ob und inwieweit eine Erkrankung auf Belastungen durch die Umwelt zurückzuführen ist, und die den Arzt bei der Entwicklung einer entsprechenden Therapie unterstützt.

Darüber hinaus sind die Mitarbeiter des Institutes als Sachverständige und Gutachter zu Umweltfragen tätig. Das Institut insgesamt berät Behörden des Bundes und der Länder zu Fragen des Umweltschutzes. Jährlich werden vom Institut etwa zwei bis drei Tagungen zu unterschiedlichen Forschungsschwerpunkten veranstaltet. Dabei sind die im Institut selbst durchgeführten Tagungen in der Regel kostenlos. Zu Tagungen an anderen Orten und mit externen Referenten müssen die Teilnehmer einen Kostenbeitrag leisten.

Das Medizinische Institut für Umwelthygiene an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ist ein wichtiger Ansprechpartner für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen.

So können die Ergebnisse der Forschungsarbeiten des Umwelthygiene-Institutes herangezogen werden, um die Gesundheitsrisiken besser abschätzen zu können, die beispielsweise von preisgünstigen, aber lärm- und schadstoffbelasteten Baustandorten und Bauflächen für den zukünftigen Nutzer ausgehen. Gleiches gilt auch für die Gesundheitsrisiken billiger, aber schadstoffbelasteter Baustoffe

Durch die Umweltmedizinische Beratungsstelle kann das Umwelthygiene-Institut über allgemeine Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen hinaus unmittelbare Gesundheitsbeeinträchtigungen und Erkrankungsursachen im Wohnfeld von Betroffenen aufspüren helfen

Die Umweltdatenbank des Umwelthygiene-Institutes stellt darüber hinaus ein wichtiges Hilfsmittel dar, schon erarbeitete Ergebnisse zu umweltmedizinischen Fragestellungen auch für solche Problembereiche verfügbar zu machen, für die bisher noch keine Grunduntersuchungen vorliegen.

**MEDIZINISCHES
INSTITUT FÜR
UMWELTHYGIENE
AN DER
HEINRICH-HEINE-
UNIVERSITÄT
DÜSSELDORF**

Empfehlungen

NATIONALE AIDS-STIFTUNG

Adresse Adenauerallee 58
5300 Bonn 1

Ansprechpartner Frau Kristine Reis (Geschäftsführerin)

Telefon 02 28/21 40 98

Die Nationale AIDS-Stiftung wurde Ende 1987 von der damaligen Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, ins Leben gerufen. Die Stiftung geht auf eine Anregung des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl zurück, Stifter waren der Verband der privaten Krankenversicherung e.V., die Daimler-Benz AG und das Deutsche Rote Kreuz. Zu dem Anfangsvermögen von 1 000 000,- DM stifteten der Verband der Lebensversicherungs-Unternehmen e.V. und das Deutsche Hilfswerk zu, so daß mit anderen Zustiftungen das Stiftungsvermögen mittlerweile 3,5 Mio. DM beträgt.

Der satzungsgemäße Zweck der Stiftung ist es, „AIDS zu bekämpfen und AIDS-Infizierten und -Kranken zu helfen“. Dieses soll insbesondere verwirklicht werden durch

1. Förderung der wissenschaftlichen AIDS-Forschung und ihrer Anwendung einschließlich der Förderung der Forschung zur Stärkung des Immunsystems und der Infektionswegeforschung,
2. Verbesserung der Versorgung und Betreuung von Infizierten und Kranken,
3. Gewährung von Unterstützung in Härtefällen,
4. Durchführung und Förderung aller sonstigen Maßnahmen, die geeignet sind, dem Stiftungszweck zu dienen.“

Die Arbeit der Stiftung konzentriert sich daher auf zwei Schwerpunkte:

1. Einzelfallhilfe, die schnell und unbürokratisch individuelle Notlagen von HIV-Infizierten oder an AIDS erkrankten Menschen lindern soll, wenn die Kosten nicht von anderen Trägern übernommen werden,
2. Förderung der Forschungsansätze zur Erkennung der Infektionswege, des Infektionsverlaufs und der Infektionsabwehr, für sozialwissenschaftliche Studien und Evaluationsmaßnahmen.

Von der Gründung bis heute (Stand einschl. Juni 1991) gingen bei der Stiftung 974 Anträge auf Bereitstellung von Stiftungsmitteln für Einzelpersonen und Projekte ein, 797 davon wurden bewilligt. Insgesamt wurden in dieser Zeit mehr als 1,5 Mio. DM für satzungsgemäße Zwecke ausgegeben, wobei die Einzelfallhilfe mit mehr als 1,1 Mio. DM den Schwerpunkt bildet. Die Zahl der Anträge steigt ständig: 342 Anträge in den Jahren 88/89 stehen 209 in den ersten sechs Monaten des Jahres 1991 gegenüber. Der weitaus größte Teil (90,9 %) aller Anträge wurde 1990 von Institutionen/Betreuern

Aufgaben und Ziele der Institution

NATIONALE AIDS-STIFTUNG

Aufgaben und Ziele der Institution

gestellt. In 77,7 Prozent aller Fälle gelang es im selben Jahr, über eine Bewilligung innerhalb von zwei Wochen zu entscheiden. In mehr als der Hälfte der Fälle betrug die Zahlung pro Person im Jahr 1990 weniger als 1000 DM. Die Zweckbestimmung der bewilligten Gelder lag in beiden Tätigkeitsjahren schwerpunktmäßig in den Bereichen „Wohnung“ und „Sicherung des Lebensstandards“. Obwohl die Stiftung bundesweit arbeitet, kamen 1990 40,5 Prozent aller positiv entschiedenen Anträge aus Berlin.

Die Stiftung wird geleitet von dem Stiftungsrat und dem Vorstand, Beratungsgremien sind das Kuratorium und der wissenschaftliche Beirat.

Dem Stiftungsrat gehören neben je einem Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes und des Verbandes der privaten Krankenversicherung bis zu 13 weitere Mitglieder an, die berufen werden. Der Stiftungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter, er entscheidet in allen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, beruft die Mitglieder des Vorstandes, des Kuratoriums und des wissenschaftlichen Beirates und beschließt über den Haushaltsplan und die Jahresrechnung.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und höchstens zwei weiteren Mitgliedern. Sie werden berufen und dürfen nicht dem Stiftungsrat angehören. Der Vorstand führt die Geschäfte der Stiftung nach der

Satzung und den Beschlüssen des Stiftungsrates, vertritt die Stiftung, erstellt den Haushaltsplan, Aktions- und Maßnahmenplan, Jahresbericht und -rechnung und kann im Einvernehmen mit dem Stiftungsrat einen Geschäftsführer bestellen. Dem vom Stiftungsrat berufenen Kuratorium gehören bis zu 15 Mitglieder an, sie sollen Vertreter der Wohlfahrtsverbände und kommunalen Spitzenverbände und andere fachkundige Personen sein. Das Kuratorium soll den Stiftungsrat unterstützen und Vorschläge für die Verwendung der Mittel machen. Der ebenfalls vom Stiftungsrat berufene wissenschaftliche Beirat soll diesen in allen Fragen des wissenschaftlichen Förderungsprogramms beraten, dessen Durchführung begleiten und Vorschläge dazu machen.

Während die Antragszahlen und die Ausgaben kontinuierlich steigen, decken die Einträge aus dem Stiftungskapital gerade die Kosten der Verwaltung (zweieinhalb Stellen). Das bedeutet, daß die Stiftung durch Spendenprojekte den Fluß ihrer Einnahmen sicherstellen muß, um ihre satzungsgemäßen Aufgaben erfüllen zu können.

Anfang 1989 hat sich die Nationale AIDS-Stiftung mit der DEUTSCHEN AIDS-STIFTUNG „Positiv leben“, Köln, zur Arbeitsgemeinschaft deutscher AIDS-STIFTUNGEN zusammengeschlossen. Zweck der Zusammenarbeit ist die Schaffung eines einheitlichen Bildes in der Öffentlichkeit und die Koordination großer Spendenprojekte.

Medienangebote

Entsprechend der Haupttätigkeit und Zielsetzung der Nationalen AIDS-Stiftung gibt es kein Medienangebot.

Serviceleistungen

Die wichtigste Leistung der Stiftung ist entsprechend der Ziele die materielle Hilfe für HIV-infizierte und AIDS-kranke Bürgerinnen und Bürger. Diese Hilfe, die meist in enger Zusammenarbeit mit AIDS-Hilfegruppen, Beratungsstellen, Kliniken und Ärzten geleistet wird, bezieht sich vor allem auf drei Bereiche:

- 1 Die Unterstützung im sozialen Bereich beinhaltet Kostenzuschüsse zu Wohnung (Mietkaution, Maklergebühr, Renovierung), Kleidung, Nahrung, Beihilfen zur Sicherung des Arbeitsplatzes usw.
- 2 Im psychosozialen Bereich sollen die Beihilfen auch zur Vermeidung von Vereinsamung beitragen (Fahrtkosten, Begegnung mit Angehörigen)

3 Ggf. werden die Kosten für einen Rechtsbeistand übernommen.

Der andere Teil der Stiftungsleistungen ist die Förderung der wissenschaftlichen AIDS-Forschung. Hier werden besondere Projekte gefördert, die sich auf medizinische oder sozialwissenschaftliche Fragestellungen beziehen oder gezielte Evaluationsmaßnahmen sind.

Zu beiden Förderungsbereichen – Einzelfallhilfe und Forschung – gibt es Vergaberichtlinien, die bei der Stiftung angefordert werden können.

Empfehlungen

Für die, die in der Beratung und Betreuung von HIV-infizierten und AIDS-kranken Menschen tätig sind, ist es wichtig, die Möglichkeiten der Nationalen AIDS-Stiftung zu kennen und ggf. für Betroffene zu nutzen.

Außerdem sollte an Möglichkeiten gedacht werden, die Arbeit der Stiftung durch Spendenaktionen zu unterstützen.

NATIONALE KONTAKT- UND INFORMATION- STELLE ZUR ANREGUNG UND UNTERSTÜTZUNG VON SELBSTHILFE- GRUPPEN DER DEUTSCHEN ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTHILFEGRUPPEN e.V.

– NAKOS –

Adresse	Albrecht-Achilles-Str. 65 1000 Berlin 31
Ansprechpartner	Klaus Balke (Vorstandsmitglied) Doris Hanisch Wolfgang Thiel
Telefon	0 30/8 91 40 19

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (DAGSHG), Friedrichstraße 28, 6300 Gießen, wurde 1975 als gemeinnütziger Verein gegründet, um die Bildung und die Arbeit von Selbsthilfegruppen anzuregen und zu unterstützen. 1984 hat die DAGSHG die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) eingerichtet. Die NAKOS hat seitdem die Funktion einer bundesweiten unabhängigen, problemübergreifenden Informations- und Vermittlungsinstanz für Selbsthilfegruppen und Selbsthilfegruppen-Interessenten sowie für Fachleute, Verbände, Behörden, Medien und die allgemeine Öffentlichkeit übernommen. Dabei arbeitet sie mit über 130 lokalen Kontakt- und Informationsstellen zusammen.

Aus dem weiten Spektrum der unterschiedlichen Selbsthilfeszusammenschlüsse bemüht sie sich insbesondere um solche Gruppen, in denen die unmittelbare menschliche Begegnung am Wohnort im Vordergrund steht. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich eine Vielzahl solcher Selbsthilfegruppen gebildet. Sie genießen meist keinen Rückhalt bei großen Organisationen, Verbänden oder der öffentlichen Hand, wünschen aber und benötigen dringend Unterstützung.

Die Aufgaben der NAKOS sind:

- die Bereitstellung aller Informationen über die Existenz und Arbeitsweise von Selbsthilfegruppen
- die Verbreitung des Selbsthilfegruppen-Gedankens in der Öffentlichkeit
- die Organisation zielgruppenspezifischer Arbeitstreffen, um das Modell der Selbsthilfegruppen einem größeren Kreis Gleichbetroffener transparent zu machen.

Aufgaben und Ziele der Institution

- NAKOS -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Außerdem

- vermittelt die NAKOS Interessenten an Selbsthilfegruppen und hilft beim Aufbau neuer Selbsthilfegruppen,
- hilft sie, lokale oder regionale Unterstützungseinrichtungen für Selbsthilfegruppen aufzubauen (sogenannte Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen),
- bildet sie dort tätige ehrenamtliche und professionelle Unterstützer fort,
- wirkt sie insgesamt auf ein selbsthilfegruppenfreundliches Klima hin, wobei sie Entscheidungsträger der Sozial- und Gesundheitspolitik in Bund,

Ländern und Kommunen, der freien Wohlfahrtsverbände und der gesetzlichen Krankenversicherungen Förderungswürdigkeit, Bedarf und angemessene Wege der Unterstützung von Selbsthilfegruppen nahebringt.

Die NAKOS arbeitet als Projekt der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. mit drei festen Mitarbeitern in Berlin. Das Projekt wird in Kooperation mit dem Paritätischen Bildungswerk Bundesverband e.V., Frankfurt, durchgeführt. Gefördert wird es aus den Mitteln der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales in Berlin.

Medienangebote

Mit ihren Medienangeboten, die sich in erster Linie auf Printmedien beschränken, will die NAKOS Informationen über die Arbeitsweise und Möglichkeiten von Selbsthilfegruppen vermitteln.

In diesem Zusammenhang erstellt sie Informationsmaterialien und Arbeitshilfen (Faltblätter, Broschüren, Plakate, Selbsthilfegruppen-Zeitung), die Selbsthilfegruppenteilnehmern und Interessenten bzw. beruflichen Helfern Informationen vermitteln bzw. Aufgaben von speziellen Selbsthilfegruppen-Unterstützungseinrichtungen beschreiben.

Mit ihren Medien will NAKOS eine breite Öffentlichkeit, insbesondere auch Entscheidungsträger im sozial- und Gesundheitsbereich ansprechen

Periodische Medien sind:

- Selbsthilfegruppen Nachrichten
Sie erscheinen einmal jährlich. In erster Linie als Mitgliederzeitung konzipiert, versteht sich die SN als Forum für alle, die sich mit dem Gedanken der Selbsthilfe befassen.
Die SN informiert ihre Mitglieder über neue und bestehende Selbsthilfegruppen und enthält Tagungsberichte, Erfahrungsberichte der örtlichen Vereine, sowie Informationen über die Öffentlichkeitsarbeit der NAKOS.

- Info Brief
Der Info Brief gibt Aktuelles aus der Arbeit der NAKOS an die örtlichen Unterstützungsstellen für Selbsthilfegruppen weiter. Er erscheint vierteljährlich.

Als nicht periodische Medien erstellt NAKOS eine Reihe von Faltblättern und Broschüren. Beispielhaft seien genannt:

- Starthilfe – Zum Aufbau von Selbsthilfegruppen – Leitfaden für Gründer
- Adressenliste von Personen und Einrichtungen, die Selbsthilfegruppen unterstützen.

Unter dem Oberbegriff Selbsthilfegruppen gibt die NAKOS Faltblätter für Betroffene und Angehörige heraus, in denen die Bewältigungsmöglichkeiten von Erkrankungen durch Selbsthilfegruppen aufgezeigt werden, z. B.: Multiple Sklerose – Epilepsie – Schlaganfall – Hirnverletzungen

Das Plakatangebot soll die Öffentlichkeit auf das Bestehen von Selbsthilfegruppen hinweisen und ist genauso wie die anderen erwähnten Medien kostenlos oder gegen eine geringe Spende erhältlich.

Serviceleistungen

Die NAKOS steht als Ansprechpartner für alle fachlichen Fragen auf dem Gebiet der Selbsthilfegruppenarbeit zur Verfügung

Von besonderer Bedeutung ist der Kontakt zu Journalisten, die der Arbeit von Selbsthilfegruppen abgeschlossen gegenüberstehen, und die die Selbsthilfegruppen-Idee weiter verbreiten bzw. bei konkreten Anregungsaktionen mitwirken wollen.

Die NAKOS unterstützt die Bildung lokaler Kontakt- und Informationsstellen (durch Beratung). In Städten ohne Anlaufstellen hält sie Kontakt zu einzelnen Personen (zumeist beruflichen Helfern), die Selbsthilfegruppen unterstützen.

Sie trägt im Rahmen fachspezifischer Arbeitstagungen und durch eigene Veranstaltungen zur Fortbildung von beruflichen Helfern des Sozial- und Gesundheitsbereichs bei und fördert die Entwicklung einer stabilen

Zusammenarbeit von beruflichen Helfern in Selbsthilfegruppen.

Sie koordiniert bundesweit Arbeitstagungen z. B. „Wie unterstütze ich Selbsthilfegruppen?“ (Sindelfingen 1986), bzw. führt regionale Veranstaltungen durch, z. B. „Konzept der Selbsthilfegruppen-Förderung“ (Berlin 1987), die dem Erfahrungsaustausch und der Fortbildung dienen.

Über die Bedingungen der Teilnahme sowie über die anfallenden Kosten sollten sich Interessierte bei der NAKOS informieren.

Die NAKOS ist gerne bereit, ihr Fachwissen für politische Entscheidungsträger zur Verfügung zu stellen, damit die notwendige Unterstützung von Selbsthilfegruppen mit sinnvollen Konzepten und auf angemessene Weise entwickelt werden kann.

Über die NAKOS sind folgende Publikationen (kostenlos) erhältlich:

- Selbsthilfegruppen Nachrichten (erscheint jährlich)
- Starthilfe – Zum Aufbau von Selbsthilfegruppen Leit-faden für Gründer (Standardmedium)

Weiterhin sollten Interessierte auch das übrige Medienangebot beachten und sich über die Arbeitstagungen und Fortbildungsveranstaltungen informieren

Fachwissen, z. B. für die Unterstützung von Selbsthilfegruppen, sollte bei der NAKOS abgefragt werden.

- NAKOS -

Empfehlungen

ÖKO-INSTITUT e.V. INSTITUT FÜR ANGEWANDTE ÖKOLOGIE

Adresse Binzengrün 34a
7800 Freiburg

Ansprechpartner Herr Dr. Matthias Bergmann
(Geschäftsführer)
(für die Dokumentation)

Telefon 07 61/47 30 31

Das Öko-Institut e.V. ist ein gemeinnütziger Verein mit ca. 5000 Mitgliedern. Es wurde 1977 während des Widerstandes gegen das Atomkraftwerk Wyhl gegründet. Bürger hatten die Erfahrung gemacht, daß ihnen in der Auseinandersetzung um Großprojekte die Unterstützung durch Wissenschaft und Forschung fehlte.

Zu den festen, satzungsgemäßen Aufgaben des Instituts gehören u. a.

- die Erstellung von wissenschaftlichen Gutachten,
- die Vermittlung von Sachverständigen und Referenten,
- die Beantwortung von Anfragen (Beratung von Bürgern),
- die Durchführung von Seminaren und Aufklärungsveranstaltungen und
- die Veröffentlichung insbesondere der eigenen Forschungsergebnisse.

Sinn der Forschung im Öko-Institut e.V. ist deshalb die Einmischung in die gesellschaftliche Auseinandersetzung auf der Seite der betroffenen Bürger. Die Vermittlung seiner Arbeitsergebnisse an die Öffentlichkeit gehört daher zu den Grundprinzipien des Instituts.

Die Forschung des Instituts ist allein ökologischen Grundsätzen verpflichtet und hat zum Ziel,

- akute und zukünftige Umweltgefahren wissenschaftlich zu analysieren und zu bewerten sowie
- Strategien und Lösungsmodelle zur Bewältigung dieser Probleme unter den Bedingungen von ökologischer und sozialer Verträglichkeit zu entwickeln.

Die unabhängige Forschung des Öko-Instituts soll ein Gegengewicht zu staatlicher und industrieller Forschung sein und Hilfe für das persönliche Handeln und die politische Umsetzung bieten. Das Institut stellt die Arbeiten und Arbeitsergebnisse seiner Mitarbeiter und Mitglieder in den Dienst von Bürgern und Bürgerinitiativen.

Gegenwärtig laufen Forschungsarbeiten in Projektform auf den Gebieten „Chemie“, „Energie“, „Reaktorsicherheit“, „Gentechnologie“ sowie Recht und Genehmigungsverfahren.

Aufgaben und Ziele der Institution

**ÖKO-
INSTITUT e.V.
INSTITUT FÜR
ANGEWANDTE
ÖKOLOGIE**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Das Öko-Institut ist in der Lage, binnen kürzester Fristen fundierte, wissenschaftliche Gutachten zu erstellen, wie das Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft zum Ausstieg aus der Kernenergie belegt

Das wissenschaftliche Potential des Instituts besteht aus den 55 festen und etwa 40 freien Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen.

Medienangebote

Die Veröffentlichungen des Instituts sollen dem ökologisch interessierten Bürger in Sprache und Darstellung allgemeinverständliche Informationen anbieten. Bis auf die wissenschaftlichen Gutachten wenden sich deshalb alle Materialien an interessierte Laien. D.h., ein wesentlicher Bereich der Medienarbeit des Instituts ist die Erarbeitung von Kurzfassungen und populärwissenschaftlichen Darstellungen von Gutachten und wissenschaftlichen Werken. Dementsprechend kann die Medienkonzeption des Öko-Instituts in einer Abfolge von 4 Schritten beschrieben werden:

1. Erstellung wissenschaftlicher Gutachten (dazu erscheinen Materialbände in der Werkstattreihe),
2. Erstellung einer populärwissenschaftlichen Fassung in Buchform in Zusammenarbeit mit Verlagen bzw. als Band der Werkstattreihe des Instituts im Eigenverlag,
3. Erstellung einer Kurzfassung populärwissenschaftlicher Art (max. 48 Seiten stark),
4. Umsetzung in ein 4seitiges Faltblatt (für Info-Tische, Verteilung an breites Publikum, Haushalte).

Die viermal jährlich erscheinende Mitgliederzeitschrift „Öko-Mitteilungen“ berichtet über diese Arbeit sowie über Entwicklungen ökologischer Brennpunkte und neueste Forschungsergebnisse in diesen Bereichen

Die gleichen Hefte erscheinen unter dem Namen „Öko-Berichte“; Nicht-Mitglieder können sie abonnieren oder einzeln erwerben

„Die Werkstattreihe“ Diese wissenschaftliche Reihe unterrichtet über Ergebnisse der Projekte des Öko-Instituts. Damit sollen die wissenschaftlichen Arbeiten des Öko-Instituts schnell veröffentlicht werden. Die einzelnen Hefte dieser Reihe erscheinen in fotokopierter Form. So wird die Lücke in der Informierung der Mitglieder und anderer Interessenten zwischen Öko-Mitteilungen und den Öko-Berichten geschlossen.

Alle anderen Publikationen des Instituts sowie deren Bezugsbedingungen sind aus dem „Gesamtverzeichnis: Lesen und Handeln“ zu ersehen

Auf Anfrage können Interessierte in den Verteiler für Mitglieder des Öko-Instituts aufgenommen werden. Sie erhalten dann aktuelle Informationsmaterialien, die „Öko-Mitteilungen“ sowie das neueste Publikationsverzeichnis. Da das Öko-Institut sich ausschließlich über Mitgliederbeiträge und Spenden finanziert, wird um eine Kopie- und Versandkostenbeteiligung gebeten. Ein einfacher, unbürokratischer Weg wäre es, wenn ein am Umweltschutz Interessierter Mitglied des Vereins würde (gegen Jahresbeitrag).

**Service-
leistungen**

Das Institut bietet nach seinen Möglichkeiten Ad-hoc-Beratung in akuten Fällen an

Anfragen bezüglich dieser Serviceleistung können telefonisch oder schriftlich an das Öko-Institut gerichtet werden

Über den Verteiler für Presseinformationen gelangen neben aktuellen Sachinformationen kurze Darstellungen der Ergebnisse der Forschungsarbeit des Öko-Instituts an die interessierte Öffentlichkeit

Empfehlungen

Im einzelnen zu empfehlen sind:

- die Selbstdarstellung des Öko-Instituts e.V. (kostenlos),
- das Publikations-„Gesamtverzeichnis: Lesen und Handeln“ (Bezug: kostenlos auf Anfrage),
- die ReferentInnen-Liste (Anfrage telefonisch oder schriftlich an das Öko-Institut Freiburg, Kosten für Vorträge entstehen nach üblichen Spensätzen),
- die Inanspruchnahme von Beratung in akuten Problemlagen,

- die Aufnahme in den Verteiler für Mitglieder des Öko-Instituts (auf diesem Weg erhält der Interessierte aktuelle Informationsmaterialien, die „Öko-Mitteilungen“ sowie Hinweise auf neue Publikationen; Aufnahme in den Verteiler auf Anfrage, Kostenbeteiligung in Form von Spenden oder Mitgliedschaft im Verein),
- die Aufnahme in den Verteiler für Presseinformationen (Aufnahme auf Anfrage, kostenlos).

**ORDINARIAT
FÜR ARBEITSMEDIZIN
DER UNIVERSITÄT
ZENTRALINSTITUT
FÜR ARBEITSMEDIZIN**

**Gesundheitsbehörde
der Freien und Hanse-
stadt Hamburg**

Adresse Adolph-Schönfelder-Straße 5
2000 Hamburg 76

Ansprechpartner Prof. Dr. D. Szadkowski
(Direktor)

Telefon 0 40/2 9188 27 89

Das Zentralinstitut für Arbeitsmedizin bei der Gesundheitsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg wurde auf Anordnung des Senats vom 10. Dezember 1968 gegründet und mit dem Ordinariat für Arbeitsmedizin der Universität Hamburg in der Weise verknüpft, daß der jeweils amtierende ordentliche Professor für Arbeitsmedizin zugleich Direktor des Zentralinstituts ist.

Dem Zentralinstitut für Arbeitsmedizin wurden wissenschaftliche und praktische Aufgaben zur Klärung arbeitsmedizinischer Fragen mit dem Ziel einer Vertiefung der Erkenntnisse über die Einwirkung der Arbeit auf die Gesundheit des Menschen übertragen

Hinsichtlich der wissenschaftlichen Aktivitäten ist davon auszugehen, daß sich die Arbeitsmedizin in allen modernen Industriestaaten zunehmend als klinische Disziplin versteht. Heute können nur noch ärztliche Untersuchungen der potentiell gefährdeten Personengruppen selbst den zahlreichen Imponderabilien des Arbeitsplatzes und der individuellen Reaktion des Menschen gerecht werden. Dementsprechend konzentrierte sich die wissenschaftliche Institutsarbeit, zum Teil mit Unterstützung durch Hamburger Betriebsärzte, auf arbeitsplatzbezogene Felduntersuchungen in den verschiedensten Bereichen der heutigen Arbeitswelt. Die dabei gewonnenen Forschungsergebnisse und die aus ihnen hergeleiteten Schlußfolgerungen und Empfehlungen haben inzwischen in ca. 300 Veröffentlichungen in international renommierten Fachzeitschriften ihren Niederschlag gefunden. Sie haben darüber hinaus dank des persönlichen Engagements der dem Ordinariat besonders verbundenen Wissenschaftler Eingang in zahlreiche Verordnungen, Vorschriften, Richtlinien und Empfehlungen des Arbeitsschutzes gefunden.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

**ZENTRALINSTITUT
FÜR ARBEITS-
MEDIZIN
HAMBURG**

Im Bereich der akademischen Lehre hat das Ordinariat für Arbeitsmedizin seit dem Sommersemester 1971 mit Unterstützung durch einige Hamburger Betriebsärzte sein Veranstaltungsangebot ständig erweitert, praxisnah gestaltet und den Erfordernissen der neuen Approbationsordnung für Ärzte angepaßt. In der arbeitsmedizinischen Weiterbildung wurden die Ärztekammern Hamburg und Schleswig-Holstein sowie die Akademien für Arbeitsmedizin in Berlin und München

mit zahlreichen Beiträgen und Demonstrationen unterstützt.

Im Bereich der behördlichen Beratung wurde von der Gesundheitsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg zur Bewertung gesundheitlicher Probleme des Umweltschutzes eine Sachverständigenkommission für Umwelttoxikologie eingesetzt, deren Vorsitz beim Zentralinstitut für Arbeitsmedizin liegt.

Medienangebote

Im einzelnen greifen die Publikationen aus dem Ordinariat/Zentralinstitut Fragestellungen aus dem gesamten Bereich der klinischen Arbeitsmedizin auf, berücksichtigen aber in besonderem Maße Hamburger Probleme.

Thematisch lassen sich die Veröffentlichungen im wesentlichen folgenden Schwerpunkten zuordnen:

- Lärmwirkungen und -vorsorge
- Tätigkeit an Datensichtgeräten
- Nacht- und Schichtarbeit
- Belastung und Beanspruchung von Elblotsen und Seeleuten
- Funktionsanalyse mentaler Beanspruchung
- Wechselwirkungen bei gleichzeitiger oder alternierender Einwirkung gefährlicher Arbeitsstoffe (Mehrfachbelastungen)
- Methoden und Kriterien der arbeitsmedizinischen Vorsorge beim Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen

- Qualitätssicherung in der Arbeitsmedizin
- Tauglichkeitskriterien für Atemschutzgeräteträger (Feuerwehr)
- Auswirkungen konkreter Schadstoffbelastungen auf die Gesundheit des Menschen (z.B. Schwermetalle, organische Lösemittel, Insektizide, Kohlenmonoxid)
- Umweltbelastung der Bevölkerung durch arbeitsmedizinisch relevante Immissionen (z.B. Schwermetalle, aromatische Kohlenwasserstoffe)

Die Verbreitung von Kenntnissen auf arbeitsmedizinischem Gebiet durch das Ordinariat/Zentralinstitut hat eine zunehmende Bedeutung und insgesamt einen beachtlichen Umfang erlangt. Wichtigste Zielgruppen dieser Aktivitäten waren wissenschaftliche Gremien und Fachgesellschaften, Ärzte sowie Vertreter von Unfallversicherungsträgern, Aufsichtsorganen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und Belegschaften.

**Service-
leistungen**

Die wichtigsten Serviceleistungen des Instituts beziehen sich auf regionale und überregionale Beratungstätigkeit

Die Beratungstätigkeit entzieht sich weitgehend einer Quantifizierung und inhaltlichen Darstellung (zahlreiche telefonische und schriftliche Stellungnahmen sowie

persönliche Gespräche), ebenso die nicht auf Hamburg begrenzten Tätigkeiten als unabhängige arbeitsmedizinische Sachverständige bei Bundesministerien und -behörden, Unfallversicherungsträgern, Wissenschaftsorganisationen sowie im Rahmen von Gremien der Europäischen Gemeinschaft und der Weltgesundheitsorganisation.

Empfehlungen

Das Zentralinstitut für Arbeitsmedizin gehört zu den wichtigen Einrichtungen, in denen wissenschaftliche und praktische Aufgaben der Arbeitsmedizin angegangen werden. Entsprechend ist die kompetente Beratung, die sich über arbeitsmedizinische bis hin zu umweltmedizinischen Fragen erstreckt, zu empfehlen

Insofern die klinische Arbeitsmedizin ein besonderes Schwergewicht der Arbeit darstellt, sind insbesondere diesbezügliche Publikationen des Instituts zu empfehlen.

PÄDAGOGISCHE AKTION SPIELKULTUR e.V.

– PA –

Adresse	Reichenbachstraße 12 8000 München 5
Ansprechpartner	Frau Karla Leonhardt-Zacharias Wolfgang Zacharias
Telefon	0 89/2 60 92 08
Telefax	0 89/26 85 75

Die Pädagogische Aktion (PA) Spielkultur ist ein gemeinnütziger Verein, der in und um München und auch bundesweit tätig ist. Er entstand 1969 aus der Initiative von Studenten, Lehrern, Sozialpädagogen, Künstlern, Kunsterziehern und Eltern, die außerhalb der pädagogischen Institutionen wie Kindergarten, Schule und Hochschule Spiel- und Kulturaktionen organisierten. Sie übten damit Kritik an kinder- und familienfeindlicher Umwelt, langweiligen Spielplatzghettos und für Kinder meist unzugänglichen Kulturorten wie Museen, und sie entwickelten Alternativen dazu.

Die Ziele der Pädagogischen Aktion sind lt. Satzung:

1. Planung, Organisation und Durchführung von Spielräumen, Spielaktionen und Spielbereichen im Rahmen des Feldes Kulturpädagogik, Kinder- und Jugendkulturarbeit. „Spiel“ und „Spielanimation“ versteht sich hierbei als ein zentraler Bereich der Kinder- und Jugendkultur, vor allem im kommunalen soziokulturellen Feld.
2. Planung, Organisation und Durchführung von Projekten im Arbeitsfeld „Spielkultur“ in Kooperation auch mit anderen sozial-, kultur- und bildungspolitischen Einrichtungen und Aktivitäten zugunsten einer Qualifizierung der Stadt als Spiellandschaft und Erfahrungstopographie.
3. Wissenschaftliche Untersuchungstätigkeit, Schulung, Fortbildung und Beratung über umweltbezogene Lern- und Spielprozesse und entsprechende Methodenentwicklung für die Kinder- und Jugendarbeit, Organisation von öffentlichen Veranstaltungen dazu.
4. Experimentelle Praxis und auswertende Reflexion im Stichwort einer neuen „Ökologie des Spiels und der Erfahrung“ in Kindheit und Jugend als innovatives Paradigma pädagogischen Handelns auch im überregionalen Kontext.

Hinter diesen Spielen steht die konzeptionelle und organisatorische Idee, die Stadt als offene und vielfältige „Spiel- und Kulturlandschaft“ zu begreifen und die einzelnen, vielen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit der außerschulischen kulturellen Bildung und der Spielanimation als flexibles, aufeinander bezogenes „Netzwerk Spielen und Lernen in der Stadt“ zu gestalten.

Aufgaben und Ziele der Institution

- PA -

Aufgaben und Ziele der Institution

In fünf Arbeitsfeldern setzt die Pädagogische Aktion ihre Ziele um:

- Spielen in der Stadt, Spielraumplanung und Spielanimation
- Kulturpädagogischer Dienst
- Museumspädagogik und Ausstellungsanimation
- Kinder- und Jugendkulturwerkstatt
- Infostelle Spiel- und Kulturpädagogik.

Mitglieder der Pädagogischen Aktion e.V. sind vor allem die aktiven Mitarbeiter.

Die Pädagogische Aktion mit ca. 10 Mitarbeitern ist außerdem Koordinator und Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft Spiellandschaft Stadt München, der Landesarbeitsgemeinschaft Spiel- und Kulturpädagogik

Bayern e.V. (LAG SPVK Bayern e.V.) und der Arbeitsgemeinschaft Süddeutsche Museumspädagogen. Weiterhin ist die Pädagogische Aktion die nationale Repräsentantin der deutschen Sektion der „Internationalen Vereinigung für das Recht des Kindes zu spielen“ (IPA)

Die Arbeitsbereiche „Kulturpädagogischer Dienst“ und „Kinder- und Jugendkulturwerkstatt“ sind ab 1991 im neuen Verein: „Kultur- und Spielraum e.V.“ angesiedelt, der sich das bisherige sehr komplexe PA-Arbeitsfeld mit PAVSPIELkultur e.V. im kommunalen Bereich teilt.

Die Arbeit der Pädagogischen Aktion wird ermöglicht durch Mitgliedsbeiträge, Zuwendungen der Stadt München, Einnahmen aus Publikationen und Fortbildungsangeboten sowie Spenden.

Medienangebote

Das Medienangebot der Pädagogischen Aktion entspricht in der inhaltlichen Ausrichtung weitgehend den Arbeitsfeldern, es enthält Bücher, Dokumentationen, Praxisheften und andere Veröffentlichungen. Aus den einzelnen Reihen werden beispielhaft aufgeführt:

- Spiel Ökologie des Spiels:
„Eltern spielen, Kinder lernen“, ein Handbuch für Spielaktionen, Elterninitiativen, Spielmaterialien;
„Spielraum für Spielräume“, ein Reader zum Spielen in der Stadt mit über 40 Beiträgen verschiedener Autoren;
- Ästhetische Erziehung:
„Projektbuch Ästhetisches Lernen“ mit Projekten im Kindergarten, Schulhof, Museum, Theater und auf Spielplätzen und mit Hinweisen zur Organisation offener Lernsituationen;
- Museum und Pädagogik:
„Vom Umgang mit den Dingen“, ein Reader zur Museumspädagogik mit Beiträgen verschiedener

Autoren zur internationalen Museumspädagogik, der Entwicklung von Kinder- und Jugendmuseen und einer Ideenbörse,

- „Auf dem Weg zum Kinder- und Jugendmuseum“, ein Werkstattbericht mit Projektentwürfen, Konzepten und Rahmenüberlegungen,
- Kulturpädagogik Kinderkultur:
„Die Kinderstadt eine Schule des Lebens“, ein Handbuch mit Konzeption und Praxis von Spielstadtprojekten,
„Bausteine für eine kommunale Kinder- und Jugendkulturwerkstatt“ mit Diskussionsbeiträgen und Praxisbeispielen zur heutigen Kinder- und Jugendkulturarbeit.

Alle Medien der Pädagogischen Aktion sind entweder über den selbstorganisierten „SPIELkultur-Verlag“ oder über den Buchhandel zu beziehen, Auskunft darüber und über die Preise gibt ein Faltblatt, das bei der Pädagogischen Aktion angefordert werden kann

Serviceleistungen

Mit ihren Serviceleistungen versucht die Pädagogische Aktion Theorie und Praxis auf das engste miteinander zu verbinden. Dazu gehören einmal das beschriebene Medienangebot, dann aber vor allem:

ein Spiel- und museumspädagogisches Jahresprogramm mit vielen Einzelprojekten im Auftrag der Landeshauptstadt München, ein Beratungs- und Servicedienst z. B. für Spielfeste, Spielplatzplanung, Schulprogramme und die Schaffung von kommunalen Infrastrukturen für Spiel- und Kulturpädagogik (bundesweit, kostenverursachend)

- ein Fortbildungsprogramm mit Tagungen, Seminaren, Workshops und Treffs, so z. B. „Praxis der mobilen Spielanimation“, „Werkstatt Kinder- und Jugendmuseum“

Die Fortbildungsveranstaltungen werden z. T. in Zusammenarbeit mit Partnern durchgeführt, sie richten sich an Multiplikatoren. Ein Faltblatt mit dem Jahresprogramm und Einzelprogramme mit den näheren Informationen zu Personen, Ort, Zeit und Kosten können bei der Pädagogischen Aktion angefordert werden.

Empfehlungen

Kinder- und Jugendkultur ist in vielen Städten vernachlässigt. Ihre Weiterentwicklung ist auch Aufgabe einer kommunalen Gesundheitsförderung. Das Wissen und die Erfahrung der Pädagogischen Aktion Spielkultur e.V. (PA) sollten bei Überlegungen bzw. Vorhaben im Bereich der Spiel-, Kultur- und Museumspädagogik genutzt werden, insbesondere im Zusammenhang kommunaler Entwicklungen und der Praxis freier Träger und Initiativen.

Die Pädagogische Aktion bietet dazu u. a.

- einen Beratungs- und Servicedienst für Spielfeste, Spielplatzplanung usw.,
- ein Fortbildungsprogramm, das angefordert werden sollte,
- ein Medienangebot, dessen Verzeichnis ebenfalls angefordert werden sollte.

PARITÄTISCHER WOHLFAHRTSVERBAND – GESAMTVERBAND e.V.

Adresse Heinrich-Hoffmann-Straße 3
6000 Frankfurt am Main 71

Ansprechpartner Pressereferat

Telefon 0 69/67 06-0

Telefax 0 69/6 70 62 04

Aufgaben und Ziele der Institution

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Gesamtverband e. V hat die Rechtsform eines e. V mit Sitz in Frankfurt am Main, wo sich auch die Bundeszentrale mit der Hauptgeschäftsstelle und dem Wilhelm-Polligkeit-Institut befindet. Der PARITÄTISCHE ist einer der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege

Er ist aus der „Vereinigung der freien privaten gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands“ hervorgegangen, wurde 1924 offiziell gegründet und erhielt 1930 seinen heutigen Namen

Mitglieder des Gesamtverbandes sind z. Zt. zehn rechtlich selbständige Landesverbände (Rheinland-Pfalz und das Saarland bilden gemeinsam einen Landesverband)* sowie Organisationen, die überregional tätig sind. Voraussetzung für eine Aufnahme ist, daß die Mitgliedereinrichtung „keinem anderen Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege angehört oder ihrem Selbstverständnis nach angehören sollte“ (aus § 3 der Satzung).

Neben der regionalen Gliederung weist der PARITÄTISCHE auch eine Aufgliederung nach fachlichen Gesichtspunkten auf: Die entsprechenden Mitgliedsorganisationen in den Landesverbänden schließen sich zu Fachgruppen oder Arbeitsgemeinschaften zusammen, um spezielle Sachgebiete (Jugendhilfe, Altenhilfe, Eingliederungshilfe für Behinderte und Gefährdete usw.) gemeinsam zu beraten. Auch beim Gesamtverband gibt es ähnliche Ausschüsse, um den Informationsfluß und den Meinungsaustausch innerhalb des PARITÄTISCHEN zu verbessern.

Die wesentlichen Aufgabenbereiche des PARITÄTISCHEN sind u. a. (gemäß § 2 der Satzung:

- Förderung der fachlich-methodischen Sozialarbeit
- Ausbildung und Fortbildung von Mitarbeitern
- Weckung und Entwicklung wohlfahrtspflegerischer Aktivitäten der Bürgerschaft
- Pflege ehrenamtlicher Mitarbeit
- Wissenschaftliche Untersuchungen für die soziale Praxis
- Zusammenarbeit mit Behörden und Verbänden
- Internationale Zusammenarbeit

* bezogen auf die alten Bundesländer

**PARITÄTISCHER
WOHLFAHRTS-
VERBAND
GESAMT-
VERBAND e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Arbeitsschwerpunkte der Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN sind die Bereiche:

- Gesundheitshilfe (Krankenhäuser, Unfall- und Krankentransporte, Gesundheitsberatungsstellen)
- Kinder- und Jugendhilfe (Heime, Wohngemeinschaften, Jugendherbergen, Kindergärten, Schulen)
- Familienhilfe (Heime, Frauenhäuser, Familienbildungsstätten, ambulante Dienste)
- Altenhilfe (Heime, Beratungsstellen, Essen auf Rädern, offene Altenarbeit, Clubs)
- Behindertenhilfe (Heime, Tagesstätten, Schulen, Werkstätten, Beratungsstellen, Betreuungsangebote)
- Gefährdetenhilfe (Wohnrichtungen, Tagesstätten, Clubheime).

Im Rahmen der allgemeinen Angebote gibt es weitere Beratungs- und Betreuungsstellen sowie Aus-, Fort- und Weiterbildungseinrichtungen für soziale, therapeutische und pflegerische Berufe.

Die rund 6 000 Mitgliedseinrichtungen des PARITÄTISCHEN (Stand: Juli 1990) unterhalten insgesamt über 15 000 Einrichtungen und Dienste mit insgesamt mehr als 337 000 Plätzen und beschäftigen ca. 130 000 hauptamtliche Mitarbeiter. Darüber hinaus arbeiten im PARITÄTISCHEN fast 5 000 Selbsthilfe-, Helferguppen und Clubs.

Die satzungsgemäßen Organe des PARITÄTISCHEN sind der Vorstand, der Beirat und die Mitgliederversamm-

lung. Diese wählt u. a. den Vorstand, entlastet ihn und beschließt evtl. Änderungen der Verbandsatzung. Der Vorstand besteht aus bis zu 24 Mitgliedern, unter ihnen - von der Mitgliederversammlung gewählt - der Vorsitzende und der 1. und 2. stellvertretende Vorsitzende. Der Vorstand leitet verantwortlich die Verbandsarbeit, er kann besondere Aufgaben unter sich verteilen oder Ausschüsse für deren Bearbeitung einsetzen. Der Beirat besteht aus je einem Vertreter der Landesverbände des PARITÄTISCHEN, dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes sowie der Mitgliedsverbände, die in mehr als fünf Landesverbänden angeschlossen sind. Der Beirat schlägt u. a. die Vorstandsmitglieder zur Wahl vor, gibt Anregungen für die Erfüllung besonderer Aufgaben des Verbandes, berät den Vorstand in allen weitergreifenden Fragen und begutachtet die Finanzverwaltung des Verbandes.

Zur Umsetzung der Aufgaben des Verbandes besteht eine Hauptgeschäftsstelle, die sich neben der Geschäftsleitung in die Abteilungen Haushalt und Verwaltung, Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Rehabilitation und Gesundheit, Recht und Betriebswirtschaft, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und das Fortbildungswerk gliedert.

Die Arbeit des Gesamtverbandes wird u. a. finanziert aus Mitgliedsbeiträgen, aus Zuschlagserlösen der Wohlfahrtsbriefmarken, aus zweckgebundenen Mitteln verschiedener Lotterien sowie zweckgebundenen Zuwendungen des Bundes.

Medienangebote

Die verschiedenen Medien des PARITÄTISCHEN dienen einmal dem Informationsfluß zwischen den zahlreichen Mitgliedsorganisationen und nach außen, zum anderen der sozialpolitischen und fachspezifischen Information der Mitarbeiter in den einzelnen Einrichtungen.

Als Periodika werden herausgebracht:

- „nachrichten PARITÄT“ als Organ des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Sie erscheinen monatlich und enthalten u. a. neben fachspezifischen Beiträgen Nachrichten aus der sozialen Arbeit, Informationen aus dem Gesamtverband, den überregionalen Mitgliedsorganisationen und den Landesverbänden, Hinweise auf Veranstaltungen sowie Personalien (kostenverursachend - Abonnement)
- „parität aktuell“ erscheint im Zeitungsformat vierteljährlich und wird an Freunde, Förderer und Mitglieder des PARITÄTISCHEN versandt. Die Zeitung bringt Beiträge und Nachrichten aus dem sozialen Bereich, Berichte aus der sozialen Arbeit und der Tätigkeit der Landes- und Ortsverbände sowie der Mitgliedsorganisationen (Bezug über PARITÄTISCHE Landesverbände).
- „Blätter der Wohlfahrtspflege“, die monatlich als Themenhefte erscheinen und vom Wohlfahrtswerk Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband herausgebracht werden (kostenverursachend - Abonnement).
- „PARITÄT-Informationen“, die zu verschiedenen Tätigkeitsbereichen erscheinen:
 - aus dem Bereich der ambulanten sozialpädagogischen Dienste (vierteljährlich),
 - der Altenhilfe (monatlich),

- der Behindertenhilfe (3- bis 4mal jährlich),
- der Jugendhilfe (monatlich),
- der Familienhilfe (nach Bedarf),
- der Flüchtlingshilfe (nach Bedarf)

mit fachspezifischen Beiträgen und Informationen, Erläuterungen zu Rechtsfragen, Hinweisen zu Aus- und Fortbildung, auf Einrichtungen und Hilfsmittel usw. (kostenlos gegen Portoerstattung für Mitglieder, sonst kostenverursachend - Abonnement)

Außerdem erscheinen beim PARITÄTISCHEN

- Schriftenreihe mit Themen wie z. B.: „Städte nach menschlichem Maß“, „Begegnung: Verstehen lernen und verstanden werden“, „Wofür brauchen wir in Zukunft stationäre Einrichtungen der sozialen Arbeit?“ (kostenverursachend),
- Arbeitshilfen für die Praxis mit Anregungen und Hinweisen wie z. B. „Arbeitspsychologische Grundlagen der Rehabilitation in Werkstätten für Behinderte“, „Stadtteilorientierte Jugendarbeit mit auffälligen und drogenabhängigen Jugendlichen“, „Beschäftigungsinitiativen und Arbeitsprojekte in der Jugendsozialarbeit“ (kostenverursachend),
- Liedertextbücher (kostenverursachend),
- Informationsschrift des PARITÄTISCHEN mit der Darstellung der Geschichte und Aufgaben und der Beschreibung seiner vielfältigen Arbeit (kostenlos),
- der jährliche „Veranstaltungskalender“ des Fortbildungswerkes (kostenlos).

Über alle Publikationen des PARITÄTISCHEN gibt es eine Übersicht, die beim Referat „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ angefordert werden kann.

Als gemeinsames Dach für Institutionen und Selbsthilfeeinitiativen, die mit sehr unterschiedlichen fachlichen Ansätzen das gesamte Spektrum freier sozialer Arbeit darstellen, sind die Serviceleistungen des PARITÄTISCHEN in erster Linie in der Förderung der Mitgliedsorganisationen in „ihrer fachlichen Zielsetzung und ihren rechtlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Belangen“ orientiert. Sie bilden vor allem vier Schwerpunkte:

- Information, Auskunft und Beratung zur Tätigkeit von Institutionen und Verbänden in Fragen zu Betriebsstrukturen, zur Wirtschaftsführung, Finanzierung, zum Recht und zu fachlicher Organisation,
- Erschließung finanzieller Möglichkeiten über Hilfe zur Beschaffung von Eigenmitteln, mit Beratung und Vertretung von Anträgen an Finanzierungsinstitutionen sowie Beratung und Vertretung von Anträgen an Behörden auf Bundes- bzw. Landesebene,
- Vertretung z. B. in freien, fach- und verbandsübergreifenden Institutionen auf Bundesebene, gegenüber Parlamenten, Parlamentsausschüssen und Ministerien sowie informierenden und meinungsbildenden Medien, in Planungsgremien, Jugendwohlfahrtsausschüssen und Pflegesatzkommissionen,
- Fortbildung, die in einem weitgefächerten Fortbildungsangebot des Fortbildungswerkes besteht und aus den Tagungen, zentralen Veranstaltungen und internationalen Zusammenkünften, für die das Wilhelm-Polligkeit-Institut (WPI) in Frankfurt die zentrale Begegnungsstätte bildet.

Das Veranstaltungsangebot richtet sich auf folgende Arbeitsfelder aus:

- Jugendhilfe mit Themen wie „Anwendungsmöglichkeiten von non-direktiver Gesprächsführung, Gestaltberatung und psychodramatischem Rollenspiel“, „Pädagogische Antworten auf Konflikte und Krisen im Sexualleben von Kindern und Jugendlichen“,
- Altenhilfe mit Themen wie „Berufsbegleitende Zusatzqualifikation für Altenheimleiter“, „Altern als biologischer, psychologischer und sozialer Prozeß“, Behindertenhilfe z. B. mit „Sonderpädagogischer Zusatzausbildung für Gruppenleiter“, „Tanztherapie und Ausdrucksformen – Gleichgewicht für Leib, Seele und Geist“,
- Psychosoziale Versorgung z. B. mit „Angehörige im psychiatrischen Alltag – Umgang mit Würde, Hoffnung, Schuld“,
- fachübergreifende Veranstaltungen mit Themen wie z. B. „Einführung der EDV in der Heimverwaltung – Möglichkeiten und Probleme“, „Vereinsführung und Öffentlichkeitsarbeit“, „Rhetorik“

Zu diesen Fortbildungsangeboten wird ein Teilnehmerbeitrag für die Veranstaltung, Unterkunft, Verpflegung und Arbeitsmaterial erhoben. Eine Übersicht gibt der jährliche Veranstaltungskalender, der beim Fortbildungswerk des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes angefordert werden kann.

**PARITÄTISCHER
WOHLFAHRTS-
VERBAND
GESAMT-
VERBAND e.V.**

*Service-
leistungen*

Das vielfältige Medien- und Serviceangebot des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e.V. ist das eines Dachverbandes für seine Mitgliedsorganisationen.

Für die in der Gesundheitsförderung Tätigen, die mit Bereichen der freien Wohlfahrtspflege Berührung haben, wie z. B. Jugend- und Altenhilfe oder der psychosozialen Versorgung, ist zu empfehlen, sich über die Publikationen des PARITÄTISCHEN zu informieren und den Veranstaltungskalender des Fortbildungswerkes anzufordern.

Außerdem sollte für die praktische Arbeit Kontakt zu dem jeweiligen Landesverband bzw. den Kreisverbänden bestehen. Die Anschriften sind über den Gesamtverband bzw. seine Landesverbände erhältlich.

Empfehlungen

PARITÄTISCHES BILDUNGSWERK – BUNDESVERBAND e. V.

Adresse	Heinrich-Hoffmann-Straße 3 6000 Frankfurt/M. 71
Ansprechpartner	Edda Janssen (Familien-/Elternbildung) Ingrid Schult (Spielpädagogik)
Telefon	0 69/66 92-26 43 (Frau Janssen) 0 69/66 92-26 51 (Frau Schult) 0 69/66 92-26 76 (Frau Makansi)
Telefax	0 69/66 92-27 16

Das 1964 gegründete Paritätische Bildungswerk (PB) ist ein Zusammenschluß von 60 überregional tätigen Einrichtungen und Verbänden der Weiterbildung im sozialen Bereich und damit ein Dachverband der außerschulischen Bildungsarbeit.

Das Paritätische Bildungswerk bietet Veranstaltungen an für folgende Arbeitsbereiche:

- Eltern- und Familienbildung,
- Frauenbildung,
- Jugendhilfe,
- internationale Jugendarbeit,
- Spielpädagogik,
- Selbsthilfe,
- Straffälligenhilfe,
- Arbeitslosigkeit und soziale Arbeit,
- Berufsbegleitende Fortbildung

Außerdem sieht das Paritätische Bildungswerk seinen Auftrag darin, Erfahrungen sozialer Bildungsarbeit zu sammeln, zu koordinieren und auszuwerten, den Mitgliedern bei der Planung und Durchführung von Bildungsvorhaben zu helfen sowie die Interessen seiner Mitglieder gegenüber Verbänden und Behörden zu vertreten

Das Paritätische Bildungswerk ist wie seine Mitglieder parteipolitisch und konfessionell ungebunden, sein Angebot richtet sich vor allem an Multiplikatoren und ist für jeden offen.

Die Leitziele der Bildungsarbeit des Paritätischen Bildungswerks sind „Selbstbestimmung“ und „Beteiligung“.

Im Bereich der Familien- und Elternbildung geht es nach einem Grundsatzpapier für Bildungsarbeit darum, „daß ihr nicht ein verbindliches Welt- und Menschenbild oder ein bestimmter Wertekatalog zugrunde liegt oder von ihr angestrebt wird. Vielmehr geht es dem Paritätischen Bildungswerk darum, die unterschiedlichen Auffassungen und Wertorientierungen zu achten und als Möglichkeit zu ergreifen, die jeweils eigenen Grundpositionen daran zu überprüfen, zu korrigieren oder zu ergänzen“

Aufgaben und Ziele der Institution

**PARITÄTISCHES
BILDUNGSWERK
BUNDES-
VERBAND e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Das Paritätische Bildungswerk besteht aus den regionalen Mitgliedsorganisationen, die sich in neun Landesverbänden zusammenschließen, und den überregionalen Mitgliedsorganisationen. Die Organe des Paritätischen Bildungswerks sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand sowie der Beirat, der den Vorstand in grundsätzlichen Fragen berät. Außerdem kann der Vorstand Ausschüsse bilden; die laufenden Geschäfte werden von der Geschäftsstelle mit mehreren Referaten geführt.

Das Veranstaltungsangebot des Paritätischen Bildungswerks wird vom Vorstand und mit den Landesverbänden

abgestimmt und in einem jährlichen Veranstaltungskalender veröffentlicht. Die einzelnen Landesverbände haben darüber hinaus ihr eigenes, regionales Programm.

Die Arbeit des Paritätischen Bildungswerks wird finanziert aus den Mitgliedsbeiträgen, den Einnahmen von Kursgebühren und Bundesmitteln.

Medienangebote

Das Medienangebot des Paritätischen Bildungswerks konzentriert sich auf Druckschriften. Hier gibt es zwei Reihen: In der einen werden von der Geschäftsstelle des Paritätischen Bildungswerks „Berichte“ herausgegeben, in denen Themen behandelt werden, die in der aktuellen Diskussion sind oder die in Vorhaben des Paritätischen Bildungswerks bearbeitet werden. Beispiele dafür sind

„Verhaltensauffällige Kinder“,
„Spielpädagogik“,
„Mit Kindern reden“,
„Kommunikation, Kooperation mit Kindern, Eltern und Kollegen“

Diese Berichte werden gegen eine Schutzgebühr abgegeben, über die lieferbaren Titel gibt es ein Verzeichnis

In der zweiten Reihe werden Fachtagungen dokumentiert, z. B.

„Prophylaxe in frühkindlichen Erziehungseinrichtungen gegen Verhaltens- und Beziehungsprobleme von Kindern“,
„Von der Behandlung der Krankheit zur Sorge um die Gesundheit“

Auch diese Reihe ist kostenverursachend, ein Verzeichnis ist vorhanden

Zu den weiteren Publikationen gehören neben dem jährlichen Veranstaltungskalender Veröffentlichungen des Paritätischen Bildungswerks und seiner Mitarbeiter in Fachzeitschriften wie z. B. die „Blätter der Wohlfahrtspflege“, „Nachrichten und PARITÄT“

**Service-
leistungen**

Die Serviceleistungen des Paritätischen Bildungswerks bestehen in erster Linie in dem umfangreichen und vielseitigen Fortbildungsangebot. Dieses hat folgende unterschiedliche Formen:

Expertentagung, wo fachkundige Teilnehmer über ein bestimmtes Problem von Fachleuten informiert werden,
Fachtagungen für den Informations- und Erfahrungsaustausch zu einem besonderen Thema zwischen den fachkundigen Mitarbeitern aus dem sozialen Bereich,
Lehrgänge und Wochenendseminare als bundeszentrale Fortbildung, auch berufsbegleitend, um Kenntnisse und Fähigkeiten in den verschiedenen sozialen Bereichen zu erarbeiten und zu vermitteln,
Zentrale Arbeitstagungen mit verbandspolitischem Charakter, um z. B. neue Konzepte zu entwickeln

Für die Fortbildungsveranstaltungen werden Kostenbeiträge erhoben; sie finden überwiegend in den eigenen Bildungsstätten des PARITÄTISCHEN Bereichs statt (Wilhelm-Polligkeit-Institut, Frankfurt, und „Haus Buchwald“, Nohfelden)

Das Programm, das jährlich vorgelegt wird, gliedert sich in verschiedene Themenbereiche, z. B.

Familien- und Elternbildung u. a. mit zentralen Arbeitstagungen bzw. Fachtagungen unter dem Motto „Start ins Leben“, Lehrgänge zu „Leitungsaufgaben in Tageseinrichtungen für Kinder“ oder Workshops wie „Alleinerziehende zu Beginn der 90er Jahre“,
Frauenbildung mit Lehrgängen wie „Selbsthilfe und Kooperation in der Sozialarbeit mit Frauen“ oder Fachtagungen wie „Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat“,
Arbeitslosigkeit und soziale Arbeit z. B. mit dem Lehrgang „Beschäftigung, Qualifizierung, Persönlichkeitsentwicklung“,
Berufsbegleitende Fortbildung u. a. mit „Leitungsaufgaben in der sozialen Arbeit“, „Praxisbezogene Zusatzausbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Suchtkrankenhilfe“

Das Veranstaltungsprogramm kann beim Paritätischen Bildungswerk angefordert werden.

Empfehlungen

Die Fortbildungsangebote und Publikationen des Paritätischen Bildungswerks befassen sich oft auch mit gesundheitsfördernden Fragestellungen und können die Kompetenz derer stärken, die in diesem Bereich tätig sind. Vor allem, weil sie meist interdisziplinär und ar-

beitsfeldübergreifend ausgerichtet sind wie z. B. im Bereich „Start ins Leben“.

Daher sollten das Fortbildungsprogramm und Publikationsverzeichnis beim Paritätischen Bildungswerk angefordert werden.

PAUL-EHRLICH-INSTITUT – BUNDESAMT FÜR SERA UND IMPfstOFFE –

Adresse Paul-Ehrlich-Straße 51–59
Postfach 17 40
6070 Langen

Telefon 0 61 03/7 55-0

Teletex 2627 610 3820

Telefax 0 61 03/7 55-123

Das Paul-Ehrlich-Institut – Bundesamt für Sera und Impfstoffe –, Frankfurt am Main, ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit (BMG)

Das Institut unterstützt die gesundheitspolitischen Aufgaben des BMG im Rahmen der Seuchenprophylaxe und der Arzneimittelsicherheit, insbesondere auf den Gebieten der Sera, Impfstoffe, Testallergene, Testsera und Testantigene. Ihm obliegt die staatliche Prüfung, die Zulassung für den Verkehr und die Freigabe der einzelnen Chargen der genannten Präparate nach Maßgabe der arzneimittelrechtlichen Vorschriften.

Daneben wirkt das Paul-Ehrlich-Institut bei der Erteilung der Erlaubnisse für die Herstellung und bei der Überwachung des Verkehrs der genannten Produkte mit. Es hat zur Verhütung einer unmittelbaren oder mittelbaren Gefährdung der Gesundheit von Mensch und Tier die bei der Anwendung von Arzneimitteln auftretenden Risiken zu erfassen, auszuwerten und die nach dem Arzneimittelgesetz zu ergreifenden Maßnahmen zu koordinieren. Das Paul-Ehrlich-Institut betreibt Forschung auf den Gebieten der Sera, Impfstoffe, Testallergene, Testsera und Testantigene sowie allgemeiner Immunologie und Virologie, insbesondere zur Entwicklung von Prüfungsverfahren, Standardwerten und Standardpräparaten für die Messung der Wirksamkeit immunbiologischer Präparate.

In jüngster Zeit ergaben sich folgende zusätzliche Forschungsschwerpunkte:

1. AIDS-Forschung: Versuch der Entwicklung einer Impfprophylaxe und Chemotherapie
2. Zulassung und Prüfung gentechnologisch hergestellter Immunpräparate wie monoklonale Antikörper etc.
3. Tumormmunologie

Aufgaben und Ziele der Institution

Das Paul-Ehrlich-Institut publiziert die Ergebnisse seiner Forschungstätigkeit in der Reihe „Berichtshefte“, die bei Bedarf auszugsweise oder als Gesamtheft angefordert werden können.

Medienangebote

Das Institut steht im Einzelfall für fachliche Anfragen (z. B. Impfstoffverträglichkeiten, Impfrisikobewertung etc.) zur Verfügung

**PAUL-EHRlich-
INSTITUT**

*Service-
leistungen*

Empfehlungen

Der wissenschaftlich Interessierte kann die „Berichts-
hefte“ des Instituts bzw. Auszüge daraus kostenlos an-
fordern.

PRO FAMILIA – DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SEXUALBERATUNG UND FAMILIENPLANUNG e.V., BUNDESVERBAND

Adresse	Cronstettenstraße 30 6000 Frankfurt
Ansprechpartner	über die Zentrale
Telefon	0 69/55 09 01
Telefax	0 69/55 27 01

Von Ärzten und anderen engagierten Personen wurde die pro familia 1952 als „Deutsche Gesellschaft für Ehe und Familie e.V.“ in Kassel gegründet und später in „Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e.V.“ umbenannt. Die pro familia ist Gründungsmitglied der International Planned Parenthood Federation (IPPF) und gehört dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband an.

Die satzungsgemäßen Aufgaben sehen insbesondere die Beratung über Empfängnisregelung und bei Schwangerschaft vor, Partnerschafts- und Sexualberatung, Sexualpädagogik und medizinische Dienstleistungen wie Sterilisation und Schwangerschaftsabbruch.

Die Arbeitsweise der pro familia ist in der Satzung wie folgt festgelegt:

- pro familia veranstaltet und fördert hierzu Aus- und Weiterbildungsangebote, Gespräche und Vorträge für die interessierte Öffentlichkeit und einzelne Berufsgruppen,
- pro familia unterhält und fördert Einrichtungen zur Verwirklichung ihrer Aufgaben. Dabei arbeitet sie mit anderen Vereinen, Verbänden, Initiativen und Einrichtungen zusammen,
- pro familia unterstützt die Forschung auf ihren Aufgabengebieten und beteiligt sich daran. Dabei wendet sie sich entschieden gegen jegliche Forschungsvorhaben, die das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Männern verletzen,
- pro familia verfolgt ihre Ziele ferner durch Einflußnahme auf Gesetzgebung und Verwaltung. Sie informiert die Öffentlichkeit über die Probleme ihres Arbeitsgebietes in Zusammenarbeit mit Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Mitglieder des Bundesverbandes sind die Landesverbände, von denen einige ihrerseits in Orts- und Kreisverbände gegliedert sind mit überwiegend Einzelpersonen als Mitgliedern. Die 1991 in den Bundesverband aufgenommenen Landesverbände der fünf neuen Bundesländer waren bis dahin als Landesverbände der Gesellschaft für Familienplanung, Partnerschafts- und Sexualberatung EHE und FAMILIE organisiert. EHE und FAMILIE war 1963 als Sektion der Gesellschaft für Sozialhygiene der DDR gegründet worden und seit 1968 ebenfalls Mitglied der IPPF.

Aufgaben und Ziele der institution

PRO FAMILIA

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Organe des pro familia-Bundesverbandes sind die Mitgliederversammlung und der Bundesvorstand. Der Bundesvorstand, der aus 15 Mitgliedern besteht, wird aus den Delegierten gebildet, die von jedem Landesverband benannt werden. Die Mitgliederversammlung besteht aus dem Bundesvorstand, den Vorsitzenden der Landesverbände und den Delegierten der Landesverbände, deren Zahl sich je nach Mitgliederzahlen auf 3–10 begrenzt.

Der Bundesverband unterhält eine Geschäftsstelle mit mehreren hauptamtlichen Mitarbeitern, Teilzeitkräften, ca. 60 Honorarkräften für die Aufgaben des Bundesverbandes in der Fort- und Weiterbildung, für die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes und seine medizinische Beratung.

Fachgebiete mit Ausschüssen arbeiten dem Bundesvorstand in fachlichen Fragen zu. Solche Fachgebiete sind z. B.

- Sexualberatung
- Sexualpädagogik
- Familienplanung und Gesundheit
- Fort- und Weiterbildung

Die Landesverbände und ihre Orts- und Kreisverbände unterhalten über 100 Beratungsstellen mit über 30 Außenstellen und mehreren Familienplanungszentren, in denen auch medizinische Dienstleistungen zur Familienplanung vorgenommen werden, mit jährlich über 200.000 Beratungen

In ihrer Arbeit fühlt sich die pro familia dem 1968 in Teheran proklamierten Menschenrecht (Artikel 16, Satz 2) verpflichtet, „Eltern haben ein grundlegendes Menschenrecht, die Zahl und den Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder frei und verantwortlich zu bestimmen“.

Davon wird auch der Schwerpunkt der praktischen Arbeit mitbestimmt: der psychosozialen Beratung bei

Einzel- oder Paarberatung mit therapeutischen und pädagogischen Dimensionen und der Gruppenarbeit. In den Beratungsstellen arbeiten vor allem Ärzte, Psychologen und Sozialarbeiter, für deren dauerhafte Mitarbeit die Teilnahme an Fortbildungskursen der pro familia Voraussetzung ist. Dieses Fort- und Weiterbildungsangebot ist ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit.

Die umfangreiche Informations- und Öffentlichkeitsarbeit richtet sich einmal an die Verbände der pro familia und zum anderen an die Öffentlichkeit und potentielle Ratsuchende.

Als aktuelle Themenstellungen, mit denen sich die institutionalisierte Familienplanung beschäftigen muß, werden von der pro familia unter anderem angesehen:

Ost-West-Integration, d. h. die Reflexion und Reorganisation familienplanerischer Arbeit als Antwort auf die Vereinigung Deutschlands, um die bis dahin divergierende Entwicklung in der alten Bundesrepublik und der DDR zusammenzuführen, neue Reproduktionstechniken (in vitro Fertilisation, Embryotransfer, Samen- und Eispende sowie Leihmutterchaften), die im Rahmen des Beratungsschwerpunktes „ungewollte Kinderlosigkeit“ mit ihren psychosozialen, ethischen, rechtlichen und gesellschaftspolitischen Fragen an Bedeutung gewinnen.

Der pro familia-Bundesverband ist weiterhin ein Gesellschafter der pro familia-Vertriebsgesellschaft in Frankfurt, die Verhütungsmittel und Aufklärungsmedien vertreibt.

Die Einnahmen des Bundesverbandes setzen sich im institutionellen Haushalt aus Zuwendungen des Bundes (Bundesministerium für Familie und Senioren), Beiträgen und Spenden und aus Veröffentlichungen zusammen und im Projekthaushalt aus Zuwendungen der BZgA und Teilnehmergebühren aus den Fortbildungsveranstaltungen.

Medienangebote

Das Medienangebot des Bundesverbandes hat vier Zielsetzungen:

- Information der Ratsuchenden und der Öffentlichkeit durch Broschüren, Faltblätter, Plakate,
- Information und Fortbildung der Verbandsmitglieder, Mitarbeiter und von anderen Interessierten durch die verbandseigene Fachzeitschrift,
- Fortbildung des Fachpersonals durch Informations- und Arbeitsmaterialien,
- Information der Massenmedien durch Pressemitteilungen.

Für die Information der Ratsuchenden und anderen Interessierten bringt die pro familia die Broschürenreihe „Körper und Sexualität“ (kostenlos) heraus mit Themen wie

- „Menstruation“,
- „Körperzeichen weisen den Weg“,
- „Sexuell übertragbare Krankheiten“,

und weitere Broschüren über Verhütungsmethoden und zum Schwangerschaftsabbruch (kostenlos) wie z. B.

- „Das Diaphragma“,
- „Die Pille“,
- „Das Kondom“,
- „Sie haben 48 Stunden Zeit ... Informationen über die Pille danach und die Spirale danach“.

Für ausländische Ratsuchende erscheinen in sechs Fremdsprachen Broschüren mit Informationen, Hinweisen und Adressen, wer was auf dem Gebiet der Familienplanung, Sexualität und Partnerschaft sowie bei Fragen der Gesundheit bietet (kostenlos)

Zum Thema „Empfangnisregelung womit?“ steht eine Informationsbroschüre in neun Sprachen zur Verfügung (kostenlos)

Außerdem bringt der Bundesverband Informationsmaterialien für junge Leute, Plakatzeitungen und Plakate, auch für die sozialpädagogische Gruppenarbeit, heraus (kostenlos).

Eine Bestellliste der lieferbaren Materialien kann beim Bundesverband angefordert werden

Das Periodikum „pro familia magazin“ – Sexualpädagogik und Familienplanung erscheint 6mal jährlich, ist für Mitglieder kostenlos und sonst im Abonnement oder als Einzelheft zu erwerben. Das pro familia magazin enthält Beiträge zu dem jeweiligen Schwerpunktthema wie z. B.:

- „Gestörte Umwelt – gestörte Sexualität“ (5/88),
- „Sexualität und Behinderung“,
- „Sexualität und Medizin“ (3/90),

dann aktuelle Berichte aus der Arbeit, Termine, Hinweise auf Neuerscheinungen, Buchbesprechungen und verbandsorientierte Informationen

Weitere Medien, wie Verhütungsmittel, Modelle, Videos – z. B. die Reihe „Der Liebe auf der Spur“ –, Audiotassetten und Bücher liefert die pro familia-Vertriebsgesellschaft, die einen Katalog herausbringt

PRO FAMILIA

Medienangebote

Die Serviceleistungen des Bundesverbandes bestehen in dem Fort- und Weiterbildungsangebot für die Beratung zu Schwangerschaft, Sexualität und Partnerschaft (Programm kann angefordert werden). In einwöchigen und Wochenend-Seminaren (außer Grundkurs, Familienplanung kostenverursachend) werden z. B. folgende Themen angeboten:

- Familienplanung
- Aspekte der Kinderlosigkeit
- Sexualpädagogische Gruppenarbeit

und eine zweijährige berufsbegleitende Weiterbildung

- Psychoanalytische Beratung in Sexual- und Partnerschaftskonflikten.

Zu den Beratungen in den Beratungsstellen kommen außerdem sexualpädagogische Aktivitäten im schulischen und außerschulischen Bereich und die Arbeit mit Lehrern, Sozialarbeitern und -pädagogen, ErzieherInnen und Eltern als Multiplikatoren.

Weiterhin stehen die Fachleute der pro familia für Auskünfte zur Verfügung und geben Stellungnahmen zu aktuellen Fragestellungen heraus.

Das Serviceangebot der Landes-, vor allem aber Kreis- und Ortsverbände ist in der Hauptsache die Einzelberatung und die Zusammenarbeit bei sexualpädagogischen Aktivitäten.

Serviceleistungen

Fragen der Sexualität, Partnerschaft und Schwangerschaft sind fester Bestandteil von gesundheitserzieherischen und -fördernden Bemühungen. Mitarbeiter in diesem Arbeitsfeld sollten daher Kontakt mit dem Landesverband und der nächsten Beratungsstelle haben und bei Planung und Durchführung von Maßnahmen mit ihnen kooperieren.

Beim Bundesverband sollte die Bestelliste angefordert werden und bei der pro familia-Vertriebsgesellschaft (Gutleutstraße 139, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0 69/25 19 30) der Katalog.

Die Adressen der Landesverbände:

Baden-Württemberg
Planckstraße 8
W-7000 Stuttgart 1
Tel. 07 11/46 11 51

Bremen
Stader Straße 35
W-2800 Bremen 1
Tel. 04 21/44 39 44

Bayern
Türkenstraße 103/1
W-8000 München 40
Tel. 0 89/39 90 79

Hamburg
Tesdorfstraße 8
W-2000 Hamburg 13
Tel. 0 40/44 19 53 22

Berlin
Ansbacher Straße 11
W-1000 Berlin 30
Tel. 0 30/2 13 90 13

Hessen
Schichaustraße 3-5
W-6000 Frankfurt/Main 1
Tel. 0 69/44 70 61

Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 103
O-1580 Potsdam

Mecklenburg-Vorpommern
c/o Universität Rostock
Leninallee 70
O-2500 Rostock
Tel. 00 37 81/39 69 60

Niedersachsen
Am Hohen Ufer 3 A
W-3000 Hannover 1
Tel. 05 11/36 36 08

Nordrhein-Westfalen
Loherstraße 7
W-5600 Wuppertal 2
Tel. 02 02/8 98 21 22

Rheinland-Pfalz
Schillerstraße 24
W-6500 Mainz
Tel. 0 61 31/23 63 50

Sachsen
Erich-Ferl-Straße 95
O-7050 Leipzig
Tel. 00 37 41/6 15 30

Sachsen-Anhalt
(ab 1.11.1991)
W -v. Klewiz-Straße 11
O-4070 Halle/Saale
Tel. 00 37 46/7 41 10

Schleswig-Holstein
Am Marienkirchhof 6
2390 Flensburg
Tel. 04 61/8 69 30

Thüringen
Falkstr. 23
O-5300 Weimar

Empfehlungen

PSYCHOSOZIALE NACH- SORGEEINRICHTUNG UND FORTBILDUNGS- SEMINAR HEIDELBERG

Adresse	Ernst-Moro-Haus, INF 155 6900 Heidelberg
Ansprechpartner	Dr. med. Reinhold Schwarz (Leiter der Nachsorgeeinrichtung und des Fortbildungsseminars) Petra Wechsung (Sozialarbeiterin, grad.)
Telefon	Sekretariat: Frau Fritz Frau Derr 0 62 21/56 30 84 Frau Günther 0 62 21/56 30 88

Die Psychosoziale Nachsorgeeinrichtung für Krebspatienten und deren Angehörige – verbunden mit dem Heidelberger Seminar für Psychosoziale Krebsnachsorge – ist an die Sektion Chirurgische Onkologie der Chirurgischen Universitätsklinik Heidelberg angegliedert.

Die fünfjährige Modellphase als Projekt der Deutschen Krebshilfe e.V. ging 1984 zu Ende. Seitdem stützt sich die Existenz der Einrichtung auf eine doppelte Trägerschaft: Mit der Übernahme des Nachsorge- bzw. Betreuungssektors durch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst in Baden-Württemberg hat die psychosoziale Versorgung einen festen Platz im Versorgungsnetz für onkologisch Kranke gefunden.

Das Fortbildungsseminar wird durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung im Rahmen des „Aktionsprogrammes Krebsbekämpfung“ in Baden-Württemberg getragen.

Drei Aufgabenfelder stehen im Mittelpunkt der Arbeit:

- die psychosoziale Betreuung von Krebspatienten und ihren Angehörigen,
- die psychosoziale Fort- und Weiterbildung für alle in der Onkologie tätigen Berufsgruppen sowie für ehrenamtliche Helfer/innen und Selbsthilfegruppen,
- die klinische Begleitforschung, die sich vor allem um die Klärung der Bedeutung von seelischen Faktoren für den Krankheitsverlauf bemüht

Aufgaben und Ziele der Institution

Das Fort- und Weiterbildungsangebot wendet sich an alle in der Onkologie tätigen Berufsgruppen und hat zum Ziel, die psychosoziale Kompetenz von Ärzten, Schwestern und Pflegern, Sozialarbeitern, Psychologen und all der anderen Berufsgruppen, die Krebskranke behandeln, betreuen, beraten und begleiten, zu erhöhen.

Service- leistungen

**PSYCHOSOZIALE
NACHSORGE-
EINRICHTUNG
UND
FORTBILDUNGS-
SEMINAR
HEIDELBERG**

**Service-
leistungen**

In den Heidelberger Seminaren geht es um die Vermittlung von theoretischen Kenntnissen der klinischen Krebsbehandlung und Nachsorge, um das Verstehen der Gefühlsprozesse bei Krebskranken und der sie versorgenden Berufsgruppen, sowie um den Erwerb von Fertigkeiten, die im Umgang mit Schwerkranken und ihren Angehörigen hilfreich sind

Da die Weiterbildung durch eine interdisziplinäre Mitarbeitergruppe durchgeführt wird, die neben der Tätigkeit in der Fortbildung selbständig in der Patientenbetreuung tätig ist, ist gewährleistet, daß der Bezug zur tatsächlichen klinischen Behandlungssituation gewahrt wird und neue psychosoziale Erkenntnisse rasch in die Seminare einbezogen werden können. Seit 1979 haben weit über 1500 Menschen aus den verschiedensten helfenden Berufen und ehrenamtlich Tätige an den Heidelberger Seminaren teilgenommen.

Die tatsächliche Verbesserung der Behandlungs- und Nachsorgesituation von Krebskranken ist ohne ein genügendes Verständnis ihrer sozialen und seelischen Situation nicht möglich. Gerade bei den zumeist langzeitbehandelten Menschen hat der einführende und angemessene Umgang mit ihnen Einfluß auf ihre Lebensqualität. Daher wird das Wissen um psychosoziale Begleitfolgen der Erkrankung speziell den Berufsgruppen vermittelt, die in ihrer Ausbildung darüber zu wenig erfahren, zugleich aber die Hauptverantwortung in der Versorgung Krebskranker tragen. Die Arbeit mit Krebskranken rührt an eigene Ängste und Befürchtungen.

Deshalb führt sie beim einzelnen oft zu Gefühlen der Hilflosigkeit und Überforderung. Daher wird in den Seminaren neben der Vermittlung von Wissen über die Bedürfnisse der Kranken auch das eigene Erleben und Verhalten, soweit es für die Arbeit bedeutsam ist,

beachtet und geklärt. In der Versorgung Krebskranker Tätige erhalten dadurch auch eine angemessene persönliche Unterstützung.

Die Fort- und Weiterbildungsangebote werden im einzelnen für folgende Schwerpunkte angeboten:

- Seminar für Mitarbeiter im Gesundheitswesen
- Wochenendseminar für Absolventen des „Seminars für Mitarbeiter im Gesundheitswesen“
- Seminar für Mitarbeiter in der pädiatrischen Onkologie
- Psychoonkologisches Kolloquium für Ärzte
- Psychoonkologische Arbeitstagungen für Psychologen
- Seminar für Leiter/innen von Selbsthilfegruppen in der Krebsnachsorge
- Seminar mit thematischem Schwerpunkt „Umgang mit Schwerstkranken und Sterbenden“
- Seminar für Familien mit krebskranken Kindern und Jugendlichen

Nähere Informationen und Anmeldung:

Psychosoziale Nachsorgeeinrichtung und Fortbildungsseminar an der Chirurgischen Universitätsklinik Heidelberg
Im Neuenheimer Feld 155 (Moro-Haus)
6900 Heidelberg
Tel : 0 62 21/56 30 88 Frau Günther
56 30 84 Frau Derr, Frau Fritz

Die Kursgebühren können aufgrund der Bezuschussung durch das Land Baden-Württemberg niedrig gehalten werden. Die Gebühren für eine Seminarwoche für Mitarbeiter/innen im Gesundheitswesen liegen bei ca. 80,- DM. Die Familienseminare und das Angebot für Selbsthilfegruppen sind kostenlos.

Empfehlungen

Für medizinisches, pflegerisches und psychosoziales Fachpersonal sind die Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen der Psychosozialen Nachsorgeeinrichtung und Fortbildungsseminar/Heidelberg besonders zu empfehlen.

Die Gruppen sind berufsgruppenspezifisch und interdisziplinär orientiert und bieten sowohl Informations- und Wissensvermittlung aus den Fachdisziplinen Medizin, Krankenpflege, Psychologie, Sozialarbeit und Theologie als auch die Möglichkeit der Reflexion des Berufsalltags im Hinblick auf die Probleme bei der Patientenbetreuung, Kooperation innerhalb der eigenen und mit anderen Berufsgruppen und Thematisierung eigenen Erlebens im Umgang mit Krebspatienten.

RUPRECHT-KARLS- UNIVERSITÄT HEIDELBERG

– ABTEILUNG KLINISCHE SOZIALMEDIZIN –

(WHO Collaborating Centre for Research and Training in cardiovascular Diseases)

Adresse	Bergheimer Straße 58 6900 Heidelberg 1
Ansprechpartner	Direktor: Prof. Dr. med. E. Nüssel
Telefon	0 62 21/56 86 11 (Zentrale)

Die Abteilung Klinische Sozialmedizin der Universität Heidelberg verdankt ihre Gründung im Jahre 1963 Professor Dr. Paul Christian, dem unmittelbaren Nachfolger und langjährigen Mitarbeiter Victor von Weizsäcker. Auf der Grundlage einer ganzheitlichen Betrachtungsweise sollte die Abteilung über eine vertiefte Einzelfallhilfe Modelle einer umfassenden sozialmedizinischen Patientenversorgung entwickeln; dabei sollte die Klinische Sozialmedizin als eine Komponente der klinischen Behandlung in die konventionellen Fächer integriert bleiben. Einige der hierbei erprobten bzw. entwickelten Modelle seien an dieser Stelle nur stichwortartig benannt:

Case Teamwork

Den Patienten behandelt ein Internist, ein psychosomatisch geschulter Arzt und ein Sozialarbeiter jeweils getrennt in Einzelsitzungen. In Abwesenheit des Patienten trifft sich das Therapeutenteam und stimmt das weitere Vorgehen ab. Dieses Modell wurde aus den USA übernommen und auf deutsche Verhältnisse adaptiert.

Ambulante Rehabilitation

Patienten, die nach Entlassung aus der Akutklinik ohne die sonst übliche Anschlussheilbehandlung in ihre alte soziale Umgebung zurückgehen, erhalten die Möglichkeit zur intensiven, regelmäßigen Aussprache mit einem Sozialarbeiter und mit einem auf Rehabilitationsfragen spezialisierten Arzt.

Mit dieser begleitenden Betreuung soll eine möglichst komplikationslose und zügige Rückführung an den alten Arbeitsplatz und eine dauerhafte Ausschaltung von risikoreichen Lebensweisen erreicht werden.

Berufliche Anamnese im Gespräch

Mit Blick auf die bestehende Krankheit diskutieren ein bis maximal drei Patienten im Beisein ihrer behandelnden Ärzte mit einem von außerhalb hinzugezogenen Berufskollegen, der zwar nicht im gleichen, wohl aber in einem ähnlichen Betrieb tätig ist, über ihre berufliche Situation. Die in Abstimmung auf die jeweiligen Berufe der Patienten hinzugezogenen Berufstätigen sind mit den Gesprächstechniken des Modells vertraut. Weitere Gesprächsteilnehmer sind Sozialmediziner, Psychologen und Sozialarbeiter.

Das Wesentliche dieses Vorgehens ist: In der räumlichen Atmosphäre einer Klinik oder einer Arztpraxis und unter den Bedingungen der Schweigepflicht entwickelt sich zwischen Patient und ihren Berufs-(nicht Betriebs-)Kollegen eine Offenheit, die medizinisch wichtige Aspekte zutage fördert, an deren Erfragung der behandelnde Arzt erfahrungsgemäß nicht denkt.

Ökonomisierung der Sozialarbeit

Der in Baden-Württemberg nach § 14 des Landeskrankenhausgesetzes vorgeschriebenen „sozialen Beratung und Betreuung des Patienten“ steht der Mangel an Planstellen für entsprechende „fachkundige Kräfte“ an den Krankenhäusern entgegen. Um dennoch bei möglichst vielen Patienten im Sinne dieses Gesetzes handeln zu können, wird eine Methode entwickelt, die einige sozialarbeiterische Aufgaben an den in Klinik oder freier Praxis behandelnden Arzt delegiert. Hierdurch gewinnen die Sozialarbeiter Zeit, um sich verstärkt dort einsetzen zu können, wo „fachkundige Kräfte“ zur Beratung und Betreuung unverzichtbar sind.

Der zweite Aufgabenbereich der Abteilung hat sich aus dem ersten mit nahezu zwingender Notwendigkeit entwickelt:

Beispielhaft seien folgende Projekte genannt:

Klinische Sozialmedizin bedarf der rückkoppelnden Ergänzung durch die Epidemiologie. Als erster Schritt auf diesem Wege wurde im Heidelberger Raum 1970 ein WHO-Herzinfarktregister eingerichtet. Es wurde inzwischen - im Rahmen des „MONICA“-Projekts (Multinational Monitoring of Trends and Determinants in Cardiovascular Diseases) - durch ein Schlaganfallregister ergänzt. Die WHO koordiniert die Arbeit von 40 Forschungszentren dieses weltweiten Projektes, dessen Laufzeit auf weitere 10 Jahre ausgelegt ist. Es geht dabei um die Erforschung klinischer und gesundheitspolitischer Fragestellungen zur Bekämpfung des Herzinfarktes und Schlaganfalls.

Innerhalb des Comprehensive Cardiovascular Community Control Programmes der WHO wurde nach dreijähriger Vorbereitung seit 1976 die sogenannte Eberbach/Wiesloch-Studie durchgeführt. Hier ging es um die Entwicklung von Methoden und Modellen

zur breitenwirksamen Vermeidung und Ausschaltung von Risikofaktoren für Herz und Kreislauf. Das in Eberbach entwickelte Modell „Kommunale Prävention“ wird zur Zeit in 40 Städten der Bundesrepublik Deutschland etabliert.

- An die Entwicklung von Methoden und Modellen zur Prävention auf Gemeindeebene schloß sich logisch ein weiteres WHO-Projekt, „CINDI“ (Countrywide Integrated Noncommunicable Diseases Intervention) an, welches sich mit Problemen der Prävention auf Landesebene befaßt. Die Abteilung Klinische Sozialmedizin hat dieses Projekt in Baden-Württemberg 1986 unter dem Titel „7 gegen 7 - Landesweites Programm mit 7 Aktionen gegen 7 Krankheiten“ begonnen. Träger des Programms ist die Landesärztekammer - die Schirmherrschaft hat das Land Baden-Württemberg übernommen. Die Laufzeit wird 15 Jahre betragen. Insgesamt beteiligen sich an diesem WHO-Projekt 12 europäische Länder. Im Frühjahr 1982 wurde von der Abteilung das WHO-Projekt „ERICA“ (European Risk Factors and Incidence, a Coordinated Analysis) ins Leben gerufen. Inzwischen beteiligen sich daran 34 europäische Forschungszentren. Von weit über 100.000 Europäern werden in Heidelberg die Herz-Kreislauf-Daten vergleichend ausgewertet. Mittelfristig ist ein „Europäischer Atlas mit Herz-Kreislauf-Daten“ angestrebt. Mit seiner Hilfe soll insbesondere ein internationaler Vergleich konkurrierender Maßnahmen zur Bekämpfung der Herz-Kreislauf-Krankheiten vorgenommen werden.

Schließlich sind noch drei nationale Projekte hervorzuheben:

- die im Auftrag der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für kardiologische Prävention und Rehabilitation und des Deutschen Sportärztebundes seit 1980 durchgeführte „Multicentrische Herzgruppenstudie“. Sie zielt auf eine Verbesserung der Nachsorge bei Herzinfarktpatienten;
- die Deutsche Herz-Kreislauf-Präventionsstudie, deren Hauptphase 1984 begonnen hat und deren Ziel es ist, verschiedene Ansätze der Prävention vergleichend zu testen;
- die „QUASI“-Studie, ein Projekt zur Entwicklung und Anwendung von Maßnahmen zur Qualitätssicherung in der Praxis des niedergelassenen Arztes.

1976 wurde die Abteilung zum WHO-Collaborating Centre for Research and Training in Cardiovascular Diseases berufen.

Übergreifende Zielsetzung der Abteilung ist die Entwicklung einer Populationsmedizin, in der die vier klassischen Zielvorstellungen der klinischen Medizin (Gesundheitsförderung, Prävention, Kuration und Rehabilitation) wechselwirksam effektivitäts- und effizienzsteigernd auf allen drei Ebenen der ärztlichen Primärvorsorge (1 Ebene: Individualmedizin, 2 Ebene: Gruppenmedizin, 3 Ebene: ärztliche Tätigkeit im Gemeinderahmen) ineinandergreifen.

SELBSTHILFEGRUPPE SKLERODERMIE IN DEUTSCHLAND e.V.

Adresse Geschäftsstelle
Jägerstraße 1
8501 Burgthann-Ezelsdorf

Ansprechpartner Herr Eberhard Rhau

Telefon 09188/5 12

Die Selbsthilfegruppe Sklerodermie e.V. wurde 1984 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluß von Betroffenen, deren Angehörigen, interessierten Ärzten und Therapeuten.

Da die Sklerodermie – eine Erkrankung des Bindegewebes – in der Öffentlichkeit nicht besonders bekannt ist, hat sich der Verein zum Ziel gesetzt, durch Öffentlichkeitsarbeit auf die Problematik dieser Erkrankung und deren Folgen verstärkt aufmerksam zu machen.

Ein wichtiges Ziel ist ebenfalls die Verbesserung der wohnortnahen medizinischen und therapeutischen Versorgung der Kranken. Darüber hinaus wird die Aktivierung der Forschung als wichtige Aufgabe gesehen.

Die Selbsthilfegruppe ist ein gemeinnütziger Verein. Die Mitglieder werden in regionalen Gruppen betreut. Diese regionale Organisationsstruktur ermöglicht die konkrete Arbeit vor Ort:

- Erfahrungsaustausch von Betroffenen ermöglichen und praktische Hilfestellung vermitteln,
- soziale Isolation sowie seelische Vereinsamung verhindern, durch die Auseinandersetzung mit Ängsten und Problemen der Betroffenen

Die Selbsthilfegruppe Sklerodermie e.V. hat einen wissenschaftlichen Beirat, der aus 13 Ärzten besteht.

Aufgaben und Ziele der Institution

Es wird ein Faltblatt herausgegeben, das die wichtigsten Informationen über die Erkrankung enthält und sich an Laien richtet.

Viermal im Jahr erscheint ein „Rundschreiben“, das Fachinformationen und Ratschläge für Betroffene enthält. In der Regel richtet sich dieses an die Mitglieder (bundesweit).

Medienangebote

**SELBSTHILFE-
GRUPPE SKLERO-
DERMIE IN
DEUTSCHLAND
e.V.**

**Service-
leistungen**

Über die Bundesgeschäftsstelle sind Adressen der Regionalgruppen erhältlich.

Adresse, Telefonnummer sowie Ansprechpartner in den einzelnen Städten/Regionen werden regelmäßig im Rundschreiben veröffentlicht. Ebenfalls über die Bundesgeschäftsstelle können Adressen von Experten erfragt werden

Vermittlung von Referenten ist möglich.

Empfehlungen

Die Selbsthilfegruppe Sklerodermie e.V. bietet Betroffenen die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und gibt praktische Hilfestellung. Außerdem können Adressen von Experten über die Bundesgeschäftsstelle erfragt werden

SOZIALFORSCHUNGS- STELLE DORTMUND

Landesinstitut

Adresse	Rheinlanddamm 199 4600 Dortmund 1
Ansprechpartner	Dr. Helmut Martens (Koordinator Bereich 4) Dr. Gerd Peter (Geschäftsf. Direktor)
Telefon	02 31/13 88-01

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Sozialforschungsstelle besteht seit 1946, seit 1972 ist sie Landesinstitut. Als Forschungseinrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen lautet ihr offizieller Auftrag: „Forschung – insbesondere empirischer Art – auf dem Gebiet sozialwissenschaftlicher Fragen der industriellen Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung im Lande Nordrhein-Westfalen“

Die Dienst- und Fachaufsicht liegt beim Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW. Die Sozialforschungsstelle gehört zu den großen industrie- und arbeitssoziologischen Forschungsinstituten der Bundesrepublik.

Von 1972 bis heute hat die Sfs rund 60 größere und 50 kleinere Forschungsprojekte durchgeführt. Seit 1979 erfolgte eine starke Ausweitung der Forschungsaktivitäten durch die Aufnahme drittmittelfinanzierter Vorhaben.

Es werden Forschungsprojekte durchgeführt, die zentrale Bereiche der gesellschaftlichen Entwicklung von Arbeit und die Arbeits- und Lebensverhältnisse von Arbeitnehmern/innen zum Gegenstand haben. Unter dem Gesichtspunkt der Anwendungsorientierung sozialwissenschaftlicher Forschung sollen Entwicklungsprozesse darauf untersucht werden, welche Möglichkeiten und Schwierigkeiten in der Zukunft zu erwarten sind.

Hierbei tritt in zunehmendem Maße die Einführung neuer Technologien in den Vordergrund – ein Prozeß, der unter dem Aspekt der sozialverträglichen Gestaltung des Technikeinsatzes begleitet wird.

Die Auseinandersetzung der abhängig Beschäftigten mit ihrer Arbeit und ihren Arbeitsbedingungen findet besondere Berücksichtigung. Es geht um die Möglichkeit der Verwirklichung ihrer arbeitsbezogenen Interessen und arbeitspolitischen Ziele. Die Untersuchungen setzen auf der betrieblichen Ebene von Arbeits- und Ausbildungsprozessen, aber auch auf der Ebene der Branche und der Region an.

Die Sfs beteiligt sich an sozialwissenschaftlichen Untersuchungen staatlicher Reformvorhaben auf verschiedenen Ebenen des Arbeits- und Lebenszusammenhangs, vor allem in Form von Begleituntersuchungen

Die Sfs betreibt auch grundlagenorientierte Forschung zur weiteren Klärung der Möglichkeiten und Probleme anwendungsorientierter empirischer Forschung

**SOZIAL-
FORSCHUNGS-
STELLE
DORTMUND**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Arbeit erfolgt in fünf Bereichen:

Bereich 1
Rationalisierung und Arbeitsgestaltung
Betrieb und Arbeitsmarkt

Bereich 2
Berufsrarbeit von Frauen
bearbeitete Themenbereiche:
- neue Technologien und die Entwicklung von
Frauenerwerbsarbeit
- Diskriminierung von Frauen und Konzepte zu
Frauenförderung
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Bereich 3
Berufliche Bildung und Facharbeit
gegenwärtige Forschungsstränge
- innerbetriebliche Bildungsreform
- Ausbildungsmärkte; Übergang zur Arbeit
- Berufs- und Arbeitsorientierung
- international vergleichende Forschung

Bereich 4
Arbeitspolitik, Mitbestimmung und Interessenver-
tretung
Mit den Schwerpunkten
Arbeitspolitik

- Arbeitsschutz
- Unternehmensmitbestimmung
- Interessenvertretungshandeln
- Forschungsschwerpunkt Technikfolgen-Abschätzung
Biotechnologie

Bereich 5
Wissenschaftlicher Dienst, Methodik und Bergbau-
Forschung

Die Arbeit wird im Rahmen der fünf Bereiche in
Forschungsgruppen durchgeführt.

Für die wissenschaftliche Beratung und die Leitung des
Instituts bestehen drei Institutionen:
- der wissenschaftliche Beirat,
- der Forschungsrat,
- der geschäftsführende Direktor

Das Landesinstitut Sozialforschungsstelle hat einen
breitgestreuten Auftraggeberkreis aus Bund und Län-
dern und Gemeinden, zunehmend auch noch von eu-
ropäischen Behörden und mit internationaler Koopera-
tion

Die Kooperationen der Sfs ergeben sich entlang der
anwendungsorientierten Forschung

Medienangebote

Die Sozialforschungsstelle arbeitet anwendungsorien-
tiert. Die Umsetzung von Forschungsergebnissen und
die wissenschaftsgestützte Beratung sind Bestandteile
der Projekte. Darüber hinaus trägt das Institut durch
eigene Aktivitäten dazu bei, daß die Forschungsergeb-
nisse sowohl in der wissenschaftlichen Diskussion als
auch von Praktikern in Politikverbänden, Gewerkschaf-
ten und Betrieben aufgenommen werden

Tagungen, Werkstattgespräche und Bildungsveranstal-
tungen sind Teil der Öffentlichkeitsarbeit. Forschungser-
gebnisse veröffentlicht die Sfs als Bücher in Verlagen,
in wissenschaftlichen Fachzeitschriften, zielgruppen-
spezifischen Broschüren und Zeitschriften sowie durch
Presse, Funk und Fernsehen. Das Institut unterhält au-
ßerdem interne Veröffentlichungsreihen, deren Hefte
und Broschüren kostenlos oder gegen geringe Unko-
stenbeiträge zugesandt werden; Interessenten erhal-
ten regelmäßig eine Anzeige über die neuesten Ver-
öffentlichungen der Sfs

Im Forschungsbereich 4 (Arbeitspolitik, Mitbestimmung
und Interessenvertretung) findet arbeitsschutzbezo-

gene Forschung statt. Aus den entsprechenden Projek-
ten heraus findet neben der üblichen allgemein ge-
stauten Berichterstattung in Forschungsberichten/
Buchpublikationen eine gezielte Aufbereitung von Er-
gebnissen für unterschiedliche Adressatengruppen
(Praktiker) im Feld statt (z. B. über Workshops, Broschü-
ren etc.)

Adressaten sind insbesondere:
Unternehmen bzw. Akteure des institutionalisierten
betrieblichen Arbeitsschutzes;
- außerbetriebliche Institutionen des Arbeitsschutzes
wie Gewerbeaufsichtsämter, Berufsgenossenschaften
usw.;
- Verbände

Diese Rückkopplung geschieht jedoch wesentlich pro-
jektgebunden und nicht im Rahmen eigens am Institut
institutionalisierter Serviceleistung. Ulrich Pröll und An-
dreas Renner sind die direkten Ansprechpartner

**Service-
leistungen**

Die Institutsbibliothek und das Archiv, die zum Bereich
Wissenschaftlicher Dienst gehören, verfügen z. Zt. über
17.000 Monographien und ca. 120 Fachzeitschriften so-
wie Materialien aus dem Gewerkschafts- und Unterneh-
mensbereich. Die Sfs verfügt ferner über eine eigene
EDV-Abteilung und hat darüber hinaus Zugang zum

Rechenzentrum der Universität Dortmund. Bestimmte
Anfragen können entgeltlich bearbeitet werden

Selbstverständlich stellt die Sfs Referenten für Veran-
staltungen und Tagungen mit der üblichen Unkosten-
berechnung bundesweit zur Verfügung.

Empfehlungen

Die Sozialforschungsstelle ist als eine der großen indu-
strie- und arbeitssoziologischen Forschungseinrichtun-
gen der BRD ein wichtiger Ansprechpartner in Fragen
der Arbeitspolitik, Mitbestimmung und Interessenver-
tretung, insbesondere auch des Arbeitsschutzes. Ein
Schwerpunkt liegt dabei auf der betrieblichen Ebene
und der Verbindung zwischen grundlagen- und anwen-
dungsorientierter Forschung

Besonders zu empfehlen sind die gesammelten Mate-
rialien, Informationen, Aufbereitungen und Publikatio-
nen aus dem Bereich des betrieblichen Arbeitsschutzes
und der sozialverträglichen Technikgestaltung.

STAATLICHER GEWERBEARZT FÜR DEN AUFSICHTSBEZIRK WESTFALEN-LIPPE IN BOCHUM

Institut für Arbeits- medizin

Adresse Marienplatz 2
4630 Bochum 1

Ansprechpartner Prof. Dr. Theodor Peters
(Staatlicher Gewerbearzt)

Telefon 02 34/6 05 75

Der gewerbeärztliche Dienst ist staatlicherseits für den medizinischen Arbeitsschutz zuständig. Arbeitsschutz umfaßt alle rechtlichen, organisatorischen, technischen und medizinischen Maßnahmen, die zum Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, zur Sicherung ihrer körperlichen und geistigen Unversehrtheit getroffen werden müssen. Verstärkt umfaßt Arbeitsschutz nicht nur die Abwehr von Gefahren, Schäden, Belästigungen, vermeidbaren Belastungen, sondern die Schaffung menschengerechter Arbeitsplätze, Arbeitsabläufe und Arbeitsbedingungen.

Der Staatliche Gewerbearzt nimmt nicht nur Arbeitsschutzaufgaben im gewerblichen Bereich wahr, sondern auch im Bergbau und in anderen Bereichen, die z. B. vom Chemikaliengesetz, Gerätesicherheitsgesetz und vielen anderen Vorschriften erfaßt werden.

Die beiden Staatlichen Gewerbeärzte (für den Aufsichtsbezirk Nordrhein in Düsseldorf und für Westfalen-Lippe in Bochum) unterstehen der Dienst- und Fachaufsicht des nordrhein-westfälischen Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Die Organisation des gewerbeärztlichen Dienstes ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. Das arbeitsmedizinische Aufgabengebiet ist branchenübergreifend und überregional. Die bundesweit etwa 100 Gewerbeärztinnen und -ärzte haben ihre Dienststellen jeweils meist am Ort von Landesregierung, auch Regierungspräsidium, in der Regel in einer Universitätsstadt. Die Bezeichnung der Dienststelle, die organisatorische Eingliederung sowie die personelle, apparative und etatmäßige Ausstattung weisen je nach Bundesland sehr große Unterschiede auf.

Aufgaben und Ziele der Institution

**DR STAATLICHE
GEWERBEARZT
FÜR DEN AUF-
SICHTSBEZIRK
WESTFALEN-
LIPPE IN
BOCHUM**

Seit der ersten Anstellung von Gewerbeärzten Anfang dieses Jahrhunderts (in Preußen 1921) haben die Staatlichen Gewerbeärzte bis heute im Grunde die gleichen Aufgabenstellungen: Beratung und Unterstützung der Arbeitsschutzbehörden; Erweiterung des arbeitsmedizinischen und gewerbehygienischen Wissens. Heute zählen die Begutachtung der Berufskrankheitsfälle, die Beratung der Gewerbeaufsicht (auch der Bergaufsicht), der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung sowie anderer Institutionen, z. B. auch der Tarifvertragspartner, im Vordergrund. Weitere Aufgaben sind die Qualifi-

zierung der nach dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) zu bestellenden Werksärzte, die Ermächtigung für gesetzlich vorgeschriebene Untersuchungen, aber auch Informations-, Vortrags- und Lehrtätigkeit sowie aktive Mitarbeit in den verschiedensten Ausschüssen, die sich mit Fragen des Arbeitsschutzes direkt oder indirekt befassen.

Der Staatliche Gewerbearzt arbeitet in DIN-Ausschüssen (z. B. Beleuchtung, Klima, Lärm), VDI-Ausschüssen und Ausschüssen der Berufsgenossenschaften mit.

Medienangebote

Die Veröffentlichungen der Gewerbeärzte sind z. T. dienstlicher Natur und werden dann in aller Regel vom zuständigen Ressortminister herausgegeben. Dies gilt in erster Linie für die Jahresberichte. Die Jahresberichte enthalten jeweils auch Publikationslisten.

Unregelmäßig publizieren die Staatlichen Gewerbeärzte und Mitarbeiter in arbeitsmedizinischen Fachzeitschriften und wenden sich dabei vornehmlich an die ärztlichen und sicherheitstechnischen Experten des Gesundheitsschutzes.

Exemplarisch sei auf eine Tonbildschau über Aufbau und Aufgaben des Staatlichen Gewerbeärztlichen Dien-

stes in NRW hingewiesen, die für Demonstrationszwecke auf Arbeitsschutzveranstaltungen erstellt wurde.

Der Staatliche Gewerbearzt beteiligt sich mit Beiträgen auch an Kongressen, z. B. für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (A&A) alle zwei Jahre in Düsseldorf, an den Jahrestagungen der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin und des Verbandes der Betriebs- und Werksärzte usw. Darstellungen über die Tätigkeit der Gewerbeärzte in NRW, die auf einem Sonderstand des A&A 1985 gezeigt wurden, können beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen (MAGS) angefordert werden.

**Service-
leistungen**

Der Staatliche Gewerbearzt versteht sich auch als eine Service-Einrichtung für den medizinischen Arbeitsschutz.

Das gilt zunächst für den gesamten Komplex der Beratung von Betriebsärzten, die sich in regelmäßigen und intensiven Kontakten niederschlägt, aber auch für die Beratung von Arbeitnehmern, Betriebs- und Personalräten oder Arbeitgebern.

Hervorzuheben sind die bundesweiten Aktivitäten des Staatlichen Gewerbearztes für den Aufsichtsbezirk Westfalen in der arbeitsmedizinischen Weiterbildung. Durchgeführt werden 4-Wochen-Kurse für Betriebsärzte (Seminar für arbeitsmedizinische Weiterbildung),

die stark praxisorientiert konzipiert sind und zur Gebietsanerkennung für das Fach „Arbeitsmedizin“ und zur Zusatzbezeichnung „Betriebsmedizin“ führen, sofern die übrigen Weiterbildungsvoraussetzungen erfüllt sind.

Vorlesungen und Vortragstätigkeit gehören ebenfalls zu den regelmäßigen Aktivitäten der Gewerbeärzte -- etwa auf Veranstaltungen der Gewerkschaften, der Berufsgenossenschaften und bei anderen Veranstaltungen, die den Arbeitsschutz im weitesten Sinne zum Thema haben.

Empfehlungen

Der Staatliche Gewerbearzt für den Aufsichtsbezirk Westfalen - Institut für Arbeitsmedizin ist eine führende Einrichtung arbeitsmedizinischer Kompetenz in der Gewerbeaufsicht, die sich der langen Tradition gewerbehygienischer Aufgabenstellungen verpflichtet fühlt.

Ein besonderes Schwergewicht legt der Staatliche Gewerbearzt auf die arbeitsmedizinische Weiterbildung.

Entsprechende Kompetenz schlägt sich in der Beratungs- und Vortragsaktivität nieder.

Einen Überblick über Publikationen und Leistungen vermittelt der Jahresbericht.

STÄDTEBAUINSTITUT NÜRNBERG FORSCHUNGS- GESELLSCHAFT mbH

– SIN –

Adresse Neutorgraben 3
8500 Nürnberg 90

Ansprechpartner Herr Dipl.-Ing. L. Dittrich
(Direktor)

Telefon 09 11/3 77 74

Das SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH wird von seinen Gesellschaftern getragen. Die fachlich-wissenschaftlichen Publikationen des Institutes eignen sich als Hintergrund- und Grundlagenmaterial für eine Gesundheitserziehung, die sich mit der Frage befaßt, welche Gesundheitsbelastungen sich aus der Siedlungsstruktur ergeben und welche Wohn- und Wohnumgebungsbedürfnisse die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung haben.

**Für den
eiligen Leser**

Das SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH besteht in seiner heutigen Form seit 1970. Der Sitz der Gesellschaft ist Nürnberg. Das Institut wurde vor 25 Jahren als Städtebauinstitut e.V. gegründet. Es finanziert sich durch Forschungs- und Entwicklungsaufträge und Entgelte für seine Beratungstätigkeit.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Aufgabe des Institutes ist es, die Entwicklung des Städtebaus in Wissenschaft und Praxis durch Forschungsarbeiten und Untersuchungsvorhaben, durch Lehrtätigkeit und Anregungen, durch Beratung und Veröffentlichungstätigkeit zu fördern.

Dabei erstreckt sich die wissenschaftliche Tätigkeit des Institutes im wesentlichen auf vier Hauptaufgabenbereiche:

- Grundlagenarbeit im Städtebau
- Arbeiten für Einzelobjekte
- Gutachtenerstellung und Beratertätigkeit
- Methodenentwicklung im Bereich der Stadtplanung.

Diese Aufgabenstellung erfüllt das Städtebauinstitut in aller Regel und mit Ausnahme der Methodenentwicklung im Rahmen von Forschungsaufträgen oder Planungsaufträgen. Hauptauftraggeber des Institutes sind Bund, Länder und Gemeinden sowie auch Wohnungsunternehmen. Methodenorientierte Arbeiten hat das Institut insbesondere im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes vorgelegt.

- SIN -	<p>Das SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH hat bislang vor allem folgende Themenfelder bearbeitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Umweltgerechte Stadterneuerung - Arbeitsweltverbesserung durch umweltgerechten Industriebau - Sozialplanung im Städtebau - Sanierungs- und Entwicklungsvorhaben 	<ul style="list-style-type: none"> - Wohnwert in städtebaulichen Entwicklungsbereichen - Wohnumgebungsbedingungen in neuen Siedlungsgebieten - Wohnen und Wohnumgebung alter und behinderter Menschen - Wohnumgebung von Kindern in neuen Siedlungsgebieten - Freizeit und Erholung in neuen Wohngebieten
Aufgaben und Ziele der Institution		
Medienangebote	<p>Das SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH veröffentlicht regelmäßig Jahresberichte, in denen zeitnahe Probleme aufgegriffen und erörtert werden und in denen das Institut über seine Arbeit berichtet. Dabei werden die jeweiligen Aufgaben und Aufträge sowie die erarbeiteten Ergebnisse in Kurzform dargestellt.</p> <p>Daneben veröffentlichte das Institut bis 1985 seine Forschungsarbeiten, Untersuchungen, Gutachten und Planungen, aber auch Vorträge und Diskussionsbeiträge in eigenen Schriftenreihen.</p> <p>Diese Reihen wurden in Zusammenarbeit mit der Deutschen Verlagsanstalt herausgegeben. Soweit diese Reihen noch erhältlich sind, können sie über das Institut bezogen werden.</p> <p>Die neueren Arbeiten des SIN-Städtebauinstitutes werden überwiegend in der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau veröffentlicht.</p>	<p>Daneben werden in der Reihe „Die Stadt-Bücher“ empirische Befunde und Analyseergebnisse von Forschungsarbeiten und Untersuchungsvorhaben und Umsetzungsvorschläge des Institutes veröffentlicht. U.a. befassen sich die Bände dieser Reihe mit den Problemen neuer Siedlungen und alter Viertel, mit Grundlagen der Sozialplanung, mit dem Bedarf an Gemeinschaftseinrichtungen in alten und neuen Stadtgebieten sowie den Lebensbedingungen in neuen Siedlungen.</p> <p>Die Reihe „Die Stadt-Studien“ bringt in erster Linie Abschluß- und Ergebnisberichte von Forschungs- und Untersuchungsprojekten mit entsprechenden Praxisvorschlägen. Hier sind Titel zur Situation der Bewohner alter Stadtteile, zur Wohnungsversorgung von Aussiedlern und Zuwanderern sowie zum Wohnen von Problemgruppen erschienen.</p> <p>In der Reihe „Die Stadt-Beiträge“ sind Vorträge und Übersetzungen veröffentlicht. Daneben gibt es außerdem die SIN-Werkberichte, in denen ebenfalls Projektergebnisse veröffentlicht werden.</p>
Serviceleistungen	<p>Das SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH erbringt aus seinen Grundlagen- und Einzelarbeiten heraus Beratungsleistungen auf dem Gebiet der Stadtplanung und auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus.</p> <p>Insbesondere betreut das Institut im Auftrag der zuständigen Ministerien landes- und bundesweite Wett-</p>	<p>bewerbe auf dem Gebiet der Stadterneuerung und des Industriebaus.</p> <p>Die umfangreiche Fachbibliothek des Institutes kann auch von Nichtmitgliedern des Institutes genutzt werden.</p>
Empfehlungen	<p>Das SIN-Städtebauinstitut-Forschungsgesellschaft mbH befaßt sich in seiner früheren und jetzigen Tätigkeit mit Fragen, die wichtige Rahmenbedingungen für den Zusammenhang von Wohnen und Gesundheit betreffen.</p> <p>So liefern die Untersuchungen des Institutes über alte Stadtteile bzw. neuerrichtete Siedlungen Anhaltspunkte über die Gesundheitsbelastungen, die sich aus den typischen Siedlungsstrukturen, Standorten, Bauformen und Bauweisen des sozialgebundenen Wohnungsbaus ergeben.</p>	<p>Ebenso lassen sich aus den Untersuchungen über die Wohn- und Wohnumgebungsbedürfnisse von Kindern, Alten, Behinderten, Aussiedlern und Zuwanderern Anhaltspunkte über Gesundheitsbelastungen gewinnen, die sich aus dem allgemeinen gesellschaftlichen Wandel mit seiner zunehmenden Hermetisierung der Arbeits- und Erwerbswelt gegenüber den noch nicht oder nicht mehr oder nur eingeschränkt Erwerbsfähigen und Erwerbstätigen ergeben.</p>

STIFTUNG FÜR DAS BEHINDERTE KIND

Zur Förderung und Vorsorge und Früherkennung

Adresse Gartenstr. 179
6000 Frankfurt am Main 70

Telefon 0 69/63 71 09

Die Stiftung für das behinderte Kind wurde am 12. Juni 1967 in Bad Godesberg gegründet. Der Anstoß zur Einrichtung einer solchen Institution war vorwiegend aus dem Kreis der Förderer des Deutschen Grünen Kreuzes gekommen.

Im Vordergrund stand der Gedanke, mit dieser Einrichtung den Kindern, die durch die Thalidomid-Katastrophe in den 60er Jahren geschädigt waren, rasche und unbürokratische Hilfestellung zu geben. Satzungsgemäß wurden daneben die Förderung körperlich und geistig behinderter Kinder festgelegt und die Aufgaben dahingehend rezensiert, daß im Rahmen der Behindertenhilfe die Bereiche Prävention, Früherkennung und Frühbehandlung Vorrang haben.

Diese Interpretation mit weitgehender Beschränkung auf Prävention und Früherkennung stellte seinerzeit etwas grundsätzlich Neues dar: Es war seit langem die Aufgabe der Wohlfahrtsverbände, karitative Hilfe bei Behinderungen zu leisten, während der Gedanke der Prävention am behinderten Kind nur sehr zögernd hatte an Boden gewinnen können; dementsprechend hatte sich bis dahin noch keine Institution der Förderung von Prävention und Früherkennung angenommen.

Die Stiftung verfolgt damit eine Entwicklung, die in den Vereinigten Staaten in Zusammenhang mit der Bekämpfung und Prävention der Kinderlähmung begonnen hatte.

Die Prävention von Behinderungen wird heute möglich durch genetische Beratung und Pränataldiagnostik, Geburtshilfe, Vorsorge und Frührehabilitation:

Dabei liegt die Bedeutung der Pränataldiagnostik nicht in der Empfehlung eines Schwangerschaftsabbruchs nach Feststellung einer Erbkrankheit, sondern in der Möglichkeit, ein bestehendes Risiko zu erkennen.

Für perinatale Prävention stehen heute standardisierte Methoden in der Schwangerschaftsüberwachung zur Verfügung und eindeutige Kriterien für die optimale Betreuung. Verbesserung der Kooperation zwischen Praxis und Klinik und Optimierung der geburtshilflichen Zentren sind Schritte auf dem Wege, die Zahl möglicher Behinderungen, die unter der Geburt entstehen können, einzuschränken. Wesentliche Ursachen angeborener Behinderungen sind:

Aufgaben und Ziele der Institution

STIFTUNG FÜR DAS BEHINDERTE KIND

Aufgaben und Ziele der Institution

- Defekte an den Erbanlagen oder Chromosomen,
- exogene Schäden während der Schwangerschaft, Komplikationen während der Schwangerschaft und Geburt.

Bei der postnatalen Prävention stehen Früherkennung und Frühbehandlung im Mittelpunkt der pädiatrischen Betreuung von Säuglingen und Kleinkindern: Die überzeugenden Erfolge, etwa bei zerebral bewegungsge- störten Kindern, machen deutlich, was früher versäumt wurde – und auch heute noch oft durch mangelnde Aufklärung und mangelnde interdisziplinäre Koopera- tion versäumt wird

Aufbau der Stiftung:

Die Stiftung für das behinderte Kind ist eine gemein- nützige Einrichtung. Ihre Mittel rekrutieren sich aus- schließlich aus freiwilligen Zuwendungen, und zwar aus Spenden. Als ihre Organe fungieren ein Kuratorium und der Vorstand. Das Kuratorium setzt sich aus ca. 15 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und anderen Stiftungsmitgliedern und anderen am Stiftungsgedanken interessierten Berufen zusammen. Auch der Vorstand ist ohne Verwaltungsapparat ehren- amtlich tätig.

In den ersten Jahren nach ihrer Gründung galt die Stif- tungsarbeit der Einrichtung und Mitfinanzierung von Zentren zur speziellen Früherkennung und Frühbe- handlung, ebenso auch der Förderung von Einzelpro- jekten der Forschung. Als Beispiele hierfür seien genannt:

- eine Sonderschule für Dysmelie-Kinder in München, ein Forschungs- und Behandlungszentrum für früh- kindliche Hirnschäden in Düsseldorf,
- eine Privatschule für taubblinde Kinder in Hannover, ein Heim für schwerstgeschädigte Dysmelie-Kinder in Neckargemünd,
- Förderungsmaßnahmen zur Berufsausbildung kör- perbehinderter und geistig behinderter Kinder,
- Förderung der Ausbildung von Heilpädagogen, Starthilfe für das Kinderzentrum München, Einrichtung der frühdiagnostischen und frühthera- peutischen Behandlungsstellen in Frankfurt-Höchst sowie ein überregionales, interdisziplinäres For- schungsprojekt von Medizinern, Psychologen, Päd- agogen und Soziologen über die körperliche, gei-

stige und soziale Entwicklung der sogenannten „Contergan-Kinder“.

Die Stiftung dient heute der Förderung von Maßnah- men der Vorsorge, Früherkennung und Frühbehand- lung von körperlichen und geistigen Behinderungen. Sie hat im Rahmen dieser Zweckbestimmung insbeson- dere die Aufgaben,

- die wissenschaftliche Forschung und Erprobung von Methoden der Früherkennung und Frühbehandlung anzuregen, um vorgeburtliche Schäden sowie unter der Geburt oder später entstandene Behinderungen zu verhüten;
- die Einrichtung von frühdiagnostischen Untersu- chungs- und Beratungsstellen sowie die ärztliche Fortbildung zu fördern;
- die Verbreitung wissenschaftlicher Informationen so- wie die Aufklärung der Öffentlichkeit auf diesem Ge- biet zu übernehmen, und die Betroffenen für die Inanspruchnahme der angebotenen Hilfe zu gewinnen;
- Maßnahmen und Bestrebungen zu unterstützen, die geeignet sind, Schäden von Kindern abzuwehren und zu verhüten.

Unter dem Aspekt der Präventivmedizin gilt heute das Hauptbemühen der Stiftung der Prävention von ange- borenen Behinderungen durch Vorsorge und Früher- kennung.

Zukünftige Aufgaben:

Trotz aller bisherigen Bemühungen gibt es auf dem Feld von Vorsorge und Früherkennung weiterhin wich- tige Aufgaben, die erfüllt werden müssen:

- Ausbau von Beratungs- und Behandlungsstellen,
- Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fachkräften aus dem Bereich Medizin und der angrenzenden Ge- biete,
- Unterstützung von Forschungsvorhaben im Bereich der Entwicklungs-Rehabilitation, laufende Information der Ärzteschaft über den neuen Wissenschaftsstand zur Prävention von Be- hinderungen durch Fortbildungsveranstaltungen und geeignete Publikationen,
- Motivation der Eltern, die angebotene Vorsorge- möglichkeit zu nutzen.

Medienangebote

Die Publikationen der Stiftung dienen zum einen der Aufklärung der Öffentlichkeit über Prävention und Früherkennung von Behinderungen, zum anderen der Information von Fachleuten.

Als Standardmedium sei beispielhaft genannt die Fibel mit dem Titel „Unser Kind soll gesund bleiben“. Sie hat ein Verzeichnis, in dem die genetischen Beratungsstel- len in der Bundesrepublik aufgeführt sind. Außerdem enthält die Fibel eine Check-up-Liste für werdende El- tern, in der z. B. auf die Vorsorgemaßnahmen während der Schwangerschaft und nach der Geburt des Kindes (Untersuchungsplan) eingegangen wird.

Die Veröffentlichungen der Stiftung für interessierte Fachleute sind über den Verlag Umwelt & Medizin zu

beziehen. Das momentane Angebot der Stiftung be- inhaltet u. a. Veröffentlichungen zu genetischer Bera- tung, einzelnen Behinderungen und Rehabilitations- maßnahmen.

Die Titel und die Kosten sollten der Veröffentlichungs- liste der Stiftung entnommen werden.

Exemplarisch sei außerdem auf eine Anzeigenserie hin- gewiesen. Inhaltlich geht es um Prävention und Früh- erkennung von Behinderungen. Die Streuung dieser Serie geschieht über die regionale Presse. Die Stiftung tritt an Verleger heran, die zumeist kostenlos diese Serie veröffentlichen.

Service- leistungen

Die Stiftung für das behinderte Kind gibt gerne Aus- kunft über Behandlungszentren zur Früherkennung und Fortbildungsveranstaltungen anderer Träger.

Des Weiteren können sich sowohl Eltern wie Fachleute mit aktuellen Fragen zur Prävention an die Stiftung wenden.

STIFTUNG REHABILITATION

Adresse Bonhoeferstraße
6900 Heidelberg 1

Ansprechpartner Herr Domanski
(Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

Telefon 0 62 21/8 81

Die Stiftung Rehabilitation ist 1960 aus einem kirchlichen Gründerverein, dem Stoeckerwerk e.V., entstanden. Als Stiftung Bürgerlichen Rechts mit Sitz in Heidelberg errichtet, unterhält sie Einrichtungen zur medizinischen, schulischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation.

Sie ist Mitglied des Diakonischen Werks der evangelischen Landeskirche in Baden und wird als gemeinnütziger Verein durch Bund, Land Baden-Württemberg, Bundesanstalt für Arbeit, die Träger der gesetzlichen Rentenversicherungen, die Berufsgenossenschaften, die Krankenkassen und die Landeswohlfahrtsverbände Baden und Württemberg-Hohenzollern finanziell getragen.

Vorrangige Aufgabe der Stiftung Rehabilitation ist es, kranken und behinderten Menschen optimale Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, d. h. zur Eingliederung in die Gesellschaft beizutragen. Um dieser Zielsetzung gerecht zu werden, unterhält die Stiftung vier eng zusammenarbeitende Einrichtungen:

- Berufsförderungswerk Heidelberg
Rehabilitationsklinik Heidelberg
- Rehabilitationskrankenhaus Karlsbach-Langensteinbach
Rehabilitationszentrum für Kinder und Jugendliche
Neckargemünd

Die Stiftung sieht es als ihre besondere Verpflichtung an, durch ständige Anpassung ihrer Rehabilitationsleistungen an die sich ändernden wirtschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen und durch eine Abstimmung ihres Angebots auf die individuellen Bedürfnisse von Rehabilitanden und Patienten die Chancen der Behinderten in Beruf und Gesellschaft zu verbessern.

Das Berufsförderungswerk Heidelberg ist mit seinen über 1850 Ausbildungsplätzen die größte Einrichtung der Stiftung Rehabilitation und zugleich das größte Berufsförderungswerk der Bundesrepublik Deutschland. Seine Aufgabe ist es, behinderte Erwachsene beruflich so zu qualifizieren, daß sie erfolgreich wieder in Arbeit, Beruf und Gesellschaft eingegliedert werden können. In rund 40 Berufen mit anerkannten Abschlüssen auf Kammer- und Fachschulebene und auf Fachhochschulebene wird ausgebildet. Behinderte ab dem 18. Lebensjahr werden hier in kaufmännischen und Verwaltungsberufen, Berufen der Datenverarbeitung und Informatik, maschinenbautechnischen Berufen, Berufen der

Aufgaben und Ziele der Institution

STIFTUNG REHABILITATION

Aufgaben und Ziele der Institution

Elektronik, bautechnischen Berufen sowie Berufen des Gesundheits- und Sozialwesens ausgebildet. Außerdem steht eine Abteilung für Berufsfindung und Arbeitserprobung zur Verfügung.

Die Rehabilitationsklinik Heidelberg nimmt Patienten auf, die einer stationären rehabilitativen Behandlung bedürfen, darunter auch solche, die bereits während der stationären Behandlung auf die berufliche Rehabilitation vorbereitet werden sollen oder bei denen eine berufliche Rehabilitation nach klinischer Vorbereitung möglich erscheint. Außerdem steht die Klinik auch Patienten, bei denen eine Rehabilitationsabklärung wünschenswert ist, zur Verfügung; hier wird abgeklärt, welche beruflichen Möglichkeiten bei welcher Behinderungsart zur Verfügung stehen.

Das Rehabilitationskrankenhaus Karlsbad-Langensteinbach gehört zu den überregionalen Krankenhäusern in der Bundesrepublik, die nicht nur akut- und rehabilitationsmedizinische Versorgungsleistungen erbringen, sondern in denen auch frühestmögliche Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung von Patienten, insbesondere von Langzeitkranken eingeleitet werden, d. h. die erforderliche klinische Behandlung wird mit einem besonders vielfältigen Therapieprogramm verbunden. Auf diese Weise wird schon im Stadium der akutmedizinischen Versorgung mit Hilfe rehabilitativ orientierter

Fachdienste der soziale und berufliche Wiedereingliederungsprozeß eingeleitet. Frühestmögliche Maßnahmen sind u. a. Berufsfindung und Arbeitserprobung; dabei ist besonders ein spezielles Berufserprobungskonzept für (insbesondere neurologisch und seelisch) Schwerbehinderte beachtenswert.

Das Rehabilitationszentrum für Kinder und Jugendliche Neckargemünd nimmt aus allen Teilen der Bundesrepublik schwer- und mehrfachbehinderte Kinder und Jugendliche auf,

- die wegen der Art oder Schwere ihrer Behinderung in allgemeinen Schulen oder in anderen Schulen nicht gefördert werden können oder für die eine ihrer Behinderung angemessene qualifizierte Sonderberufsausbildung notwendig ist; deren Mehrfachbehinderung die Zusammenarbeit spezialisierter Fachkräfte erfordert, d. h. die für längere Zeit bildungsbegleitende Leistungen des Arztes, des Psychologen und anderer Therapeuten benötigen; deren äußere Lebensbedingungen den Aufenthalt in einem Rehabilitationszentrum erfordern, weil z. B. eine geeignete Einrichtung in der Nähe ihres Wohnortes nicht vorhanden oder aus familiären Gründen ein Heimaufenthalt erforderlich ist.

Medienangebote

Um das oberste Ziel - die berufliche und soziale Eingliederung behinderter Kinder, Jugendlicher und Erwachsener in die Gesellschaft - verwirklichen zu können, richtet sich das Medienangebot der Stiftung Rehabilitation an die oben genannten Personengruppen, ihre Eltern sowie das betreuende Fachpersonal.

Die Publikationen der Stiftung Rehabilitation dienen der Information über berufliche und schulische Rehabilitationsmöglichkeiten in den einzelnen Zentren der Stiftung, und geben Informationen zur Arbeitssituation, Rehabilitationsforschung und Aus- und Umschulung Behinderter.

Als Periodikum erscheint jährlich eine

Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Als weiteres Medium sei beispielhaft aufgeführt: das Standardmedium „Hilfsmittelsammlung“ der Stiftung Rehabilitation. Dieses Nachschlagewerk informiert behinderte Menschen über technische Hilfen in Alltag und Beruf. Es wird in regelmäßigen Abständen ergänzt und enthält auch eine umfangreiche Adressenkartei von Herstellern.

Audiovisuelle Medien:

Die Stiftung Rehabilitation verfügt über eine umfangreiche Film- und Fernsehproduktion. Diese Produktion wird in erster Linie als begleitendes Unterrichtsmaterial in den Ausbildungswerkstätten und Schulen der Stiftung eingesetzt. Die Inhalte dieser Produktion können einem Verzeichnis entnommen werden. Für eine nicht-kommerzielle Nutzung ist es möglich gegen Erstattung der Kopierkosten, Video-Kopien anzufordern.

Serviceleistungen

Schwerpunkt der von der Stiftung Rehabilitation angebotenen Serviceleistungen ist ein umfangreiches Fort- und Weiterbildungsprogramm. Zielgruppe dieses Programms sind Fachkräfte im Bereich der Rehabilitation. Über Kosten und Dauer der Fortbildung informiert ein Veranstaltungsprogramm. Es werden ein- bis mehrwöchige Seminare angeboten.

Die angebotenen Seminare unterteilen sich in:

Seminare zu speziellen Behinderungen und Seminare zu speziellen Methoden

Beispielhaft seien hierfür genannt:

- Rehabilitation von Schädel-Hirn-Verletzten
In diesem Seminar lernen die Teilnehmer Aufgaben, Methoden und Probleme bei der Rehabilitation von Patienten mit Schädel-Hirn-Verletzungen kennen.
- Anti-Streß-Programm
Hier lernen die Teilnehmer ein Übungssystem zur körperlichen und geistigen Entspannung für den Arbeitsalltag Behinderter kennen.

Die Stiftung Rehabilitation steht für fachliche Anfragen im Bereich der Rehabilitation gerne zur Verfügung.

Empfehlungen

Interessierte sollten sich in den Postverteiler der Stiftung Rehabilitation aufnehmen lassen. Über den Verteiler erhalten sie:

die Informationsmappe über die Einrichtungen und Aufgaben der Stiftung Rehabilitation (kostenlos)

Des weiteren sind empfehlenswert:

- Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (kostenpflichtig)
- Hilfsmittelsammlung (kostenpflichtig)
- Fortbildungsprogramm (kostenlos) und
- Film- und Fernsehdokumentationsverzeichnis (kostenlos)

STIFTUNG VERBRAUCHERINSTITUT

Adresse Reichpietschufer 74-76
1000 Berlin 30

Ansprechpartner Herr Rosenberger

Telefon 0 30/25 49 02 11

Das 1978 von der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e.V. und der Stiftung Warentest gegründete Verbraucherinstitut ist eine Stiftung des bürgerlichen Rechts

Das Leistungsangebot des Instituts richtet sich nicht an die Verbraucher selbst, sondern an Multiplikatoren, u. a. an Mitarbeiter/innen der Verbraucherorganisationen, Dozenten der Erwachsenenbildung, Lehrer, Sozialarbeiter und Mitarbeiter aus Verbänden und Kommunen.

Das Leistungsangebot umfaßt sowohl Veranstaltungen zur beruflichen Fortbildung (Seminare, Tagungen, Workshops) als auch die Entwicklung von Modellen und Grundsätzen zur Verbraucherinformation und -bildung. Weiterhin werden Untersuchungen durchgeführt und im Rahmen des Stiftungszwecks Veröffentlichungen herausgegeben. Das Institut soll auf diese Weise zukunftsorientiert an der Definition und Lösung neu auftretender Verbraucherprobleme mitwirken und hierzu konzeptionelle Perspektiven erarbeiten. Beispielfähig soll hier der Bereich „Umweltberatung“ genannt werden

Knappe Mittel und sachlich naheliegende Gründe machen eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern notwendig, u. a. mit dem Umweltbundesamt, dem Bundesgesundheitsamt, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), zahlreichen Hochschulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen

Aufgaben und Ziele der Institution

Die beim Verbraucherinstitut vorliegenden Materialien und Medien können dem aktuellen Jahresprogramm „Veranstaltungen, Medien- und Konzeptionsentwicklung“ sowie einem Verzeichnis „Materialien und Medien“ entnommen werden. Sowohl das „Jahresprogramm“ als auch das „Schriftenverzeichnis“ sind beim Verbraucherinstitut zu beziehen. Interessierte Multiplikatoren können in den Verteilerschlüssel aufgenommen werden

Medienangebote

**STIFTUNG
VERBRAUCHER-
INSTITUT**

Soweit nicht anders vermerkt, können die Materialien und Medien direkt bei der
Stiftung Verbraucherinstitut
Versandservice –
Postfach 14 48,
5787 Olsberg 1,
Tel. 0 29 62/30 24-30 26,
bestellt werden. Schutzgebühren und Versandkosten werden in Rechnung gestellt.

Medienangebote

**Service-
leistungen**

Das jeweilige Jahresprogramm unterscheidet folgende Veranstaltungstypen:

- Veranstaltungen für Mitarbeiter/innen der Verbraucherzentralen und Verbraucherinstitutionen
- Veranstaltungen für ehrenamtliche Multiplikatoren
- Veranstaltungen für den Bereich der Erwachsenenbildung
- Veranstaltungen für die schulische Verbraucherbildung
- Veranstaltungen für weitere Multiplikatoren
- Seminare auf Abruf

Zahlreiche Veranstaltungen greifen Themen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes auf und werden mit folgenden Kategorien beschrieben: Titel, Veranstaltungsart, Teilnehmerkreis, Termin, Anmeldeschluß, Leitung, Zielsetzung, vorgesehene Inhalte, Anmerkungen.

Empfehlungen

Im einzelnen sind zu empfehlen:

- der regelmäßige, kostenlose Bezug des Jahresprogramms (Aufnahme in den Verteilerschlüssel des Verbraucherinstituts),
- das „Schriftenverzeichnis: Materialien und Medien“ (kostenlos),
- die Teilnahme am Grundkurs für Umweltberater: Umweltberatung für private Haushalte,
- die Artikulation spezifischer Interessen bezüglich Fortbildung und Konzeptentwicklung.

Besonders soll hier auf den dreiteiligen „Grundkurs: Umweltberatung für private Haushalte“ verwiesen werden. Er wendet sich explizit an Umweltberater der Verbraucherorganisationen sowie aus Verbänden und Kommunen. Vorgesehene Inhalte sind u. a.:

- Arbeitsinstrumente in der Umweltberatung (Methodik)
- Gesichtspunkte zur Beurteilung der Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit von Produkten
- aktuelle Fragestellungen zu ökologischen und gesundheitsbezogenen Problemlagen
- Methodik der Gruppenberatung: Materialien und Modelle für die Gruppenberatung

Es besteht für Mitarbeiter der Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung die Möglichkeit, auf Anfrage auch an Veranstaltungen teilzunehmen, die sich explizit an andere Adressatengruppen wenden. Im Einzelfall entstehen dabei keine Kosten. Bei größerer Nachfrage könnte jedoch eine Kostenbeteiligung notwendig werden.

STIFTUNG WARENTEST

Adresse Lützowplatz 11-13
1000 Berlin 30

Ansprechpartner Herr Springborn (Presse)

Telefon 0 30/26 31-1

Telex 18 3588 test d

Telefax 0 30/2 61 10 74

Die Stiftung Warentest wurde 1964 nach einstimmigem Beschluß des Deutschen Bundestages als Stiftung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Sitz in Berlin errichtet.

Ausschließlicher und unmittelbarer Zweck der Stiftung ist laut Satzung:

- die Öffentlichkeit über objektivierbare Merkmale des Nutz- und Gebrauchswertes sowie über objektivierbare Merkmale der Umweltverträglichkeit von Waren und privaten sowie individuell nutzbaren öffentlichen Leistungen zu unterrichten, der Öffentlichkeit Informationen zur Verfügung zu stellen, die zur Verbesserung der Marktbeurteilung beitragen, die Verbraucher über Möglichkeiten und Techniken der optimalen privaten Haushaltsführung, insbesondere über eine rationale Einkommensverwendung aufzuklären und dabei auch von ihr als fundiert anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse des Umweltschutzes einzubeziehen, in Institutionen der Normung, der standardisierten Produktinformation und in vergleichbaren Einrichtungen mitzuwirken.

Um diesen Zweck zu verwirklichen, soll die Stiftung:

Untersuchungen, in der Regel vergleichender Art, an Waren und Leistungen nach wissenschaftlichen Methoden und in einem eine sachgerechte Beurteilung gewährleistenden Ausmaß durchführen oder von geeigneten Instituten nach ihren Weisungen durchführen lassen,

- neutral, allgemeinverständlich und sachgerecht erläuterte Arbeitsergebnisse durch Kommunikationsmittel aller Art, insbesondere durch eine regelmäßig erscheinende Zeitschrift und durch Sonderpublikationen, verbreiten.

Die Organe der Stiftung sind der Vorstand, der Verwaltungsrat und das Kuratorium

Der Vorstand besteht aus höchstens drei Mitgliedern, er wird vom Verwaltungsrat mit Zustimmung der Stifterin berufen, vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich und führt ihre Geschäfte.

Aufgaben und Ziele der Institution

STIFTUNG WARENTEST

Aufgaben und Ziele der Institution

Der Verwaltungsrat besteht aus fünf Personen, die die Gewähr für eine unabhängige Ausübung dieser Tätigkeit geben und besondere Kenntnisse und Erfahrungen auf den für die Stiftung wesentlichen Sachgebieten besitzen; sie werden von der Stifterin berufen und sollen die Tätigkeit des Vorstandes überwachen

Das Kuratorium der Stiftung besteht aus achtzehn Personen, die von der Stifterin berufen werden und unterschiedliche Bereiche vertreten. Sechs der Mitglieder sollen unabhängig sein und für die Verwirklichung der Stiftungszwecke entsprechende fachliche wissenschaftliche Qualifikation oder besondere Erfahrungen besitzen. Jeweils sechs Mitglieder sollen aus den Gruppen der Verbraucher und der anbietenden Wirtschaft vorgeschlagen werden. Das Kuratorium berät den Vorstand und Verwaltungsrat in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung und macht Vorschläge für Untersuchungsvorhaben und deren Durchführung.

Zur Beratung bei allen vergleichenden Untersuchungsvorhaben werden sogenannte Fachbeiräte berufen

Außer den satzungsgemäßen Organen sind für die Stiftung Warentest rd. 200 Voll- und Teilzeitbeschäftigte tätig

Die Umsetzung der Aufgaben erfolgt durch Untersuchungsvorhaben und durch die Verbreitung der Untersuchungsergebnisse sowie Öffentlichkeitsarbeit für die Stiftung

Bei den Untersuchungsvorhaben werden jährlich über 100 Warenuntersuchungen vorgenommen, überwiegend als vergleichende Warentests mit Bewertungen. Es handelt sich dabei sowohl um Neu- als auch um Wiederholungstests, bei denen ein Produkt getestet wird, das eine technische Neuerung darstellt oder beinhaltet; Gemeinschaftstests mit Partnern in der ganzen Welt; Preisrecherchen mit Preisvergleichen und schließlich Dienstleistungstests. Durch Reports, warentkundliche Veröffentlichungen und Kurzberichte werden die Untersuchungsergebnisse ergänzt.

Die Verbreitung der Untersuchungsergebnisse und anderer Erkenntnisse erfolgt durch eigene Publikationen, durch Informationen an die Massenmedien und durch Veranstaltungen für Verbraucher, durch Pressekonferenzen, Presseseminare und Fachkolloquien.

Mit Unterstützung durch Wirtschafts- und Kulturbehörden der Länder führt die Stiftung alle zwei Jahre den Bundeswettbewerb „Jugend testet“ durch, zu dem Jugendliche eigene Untersuchungen einreichen

Schließlich arbeitet die Stiftung Warentest in zahlreichen internationalen und nationalen Gremien mit bzw. ist in ihnen vertreten

Die Aufwendungen der Stiftung Warentest betragen jährlich um 50 Mio. DM. Sie werden aufgebracht durch Eigeneinnahmen (ca. 75 %) und Zuwendungen des Bundes

Medienangebote

Das Medienangebot besteht ausschließlich aus Druckschriften, mit denen die Verbraucher informiert werden sollen

Die wichtigsten Publikationen sind:

Monatszeitschrift „test“, in der die Ergebnisse der Waren- und Dienstleistungstests und eine Vielzahl verbraucherrelevanter Themen veröffentlicht werden (Abonnement oder Einzelverkauf),
Zweimonatszeitschrift „FINANZtest“, in der schwerpunktmäßig über die Ergebnisse von Finanzdienstleistungsuntersuchungen berichtet wird (Abonnement oder Einzelverkauf)
Weitere Publikationen sind z. B. Sonderhefte mit besonderen Themenstellungen wie „Mikrowelle“, „Arzneimittel“, „Kosmetik“ (Einzelverkauf),

Jahrbücher mit den wichtigsten Ergebnissen des Jahres (Einzelverkauf),

Ratgeber, z. B. zu „Fitneß“ (Einzelverkauf)

Für die Information der Presse erstellt die Stiftung test-Dienst, FINANZtest-Dienst und test-aktuell sowie FINANZtest-aktuell als Pressedienste und bietet kurzgefaßte Testberichte mit test-KOMPASS und Dienstleistungsreports über einen Materndienst zum Nachdruck in Lokalzeitungen, Zeitungen und Zeitschriften an (kostenlos)

Außerdem werden Hörfunkanstalten monatlich zwei bzw. vier Sendekassetten mit jeweils einem dreiminütigen Hörfunkbeitrag über ein interessantes test- oder FINANZtest-Thema angeboten.

Serviceleistungen

Die Untersuchungen der Stiftung Warentest und deren Verbreitung stellen an sich schon einen großen Anteil bei den Serviceleistungen der Stiftung dar, um den Verbrauchern Entscheidungshilfen zu geben

Ein weiterer Service ist der umfangreiche Leserdienst. 200 000 (1990) telefonische, schriftliche oder Besucherberatungen werden hier jährlich vorgenommen. Dazu werden in Zusammenarbeit mit Tageszeitungen, Rund-

funk- und Fernsehanstalten im ganzen Bundesgebiet Informationen für Verbraucher durchgeführt, wo Mitarbeiter des Auskunftsdienstes Verbraucherfragen „life“ beantworten

Im Hause der Stiftung selbst werden jährlich über 200 Besuchergruppen über Struktur und Aufgaben der Stiftung und aktuelle Verbraucherfragen informiert.

Empfehlungen

Als Grundlage für die gesundheitsaufklärerische Arbeit sind die sorgfältig erstellten Informationen der Stiftung Warentest hilfreich, dabei besonders die Sonderhefte „Kosmetik“ und „Arzneimittel“ und bei speziellen Fragen der Auskunftsdienst.

Bei Aktionen mit verbraucherorientierten Inhalten sollte das Fachwissen der Mitarbeiter der Stiftung für Informationsaktionen oder Vorträge genutzt werden

STUDIENGRUPPE FÜR SOZIALFORSCHUNG e.V.

Adresse Staudacher Straße 14
8215 Marquartstein

Ansprechpartner Frau Anke Fette
Sozialwissenschaftliche Assistentin

Telefon 0 86 41/71 30

Die Studiengruppe für Sozialforschung e. V. wird durch ihre Gesellschafter getragen. Die fachlich-wissenschaftlichen Publikationen des Institutes zur Rolle der Krankenkassen in der wohnumfeldbezogenen Gesundheitsvorsorge sind wichtige Grundlagenmaterialien für die Einbeziehung der Krankenkassen in die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen

*Für den
eiligen Leser*

Die Studiengruppe für Sozialforschung e. V. ist in München zunächst als freie Arbeitsgemeinschaft von Angehörigen verschiedener Wissenschaftsbereiche eingerichtet worden. Seit 1972 wird das Institut in der Form eines eingetragenen Vereins mit Sitz zunächst in München und seit 1979 in Marquartstein geführt. Die ständigen Mitarbeiter des Institutes sind zugleich auch ordentliche Mitglieder der Trägergesellschaften.

*Aufgaben
und Ziele
der Institution*

Als Aufgabe hat sich das Institut die Vertiefung sozialwissenschaftlicher Kenntnisse in wichtigen Problem-bereichen der Gesellschaft gestellt. Dabei hat sich die Tätigkeit des Institutes bislang auf folgende Bereiche konzentriert:

- Verwaltungsmodernisierung, Entstaatlichung und Gebietsreform
- Landesentwicklung und Stadtsanierung
- Wohnungswesen, Energiebedarfsplanung und Freizeitentwicklung
- Hochschulreform und Medienentwicklung
- Gesundheitsvorsorge und Behindertenversorgung
- Kassenarztbedarfsplanung und Krankenhausbedarfsplanung
- Gesundheitsreform, Krankenkassenneuordnung und Sozialfinanzkoordinierung
- Frauen- und Altenpolitik.

Das Institut erstellt laufend und mit zeitlich wechselnden Themenschwerpunkten für einzelne Auftraggeber problembezogene Einzeluntersuchungen und Gutachten. Aus eigenen Mitteln und mit Kostenbeteiligung Dritter erarbeitet das Institut außerdem in größeren Abständen Grundlagenuntersuchungen zu Themen, die sich aus der laufenden Forschungs-, Beratungs- und Entwicklungsarbeit des Institutes ergeben. Auftraggeber der Studiengruppe sind Bundes- und Landesministerien, Wirtschafts-, Berufs- und Interessenverbände, Verbände der Sozialversicherungsträger, Hoch-

STUDIENGRUPPE FÜR SOZIAL- FORSCHUNG e.V.

Aufgaben und Ziele der Institution

schulen und Forschungseinrichtungen, Krankenhasträger, Städte, Kreise und Gemeinden, Krankenkassen und Unternehmen.

Seit 1976 befaßt sich das Institut vorrangig mit Untersuchungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, der Krankenkassen und der Sozialversicherung insgesamt

Das Institut hat dabei im Bereich der Kassenarzt- und Krankenhausbedarfsplanung die Bedeutung der Siedlungsstrukturen sowie der Wohnungs- und Haushaltsverhältnisse als wesentliche Faktoren des Bedarfs an Arztpraxen und Krankenhäusern herausgestellt. Im Bereich der Gesundheitsreform und der Krankenkassenneuordnung untersucht das Institut die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft und der Krankenkassen als positive Faktoren für die Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarktlage in den Regionen. Es befaßt sich zugleich mit der Frage, ob und welche Benachteiligungen sich durch die Gesundheitsreform und die gegenwärtige Krankenkassengliederung für ökonomisch und sozial schwächere Regionen und Stadtgebiete ergeben. Das Institut hat mittlerweile auch Untersuchungen darüber vorgelegt, welche Bundesländer und wie Großstädte von den Finanzströmen des gesamten Sozialversicherungssystems in ihrer Wirtschaftsentwicklung begünstigt oder benachteiligt werden.

Soweit es die mittlerweile durch den Gesetzgeber vorgeschriebene Gesundheitsvorsorgetätigkeit der Kran-

kenkassen betrifft, hat die Studiengruppe für Sozialforschung hier bereits vor einigen Jahren begonnen, Konzepte für auf den Wohnstandort, das Wohnumfeld, das Wohnen und den Haushalt bezogene Gesundheitsvorsorgeprogramme der Krankenkassen zu entwickeln.

Diese Konzepte sehen einerseits eine Erfassung und Beschreibung der für die jeweiligen Regionen, Teilräume oder Stadtgebiete feststellbaren gesundheitsbelastenden Faktoren insbesondere auch des Wohnumfeldes, aber auch im Wohnbereich und Haushalt selbst vor. Diesen Belastungsfaktoren werden dann die unterschiedlichen Grade der für die jeweiligen Regionen, Teilgebiete oder Stadtviertel für die Krankenkassenmitglieder feststellbaren Gesundheitsschwächen gegenübergestellt.

Zuletzt werden dann Vorschläge für Maßnahmen zum Ausgleich, zur Verringerung oder zur Beseitigung von regionalen Gesundheitsbelastungen der gesundheitschwächeren Versichertengruppen erarbeitet.

Solche Vorhaben werden derzeit im Auftrage einzelner Ortskrankenkassen und Innungskrankenkassen durchgeführt.

Bei ihrer Forschungstätigkeit arbeitet die Studiengruppe für Sozialforschung e.V. insbesondere auch mit der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) zusammen.

Medienangebote

Die Studiengruppe für Sozialforschung e.V. gibt eine Schriftenreihe „Texte zur Krankenkassenforschung“ heraus. In dieser Reihe werden die zahlreichen Veröffentlichungen der Mitarbeiter des Institutes als Manuskriptdrucke direkt zugänglich gemacht. Diese Textreihe hat einerseits die Zusammenhänge und Wechselwirkungen von Regionalentwicklung, Gesundheitswirtschaft und Krankenversicherung, andererseits die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer regional- und wohnstandortbezogenen Gesundheitsvorsorgepolitik als Schwerpunkte. Zum Bereich Wohnen, Gesundheit und Krankenversicherung sind bislang Titel u. a. zu folgenden Themen erhältlich:

Wohnungswesen, Gesundheitsverhältnisse und Krankenversicherung

- Präventive Gesundheitspolitik in den Kommunen als Aufgabe für die Ortskrankenkassen
- Gesundheitsförderung durch die Innungskrankenkassen
- Regionale Unterschiede im Erleben von Krankheit, Gesundheit und Sozialsicherung
- Regionale Belastungsanalyse und kommunale Gesundheitspolitik
- Raumordnung, Landesplanung und Regionalentwicklung als Instrumente präventiver Gesundheitspolitik.

Neben den Titeln aus der Reihe „Texte zur Krankenkassenforschung“ kann auch die Mehrzahl der Forschungsberichte und Gutachtentexte des Institutes beim Institut erfragt und bezogen werden. Sämtliche Publikationen werden nur gegen Kostenerstattung abgegeben.

Service- leistungen

Die Studiengruppe für Sozialforschung e.V. erbringt über ihre Forschungstätigkeit hinaus Dienstleistungen vor allem auf dem Gebiet der Planung und Durchführung von Fachtagungen. Für eine ganze Reihe von Akademien und Verbänden erarbeitet das Institut Vorschläge für Tagungsthemen. Es entwickelt außerdem die Programme und ermittelt die Referenten.

Daneben führt das Institut für seine Auftraggeber Recherchen über Adressen, Daten und Literatur aus seinen Arbeitsbereichen durch.

Die Mitarbeiter des Institutes wirken außerdem als Experten und Referenten an Werkstattgesprächen, Fachtagungen und Symposien mit. Sie stehen außerdem den fachlichen und wissenschaftlichen Publikationen als Autoren zur Verfügung. Vereinzelt erfüllen Mitarbeiter des Institutes auch Lehraufträge an Universitäten und Fachhochschulen und werden am Institut Diplomarbeiten betreut.

Empfehlungen

Die Studiengruppe für Sozialforschung e.V. ist wegen ihrer breiten Kontakte zu den einzelnen Krankenkassen und ihren Verbänden sowie wegen der von ihr erarbeiteten Konzepte für eine wohnbereichsbezogene

Gesundheitsvorsorgepolitik der Krankenkassen ein wichtiger Partner für die Einbeziehung der Krankenkassen in eine umfassend konzipierte Gesundheits-erziehung im Lebensbereich Wohnen.

TECHNISCHER ÜBERWACHUNGSVEREIN RHEINLAND e.V.

Fachbereich Arbeitsmedizin

Adresse Am Grauen Stein
5000 Köln 91

Ansprechpartner Prof. Dr. Johannes Haas (Ärztl. Direktor)

Telefon 02 21/8 39 30

Mit dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG), das ab 1.12. 1974 in Kraft ist, ist der Arbeitgeber verpflichtet, Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu bestellen. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Gemeinde-Unfall-Versicherungsverband haben in besonderen Vorschriften (VBC 100, 122, 123) die Aufgaben und Einsatzzeiten der Ärzte und Fachkräfte spezifisch festgelegt. Der Unternehmer kann eigene Kräfte einstellen oder sich einem überbetrieblichen Dienst anschließen. Vor allem für kleinere und mittlere, mehr und mehr aber auch für größere Unternehmen bietet der TÜV Rheinland überbetriebliche arbeitsmedizinische Zentren an.

Der TÜV Rheinland ist eine seit über 100 Jahren bestehende Selbstverwaltungsorganisation der Wirtschaft, der etwa 3.000 gewerbliche Unternehmen als Mitglieder angehören. Er hat den satzungsmäßigen Zweck, „zum Schutz von Menschen, Umwelt und Sachgütern vor nachteiligen Auswirkungen technischer Anlagen oder Einrichtungen aller Art beizutragen.“

In dieser traditionellen, nicht auf Gewinn abzielenden und vielfältig kontrollierten Aufgabenstellung wurden seit 1973 arbeitsmedizinische Zentren in Aachen, Betzdorf, Bonn, Düsseldorf, Koblenz, Köln, Königswinter, Krefeld, Langenlonsheim, Mönchengladbach, Niederzier, Trier, Velbert, Worms und Wuppertal aufgebaut.

Die Arbeitsmedizinischen Zentren (AMZ) sind in großzügiger räumlicher und apparativer Ausstattung nach einem einheitlichen Konzept geplant und, neben medizinisch-technischen Untersuchungsgeräten, mit einem klinisch-chemischen Zentral-Labor (zur Untersuchung von Blut, Urin, Stuhl) eingerichtet. Für spezielle Untersuchungen stehen Partner-Laboratorien zur Verfügung.

Seit 1979 wird der Aufbau einer arbeitsmedizinischen Datenbank betrieben. Diese nach Bereichen untergliederte Datenbank enthält für jeden Probanden einen personenbezogenen Befundbericht mit betriebsärztlichem Kommentar (codiertes Formblatt). So ist eine spezifische Auswertung für Arbeitsplatzbeurteilung ebenso möglich wie eine umfassende, personenbezogene Leistungserfassung. Seit 1982 erfolgt eine Auswertung der Epikrisen per EDV.

Aufgaben und Ziele der Institution

**TECHNISCHER
ÜBERWACHUNGS-
VEREIN
RHEINLAND e.V.**

**Fachbereich
Arbeitsmedizin**

Medienangebote

Der für die arbeitsmedizinische Praxis in der Bundesrepublik beispielhafte EDV-Einsatz wurde in verschiedenen Forschungsberichten genutzt; etwa bei der Darstellung von „Gesundheitsstörungen im öffentlichen Dienst“. Bei EDV-gestützten Untersuchungen, die zu einem Teil als Dissertationsvorhaben durchgeführt werden, geht es vor allem darum, betriebsärztliche Daten als Wegweiser für Belastungen am Arbeitsplatz und für entsprechendes präventives Handeln zu nutzen. Dies erfolgte beispielsweise in Untersuchungen bösartiger Neubildungen (gefördert durch die Bundesanstalt für Arbeitsschutz in Dortmund).

Die gesetzlich vorgeschriebenen arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen werden nach Möglichkeit innerhalb der Zentren selbst durchgeführt. Eine vollautomatisierte EKG-Auswertung ist ebenso exakt wie kostengünstig.

In den AMZ sind jeweils zwei bis vier Betriebsärzte sowie Arzthelferinnen und MTAen tätig. Das für alle speziellen arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen ermächtigte Arzteteam führt solche Untersuchungen, darüber hinaus Arbeitsplatzbegehungen und Beratungen durch und dokumentiert die Ergebnisse.

Zusammen mit überbetrieblichen sicherheitstechnischen Diensten des TÜV Rheinland sind Ärzte auch in Verkehrs- und arbeitspsychologischen Beratungsstellen beteiligt. Hier geht es beispielsweise auch um Schulungen und Beratungen zum Thema „Alkohol und Arbeitswelt“.

Der TÜV Rheinland informiert in einer Broschüre über Einrichtung und Arbeit des Fachbereichs Arbeitsmedizin. In ihr sind auch die Adressen der Niederlassungen und AMZ enthalten.

Der Fachbereich Arbeitsmedizin beteiligt sich an dem alle zwei Jahre stattfindenden A&A-Kongreß mit wissenschaftlichen Beiträgen und Poster. Er publiziert wichtige Arbeitsergebnisse im „Zentralblatt für Arbeitsmedizin“ und in der „Zeitschrift für Arbeitswissenschaft“.

Alle fünf Jahre wird ein eigenes Kolloquium veranstaltet; 1985 beispielsweise unter dem Thema „Zehn Jahre Arbeitsmedizinischer und Sicherheitstechnischer Dienst – zum Nutzen der Unternehmen und ihrer Mitarbeiter“. Die Beiträge werden in eigener Herstellung in einem Sammelband herausgegeben. Entsprechend wird mit Informationsveranstaltungen verfahren.

Für die einzelnen Beratungen und präventiven Aktivitäten der AMZ wurde eine Dia-Serie zusammengestellt, die den jeweiligen Unternehmen angeboten und zur Verfügung gestellt werden kann.

Es bestehen gute Kontakte und eine gute Zusammenarbeit zwischen dem ÖGD und dem TÜV Rheinland. Auf einer offiziellen Ebene erfolgen amtsärztliche Beglaubigungen und die Inanspruchnahme der besonderen tropenmedizinischen Kenntnisse des ärztlichen Direktors des Fachbereichs Arbeitsmedizin, Prof. Haas. Häufig sind Experten des ÖGD oder des TÜV wechselseitig zu Diskussionen oder Vorträgen geladen.

Eine besondere Aufgabenstellung sieht der Fachbereich Arbeitsmedizin in der Fortbildung der Ärzte. Angesichts komplexer Problemlagen, etwa im Umweltschutz oder bei der Betreuung von Gastarbeitern, sind Amtsärzte oder Betriebsärzte allein häufig überfordert. In vielen Problemlagen wie Ernährung etc. sind die Möglichkeiten des Betriebsarztes beschränkt, in anderen Problemlagen wie etwa Augenschäden ist die Hinzuziehung des Betriebsarztes angezeigt.

**Service-
leistungen**

Der Fachbereich Arbeitsmedizin führt gezielte Aktionen zur Gesundheitsförderung durch. So wurde zusammen mit Krankenkassen ein „Gesundheitsjahr“ in einem großen Elektrobetrieb organisiert, in dem monatlich wechselnde Schwerpunktthemen (Ernährung, Bewegung, Freizeit, Fernsehen, Familie etc.) gesetzt und mit besonderen Aktionen (Preisausschreiben) unterstützt wurden.

Der Fachbereich verweist bei solchen Gesundheitsaktivitäten (etwa auch am Beispiel der Pausenregelungen), deren Durchführung im betrieblichen Alltag oft auf Schwierigkeiten stoßen, auf die Wirtschaftlichkeit solcher Maßnahmen.

In begrenztem Umfang steht der Fachbereich für Beratung und Übernahme entsprechender Aktivitäten zur Verfügung.

Empfehlungen

Als Selbstverwaltungsorganisation der Wirtschaft zum Schutz von Mensch und Umwelt vor Auswirkungen von Technik und Industrie ist der TÜV Rheinland ein wichtiger Ansprechpartner in allen praktischen arbeitsmedizinischen Fragen.

Bundesweit zu empfehlen ist die seit 1979 eingerichtete arbeitsmedizinische Datenbank mit arbeitsplatz- und personenbezogenen Beurteilungen.

TUMORZENTREN

Tumorzentren sind Einrichtungen an Universitätskliniken und sollen die organisierte Zusammenarbeit verschiedener medizinischer Disziplinen sicherstellen, die neben der Krebsbehandlung auch onkologische Grundlagenforschung durchführen. An Tumorzentren sind fachliche Standards geknüpft, die von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tumorzentren e V (ADT) festgelegt und überprüft werden. Tumorzentren wurden seit 1981 vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung mit dem Ziel gefördert, die Versorgung von Tumorpatienten zu verbessern. Sie sollen insbesondere dazu beitragen, die flächendeckende, qualitätsgleiche und wohnortnahe Patientenversorgung zu sichern.

Tumorzentren übernehmen für eine Region eine Leitfunktion bei der Entwicklung und Durchsetzung verbesserter Behandlungskonzepte. Sie sollen den Krankenhäusern und der Ärzteschaft im Rahmen der regionalen onkologischen Versorgung in allen Fachfragen Hilfestellung leisten.

Folgende Ziele und Aufgaben lassen sich spezifizieren, obwohl nicht alle Tumorzentren aufgrund unzureichender personeller und finanzieller Ressourcen alle Aufgaben gleichermaßen erfüllen können:

1. Förderung und Koordinierung von
 - Tumorfrüherkennung
 - Tumordiagnostik
 - Tumorthherapie
 - Tumornachsorge
 - Tumordatenerfassung und -verarbeitung
2. Konsiliardienste und Onkologische Spezialprechstunden
3. Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den in Praxis und Klinik tätigen Ärzten, Verstärkung der hausärztlichen Grundversorgung
4. Vermittlung von Forschungsergebnissen an die in Praxis und Klinik tätigen Ärzte sowie an andere Berufsgruppen (Informationsdienst)
5. Fortbildung für Personen, die in der Betreuung und Beratung von Krebskranken tätig sind
6. Förderung der Krebsforschung und der Grundlagenforschung
7. Aufklärungsarbeit für Laien
8. Psychosoziale Beratung und Betreuung von Krebskranken und deren Angehörige

Nachstehend werden die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tumorzentren und die westdeutschen Tumorzentren alphabetisch aufgeführt.

ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER TUMORZENTREN e.V.

– ADT –

Adresse	Geschäftsstelle Hufelandstr. 55 (Sitz Universitäts-Strahlenklinik) 4300 Essen 1
Ansprechpartner	Prof. Dr. med. Sack (Vorsitzender)
Telefon	02 01/7 23-23 20/21

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tumorzentren e.V. (ADT) wurde 1978 gegründet. Sie ist die Interessenvertretung der deutschen Tumorzentren gegenüber staatlichen Einrichtungen. Darüber hinaus hat sie als zentrale Aufgabe die Erarbeitung einheitlicher Qualitätsstandards für die angeschlossenen Tumorzentren zu entwickeln. Zu diesen Qualitätsstandards gehören folgende Merkmale:

- Voraussetzungen für ein Tumorzentrum
 - Voraussetzungen für einen onkologischen Schwerpunkt
- Anforderungsprofil:
- Anzahl der regelmäßig stattfindenden Tumorkonferenzen
 - Konsiliardienste für niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser
 - Organisation von Fortbildungsveranstaltungen
 - Teilnahme an Therapiestudien
 - Durchführung einer klinischen Krebsdokumentation
 - Telefonsprechstunden
 - Personalausstattung
 - Geschäftsstelle

Diese Qualitätsstandards sind in einem Memorandum festgelegt, das regelmäßig überarbeitet wird, d. h. es wird eine aktuelle und laufende Prüfung der Qualitätsstandards angestrebt.

Die ADT ist ein gemeinnütziger Verein, Mitglieder sind die Tumorzentren der Bundesrepublik Deutschland (Stand September 1990).

Mindestens einmal im Jahr findet eine Mitgliederversammlung statt. Vorsitz des Vorstandes liegt z. Zt. (September 90) bei Prof. Dr. H. Sack, Westdeutsches Tumorzentrum Essen.

Mittels Expertengruppen und Arbeitskreisen werden Stellungnahmen erarbeitet für staatliche Entscheidungsträger. Die ADT finanziert sich aus Projektmitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung.

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Serviceleistungen, d. h. Erstellung von Expertisen, Festlegen von Qualitätsstandards etc. stehen in der Regel nur den Mitgliedern bzw. den Auftraggebern zur Verfügung.

Service- leistungen

- ADT -

Empfehlungen

Die ADT ist ein Zusammenschluß von Tumorzentren. Für den interessierten Laien ist das einzelne wohnortnahe Tumorzentrum Ansprechpartner in Fragen zu Tumorerkrankungen. Für Professionelle, die mit Tumorerkrankungen befaßt sind, oder andere Personen, die sich für Tumorzentren im allgemeinen, insbesondere deren Qualitätsstandards interessieren, ist die ADT Ansprechpartner.

Adressen der Tumorzentren in den alten Bundesländern

Tumorzentrum Aachen e. V.

Pauwelstraße
5100 Aachen
Tel : 02 41/8 08 92 80

Tumorzentrum Berlin e. V.

Klinikum Steglitz
Haus 1
Hindenburgdamm 30
1000 Berlin 45
Tel : 0 30/80 02-1

Tumorzentrum Bonn e. V.

Sigmund-Freud-Straße 25
5300 Bonn 1
Tel : 02 28/2 80 38 02

Tumorzentrum Bremen e. V.

Zentralkrankenhaus
St -Jürgen-Straße
2800 Bremen
Tel : 04 21/4 97 53 35

Tumorzentrum Düsseldorf

Universität Düsseldorf
Moorenstraße 5
4000 Düsseldorf 1
Tel. : 02 11/3 11 77 32

Onkologischer Arbeitskreis Duisburg e. V.

St -Johannes-Hospital
An der Abtei 7 11
4100 Duisburg 11
Tel : 02 03/5 46 24 80

Erlanger Krebszentrum e. V.

Bohlenplatz 12
8520 Erlangen
Tel : 09 31/85 40 15

Westdeutsches Tumorzentrum

Hufelandstraße 55
4300 Essen 1
Tel : 02 01/7 23 23 20 und 7 23 29 16

Tumorzentrum Rhein-Main e.V.

Theodor-Stern-Kai 7
6000 Frankfurt 70
Tel.: 0 69/63 01 57 44

Tumorzentrum Freiburg

Klinikum der Albert-Ludwigs-Universität
Hugstetter Straße 55
7800 Freiburg
Tel.: 07 61/2 70 33 12

Tumorzentrum e. V. Göttingen

Robert-Koch-Straße 40
3400 Göttingen
Tel : 05 51/39 95 16 und 39 61 66

Tumorzentrum Hamburg

Universitäts-Klinik Eppendorf
Sekretariat/Erikahaus
Martinistraße 52
2000 Hamburg 20
Tel : 0 40/4 68 43 90

Tumorzentrum Hannover

Karl-Wiechert-Allee 9
3000 Hannover 61
Tel.: 05 11/5 32 50 60

Tumorzentrum Heidelberg/Mannheim

Im Neuenheimer Feld 105/110
6900 Heidelberg 1
Tel.: 0 62 21/47 26 45/56 65 58/56 65 59

Saarländisches Krebszentrum (Tumorzentrum)

Universitätsklinik
6650 Homburg/Saar
Tel.: 0 68 41/16 74 31/2

Tumorzentrum im Universitätsklinikum

Niemannsweg 4
2300 Kiel 1
Tel.: 04 31/5 97 29 13

Tumorzentrum Köln

Universitätsklinik
Generalsekretariat Lindenburg
5000 Köln 41
Tel : 02 21/4 78 54 55

Tumorzentrum Leverkusen

Stadt Krankenanstalten
Dhünnberg 60
5090 Leverkusen
Tel : 02 14/3 73 26 72

Tumorzentrum Rheinland-Pfalz e. V.

Generalsekretariat
Am Pulverturm 13
6500 Mainz
Tel.: 0 61 31/19 30 01

Tumorzentrum Marburg-Gießen e. V.

Universität Marburg
Robert-Koch-Straße 8a
3550 Marburg
Tel.: 0 64 21/28 28 54

Tumorzentrum München

Sekretariat
Maistraße 11
8000 München 2
Tel : 0 89/51 60 22 38

Tumorzentrum Münsterland e. V.

Gerh.-Domagk-Institut
Domagkstraße 17
4400 Münster
Tel.: 02 51/83 86 24

Regionales Tumorzentrum Weser-Ems e. V.

Huntestraße 14
2900 Oldenburg
Tel : 04 41/21 00 60

Tumorzentrum Stuttgart e. V.

Robert-Bosch-Krankenhaus
Aucherbachstraße 110
7000 Stuttgart 50
Tel : 07 11/8 10 15 04

Interdisziplinäres Tumorzentrum der Eberhard-Karls-Universität

Sigwartstraße 18
7400 Tübingen
Tel.: 0 70 71/2 95 23 57

Tumorzentrum Ulm

Steinhövelstraße 9
7900 Ulm
Tel.: 07 31/17 92 22

Interdisziplinäres Tumorzentrum an der Jul.-Maximilians-Universität Würzburg

Med. Univ.-Poliklinik
Klinikstraße 8
8700 Würzburg
Tel.: 09 31/3 14 31

UMWELTBUNDESAMT

- UBA -

Adresse	Bismarckplatz 1 1000 Berlin 33
Ansprechpartner	Fachgebiet I 1.4 Aufklärung der Öffentlichkeit in Umweltfragen Herr Möcker, Tel. 0 30/89 03 24 35 Frau Dietrich, Tel. 0 30/89 03 24 48
Telefon	0 30/89 03-1

Das „Umweltbundesamt“ (UBA) ist die zentrale Fachbehörde des Bundes auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Das per Gesetz vom 22. 7. 1974 in Berlin errichtete Amt gehört zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Zu den Aufgaben des Umweltbundesamtes gehören in erster Linie

- die wissenschaftliche Unterstützung der Bundesregierung auf den Gebieten Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung, Abfallwirtschaft, Wasserwirtschaft, Bodenschutz und Umweltchemikalien, insbesondere bei der Erarbeitung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften,
- die Entwicklung von Hilfen für die Umweltplanung und die ökologische Begutachtung umweltrelevanter Maßnahmen,
- die Aufklärung der Öffentlichkeit in Umweltfragen,
- die Bereitstellung von Umweltdaten durch das Informations- und Dokumentationssystem Umwelt (UMPLIS),
- die Bereitstellung zentraler Dienste und Hilfen für die Ressortforschung und für die Koordinierung der Umweltforschung des Bundes

Seit seiner Gründung wurden mehrere Einrichtungen in das Umweltbundesamt eingegliedert, so z. B. das Luftmeßnetz der Deutschen Forschungsgemeinschaft, das Abfalllabor des Instituts für Wasser-, Boden-, Lufthygiene und die Dokumentationszentrale Wasser. Darüber hinaus wurden dem Umweltbundesamt u. a. folgende Aufgaben übertragen:

- Registrierung der Rahmenrezepturen von Wasch- und Reinigungsmitteln (Waschmittelgesetz), Bewertungsstelle Umweltchemikalien und Kontaktstelle für sog. Altstoffmeldungen nach dem Chemikaliengesetz,
- Beteiligung bei Genehmigung von Anträgen zur Einbringung von Abfällen in das Meer nach dem Hohe-See-Einbringungsgesetz,
- Verbindungsstelle zur UNESCO in Fragen der Umwelterziehung,
- Geschäftsstelle „Lagerung und Transport wassergefährdender Stoffe“,
- Geschäftsstelle der Waldschädenforschung,
- Aufbau einer Umweltprobenbank,

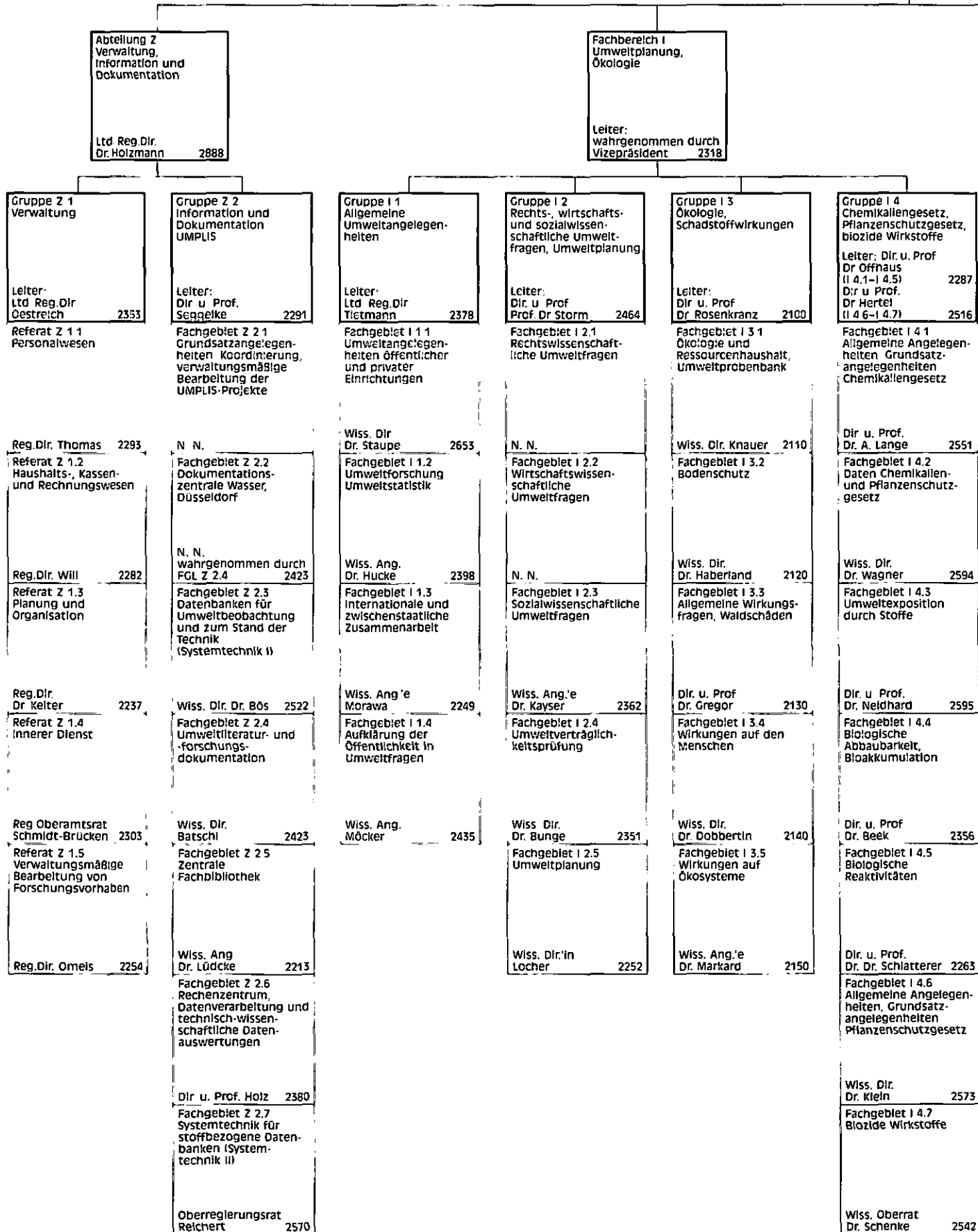
Aufgaben und Ziele der Institution

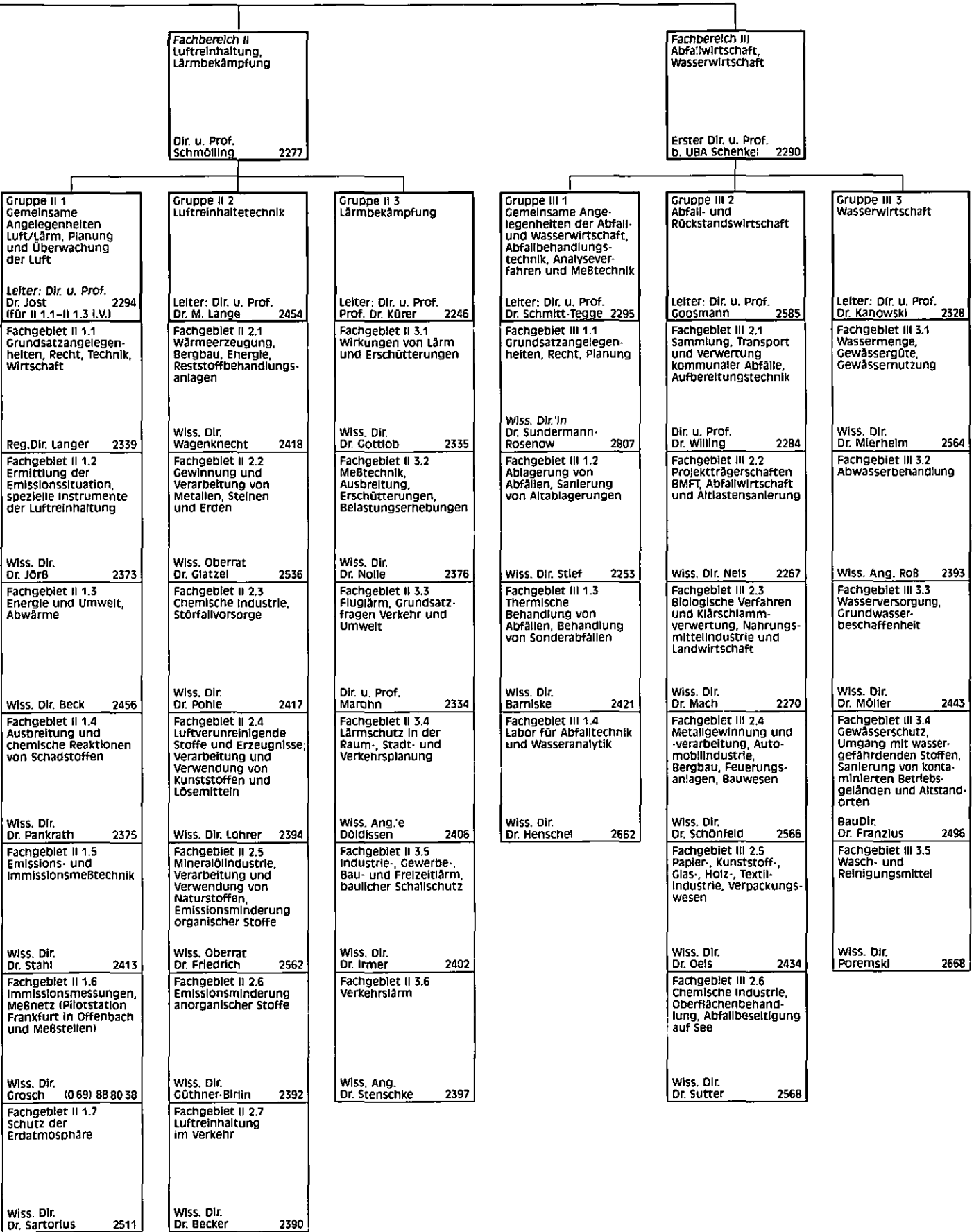
Organisationsübersicht des Umweltbundesamtes

Pressestelle
Pressesprecher
Wiss. Oberrat
Dr. Nantke 2208

Präsident
Dr. Frh.
von Lersner 2201

Vizepräsident
Dr. Troge 2318





- UBA -

Aufgaben und Ziele der Institution

- Förderung von „Investitionen bei Anlagen zur Verminderung von Umweltbelastungen“,
- Mitarbeit an der Erarbeitung der Umsetzung und Abwicklung des Bodenschutzprogramms, der Sanierung von Altlasten und kontaminierter Standorte,
- Mitarbeit beim Biologischen Monitoring der Nordsee, Projekträgerchaften des Bundesministers für Forschung und Technologie,
- Mitarbeit bei der Vergabe des Umweltzeichens und Förderung umweltfreundlicher Produkte, insbesondere im öffentlichen Beschaffungswesen,
- Einvernehmensbehörde im Rahmen der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln (seit 1.1.1987),
- Aufbau einer Koordinierungs- und Beratungsstelle für Umweltschäden an Denkmälern (KUD) (seit 1.1.1987)

Nach unserer Verfassung werden die Umweltgesetze von den Behörden der Bundesländer vollzogen. Das Umweltbundesamt hat deshalb keine Weisungs- oder Kontrollbefugnisse im Umweltschutz. Es ist keine „Umweltpolizei“. Die Bundesländer sprechen Ge- und Verbote aus, erteilen Genehmigungen, verhängen Bußgelder oder kontrollieren genehmigungspflichtige Anlagen.

Das Umweltbundesamt hingegen ist „Mittlerstelle“ zwischen Umweltforschung und Umweltpolitik. Es liefert die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Daten über aktuelle Umweltbelastungen, den Stand der Umwelttechnik oder die Wirkung von Schadstoffen auf Mensch und Umwelt.

Die Analysen des Amtes sind eine wichtige Entscheidungshilfe für die umweltpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung. Aber nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die Bundesländer werden vom Umweltbundesamt fachlich beraten und unterstützt, wann immer sie dies wünschen.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben wurde folgende Organisation des Amtes aufgebaut, an deren Spitze der Präsident des Umweltbundesamtes steht:

Wie das voranstehende Schaubild zeigt, berichten eine Zentralabteilung (Abteilung Z) und drei Fachbereiche (FB I, II, III) an den Präsidenten und dessen Stellvertreter (Vizepräsident).

Die Zentralabteilung und die Fachbereiche sind in Gruppen untergliedert. Die Gruppen bestehen ihrerseits aus Referaten bzw. Fachgebieten. Die geltenden Bezeichnungen dieser Basis-Arbeitsseinheiten des Amtes sind aus einem ausführlichen Organigramm des UBA zu ersehen.

Knappe Erläuterungen der Arbeits- und Aufgabenbereiche der Gruppen:

Abteilung Z (Verwaltung, Information und Dokumentation)

Die Gruppe Z 1 nimmt die Verwaltungsaufgaben wahr: Personalwesen, Organisation, Innerer Dienst und Haushaltswesen. Hinzu kommt die verwaltungsmäßige Bearbeitung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben.

Die Gruppe Z 2 betreut das „Informations- und Dokumentationssystem (UMPLIS)“ mit seinen fachspezifischen Datenbanken, z. B. der „Datenbank für Umweltforschung“, der „Umweltliteraturdatenbank“, dem „Informationssystem für Umweltchemikalien, Chemieanlagen und Störfälle“ (INFUCHS) oder der „Datenbank für Abfallwirtschaft“. Auch die „Dokumentationszentrale Wasser“ in Düsseldorf und die wissenschaftliche Bibliothek des Umweltbundesamtes gehören zu dieser Gruppe.

Fachbereich I (Umweltplanung, Ökologie)

Die Gruppe I 1 ist für Grundsatzfragen, die Koordinierung und Planung der Umweltforschung, die internationale Zusammenarbeit und die Aufklärung der Öffentlichkeit in Umweltfragen (Fachgebiet I 1.4) zuständig. Auch die „Aktion Umweltzeichen“ zur Förderung umweltfreundlicher Produkte wird hier betreut. Der Gruppenleiter ist zugleich Pressesprecher des Amtes.

Die Gruppe I 2 ist für die Querschnittsaufgaben der rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Umweltfragen, der Umweltverträglichkeitsprüfung und der Umweltplanung zuständig.

In dieser Gruppe ist im Fachgebiet I 2.3 Sozialwissenschaftliche Umweltfragen die UNESCO-Verbindungsstelle für Umwelterziehung eingegliedert. Deren Aufgaben sind neben Beratung und Information in Fragen der Umwelterziehung die Entwicklung und Herausgabe von Unterrichtsmaterialien und Publikationen zur Umwelterziehung.

In der Gruppe I 3 sind jene Fachgebiete zusammengefaßt, die sich mit Fragen der Ökologie und des Ressourcenhaushalts, dem Bodenschutz und den Schadstoffwirkungen auf Mensch, Tier und Ökosysteme befassen. Hier dürfte die Arbeit des Fachgebiets I 3.4 „Wirkungen auf Menschen“ für mit Gesundheitsfragen Befasste von besonderem Interesse sein.

Die Gruppe I 4 ist Bewertungsstelle für neue chemische Stoffe nach dem Chemikaliengesetz. Hier werden die neu auf den Markt gebrachten Chemikalien auf ihre Umwelrelevanz überprüft und bewertet und die dafür geeigneten Testmethoden entwickelt. Neben der Kontrolle der neu in den Verkehr gebrachten Stoffe soll in Zukunft auch auf der Basis einer Prioritätenliste intensiv an der Prüfung und Bewertung von bereits auf dem Markt befindlichen Chemikalien, den sog. Alten Stoffen, gearbeitet werden.

Weiterhin werden Aufgaben bearbeitet, die mit den Wirkungen von Produkten, z. B. von Pflanzenschutz- und Düngemitteln, auf die Umwelt im Zusammenhang stehen. Eine weitere Aufgabe z. B. auch ist der Aufbau und Betrieb einer Umweltprobenbank.

Fachgebiet II (Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung)

Dieser Fachbereich ist für alle Fragen des Immissionsschutzes zuständig.

In der Gruppe II 1 werden übergreifende Fragen der Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung, wie Grundsatz- und Rechtsfragen, des Planungsinstrumentariums, der Meßtechnik sowie der Datenerhebung und -auswertung, bearbeitet. Ein spezielles Fachgebiet befaßt sich mit „Energie und Umwelt“. Auch das Luftmeßnetz des Umweltbundesamtes mit der Pilotstation Frankfurt in Offenbach und den mit amtseigenem Personal besetzten Meßstellen an verschiedenen Punkten Deutschlands ist dieser Gruppe zugeordnet.

Die Aktivitäten der Gruppe II 2 zielen auf eine spürbare Verringerung der Luftverschmutzung durch Kraftwerke, Industrie- und Gewerbebetriebe sowie Kraftfahrzeuge.

Die Gruppe II 3 ist befaßt mit der Bekämpfung des Kraftfahrzeug- und Fluglärms, erarbeitet planerische Lärmschutzmaßnahmen (z. B. Verkehrsberuhigung) und untersucht psychische und soziale Lärmwirkungen.

Fachbereich III (Abfall- und Wasserwirtschaft)

Die Gruppe III 1 befaßt sich mit den gemeinsamen Aufgaben der Abfall- und Wasserwirtschaft, wie den Grundsatz-, Rechts- und Organisationsfragen, mit Fragen der Abfallbeseitigung und auch den brisanten Problemen der Sonderabfallbeseitigung. Auch das „Labor für Abfalltechnik und Wasseranalytik“, das u. a. Abfall-, Boden- und Kompostproben, Sickerwasser und Deponiegase untersucht, ist dieser Gruppe angegliedert.

Die Aktivitäten der Gruppe III 2 zielen auf die Abfallverwertung und -verminderung im weitesten Sinne: Sei es durch die getrennte Sammlung von Wert- und Schadstoffen in Abfällen, die Hausmüllaufbereitung oder die Verwertung von Abfällen aus der industriellen Produktion, z. B. von Aschen, Schlacken oder Entschwefelungsgips. Neue Verfahren der energetischen Verwertung von Abfällen, z. B. der Biogasgewinnung aus Hausmüll oder der Herstellung von „Brennstoff aus Müll“ (BRAM) werden ebenso gefördert wie z. B. die Kompostierung von Müll und Klärschlamm. Hier erfolgt auch die Projektführung im Rahmen der Projektträgerschaft für den BMFT sowie die Mitwirkung beim Vollzug des „Hohe-See-Einbringungsgesetzes“

Die wasserwirtschaftlichen Aufgaben werden von der Gruppe III 3 wahrgenommen: Sie erstrecken sich von der Bewertung der Gewässergüte, der Förderung der Abwassertechnologie, dem Grundwasser- und Trinkwasserschutz bis zur Verhütung und Bekämpfung von Unfällen auf Binnengewässern und der Hohen See. Die Erarbeitung von Mindestanforderungen für das Einleiten von Abwasser nach den Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes (§ 7a) gehört ebenso zu den Aufgaben dieser Gruppe wie die Registrierung von Waschmittelrezepturen oder die Beurteilung von Ersatzstoffen für phosphathaltige Waschmittel.

Umweltaufklärung und Umwelterziehung

Stetig neue Fragestellungen in allen Bereichen des Umweltschutzes und wachsende Sensibilisierung der Bevölkerung haben den Bedarf an sachgerechter Information und einer auf Fachwissen beruhenden Aufklärungsarbeit weiter erhöht.

Die Aufgabe „Aufklärung der Öffentlichkeit in Umweltfragen“ wird im UBA im wesentlichen von dem so bezeichneten Fachgebiet I 1.4 wahrgenommen. Die Aufgaben dieses Fachgebietes sind vor allem

- Erarbeitung und Verbreitung von Aufklärungsmedien (Broschüren, Poster, Filme etc.),
- Förderung von Verbände-Aktivitäten zur Umweltaufklärung,
- Beteiligung an Messen und Ausstellungen,
- Beantwortung von Anfragen aus der Bevölkerung,
- Herausgabe der wissenschaftlichen Veröffentlichungen,
- Betreuung von Umweltschutz-Wanderausstellungen und einer ständigen Ausstellung im Amt

Das UBA verteilt auch bei themenbezogenen Anfragen Informationsmaterial anderer Behörden, z. B. von Länderministerien herausgegebene Broschüren.

Angesichts der begrenzten Geld- und Sachmittel konzentriert sich die Umweltaufklärung im jährlichen Wechsel auf ein bestimmtes Schwerpunktthema, das sich an dem von der „Umweltministerkonferenz (UMK)“

Diesem Bedarf versuchen das bereits erwähnte Fachgebiet I 1.4 „Aufklärung der Öffentlichkeit in Umweltfragen“ und die „UNESCO-Verbindungsstelle für Umwelterziehung“ gerecht zu werden.*)

Darüber hinaus ist das UBA an einer Reihe von Aktivitäten kooperativ beteiligt.

So wird z. B. das Fachwissen des Amtes bei der Herstellung von Umweltreports von verschiedenen Rundfunk- und Fernsehanstalten genutzt.

Diverse Wanderausstellungen unterstützen die Aufklärungsarbeit Dritter, und in den Räumen des UBA selbst finden Umweltausstellungen zu wechselnden Themen ein Forum.

In Zusammenarbeit mit bundesweit tätigen Umweltverbänden werden diverse Projekte ideell und finanziell gefördert.

So ist z. B. der Förderschwerpunkt Umweltinformation im Schulbereich zu nennen. Hier waren es vor allem die Projekte der „Deutschen Umwelt-Aktion“ und der „Aktion Saubere Landschaft“, die zu einer Bereicherung des Informations- und Medienangebots beitragen.

Auf dem Sektor der Fortbildung ist die Kooperation mit dem „Fortbildungszentrum Umweltschutz Berlin e.V.“ von Bedeutung. Zu folgenden Themenbereichen wurden dort bisher Veranstaltungen durchgeführt:

- Umweltdatenbanken,
- Formaldehyd-Gefahren und -Schutzmaßnahmen,
- Abgasentgiftung bei Neu- und Altfahrzeugen,
- Gewässer- und Bodenversauerung durch Luftschadstoffe,
- Sanierung kontaminierter Standorte 1985, Chancen für Arbeitsmarkt und Wirtschaft durch Umweltschutz

* Nähere Informationen über deren Arbeitskonzeptionen und Veröffentlichungspraxis folgen im Teil „Medienangebote“

für den jeweiligen „Tag der Umwelt“ (5 Juni) beschlossenen Motto orientiert

Die Aufklärungsmaterialien des UBA werden zielgruppenorientiert erarbeitet. Die wichtigsten Zielgruppen sind:

- Multiplikatoren (wie Journalisten, Pädagogen und Erzieher, Umweltschutzverbände, Bürgerinitiativen, Umweltschutzbeauftragte und Verwaltungen);
- Bürger (als Verbraucher, Konsument, Autofahrer, Heimwerker, Kleingärtner, Schüler etc.);
- Fachleute (aus Wissenschaft, Industrie und Verwaltung).

Für eine engagierte Medienarbeit kommen Materialien aller genannten Zielgruppen in Betracht. Generell läßt sich sagen, daß von den im Schriftenverzeichnis aufgeführten Materialien sich folgende an Fachpersonen (z. B. Umweltberater) wenden:

- die „Berichte“,
- die „Text-Reihe“.

UMWELT- BUNDESAMT

- UBA -

Aufgaben und Ziele der Institution

Medienangebote

- UBA -

Medienangebote

Hingegen wenden sich die „Broschüren“ und „Taschenbücher“ an interessierte Laien Ihrer besonderen Bedeutung wegen sollen diese Veröffentlichungen etwas genauer beschrieben werden:

Die stark „handlungsorientiert“ konzipierten Broschüren für die Bürger sollen ihren Lesern durch Kombination von leicht verständlichen Texten mit Fotos, Zeichnungen, informativen Grafiken und vielen praktischen Tips für umweltfreundliches Handeln einen überzeugenden Zugang zum Thema verschaffen.

Die Taschenbuchreihe „Was Sie schon immer über Umweltschutz wissen wollten“ umfaßt inzwischen sieben Bände mit allen relevanten Umweltthemen (Umweltchemikalien, Auto und Umwelt, Abfall und Umwelt, Lärmschutz, Luftreinhaltung, Wasser und Umwelt sowie das übergreifende Standardwerk Umweltschutz). Die Taschenbücher informieren umfassend über den jeweiligen Umweltbereich und sind als „Nachschlagewerke“ auch für den längerfristigen Gebrauch geeignet. Sie vermitteln nicht nur Grundwissen, sondern enthalten auch zahlreiche Anregungen und Tips für umweltfreundliches Verhalten.

Gesonderte Erwähnung da von übergreifendem Interesse sollen auch der UBA-Jahresbericht und die knappe einführende Darstellung „Umweltbundesamt Damit Umweltschutz Wirklichkeit wird“ finden

Von besonderem Interesse für Lehrer und in der Fortbildung Tätige sind die Materialien der UNESCO-Verbindungsstelle für Umwelterziehung.

Das zentrale Schriftenverzeichnis „Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes“ gibt einen umfassenden Überblick über die vom UBA getragenen Publikationen. Dieses Verzeichnis wird bei Bedarf in unregelmäßigen Abständen aktualisiert.

Eine gesonderte Darstellung von Teilen der „Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes“ findet sich in der Schriftenliste der UNESCO-Verbindungsstelle für Umwelterziehung im UBA und dem Katalog des Erich Schmidt Verlags, Berlin.

In allen genannten Verzeichnissen sind die einschlägigen Bezugsbedingungen und -quellen ersichtlich. Das Schriftenverzeichnis „Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes“ und die Schriftenliste der UNESCO-Verbindungsstelle können von Interessenten angefordert werden bzw. werden über einen sog. Listen-Verteiler zur Verfügung gestellt. Besonders an Umweltfragen Interessierte können sich in einen dieser Verteiler aufnehmen lassen. Es gibt auch einen Verteiler für die „UBA-Presse-Informationen“. Die jährlich ca. 20-25 Pressemitteilungen werden auf diesem Wege an ca. 1350 Adressaten übermittelt.

Serviceleistungen

Das UBA bietet Ausstellungen zu verschiedenen Umweltthemen an. Eine Liste der Ausstellungen gibt Auskunft über Verleihbedingungen, Kosten und dazugehöriges Info-Material.

Es entstehen generell nur Kosten für Transport und Versicherung der Ausstellungen. Ansprechpartner für weitergehende Auskünfte ist Frau Beller, Tel.: 0 30/89 03 23 38.

Als „stationäre“ Serviceleistung finden Informationsveranstaltungen über die Arbeit des UBA im Hause statt. Es existiert dort auch eine ständige Ausstellung.

In Einzelfällen kann das UBA auf Anfrage Referenten zu speziellen Problemfeldern (z. B. Umweltepidemiologie) zur Verfügung stellen.

Das UBA kann über BTX (Bildschirmtext) erreicht werden. Es sind dort Informationen allgemeiner Art über die Arbeit des UBA sowie über dessen Publikationen abrufbar. Ebenso wird über Produkte, die das Umweltzeichen tragen dürfen, informiert (BTX-Dienst *44300#).

Das UBA bietet das Informations- und Dokumentationssystem Umwelt (UMPLUS) an.

UMPLUS besteht aus mehreren Datensammlungen, die nach unterschiedlichen Kriterien miteinander verknüpft werden können.

Es stehen Informationen über Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Fachveröffentlichungen aller Art und Fakten aus den Kernbereichen unserer Umwelt – Umweltchemikalien, Abfall, Luft, Wasser, Lärm – zur Verfügung.

Der UPLUS Selbstwähldienst ermöglicht dem Benutzer den Direktzugriff auf alle gespeicherten Informationen über umweltrelevante Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie über vielfältige Fachveröffentlichungen, um sie für sich unmittelbar zu nutzen.

In der Bibliothek des Umweltbundesamtes ist ein Großteil der Umweltliteratur als Original oder als Mikrofiche vorhanden und kann dort unentgeltlich eingesehen und ausgeliehen werden.

In der eigenen Publikationsreihe UPLUS werden regelmäßig Auszüge und Zusammenstellungen aus den Datenbeständen veröffentlicht, um aktuelle Informationen für einen breiten Kreis von Benutzern und Interessenten zugänglich zu machen.

Empfehlungen

Es sollten bekannt bzw. verfügbar sein:

Periodika

- das Schriftenverzeichnis „Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes“ (wird regelmäßig aktualisiert, Bezug kostenlos auf Anfrage)
- die Schriftenliste der UNESCO-Verbindungsstelle für Umwelterziehung

(wird regelmäßig aktualisiert, Bezug kostenlos auf Anfrage)

- die „UBA-Presse-Informationen“ (es erscheinen jährlich, ca. 20-25 Mitteilungen, kostenlos, an Umweltfragen besonders interessierte Institutionen können auf Anfrage in einen Verteiler aufgenommen werden)
- der „Jahresbericht des Umweltbundesamtes“ (Bezug kostenlos auf Anfrage)

Einzelmedien, z. B.:

- „Umweltbundesamt – Damit Umweltschutz Wirklichkeit wird“ (1991, kostenlos),
- Broschüre „Im Zeichen der Zeit“ (kostenlos),
- Broschüre „Sauber ohne Reue“ (kostenlos),
- Broschüre „Ohne Wasser läuft nichts“ (kostenlos) (Die beiden vorhergehenden Broschüren sind z Z in Überarbeitung),
- Broschüre „Klimaveränderung und Ozonloch“,
- Broschüre „Müll kommt uns teuer zu stehen“ (kostenlos),
- die Taschenbuchreihe „Was Sie immer schon über Umweltschutz wissen wollten“ (kostenpflichtig, über den Buchhandel),
- Posterserie „Umweltschutz zu Hause“,
- Posterserie „Naturschutz beginnt vor der Haustür“,
- Posterserie „Abfälle vermeiden – verwerten – beseitigen“,
- Posterserie „Freizeit gestalten – Umwelt erhalten“.

Ausstellungen

Liste der Ausstellungen des UBA (Auskunft über Frau Beller, Tel 0 30/89 03 23 38)

Sonstige Serviceleistungen

- das „Informations- und Dokumentationssystem Umwelt“ (UMPLIS) (Informationen über Leistungen und Kosten unter Tel 0 30/89 03 24 23).

- UBA -

Empfehlungen

UNIVERSITÄT FREIBURG

ABTEILUNG MEDIZINISCHE SOZIOLOGIE

– AMS –

Adresse Stefan-Meier-Straße 17
7800 Freiburg/Breisgau

Projekt:
Soziostrukturelle Evaluation in der DHP
Erwinstraße 58
7800 Freiburg/Breisgau

Ansprechpartner Prof. Dr. med. Jürgen v. Troschke

Telefon 07 61/2 03-4146
07 61/28 30 61

Die Abteilung für Medizinische Soziologie hat folgende Forschungsschwerpunkte:

Prävention

Theoretische Grundlagen zur Erklärung gesundheitsrelevanter Verhaltensweisen. Motivation von Rauchern. Selbstbehandlung und Selbstmedikation medizinischer Laien

Methoden zur effektiven Beeinflussung gesundheitsrelevanter Verhaltensweisen (insbesondere gruppendynamisch-didaktischer Ansatz)

Konzepte gemeindebezogener Prävention und ihre Evaluation

Gesundheitsverhalten von Jugendlichen.

Medizinische Ethik

Analyse ärztlicher Entscheidungskonflikte in der Konfrontation mit ungewollten Schwangerschaften. Sterben und Tod.

Ausbildung in der Medizin

Studienmotivation und Situation des Medizinstudenten am Anfang des Studiums

Arbeit und Gesundheit

Mikroepidemiologie gesundheitlicher Gefahren am Arbeitsplatz; Arbeitsunfall- und Berufskrankheitsgeschehen; gesundheitliche Prävention am Arbeitsplatz.

Jugend und Gesundheit

Untersuchungen zu Risikoaffinitäten und Entstehungsbedingungen psychosozialer Gefährdungen bei Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Unterschiede

Von den Aktivitäten seien beispielhaft erwähnt:

Ein wesentliches zur Zeit durchgeführtes Projekt ist die soziostrukturelle Begleitforschung zur Deutschen-Herz-Kreislauf-Präventions-Studie (DHP). Die sozialwissenschaftliche Prozeßevaluation soll Veränderungen auf der individuellen, Sozialgruppen- und Sozialstruktur-Ebene im Verlauf der Durchführungsphase dokumentieren und analysieren.

Die Analyse der Machbarkeit und der Wirkung definierter Interventionsprogramme beinhaltet eine Überwachung der Implementation, um so fundierte Aussagen hinsichtlich der Übertragbarkeit der Intervention auf andere Gemeinden treffen zu können.

Für eine Optimierung des Implementationsgeschehens wird eine Rückkoppelung der Daten aus der Prozeßanalyse vorgenommen.

Im Rahmen eines Forschungsauftrages der Europäischen Gemeinschaft wurde ein weiteres Forschungsvorhaben zur Dokumentation gemeindebezogener Präventionsprojekte bei den EG-Mitgliedsländern fortgeführt

Im Forschungsschwerpunkt Arbeit und Gesundheit wurden arbeitsmedizinische und arbeitswissenschaftliche Untersuchungen zur betriebsärztlichen Versorgung, zum Arbeitsunfall- und Berufskrankheitengeschehen sowie zu den psychosozialen Belastungen durch Krankenhaustätigkeit durchgeführt. Aus diesen Arbeiten wurden Fragestellungen für weitere, vor allen Dingen präventionsbezogene Projekte entwickelt und zum Teil begonnen

Im Forschungsschwerpunkt Jugend und Gesundheit wurden zum einen Übersichtsarbeiten zu Erkrankungen und gesundheitlichen Risiken im Jugendalter erstellt, zum anderen wurden Analysen geschlechtsspezifischer, insbesondere weiblicher Sozialisationsmuster mit Bezug zur Gesundheit vorgenommen.

Außerdem wurden von der AMS auf Wunsch Konzepte zur Gesundheitserziehung, -aufklärung und -beratung ausgearbeitet. Weiter umfaßt die Leistung Gutachter-(BMFT, BMJFFG, BMA, GSF, DFG, EG, WHO), Beratungs- und Beiratstätigkeiten

VERBAND ALLEIN- STEHENDER MÜTTER UND VÄTER – BUNDESVERBAND e.V.

– VAMV –

Adresse Von-Groote-Platz 20
5300 Bonn 2

Ansprechpartner die Mitarbeiterinnen
der Geschäftsstelle

Telefon 02 28/35 29 95

Telefax 02 28/35 83 50

In mehr als 10 % aller Familien in der Bundesrepublik leben minderjährige Kinder mit einem Elternteil. Der „Verband Alleinstehender Mütter und Väter – Bundesverband e.V. (VAMV)“ ist ein Familienverband und wurde 1967 gegründet. Er versteht sich als Selbstorganisation und vertritt ca. 8000 Mitglieder und ca. 12 000 Kinder als überregionaler Verband. Der VAMV wirkt lt. Satzung darauf hin, „die Grundrechte der Gleichheit und des besonderen Schutzes der Familie und das Sozialstaatsprinzip für alleinstehende sorgeberechtigte Mütter (auch werdende) und Väter sowie deren Kinder (der Einelternfamilien) zu verwirklichen und ihre Lebenssituation zu verbessern“. Er fördert vor allem die Jugendpflege und -fürsorge und setzt sich für eine Familienpolitik ein, die allen Eltern und allen Kindern gleiche Rechte und Chancen einräumt.

Der VAMV, der überkonfessionell und ohne parteipolitische Bindung ist, sieht seine Aufgabe vor allem in der Hilfe zur Selbsthilfe von Alleinerziehenden für Alleinerziehende durch Information und Beratung sowie in der Vertretung der Interessen von Einelternfamilien in der Öffentlichkeit, gegenüber dem Gesetzgeber und in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, Organisationen und Verbänden auf Bundesebene.

Der VAMV gliedert sich in den Bundesverband, die elf Landesverbände in der Rechtsform des eingetragenen Vereins und die Orts- und Kreisverbände in unterschiedlicher Rechtsform.

Der Bundesverband fördert die Zusammenarbeit der Landesverbände, die ihrerseits auf Landesebene mit Behörden, Institutionen und Verbänden zusammenarbeiten sowie die Arbeit der Orts- und Kreisverbände unterstützen. Die Ortsverbände und Kontaktstellen dienen vor allem dem Erfahrungsaustausch und der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung. Das Angebot der Ortsverbände und regionalen Kontaktstellen richtet sich nach den jeweiligen Wünschen und Bedürfnissen seiner Mitglieder vor Ort. Es reicht über Informations- und Beratungsangebote bis hin zu politischen Aktionen, um auf örtliche Mißstände – wie familien- und kinderfeindlicher Wohnungsbau, mangelnde Kinderbetreuungseinrichtungen usw. – aufmerksam zu machen.

Aufgaben und Ziele der Institution

- VAMV -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Der Bundesverband unterhält eine Geschäftsstelle, seine Organe sind die Delegiertenversammlung (Vertreter/innen der Landesverbände), der Vorstand und der erweiterte Vorstand, die Kontrollkommission und die Schlichtungsstelle

Die Mittel für seine Arbeit erhält der Bundesverband aus Mitgliedsbeiträgen über die Landesverbände, Spenden und vor allem institutionelle und Projekt-Förderung durch das BMJFFG

Medienangebote

Mit seinem Medienangebot will der VAMV seinen Mitgliedern Informationen und Ratschläge zur Bewältigung ihrer besonderen Situation geben und die Öffentlichkeit sowie die gesetzgebenden und -ausführenden Stellen über die Forderungen und Vorstellungen des Verbandes und der Delegiertenversammlung informieren. An Einzelmedien seien beispielhaft genannt:

Mit der 8-10mal jährlich erscheinenden Schrift „Information für Einelternfamilien“ informiert der VAMV seine Organe und aktiven Mitglieder, aber auch die Öffentlichkeit über Gesetzesinitiativen und -änderungen, Urteile, Seminare, Fachliteratur und verbandsbezogene Vorgänge (kostenlos)

- „So schaffe ich es allein“ heißt die Broschüre, die sich in großer Auflage an die Betroffenen wendet, die rechtliche Seite der Einelternsituation darstellt, über Rechte und Pflichten informiert und die Erfahrungen anderer Betroffener vermittelt (Bezug ist kostenlos)
Das Faltblatt „Grundsätzliche Forderungen des VAMV“ enthält die von der Delegiertenversammlung verabschiedeten Forderungen des Verbandes an den Gesetzgeber zur Existenzsicherung der Einelternfamilien und deren Kinder in verschiedenen Bereichen wie Arbeitszeit, Sozialhilfe, Besteuerung usw., zur Kinderbetreuung, zu Wohnungs- und Verfahrensfragen (kostenlos)

Serviceleistungen

Da der VAMV eine Selbstorganisation ist, sind die Mitglieder im Rahmen ihrer persönlichen Möglichkeiten selbst aktiv Hilfe und Unterstützung laufen auf Gegenseitigkeit. Vereinzelt stehen Fachkräfte zur Verfügung

Sowohl der Bundesverband (in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Bildungswerk Bundesverband) bietet Fachtagungen und Seminare an wie auch die Orts- bzw. Landesverbände. Informationen über die Veranstaltungen sind bei den Orts- und Landesverbänden zu erhalten

Empfehlungen

In der Gesundheitserziehung und -förderung spielt die Familie eine besondere Rolle. Die Kenntnis über die Situation der Einelternfamilien ist dabei wichtig, der Kontakt zu der Selbstorganisation VAMV für die Familienarbeit notwendig.

Es wird daher empfohlen,

die Broschüre „So schaffe ich es allein“ anzufordern,
- den Kontakt zum zuständigen Landes- und Orts- bzw. Kreisverband aufzunehmen (Adressen über den Bundesverband)

VERBAND AMBULANTER BEHANDLUNGSSTELLEN FÜR SUCHTKRANKE/ DROGENABHÄNGIGE e.V.

– VABS –

Adresse Karlstraße 40
Postfach 420
7800 Freiburg i. Br.

Ansprechpartner Frau Fett

Telefon 07 61/2 00-3 03/3 63

Der Verband ambulanter Behandlungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige e.V. (VABS) versteht sich als Zusammenschluß qualifizierter ambulanter Behandlungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige in Deutschland, er ist ein gemeinnütziger, eingetragener Verein.

Mitglieder des VABS sind die Träger ambulanter Behandlungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige, die dem Deutschen Caritasverband oder einer Untergliederung angeschlossen sind.

Der VABS ist Mitglied in der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren.

Die Geschäftsstelle des VABS liegt laut Satzung beim Deutschen Caritasverband in Freiburg.

Zweck und Aufgaben des Verbandes sind:

1. Die ambulanten Behandlungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit zu fördern, zu koordinieren und die gemeinsamen Interessen nach außen zu vertreten.
2. Sammlung, Austausch, Auswertung und Verbreitung von Forschungsprojekten, Erfahrungen und Arbeitsergebnissen.
3. Beratung der bestehenden Einrichtungen und Unterstützung bei der Neueinrichtung von ambulanten Behandlungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige.
4. Gemeinsame Fragen der Behandlung Suchtkrankender/Drogenabhängiger zu klären und auf eine möglichst einheitliche Regelung derselben hinzuwirken.
5. Auf dem gesamten Gebiet der Behandlung Suchtkrankender/Drogenabhängiger Anregung und Förderung zu geben (§ 2 der Satzung).

Dem Verband gehören (Stand Ende 1990) 129 Einrichtungen an, in denen 556 vollzeitbeschäftigte Mitarbeiter/innen tätig sind, darunter vor allem Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Diplom-Pädagogen und Diplom-Psychologen. Daneben sind 161 Mitarbeiter/innen teilzeitbeschäftigt oder auf Vertragsbasis tätig, darunter über 100 Ärzte.

Eine Hauptaktivität des VABS besteht in der Information und Weitergabe von Materialien für die Bereiche Prävention, Beratung und Therapie.

Aufgaben und Ziele der Institution

- VABS -

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Im Rahmen seiner satzungsgemäßen Aufgabe als Interessenvertretung ambulanter Behandlungsstellen nimmt der VABS auch öffentlich Stellung zu aktuellen Themen in Zusammenhang mit der Beratung und Therapie Suchtkranker/Drogenabhängiger (u a : Betäubungsmittelgesetz, Zeugnisverweigerungsrecht für Drogenberater) und erstellt Gutachten zu Rechtsfragen, die damit in Zusammenhang stehen

Die Arbeit des VABS wird finanziert aus Mitgliedsbeiträgen und Zuwendungen über die DHS

Medienangebote

Die Medien des VABS sollen die Mitglieder und Mitgliedseinrichtungen über den gemeinsamen Arbeitsbereich informieren und den Austausch untereinander fördern. Dies geschieht auch in der Weitergabe von Materialien

Besondere Schwerpunkte sind die Themen:

- Nachsorge
- Drogenarbeit im Justizvollzug
- Katamnese
- EB-Störungen
- Spieler
- Drogen und AIDS
- Sucht und Prostitution

Der VABS informiert weiterhin seine Mitglieder und Mitgliedseinrichtungen regelmäßig anhand seiner Rundbriefe über neue Entwicklungen und Tendenzen der Suchtkrankenhilfe, über Arbeitsergebnisse der bestehenden Gruppen und versendet kostenlos wichtige Neuerscheinungen aus dem Bereich der Suchtkrankenhilfe. Bei begründetem Interesse können auch Nicht-Mitglieder in den Verteiler für die Rundbriefe aufgenommen werden.

Die Ergebnisse mehrerer Fachtagungen und Arbeitsgruppen des VABS liegen als Veröffentlichungen vor (Themen s u Serviceleistungen). Der Bezug dieser Publikationen ist kostenpflichtig. Auskünfte über die zur Verfügung stehenden Publikationen sind direkt beim VABS erhältlich oder bei der Bezugsquelle beim Lambertus-Verlag, Postfach 10 26, 7800 Freiburg i. Br.

Serviceleistungen

Der VABS steht generell für Informationen zu allen Fragen, die die ambulante Beratung und Behandlung Suchtkranker/Drogenabhängiger betreffen, zur Verfügung. Dies schließt bei Bedarf auch qualifizierte telefonische Auskünfte mit ein.

Außerdem führt der VABS jährliche Fachtagungen zu ausgewählten Schwerpunktthemen durch (z B „Kinder von Suchtkranken“, „Sucht und Prostitution“, „Sucht Gewalt Sexualität“) und bietet Arbeitsgruppen sowie Möglichkeiten des Erfahrungsaustauschs zu verschiedenen Arbeitsbereichen und inhaltlichen Schwerpunkten an. An diesen Veranstaltungen können auch Mitarbeiter von Institutionen teilnehmen, die nicht dem VABS angehören.

Erhältlich sind kostenlos:

- Literaturangaben zu bestimmten Schwerpunktthemen,
- Anschriften der regionalen Beratungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige,
- Angaben zu Arbeitsschwerpunkten bestimmter Beratungsstellen (z B Drogen und AIDS, Arbeit mit Spielern, EB-Störungen),
- Informationen über bevorstehende Tagungen und Arbeitsgruppen

Auf Anfrage benennt der VABS auch qualifizierte Referenten zu Themen aus dem Suchtbereich

Empfehlungen

Der Verband ambulanter Behandlungsstellen für Suchtkranke/Drogenabhängige e V hat ein vielfältiges Medien- und Serviceangebot für den Bereich der Suchtkrankenhilfe. Neben den Mitarbeitern der Mitgliedsverbände des VABS steht dieses auch den daran besonders Interessierten offen.

Medien des VABS bestehen z B in Veröffentlichungen der Tagungsberichte. Auskünfte darüber gibt der VABS oder der Lambertus-Verlag Freiburg.

**VERBAND DER
ANGESTELLTEN-
KRANKENKASSEN e.V.
– VdAK –**

**AEV – ARBEITER-
ERSATZKASSEN-
VERBAND e.V.**

Adresse Frankfurter Str. 84
Postfach 19 61
5200 Siegburg

Ansprechpartner Herr Grigoleit

Telefon 0 22 41/108-1

In den Ersatzkassenverbänden haben sich 7 Angestellten- und 7 Arbeiter-Ersatzkassen zusammengeschlossen

Insgesamt betreuen die Ersatzkassen im gesamten Bundesgebiet einschl. der fünf neuen Bundesländer annähernd 16,6 Mio. Versicherte. Den Versicherten stehen wohnortnah rd. 3 700 Geschäftsstellen und rd. 47.000 qualifizierte Mitarbeiter mit Rat und Hilfe zur Seite.

Die Ersatzkassenverbände nehmen wichtige Funktionen der Ersatzkassen bei der Durchführung ihrer Aufgaben und bei der Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen wahr. Sie haben für die Ersatzkassen insbesondere in der Sozialpolitik eine Sprecherfunktion. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben arbeiten die Ersatzkassenverbände und die Mitglieds-kassen eng zusammen.

Die Ersatzkassenverbände stehen in engem Kontakt zu zahlreichen nationalen und internationalen Organisationen, die sich mit Fragen der Gesundheit, Krankheit und Behinderung befassen. Der dabei gepflegte Meinungs- und Erfahrungsaustausch kommt direkt oder indirekt den Ersatzkassen bzw. den Versicherten zugute.

Die Ersatzkassen haben sich zu modernen Dienstleistungsunternehmen in allen Fragen der Gesundheit und Krankheit entwickelt. Ihre Funktion besteht nicht allein darin, ihren Versicherten die nach Gesetz und Satzung zustehenden Leistungen zu gewähren. Vielmehr sehen die Ersatzkassen nach dem Motto „betreuen nicht verwalten“ ihre Aufgaben insbesondere darin, die Versicherten über alle Fragen zur Erhaltung der Gesundheit und zur Bekämpfung von Krankheiten umfassend zu beraten. Die Ersatzkassen und ihre Verbände fühlen sich in der Erhaltung und Besserung der Gesundheit der Versicherten in besonderer Weise verpflichtet. Angesichts der wachsenden Bedeutung chronischer Erkrankungen zielen die Bemühungen darauf hin, die Versicherten möglichst frühzeitig zu einer gesundheitsbewußten Lebensweise zu motivieren. Dies schließt auch eine Umstellung gesundheitsschädigender Lebensgewohnheiten im Zusammenhang mit einer bestehenden oder drohenden Krankheit oder Behinderung mit ein. Präventive Aufgaben stehen daher auch in einer engen Beziehung und Wechselwirkung zu rehabilitativen Maßnahmen.

Zur Erhaltung der Gesundheit, zur Vorbeugung von Krankheiten und zum Abbau von Gesundheitsgefährdungen haben die Ersatzkassen ein wirksames Instrumentarium verschiedener Maßnahmen und Hilfen entwickelt. Sie klären ihre Versicherten auf vielfältige Weise über die Verhinderung von Krankheiten auf. Zu den Betreuungsleistungen zählen

- allgemeine Information über Fragen der Verbesserung der Gesundheit und der Bekämpfung von Krankheiten durch unterschiedliche Medien (z. B. Mitgliederzeitschriften, Broschüren, Faltblätter),
- Durchführung von Aufklärungsveranstaltungen,
- individuelle Beratung über Möglichkeiten der Gesundheitsförderung.

Außerdem bieten die Ersatzkassen ihren Versicherten gezielte Maßnahmen der Gesundheitsförderung, z. B. Bewegungstraining, Ernährungsberatung, Nichtrauchertraining, Entspannungstraining sowie Schutzimpfungen, an. Zum Teil werden hierfür auch externe Angebote, z. B. Volkshochschulen, in Anspruch genommen. Die Ersatzkassen engagieren sich auch auf dem Gebiet der Kariesprophylaxe mit dem Ziel, die Zahngesundheit der Bevölkerung zu verbessern.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Arbeit auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung stellt die finanzielle Unterstützung der Selbsthilfeaktivitäten in Ergänzung zur kurativen Behandlung und Rehabilitation dar. Selbsthilfegruppen und ihre Organisationen können vielfach durch ihre Betreuung dem Betroffenen eine nützliche Hilfe geben, um bestehende Krankheiten zu überwinden, besser zu bewältigen und eine Verschlimmerung zu verhüten. Die Ersatzkassen fördern die präventive Arbeit der Selbsthilfe- und Behindertenorganisationen ideell und durch finanzielle Zuwendungen.

Bei drohenden Erkrankungen bzw. bei einer Schwächung der Gesundheit gewähren die Ersatzkassen vorbeugende Kuren, z. B. Kinder- und Jugendkuren bzw. Kuren für Erwachsene. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Gesundheit zu festigen und die Patienten zu einer gesundheitsbewußteren Lebensweise bzw. Lebensumstellung zu motivieren. Im Rahmen der Kuren werden zunehmend Gesundheitserziehungsprogramme durchgeführt.

Die Ersatzkassen werden ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung aufgrund vorliegenden Erfahrungen und Erkenntnisse auch weiterhin auf ihre Wirksamkeit prüfen und weiterentwickeln. Die Bemühungen der Ersatzkassen, die Gesundheit der Versicherten positiv zu beeinflussen, ergänzen die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben des Staates auf dem Gebiet der Prophylaxe.

Für gezielte Informationen über die vielfältigen Angebote und Hilfen auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung stehen die Ersatzkassen und ihre Geschäftsstellen jederzeit zur Verfügung. Die Namen und Adressen der Hauptverwaltungen der einzelnen Ersatzkassen sind nachstehend aufgeführt:

Angestellten-Krankenkassen:

Barmer Ersatzkasse
Untere Lichtenplatzer Str. 100
Postfach 20 01 08
5600 Wuppertal
Tel.: 02 02/56 80

Deutsche Angestellten-Krankenkasse
Steindamm 98 – 106
Postfach 10 14 44
2000 Hamburg 2
Tel.: 0 40/2 88 00

Techniker Krankenkasse

Bramfelder Str. 140
Postfach 60 26 60
2000 Hamburg 60
Tel.: 0 40/6 90 90

Kaufmännische Krankenkasse

Hindenburgstr. 43 – 45
Postfach 33 80
3000 Hannover 1
Tel.: 05 11/2 80 20

Hamburg-Münchner Ersatzkasse

Schäferkampsallee 18
2000 Hamburg 6
Tel.: 0 40/4 15 31

Hanseatische Ersatzkasse

Wandsbeker Zollstr. 82 – 90
Postfach 70 08 44
2000 Hamburg 70
Tel.: 0 40/65 69 60

Handelskrankenkasse

Martinstr. 26
Postfach 10 79 49
2800 Bremen 1
Tel.: 04 21: 3 65 50

Arbeiter-Ersatzkassen:

Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse

Gottlieb-Daimler-Str. 19
Postfach 18 60
7070 Schwäbisch Gmünd
Tel.: 0 71 71/80 11

Gärtner-Krankenkasse

Schmilinskystr. 80
Postfach 10 23 40
2000 Hamburg 1
Tel.: 0 40/24 82 60

Braunschweiger Kasse

Mittelweg 144
Postfach 13 20 46
2000 Hamburg
Tel.: 0 40/4 14 09 60

Hamburgische Zimmererkrankenkasse

Wandsbeker Zollstr. 92 – 98
Postfach 70 08 80
2000 Hamburg 70
Tel.: 0 40/65 66 20

Neptun-Ersatzkasse

Stadteich 27
Postfach 10 46 20
2000 Hamburg 1
Tel.: 0 40/3 01 00 10

Buchdrucker Krankenkasse

Fischerstr. 7
3000 Hannover
Tel.: 05 11/70 32 25

Krankenkasse „Eintracht“

Franz-Rau-Str. 5 – 7
Postfach 12 28
6056 Heusenstamm/Offenbach
Tel.: 0 61 04/23 91

VERBAND EVANGELISCHER EINRICHTUNGEN FÜR GEISTIG UND SEELISCH BEHINDERTE e.V.

Adresse Staffenbergstraße 76
Postfach 10 11 42
7000 Stuttgart 10

Ansprechpartner Frau Gleiss (Geschäftsführerin)

Telefon 07 11/21 59-4 12/4 11/4 25

Der Verband der evangelischen Einrichtungen für geistig und seelisch Behinderte e.V. ist 1971 aus dem Verband Deutscher Evangelischer Heilerziehungs-, Heil- und Pflegeanstalten hervorgegangen. Der Verband ist als gemeinnütziger Verein Mitglied des Diakonischen Werkes der evangelischen Kirche in Deutschland (DW).

Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich in der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes.

Der Verband gliedert sich in zwei Bereiche, den für geistig Behinderte und den für psychisch Kranke

Mitglieder des Verbandes sind ca. 500 evangelische Einrichtungen aus dem Bereich der Hilfe für geistig Behinderte und psychisch Kranke (Heime, Sonderschulen, Sonderkindergärten, Anstalten, Fachkrankenhäuser, Tagesstätten, Beratungs- und Therapiezentren, Behindertenwerkstätten, Wohnheime, Übergangseinrichtungen, sozialpsychiatrische Dienste, Träger von offenen Hilfen). Im Rahmen dieser Institutionen werden ca. 70.000 geistig bzw. psychisch Behinderte betreut. Der Anteil der psychisch Behinderten beträgt nach einer verbandsinternen Schätzung etwa 15.000.

Zweck des Verbandes ist die Unterstützung und die Interessenvertretung der Mitgliedseinrichtungen in ihrer Arbeit.

In diesem Rahmen werden u. a. die folgenden Aufgaben wahrgenommen:

- Beratung der Einrichtungen in fachlicher, organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht,
- Förderung von Seelsorge und sozialer Hilfe für die von Behinderung Betroffenen,
- Bearbeitung grundsätzlicher Problemstellungen der Arbeit der zusammengeschlossenen Einrichtungen,
- Förderung von Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter der Einrichtungen

Im Rahmen des Verbandes bestehen 9 Fachbereiche, die sich mit inhaltlichen Fragestellungen zu ihrem Bereich befassen und entsprechende Stellungnahmen verfassen. Sie können bei Interesse über die Geschäftsstelle angesprochen werden. Ähnliches gilt für die Ausschüsse.

Aufgaben und Ziele der Institution

**VERBAND
EVANGELISCHER
EINRICHTUNGEN
FÜR GEISTIG UND
SEELISCH
BEHINDERTE e.V.**

Es bestehen u. a. Fachbereiche zu folgenden Aufgabenstellungen:

- Erziehungs- und Pflegedienst in Einrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung, Sonderschul-/Vorschulpädagogik bei Kindern und Jugendlichen mit Lernbehinderung und geistiger Behinderung,
- Diagnostik, Therapie und Förderung in Einrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung, Medizinische und berufliche Rehabilitation für Menschen mit psychischer Erkrankung und seelischer Behinderung,

- Wohnen für Menschen mit psychischer Erkrankung und seelischer Behinderung,
- Ambulante Dienste für Menschen mit psychischer Erkrankung und seelischer Behinderung.

Weiterhin bestehen zeitlich begrenzte Ausschüsse und Planungsgruppen, exemplarisch seien hier die Arbeitskreise „Sozialpolitik und Recht“ und „Mitwirkung von Angehörigen“ genannt.

Medienangebote

Die beiden Periodika des Verbandes, „Kerbe“ Magazin für die Begegnung mit Menschen in seelischer Not und Krankheit“ (Bereich „psychisch Behinderte“) und „Zur Orientierung“ (Bereich „geistig Behinderte“) erscheinen viermal im Jahr und können gegen geringe Kosten abonniert werden. Sie wenden sich in erster Linie an Mitarbeiter von Einrichtungen, sind aber auch für interessierte Laien gedacht (z. B. für Angehörige psychisch Kranker).

„Kerbe“ behandelt in jedem Heft ein Schwerpunktthema zu Fragestellungen der Hilfe für psychisch Kranke und informiert allgemein über Aktivitäten und Entwicklungen in diesem Bereich.

Die Medien im Bereich Psychiatrie werden, z. T. unter Mitwirkung des Verbandes, vom Diakonischen Werk selbst herausgegeben und sind über das Referat Öffentlichkeitsarbeit zu beziehen (gleiche Anschrift wie

der Verband, Tel.: 07 11/21 59-4 56 oder 4 55). Die Medien dienen zum größten Teil der allgemeinen Information der Öffentlichkeit über Probleme psychisch Kranker; daneben gibt es auch einige Materialien für psychiatrisch Tätige.

Exemplarisch erwähnt sei die Broschüre „Psychisch krank – Psychisch Kranke brauchen Verständnis, Forderung, Annahme und Begleitung“.

Zu den Medien, die alle kostenpflichtig sind, gibt es Preis- und Bestell-Listen, die über das Referat Öffentlichkeitsarbeit bzw. über die Verbandsgeschäftsstelle zu beziehen sind.

Interessenten können sich laufend durch das Referat Öffentlichkeitsarbeit über die Neuerscheinungen informieren lassen (kostenlos) oder sich alle Neuerscheinungen zusenden lassen (kostenpflichtig).

Serviceleistungen

Der Verband kann aufgrund seiner Verbindung zu Einrichtungen überall in der Bundesrepublik Referenten zu Themen aus dem Bereich psychisch bzw. geistig Behinderter benennen. Für das Honorar gelten die Sätze des Deutschen Vereins.

Im Fortbildungsbereich, dessen Angebote sich an Mitarbeiter von Einrichtungen richten und auch Interessenten außerhalb des Diakonischen Werkes offenstehen, bestehen Angebote von verschiedenen Seiten. Vom Verband selbst werden Möglichkeiten über die zwei Fortbildungsdozenturen geboten. Informationen über diese Angebote können bei diesen Stellen selbst eingeholt werden (Adressen siehe „Empfehlungen“).

Schließlich bestehen weitere Angebote durch den Verband direkt sowie durch einzelne Diakonische Werke oder evangelische Akademien auf Landesebene, die

ebenso wie die Angebote der zentralen Diakonischen Akademie im psychiatrischen Bereich in den beiden Zeitschriften des Verbandes angekündigt werden.

Die Diakonische Akademie bietet ein umfangreiches Fortbildungsprogramm, mit einer Reihe von kurz- und längerfristigen Kursen, die teilweise auch für Fragestellungen der Arbeit mit psychisch Kranken von Bedeutung sind. Das Fortbildungsprogramm muß bei der Akademie angefordert werden (gleiche Adresse wie der Verband).

Sowohl der Verband als auch die obenerwähnten Fachbereiche veranstalten regelmäßig offene Fachtagungen, die auch Außenstehenden gegen Teilnehmergebühr offenstehen (Ankündigungen in den Zeitschriften des Verbandes).

Zur laufenden Information über die Arbeit des Verbandes können die beiden Zeitschriften „Kerbe“ (psychisch Kranke) und „Zur Orientierung“ (geistig Behinderte) gegen geringe Kosten bezogen werden.

Über das Referat Öffentlichkeitsarbeit des DW (gleiche Adresse wie der Verband, Tel : 07 11/2159-4 56 oder 4 55) können Broschüren, Plakate und Faltblätter zur allgemeinen Aufklärung über psychisch Kranke bezogen werden.

Von Bedeutung ist das Verzeichnis der Einrichtungen des Verbandes, das im Sommer 1992 neu aufgelegt und die Anschriften der Mitgliedseinrichtungen in den neuen Bundesländern umfassen wird

Im Fortbildungsbereich besteht ein Angebot von verschiedensten Seiten, das zum Teil den beiden Zeitschriften des Verbandes entnommen werden kann. Weitere Angebote in diesem Bereich sollten bei den beiden Fortbildungsdozenturen erfragt werden:

Fortbildungsdozentur Süd (Sonnenhof), Sudetenweg 92, 7170 Schwäbisch Hall

Fortbildungsdozentur Nord/Diakonisches Werk Westfalen, Friesenring 32, 4400 Münster

Bei der Diakonischen Akademie (gleiche Adresse wie der Verband) kann das Jahresprogramm der Fortbildungsangebote der Akademie bezogen werden.

Referenten für Probleme der Arbeit mit geistig Behinderten und psychisch Kranken können bundesweit vermittelt werden.

**VERBAND
EVANGELISCHER
EINRICHTUNGEN
FÜR GEISTIG UND
SEELISCH
BEHINDERTE e.V.**

Empfehlungen

VERBAND ÖFFENTLICHER VERKEHRSBETRIEBE

– VÖV –

Adresse Kamekestraße 37-39
5000 Köln 1

Ansprechpartner Herr Dipl.-Ing. Bernhard E. Nickel
(Fachbereichsleiter)

Telefon 02 21/52 50 64-66

Der Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV) ist das Selbstverwaltungsorgan der kommunalen öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen. Die fachlichen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen des Verbandes sind als Grundlagen- und Hintergrundmaterial für die Gesundheitserziehung geeignet. Sie geben Hinweise auf die Bemühungen zur Reduzierung der Wohnumfeld- und Gesundheitsbelastung durch den Individualverkehr

*Für den
eiligen Leser*

Der Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV) mit Sitz in Köln hat seinen Ursprung in dem 1895 gegründeten Verein deutscher Straßenbahn- und Kleinbahnverwaltungen.

Er ist das Selbstverwaltungsorgan der kommunalen öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen mit den Betriebszweigen U-Bahn, Stadtbahn, Straßenbahn und Bus. Mitglieder des Verbandes sind auch die Regionalverkehrsgesellschaften des Bundes sowie Privatbusunternehmen, die in ihrem Verkehrsgebiet den öffentlichen Personenverkehr durchführen. Dem Verband gehören derzeit 173 Unternehmen als ordentliche Mitglieder und 20 Verkehrsunternehmen als außerordentliche Mitglieder an.

Soweit es Aufgaben des Verkehrsbetriebeverbandes betrifft, berät dieser seine Mitgliedsunternehmen bei technischen, betrieblichen und betriebswirtschaftlichen Fragen sowie bei Fragen der Tarifpolitik.

Der Verband fördert aber auch den Austausch von Wissen zwischen den einzelnen Mitgliedsunternehmen und führt außerdem die betriebliche Weiterbildung durch.

Weiter hat der Verband auch die Aufgabe, eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit für die öffentlichen Verkehrsbetriebe sowie den öffentlichen Nahverkehr durchzuführen.

Auch die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs und die Steigerung seiner Wertschätzung bei den Benutzern fällt unter die Aufgaben des Verbandes. Diese Ziele will die Verkehrsbetriebevereinigung durch verstärkte Kooperation der unterschiedlichen Verkehrssysteme wie U-Bahn, Straßenbahn, Bus und Taxi sowie durch einen verbesserten Komfort der Verkehrsmittel erreichen. Auch die Förderung geeigneter neuer Technologien und Systeme im Verkehrswesen zählt der Verband zu seinen Aufgaben.

Zuletzt gehören auch Stellungnahmen zu einschlägigen Verordnungs- und Gesetzentwürfen zu den Aufgaben des Verbandes, der insgesamt eine Stärkung der Wettbewerbskraft des öffentlichen Nahverkehrs anstrebt.

*Aufgaben
und Ziele
der Institution*

- VÖV -

Medienangebote

Der Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV) veröffentlicht einmal jährlich einen Jahresbericht, in dem über alle vordringlichen Probleme und die hierfür erarbeiteten Lösungen berichtet wird und der umfangreiche Datenzusammenstellungen und Statistikübersichten enthält. Dieser Jahresbericht stellt auch die Tätigkeit der Regionalgliederungen des Verbandes dar. Alle zwei Monate erscheint die vom Verband herausgegebene Zeitschrift „Der Nahverkehr“, in der vor allem Ergebnisse und Erkenntnisse der wissenschaftlichen Verkehrsforschung veröffentlicht werden.

Monatlich erscheint die Zeitschrift „Bus und Bahn“ mit Nachrichten, Meinungsäußerungen und Berichten zum öffentlichen Nahverkehr.

Die „VÖV-Nachrichten“ ist die eigentliche Mitgliederzeitung des Verbandes. Sie erscheint unregelmäßig und berichtet über verbandsinterne Vorgänge und Sachverhalte.

Bei Bedarf gibt der Verband außerdem Einzelschriften heraus, in denen Untersuchungsergebnisse und Forschungsthemen wie etwa die Frage des Taxieinsatzes

im öffentlichen Personennahverkehr behandelt werden.

Als Arbeitshilfen für die Mitgliedsunternehmen erscheinen die VÖV-Schriftenreihe Technik und die VÖV-Schriftenreihe Wirtschaft, die vor allem technische und wirtschaftliche Richtlinien enthalten. Zuletzt hat der Verband auch ein Medienpaket erarbeitet, das den Mitgliedsunternehmen zur Schulung des Fahrpersonals zu psychologisch richtigem Verhalten im Arbeitsalltag von Bahn und Bus dient.

Für den Bereich der Schulen hat der Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe ein eigenes Unterrichtsmodell erarbeitet, das sich mit der Benutzung von Bahn und Bus durch die Schüler befaßt.

Soweit es die vom Verband herausgegebenen Zeitschriften und sonstigen Veröffentlichungen betrifft, können diese über den Alba-Fachverlag bezogen werden. Die Materialien zum Schulunterrichtsmodell können bei den jeweils zuständigen öffentlichen Verkehrsunternehmen kostenlos oder beim Klettverlag für etwa DM 25,- bezogen werden.

Serviceleistungen

Der Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe VÖV bietet seinen Mitgliedsunternehmen eine breite Palette von Dienstleistungen. Hierzu zählt die Bereitstellung von Hinweisen und Richtlinien zu Einzelfragen des öffentlichen Nahverkehrs wie etwa die Gestaltung und Einrichtung der Schienenfahrzeuge, die Gestaltung von Gleisanlagen und Haltebereichen sowie die Einrichtung und Ausführung der elektrischen Anlagen.

Weiterhin bietet der Verband Kurse und Seminare für die Mitarbeiter seiner Mitgliedsunternehmen an, die technische, ökonomische, juristische und finanzielle Aspekte des öffentlichen Nahverkehrs behandeln. Nähere Angaben zu diesen Kursen und Seminaren können bei der verbandseigenen Gesellschaft BEKA-Seminare angefordert werden (1).

Daneben führt der Verband in eigenen Arbeitskreisen oder in Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen Untersuchungen zu aktuellen Fragen des öffentlichen Nahverkehrs durch. Hierzu zählen Themen wie Strategien der Angebotsgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs, Verkehrsberuhigung und öffentlicher Personennahverkehr.

Ergänzend zu diesen Untersuchungen führt der Verband dann auch Veranstaltungen verschiedener Art zu

diesen Themen durch. So wird einmal im Jahr eine Diskussionsveranstaltung mit Hochschullehrern durchgeführt, bei der neue Forschungsvorhaben aus den Bereichen Technik, Ökonomie und Planung vorgestellt werden. Jährlich einmal wird außerdem ein „Pressegespräch“ für Zeitungen, Rundfunksender und Fernsehanstalten veranstaltet, das diesen die aktuelle Situation und die verfolgten Ziele des öffentlichen Personennahverkehrs verdeutlichen soll.

In Zusammenarbeit mit der Studiengesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen wertet der Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe vor allem unselbständige Schriften, d. h. Zeitschriftenaufsätze oder Schriftenreihenbeiträge, mit Bezug auf den öffentlichen Personennahverkehr aus und dokumentiert diese in der ÖPNV-Literatur-Datenbank. Darüber hinaus besteht auf dem Gebiet der Literaturdokumentation eine enge Zusammenarbeit des Verbandes öffentlicher Verkehrsunternehmen mit dem Informations- und Dokumentationsverband Verkehr.

(1) BEKA-Seminare, Kamekestraße 37-39, 5000 Köln 1

Empfehlungen

Der Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV) ist in mehrfacher Hinsicht für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen von Bedeutung.

In den Verdichtungsräumen führt die wachsende Differenz zwischen den Boden-, Bau- und Wohnungspreisen einerseits sowie den Einkommen aus Beschäftigung andererseits zu einer Verlagerung der Wohnfunktionen an preisgünstigere, meist periphere Standorte. Die damit verbundene räumliche Trennung von Wohnstandorten, Arbeitsplätzen und Versorgungs- sowie Dienstleistungseinrichtungen führt zu einer erheblichen Steigerung des Verkehrsaufkommens. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die fortschreitende Verringerung der im Wohnbereich selbst verbleibenden Funktionen einschließlich Freizeit, Erholung und Urlaub, die ebenfalls zu einer Steigerung des Verkehrsaufkommens beiträgt.

Die gesundheitlichen Belastungen durch den insbesondere in den Städten und Ballungsgebieten noch weiter steigenden Individualverkehr mit seinen Lärm- und Schadstoffemissionen und Unfallereignissen sind seit langem ein Thema der öffentlichen Diskussion und in der Literatur breit dargestellt.

Von daher sind die Bemühungen des VÖV zur Stärkung und Verbesserung des öffentlichen Personenverkehrs und damit zur Dämpfung des Individualverkehrs von sich aus schon von hoher gesundheitlicher Bedeutung. Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ist ein wichtiges Hilfsmittel gerade auch zur Umwelt- und gesundheitlichen Situationsverbesserung in den verkehrsbelasteten Wohnquartieren der Innenstädte. Vorschläge des Verbandes wie etwa die Einbeziehung des Taxiwesens in den öffentlichen Personennahverkehr oder die Verknüpfungen von Individualverkehr und öffentlichem Personennahverkehr durch „Park and Ride“ sind Anknüpfungspunkte für umfassendere Konzepte der Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen.

Die Analysen, Konzepte, Publikationen und Serviceleistungen des Verbandes öffentlicher Verkehrsbetriebe können als Basismaterial für eine Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen betrachtet werden, die auch die Einstellung gegenüber dem Verkehr als Umwelt- und Gesundheitsbelastung sowie das Verkehrsverhalten als gesundheitsbedeutsames Verhalten mit einbezieht.

DIE VERBRAUCHER- INITIATIVE e.V.

Adresse Breite Straße 51
5300 Bonn

Ansprechpartner Herr Axel Cruse
(Pressesprecher)

Telefon 02 28/65 90 44

Die Verbraucherinitiative e.V. ist ein Zusammenschluß umweltbewußter Verbraucher. Ihre Informationsblätter eignen sich für die Gesundheitserziehung in den Bereichen gesunde Ernährung, Hausmüllvermeidung und Schutz vor Wohngiften

**Für den
eiligen Leser**

Die Verbraucherinitiative e.V. ist ein Zusammenschluß umweltbewußter Verbraucher. Sie wurde 1985 als Verein gegründet und hat ihren Sitz in Bonn. Unterstützt wird die Initiative vom Bund für Umwelt und Naturschutz e.V., vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, von Greenpeace sowie von weiteren etwa fünftausend Mitgliedern. Die Verbraucherinitiative ist gemeinnützig.

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Aufgabe der Verbraucherinitiative e.V. ist die Beratung von Verbrauchern. Sie versteht sich dabei als Interessenvertretung ökologisch bewußter Verbraucher und setzt sich für einen ökologischen und gesundheitsorientierten Lebensstil ein. Dabei will die Vereinigung nicht nur über Produkteigenschaften informieren, sondern auch mit Informationen und Aktionen zu umweltfreundlicherem Konsumverhalten beitragen.

Ein wesentliches Themenfeld der Informationsarbeit der Initiative ist der Bereich gesunde Ernährung: Hier werden Hinweise auf die Möglichkeiten einer vollwertigen Ernährung, Aufklärung über gefährliche Lebensmittelzusatzstoffe und über die Belastung der Lebensmittel selbst sowie Auskünfte über die Förderung des biologischen Landbaues gegeben.

Weiterhin hält der Verbraucherzusammenschluß Auskünfte darüber bereit, wie die privaten Haushalte durch Verwendung umweltfreundlicher Putz- und Waschmittel sowie durch Abfallvermeidung zur Entlastung der Umwelt beitragen können.

Auch der Wohnbereich selbst ist ein Themenfeld der Aufklärungsaktivitäten der Vereinigung. Angeboten werden Hinweise auf die Möglichkeiten gesunden Wohnens sowie Informationen über Schadstoffe in der Wohnraumlufte und deren Ursachen wie etwa Baustoffe, Farben, Lacke und Holzschutzmittel.

**DIE
VERBRAUCHER-
INITIATIVE e.V.**

Medienangebote

Die Verbraucherinitiative e.V. gibt für ihre Mitglieder das monatlich erscheinende „Verbraucher Telegramm“ heraus. In diesem Informationsdienst wird über wichtige aktuelle Themen wie Strahlenbelastung von Lebensmitteln, Probleme einzelner Nahrungsmittel und über laufende Kampagnen der Vereinigung selbst sowie über verbraucherbedeutsame Gerichtsurteile berichtet. Zusätzlich werden Testergebnisse, Ernährungstips und ähnliche Kurzinformationen vermittelt.

Die Mitglieder der Verbraucherinitiative beziehen außerdem die Mitgliederzeitschrift „Consum Kritik“, die

alle zwei Monate erscheint. Dieses Periodikum greift in jeder Ausgabe Schwerpunktthemen auf wie Agrarpolitik, Kunststoffe, Müllvermeidung und Wohngifte. Zu wichtigen Einzelthemen werden in regelmäßigen Abständen außerdem „Informationsblätter“ herausgegeben.

Eigene Schriften der Verbraucherinitiative wie etwa „Dicke Luft: Ratgeber gegen Gifte in der Wohnraumluft“ verbreitet diese über ihren Bücherdienst. Regelmäßige Informationen über die Tätigkeit und die Veröffentlichungen der Verbraucherinitiative setzen eine Vereinsmitgliedschaft voraus.

**Service-
leistungen**

Die Verbraucherinitiative e.V. stellt ihren Mitgliedern eine Reihe von Beratungsangeboten zur Verfügung wie etwa die nachfolgend aufgeführten:

- Beratung in Ernährungsfragen
- Beratung bei der Putz- und Waschmittelverwendung
- Beratung bei der Wohnungsrenovierung
- Beratung bei der Baustoffauswahl

Neben diesen Beratungsleistungen bietet die Verbraucherinitiative gegen eine geringe Gebühr auch Untersuchungen und Messungen in folgenden Bereichen an:

- Radioaktivität von Lebensmitteln, Wasser und Boden
- Schadstoffe in Lebensmitteln und im Wasser
- Schadstoffe in der Raumluft.

Für kleinere Gemeinden ist die Verbrauchervereinigung als Umweltberater tätig. Sie betreibt außerdem einen Bucherdienst, über den die eigenen Publikationen, aber auch andere wichtige Veröffentlichungen zum Thema Umwelt und Gesundheit bezogen werden können.

Empfehlungen

Die Verbraucherinitiative e.V. ist für die Gesundheitserziehung im Lebensbereich Wohnen ein in mehrfacher Hinsicht interessanter Partner. Der Lebensbereich Wohnen und die Wohnungen sind zu einem entscheidenden Absatzmarkt und Einsatzbereich für kurz-, mittel- und langlebige Verbrauchsgüter geworden. Daneben sind die Wohnungen durch die Art und Weise der Auswahl und Verwendung von Infrastrukturleistungen wie Energie und Wasser sowie Gebrauchsgütern aller Art zu entscheidenden Einflußgrößen für die weitere Steigerung oder für eine Abschwächung der Umwelt- und damit Gesundheitsbelastungen geworden. Die Verbraucherinitiative e.V. macht solche Zusammenhänge mit Informationsblättern wie „Einweg ist kein

Weg“ oder „Saubere Wäsche - schmutzige Gewässer“ deutlich, indem sie die Wechselwirkungen von Abfallbelastung und Verpackungsaufwand bzw. Abwasserbelastung und Waschmitteleinsatz aufzeigt. Umgekehrt sind die Wohnungen aber auch durch die Auswahl und den Einsatz der dort kombinierten und konsumierten Güter zu Umwelten für die Privathaushalte geworden, von denen in hohem Maße Gesundheitsbelastungen für die Bewohner ausgehen können, die aber ebenso zu einer verstärkten Gesundheitssicherung der Bewohner beitragen können. Die Broschüre „Dicke Luft: Ratgeber gegen Gifte in der Wohnraumluft“ ist ein Beispiel dafür, wie die Zusammenhänge von Wohnen und Gesundheit einprägsam verdeutlicht werden können.

VERBRAUCHER- ZENTRALEN

In jedem Bundesland gibt es Verbraucherzentralen, die in der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e.V. (AGV) zusammengeschlossen sind (Beschreibung der AGV siehe unter „A“)

Die Anschriften der 16 Landes-Verbraucherzentralen folgen anschließend. Außerdem wird als Beispiel die Verbraucherzentrale in Baden-Württemberg beschrieben.

Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V.

Paulinenstraße 47
7000 Stuttgart 1
Telefon 07 11/61 09 23
Telefax 62 89 91

Verbraucherzentrale Bayern e.V.

Mozartstraße 9
8000 München 2
Telefon 0 89/5 39 87-0
Telefax 53 75 53

Verbraucherzentrale Berlin e.V.

Bayreuther Straße 40
1000 Berlin 30
Telefon 0 30/2 19 07-0
Telefax 2 11 72 01

Verbraucher-Zentrale Brandenburg e.V.

Hegelallee 6-8
O-1561 Potsdam
Telefon 00 37/33/35 39 81
Telefax 30 39 83

Verbraucherzentrale des Landes Bremen e.V.

Postfach 10 07 67
Obernstraße 38-42
2800 Bremen 1
Telefon 04 21/32 08 34
Telefax 32 09 70

Verbraucherzentrale Hamburg e.V.

Gr. Bleichen 23-27
2000 Hamburg 36
Telefon 0 40/35 00 14 85
Telefax 34 11 16

Verbraucherzentrale Hessen e.V.

Berliner Straße 27
6000 Frankfurt a.M. 1
Telefon 0 69/28 07 01
Telefax 28 50 79

Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Postfach 27
Damgartener Chaussee 61
O-2590 Ribnitz-Damgarten
Telefon 00 37/8 25/5 93 51
Telefax 38 04

Verbraucherzentrale Niedersachsen e.V.

Postfach 6126
Herrenstraße 14
3000 Hannover 1
Telefon 05 11/9 11 96-01
Telefax 9 11 96-10

Verbraucher-Zentrale Nordrhein-Westfalen e.V.

Mintropstraße 27
4000 Düsseldorf 1
Telefon 02 11/38 09-0
Telefax 38 09/1 72
Fernschreiber 8 586 759

Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V.

Große Langgasse 16
6500 Mainz 1
Telefon 0 61 31/28 48-0
Telefax 28 48-40

Verbraucherzentrale des Saarlandes e.V.

Hohenzollernstraße 11
6600 Saarbrücken 1
Telefon 06 81/5 20 47-49
Telefax 5 15 83

Verbraucherzentrale Sachsen e.V.

Burgstraße 2
O-7010 Leipzig
Telefon 00 37/41/29 14 41

Verbraucher-Zentrale Sachsen-Anhalt e.V.

Marx-Engels-Platz 14 15
O-4010 Halle
Telefon 00 37/46/87 23 73

Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V.

Bergstraße 24
2300 Kiel 1
Telefon 04 31/5 12 86-87
Telefax 55 35 09

Verbraucherzentrale Thüringen e.V.

Postfach 591
Wilhelm-Külz-Straße 26
O-5020 Erfurt
Telefon 00 37/61/6 13 12
Telefax 6 13 90

VERBRAUCHER- ZENTRALE BADEN- WÜRTTEMBERG e.V.*

Adresse	Augustenstraße 6 (voraussichtlich ab 1.1.1992: Paulinenstraße 47) 7000 Stuttgart 1
Ansprechpartner	Herr U. Aengenvoort (Leiter der Ernährungsberatungsstelle)
Telefon	07 11/61 09 27 (voraussichtlich ab 1.1.1992: 07 11/66 91-0)

Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der 1958 gegründet worden ist und mittlerweile 1000 Mitglieder hat; darunter befinden sich viele Vereine und Verbände auf Länderebene

Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) in Bonn

Neben den Mitgliederbeiträgen tragen öffentliche Mittel zur Finanzierung der Verbraucherzentrale bei, so daß die Inanspruchnahme von Leistungen für den Verbraucher kostenlos ist.

Die Ziele der Arbeit der Verbraucherzentrale sind es, den Schutz für die Verbraucher zu verwirklichen, ihm bei Problemen zu helfen und ihn umfassend über Produkte zu informieren.

Dies soll erreicht werden durch:

- Schaffung und Förderung geeigneter Einrichtungen wie Verbraucherberatungsstellen und Verbrauchergemeinschaften, die der objektiven Unterrichtung und Unterstützung der Verbraucher dienen;
- individuelle Beratung und Unterrichtung der Öffentlichkeit über verbraucherpolitische Fragen sowie Förderung solcher Maßnahmen;
- Wahrnehmung der Verbraucherinteressen gegenüber Landes- und Bundesparlament sowie Behörden und Wirtschaft;
- Zusammenarbeit mit anderen Verbraucherorganisationen und wissenschaftlichen Instituten zur Erforschung von Verbraucherfragen und zur Förderung der Verbraucherinteressen;
- Förderung der geeigneten Bestrebungen zur Herbeiführung objektiver Gebrauchswertfeststellungen und Verbreitung erarbeiteter Erkenntnisse;
- Verfolgung von Wettbewerbsverstößen und anderer Gesetzesverstöße, soweit hierdurch Verbraucherinteressen berührt werden.

* **Hinweis:** Zu den Aufgaben der Verbraucherverbände allgemein siehe Beschreibung der „Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände“ (AgV).

Aufgaben und Ziele der Institution

**VERBRAUCHER-
ZENTRALE
BADEN-
WÜRTTEMBERG
e.V.**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Die Informationen und Beratungen erstrecken sich auf die Bereiche:

Kauf und Dienstleistungen
wie z. B. zu Testergebnissen: von Haushaltsgeräten bis zur Unterhaltungselektronik; über Kaufverträge, Verbraucherschutz, Textilien, Versicherungen, Kredite, Reiseunternehmen, Partnervermittlung, Nebenverdienste, Handwerkerleistungen, Kundendienst, Versandhandel, Buchclubs und Zeitschriftenvertriebe, Kaufverträge, Chemische Reinigung, Haustürgeschäfte, Kaffeefahrten, Schiedsstelle für Textilreinigungsschäden
Bauen – Wohnen – Energie
wie z. B. zu Entscheidungshilfen, Baukonstruktionen, Baustoffe und Ökologie, Umbau – Modernisierung, Bauhandwerkerleistungen, Wohnprobleme und ihre Bewältigung, Gesundes Wohnen, Möbel, Testergebnisse, Mieterfragen, Energieanwendung im Haushalt, Wärme- und Warmwassererzeugung, Neue Technologien, Heizkostenberatung, Testergebnisse.
Ernährung

Die Abteilung Ernährungsberatung der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V. sieht ihre inhaltlichen Aufgaben in der Information über:

bedarfsgerechte Ernährung verschiedener Altersgruppen,
Warenkunde und Lebensmittelrecht,
Lebensmittelherstellung und -qualität,
preiswerten Lebensmitteleinkauf,

- Selbsthilfegruppen zur Gewichtsreduktion,
- Testergebnisse

Die Weitergabe der Informationen geschieht durch:

- persönliche Beratung von Verbrauchern in der Beratungsstelle,
- telefonische Beratung,
- Öffentlichkeitsarbeit, regelmäßige Mitteilungen an Presse, Rundfunk und Fernsehen,
- Durchführung von Ausstellungen,
- Durchführung von Kursen und Gruppenberatungen,
- Vorträge für verschiedene Adressaten wie VHS, Schüler, Ärzte,
- Aktionen, Infostände,
- Fortbildungen,
- telefonischer Ansedienst zu bestimmten Themen.

Auch in der Arbeit der Ernährungsberatungsstelle hat das Thema Umweltschutz bzw. Umweltbelastung zugehört. Mit der Steigerung des Interesses der Öffentlichkeit an diesen Themen geht ein verändertes Bewußtsein der Verbraucher bezüglich der Nahrungsmittel einher.

Die Ernährungsberatung hat so auch den Anspruch, dem Umweltschutz in ihrer Arbeit einen besonderen Schwerpunkt beizumessen. Der Verbraucher wird einerseits über Umweltbelastungen und wie er sich davor schützen kann informiert und andererseits auf umweltfreundliches Konsumverhalten hingewiesen.

Medienangebote

Die Publikationen haben insgesamt das Ziel, umfassende, wissenschaftlich fundierte und allgemeinverständliche Informationen über die von der Verbraucherzentrale bearbeiteten Arbeitsgebiete zu vermitteln. Dabei nehmen ökologische Gesichtspunkte (z. B. Anbau und Herstellung der Nahrung, Verpackung, Gärtnern, Heimwerkern usw.) einen zunehmend höheren Stellenwert ein.

Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg gibt 6mal jährlich „Die Verbraucher-Zeitung“ heraus. Sie enthält Informationen über Aktivitäten der Verbraucherzentrale, Berichte und Hinweise sowie ausführlich erläuterte Gerichtsurteile, die für Verbraucher interessant sind. Dies bezieht sich auf alle Themen der Verbraucherzentrale (kostenlos für Mitglieder).

Daneben hat die Verbraucherzentrale ein umfangreiches Programm an Broschüren und Merkblättern, das auch in der „Verbraucher-Zeitung“ veröffentlicht wird. So z. B.

„Vollwert-Ernährung“
„gesund und umweltschonend essen“ (gegen Kostenbeitrag) gibt Aufschluß über die Ernährungsregeln der Vollwert-Ernährung anhand der verschiedenen Lebensmittelgruppen unter Berücksichtigung von Umwelterfordernissen
„Lebensmittel im EG-Binnenmarkt“ (gegen Kostenbeitrag) informiert über Grundsätzliches zur EG, Milchimitate, Fleischerzeugnisse, Zusatzstoffe, Schadstoffe, Pestizide, Tierarzneimittel, Hygiene, Bestrahlung, Überwachung.

Zum Thema Ernährung und zu den anderen Gebieten ist in der Beratungsstelle noch eine Fülle anderer Broschüren erhältlich, die hier jedoch nicht aufgeführt werden können.

Zusätzlich sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die Verbraucherzentralen nahezu wöchentlich Informationen über die Presse publizieren.

Serviceleistungen

Die Verbraucherzentrale verfolgt mit ihren zahlreichen Serviceleistungen das Ziel, die Erkenntnisse aus den verschiedenen Gebieten, so auch der Ernährungsforschung, praxisnah zu vermitteln. Daher haben viele Serviceleistungen die praktische Umsetzung der Ratschläge z. B. zur Ernährungsumstellung zum Inhalt.

Die Serviceleistungen haben auch die Funktion, Interessenten auf die Arbeit der Verbraucherzentrale aufmerksam zu machen und sie zur aktiven Unterstützung der Arbeit zu motivieren.

Aus dem Arbeitsgebiet Ernährung seien folgende Serviceleistungen beispielhaft aufgeführt:

- Die Ernährungsberatung der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg veranstaltet Fortbildungseminare für Lehrer, Ärzte, Hausfrauen, Schüler etc. und erstellt Ausstellungen zu verschiedenen Themen der Ernährung (z. B. Vollwertkost)
- Die Ernährungsberatungsstelle ist in der Lage, Materialien für den Aufbau von Ausstellungen bereitzustellen
- Unterstützung der Verbraucher bei Lebensmittelreklamationen und Auseinandersetzungen mit der Wirtschaft

Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V. hat ein thematisch weit gespanntes Informations- und Beratungsangebot, das sich auf die Bereiche Kauf und Dienstleistungen, Bauen – Wohnen – Energie und Ernährung erstreckt.

Es empfiehlt sich,

- Mitglied der Verbraucherzentrale zu werden und damit „Die Verbraucher-Zeitung“ regelmäßig zu erhalten mit dem Broschürenprogramm und Veranstaltungskalender und weiteren wichtigen Informationen,
- sich in den Verteiler für die Presseinformationen aufnehmen zu lassen.

Außerdem sollte Kontakt zu den örtlichen Außenstellen Verbraucherberatung der Verbraucherzentrale und den Verbrauchergemeinschaften bestehen (Anschriften über die Verbraucherzentrale).

**VERBRAUCHER-
ZENTRALE
BADEN-
WÜRTTEMBERG
e.V.**

Empfehlungen

VEREIN FÜR ZAHNHYGIENE e.V.

Adresse Feldbergstraße 40
6100 Darmstadt

Ansprechpartner Herr Römer
(Geschäftsführer)

Frau Römer

Telefon 0 61 51/89 48 14

Der Verein für Zahnhygiene e.V. wurde im Jahre 1957 von Zahnpflegemittelherstellern gegründet. Er hat die Aufgabe, „die Öffentlichkeit über die Bedeutung der Zahngesundheit und die Gefahren, die dem Körper von erkrankten Zähnen drohen, aufzuklären“ (§ 2 der Satzung). Der Verein ist von Beginn an als gemeinnützig anerkannt.

Konkrete Zielsetzung des Vereins für Zahnhygiene e.V. ist eine durch Information bewirkte Änderung im Verhalten breiter Bevölkerungskreise zur Gesunderhaltung der Zähne.

Dieser Zielsetzung dient u.a. die Koordinierung und Federführung bei der Entwicklung und Distribution von Informationsmaterialien.

Darüber hinaus organisiert der Verein in Zusammenarbeit mit dem DAJ (Deutscher Ausschuss für Jugendzahnpflege), dem BDZ (Bundesverband der Deutschen Zahnärzte) und/oder Landesarbeitsgemeinschaften Jugendzahnpflege/Zahngesundheit Kongreßveranstaltungen für die Fortbildung von Zahnärzten, im wesentlichen Jugendzahnärzten.

Aufgaben und Ziele der Institution

Die vom Verein für Zahnhygiene vertriebenen Materialien sind in dem Katalog „Aufklärungs-, Lehr- und Lernmaterial“ zusammengestellt. Die darin dargestellten Materialien sind kostenpflichtig. Die angegebenen Preise sind Selbstkostenpreise.

Der Katalog wird allen Gesundheitsämtern, Krankenkassen, Schulen und sonstigen Interessenten in der Bundesrepublik zur Verfügung gestellt.

Die dort aufgeführten Medien und Hilfsmittel sind vom Arbeitskreis zahnmedizinische Information geprüft und als verwendbar anerkannt. Der Geschäftsführer des Vereins für Zahnhygiene leitet die Sitzungen dieses Arbeitskreises als primus inter pares. Die primäre Aufgabe des Ausschusses ist es, darauf zu achten, daß die empfohlenen Materialien einem einheitlichen, wissenschaftlichen Prophylaxekonzept genügen. Ein wesentlicher Grundgedanke dieses Konzeptes ist es, daß alle Materialien über Schlüsselpersonen (Eltern, Kindergärtnerinnen, Kinderärzte, Lehrer, Ausbilder der Bundeswehr etc.) an die jeweiligen Adressaten herangetragen werden.

Medienangebote

Speziell an Fachleute wendet sich die vom Verein herausgegebene Zeitschrift „ORALPROPHYLAXE“. Diese Fachzeitschrift enthält sowohl wissenschaftliche Beiträge als auch Übersichtsartikel und Berichte über Kongresse und die Praxis der Jugendzahnpflege

VEREIN FÜR ZAHNHYGIENE e.V.

Der Verein für Zahnhygiene kann als wichtigste Quelle werbeneutraler, relativ preisgünstiger Arbeitsmaterialien bezeichnet werden

Medienangebote

Serviceleistungen

- Der Verein für Zahnhygiene organisiert den Verleih eines „Kariestunnels“. Es handelt sich um einen lichtdicht abgeschlossenen schlauchförmigen Raum mit Comic-Bildern und informierenden Sprechblasen an den Wänden. Im Mittelpunkt des Tunnels sind 2 Spiegel angebracht, in denen jeder selbst überprüfen kann, ob er saubere Zähne hat, da unter Einwirkung von Schwarzlicht Zahnbeläge gelb leuchten

Der „Kariestunnel“ wurde für den Verleih an zahnärztliche Organisationen, an Krankenkassen, Behörden, Verbrauchervereinigungen u.ä. zum Einsatz auf Messen und Veranstaltungen mit großem Publikumsandrang geschaffen. Er soll die Notwen-

digkeit effektiver Mundhygiene verdeutlichen und durch Sichtbarmachen der Zahnbeläge am eigenen Gebiß die Motivation dazu wecken. (Der Tunnel sollte möglichst in Verbindung mit einem Zahnputzbrunnen zum Einsatz kommen.)

Die Kosten für Transport, Versicherung und Aufstellung trägt der Entleiher. Leihgebühren werden nicht erhoben. Allerdings sind die anfallenden Kosten u.U. sehr hoch (je nach Entfernung von Frankfurt), so daß der Einsatz des „Kariestunnels“ nur bei Großveranstaltungen und entsprechender Mitwirkung potenter Sponsoren in Frage kommen dürfte.

Empfehlungen

Der Verein für Zahnhygiene ist eine wichtige Bezugsquelle für werbeneutrale Arbeitsmaterialien (Zahnpflegebeutel etc.).

Aus dem Katalog „Aufklärungs-, Lehr- und Lernmaterial“ seien folgende herauszuhebende Materialien exemplarisch aufgeführt:

Plakate:

- Plakat „Zahneputzen macht Spaß“*
- Plakat „Beißen macht deinen Zähnen Freude“*

Broschüren:

- Für den Kinderarzt:
Die wichtigsten Informationen aus der Zahnheilkunde*

Unterrichtseinheiten:

- „Zahngesundheit im Kindergarten“
Lernangebote (inkl. Memory-Spiel)*
- „Zahngesundheitserziehung“
Unterrichtswerk für die 1 bis 4 Klasse der Grundschule*
- „Das Gebiß und seine Gesunderhaltung“
Unterrichtswerk für die Sekundarstufe I (5 bis 10 Schuljahr)*

Modelle:

Demonstrationsgebiß mit Bürste*

Die Zeitschrift „ORALPROPHYLAXE“ sollte von allen interessierten Fachleuten abonniert werden.*

* kostenpflichtig

VEREIN ZUR FÖRDERUNG VON ARBEITSINITIATIVEN UND FIRMEN- PROJEKTEN e.V.

– FAF –

Adresse Hedemannstraße 14
1000 Berlin 61

Ansprechpartner Herr Salijevic

Telefon 0 30/2 51 10 66

Der Verein zur Förderung von Arbeitsinitiativen und Firmenprojekten (FAF) wurde 1985 als gemeinnütziger Verein gegründet. An der Gründung waren Vertreter der Aktion Psychisch Kranke, des Dachverbandes psychosozialer Hilfsvereinigungen, der Deutschen Bewährungshilfe und der Arbeitskreis „Firmen“ in der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie beteiligt.

Der FAF finanziert sich aus Mitteln der Stiftung der Firma Freudenberg, aus Beratungshonoraren und Kostenerstattungen.

Das Anliegen der FAF ergibt sich aus der Notwendigkeit, für psychisch Kranke Arbeitsmöglichkeiten zu finden, da bei ohnehin angespannter Arbeitsmarktlage für diese Gruppe natürlich besonders schwer Arbeitsplätze außerhalb von Behindertenwerkstätten zu finden sind. Für die Wiedereingliederung von psychisch Kranken ist ein Arbeitsplatz oft von entscheidender Bedeutung. Oft gehen erneute Klinikaufenthalte auf eine fehlende adäquate Beschäftigungsmöglichkeit des Betroffenen zurück.

Die Bedeutung eines Arbeitsplatzes, der einen Platz im sozialen Leben vermittelt, der den psychisch Labilen in einen festen sozialen Rahmen stellt, und ihm über Nützlichkeit und Verdienstmöglichkeit im Rahmen seiner Möglichkeiten Selbstwertgefühl verschafft, kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Solche Arbeitsplätze zu schaffen, muß als notwendiger Bestandteil einer gemeindenahen Psychiatrie verstanden werden.

Der FAF hat es sich vor dem Hintergrund solcher Überlegungen zum Ziel gesetzt, Firmen und Initiativen, die psychisch Kranken Dauerarbeitsplätze bieten, zu beraten und zu begleiten bzw. entsprechende Gründungsprojekte beratend zu unterstützen.

Der Verein ist entsprechend auf folgenden Gebieten tätig:

- Konzeptionelle, organisatorische betriebswirtschaftliche und rechtliche Beratung von Initiativen, die dauerhafte Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten für psychisch Behinderte schaffen wollen,
- Dokumentation des Know-how und der Erfahrung bereits vorhandener Projekte,
- Vernetzung der vorhandenen Initiativen,
- Fortbildung der Verantwortlichen,
- Vermittlung von Experten zu fachspezifischen Problemen

Der FAF arbeitet international mit ähnlichen Initiativen in der Cooperation of European Firms, Employment Initiatives and Cooperatives for Psychically Disabled (CEFEC) zusammen

Aufgaben und Ziele der Institution

- FAF -

Medienangebote

Die Medien, die der FAF zugänglich macht, richten sich nahezu ausschließlich an Initiatoren und Verantwortliche von Arbeitsprojekten, also eine Fachöffentlichkeit. Allenfalls Falt- und Informationsblätter (kostenlos), die der Selbstdarstellung dienen, sind für eine weitere Öffentlichkeit geeignet.

Da der Schwerpunkt der FAF in der einzelfallorientierten Beratungsarbeit liegt und dem Verein nur begrenzte Mittel zur Verfügung stehen, werden zum größten Teil Publikationen anderer Verlage zum Thema „Firmen für psychisch Kranke und Behinderte“ vertrieben. In diesen Publikationen werden allgemeine und Sachinformationen zur Problematik von Arbeitsangeboten für psychisch Kranke gegeben, weiterhin werden existierende Projekte vorgestellt. Zu diesen Schriften ist eine Literaturliste mit Preisangaben erhältlich.

Als Publikation der FAF sei hier die Broschüre „Arbeitshilfen“ erwähnt, die sich mit Förderungsmöglichkeiten und Rechtsform von Firmenprojekten befaßt.

Als Periodikum wird der „FAF-Rundbrief“ herausgegeben, der viermal jährlich erscheint, und von allen Interessierten (kostenpflichtig) abonniert werden kann. Dieser bietet aktuelle Informationen zur Arbeit des FAF und zu den bestehenden Arbeits- und Firmenprojekten.

Der FAF bietet eine Videokassette gegen Leihpfand und Erstattung der Versandkosten an. Auf der Kassette sind verschiedene Firmenprojekte dargestellt.

Eine kostenpflichtige Aufnahme in den entsprechenden Verteiler ist möglich. Der FAF empfiehlt allerdings in solchen Fällen das Abonnement des Rundbriefes.

Serviceleistungen

Den Kernpunkt der Arbeit des FAF stellt die projektbezogene Beratung von bestehenden oder geplanten Projekten zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen für psychisch Kranke dar. Mehrheitlich geht es dabei um betriebswirtschaftliche Fragen, Probleme der Rechtsform und Antragstellung auf Gewährung von Mitteln für die Gründung. Es wird ein Beratungshonorar verlangt, das an den finanziellen Möglichkeiten der rat-suchenden Initiative orientiert ist. Grundsatz dabei ist, daß eine Beratung an finanziellen Problemen nicht scheitern sollte.

Referenten vor Ort können für die genannten Themen durch den FAF benannt werden, insbesondere für Informationsveranstaltungen in erster Linie für mögliche Träger von Projekten, aber auch für Verantwortliche in der Verwaltung (z. B. in Hauptfürsorgestellen).

Wirtschaftsamtern oder beim Arbeitsamt). Das Honorar ist mit dem jeweiligen Referenten zu vereinbaren.

Der FAF ist auf Ersuchen entsprechender Ämter hin bereit, Anträge von Projekten auf Gewährung von Mitteln zur Gründung auf die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Konzeption hin zu beurteilen.

Im Fortbildungsbereich bietet der FAF für verantwortliche Mitarbeiter von Projekten 2- bis 3tägige Informationsseminare wiederum vornehmlich zur wirtschaftlichen und organisatorischen Seite solcher Vorhaben an. Zur gleichen Thematik werden in Abständen einjährige Qualifizierungsmaßnahmen in fünf Kursblöcken angeboten. Alle diese Veranstaltungen sind kostenpflichtig.

Empfehlungen

Zur laufenden Information über den FAF und die aktuellen Projekte im Bereich Dauerarbeitsplätze für psychisch Kranke sollte der FAF-Rundbrief (kostenpflichtig) abonniert werden.

Grunder und Verantwortliche von Firmenprojekten, die Dauerarbeitsplätze für psychisch Kranke bieten sollen, können sich vor allem hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen, rechtlichen und organisatorischen Fragen vom FAF kostenpflichtig beraten lassen.

Für den gleichen Personenkreis werden Fortbildungsangebote zu diesen Fragen veranstaltet (gegen Gebühren).

Der FAF beurteilt Anträge von Firmeninitiativen auf Gründungsmittel hinsichtlich der Aussichten des Projektes.

Der FAF ist imstande, Referenten vor Ort zu vermitteln.

Über den FAF kann Literatur zur Frage der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten von psychisch Kranken bzw. eine entsprechende Literaturliste bezogen werden.

Als audiovisuelles Medium steht eine Videokassette über bestehende Arbeitsprojekte für psychisch Kranke zur Verfügung (gegen Leihpfand und Versandkosten).

VEREINIGUNG DEUTSCHER GEWÄSSER- SCHUTZ e.V.

– VDG –

Adresse Matthias-Grünewald-Straße 1–3
5300 Bonn 2

Ansprechpartner Frau Flierenbaum

Telefon 02 28/37 50 07

Die 1951 gegründete, gemeinnützige Vereinigung Deutscher Gewässerschutz e.V. (VDG)* verfolgt folgende Ziele:

- Stärkung des Umweltbewußtseins in der breiten Öffentlichkeit,
- Aufklärung der Bevölkerung über die Notwendigkeit des Gewässerschutzes,
- Eintreten für eine Verbesserung der Abwasserreinigung,
- schonende Nutzung der Gewässer für Freizeit und Erholung,
- Mitwirkung bei der Anpassung des Wasserrechts an die Erfordernisse einer sinnvollen Umweltgestaltung,
- Einführung national und international einheitlicher Gewässerschutzbestimmungen.

Aktivitäten zur Durchsetzung dieser Ziele:

- Entwicklung, Herstellung und Versand von Informationsmaterialien zu Fragen des Gewässerschutzes (Broschüren und Faltblätter, Plakate, Schulwandbilder etc.),
- Durchführung gezielter Informationskampagnen (Versand von Unterrichtsmaterial an alle Grund-, Haupt- und weiterführende Schulen sowie berufsbildende Schulen in der Bundesrepublik),
- Beteiligung an Messen und Ausstellungen,
- Betreuung der Wanderausstellung „WIR UND DAS WASSER“ im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und der Bundesländer,
- Mitwirkung bei der Wassergesetzgebung,
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

* Spektrum aller an der Reinhaltung des Wassers und dem Schutz der Gewässer interessierten Kreise, Einzelpersonen (Professoren, Studenten, Schüler), Forschungsinstitute, Wassersportverbände, Fischereivereine, Wasserbeschaffungsverbände, Abwasserverbände, Industriebetriebe, Wasserversorgungsunternehmen, Stadt- und Gemeindeverwaltungen

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

- VDC -

Medienangebote

Die Schriftenreihe der Vereinigung Deutscher Gewässerschutz e.V. umfaßt eine Vielzahl verschiedener Medien und Medienarten. Es sind dies Broschüren, Plakate, Spiele und sog. Schuleinheiten bestehend aus: Wandbild, Lehrerbegleitheft und Schülerarbeitsbogen.

Die wichtigsten Materialien der Schriftenreihe sind auf einem Informationsblatt zusammengestellt. Es enthält Kurzbeschreibungen, Angaben über Zielgruppen sowie Hinweise auf Schutzgebühren und Versandbedingungen.

Alle Materialien des Vereins befassen sich mit der Problematik „Schutz des lebensnotwendigen Elements Wasser“.

Serviceleistungen

Die Vereinigung betreut die Wanderausstellung „WIR UND DAS WASSER“

„Wasser - Blut des Planeten Erde“, „Wasser in Gefahr“, „Zeit zum Handeln!“ Dies sind Stichworte aus der Ausstellung „WIR UND DAS WASSER“. Ihr Anliegen ist, über Wert und Bedeutung des Wassers für Mensch und Umwelt zu informieren und auf die Gefährdungen des Wassers durch Eingriffe des Menschen in die Natur hinzuweisen. Darüber hinaus soll der Besucher zu umweltbewußtem Verhalten motiviert werden. Welchen persönlichen Beitrag der einzelne zum Schutz der Gewässer leisten kann, wird an zahlreichen konkreten Beispielen aufgezeigt.

Die eingesetzten Ausstellungsmedien - bewegliche Modelle, Schautafeln, Fließgrafiken, Diakästen, Videos wurden nach modernen lernbiologischen Erkenntnis-

sen gestaltet. Der Besucher ist nicht nur passiver Betrachter, sondern erfährt die Aussagen zum Teil durch aktives Mitspielen. Dies soll helfen, ein tieferes Verständnis zu wecken, soll faszinieren, aktivieren, zur weiteren Diskussion und innerem Verarbeiten anregen.

Die Ausstellung ist als interessante Unterrichtsergänzung auch besonders geeignet für Lehrer und Schüler. Die dargebotenen Informationen lassen sich ohne weiteres in den Unterrichtsstoff der verschiedenen Schultypen und Altersklassen einfügen.

Die Verleihbedingungen sowie technische und organisatorische Hinweise sind Informationsmaterialien zu entnehmen, die angefordert werden können.

Für weitere Auskünfte und Terminabsprachen steht die Geschäftsstelle der Vereinigung unter o a Telefonnummer zur Verfügung.

Empfehlungen

Die Vereinigung Deutscher Gewässerschutz e.V. bietet zum Umweltschutzthema „Wasser“ eine Vielzahl von Informationsmaterialien an.

Für diejenigen, die sich diesem Spezialthema in irgendeiner Form - eventuell in Zusammenarbeit mit Schulen - widmen wollen, können die allerdings kostenverursachenden Materialien der „Schriftenreihe der VDC“ von Interesse sein.

Ein Infoblatt und das Gesamtverzeichnis der Schriftenreihe können kostenlos angefordert werden.

VORSORGE-INITIATIVE AKTION SORGENKIND

Adresse	Lersnerstraße 40 6000 Frankfurt am Main 1
Ansprechpartner	Frau Sigrun Hailbach (Pressesprecherin)
Telefon	0 69/55 06 51/52
Telefax	0 69/5 96 24 51

Die Deutsche Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind e.V. hat seit ihrer Gründung im Jahr 1964 als gemeinnütziger Verein das Ziel, Notstände im Behindertenbereich in der Öffentlichkeit bekanntzumachen und für Abhilfe zu sorgen, indem der Mitbürger zu solidarischer Hilfe aufgerufen wird. Dabei hat sie sich auf die Hilfe für Kinder und Jugendliche konzentriert

Mit dieser Zielsetzung haben sich das Zweite Deutsche Fernsehen und in der Behindertenhilfe tätige freie Verbände in der Deutschen Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind e.V. zusammengeschlossen

Ausgangspunkt für die Gründung der Aktion Sorgenkind war die vielfach katastrophale Situation behinderter Kinder und Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der 60er Jahre. Fast überall fehlten Sonderkindergärten, Sonderschulen, Tagesstätten und Beschützende Werkstätten. Auch die Contergan-Katastrophe rückte nachdrücklich die Situation behinderter Kinder in das Bewußtsein der Gesellschaft.

Die Aktion Sorgenkind finanziert sich seit 1964 durch die ZDF-Lotterien und den Aufruf zu Spenden.

Lotterien:

- Verißmeinnicht (1964-1970)
- Drei mal Neun (1970-1974)
- Der große Preis (ab 1974)

Die Aktion Sorgenkind tritt immer nur als Mittler und Vermittler auf. Sie selbst betreibt keine Einrichtungen, besitzt keine Behindertenfahrzeuge und unterhält keine Arbeitsplätze für Mitarbeiter.

Sie hilft mit ihren Zuschüssen immer erst dann, wenn alle anderen Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind. Bei allen Projekten müssen auch Eigenmittel aufgebracht werden

Seit 1979 mit Gründung der Vorsorge-Initiative hat die Deutsche Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind ihr Wirkungsfeld über die unmittelbare Behindertenhilfe hinaus erweitert und verwendet einen Teil der ihr zufließenden Mittel für Gesundheitsaufklärung im Bereich Vorsorge- und Früherkennungsmaßnahmen.

Aufgaben und Ziele der Institution

**VORSORGE-
INITIATIVE
AKTION
SORGENKIND**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Bis 1989 geschah dies durch jährlich wechselnde Schwerpunktkampagnen, in denen jeweils ein Risikofaktor für die Gesundheit von Kindern verdeutlicht wurde. Seit 1990 ist die Arbeit der Vorsorge-Initiative auf kürzere Vorsorgeaktionen umgestellt, in denen jeweils aktuell besonders dringliche Vorsorgeprobleme aufgegriffen werden. Das Konzept der Vorsorge-Initiative orientiert sich seit ihrer Gründung an den folgenden Prinzipien:

- langfristige, behutsame, kontinuierliche Information, absolute fachliche Seriosität jeder Information und Empfehlung durch Abstimmung mit Ärzten und Wissenschaftlern, Einbindung aller relevanten Institutionen in die einzelnen Kampagnen mit dem Ziel enger Kooperation,

- Verständlichkeit der Medien und aktive Ansprache der Zielgruppen durch Nutzung des gesamten öffentlichen Kommunikationsangebotes,
- klare Verhaltensempfehlungen, die leicht zu befolgen sind.

Thematischer Schwerpunkt der Vorsorge-Initiative sind Gesundheitsinformationen zu Schwangerschaft und Geburt und zu den ersten Lebensjahren eines Kindes.

Wichtigste Zielgruppe der Arbeit der Vorsorge-Initiative sind alle Erwachsenen, die unmittelbare Verantwortung für die Gesundheit von Kindern tragen. Dies sind Eltern und Verwandte sowie Ärzte (besonders Kinder-, Allgemein- und Frauenärzte), Hebammen, Pflegepersonal, Berater und Pädagogen. Als Multiplikatoren werden weiterhin Journalisten angesprochen.

Medienangebote

Das Medienangebot der Aktion Sorgenkind ist in erster Linie auf das jeweils aktuelle Vorsorgethema abgestimmt

In diesem Rahmen gibt es folgende Angebote.

den monatlichen Pressedienst für die Publikationspresse. Hier werden Artikel zum jeweiligen Schwerpunktthema wie auch zu allgemein interessierenden Vorsorgeproblemen Journalisten und Redaktionen kostenlos zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt; die Vorsorge-Infos mit Informationen zum Thema der jeweiligen Vorsorgeaktion, die sich direkt an die jeweilige Zielgruppe wenden.

Diese Vorsorge-Infos werden in einer Auflage von je 2-3 Mio. Exemplaren kostenlos verteilt. Distributionswege sind Arztpraxen, Apotheken und Beratungsstellen.

Broschüren zu den bis 1988 durchgeführten Jahreskampagnen sind:

Rötelschutz
Schwangerschaftsvorsorge
Früherkennung durch Vorsorgeuntersuchungen bei Säuglingen und Kleinkindern
Früherkennung von Hör- und Sehschaden
Unfallverhütung
Impfschutz
seelische Gesundheit

Beispielhaft soll hier die Broschüre der Kampagne „Seelische Gesundheit“ ausführlicher dargestellt werden. Das Motto lautete:

Kinderseelen sind zerbrechlich

Diese Broschüre baut auf zwei grundsätzlichen Beobachtungen von Ärzten, Psychologen und Pädagogen auf:

1. Das Risiko einer seelischen Erkrankung bei Kindern läßt sich stark verringern, wenn sich Erwachsene an einige einfache Regeln halten
2. Die Bereitschaft, über das Thema „Seelische Krankheiten bei Kindern“ offen zu reden, hat zugenommen.

Inhaltlich geht es einmal darum, von der kinderpsychologischen Seite her einige Grundregeln, die für die seelische Gesundheit von Kindern wichtig sind, zu verstehen, zum anderen geht es um rein praktische Informationen, wie seelische Erkrankungen bei Kindern frühzeitig zu erkennen sind und wo Eltern Rat und Hilfe finden können

Die bis 1988 erschienenen Broschüren wurden 1989 überarbeitet und in „Der komplette Vorsorgeplan“ zusammengefaßt. Dieser 144seitige „Vorsorgeplan“ ist gegen Erstattung der Portokosten von DM 3,20 bei der Geschäftsstelle der Aktion Sorgenkind, Franz-Lohe-Str 17, 5300 Bonn 1, erhältlich, solange die Auflage reicht.

**Service-
leistungen**

Die Vorsorge-Initiative stellt über ihre Pressedienste hinaus Journalisten auf Anfrage weitergehende Vorsorge-Informationen zur Verfügung und unterstützt sie bei der Recherche.

Der Öffentlichkeit werden die Medien der einzelnen Vorsorgeaktionen angeboten

WEITERBILDUNGS- STUDIUM ARBEITSWISSENSCHAFT

Universität Hannover

Adresse	Lange Laube 32 3000 Hannover 1
Ansprechpartner	Klaus Schahn Frank Wattendorf
Telefon	05 11/7 62 48 46

Das Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaft ist ein Studienangebot, das sich an berufstätige Frauen und Männer richtet. Mit diesem, 1980 geschaffenen Studiengang hat die Universität Hannover in mehrfacher Hinsicht Neuland betreten: Es ist ein Studienangebot, das berufsbegleitend, abends und an Wochenenden (Freitagabends/Samstagvormittags) studiert werden kann. Die Voraussetzung für die Teilnahme ist nicht das Abitur, sondern eine mindestens 2jährige Berufserfahrung. Freies Belegen der einzelnen Kurse ermöglicht es den Studierenden, ihre zeitliche Beanspruchung selbst zu bestimmen und inhaltliche Schwerpunkte nach eigenen Interessen zu setzen.

Auch die inhaltliche Konzeption orientiert sich an den Bedürfnissen der beruflichen Praxis: Ausgangspunkte der Seminare sind bestimmte Problemstellungen der Arbeitswelt. Die arbeitswissenschaftlichen Fachgebiete werden danach befragt, welchen Beitrag sie jeweils zur Analyse oder Problemlösung leisten können (problembezogenes und nicht fachbezogenes Studium). Sowohl technische als auch sozialwissenschaftliche und medizinische Aspekte werden einbezogen.

Neben der Vermittlung von Wissen spielen in den Seminaren die Berufserfahrungen der Studierenden eine wesentliche Rolle. Bewährt haben sich wechselnde Lehr- und Lernformen, in denen die Studierenden und die Dozenten/innen ihre Erkenntnisse und Erfahrungen austauschen und so gemeinsam Thesen erarbeiten und Problemlösungen entwickeln

Aktuelle Arbeitsbereiche im WA sind:

- Neue Technologien und Arbeit
- Planung und Gestaltung von Produktionssystemen
- Arbeit und Beratung
- Betriebliche Personal- und Sozialpolitik
- Mitbestimmung und rechtliche Gestaltung der Arbeit
- Gesellschaftliche und individuelle Bedeutung der Arbeit
- Betriebliche Suchtprävention
- Arbeit und Gesundheit

Besonders und beispielhaft hingewiesen werden soll auf den Arbeitsbereich „Arbeit & Gesundheit“:

Infolge der technischen und sozialen Entwicklung unterliegt der Zusammenhang von Arbeit und Gesundheit einem ständigen Wandel. Neben den nach wie vor existierenden „klassischen“ Gefahren industrieller Arbeit (wie Lärm, Schmutz, schwere körperliche Arbeit) spielt die Verwendung chemischer Stoffe eine wachsende

Aufgaben und Ziele der Institution

**WEITER-
BILDUNGS-
STUDIUM
ARBEITS-
WISSENSCHAFT**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Rolle. Die gesundheitsschädigende und ökologische Wirkung eines Stoffes ist oft schwer einzuschätzen.

Die hiermit verbundenen Probleme einschließlich der zunehmenden Zahl von Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen sowie neue Meß- und Kontrollverfahren müssen beherrscht werden. Daraus ergeben sich steigende Anforderungen an alle, die im Arbeits-, Umwelt- und Gesundheitsschutz tätig sind.

Mit der Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien in nahezu allen Bereichen der Produktion, Verwaltung und Dienstleistungen gewinnen neue Formen psychischer Gesundheitsgefahren an Gewicht. Arbeiten mit geringer oder einseitiger körperlicher, aber hoher psychischer Belastung, bei der z. B. Zeitdruck mit hoher Verantwortung für Menschen oder Anlagen kombiniert auftritt: Dieser Gefährdungsbereich ist bisher erst ungenügend erforscht. Es wird aber in Zukunft erforderlich sein, auch hier Strategien und Konzepte des Gesundheitsschutzes zu entwickeln

Diese generellen Entwicklungstendenzen bestimmen jedoch noch nicht unmittelbar das gesundheitliche Risiko. Auf betrieblicher Ebene ist entscheidend, wie mit potentiellen Gefahren umgegangen wird. Wichtige Faktoren sind hier:

- Die Qualität des betrieblichen Arbeitsschutzes;
- Grundsätze der Arbeitsgestaltung und -organisation;
- Möglichkeiten, riskante Arbeitsbedingungen oder Verhaltensweisen zur Sprache zu bringen und zu verändern;
- betriebliche Führungsstile und Personalpolitik;
- individuelle Umgangsformen mit Gesundheitsgefahren und Stresssituationen.

Die Zielsetzung in diesem Arbeitsschwerpunkt ist es, eine integrative Sichtweise des Zusammenhangs von Arbeit, Gesundheit und Umwelt zu fördern und Ansätze für eine präventiv orientierte Gesundheitsschutzstrategie zu entwickeln: Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist die Integration des Fachwissens der Experten mit dem Erfahrungswissen der Betroffenen.

Dieser Teil des Studienangebotes richtet sich sowohl an alle, die sich für Arbeits- und Gesundheitsschutzfragen interessieren, als auch an Experten und Expertinnen des betrieblichen und überbetrieblichen Arbeitsschutzes wie an diejenigen Fachkräfte, die Arbeitsbedingungen und betriebliche Sozialbeziehungen maßgeblich gestalten

Medienangebote

Eigene Publikationen ergeben sich aus den einzelnen Kursen (Projekt- und Vertiefungskursen). Diese Ergebnisse ausgewählter Projektkurse werden in einer Reihe („Projekt“) veröffentlicht: etwa Broschüren über „Aufklärungsaktion zum Problem Alkohol“, „Sicherheitsbeauftragte im Betrieb“ oder über „Gefahrstoffe im Büro“. Dadurch soll ein Transfer arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse in die betriebliche Praxis geleitet werden. Die Publikationen sind über den Weiterbildungsstu-

diengang in Hannover für einen geringen Betrag erhältlich

Ansonsten ist lediglich auf das halbjährlich erscheinende Kursprogramm hinzuweisen, das ebenfalls über den Studiengang zu erhalten ist und in dem die einzelnen Lehrangebote mit kurzer Erläuterung aufgeführt sind.

Empfehlungen

Das Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaften der Universität Hannover ist ein beispielhaftes, auf die berufliche und betriebliche Praxis ausgerichtetes Bildungsangebot, dessen Materialien und Erfahrungen für alle pädagogischen Anstrengungen im Bereich „Arbeit und Gesundheit“ sehr zu empfehlen sind

WISSENSCHAFTLICHES INSTITUT DER ÄRZTE DEUTSCHLANDS e.V.

– WIAD –

Adresse Godesberger Allee 54
5300 Bonn 2

Ansprechpartner Dr. Kreuter

Telefon 02 28/8104-0 (Zentrale)

Vom Wissenschaftlichen Institut der Ärzte Deutschlands (WIAD) e.V. wird seit 1979 die gesamte Forschung im Bereich des Hartmannbundes getragen. Der größte freie Ärzteverband Deutschlands verfügt damit im Vergleich zu anderen ärztlichen Organisationen im freiverbandlichen Sektor auch über die größte Forschungseinrichtung.

In seinen Hauptaufgabenbereichen konzentriert sich das Institut auf sozialmedizinische und gesundheitspolitische Fragestellungen. Im Vordergrund der WIAD-Forschung steht dabei die Gesundheitsförderung, eine der zentralen Aufgaben der Gesundheitspolitik in den 90er Jahren. Die Grundlagen der „Gesundheitsförderung als ärztliche Aufgaben“ – verfaßt von Prof. Dr. H. Bourmer – sind Gegenstand von Band 1 der WIAD-Schriftenreihe, der seit 1989 in einer 2. Auflage vorliegt.

Über die Schwerpunktprogramme des WIAD informiert beispielhaft die nachstehende Übersicht. Im folgenden wird über die Ergebnisse der wichtigsten Projekte ausführlicher berichtet. Über weitere hier nicht im Detail behandelte Aktivitäten sowie geplante Forschungsvorhaben des Instituts können Informationsmaterialien bei der WIAD-Geschäftsstelle im Hartmannbundhaus, Godesberger Allee 54, 5300 Bonn 2, angefordert werden.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) förderte seit 1979 in Abstimmung mit dem Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG) die Deutsche Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP), an der WIAD maßgeblich als Koordinations- und Geschäftsstelle für die Gesamtstudie sowie als für die Ärzteschaft zuständiges Institut beteiligt war.

Ein Beschluß der 50. Gesundheitsministerkonferenz sah vor, die Bemühungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) um die Prävention zu aktivieren. WIAD hatte die Aufgabe übernommen, auch diese dritte tragende Säule des Gesundheitswesens in der Bundesrepublik Deutschland stärker in die Institutsarbeit einzu-beziehen. Im Oktober 1984 wurden im Rahmen des „Programms zur Intensivierung der Gesundheitserziehung durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ Bewilligungen für zwei entsprechende Projekte durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) für WIAD ausgesprochen. Diese bezogen sich auf die Bestandsaufnahme gesundheitserzieherischer Maßnahmen in ausgewählten Gesundheitsämtern sowie auf die Ermittlung der Möglichkeiten und Vorstellungen dieser Ämter, die Gesundheitserziehung zu intensivieren. Im Rahmen des ÖGD-Programms wurden von WIAD u. a.

die ersten Teile des „Gesundheitswegweisers“ für den Einsatz bei der Durchführung gesundheitserzieherischer Maßnahmen durch den ÖGD erstellt. Für die Jahre 1987 bis 1989 war es Aufgabe des Instituts, die Erfahrungen aus der DHP für den ÖGD zu dokumentieren und daraus Empfehlungen für Gesundheitsämter abzuleiten. Zur Jahresmitte 1989 wurde neben einem umfangreichen Dokumentationsband auch eine kurzgefaßte „Handlungsanleitung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst zur Nutzbarmachung von Erfahrungen aus der Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP)“ vorgelegt. Sie kann unter dem Titel „Präventionsgeschäftsstellen in Gesundheitsämtern“ sowohl von der BZgA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Ostmerheimer Straße 200, 5000 Köln 91) als auch von der Geschäftsstelle des WIAD in Bonn bezogen werden.

Die Projektgruppe „Prioritäre Gesundheitsziele“, der auch das WIAD angehört, erhielt 1985 von der Bundesregierung (BMJFFG) und der Selbstverwaltung der deutschen Ärzte und Zahnärzte den Auftrag, Materialien zu entwickeln, die als Entscheidungsgrundlagen zur Formulierung prioritärer Gesundheitsziele in der Bundesrepublik Deutschland herangezogen werden können. Ausgangspunkt der Situationsanalyse und Zielbestimmung sind die vorhandenen Strukturen unseres Gesundheitswesens sowie der gegenwärtige medizinische Kenntnisstand. Die prioritären Gesundheitsziele orientieren sich an gesundheitsstatistischen Daten bzw. gesellschaftlichen Wertprämissen und formulieren Zielvorstellungen in Form eines Maßnahmenkatalogs, bei dem nicht die Kostendämpfung der letztlich alles entscheidende Faktor ist. Eng hiermit verbunden sind Aufbau und Entwicklung einer Gesundheitsberichterstattung, die entscheidende epidemiologische Daten für darauf aufbauende gesundheitspolitische Maßnahmen liefern soll. Die Kenntnis dieser Daten ist gerade für die präventiv ausgerichtete Gesundheitspolitik unverzichtbar.

Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens bearbeitete WIAD zusätzlich die spezielle Fragestellung „Gesundheitsprobleme und -risiken der ausländischen Bevölkerungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland“. Die Beschäftigung mit diesem Themenkomplex und die Beurteilung der hier erzielten und ebenfalls 1989 vorgelegten Forschungsergebnisse führten zu einer engen Zusammenarbeit des WIAD mit der vergleichbaren französischen Forschungsinitiative „Migration Santé“ in Paris, der Europäischen Gemeinschaft (EG) sowie mit der World Health Organization (WHO). Die Anerkennung des WIAD als offizielles WHO-Kooperationszentrum wurde zum Jahresende 1990 ausgesprochen. Die gute Zusammenarbeit mit der WHO und die über Jahre entwickelten positiven Kooperationsbeziehungen mit dem BMJFFG waren ebenfalls maßgeblich dafür, daß WIAD im Auftrag beider Institutionen in der Zeit vom 17. bis 20.12.1990 in Bonn einen internationalen Kongreß zu Fragen der Organisation und Finanzierung der Gesundheitsförderung ausrichtete.

Im internationalen Rahmen ist WIAD auch auf dem Gebiet der Präventionsforschung aktiv. Der wichtigste Bezug ist dabei in der Kooperation mit amerikanischen Regierungsstellen und Forschungsinstituten auf biomedizinischem Gebiet zu sehen. Im Rahmen eines Regierungsabkommens zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland fungieren die Projektstabe der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) und der Deutschen Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR) sowie das WIAD als Träger der Zusammenarbeit.

Seit dem 1. November 1987 führt WIAD im Auftrag des BMJFFG ein „Modell der ambulanten ärztlichen HIV-Positivenbetreuung“ in Anlehnung an das „Frankfurter HIV-Projekt“ in den Räumen Köln, Bonn und Aachen durch. Dabei wird ein besonderer Akzent auf das in diesem Bereich bisher noch nicht hinreichend genutzte spezifische Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt gelegt, dessen duale Grundvoraussetzungen und Entwicklungsmöglichkeiten durch zusätzliche Fortbildungsmaßnahmen zur HIV-Positivenbetreuung gestärkt werden sollen.

WISSENSCHAFTLICHES INSTITUT DER ORTSKRANKENKASSEN

— WidO —

Adresse Kortrijker Straße 1
Postfach 20 03 44
5300 Bonn 2

Ansprechpartner Frau Dr. Eberle

Telefon 02 28/84 33 92

Das Wissenschaftliche Institut der Ortskrankenkassen (WidO) bearbeitet gesundheitsökonomische und sozialwissenschaftliche Fragestellungen im Bereich des Gesundheitswesens

Es erarbeitet Basisinformationen und entwickelt Entscheidungshilfen für

- die Geschäftsführung der selbstverwalteten und autonom entscheidenden AOKs,
- politische Gremien,
- wissenschaftliche Diskussionszusammenhänge

Das WidO selbst betreibt keine Aufklärung für breite Bevölkerungskreise, leistet aber wissenschaftliche Vorarbeiten für die Medienentwicklung des AOK-Bundesverbandes (AOK-BV). Darüber hinaus erarbeitet das WidO Entscheidungsgrundlagen für den AOK-Bundesverband und stellt gesundheitsökonomisch und gesundheitspolitisch relevante Daten für die Forschung im Hochschulbereich zur Verfügung.

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Publikationen des WidO sind in einem „WidO-Veröffentlichungsverzeichnis“ zusammengefaßt

Medienangebote

Die Veröffentlichungen des WidO bearbeiten folgende Themenschwerpunkte:

- Gesundheitsökonomie/Systemfragen des Gesundheitswesens
- Epidemiologie/Krankheitsursachen/Behandlungsformen
- Prävention/Früherkennung
- Ambulante medizinische Versorgung
- zahnärztliche Versorgung
- Heil- und Hilfsmittel/Arzneimittel
- GKV-Arzneimittelindex

Das „WidO-Veröffentlichungsverzeichnis“ wird periodisch aktualisiert. Zusätzlich erfolgt über Neuerscheinungen eine Vorabinformation in Briefform

Es besteht die Möglichkeit, Interessierte in einen Verteiler aufzunehmen

- WIdO -

Medienangebote

Die WIdO-Materialien wenden sich primär an Schlüsselpersonen, können aber auch von interessierten Laien angefordert werden. Sie sollen Hintergrundinformationen und Entscheidungshilfen liefern und damit Verwendung finden:

- in Beratungssituationen, als Basis-Info für die Fortbildung von Schlüsselpersonen,
- als Entscheidungsgrundlage in gesundheitspolitischen Zusammenhängen.

Die Materialien können einzeln oder in geringen Stückzahlen angefordert werden. Für einen Teil der Materialien ist eine Schutzgebühr zu entrichten, andere sind kostenfrei beziehbar. Im einzelnen gibt darüber das Veröffentlichungsverzeichnis Auskunft.

Serviceleistungen

Aufnahme in den WIdO-Verteiler

Empfehlungen

Interessierte sollten sich in den Verteiler des WIdO aufnehmen lassen. Beispielhaft seien folgende empfehlenswerte Einzelmaterialien für den Bereich Zahngesundheit aufgeführt:

S 4 Zahnmedizinische Prophylaxe aktuelle Bestandsaufnahme. Schlußfolgerungen für die Praxis. Bericht der Kommission Zahnmedizinische Prophylaxe. WIdO-Schriftenreihe, Bd 4, 1. Auflage, Bonn 1979* vergriffen

MS P 2 Argumentationshilfen gegen Einwände zur Fluoridprophylaxe. WIdO-MS, Bonn 1983 (kostenfrei) vergriffen

M 29 Pro und Kontra Fluorid? Diskussion und Schlußfolgerungen. WIdO-Materialien, Bd 29, Bonn 1986*

M 25/2 Fluoridkarte der Bundesrepublik Deutschland. WIdO-Materialien, Bd 25/2, Bonn 1988*

* kostenpflichtig

WISSENSCHAFTS- ZENTRUM BERLIN FÜR SOZIALFORSCHUNG

– WZB –

Adresse	Reichpietschufer 50 1000 Berlin 30
Ansprechpartner	Presse- und Informationsreferat
Telefon	0 30/25 49 10
Telefax	0 30/25 49 16 84

Unter dem Leitthema „Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme und Innovationschancen moderner demokratischer Gesellschaften“ wird am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung in ausgewählten Problemfeldern durchgeführt. Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten werden an Wissenschaft und Praxis vermittelt.

Das WZB ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gesellschafter und Zuwendungsgeber sind die Bundesrepublik Deutschland und das Land Berlin. Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlungen, das Kuratorium, die Geschäftsführung und der Wissenschaftliche Rat. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer und über die Bewirtschaftungsgrundsätze. Das Kuratorium entscheidet über die Grundzüge der Forschungspolitik der Gesellschaft und wirkt in allen wesentlichen forschungspolitischen und finanziellen Angelegenheiten der Gesellschaft mit.

Das WZB hat zwei Geschäftsführer: den wissenschaftlichen Geschäftsführer, der die Amtsbezeichnung Präsident führt, und den administrativen Geschäftsführer. Der Wissenschaftliche Rat berät die Gesellschaft in wissenschaftlichen Angelegenheiten und spricht Empfehlungen aus.

Das WZB hat 142 Planstellen, davon 86 für Wissenschaftler/innen; hinzu kommen Mitarbeiter/innen in Drittmittelvorhaben und Gastwissenschaftler/innen, Doktoranden und Aushilfskräfte. Wissenschaftler/innen verschiedener Disziplinen arbeiten am WZB zusammen und führen ihre Forschungen meist im Rahmen internationaler Vergleiche durch. Die Projektteams sind in der Regel international zusammengesetzt.

Vielfältige Zusammenarbeit besteht mit vergleichbaren Institutionen und Hochschulen im In- und Ausland, insbesondere mit den Berliner Universitäten.

Aufgaben und Ziele der Institution

- WZB -

Aufgaben und Ziele der Institution

Die Forschungseinheiten des WZB gliedern sich wie folgt:

Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung

- Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung“
- Abteilung „Organisation und Beschäftigung“
- Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung“

Forschungsschwerpunkt Technik – Arbeit – Umwelt

- Abteilung „Organisation und Technikgenese“
- Abteilung „Regulierung von Arbeit“
- Abteilung „Normbildung und Umwelt“

Forschungsgruppe „Große technische Systeme“
Forschungsprofessur „Umweltpolitik, Technikentwicklung, Arbeitsformen“

Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse

- Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegung“
- Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“

Forschungsschwerpunkt Marktprozeß und Unternehmensentwicklung

Forschungsgruppe „Internationale Beziehungen“
Forschungsgruppe „Gesundheitsrisiken und Präventionspolitik“
Arbeitsgruppe „Sozialberichterstattung“

Medienangebote

Der regelmäßigen Information von Wissenschaft, Praxis, Medien und Öffentlichkeit über die Forschungstätigkeit des WZB dienen insbesondere:

- Bücher und Zeitschriftenaufsätze, die im In- und Ausland erscheinen,
- Buchreihen, die unter der Herausgeberschaft des WZB bei der edition sigma, Berlin, sowie bei der Gower Publishing Company Ltd., Aldershot/England, veröffentlicht werden;
- Forschungsberichte und Publikationsreihen der Forschungsschwerpunkte und Forschungsgruppen;
- Jahresberichte (alle zwei Jahre);

die Informationsdienste „WZB-Mitteilungen“ (viermal jährlich) und „WZB-Forschung“ (dreimal);
- Pressemitteilungen und Pressekonferenzen.

Ein Teil der Papiere ist kostenpflichtig, Kosten werden auf Anfrage mitgeteilt.

Angesprochen wird die wissenschaftliche Fachöffentlichkeit mit einigen Ausnahmen, z. B. die populäre Darstellung einer Herzinfarkt-Studie durch einen Journalisten: Stöbel „Herz im Streß“; die „Mitteilungen“ sind populär gehalten.

Serviceleistungen

Serviceleistungen bietet die Institution WZB nicht an. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter sind aber bereit, Vorträge und Referate zu Themen zu halten, an denen sie arbeiten. Daneben sind sie in verschiedenen Gremien als Berater tätig; beispielsweise Betriebsrats-Schulungen. Verfügbar ist eine Dia-Serie nach schwedischem Vorbild über Gesundheitsverhalten am Arbeitsplatz. Die Auseinandersetzung mit der Praxis dient dazu, die Probleme aufzufinden und wieder in die Forschung zurückzuvermitteln; daher besitzt das WZB ein großes Interesse an der Praxis.

Ansprechpartner für die Medienangebote ist die Presse- und Informationsstelle des WZB; bei Referenten sollte der einzelne Wissenschaftler – sofern er bekannt ist – angesprochen werden.

Das WZB ist erreichbar über Telefax: 0 30/25 49 16 84, Teletex: 308 897 wzb d

Empfehlungen

Als eine der größten Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik ist das Wissenschaftszentrum Berlin auch einer der wichtigsten Ansprechpartner für Forschungen zu Entwicklungen der Gesundheitsgefährdungen sowie zu politischen Strukturen des Gesundheitswesens und des Systems der sozialen Sicherung.

Besonders zu empfehlen sind die wissenschaftlichen Buchpublikationen, die immer auch den internationalen Forschungsstand berücksichtigen. Das WZB bietet über die „WZB-Mitteilungen“, die Publikationslisten, Abstracts usw. einen ausgezeichneten Zugriff auf die schriftlich geführte wissenschaftliche Diskussion.

WISSENSCHAFTS- ZENTRUM BERLIN FÜR SOZIALFORSCHUNG

– WZB –

Adresse Reichpletschufer 50
1000 Berlin 30

Ansprechpartner Presse- und Informationsreferat

Telefon 0 30/25 49 10

Telefax 0 30/25 49 16 84

Unter dem Leitthema „Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme und Innovationschancen moderner demokratischer Gesellschaften“ wird am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung in ausgewählten Problemfeldern durchgeführt. Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten werden an Wissenschaft und Praxis vermittelt.

Aufgaben und Ziele der Institution

Das WZB ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gesellschafter und Zuwendungsgeber sind die Bundesrepublik Deutschland und das Land Berlin. Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlungen, das Kuratorium, die Geschäftsführung und der Wissenschaftliche Rat. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer und über die Bewirtschaftungsgrundsätze. Das Kuratorium entscheidet über die Grundzüge der Forschungspolitik der Gesellschaft und wirkt in allen wesentlichen forschungspolitischen und finanziellen Angelegenheiten der Gesellschaft mit.

Das WZB hat zwei Geschäftsführer: den wissenschaftlichen Geschäftsführer, der die Amtsbezeichnung Präsident führt, und den administrativen Geschäftsführer. Der Wissenschaftliche Rat berät die Gesellschaft in wissenschaftlichen Angelegenheiten und spricht Empfehlungen aus.

Das WZB hat 142 Planstellen, davon 86 für Wissenschaftler/innen; hinzu kommen Mitarbeiter/innen in Drittmittelvorhaben und Gastwissenschaftler/innen, Doktoranden und Aushilfskräfte. Wissenschaftler/innen verschiedener Disziplinen arbeiten am WZB zusammen und führen ihre Forschungen meist im Rahmen internationaler Vergleiche durch. Die Projektteams sind in der Regel international zusammengesetzt.

Vielfältige Zusammenarbeit besteht mit vergleichbaren Institutionen und Hochschulen im In- und Ausland, insbesondere mit den Berliner Universitäten.

ZENTRALSTELLE FÜR PSYCHOLOGISCHE INFORMATION UND DOKUMENTATION, UNIVERSITÄT TRIER

– ZPID –

Adresse Kohlenstraße
Postfach 38 25
5500 Trier

Ansprechpartner Frau Labouvie

Telefon 06 51/2 01 28 78/77

Telefax 06 51/2 01 20 71

Die Zentralstelle für psychologische Information und Dokumentation an der Universität Trier (ZPID) wertet deutschsprachige psychologische Literatur aus und macht diese über einen Referatedienst und Bibliographien sowie über eine Datenbank (Host- und CD-ROM-Version) zugänglich

Seit 1981 gibt die Zentralstelle vierteljährlich den „Psychologischen Index Referatedienst über die psychologische Literatur aus den deutschsprachigen Ländern“ heraus. Der Index enthält die Ergebnisse der Auswertung von ca. 250 Fachzeitschriften und der Buchproduktion von ca. 125 Verlagen, die etwa 4500 Literaturnachweise (inklusive Kurzreferate) pro Jahr ausmachen. Die Nachweise sind nach Sachgebieten geordnet und können über ein deutsch- und ein englischsprachiges Sachregister aufgefunden werden.

Weiterhin ist die Zentralstelle Herausgeber der seit 1968 jährlich erscheinenden „Bibliographie deutschsprachiger psychologischer Dissertationen“, die die entsprechenden Dissertationen in der BRD, Österreich und der deutschsprachigen Schweiz erfaßt (pro Jahr ca. 300) und in einem Kurzreferat darstellt.

Darüber hinaus werden von der Zentralstelle Bibliographien über spezielle Themen erstellt (z. B. über Bulimie, Alkoholismus, Drogenabhängigkeit, Elternberatung, Paartherapie etc.), die Titel sind ebenfalls jeweils mit einem Kurzreferat versehen.

Alle genannten Publikationen können über die Zentralstelle kostenpflichtig bezogen werden. Informationsmaterialien über diese Angebote können kostenlos angefordert werden.

Die von der ZPID ausgewerteten Publikationen (Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Sammelwerke, Kongreßberichte mit Einzelbeiträgen, Dissertationen und Reports) werden in der Datenbank PSYINDEX erfaßt, in der unter anderem alle Literaturnachweise des Psychologischen Index und der Bibliographie deutschsprachiger psychologischer Dissertationen enthalten sind. Alle Literaturnachweise sind mit einem Kurzreferat versehen. Ende 1990 waren ca. 63.000 Nachweise aufgeführt, bei einem Zuwachs von ca. 7500 pro Jahr. Die Datenbank liegt in Host-Version beim Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) in Köln und in CD-ROM-Version (Silver Platter Information Ltd., USA) vor.

Für PSYNDEX sowie für eine Reihe anderer Datenbanken bietet die Zentralstelle einen Literatursuchdienst an. Die betreffende Datenbank wird dabei auf der Basis eines anzugebenden Suchthemas computer-gestützt abgesucht und die entsprechende Literatur einschließlich Kurzreferat nachgewiesen. Der Benutzer erhält die Ergebnisse schriftlich zugesandt. Zusätzlich zur retrospektiven Recherche, bei der alle bisher erfaßten in Frage kommenden Titel herausgesucht werden, besteht die Möglichkeit, per Dauerauftrag aktuell die relevanten Titel der neuerfaßten Literatur regelmäßig recherchieren zu lassen

Je nach Datenbank betragen die Gebühren für die einmalige, retrospektive Literatursuche zwischen 40 und 70 DM pro Suchthema, zuzüglich 0,40-1,10 DM für jeden dabei erbrachten Literaturnachweis.

Die im folgenden aufgeführten Literaturdatenbanken sind ebenfalls in gleicher Weise über den genannten Suchdienst zugänglich:

PsycINFO Weist psychologische Literatur ab 1967 unter vorrangiger Berücksichtigung empirischer Arbeiten nach (alle Nachweise in Englisch)

MEDLINE Entspricht inhaltlich weitgehend dem „Index Medicus“ (seit dem Erscheinungsjahr 1964) und erfaßt Zeitschriftenartikel auf dem Gebiet der Biomedizin Die Nachweise sind in Englisch

SOCIAL SCISearch Entspricht dem „Social Sciences citation Index“ und betrifft den Gesamtbereich der Humanwissenschaften

- Sociological ABSTRACTS Weist internationale soziologische Literatur ab 1963 nach (alle Nachweise in Englisch)

- SOLIS - Weist deutschsprachige sozialwissenschaftliche Literatur ab 1945 nach (alle Nachweise in Deutsch)

- SPOLIT - Weist sportwissenschaftliche Literatur ab 1974 nach (alle Nachweise in Deutsch)

Die genannten Datenbanken sind beim Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information - DIMDI - (siehe Anbieterdatei, Teil Umwelt Impfen - Zahngesundheit) implementiert Mit entsprechenden Endgeräten ist ein direkter Zugriff auf die Datenbanken möglich, nähere Auskünfte können beim DIMDI selbst eingeholt werden.

ZENTRALINSTITUT FÜR SEELISCHE GESUNDHEIT

– ZI –

Landesstiftung des
öffentlichen Rechts

Adresse	J 5 Postfach 12 21 20 6800 Mannheim 1
Ansprechpartner	Herr Dr. Fischer
Telefon	06 21/1 70 31/1 70 37 42
Telefax	06 21/2 34 29

Das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit (ZI) wurde nach einer Vorlaufphase von etwa 10 Jahren 1975 als Landesstiftung des öffentlichen Rechts gegründet. Vorläufereinrichtung war die Sozialpsychiatrische Klinik der Universität Heidelberg, die 1965 eingerichtet wurde

Der Aufbau des ZI fand aufgrund einer Empfehlung des Wissenschaftsrats der Bundesrepublik statt, der das Institut als „Forschungseinrichtung von gesamtstaatlichem Interesse“ einstuft, und wurde durch die Stiftung Volkswagenwerk, die Bundesrepublik Deutschland und das Land Baden-Württemberg finanziert. Die laufenden Kosten für die Forschung des Zentralinstituts werden durch das Land Baden-Württemberg getragen

Die satzungsgemäßen Aufgaben des Zentralinstituts umfassen:

- Forschung u. a. auf den Gebieten der Psychiatrie, der Psychosomatik, der Psychotherapie und der psychiatrischen Epidemiologie;
- Ausbildung in psychologischer Medizin für Medizinstudenten der Universität Heidelberg, Weiterbildungsangebote für Ärzte, Psychologen, Pflegekräfte und Sozialberufe;
- Behandlung, Rehabilitation und Prävention seelischer Erkrankungen.
- Beratung bei der Planung von Einrichtungen der psychosozialen Versorgung

Die wissenschaftliche und rechtliche Verantwortung für das Zentralinstitut liegt beim Direktor des Institutes, dem ein Stellvertreter und ein Verwaltungsdirektor an die Seite gestellt sind

Das Institut betreibt 3 Kliniken (psychiatrische, psychosomatische und kinder- und jugendpsychiatrische) mit zusammen 202 Betten auf seinem Gelände in der *Innenstadt Mannheims*. Dazu kommen noch 32 Tagesklinikplätze. Die Direktoren der Kliniken vertreten ihr Fach zugleich als Lehrstuhlinhaber an der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg. Angegliedert an die Kliniken sind die Ambulanzen, eine Tagesklinik, eine Altentagesklinik und ein psychiatrischer Notfalldienst, der die Versorgung in Krisenfällen rund um die Uhr gewährleistet

Aufgaben und Ziele der Institution

- ZI -

Aufgaben und Ziele der Institution

Im weiteren unterhält das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit neun selbständige Abteilungen:

- Biostatistik
- Epidemiologische Psychiatrie
- Evaluative Psychiatrie
- Gemeindepsychiatrie
- Gesundheitserziehung und Öffentlichkeitsarbeit
- Klinische Psychologie
- Neuroradiologie
- Psychiatrische Soziologie
- Psychopharmakologie

Zusätzlich besteht eine Reihe von Arbeitsgruppen und zentralen Diensten, die jeweils dem Direktor bzw. einer Klinik oder einer Abteilung zugeordnet sind:

- Neurobiologie der funktionellen Psychosen
- Neuropsychologie des Kindes- und Jugendalters
- Psychogeriatric
- Schizophrenieforschung
- Wissenschaftliche Dokumentation
- Klinisch-chemisches Labor
- Klinische Rehabilitation
- Krankengymnastik
- Neurophysiologie - EEG-Labor
- Pflegedienst
- Sozialarbeit
- Weiterbildung zur/zum Fachkrankenschwester/pfleger für Psychiatrie
- Wissenschaftliche Bibliothek

Das ZI verbindet in seinen Tätigkeiten Praxis, Forschung und Lehre. Es steht in einer Vielfalt von zum Teil institutionalisierten Kooperationszusammenhängen sowohl internationaler, nationaler als auch regionaler und lokaler Art.

Auf internationaler Ebene besteht u. a. eine feste Zusammenarbeit mit der WHO, die das Institut zum „WHO-Ausbildungs- und Forschungszentrum für Zusammenarbeit auf dem Gebiet der geistig-

psychischen Gesundheit“ ernannt hat, sowie die Teilnahme an Mehrländer-Forschungsprojekten. 1990 wurde das ZI zum SCAN-Zentrum für die deutschsprachigen Länder mit der Aufgabe der Betreuung und Weiterentwicklung der Forschungsinstrumente der WHO auf dem Gebiet der Psychiatrie und der Unterweisung und Beratung ernannt.

Im nationalen Rahmen arbeitet das ZI u. a. mit dem Bundesministerium für Forschung und Technologie und dem Bundesministerium für Gesundheit in einer Reihe von Forschungsprojekten zusammen.

Auf internationaler Ebene, Bundes- und auf Länderebene war das Institut mehrfach bei der Psychiatrieplanung und bei der Durchführung von Modellprojekten auf dem Gebiet der psychiatrischen Versorgung beratend tätig.

Das Zentralinstitut erfüllt die Lehrverpflichtungen im Bereich der medizinischen Psychologie der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg.

Auf lokaler Ebene ist das ZI in das System der gemeindenahen psychosozialen Versorgung des Mannheimer Raumes integriert. Es berät in diesem Rahmen andere Institutionen und Behörden in Mannheim (z. B. Jugend- und Sozialamt) und führt Untersuchungen zur Effektivität und Ausnutzung gemeindenaher psychiatrischer Dienste durch.

Parallel zur praktischen Tätigkeit läuft eine Vielzahl von Forschungsprojekten in den Bereichen, die schon durch die genannten Dienste und Abteilungen umrissen sind. Schwerpunkte können in den Bereichen Epidemiologie, Psychogeriatric und biologische Psychiatrie gesehen werden.

Darüber hinaus trägt das Zentralinstitut den Sonderforschungsbereich 258 „Indikatoren und Risikomodelle für Entstehung und Verlauf psychischer Störungen“.

Medienangebote

Die Veröffentlichungen, die im Rahmen des Zentralinstitutes entstehen, sind in 3 Bereiche zu unterteilen:

1. Den Hauptteil machen die (jährlich ca. 200) wissenschaftlichen Arbeiten aus, die aus den laufenden Forschungsprojekten hervorgehen und als Monographien oder Aufsätze in Fachzeitschriften und Fachbüchern erscheinen. Diese sind in den Tätigkeitsberichten des Institutes verzeichnet.
2. Zur Information der Öffentlichkeit werden Wissenschaftsthemen für interessierte Laien bearbeitet und den Medien zur Verfügung gestellt. Diese Artikel werden im hausinternen Mitarbeiterinfo (s. u.) veröffentlicht, das auch Außenstehenden zugänglich ist. (Exemplarisch sei hier auch auf eine Reihe von Heften über psychiatrische Krankheitsbilder hin-

gewiesen, die von der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte e.V. in der gleichnamigen Reihe („Hilfe für Behinderte“) herausgegeben worden sind und über diese zu beziehen sind.)

3. Zur Darstellung der Arbeit des Institutes insgesamt erscheint alle 2 Jahre ein umfangreicher Tätigkeitsbericht, der über die Arbeit der Kliniken, Abteilungen, Arbeitsgruppen und zentralen Dienste und die dort laufenden Forschungsprojekte informiert. Ein für den hausinternen Informationsaustausch 3- bis 4mal pro Jahr erscheinendes Mitarbeiterinfo „zi intern“ wird auch an interessierte Zeitschriften versandt.

Eine Aufnahme in den Verteiler ist unter der Voraussetzung eines besonderen Interesses möglich (kostenlos).

Serviceleistungen

Das ZI verfügt über ein großes Potential an wissenschaftlich qualifizierten Fachleuten auf dem Gebiet der Psychiatrie und angrenzender Wissenschaftsgebiete (u. a. psychiatrische Epidemiologie, Geriatric, Kinder- und Jugendpsychiatrie)

Mit diesen kann über den Abteilungsleiter für Öffentlichkeitsarbeit Hr. Dr. Fischer Kontakt aufgenommen werden, um über eine Referententätigkeit bzw. redaktionelle Mitarbeit zu verhandeln.

ZENTRALINSTITUT FÜR SEELISCHE GESUNDHEIT

– ZI –

Landesstiftung des
öffentlichen Rechts

Adresse J 5
Postfach 12 21 20
6800 Mannheim 1

Ansprechpartner Herr Dr. Fischer

Telefon 06 21/1 70 31/1 70 37 42

Telefax 06 21/2 34 29

Das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit (ZI) wurde nach einer Vorlaufphase von etwa 10 Jahren 1975 als Landesstiftung des öffentlichen Rechts gegründet. Vorläufereinrichtung war die Sozialpsychiatrische Klinik der Universität Heidelberg, die 1965 eingerichtet wurde.

Der Aufbau des ZI fand aufgrund einer Empfehlung des Wissenschaftsrats der Bundesrepublik statt, der das Institut als „Forschungseinrichtung von gesamtstaatlichem Interesse“ einstuft, und wurde durch die Stiftung Volkswagenwerk, die Bundesrepublik Deutschland und das Land Baden-Württemberg finanziert. Die laufenden Kosten für die Forschung des Zentralinstituts werden durch das Land Baden-Württemberg getragen.

Die satzungsgemäßen Aufgaben des Zentralinstituts umfassen:

- Forschung u. a. auf den Gebieten der Psychiatrie, der Psychosomatik, der Psychotherapie und der psychiatrischen Epidemiologie;
- Ausbildung in psychologischer Medizin für Medizinstudenten der Universität Heidelberg, Weiterbildungsangebote für Ärzte, Psychologen, Pflegekräfte und Sozialberufe,
- Behandlung, Rehabilitation und Prävention seelischer Erkrankungen,
- Beratung bei der Planung von Einrichtungen der psychosozialen Versorgung.

Die wissenschaftliche und rechtliche Verantwortung für das Zentralinstitut liegt beim Direktor des Institutes, dem ein Stellvertreter und ein Verwaltungsdirektor an die Seite gestellt sind.

Das Institut betreibt 3 Kliniken (psychiatrische, psychosomatische und kinder- und jugendpsychiatrische) mit zusammen 202 Betten auf seinem Gelände in der Innenstadt Mannheims. Dazu kommen noch 32 Tagesklinikplätze. Die Direktoren der Kliniken vertreten ihr Fach zugleich als Lehrstuhlinhaber an der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg. Angegliedert an die Kliniken sind die Ambulanzen, eine Tagesklinik, eine Altentagesklinik und ein psychiatrischer Notfalldienst, der die Versorgung in Krisenfällen rund um die Uhr gewährleistet.

Aufgaben und Ziele der Institution

Neben der erwähnten Erfüllung der Lehrverpflichtungen im Bereich medizinische Psychologie der Universität Heidelberg bietet das Institut für Krankenschwestern und Pfleger eine zweijährige Weiterbildung (insgesamt 800 Stunden) zum Fachkrankenschwester in Psychiatrie in Blockseminaren an (Kosten insgesamt ca. 1600 DM; Informationen über den zuständigen Ausbildungspfleger) Das Zentralinstitut veranstaltet regelmäßig Weiterbildungsseminare für Ärzte und Psychologen Die Referatstitel können dem Mitarbeiterinfo des ZI entnommen werden.

- ZI -

Serviceleistungen

Eine kostenlose Aufnahme in den Verteiler des ZI ist möglich, sofern ein spezielles Interesse nachgewiesen werden kann.

Empfehlungen

Unter der gleichen Voraussetzung kann das 3- bis 4mal jährlich erscheinende Mitarbeiterinfo kostenlos bezogen werden, in dem u. a. popularisierte Artikel zu Forschungsthemen veröffentlicht werden.

Empfehlenswert ist der Bezug des alle 2 Jahre erscheinenden Tätigkeitsberichtes, der u. a. über die wissenschaftlichen Veröffentlichungen aus dem ZI informiert.

Hingewiesen sei hier auf das große fachwissenschaftliche Potential im Bereich Psychiatrie und angrenzender Wissenschaftsgebiete, über das das Zentralinstitut verfügt Für speziellere Fragestellungen ist es sinnvoll, sich hier um Referenten zu bemühen

Für interessierte Ärzte und Psychologen sind die Weiterbildungsseminare zu empfehlen.

Hingewiesen sei noch auf die staatlich anerkannte zweijährige Weiterbildung zur Fachkrankenschwester bzw zum Fachkrankenschwester für Psychiatrie

ZENTRUM FÜR SOZIALPOLITIK

Universität Bremen

Adresse	Bibliothekstraße 2800 Bremen 33
Ansprechpartner	Prof. Dr. Rainer Müller (Abteilungsleiter)
Telefon	04 21/32 15 36

Das Zentrum für Sozialpolitik ist eine zentrale Forschungseinrichtung in der Universität Bremen, die mit Unterstützung des Landes und der Volkswagen-Stiftung aufgebaut wurde. Sie besteht seit September 1988 aus fünf wissenschaftlichen Abteilungen und verfügt über eine Spezialbibliothek und ein Sozialpolitisches Archiv.

Bei den jeweils von einer Professorin/einem Professor geleiteten Abteilungen (Stand 1990) handelt es sich um:

- Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates (C. Offe, U.-K. Preuß)
- Institutionen und Geschichte des Wohlfahrtsstaates (S. Leibfried, H.-G. Haupt)
- Ökonomische Analyse der Sozialpolitik (W. Schmähl)
- Gesundheitspolitik, Arbeits- und Sozialmedizin (R. Müller)
- Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat (I. Ostner)

Das Zentrum für Sozialpolitik führt Ansätze und Methoden der einzelwissenschaftlichen Forschung, soweit sie für den Bereich der Sozialpolitik bedeutsam sind, interdisziplinär zusammen und betreibt so die fachübergreifende, international vergleichende Forschung über die sozialen, ökonomischen, kulturellen, organisatorischen, rechtlichen, historischen, sozialmedizinischen und philosophischen Grundlagen, Folgen und Wandlungen der Sozialpolitik

Die systematische Erforschung von Struktur und Entwicklungsdynamik der materiellen wie normativen Grundlagen des modernen Wohlfahrtsstaates erfolgt auch mit dem Blick auf die Weiterentwicklung der sozialpolitischen Institutionen und Instrumente, d. h. auf eine Anpassung des Wohlfahrtsstaates an neue gesellschaftliche Gegebenheiten und auf deren sozialpolitische Gestaltung

In dem Zentrum für Sozialpolitik werden aufgrund der breiten Gegenstandsbestimmung folgende Themenfelder bearbeitet:

- Werte und Legitimationen in der Sozialpolitik
- Sozialpolitische Bedarfslagen
- Institutionen und Instrumente der Sozialpolitik
- Dynamik und Instabilitäten im Wohlfahrtsstaat
- Sozialpolitische Innovationsprozesse

Aufgaben und Ziele der Institution

**ZENTRUM
FÜR
SOZIALPOLITIK**

**Universität
Bremen**

**Aufgaben
und Ziele
der Institution**

Im Rahmen dieser allgemeinen Themenfelder sind Forschungen im Gange zu Prozessen der sozialpolitischen Willensbildung, zu Sozialpolitik als Normalisierung und Normierung sowie zu Sozialpolitik als Wohlfahrtsproduktion.

Von den Abteilungen des Zentrums ist besonders die Abteilung „Gesundheitspolitik, Arbeits- und Sozialmedizin“ an der Auseinandersetzung mit der Programmatik der WHO und deren Implementation für Länder und Regionen interessiert.

In dieser Abteilung sollen Forschungen durchgeführt werden

- zu arbeitsbedingten Erkrankungen, deren Epidemiologie und theoretische Konzeptionierung, zu sozialpolitischen Bewältigungsstrategien von Gesundheitsgefährdungen (vor allem in der Arbeitswelt), zu Belastungsprofilen und Morbidität bzw. Mortalität sowie

- zu den historischen und aktuellen Konzepten und Aufgabenstellungen der arbeitsmedizinischen (gewerbehygienischen) Profession

Diese Forschungen können Routinedaten einer gesetzlichen Krankenversicherung auswerten und nutzen, so daß Patienten- und Erwerbstätigenkarrieren nebst besonderen Schwerpunkten und Verteilungen der Belastungen und Erkrankungen erkennbar werden

Auf Vorarbeiten in der Universität Bremen baute auch das Sozialpolitische Archiv des Zentrums und eine Institutsbibliothek auf.

In dem Archiv sind Nachlässe, Aktenbestände, Lebenserinnerungen, antiquarische Bücher und photographische Dokumentationen gesammelt. Das Schwergewicht der Sammlungen liegt einerseits auf Gewerbehygiene und Gesundheitspolitik vornehmlich der Weimarer Republik, andererseits auf Gesundheitspolitik der Nachkriegszeit.

Medienangebote

Die Mitarbeiter des Zentrums für Sozialpolitik publizieren Forschungsergebnisse in erster Linie in Fachzeitschriften. Eingerichtet wird eine Publikationsreihe. Im Rahmen des Jahresberichts bzw. des universitären Forschungsberichtes werden die Aktivitäten und Ergebnisse jährlich bzw. alle zwei Jahre ausgewiesen; hierüber informiert die Geschäftsführung auf Anfrage

In dem Sozialpolitischen Archiv sind verschiedene Anschauungsmaterialien zu gesundheitspolitischen Themen gesammelt worden. Hervorzuheben ist eine Diassammlung zu Gesundheitsproblemen und -förderung

am Arbeitsplatz, die auf der Basis der Materialien des Deutschen Hygiene-Museums nach dem 2. Weltkrieg für Staatliche Gewerbeärzte zusammengestellt wurde. Die darin enthaltenen Fotos sind im Original durch Kriegseinwirkung zerstört (Hygiene-Museum Dresden, Arbeitsschutzmuseum Charlottenburg, Gewerbehygiene-Museum Frankfurt)

Die Materialien sind vornehmlich von historischem Anschauungswert, illustrieren jedoch wichtige Gefährdungen und Belastungen wie beispielsweise Arbeitsstuhl und Sitzhaltung, Absauganlagen etc.

Serviceleistungen

Die Mitarbeiter des Zentrums sind neben ihren universitären Lehrverpflichtungen häufig bundesweit Referenten auf Fachkonferenzen, in Volkshochschulen, in der Weiterbildung usw.

Empfehlungen

Das Zentrum für Sozialpolitik ist zwar eine verhältnismäßig junge Einrichtung, ist aber der wichtigste Ansprechpartner für Forschungs- und Umsetzungsfragen im Bereich Entwicklung des modernen Wohlfahrtsstaates mit interdisziplinären, international und historisch-vergleichenden Schwergewichten.

Speziell für die Gesundheitsförderung sind die Publikationen zu Arbeitsmedizin und Public Health sowie die angesammelten Materialien zur Gesundheitspolitik und zur Geschichte der Ärzte, speziell der Gewerbehygieniker zu empfehlen.